

DAS PERMANENTE KOLONIALINSTITUT



50 JAHRE
HAMBURGER UNIVERSITÄT

DAS PERMANENTE KOLONIALINSTITUT
50 JAHRE HAMBURGER UNIVERSITÄT

DAS PERMANENTE
KOLONIALINSTITUT

50 JAHRE
HAMBURGER UNIVERSITÄT

INHALT

	Seite
Vorwort	7
.Das permanente Kolonialinstitut, Die kolonialistische und politische Kontinuität der Hamburger Universität.	9
Hamburger Universität und Wirtschaft, Forschung und Lehre im Griff des Kapitals.	40
Die Verstaatlichung der Universität. Das Hamburger Universitätsgesetz als maßgeschneiderte juristische Fassung des ökonomischen Abhängigkeits- verhältnisses von Forschung und Lehre	93
Zur politischen Theorie und Praxis C.F. v. Weizsäckers	103
Zur altnazistischen Fraktion der Hamburger Professoren, Dargestellt an P.R. Hofstätter	119
Nationalsozialistische Studentenbewegung und Widerstand im Dritten Reich an der Hamburger Universität	139
Zur Entstehung einer sozialistischen Studentenopposition an der Hamburger Universität	154
Dokumentarischer Anhang	233

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Copyright 1969 by

Allgemeiner Studentenausschuss (ASTA)
an der Universität in Hamburg

Gesamtherstellung: Scherbarth · 2077 Trittau

Vorwort

Heimlich und unter Ausschluß der Öffentlichkeit fand am 10. Mai dieses Jahres die offizielle Feier des 50. Geburtstages der Hamburger Universität statt. Rektor Ehrlicher hatte dazu einen ausgewählten Kreis von „Honoratioren“ der Universität und des Hamburger Staates geladen und ihnen eine Festrede gehalten. Alle übrigen geplanten Feierlichkeiten aus diesem Anlaß wurden vom universitären und staatlichen Machtkartell vorsichtshalber abgeblasen. So blieb für die Öffentlichkeit und besonders für die Hamburger Studentenschaft, die ja immerhin noch den wesentlichsten Bestandteil der Universität ausmacht, nur eine offizielle Festschrift, was von offizieller Seite zu diesem „denkwürdigen“ Ereignis angeboten wird. Jedoch auch diese Festschrift steht am Ende des „Jubiläumssemesters“ noch aus.

Es scheint nun klar auf der Hand zu liegen, daß dieses Verhalten der Herrschenden deutlicher Ausdruck ihrer Schwäche und Unsicherheit gegenüber der immer bewußter und energischer für eine radikale Befreiung der Lehre und Forschung an den deutschen Hochschulen von staatlicher Kontrolle und feudaler Ordinariendiktatur auftretenden Studentenschaft ist. In diesem Kampf um eine demokratische Universität ging es dem Asta der Hamburger Universität besonders im vergangenen Sommersemester, dem Jubiläumssemester, als Vertreter der Hamburger Studentenschaft darum eine grundlegende Bilanz zu ziehen und angesichts des Hochschulgesetzes, das den Prozeß der Verstaatlichung der westdeutschen Hochschulen in Hamburg bedenklich vorangetrieben hat, die eigene Position grundlegend zu überdenken und zu durchleuchten. Das Autorenkollektiv, das dieses Unternehmen ausführte und hiermit nun der Öffentlichkeit und zwar besonders der studentischen Öffentlichkeit das Resultat seiner Arbeit vorlegt, wollte nicht etwa auch eine Festschrift, wie die von offizieller Seite bereits angekündigte Publikation, erstellen, wenn auch der äußere Anlaß des 50. Jahrestages der Hamburger Universität dabei von vornherein ins Auge gefaßt wurde. Es ging ihm vielmehr darum, der Studentenschaft und der Öffentlichkeit die gegenwärtige Situation an der Universität und ihre historischen Bedingungen in einer kritischen Analyse zu erläutern, was von den Herrschenden nicht geleistet wird und auch nicht erwartet werden kann. Dabei war es dem Kollektiv klar, daß zahlreiche Einzelprobleme,

Einzelfälle, die alle ihre Bedeutung gehabt haben und auch heute noch haben, unberücksichtigt bleiben mußten. Es mußten deshalb die einzelnen Abschnitte, die einzelnen Kapitel, mehr oder weniger exemplarischen Charakter zeigen.

Alle Kapitel sind in kollektiver Arbeit angefertigt worden, dennoch haben die Autoren, die sich den gesamten Stoff untereinander aufgeteilt haben, jedes Kapitel aus einen in sich abgeschlossenen selbständigen Beitrag dargestellt, um den exemplarischen Charakter besser deutlich werden zu lassen. Zur weiteren wissenschaftlichen Fundierung und Erläuterung der einzelnen Abschnitte wurde außerdem ein umfangreicher dokumentarischer Anhang beigelegt.

Die einzelnen Autoren bleiben ungenannt, da es hier nicht um persönliche Leistungen ging, sondern allein um sachliche Kritik und den Versuch, das Geschichtsbild eines bloß von Herrschaftsgeschichte getragenen Selbstverständnisse der Universität zu korrigieren.

Asta der Universität Hamburg
Im Herbst 1969

Das permanente Kolonialinstitut. Die kolonialistische und „politische“ Kontinuität der Hamburger Universität.

Am Ende des 7. Jahrzehnts unseres Jahrhunderts – 40 Jahre nach dem Ende eines deutschen Kolonialreiches – werden immer noch konsequente Antikolonialisten in Deutschland wegen ihrer Aktivität gegen die Verherrlichung der kolonialen Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker richterlich verurteilt. Damit beweist die bundesrepublikanische Justiz einmal mehr, wie sehr immer noch als „Verbrecher“ gilt, wer die permanente Diffamierung überseeischer Völker und somit die „Bloßstellung“ der eigenen Gesellschaft als expansives Instrument der herrschenden Kapitalinteressen, betrieben unter dem Deckmantel – oder wie es so schön heißt, unter der „Schirmherrschaft“ – bürgerlicher Wissenschaft, zu beseitigen sucht. Im Urteil des Hamburger Landgerichts vom 6.11.1968, das bestätigt wurde im Revisionsverfahren vom 13.3.1969, wurden Studenten der Hamburger Universität zu Gefängnis verurteilt, weil sie einen solchen „Schirmherrn“, Hermann von Wissmann, endlich von seinem Posten im Garten der Universität stürzten und somit den Anstoß gaben, zumindest die Hamburger Universität von dem Makel der imperialistischen Diffamierung zu befreien.

Hermann von Wissmann, kenntlich am gezwirbelten Bart („es ist erreicht“) und am herrischen Blick über den „eingeborenen“ Schutztruppenkrieger zu seinen Füßen hinweg, galt zumindest für die „Hüter der Wissenschaft“ in Hamburg bis in die Gegenwart als ruhmreiches Symbol der deutschen kolonialen Vergangenheit. Sein Werk war die Erforschung und Eroberung „Deutsch-Ostafrikas“ für Kaiser und Reich. Was im „Mutterland“ als „friedliche Durchdringung“ und „Unterstellung unter die deutsche Schutzherrschaft“ dargestellt wurde, bedeutete für die Einwohner des Landes, Araber wie Afrikaner, bestenfalls Vertreibung aus den angestammten Wohngebieten, von ihren Äckern und Weideplätzen, schlimmstenfalls Ausrottung. Das Werk der „Befriedung“ wurde mit einer

ähnlichen Gründlichkeit besorgt wie in den Indianerkriegen in Nordamerika oder wie heutzutage in Vietnam.¹⁾

Hermann von Wissmann,²⁾ als Exponent „deutschen Forschergeistes“ von der Wissenschaft in Hamburg bis heute geehrt und verherrlicht, diente doch nur imperialistischen Kapitalinteressen, keinesfalls aber hat er einen wirklichen Beitrag zur sogenannten „wertfreien“ Wissenschaft geleistet. In wessen Sinne er gewirkt hat, zeigt einerseits die Reaktion der „Ostafrikaner Hamburg“³⁾ auf die Aktion der Hamburger Studenten 1967, als sie „eine eingehende Untersuchung dieser politischen Aktion und eine Bestrafung der Verantwortlichen dieser Aktion sowie eine politische Durchleuchtung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) bei der politischen Polizei beantragten; zeigt andererseits die Wiederaufstellung des vor dem Zugriff der Engländer nach Hamburg in Sicherheit gebrachten Wissmann-Denkmal 1922 auf dem Gelände der Universität, dem „Zentrum“ des deutschen Kolonialismus, im Garten des ehemaligen Kolonialinstituts. Man wußte genau, warum man diese Universität zum Standort auserkoren hatte:

„Du aber, deutsche Jugend, erwirb Dir wieder, was Deine Väter besaßen; was sie in Ehren erwarben, in heißer Arbeit zur neuen Heimat schufen, fähig und würdig wie ein Kolonialvolk. Fürwahr, von allen Verlusten dieses Krieges war kaum einer grausamer und ungerechter als dieser! Wir sind in der Hoffnung gewiß, daß die Spanne Zeit, in der wir kein Kolonialvolk sein dürfen, nur kurz bemessen sein wird; möge diese Pause ausgenutzt werden

- 1) vgl. Kolonialismus von Wissmann bis heute, Rädelsführer-Dokumente 1, Hamburg 1968. (Die dort in diesem Zusammenhang angeführte Quelle: Staatsanwaltschaft Landgericht Hamburg, 141 p 578/67, den 3.1.1968 handschriftliche Mitteilungen am Kriminalamt K.4)
- 2) Zu den Bewachern der Wissenschaft in Hamburg gehörte bis vor kurzem neben Hermann von Wissmann auch der deutsche „Schutztruppler Dominik“, der über „seine afrikanischen Untertanen“ in Kamerun urteilte: „Es mag wunderbar klingen, aber mit jedem Volksstamm in Kamerun ist es, solange er noch nicht die deutschen Waffen gespürt hat und weiß, daß der Gouverneur der Stärkere ist, gerade wie mit jedem jungen Hund, der noch nicht die Staupe gehabt hat.“
- 3) Ostafrikaner Hamburg, Geschäftsstelle Hamburg 33, Habichtstr. 110, 2 Hamburg 33, den 11.8.1967, An das Kriminalamt K 43, z.Hd. von Herrn KOM Guttmann, gez. Walter Dachert. (Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftspolitik, Hamburg, 7/10/1/5)

zur zielsicheren Vorbereitung für neue koloniale Arbeit auf weiteren und womöglich noch schöneren Räumen:

**Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.
Noch endete die Weltgeschichte nicht!“⁴⁾**

- 4) Zit. nach „Das deutsche Kolonialbuch. Unter dem Protektorat des Kolonialkriegerdank, hrsg. von Hans Zache, Berlin/Leipzig 1927, Vorw.; das Zitat hat allerdings mit der Wiederaufstellung des Wissmann-Denkmal direkt nichts zu tun. Die Glossen, die der deutsche Blätterwald der Wiederaufstellung widmete, stehen ihm allerdings in nichts nach. Ein paar Beispiele: 1. Vossische Zeitung, Berlin Nr.525, vom 4.11.1922:
„So hat die Wiederaufstellung des Wissmann-Denkmal in Hamburg nicht nur die Bedeutung der Ehrung eines großen Sohnes unseres Vaterlandes, dem die fremde Nation den Ehrenplatz in der von ihr als Mandat okkupierten Kolonie versagt. Sie drückt gleichzeitig die Entschlossenheit des Volkes aus, daß es an dem kolonialen Gedanken fest halten will... Hamburg ist doch nur der Vorort des gesamten Deutschlands für überseeische Wirksamkeit. Dahinter steht der Wille des großen deutschen Volkes, sich nicht auf alle Zeiten von kolonialer Betätigung abdrängen zu lassen.“
2. Danziger Zeitung Nr. 494, vom 3.11.1922:
„Die Hamburger haben das Denkmal mit Freuden bis zu dem Tage in ihre Obhut genommen, wo es die Wiederausreise antreten wird. Denn Deutschland muß einmal wieder Kolonien haben. Der Kolonialwille ist im deutschen Volke nicht mit dem Raube der Kolonien erloschen. Das Wissmann-Denkmal wird ihn wachhalten. Das Standbild keines Maßes ist würdiger, den kolonialen Gedanken zu verkörpern. ... Das Denkmal trägt außer Namen, Geburts- und Sterbedatum Wissmanns die Inschrift: Aufgestellt in Daressalam 1908-1918 Wiederaufgestellt in Hamburg 1922 bis ...“
3. Berliner Tageblatt Nr. 503, vom 5.11.1922:
„Als erster Redner betonte der Staatssekretär im Ministerium für Wiederaufbau, Dr. Müller, daß kein Platz geeigneter sein könne ... als Hamburg, das Deutschlands Verbindungen mit Übersee herstellt. Für Deutschland sei der Besitz eigener Kolonien eine Lebensfrage. Er sprach den Wunsch aus, daß das Denkmal hier nur „auf Heimaturlaub“ sein möge, und daß es den ihm gebührenden Platz in Afrika wieder einnehmen müsse ... Der Rektor der Universität, Professor Dr. Lauffer, erinnerte an die auch heute noch bestehende Aufgabe der Hamburger Hochschule, des früheren Kolonialinstituts, das Auslandsstudium zu fördern.“
4. Eine nette Episode bringt der „Hamburgische Correspondent“ Nr. 476, vom 12.10.1922, der sich über den Kolonialenthusiasmus der Sozialdemokratie lustig macht:
„Sehr geheimnisvoll und die ärgsten Überraschungen witternd, gibt sich Zelck, der ja nun glücklich samt seiner anderen unabhängigen Hälfte Bergmann in den Schoß der großen Mutterpartei heimgefunden hat ..., als er fragt, was für ein Denkmal man errichten wolle auf dem neuen Sockel neben der Universität. Er sieht im Geist schon Bismarck in Kürassierstiefeln darauf stehen, oder gar ... Ludendorff, wie er die Tannenschlacht überlegt. Aber es fällt allen links von den Demokraten offenbar ein Stein von dem Herzen, als man hört, daß dort ein Denkmal für Wissmann erstehen soll, den deutschen Pionier in Afrika. Der war ja nun freilich kein eingeschriebenes Mitglied der bisherigen USPD, ... aber man ist doch froh, daß es „nur Wissmann“ sein soll und schweigt fein still.“

Für Deutschland hatte die Weltgeschichte mit der Reichseinigung 1870/71 begonnen. In seinem imperialistischen Großmachtstreben blieb es nicht aus, daß sehr bald Forderungen nach Kolonialbesitz immer lauter erhoben wurden, die allerdings erst zu Beginn der achtziger Jahre von der Regierung erhört wurden und realisiert werden konnten.⁵⁾ Bezeichnenderweise für die „Bedeutung“ Hamburgs löste gerade ein drohender Bankrott des Hamburger Kaufmanns Godeffroy, der auf den Samoa-Inseln ausgedehnte Plantagen besaß, den Startschuß der aktiven deutschen Kolonialpolitik aus.⁶⁾ Mit dem Umschwung der deutschen Handelspolitik, dem Übergang zum Schutzzoll 1879/80 zeigte die deutsche Großindustrie erstmals Interesse an einer aktiven Kolonialpolitik und die Krise des Jahres 1882 führte dann endlich fast die gesamte Hochfinanz in das Lager der Kolonialisten.⁷⁾ Damit konnte der preußische Imperialismus im Jahre 1884 endlich in größerem Umfange mit dem Erwerb kolonialen Besitzes beginnen. Angesichts der Tatsache, daß zu diesem Zeitpunkt die europäischen Nationalstaaten die überseeischen Gebiete bereits weitgehend untereinander aufgeteilt hatten, sah sich der deutsche Imperialismus gezwungen, übereilt all jene Gebiete in der Welt zu „annektieren“, die als „Krumen“ von dem „großen Kuchen“ noch übrig geblieben waren. Dieses Streben Deutschlands zur Weltmacht provozierte beständig Interessenkonflikte mit den übrigen europäischen Kolonialmächten in Übersee (wie etwa der Streit um die Samoa-Inseln, der Postdampferzwischenfall im Burenkrieg oder die Marokkokrisen zeigen); und führte folglich zu einer verschärften Rüstung (Flottenbau), eines immer intensiveren Einsatzes wissenschaftlicher Methodik zur Plünderung der kolonialen Gebiete und nicht zuletzt zu einer gezielten Bildungspolitik, mit der ein Heer von im Sinne kolonialer Ausbeutung qualifizierter Beamter, Offiziere, Kaufleute,

- 5) Seit Beginn der siebziger Jahre hatte es immer wieder Eingaben beim Reichskanzleramt und beim deutschen Reichstag zur Begründung deutscher Kolonien gegeben, die aber alle sofort zurückgewiesen wurden und nicht einmal bis zu einer ernsthaften Vorlage gediehen.
- 6) 1879 wurde im Reichstag eine „Gesetzes“-Vorlage eingebracht, nach der zur Sanierung des Hamburger Kaufmanns Godeffroy, dessen Besitzungen auf Samoa vom Deutschen Reich gekauft werden sollten. Damit war die erste kolonialistische Eingabe an die Reichsregierung bis zur Gesetzes-Vorlage gediehen, wenn sie auch noch wieder abgelehnt wurde. – Samoa wurde allerdings erst 1899 zur deutschen Kolonie.
- 7) Helmut Böhme, ein Schüler des Hamburger Ordinarius für Neuere Geschichte, Fritz Fischer, betont in seiner Studie „Deutschlands Weg zur Großmacht“ (Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848-1881, Köln 1966, S. 539:) „Der Zeitpunkt, an dem die Kolonialpolitik aufgenommen wurde, fiel zusammen mit dem Umschwung in der Handelspolitik.“

Ärzte, Geologen usw. geschaffen werden sollte. Zu den Vorkämpfern dieser reichsweiten Politik kamen gerade auch aus Hamburg zahlreiche Großkaufleute, was Namen wie etwa Godeffroy oder Woermann, Ballin oder Warburg – um nur einige wenige zu nennen – hervorragend belegen.⁸⁾ Daher scheint es nicht verwunderlich, daß – als es darum ging, eine zentrale Forschung und Ausbildungsstätte für Deutschlands Kolonialisten zu schaffen – sich der vom Reichskanzler beauftragte damalige Staatssekretär im Reichskolonialamt, Bernhard Dernburg, entschloß, gerade Hamburg für den geeigneten Ort zu bestimmen, Hamburg, Welthandelsstadt und größter Hafen des Reiches, „der Vorort des gesamten Deutschlands für überseeische Wirksamkeit“.⁹⁾

I.

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts arbeiteten in Hamburg unabhängig voneinander, nicht vom Staat organisiert und kontrolliert zehn „wissenschaftliche Anstalten“, darunter das „Museum für Völkerkunde“, die „Sternwarte“, das „Physikalische Staatslaboratorium“, das „Chemische Staatslaboratorium“ und das „Botanische Museum“ und Laboratorium für Warenkunde“. Am 11. Oktober 1901 machte die Hamburgische Legislative die bis dahin wenigstens noch ansatzweise „im Sinne der Humboldtschen Hilfsinstitute“ tätigen Anstalten durch einen dirigistischen gesetzgeberischen Eingriff der hanseatischen Herrschaftspraxis dienstbar. Da nun das „Schwergewicht der wissenschaftlichen Anstalten in Hamburg ... die Forschung, die der Praxis dienen sollte“¹⁰⁾, war, machte sich für die in der kolonialen Expansion besonders engagierten und interessierten Hamburger Kaufleute das Fehlen einer „Anstalt für Wirtschaftspraxis“ empfindlich bemerkbar.¹¹⁾ Es war daher keinesfalls verwunderlich, daß der Senat von Hamburg den Vorstoß des Auswärtigen Amtes in Berlin vom Mai 1907 – vertreten durch Bernhard Dernburg – begrüßte und unterstützte. So erfolgte dann am 20. Oktober 1908 die Gründung des „Hamburgischen Kolonialinstituts“, dessen wich-

- 8) Aus den Reihen gerade dieser Familien finden sich nicht nur von Anfang an eifrige Verächter einer deutschen Kolonialpolitik im deutschen Reichstag, sie unterstützten auch tatkräftig und finanzstark die Deutsche Kolonialgesellschaft.
- 9) Vossische Zeitung, Berlin Nr. 525, vom 4.11.1922; vgl. Anmerkung 4) Beispiel 1.
- 10) „Blick in die Vergangenheit“ in: „Fünfzig Jahre Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv“, Hamburg 1958, S. 41-88, S. 44
- 11) ebenda

tigste Abteilung die „Zentralstelle“ wurde, eine archivarische und wissenschaftliche Forschungsstätte für die koloniale Wirtschaftspraxis – der Vorläufer des Welt-Wirtschafts-Archivs Hamburg.

Bei dieser Gründung ist besonders bemerkenswert, daß von vornherein und ausschließlich der Charakter dieses Instituts durch den Staat bestimmt wurde; das kam sowohl in der gesetzlichen Zweckbestimmung zum Ausdruck, die u.a. „die gemeinsame Vorbildung von Beamten, die vom Reichskolonialamt an das Institut überwiesen werden, und von anderen Personen, die in die deutschen Schutzgebiete zu gehen beabsichtigen, und“ ... „die Schaffung einer Zentralstelle, in der sich alle wissenschaftlichen kolonialen Bestrebungen konzentrieren können“, beinhaltete¹²⁾, als auch durch das „Kuratorium“, das die wissenschaftliche Anstalt zu verwalten hatte und in dem der „Präsident der Oberschulbehörde“ den Vorsitz führte. Honorarige Mitglieder dieses Kontroll- und Verwaltungsapparates „Kuratorium“ waren u.a. der Bürgermeister, mehrere Senatoren und solche Hamburger Kolonialindustriellen wie die uns schon bekannten Ballin, Woermann oder der Bankier Max Warburg.¹³⁾

Auch die weitere Diskussion um den Ausbau dieses Kolonialinstituts zu einer Universität wurde allein auf dieser „staatlichen“ Ebene fortgesetzt. Man machte sich in Hamburger Kaufmannskrisen sogar ernsthafte Gedanken darüber, ob nicht das Kolonialinstitut um der Kolonialbeamten willen zu einer „allgemeinen Hochschule“ weiterentwickelt werden müßte, die unbedingt dann die Bezeichnung „Universität“ tragen sollte, da „im Deutschen Reiche die Universität ein verwaltungsrechtlicher Begriff (sei), wodurch eine Anrechnung für alle die Berufslaufbahnen ausgeschlossen ist, für die gesetzlich Universitätsstudium gefordert wird; das ist entscheidend nicht allein für die Beamten, sondern z.B. auch für die vielen, die nur ihr Referendar- oder Assessorexamen machen und dann über See einer privaten Beschäftigung nachgehen wollen.“¹⁴⁾ So kam es dann 1912/13 zu einer Senatsvorlage (!), in der man für die Namensgebung durchaus zu dem Kompromiß bereit war, aus dem Kolonialinstitut eine „Überseeschule mit Universitätscharakter“ (sic!) zu machen. 1912/13 noch wurde diese Vorlage als „Rumpfuniversität“ (!) des Senats von der Kaufmannschaft und der Mehrheit der Bürgerschaft abgelehnt. Doch als 1917 der

12) ebenda

13) vgl. Hamburger Hochschulkalender, Sommerhalbjahr 1914, Hamburg 1914, S.50

14) Johann Wilhelm Mannhardt, Die hamburgische Hochschule und der hamburgische Kaufmann, Hamburg 1913, S.42

imperialistische Weltkrieg für Deutschland in den Kolonien vorerst so gut wie beendet schien, griff man die Universitätsfrage von neuem auf.¹⁵⁾

Aber erst nach der endgültigen Niederlage des kaiserlichen Deutschlands gegen seine kolonialistisch-imperialistischen Konkurrenten und „Widersacher“ hatten die Befürworter einer Hamburger Universität Erfolg. In Hamburg sollte eine besondere, ganz andere Universität entstehen als die alten deutschen Universitäten oder jene Neugründungen in Frankfurt oder Köln am Anfang dieses Jahrhunderts: Weniger das Humboldtsche Modell schwebte den Hamburger Herrschenden vor – wengleich das Humboldtsche Modell von jeher in der Tatsache immer mehr ein „unwirklicher Traum“ als Realität gewesen ist, denn von jeher entsprach die Universität voll der feudalen und später bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsstruktur und den Wünschen der herrschenden Cliquen –, sie (die Hamburger) hielten es nicht einmal mehr für nötig, ihre Universität – die aus dem ohnehin sehr kaufmanns- und staatsbestimmten Kolonialinstitut hervorgehen sollte – mit „Humboldtscher Wissenschaftsillusion“ universitärer Interessenneutralität zu bemänteln.

Noch aber weigerte sich die noch während des Krieges gewählte Bürgerschaft in Vertretung kurzfristiger handelsbourgeoiser Interessen das finanzielle Risiko einer Universitätsgründung aufzunehmen. Erst mit dem massierten Eintritt der Sozialdemokratie in die im März 1919 neugewählte Bürgerschaft stimmt diese am 28. März – nur zehn Tage nachdem die alte „wilhelminische“ Bürgerschaft denselben Antrag abgelehnt hatte – in einer ihrer ersten Sitzungen einem vorläufigen Hochschulgesetz zu. Damit hatte sich die Sozialdemokratie, nun an der Macht beteiligt, zum weitsichtigen, liberalen Interessenvertreter der zu dieser Zeit längst schwer angeschlagenen Hamburger Handelsbourgeoisie gemacht.¹⁶⁾

15) vgl. u.a. Hermann Schumacher, Zur Hamburger Universitätsfrage, München/Leipzig 1918

16) Wie sehr sich die Sozialdemokratie schon damals zum zeitgemäßen Büttel der Hamburger Handelsbourgeoisie erniedrigt hatte, zeigt ihr Verhalten bei den Arbeiterunruhen im Sommer 1919, die ihre ständige Beteuerung, die wahre Vertreterin der Arbeiter zu sein, Lügen strafte: „Die Erbitterung der Arbeiterschaft über den immer schamloser sich gebärdenden Lebensmittelwucher führt zu blutigen Tumulten, die mit der Erstürmung des Rathauses und der Gefangennahme der Besatzung enden. Lichtscheues Gesindel aller Art, das sich die Lage zunutze macht, setzt sich in den Besitz von Waffen, zieht plündernd und brandschatzend durch die inneren Stadtteile, stürmt die Gefängnisse und besetzt die öffentlichen Gebäude. Die organisierte Arbeiterschaft, auch die Unabhängigen und Kommunisten (Aha! (Anm. der Verf.)), halten sich von diesen Ausschreitungen fern. Die drei sozialistischen Parteien

II.

Das vorläufige Universitätsgesetz von 1919 baute ausdrücklich auf dem Gesetz des Hamburgischen Kolonialinstituts von 1908 auf, dessen Zweckbestimmungen es in seinen wesentlichen Punkten beibehielt und das außerdem die wesentlichen Punkte des endgültigen Hamburger Universitätsgesetzes von 1921 beinhaltet, wodurch die Kontinuität vom staatlich kontrollierten Kolonialinstitut zur staatlich kontrollierten „Kolonial“-Universität manifest wurde: die Kontinuität eines permanenten Kolonialinstituts.

Ausdruck dieser Kontinuität, wurde in der Öffentlichkeit u.a. auch durch den damaligen Bürgermeister und lautstärksten Vorkämpfer der Universität Dr. Werner von Melle verliehen in einer Rede, die er bei der Eröffnungsfeier der Universität am 10. Mai 1919 hielt: „Daß unsere Universität, die in dem ersten See- und Welthandelsplatz Deutschlands im 20. Jahrhundert errichtet wurde, besondere neuzeitige und eigenartige Züge tragen müsse, darüber waren sich ihre Befürworter stets einig. ... Die Beachtung des Auslandes, und insbesondere der überseeischen Gebiete, und die Verfolgung der Länder und Völker verbindenden Gedanken, die in der Hamburger Wissenschaftspflege stets hervorgetreten sind und dann vor 10 Jahren durch die Errichtung unseres Kolonialinstituts besonders stark und eigenartig zur Geltung gelangten, sie sollen in der Hamburgischen Universität fortgeführt und weiterentwickelt werden.“¹⁷⁾ Ganz ähnlich

finden sich in einem aus den Betriebs- und Arbeiterräten gebildeten Bürgerausschuß zusammen, der im Zusammenwirken mit dem Senat und den Behörden die Unterdrückung der Unruhen in die Hand nimmt. Da jedoch ein Teil der Arbeiterschaft unter Führung einer links von den Kommunisten stehenden Gruppe, der ‚Freien Sozialistischen Vereinigung‘, die Auslieferung der Waffen verweigert und die Situation infolgedessen bedrohlich wird, ruft der Senat (im Zusammenwirken ... (Anm. der Verf.)) die Hilfe der Reichsregierung an. Von dieser wird die Reichsexekution (auch in Berlin selbstverständlich „Im Zusammenwirken ...“ (Anm. der Verf.)) gegen Hamburg angeordnet. Erst am frühen Morgen des 1. Juli erfolgt unter dem Oberbefehl des Generalmajors v. Lettow – Vorbeck (für Hamburg, dem „Vorort des gesamten Deutschlands für überseeische Wirksamkeit“ (s.o.) also mußte es natürlich (?) ein „alter Ostafrikakämpfer“ sein! (Anm. der Verf.)) die planmäßige Besetzung der Stadt durch Reichswehrtruppen, ohne daß sich ein Zwischenfall ereignet. Am 27. Juli werden die Reichstruppen wieder zurückgezogen.“ (Hervorhebungen durch die Verf.); zitiert nach: Schulthess, Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1919, Band 1, S.269: „Deutsches Reich, 25. Juni, (Hamburg) Spartakistenputsch.“

17) Hamburgische Universität. Reden, gehalten bei der Eröffnungsfeier am 10. Mai 1919 in der Musikhalle von Bürgermeister Dr. Werner von Melle und Prof. Dr. Karl Rathgen, erstem Rektor der Universität, Hamburg 1919, S.6

äußerte sich auf derselben Feier Hamburgs erster Rektor Professor Dr. Karl Rathgen¹⁸⁾, der es immer schon, wie die weitaus meisten seiner Amtskollegen, als seine Aufgabe betrachtet hatte, ein Übersoll kolonialer Pflicht zu erfüllen, so etwa 1914, kurz nach Ausbruch des Weltkrieges, als er zur moralischen Aufrüstung der Hamburger Bevölkerung eine Sondervortragsreihe am Kolonialinstitut veranstaltete:

„Wir wollen mit Ihnen zusammen versuchen, die gewaltigen Dinge zu durchdenken, die wir erleben. Ist uns versagt, mit dem Schwerte für das Vaterland zu kämpfen, wollen wir ihm dienen mit unserer Gabe, dem Zorn der Rede, die auch uns der Gott gab, der Eisen wachsen ließ. ... Furchtbar ist diese Zeit, aber auch groß und herrlich. Herrlich, selbst wenn wir kämpfend untergehen, unsagbar herrlich, wenn wir siegen. Und wenn auch der Einzelne zu Grunde geht: das Reich muß uns doch bleiben.“¹⁹⁾

18) ebenda S.9 ff.

19) Deutsche Vorträge Hamburgischer Professoren 1914, Hamburg 1914, 1. Karl Rathgen, Deutschland, die Weltmächte und der Krieg, 18. September 1914, S.3 und S.9; Aufschluß über das Denken von Rathgens Kollegen am Kolonialinstitut und damit über den Geist, in dem hier gelehrt und geforscht wurde, erfährt man aus ihren Beiträgen zu dieser Vortragsreihe. Dieses erscheint uns besonders erwähnenswert, da sie später allesamt als Ordinarien der Hamburger Universität gewirkt haben. So lesen wir:

1) bei Wilhelm Dibelius, „England und wir“, 2. Oktober 1914 (2. Vortr.) S.29: „... Wir kämpfen gegen den Krämergeist, der die Leichen von tausenden der besten Söhne des Kontinents mit kaltem Zynismus als englischen Nationalprofit bucht. Wir kämpfen gegen den Geist der Heuchelei, der serbische Bombenhelden, marokkanische Rifpiraten, und schlitzäugige Mongolen (sic!) zum Kampf für europäische Gesittung und europäische Freiheit heranzuführt und unser Volk, das Volk des mehr als vierzigjährigen Friedens (wobei geflissentlich Deutschlands Übersee- und Kolonialkriege (z.B. der Boxerkrieg 1900 oder der Hererokrieg 1904) verschwiegen werden! (Anm. der Verf.)), der ganzen Welt als Friedensstörer verlästert. Wir kämpfen gegen den Geist der Überhebung, der aus dem freien völkerbindenden Ozean die argwöhnisch gehütete Domäne einer einzigen Nation zu machen begehrt. In diesem Kampfe fechten wir für den europäischen Fortschritt gegenüber Kulturformen und Ansprüchen der Vergangenheit, drum wird es uns doch gelingen – und wenn die Welt voll Teufel wär!“

2) bei Friedrich Kethgen, „Britische Reichsprobleme und der Krieg“, 23. Oktober 1914 (3. Vortrag) S.3 und S.26: „Kaum etwas hat beim Ausbruch des jetzigen Krieges die Seele des deutschen Volkes so leidenschaftlich erregt, wie die Haltung Englands. Daß Frankreich seit 1870 nach Rache dürstete für die Niederlagen, die wir ihm damals beibrachten, wußten wir. ... Aus einem Vernichtungskampf zwischen Deutschland und England aber könnt nur die Vernichtung der europäischen Kultur hervorgehen – auch in Asien und Afrika – ... Und deshalb wollen wir hoffen, daß sie drüben bald zur Besinnung kommen (was die Deutschen nach Kethgen wohl nicht nötig hatten! (Anm. der Verf.)), und sich abwenden von der falschen Politik, die in diese Sackgasse

Wie sah nun diese neue Universität aus, die von solchen Herren geschaffen, geführt und geprägt wurde? Organisatorisch wurde dem Kolonialinstitut, das sich bereits aus verschiedenen „Fakultäten“ zusammensetzte, eine medizinische Fakultät, die „Eppendorfer Krankenanstalten“, „angegliedert“ und die Fachbereiche Jura und Wirtschaft, die bisher schon den Hauptkern des Kolonialinstituts ausmachten, zu einer juristisch-wirtschaftswissenschaftlichen (offiziell „Rechts- und Staatswissenschaftlichen“ Fakultät „umfunktioniert“; und schließlich wurde noch eine mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät geschaffen, deren Grundstock die Sternwarte, die zoologischen, botanischen, geologischen und geographischen Institute bildeten. Mit dem Universitätsgesetz von 1921 schuf der Hamburger Staat zugleich eine eigens für die Belange der neuen Hochschule und aller ihrer Gliederungen zuständige zentrale „Kontrollbehörde“, die sogenannte „Hochschulbehörde“²⁰), die durch das Hochschulgesetz auf alle den Herrschenden als für ihre Herrschaftspraxis nutzbar und daher unerläßlich befundenen Bereiche einen nahezu unbeschränkten Einfluß nehmen konnte. Sie bestimmte die Aufgaben der Institute und der Wissenschaftlichen Anstalten, die laut § 40 des Hochschulgesetzes „in Angelegenheiten der Forschung und des Unterrichtes die Rechte von Instituten der Universität“ haben sollten; die Aufgaben wurden in § 41 geregelt, und wenn wir nur einige wenige zitieren, wird bereits die gesamte Forschung in Hamburg, wie sie vom Staat gewünscht und dienstbar gemacht wurde, als ausnahmsloses Instrument der Kapital- und Herrschaftsinteressen eklatant: „Aufgaben der wissenschaftlichen Anstalten sind insbesondere: ... die Unterstützung der Forschungs- und Lehrtätigkeit der Universität (die ja ihrerseits durch das Hochschulgesetz vom Staat fest-

geführt hat, aus der nur der Krieg den Ausgang gab. Wir unsererseits werden alles daran setzen ‚bis aufs Äußerste‘, bis wir erkämpft haben was uns zukommt.“ (sic!)

3) bei Rudolf Tschudi, „Der Islam und der Krieg“, 6. November 1914, (7. Vortrag) S.18:

„Möge dann das siegreiche Deutschland erst recht den deutschen Gedanken hinaustragen ins Morgenland, der neuen Türkei und sich selbst zum Segen!“ und 4) bei Carl Meinhof, „Deutsche Erziehung“, 27. November 1914 (9. und letzter Vortrag) S.21:

„Bismarcks Geist muß über uns kommen und frei muß der deutsche Adler über Land und Meere fliegen. So sehen wir Deutschlands Zukunft. Und darum wollen wir nun diese deutschen Vorträge schließen mit dem Wort, das wie ein Jubelruf, wie ein Gelübde, ja fast wie ein Gebet in dieser Zeit von Millionen Lippen erklingt und das für die Zukunft der Leitstern unserer Arbeit und unseres Strebens sein soll, das wir unseren Kindern mit in die Wiege legen und damit mit unseren Schiffen übers Meer fährt, das aus unsern Büchern und Studien hervorleuchtet und in Wald und Aue des geliebten Vaterlandes uns entgegenlacht – das herrliche Dichterwort: DEUTSCHLAND, DEUTSCHLAND ÜBER ALLES, ÜBER ALLES IN DER WELT!“

gelegt und „kontrolliert“ war! (Anm. der Verf.); ... die Ausführung von wissenschaftlichen Arbeiten und Prüfungen zu praktischen Zwecken; ... die Förderung der Auslands- und Kolonialkunde.“²¹) – Und als „Wissenschaftliche Anstalten im Sinne dieses Gesetzes“ galten: „Die Staats- und Universitätsbibliothek, das Welt-Wirtschafts-Archiv, das Museum für Völkerkunde, das Museum für Hamburgische Geschichte, die Kunsthalle, das Museum für Kunst und Gewerbe, die Sternwarte, das Physikalische Staatsinstitut, das Chemische Staatsinstitut, das Mineralogisch-Geologische Staatsinstitut, das Zoologische Staatsinstitut und Zoologische Museum (und) die beiden Botanischen Staatsinstitute.“²²)

War die gezielte Zweckbestimmung der Hamburger Universität mit ihrer Gründung als Kolonial- beziehungsweise Auslands-Universität festgelegt, so zeigte sich in der Weimarer Republik, daß die von ihr in dieser Zweckbestimmung geforderte Fortsetzung der kolonialen Tradition nur von wenigen ausdrücklich für diese Aufgabe vorgesehenen Instituten forciert fortgeführt wurde. Zu diesen Instituten gehörten vor allem das Hamburger Welt-Wirtschafts-Archiv, das ja aus der „Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts“ hervorgegangen war, ferner das Ibero-amerikanische Institut sowie das 1900 von dem Mediziner Bernhard Nocht gegründete Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten. Zu Beginn der Weimarer Zeit setzte in Deutschland eine verstärkte Auswanderung in überseeische Gebiete ein, die, ursprünglich eine Folge der drückenden sozialen Nachkriegsverhältnisse, nun den kolonialistischen Expansionsgelüsten des deutschen Kapitals dienstbar gemacht werden sollte: eifertig „fühlte sich (hier)...das Welt-Wirtschafts-Archiv berufen, auf Grund seiner bewährten Hilfsmittel und unter Heranziehung der gerade in Hamburg überreich vertretenen Auslandserfahrung in den Kreisen der Wissenschaft und Praxis helfend einzugreifen und in gemeinsamer Arbeit mit dem neugegründeten Reichswanderungsamt“²³) durch Forschungsbeiträge zusammen mit dem Inberoamerikanischen Institut und dem Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten zu Hamburg diese Politik zu unterstützen.

20) vgl. hierzu vor allem Hans Köhler, Das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv. Geschichte einer Wissenschaftlichen Anstalt, Hamburg 1959, S.24

21) ebenda S.25

22) ebenda

23) Paul Heile, Das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv (Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts) Sonderdruck aus der Hamburger Universitätszeitung, Hamburg 1920, S.7; mit der Politik des Reichswanderungsamtes zeigte sich der erste Ansatz eines deutschen „Neokolonialismus“, der auf formale Unterwerfung der überseeischen Gebiete verzichtete und sie stattdessen durch Methoden wie die heute nach dem II. Weltkrieg sogenannte

Neben dem Welt-Wirtschafts-Archiv hatte gerade das Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten den intensivsten Anteil an der fortgesetzten „Kolonialforschung“, „kamen doch nach wie vor deutsche Seeleute krank in den großen Heimathafen zurück, brauchten doch die deutschen Pflanzer und Kaufleute in den ehemals deutschen Gebieten nach wie vor ärztliche und gesundheitliche Beratung auf Heimaturlaub wie in der Fremde, ist doch gerade die gesundheitliche Beratung der einzelnen, die hinausgehen auf Expeditionen, als Ingenieure, zum Farmen, die Mitgabe von Verhaltensmaßregeln für die Familien, eine laufende Aufgabe des Instituts.“²⁴⁾

Darüberhinaus wurde 1920 zwar noch für die besonderen Aufgaben der Hamburger Universität als „Auslandshochschule“ ein „Ausschuß für Auslandsstudien an der Hamburgischen Universität“ ins Leben gerufen,²⁵⁾ der aber kaum je den kolonialistischen Wünschen des deutschen Kapitals mit seinen Arbeitsergebnissen voll genügte, wenn ihm auch „ein Beirat angegliedert“ wurde, „der vorzüglich aus hamburgischen Kaufleuten zusammengesetzt“ war und die Aufgabe hatte, die Forschung an der

„Entwicklungshilfe“, also durch subtilere Ausbeutungstechniken in Abhängigkeit zu halten sucht. Dennoch verstummte in der Weimarer Zeit die offen geforderte Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Kolonien niemals ganz, auch nicht bei solchen Politikern wie Gustav Stresemann, dem die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung gerade in diesem Punkt einen entscheidenden Gesinnungswandel nach dem I. Weltkrieg nachsagt, der aber doch noch 1921 die Kolonialforderungen der deutschen Kolonialgesellschaft in einem Flugblatt unterschrieb und 1925 „die Schaffung eines Staates, dessen politische Grenzen alle Volksteile umfaßt, die innerhalb des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa leben und den Anschluß an das Reich wünschen“, forderte. (Dieses erscheint in diesem Zusammenhang besonders erwähnenswert, da sogar der heutige Hamburger Ordinarius für Neuere Geschichte Fritz Fischer in seinen Vorlesungen über die Weimarer Republik in keiner Weise mit dem falschen, traditionellen Stresemannbild aufräumt, womit er sich in einen unerhörten Widerspruch zu dem Stresemannbild seines Buches über den I. Weltkrieg „Griff nach der Weltmacht“ (2. Auflage, Düsseldorf 1962, S.855 f) stellt, der nicht völlig unwidersprochen hingenommen werden darf.

24) Hamburg im Dritten Reich, Arbeiten der Hamburgischen Verwaltung in Einzeldarstellungen, Heft 7, Das Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten als Brücke zum Ausland, herausgegeben vom Hamburgischen Staatsamt, Hamburg 1935, S.30; ebenda heißt es u.a. weiter: „Übrigens hat auch der Hamburgische Kaufmann, dem seine oder seiner Geschäftsfreunde Unternehmungen am Herzen liegen, bald gelernt, welche erhebliche Bedeutung für ihr Gedeihen die Gesundheitslage und die Sanierung gerade in den warmen Ländern hat, und er bringt der Bedeutung der allgemeinen Tropenhygiene ein weitgehendes menschliches und wirtschaftliches (!) Verständnis entgegen.“

25) Paul Hambruch, Auslandsstudien und Kolonialinteresse, in: Hamburger Universitäts-Zeitung, II. Jg. Heft 11, WS 1920/21 Nr. 4, S. 241-244

Universität „bei der Entwicklung von Verbindungen mit hamburgischen und ausländischen Gesellschaften, Vereinen, Firmen, Personen usw. zu unterstützen, die an dem Arbeitsgebiet (des Ausschusses)... interessiert“ waren.²⁶⁾

Im Verlaufe der Weimarer Zeit bemächtigte sich dann ein immer stärker werdendes Unbehagen besonders der exponierten Kolonialenthusiasten, wenn sie an ihre Universität dachten, die außer auf den Gebieten der oben „gelobten“ Sonderinstitute „in der Kolonialgeschichte wie -politik, dem deutschen Siedlungswesen, dem Auslandsdeutschtum ... völlig versagt“ hatte.²⁷⁾ Erst Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre traten auch andere Ordinarien als nur die Wirtschaftswissenschaftler, Naturwissenschaftler und Mediziner in ihren Fächern für „die Durchführung der Bestimmungen des Universitätsgesetzes, der Universitätsverfassung²⁸⁾ (ein): Betonung der Sonderstellung der Hamburgischen Universität kraft ihrer Leistung auf dem Gebiete der Kolonialgeschichte, -politik, des Auslandsdeutschtums, des deutschen Siedlungswesens, des deutschen Gedankens und Volkstums in der Welt.“²⁹⁾ An ihrer Spitze stand der Historiker Adolf Rein, der seit 1927 den extra für ihn geschaffenen Lehrstuhl für Kolonial- und Überseegegeschichte innehatte, und der sich lange vor 1933 „namentlich unter der nationalsozialistischen Studentenschaft ... großer Beliebtheit erfreute.“³⁰⁾ Es folgten ihm in anderen Fachbereichen Prof. Dr. Mendelssohn-Bartholdy, der nicht nur als Direktor des Seminars für Auslandsrecht und für Internationales Privat- und Prozeßrecht, sondern auch als Mitglied des Arbeitsausschusses für Auslands- und Kolonialkunde an der Hamburgischen Universität und Vorsitzender der „Amerikanischen Gruppe“ dieses Ausschusses den kolonialistischen Forderungen der „Hamburger Wissenschaft“ nachkam, der Historiker Prof. Richard Salomon, der ebenfalls dem Ausschuß für Auslands- und Kolonialkunde angehörte und der bereits 1933 zusammen mit Mendelssohn-Bartholdy und den übrigen jüdischen Professoren der Hamburger Universität – wie etwa mit dem bedeutenden Neukantianer Ernst Cassirer – sogleich nach der nationalsozialistischen Machtübernahme und unter dem Rektorat des von den nationalsozialistischen Studenten so

26) ebenda S.143

27) Warum Hamburger Universität? Die Sonderausgabe, in: Hamburgischer Correspondent, Nr.32, vom 20. Januar 1931.

28) Man beachte hier, daß die „Universitätsverfassung“, das Universitätsgesetz von 1921 offiziell erst am 30. April 1969 (!) mit dem neuen Hamburger Universitätsgesetz außer Kraft gesetzt wurde.

29) Warum Hamburger Universität?, a.a.O.

30) Neuer Regierungsdirektor in der Universität, in: Hamburger Anzeiger Nr.142 vom 21. Juni 1933

sehr geliebten Adolf Rein, um sein Leben zu retten, in die Emigration gehen mußte, sowie die Romanisten Küchler und Krüger und der Naturwissenschaftler Paul Rabe, ebenfalls alle Mitglieder des Ausschusses für Auslands- und Kolonialkunde!³¹⁾

Geradezu unermüdlich tat sich hier außerdem immer noch der inzwischen zum Hamburger „Altmeister“ der Kolonialforschung gewordene Karl Meinhof hervor, er war selbstverständlich Vorsitzender des Ausschusses für Auslands- und Kolonialkunde, er hatte seine Wissenschaftspraxis als Kolonialist aus der Zeit des Hamburgischen Kolonialinstituts vor dem I. Weltkrieg beibehalten,³²⁾ hatte 1929 abermals mit einem Aufsatz über die „Wandlungen in den Rechtsanschauungen der Afrikaner unter dem Einfluß der Mission“³³⁾ auf seine kolonialistische „Vielseitigkeit“ aufmerksam gemacht und war noch 1942 im Sinne der nationalsozialistischen kolonialpolitischen Konzeption mit einer Ansicht über das „Rechtsleben der Afrikaner“ hervorgetreten.³⁴⁾ Meinhof, der Philologe der afrikanischen Sprachen war, hatte sich in diesen genannten Beispielen mit „kolonialrechtlichen“ Fragen befaßt, für die eigentlich Rudolf Laun als Direktor des Seminars für öffentliches Recht, das nämlich erst 1920 direkt aus dem „Seminar für öffentliches Recht und Kolonialrecht“ des ehemaligen Kolonialinstituts hervorgegangen war, oder Mendelssohn-Bartholdy zuständig gewesen wären.³⁵⁾

Während Launs Engagement auf diesem Gebiet – für die „staatsrechtliche Geschichte der Entwicklungsländer“ – erst nach dem II. Weltkrieg im Jahre 1946 deutlich wurde, als er zusammen mit Friedrich Schacke, dem letzten Direktor des Instituts für Kolonialrecht im Dritten Reich, eine „Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht“ gründete,³⁶⁾ hatte Mendelssohn-Bartholdy auch in einer Publikation

- 31) vgl. u.a. die „Verzeichnisse der Vorlesungen“ Hamburgische Universität WS 1930/31 bis SS 1933, Hamburg 1930–1933.
- 32) Man vergleiche u.a. seine Rede zum Ausbruch des I. Weltkrieges 1914 (Anm. 19)–.
- 33) Karl Meinhof, Die Wandlungen in den Rechtsanschauungen der Afrikaner unter dem Einfluß der Mission. in: Neue Allgemeine Missionszeitung 6. Jg. 1929, S. 108-121; vgl. auch Dietrich Schröder Hamburger Beiträge zur Erforschung der Afrikanischen Rechtsordnung, Sonderdruck aus den Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg Band 56, o.O. o.J., S.201
- 34) Karl Meinhof, Aus dem Rechtsleben der Afrikaner, in: Der koloniale Kampf, 1942 Heft 7; vgl. außerdem Dietrich Schröder, a.a.O., S.205
- 35) Dietrich Schröder, a.a.O., S.201
- 36) ebenda S.205; Friedrich Schack hatte sich bereits vor 1923 an der Hamburger Universität mit einer Arbeit über „das deutsche Kolonialrecht bis zum

seinen kolonialistischen Standpunkt 1931 niedergelegt, in dem er „eine große Union für Schwarzafrika als gesamteuropäisches Mandatsgebiet“ forderte. Damit hatte er bereits die erst nach dem II. Weltkrieg in größerem Umfange unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe von den westlichen kapitalistischen Industriestaaten praktizierte „neokolonialistische“ Ausbeutung der meist überseeischen sogenannten Entwicklungsländer formuliert.³⁷⁾

Mit diesen zum Ende der Weimarer Republik so forcierten kolonialistischen Bemühungen an der Hamburger Universität, der Kolonial-Universität, mochten die Nationalsozialisten sich allerdings keineswegs zufrieden geben. Sie wollten vor allem auf eine aktive Kolonialpolitik zusteuern und hofften durchaus wieder in den Besitz von Kolonien zu gelangen. Aus diesem Grund mußte es ihnen besonders willkommen erscheinen, daß mit ihrer Machtübernahme in Deutschland zugleich in Hamburg, dem „Vorort des gesamten Deutschlands für überseeische Wirksamkeit“, ein Mann Rektor der Universität wurde, der dieses, ihr Ziel nicht nur energisch ins Auge gefaßt hatte, sondern außerdem in seinem Beruf ein hundertprozentiger Diener des Nationalsozialismus sein sollte. Adolf Rein, bei den nationalsozialistischen Studenten schon lange so sehr beliebt, machte sich von Anfang seiner Rektoratszeit an, seit dem Sommersemester 1933, so er es noch nicht war, ebenso beliebt bei den nationalsozialistischen Führern des Reiches, indem er die Hamburger Universität als erste Hochschule in Deutschland „gleichschaltete“, d.h. zur „politischen Universität“ machte.³⁸⁾ Mit dieser „Umfunktionierung“ der Universität hatte einerseits der Staat – genau wie heute 1969 mit dem neuen Hamburger Universitätsgesetz – einen noch absoluteren Einfluß auf sämtliches Geschehen an der Universität erlangt, als es ohnehin schon der Fall war und andererseits wurde die politische Gleichschaltung aller Studenten durch die Bildung einer „Politischen Fachgemeinschaft“ der Fakultäten gesetzlich verankert. Hierin hatte Rein ein wahres Übersoll an nationalsozialistisch-faschistischer

Weltkriege, (Hamburg 1923)“, einer Arbeit die auch heute noch „empfohlen“ wird (von Dietrich Schröder, a.a.O., S.202), „ausgewiesen“.

- 37) Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Gleiches Recht für Alle. in: Europäische Gespräche – Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik, IX. Jg. 1931, S. 149-160 und 205-220
- 38) Reins Postulat hierzu lautete: Die deutsche Universität müsse „den Entschluß fassen, einen neuen Weg zu beschreiten, den Weg der Erneuerung von Wissenschaft, Erziehung, Forschung und Lehre, den Weg der ganzen Verwandlung. Das ist der Weg des Nationalsozialismus.“ Und demgemäß sah er den „Rektor als Funktionär des regierenden Ministers!“ (A. Rein, Zum Dritten Semester der Hochschulrevolution, in: Hamburger Universitäts-Zeitung, 16. Jg. 1934/35 Heft 1, S.3 f)

Aktivität erfüllt, denn diese „Politische Fachgemeinschaft“, die „Politische Fakultät“, auf der u.a. „für die politische Schulung der Studenten in Zusammenarbeit mit der Studentenschaft zu sorgen ... (und) die Pflege der Auslands-, insbesondere der Übersee- und Kolonialkunde, in ihre Obhut zu nehmen“ war, sollte „eine besondere Eigentümlichkeit der Hamburgischen Universität“ bleiben.³⁹⁾ Dekan dieser politischen Fakultät wurde Otto Westphal, der es in seiner nationalsozialistischen Aktivität Adolf Rein stets gleichzumachen suchte.⁴⁰⁾

Die wichtigsten Fachgebiete der politischen Fakultät geben zugleich Aufschluß darüber, welchen Weg der Faschismus in Deutschland zu gehen gedachte: „Rassenkunde und Volksgesundheitslehre, Volkswissenschaft, Sprache und Kultur des Deutschen Volkes“, also die bekannten „Grundelemente“ für den Rassenhaß in Deutschland bis zum Ende des II. Weltkrieges; und weitere Fächer in unmittelbarer Reihenfolge waren: „Wehrwissenschaft, Sprache und Kultur fremder Völker.“⁴¹⁾ – besonders bei diesen letzten beiden Fächern sei darauf hingewiesen, daß mit der politischen Fakultät ausschließlich „die einheitliche Ausrichtung auf das Gedankengut des Nationalsozialismus“ angestrebt werden sollte.⁴²⁾

Daß sich ausgerechnet die Hamburger Universität hier 1933 als Schrittmacher erwies, kam nicht ganz von ungefähr: einerseits hatte schon 1932 der Rektor Albert Wigand zusammen mit dem seit WS 1930/31 nationalsozialistischen Asta⁴³⁾ die Errichtung eines Lehrstuhls für „Wehrwissenschaft“ gefordert und auch angekündigt mit der Begründung, daß „alle

- 39) Hamburg im Dritten Reich, Heft 2, Die Universität Hamburg als politische Universität, Hamburg 1935, S.20
- 40) Rein und Westphal wetteiferten in ihren nationalsozialistischen Machenschaften so sehr miteinander, daß die Universität besonders unter der progressiven Studentenschaft bald nur noch „Reinisch–Westphälische“ Universität genannt wurde. Westphal glaubte allen Ernstes, daß „durch diese Neueinrichtung ... durch einheitliche Ausrichtung auf das Gedankengut des Nationalsozialismus neue Impulse für die (wissenschaftliche) Arbeit gegeben“ würde. (Hamburger Nachrichten vom 27. Januar 1934: Die Bedeutung des Universitätsgesetzes.)
- 41) Hamburg im Dritten Reich, Heft 2, Die Universität, a.a.O., S.22
- 42) Hamburger Nachrichten vom 27. Januar 1934; vgl. Anm 40) und außerdem Hamburger Universitäts-Zeitung 15. Jg. Heft 5, vom 20.12.1933, Otto Westphal, Das „Politische Colleg“ der Hamburgischen Universität. Danach sollte die „Politische Fachgemeinschaft“ vor allem den Grund legen „für die Herstellung einer neuen, politischen ‚universitas literaria‘ aus dem Geiste des Nationalsozialismus.“ (a.a.O., S.65)
- 43) Bereits im WS 1930/31 war der nationalsozialistische Stimmanteil bei den Asta-Wahlen in Hamburg von 16,6 % im WS 1929/30 auf 41,7 % angestiegen. (Karl Dietrich Bracher, Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 4. Aufl. 1964, S.148.)

praktische Wehrbarmachung der Jugend ... nicht nur darauf gerichtet (sei), jungen Menschen eine gewisse körperliche Ertüchtigung zu verleihen ... das Wesentliche an allen diesen Maßnahmen (sei vielmehr) die geistige Aufrüstung, ... die **Weckung und Förderung der kriegerischen Instinkte**, die in jedem jungen Menschen angelegt sind, sofern er nicht von der Zivilisation in seinen natürlichen Anlagen verdorben worden ist.“⁴⁴⁾ und andererseits fanden sich gerade in Hamburg so zahlreiche übereifrige, junge, nationalsozialistische Wissenschaftler, daß Adolf Rein sogleich nach seiner „Machtübernahme“, zum Regierungsdirektor der Universität befördert, melden konnte: „Hamburgs Universität voran!“⁴⁵⁾ „Hamburg führt zuerst die Universitätsreform durch!“⁴⁶⁾ Seine tatkräftigen Helfer waren vor allem Eberhard Schmidt, Ordinarius und Rirektor des Seminars für Strafrecht und Kriminalpolitik, Rudolf Sieverts, ebenfalls Direktor des Seminars für Strafrecht und Kriminalpolitik, der nichtbeamtete außerordentliche Professor und Rechtsanwalt Walter Fischer, der schon genannte Otto Westphal, der „Rassen- und Kulturbiologe“ Walter Scheidt und der am Museum für Hamburgische Geschichte mit Kursen beauftragte Assistent Walter Hävernick, sowie der sich heute als „Sozialist“ bezeichnende Heinz Dietrich Ortlieb und schließlich von studentischer Seite der „Führer des (nationalsozialistischen) Kameradschaftshauses, ... durch das jeder Student in Zukunft zu gehen hat“, Hans Lorenzen, wie überhaupt die ganze Garde der nationalsozialistischen Studenten von dem Asta-Vorsitzenden Wolff Heinrichsdorff über den „Truppenführer Minnig“ bis hin zu dem ehemaligen Asta-Vorsitzenden Heinz Haselmayer, der noch lange nach dem II. Weltkrieg seine nazistischen Ambitionen offen und nahezu unbehelligt in Hamburg mit einem „Hansischen Kreis“ fortsetzte.⁴⁷⁾

- 44) Hervorhebungen im Original gesperrt gedruckt; Hamburger Echo vom 6. August 1932, Albert Wigand war allerdings noch im Sommer 1932 gestorben.
- 45) Hamburger Fremdenblatt vom 20.1.1934
- 46) Hamburger Tageblatt vom 20.1.1934
- 47) vgl. Hamburger Nachrichten vom 27.1.1934 und „Bergedorfer Zeitung“ Jg. 1950 ff; in vielsagender Tradition gründeten die nationalsozialistischen Studenten in Hamburg u.a. eine „Kameradschaft Hermann von Wissmann“, um den zu ihren militaristischen Gebahren sehr gut passenden Ostafrikakämpfer zu „ehren“, ein Kult, gegen dessen Abschaffung sich der Hamburger Staat noch heute bezeichnenderweise mit Polizeiknüppel und Strafvollzug wehrte.

III.

Die NSDAP hatte 1934 eigens zur Propagierung der Kolonialpolitik aus ihrem Wehrpolitischen Amt ein besonderes Kolonialpolitisches Amt herausgelöst⁴⁸⁾; damit war gerade auch das Fach Wehrwissenschaft an der politischen Universität Hamburg in seinem tieferen kolonialistischen Charakter entlarvt, und die weitere kolonialistische Entwicklung des Versailles-revanchistischen, nationalsozialistischen deutschen Kapitalismus verlief eng verflochten mit der weiteren Entwicklung seiner Universität, der Hamburger politischen Kolonial-Universität: 1936 wurde der Reichskolonialbund gegründet⁴⁹⁾, 1935/36 liefen auf 31 deutschen Universitäten, Hoch- und Fachschulen mit einer forcierten „kolonialwissenschaftlichen Lehre und Forschung“ die gezielten Vorarbeiten für eine aktive nationalsozialistische Kolonialpolitik an,⁵⁰⁾ an denen sich allein die Hamburger Universität mit einem Angebot von mehr als 20 Veranstaltungen beteiligte,⁵¹⁾ dieses Programm wurde in den folgenden Jahren noch wesentlich erweitert, so daß im Juni 1938 bereits ein Entwurf zu einem Reichskolonialbeamten-gesetz von dem Ausschuß für Kolonialrecht der Akademie für Deutsches Recht fertiggestellt und Vorbereitungen getroffen wurden, um das Kolonialpolitische Amt der NSDAP in ein Reichskolonialministerium umwandeln zu können;⁵²⁾ ebenfalls 1938 wurde Adolf Rein von dem „Reichserziehungsminister ... mit dem Aufbau und der Leitung des Kolonialinstitutes der Hansischen Universität beauftragt.“⁵³⁾ Mit dieser „Erneuerung des Kolonialinstituts“ der Hamburger Universität sollten alle Institute und Seminare in Hamburg, die mit kolonialen Fragen in Berührung kamen, koordiniert werden, um besser „nationalsozialistische Kolonialpolitik propagieren und Führungskräfte für die Kolonien heranbilden“ zu können.⁵⁴⁾

48) vgl. u.a. Dieter Schröder, a.a.O., S.204

49) ebenda

50) vgl. Horst Kühne, Zur Kolonialpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, Jg. 1961, Heft 3, S.532; Kühne weist in diesem Zusammenhang zugleich nach, wie weitgehend sich die „Kolonialforschung“ den kolonialen Expansionsplänen des faschistischen deutschen Imperialismus unterzuordnen hatte, und mit wessen Geldern im einzelnen die „Kolonialforschung“ und die wissenschaftlichen Expeditionen ausgerüstet und dienstbar gemacht wurden.

51) Hamburger Universität, Personal- und Vorlesungsverzeichnis WS 1935/1936

52) vgl. Dieter Schröder, a.a.O., S.204.

53) Staatsarchiv Hamburg, Pressestelle III, O I 1 m

54) ebenda und Dieter Schröder, a.a.O., S.204; die wesentlichen Aufgaben des neuen Kolonialinstituts wurden folgendermaßen formuliert: „1.) Zusammenfassung der kolonialwissenschaftlichen Arbeit innerhalb der Universität, 2.) Einrichtung kolonialwissenschaftlicher Lehrgänge im Rahmen des Allgemeinen

Der kolonialistische Lehr- und Forschungsbetrieb an der „Hansischen Universität“, wie die Hamburger Universität im Dritten Reich hieß, wurde 1939 noch erheblich erweitert: Unter der Leitung des Juristen Hans Peter Ipsen, der im faschistischen Hamburg eine Blitzkarriere gemacht hat und bereits 1937 im vom „Führer geschaffenen Großhamburg“ „Kommissarischer Leiter der Abteilung III des Hamburgischen Staatsamts“ und wenig später bereits „Oberlandesgerichtsrat im Reichsjustizministerium“⁵⁵⁾ war, wurde das „Institut für Kolonialrecht“ eröffnet. In diesem Institut wirkte neben Ipsen vor allem der schon genannte Friedrich Schack, der dann nach dem II. Weltkrieg zusammen mit Laun für die Kontinuität seiner kolonialrechtlichen Disziplin sorgte.⁵⁶⁾

Für Hamburg und insbesondere zum Verständnis der Kontinuität der Universität als „permanentes Kolonialinstitut“ gehört in die Phase der verstärkten kolonialistischen Vorbereitung zur Expansion des deutschen Faschismus in Übersee die Gründung des Afrika-Vereins 1934⁵⁷⁾, zu dessen exponierten Köpfen fast vom Beginn an einer der Assistenten von – wie sollte es anders sein – Adolf Rein zählte: Günter Jantzen.

Vorlesungswesens für besondere Berufsgruppen, 3.) Verbindung mit der kolonialen Praxis durch einen Beirat des Kolonialinstituts, 4.) kolonialwissenschaftliche Diplonprüfungen im Rahmen der bestehenden auslandskundlichen Diplonprüfungen der Hansischen

55) vgl. Hamburg im Dritten Reich, Heft 9, Groß-Hamburg, Hamburg 1937, S.67 und Hamburgische Universität, Verzeichnis der Vorlesungen 1938-1944.

56) vgl. oben Anm. 36

57) „Die Aufgabe des Vereins besteht in der Wahrnehmung und der Förderung der Beziehungen zu allen Gebieten Afrikas mit Ausnahme Ägyptens, das durch eine Vereinbarung zum Tätigkeitsbereich des ebenfalls in Hamburg ansässigen Nah- und Mittelost-Vereins gehört. ... Der Verein arbeitet mit den Regierungsstellen der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Bundesländer sowie mit den deutschen amtlichen Vertretungen in Afrika eng zusammen. ... Ein Sonderarbeitsbereich des Afrika-Vereins stellt seit dem Jahre 1960 der „Technisch-Wissenschaftliche Dienst“ (TDW) dar. ... Die Hauptaufgabe des TDW besteht in Untersuchungen über die Möglichkeiten deutscher Beteiligungen bei der Errichtung von Klein- und Mittelindustrien in afrikanischen Entwicklungsländern (auf keinen Fall aber Großindustrien, damit die Abhängigkeit von den neokolonialistischen Staaten auch ja gewahrt bleibt! (Anm. Der Verf.)) und in der Ausarbeitung von entsprechenden Expertisen. ... Eng mit dem Afrika-Verein verbunden ist das „Deutsche Institut für Afrikaforschung e.v.“, das seit (1963) ... auf dem Gebiet der angewandten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften arbeitet. Die ersten Arbeiten erschienen im Herbst 1964 als „Hamburger Beiträge zur Afrikakunde“.“ (Hamburg, Informationszentrum Übersee, 2. Auflage, Hamburg-Information, o.O., o.J., S. 3)

Jantzen, im II. Weltkrieg schwer verwundet, hat zwar nach dem II. Weltkrieg mit dem Nationalsozialismus augenscheinlich gebrochen, der deutsche Kolonialismus, die deutsche „Kolonialforschung“ aber blieben sein „Steckenpferd“; er baute nach dem Kriege die völlig zerstörte Bibliothek des Historischen Seminars wieder auf, wobei er selbstverständlich in erster Linie an die „Überseegeschichte“ dachte. Im Afrika-Verein blieb er an führender Position, den er sogar mehrere Jahre als Vorsitzender leitete; in der Universität wurde er Lehrbeauftragter für die (Kolonial)-Geschichte Afrikas und in der Hamburger Wirtschaft (im „Öffentlichen Leben“) spielt er heute als Außenhandelssyndikus der Hamburger Handelskammer (mit Schwerpunkt für die „Entwicklungsländer“ Afrikas) eine hervorragende Rolle.

IV.

Die Universitäten und Hochschulen in den drei westlichen Besatzungszonen nach dem II. Weltkrieg scheinen von der Entnazifizierung 1945 weitgehend verschont geblieben zu sein, besonders auch die Hamburger Universität hat die meisten seiner Lehrkräfte aus der nationalsozialistischen Zeit bis zu ihrer Emeritierung behalten. Mit dem Ende des Krieges im Frühjahr 1945 wurden u.a. auch die deutschen Universitäten vorübergehend geschlossen, die Hamburger Universität konnte zum Wintersemester 1945/46 den Lehrbetrieb wieder aufnehmen; erster Nachkriegsrektor war der schon lange vor 1933 an der Hamburger Universität lehrende Anglist Emil Wolff; unter seiner Ägide fanden sich fast alle bekannten Nazis und Nicht-Nazis wieder ein: so setzten die Träger uns schon bekannter Namen wie Rudolf Sieverts, Hans Peter Ipsen, Walter Scheidt, Rudolf Laun, Friedrich Schack, Walter Hävernick und Heinz-Dietrich Ortlieb in gewohnter Weise mit der Genehmigung der britischen Militärregierung ihre Lehr- und Forschungstätigkeit fort. Und nicht genug damit, nach Hamburg wurden in der Folgezeit immer wieder Professoren berufen, die nicht nur eine markante „braune Vergangenheit“ hatten, sondern diese in ihrem Gebahren und ihren Äußerungen in vielen Fällen gar nicht leugneten. Einer der ersten war 1947 unser heutiger Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, dessen „Entnazifizierung“ mit dem Übertritt von der NSDAP (Parteinummer 4663250) in die Sozialdemokratie vollzogen wurde;⁵⁸⁾ ferner die Historiker Hermann Aubin und Otto

58) Karl Heinz Roth, Der Stellvertreter, Wirtschaftsminister Karl Schiller als Lückenbüßer, in: Konkret, Nr. 2 vom 13. Januar 1969, S.26–29; „Im Juni

Brunner, der bis 1954 Berufsverbot hatte und während dieser Zeit sein Hauptwerk „Land und Herrschaft“ von den nationalsozialistischen Lobhudeleien „reinigte“;⁵⁹⁾ schließlich gehören in diese Kategorie der bewährte Helmut Thielicke (Ordinarius seit 1945), der inzwischen von den Studenten relegierte Hans Wenke, der Staatsrechtler Herbert Krüger sowie der ehemalige Heerespsychologe der deutschen Wehrmacht im Dritten Reich⁶⁰⁾ Peter Robert Hofstätter, der auch heute noch gern seine psychologischen Kenntnisse den Militärs zur Verfügung stellt⁶¹⁾, und Bertold Spuler, Altkatholik und Orientalist, der bei der Rektoratsfeier im November 1967 angesichts gegen die katastrophalen universitären Zustände („unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“) demonstrierender Studenten in der Erregung aus Versehen seine wahre Gesinnung kundtat: „Sie gehören alle ins KZ!“⁶²⁾, der daraufhin unter dem Druck der Öffentlichkeit vorläufig von seiner Lehrtätigkeit suspendiert und gegen den gleichzeitig ein bis heute noch nicht abgeschlossenes Disziplinarverfahren eingeleitet wurde und dessen Bemühungen, wieder voll in Amt und Würden gesetzt zu werden, nicht nur in Hamburg, sondern auch an der Universität Bonn wegen dieser Vorfälle scheiterten.⁶³⁾

1933 tritt (Karl Schiller) ..., inzwischen 22jährig, der SA und dem NS-Studentenbund bei. ... Nach einem dreiwöchigen SA-Lehrsprötlager in Nordbaden nimmt ihn der NS-Rechtswahrerbund als Mitglied Nr. 82421 auf. ... Selbst gegen den am 1. Mai 1937 erfolgten Eintritt Schillers in die NSDAP ... ist noch nichts einzuwenden. Daß Schiller ein Jahr später zum „Politischen Leiter“ der NSDAP-Ortsgruppe „Klaus Groth“ in Kiel arriert und 1939 auch noch Mitglied des NS-Dozentenbundes (Mitgliedsnummer 4981) wird, mag man ruhig damit erklären, daß er seiner Karriere auf diese Weise ein wenig nachhelfen wollte. ... Im Herbst 1935 wechselte Schiller an das Institut für Weltwirtschaft über, wo er Assistent in der Forschungsgruppe „Marktordnung und Außenwirtschaft“ wurde. Ein halbes Jahr später finden wir ihn schon als Gruppen-Leiter wieder. Die folgenden Jahre sind mit Untersuchungen über die Struktur antiliberaler Marktregulierungen in der Landwirtschaft des In- und Auslandes ausgefüllt; von den 33 Ländern, die das Kieler Institut für Weltwirtschaft damals unter der Ägide des Professors Mackenroth analysierte, bearbeitete Schiller die Niederlande, Bulgarien, Portugal, Spanien, Griechenland und die Türkei.“

59) vgl. die Ausgaben von 1942 und 1955.

60) diese Angabe findet sich sogar im „Wer ist Wer?“ Das Deutsche Who's who, 13. Ausgabe von Degeners Wer ist's? Hrsg.: Walter Habel, Berlin 1958, S.531 (1937–43, 1942 Regierungsrat)

61) Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik, Hamburg, 3/06/2/1; siehe auch dokumentarischer Anhang Nr.5

62) vgl. Bild vom 16. November 1967 und Hamburger Abendblatt vom 16. November 1967

63) Frankfurter Rundschau vom 14.5.1969 (Stadttausgabe)

Lediglich für Adolf Rein kam die Entnazifizierung 1945 äußerlich durch die Relegierung von der Universität, „innerlich“ jedoch nur durch den zweiten Vornamen, **Gustav Adolf Rein**, zum Ausdruck. Ebenso wie 1967 Berthold Spuler nur von seiner Lehr- nicht aber von seiner Forschungstätigkeit ausgeschlossen wurde, konnte auch Adolf Rein seine Forschungstätigkeit ungehindert in vollem Umfange fortführen: Schrieb er 1931 über „die europäische Ausbreitung über die Erde“⁶⁴), so forschte er jetzt – zeitgemäßer – „über die Bedeutung der überseeischen Ausdehnung für das europäische Staatensystem“⁶⁵), ein neues Gewand für seine alten kolonialistischen Thesen; schrieb er vorher als Direktor des Kolonialinstituts der Hansischen Universität Geleitworte für die Schriftenreihe dieses Instituts, so fungiert er heute u.a. als Herausgeber der biographischen Schriftenreihe „Persönlichkeit und Geschichte“ des konservativen Musterschmidt-Verlages; schrieb er früher über das „Problem der europäischen Expansion in der Geschichtsschreibung“⁶⁶), so besitzt er heute die Frechheit, den „Bonapartismus und Faschismus in der deutschen Geschichte“⁶⁷) zu beurteilen, und er scheut sich nicht – ohne daß auch nur ein einziger unserer „antifaschistischen“ und „demokratischen“ Ordinarien daran Anstoß nähme⁶⁸) – vor der Grenzakademie Sankelmark (selbstverständ-

- 64) Adolf Rein, Die europäische Ausbreitung über die Erde, Potsdam 1931
 65) Gustav Adolf Rein, Über die Bedeutung der überseeischen Ausdehnung für das europäische Staatensystem, Neuauflage der Wissenschaftlichen Buchgemeinschaft (Aha! (Anm. der Verf.)), Darmstadt 1933. (Die erste Vorkriegs-Auflage erschien nur unter Adolf Rein)
 66) Adolf Rein, Das Problem der europäischen Expansion in der Geschichtsschreibung, Hamburg 1929
 67) Gustav Adolf Rein, Bonapartismus und Faschismus in der deutschen Geschichte, Göttingen o.J.
 68) Diese „Kritiklosigkeit gegenüber der eigenen Ideologie“, die zugleich auf eine eklatante „Verletzung individueller Freiheit, Würde und Selbstbestimmung anderer Menschen“ (Drexelius/Ehrlicher & Co.) hinausläuft, führt zu „öffentlichen Beschimpfungen und Demütigungen (Spuler, Oehler) – Verhaftungen ohne Gerichtsurteil (sog. Leithammeltheorie von Pawlik) – ... Uniformierung von Kleidung (Talare), gemeinsame Abzeichen (Amtsketten) ... Beschimpfung Andersdenkender als Reaktionär (hierher gehört die Abklassifizierung einer jeden fundamentalen Kritik als faschistisch) Weigerung die eigenen Ideologien und das eigene Verhalten frei erforschen zu lassen“ (Wenke bis Oehler) und sind daher „typische Verhaltensformen von Nazisten, Stalinisten, Diktatoren.“ Soweit Professor Dr. Reinhard Tausch in einem Flugblatt „Wer ist Nazi? Faschist? Stalinist?“ vom Juli 1969. Zum besseren Verständnis der weit-sichtigen und objektiven Darstellung seiner Kollegen muß hier gerechterweise auch noch auf Tauschsens gewiß richtigen einleitenden Satz verwiesen werden, in dem er bemerkt, daß „heute kaum jemand die inhaltlichen Ideen von Hitler, Stalin oder Mussolini (vertritt), aber wir müssen annehmen, daß die Menschen, die sich für diese Ideologien hergaben, in jeder Generation neu unter uns sind.“ Quod erat demonstrandum! (Die Bemerkungen in den () innerhalb der Zitate sind Anmerkungen der Verfasser)

lich nur vor einem völlig „unbedeutenden“ provinziellen Auditorium) am 23.2.1954 einen Vortrag über die „Restauration als Phase der geschichtlichen Entwicklung“⁶⁹) zu halten.

Der Entnazifizierungsprozeß der Hamburger Universität als Organisation bestand 1945 lediglich in der Zurücknahme der nationalsozialistischen Zusatzbestimmungen von 1933 (politische Universität) zum alten Universitätsgesetz von 1921, das damit wieder seine volle Gültigkeit erlangte. Wir erinnern uns, wie sehr dieses Gesetz die aus dem ohnehin schon sehr kaufmanns- und staatsbestimmten Kolonialinstitut hervorgegangene Universität der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsstruktur der zwanziger Jahre und den Wünschen der herrschenden Cliquen entsprechend organisiert hatte, und daß durch dieses Gesetz die Kontinuität vom staatlich kontrollierten Kolonialinstitut zur staatlich kontrollierten „Kolonial“-Universität manifest geworden war.⁷⁰) 1945 betonte Senator Heinrich Landahl bei der Feier der Wiedereröffnung der Universität am 6. November in der Musikhalle, daß es sich „von selbst“ verstehe, „daß die Universität Hamburg ... (diese) ihre gewollte Eigenart durchaus bewahren, vielleicht sogar ausgestalten soll und kann.“⁷¹) Mit diesen Worten sollte vor allem auch die Kontinuität des „permanenten Kolonialinstitutes“ angesprochen sein.⁷²) Reformpläne wurden allerdings erst einige Jahre später formuliert, wie etwa in dem sogenannten blauen Gutachten zur Hochschulreform von 1948,⁷³) an dem u.a. Bruno Snell, heute emeritierter Ordinarius für Klassische Philologie, und C.F.v. Weizsäcker mitgearbeitet haben. Auch der sogenannte Schillerplan für den Aufbau der Hamburger Universität aus der Mitte der fünfziger Jahre beseitigte das Gesetz von 1921 nicht.⁷⁴)

- 69) Gustav Adolf Rein, Restauration als Phase der geschichtlichen Entwicklung, Schriften der Grenzakademie Sankelmark, Vortrag gehalten am 23.2.1954.
 70) vgl. oben S.
 71) Universität Hamburg, Reden von Senator H. Landahl und Prof. Dr. E. Wolff, Rektor der Universität, gehalten bei der Feier der Wiedereröffnung am 6. November 1945 in der Musikhalle, o.O. (Hamburg) o.J. (1945), S.12;
 72) ebenda; Landahl sagte dort weiter: „Es war bei der Gründung vor sechsundzwanzig Jahren der ausgesprochene Wille, unsere Universität solle ihr Augenmerk mehr, als es sonst üblich war und ist, dem Ausland, insbesondere den überseeischen Gebieten und den Ländern und Völker verbindend Gedanken zuwenden. Das gilt uneingeschränkt auch heute. Deutschland muß aus der geistigen Autarkie, in die uns der Nationalsozialismus gezwängt hatte, wieder herausgeführt werden. Hamburg hat nie die Beziehung zur Welt draußen verloren und ist daher besonders zu diesem Befreiungswerk berufen.“ (sic!)
 73) Gutachten zur Hochschulreform, vom Studienausschuß für Hochschulreform (Hamburg) 1948.
 74) Über diesen Plan hat Rudolf Sieverts 1961 in: Die neue Gesellschaft, S.124 ff, einige Ausführungen gemacht.

Gegen Ende der fünfziger Jahre wurde allerdings immer deutlicher, wie wenig das mittlerweile nahezu vierzigjährige Gesetz den Anforderungen des gesellschaftlichen Gesamtkapitalisten genügte, da zu der imperialistischen kolonialen Funktion andere Aufgaben (wissenschaftliche Verwertbarkeit im Spätkapitalismus, Wissenschaft als notwendige Produktivkraft) an die Universität herangetragen wurden, die den gesamtgesellschaftlich zu beobachtenden, fortschreitenden Formierungsprozeß auch und gerade im Bereich der Hochschule durch eine gleichsam „Notstands“-Hochschulgesetzgebung sichern sollten. Doch – so scheint es wenigstens bei objektiver Durchleuchtung der Entwicklung – erst die fundamentale Kritik der Studenten am Bildungsnotstand in der Bundesrepublik und mehr noch der daraus resultierende immer stärker werdende Druck der Studentenschaft gegen die bestehende Ordinariuniversität mit all ihrem jahrhunderte alten autoritären Muff brachte die Universität und den Staat zum Handeln. Dabei erwies es sich aber, daß die Ordinarien sich nicht nur der massiven Studentenkritik, sondern auch dem Druck des Staates ausgesetzt sahen, der nämlich den von ihm gelenkten Formierungsprozeß empfindlich gestört sah, da ja die Kritik der Studenten an der Universität eine grundsätzliche Kritik am gesamten Gesellschaftssystem beinhaltetete.

Während die Ordinarien der Hamburger Universität, befangen in ihrer „Humboldtschen Universitätsillusion“, die sie den modernen Erfordernissen der Gesellschaft so gern anpassen möchten, noch feststellen, daß „eine erste etwas eingehendere Orientierung über die Situation der Universität Hamburg ... (zeige), daß sich die Studien- und Forschungsbedingungen in Hamburg weniger günstig entwickelt haben als an anderen Universitäten“,⁷⁵⁾ setzte der Hamburger Staat – wieder einmal wie schon 1933 allen anderen Ländern Westdeutschlands „voran“!⁷⁶⁾ – alle seine Möglichkeiten und Machtmittel ein, um auf schnellstem Wege ein neues Universitätsgesetz „durchzupeitschen“ und über die Köpfe der betroffenen Ordinarien und vor allem der betroffenen Studentenschaft hinweg zu erlassen. Resigniert stellte der Rektor, Prof. Ehrlicher, über dieses gerade rechtzeitig zum 50. Geburtstag der Universität „fertiggestellte“ Staatsgeschenk fest, daß „alle vorliegenden Gesetzentwürfe, wie auch das Hamburger Gesetz, ... (die) Autonomie der Universität zu Gunsten größerer Eingriffsmöglichkeiten des Staates“ einschränken,⁷⁷⁾ denn „die Sorge der

75) Mitteilungen der Universität Hamburg, Heft 15, Bericht über die Rektoratszeit 1967–1968, Hamburg 1968 S.19

76) vgl. Anmerkung 45) und 46) (Hamburger Fremdenblatt und Hamburger Tageblatt vom 20.1.1934)

77) Ansprache des Rektors, Professor Dr. Werner Ehrlicher, beim Empfang anlässlich des 50. Gründungstages der Universität Hamburg am 10. Mai 1969, S.3

Professoren – und das sind letztlich die Persönlichkeiten, die den Ruf der Universität Hamburg begründet haben – geht dahin, daß Hamburg zu einer Massenausbildungsstätte wird und den Ruf als Forschungsstätte und Universität verliert.“⁷⁸⁾

Zwar inszenierte die Hamburger Bürgerschaft – um den Schein der Demokratie zu wahren – verschiedene Hearings mit Professoren und Assistenten und mit Vertretern der Studentenschaft, von denen 1967/68⁷⁹⁾ Rektor Ehrlicher anerkennend bemerkte, daß sie „erfolgreich bestrebt (waren), die Störung des Universitätsbetriebs möglichst gering zu halten und auch im außeruniversitären Bereich (Notstandsgesetze, Osterunruhen, Justizkampagne, Vorbeugehaft! (Anm.derVerf.)) eine Eskalation zu vermeiden“,⁸⁰⁾ aber dieses Schauspiel des Anhörens diente lediglich propagandistischen Zwecken.

Das Gesetz von 1969 zeigt nun analog zu den Zusatzbestimmungen von 1933 zu dem Universitätsgesetz von 1921 alle Charakteristika einer „politischen Universität“, allerdings in einer weitaus perfektionierteren Fassung. Wenn 1933 der Rektor der Universität von der „Landesunterrichtsbehörde ... aus der Zahl der ordentlichen Professoren“ ernannt wurde und damit den Einfluß der Staatsbürokratie zu Lasten der universitären Autonomie entscheidend verstärkte,⁸¹⁾ so machte das Gesetz von 1969 die Spitze der Universität durch Ernennung eines vom Senat bestellten⁸²⁾ Universitätspräsidenten vollends zum Organ des Staates. Wenn 1933 die politische Kontrolle über die Universität durch eine für alle obligatorische und über alle Fakultäten sich erstreckende Zwangskörperschaft, der politischen Fachgemeinschaft, erreicht wurde, so stellt 1969 das Universitätskonzil eine voll dem staatlichen Bedürfnis entsprechende Marionetten-

78) ebenda S.13

79) Die Ära der Studenten-„Vertreter“ Jankowski und Litten.

80) Mitteilungen der Universität Hamburg, Heft 15, a.a.O., S.9 f.; Ehrlicher fährt an dieser Stelle fort: „Von der Behinderung der Vollversammlung am 4. Juli hat sich der Asta-Vorsitzende klar distanziert. Daß er die Freigabe des blockierten Eingangs durch die Zusicherung erwirkte, bei Ablehnung des Antrags auf Öffentlichkeit auszuziehen, möchte ich ihm nicht zur Last legen.“ (Bravo!)

81) „Die „Neuordnung der Hamburgischen Universität“, in: Hamburger Universitätszeitung, 15. Jg. Heft 7 vom 8. Februar 1934, S.124–127; S.124: „Der Universitätssenat ist vor der Ernennung zu hören und ist berechtigt, drei Professoren vorzuschlagen. Die Landesunterrichtsbehörde ist an den Vorschlag nicht gebunden.“ – Interessant in diesem Zusammenhang ist außerdem, daß Adolf Rein 1933 zusätzlich noch zum „Regierungsdirektor“ der Universität befördert wurde.

bühne dar, auf der zwar scheinbar Entscheidungen getroffen werden können (Wahl des Universitätspräsidenten), in Wahrheit aber nur getroffenen Entscheidungen des Senats der Stadt nachträglich zugestimmt werden kann.⁸³⁾ Dienten 1933 die Zusatzbestimmungen zum Gesetz von 1921 auch zur totalitären Erfassung des gesamten Hochschulbereiches, so erfolgt die Formierung heute durch das Lehrende und Lernende gleichermaßen erfassende Ordnungsrecht.

Wird also auch wieder durch die jüngste Hochschulgesetzgebung die Wissenschaft nur partikularen Interessen dienstbar bemacht, so müssen heute immer mehr Ordinarien mit ihrem Rektor, Ehrlicher, erkennen, in welche Situation sie dieses Gesetz gebracht hat: „Die Aufgabe, die der Wissenschaft, und das heißt heute ja doch immer noch in erster Linie der Universität, damit im Interesse der Gesellschaft gestellt ist, kann nicht überschätzt werden. Sie erfordert Erweiterung und Verbesserung der Forschungsmöglichkeiten sowie ein hohes Maß an Koordination. Ich kann nicht umhin, hier auszusprechen, daß unser neues Universitätsgesetz uns in dieser Richtung nicht nur keine Hilfe bringt, sondern uns weit zurückwirft.“⁸⁴⁾ Diese ordinariale Erkenntnis – statt Forschung Massenausbildungsstätte in der formierten Gesellschaft – zeigt sich auch in der warnenden Schlußbemerkung von Ehrlicher's Ansprache anlässlich des 50. Gründungstages der Universität, als er davon sprach, „daß sich täglich die Versuche angesehenen Wissenschaftler mehren, eine Tätigkeit in außeruniversitären Forschungsinstituten zu finden. Wenn diese Form der Emigration auch gegenüber der Abwanderung ins Ausland oder in die Wirtschaft weniger schwer wiegt, so wird sie auf die Dauer für die Universität gleichwohl tödlich sein. Die Universität kann nicht ohne die Forschung in den eigenen Mauern existieren.“

Gerade aber hierin wird das erklärte Ziel der Herrschenden deutlich, die Universität durch das neue Hochschulgesetz zur leicht kontrollierbaren Massenausbildungsstätte zu machen und zugleich die Forschung mehr und mehr aus der Universität heraus in leicht zu kontrollierende oder ihren Bedürfnissen ohnehin voll dienenden Einzelinstituten, „Gesellschaften“, „Vereinen“ usw. auszulgliedern. Diese Entwicklung, die schon lange vor

82) § 26; dieser Abschnitt konnte lediglich mit Blick auf die Kontinuität der Staatsuniversität sehr knapp gefaßt werden, da das Universitätsgesetz gesondert noch eingehend in einem späteren Kapitel behandelt wird. Vgl. S.

83) §§ 26,37 (I), vgl. das Kapitel über das Universitätsgesetz.

84) Ansprache des Rektors, Prof. Ehrlicher, a.a.O., S.13

85) ebenda S.15 f.

dem neuen Universitätsgesetz in vollem Gange war,⁸⁶⁾ wird besonders für die kolonialistischen beziehungsweise heute neokolonialistischen Sonderforschungsbereiche der zahlreichen Hamburger inner- und außeruniversitären Institute relevant. Die 1964 von der „Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsförderung e.V.“ herausgegebene Broschüre „Hamburg, Informationszentrum Übersee,“ nennt allein 50 solcher Institute, Vereine und Gesellschaften, die die kolonialistische Tradition der Hamburger Forschung im engeren wie auch im weiteren Bereich der Universität heute im Dienste der Stadt, des Staates, der Wirtschaft⁸⁷⁾ fortsetzt.

V.

Ehe hier nun auf die Sonderforschungsbereiche der Universität Hamburg, die sie auch nach dem II. Weltkrieg, gerade auch durch die oben genannten Institute, zu einem tatsächlich „permanenten Kolonialinstitut“ werden lassen, näher eingegangen werden kann, müssen zu ihrem besseren Verständnis zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen über den Charakter des spätkapitalistischen Neokolonialismus, auf dessen Grundlage die Sonderforschungsbereiche allein vom Staat vergeben wurden, gemacht werden.

Bereits zu einer Zeit, da noch der faschistische deutsche Imperialismus auf eine militante Eroberung überseeischer Gebiete zwecks „klassisch“-kolonialer Ausbeutung aus war, der europäische Spätkapitalismus aber mehr und mehr seine kolonialen Interessen unter den Bedingungen der immer stärker werdenden Dekolonarisierungsbewegung darauf einzustellen begann, die ökonomisch schwachentwickelten Länder wirtschaftlich und auch politisch bei einer scheinbaren, formalen Unabhängigkeit in der Gewalt zu behalten, definierte der sich heute als „Sozialist“ (Mitglied der SPD) und besonders fortschrittlich gebärende Ordinarius der Wirtschaftswissenschaft und Direktor des Hamburger Welt-Wirtschafts-Archivs, Heinz-Dietrich Ortlieb, die „neuere Entwicklung der afrikanischen Kolonien“ und daraus für den Kapitalismus zu ziehenden Konsequenzen nach neuen, neokolonialistischen Gesichtspunkten: „Die neuere Entwicklung der afrikanischen Kolonien (zeigt) immer deutlicher: Daß Kolonien

86) Diese Entwicklung wurde früher von Rektor Ehrlicher weniger negativ beurteilt. (vgl. etwa Mitteilungen der Universität Hamburg, Heft 15, a.a.O., S.39; Nachruf auf Herbert Gardemin.)

87) Die Wirtschaft ist in Hamburg für diesen Zweck allein von 24 Firmen-„Interessen-Vereinen“ vertreten. (Hamburg, Informationszentrum Übersee, a.a.O., Aufstellung am Schluß des Bandes.)

zunächst einmal ein Eigenleben besitzen und daß sich nur unter voller Achtung dieses Eigenlebens auf die Dauer ihre Produktivität erhalten oder gar steigern läßt. War früher das Ziel der Kolonialwirtschaft: Steigerung der Ausführproduktion um jeden Preis, so hat man heute diese Entwicklung abgebremst, um die Erzeugung des Eingeborenen für den Eigenbedarf zu erhöhen und dadurch erst einmal die Leistungsfähigkeit des Eingeborenen, die wichtigste Produktivkraft der tropischen Kolonien, zu steigern. Und das nicht aus humanitären Gründen, sondern weil man sich aus eigenem Interesse dazu gezwungen sah.“⁸⁸⁾ Ersetzt man nun das Wort Kolonien durch „Entwicklungsländer“, so wird deutlich, welches Rezept 1941 Ortlieb, damals bereits Dozent an der „Hansischen Universität“, seinen faschistischen Herren für „eine neue Ausrichtung ... (der Kolonialwirtschaft“⁸⁹⁾ verordnete: Der Imperialismus mußte seine „Träume vom direkten Kolonialbesitz“ mit neuen kolonialistischen (neokolonialistischen) Methoden zu erfüllen suchen. Indem er den neuen, aus den ehemaligen Kolonien entstandenen, noch wirtschaftlich schwach entwickelten Nationalstaaten Industrien aufbaute, die nur seinen Profitinteressen dienen und deren Existenz und Entwicklung allein von seinem Kapital abhängig bleiben soll, deren Rohstoffquellen erschloß und sich durch „großzügige“ Staatskredite und durch künstliche Verlängerung und Provozierung von Konflikten zwischen den einzelnen Nationalstaaten sicherte.⁹⁰⁾

Das kolonialistische Ziel und die neokolonialistischen Methoden werden heute meist nicht mehr so offen ausgesprochen, wie es 1941 noch Ortlieb getan hat, denn angesichts der immer lauter werdenden Solidaritätsbekundungen mit den derart unterdrückten Völkern innerhalb der eigenen Bevölkerung verschleiern die Kapitalisten ihre neokolonialistischen Machenschaften mit dem Deckmantel des Humanismus und der großzügigen Entwicklungshilfe. Dennoch können die Neokolonialisten nicht nur durch eine eingehende wissenschaftliche Durchleuchtung ihrer vielfältigen Methoden entlarvt werden, immer wieder verraten sie sich selbst, wenn sie ihre Absichten und „Bemühungen zur Stabilisierung der Rohstoffmärkte (als) notwendig“ erläutern: „Wir sind überzeugt, daß, wenn sich die Industrienationen dieser Aufgabe aufmerksam widmen, sie nicht nur einen Beitrag zur Festigung der Rohstoffmärkte und damit zur Entwicklung der

88) Heinz-Dietrich Ortlieb, Eingeborenenernährung und Ernährungspolitik im tropischen Afrika, Schriften des Kolonialinstituts der Hansischen Universität, Band 1, Kolonialwirtschaftliche Reihe Nr. 1, Hamburg 1941, S. VII.

89) ebenda

90) vgl. u.a. Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Berlin 1965, S. 123 ff.

Rohstoffländer leisten, sondern sich selbst einen guten Dienst tun, indem sie den politischen und wirtschaftlichen Umschichtungsprozeß, der in der Welt unaufhaltsam fortschreitet, frühzeitig Rechnung tragen.⁹¹⁾ Dazu haben wir heute noch alle Möglichkeiten in der Hand, die uns, wenn wir sie nutzen, in der Welt nicht nur zur Anerkennung (natürlich nur unter der Bedingung der Hallstein-Doktrin! (Anm. der Verf.)), sondern durchaus eigene Vorteile verschaffen.“⁹²⁾

Um nun die neokolonialistischen Methoden immer weiter zu entwickeln und zu verfeinern und die überseeischen Gebiete, auf die sie angewendet werden, immer weiter zu erschließen und in immer festere Abhängigkeit zu bekommen, wurde es den Kapitalisten notwendig, die gesamte „Kolonialforschung“ auf diese neuen Bedingungen umzustellen und den staatlichen und imperialistischen Wünschen voll dienstbar zu machen. Daher lag es nahe, daß gerade die schon in Hamburg mit einer langen Tradition arbeitenden Institute innerhalb und außerhalb der Universität mit Sonderforschungsbereichen zu beauftragen und ihre Forschungsbedingungen zweckbestimmt mit großzügigen finanziellen Unterstützungen auszubauen und zu vertiefen. Diesem Vorhaben kamen die einzelnen Institute mit ihren Förderungsanträgen etwa bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft durchaus entgegen. So wurden vor allem für die afrikanischen Länder und die lateinamerikanischen Staaten Sonderforschungsbereiche errichtet: Die Koordination aller für diese Sonderforschungsbereiche wichtigen Wissenschaften hat für den afrikanischen Sektor in erster Linie das 1963 gegründete „Deutsches Institut für Afrika-Forschung e.V.“ übernommen, das u.a. jedes Jahr mit einer umfangreichen Zusammenstellung der gesamten Afrika-Forschung in Hamburg Bilanz zieht⁹³⁾ und zusammen mit dem Afrika-Verein sich um die finanzielle Ausstattung dieser Forschung bemüht.⁹⁴⁾ Ein weiteres sehr breit angelegtes Schwerpunktprogramm in Hamburg hat das 1917 gegründete von 1928 bis 1945 außerhalb der Universität arbeitende Iberoamerikanische Forschungsinstitut übernommen, das „auf dem Gebiet des kulturellen Austausches

91) 17 Jahre später als Ortlieb kam erst einer der Vorgänger Ortliebs im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv zu dieser imperialistischen „Einsicht“: Clodwig Kapferer.

92) Clodwig Kapferer, Sicherung unserer Ausfuhr durch Hebung der Kaufkraft in Rohstoffländern, in: 50 Jahre Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, a.a.O., S. 38.

93) Deutsches Institut für Afrika-Forschung e.V., Afrika-Dokumentation und Forschung in Hamburg, o.O. 1966 ff

94) Näheres über dieses Forschungsprogramm siehe den dokumentarischen Anhang zu diesem Kapitel.

...laufend von staatlichen oder halbstaatlichen Einrichtungen in Deutschland sowie in den iberischen und ibero-amerikanischen Ländern in Anspruch genommen" wird.⁹⁵⁾ Das jüngste Forschungsprogramm dieses Instituts unter seinem Direktor Hans Flasche spricht bereits in seiner Formulierung deutlich seinen zweckgebundenen, neokolonialistischen Charakter aus: „Grundlagen und Merkmale der regionalen Differenzierungen in Lateinamerika.“⁹⁶⁾

Daß damit zugleich die enge Zusammenarbeit mit anderen Instituten erforderlich wurde, braucht hier im Grunde nicht hervorgehoben zu werden; Hans Flasche aber mußte sie in seinem Antrag auf großzügige oder zumindest „angemessene“ Finanzierung der Deutschen Forschungsgemeinschaft gegenüber detailliert erläutern: „Entsprechend der ursprünglichen und auch heute noch gültigen Bedeutung des Terminus „Iberoamerikanistik“ sowie gemäß der Verfahrensordnung des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1968, in der als regional bestimmter Sonderforschungsbereich „Iberoamerikanistik einschließlich Altamerikanistik, Hamburg (Philosophische Fakultät, Hamburgisches Museum für Völkerkunde und Vorgeschichte)“ genannt wird, stellt das **Ibero-amerikanische Forschungsinstitut der Universität Hamburg** (Direktor: Herr Professor Dr. H. Flasche) das Zentrum des Sonderforschungsbereiches dar. Mit ihm arbeiten interdisziplinär zusammen die **Arbeitsstelle für Altamerikanische Sprachen und Kulturen** (die im Hamburgischen Museum für Völkerkunde und Vorgeschichte ihren Sitz hat, Leiter: Herr Professor Dr. G. Zimmermann) sowie vorerst das **Historische Seminar der Philosophischen Fakultät** (Direktor Herr Professor Dr. G. Moltmann) und die **Wirtschaftsgeographische Abteilung des Instituts für Geographie und Wirtschaftsgeographie der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg** (Direktor: Herr Professor Dr. G. Sandner). Nach einem schon abgesprochenen Plan werden sich auch in Hamburg beheimatete außeruniversitäre Organisationen (z.B. das **Institut für Iberoamerika-Kunde**) an dem Forschungsprogramm des Sonderforschungsbereiches beteiligen.“⁹⁷⁾

95) Hamburg, Informationszentrum Übersee, a.a.O., S. 9

96) Dieses Forschungsprogramm wurde noch weiter aufgeteilt in den „mesoamerikanischen und nordandinen Raum“. (Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik, Hamburg 1/07/4/2/2); siehe auch dokumentarischer Anhang zu diesem Kapitel.)

97) Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik, Hamburg 1/07/4/2/2; „Ordnung des Sonderforschungsbereiches. ... 2. Inhaltliche Ordnung.“ (Siehe auch dokumentarischer Anhang zu diesem Kapitel.)

Fünzig Jahre lang hat sich nun die Hamburger Wissenschaft voll in den Dienst kolonialer und neokolonialer Ausbeutung stellen lassen, und ehernen Ausdruck dieser Tatsache verliehen bis vor kurzem die bronzenen Standbilder von Dominik und Wissmann im Garten der Hamburger Universität, bis sie – eine tägliche, zynische Beleidigung unserer afrikanischen Kommilitonen – von fortschrittlichen Studenten beseitigt wurden. Dieser Denkmalssturz hat als unmißverständlicher Ausdruck des Willens aller fortschrittlichen Kräfte der Hamburger Universität zu gelten, die den Einsatz der bürgerlichen Wissenschaft zur planmäßigen Ausbeutung der Völker der Dritten Welt nicht dulden können.

*

Hamburger Universität und Wirtschaft. Forschung und Lehre im Griff des Kapitals.

Es hat sich allmählich herumgesprochen, daß die deutsche Universität – den landläufigen Interpretationen der Vorstellungen eines W.v. Humboldt zum Trotz – in den verschiedenen Entwicklungsstadien des Kapitalismus spezifischen und genau definierbaren außeruniversitären Interessen unterworfen gewesen ist. Diese außergeleiteten Interessen haben schon immer besondere und je nach den Epochen der Kapital- und Klassenentwicklung unterscheidbare Konflikte hervorgerufen. Wir erinnern uns beispielsweise an die nach der Reichseinigung zustandegekommene Konvergenz der Existenzbedingungen der Privateigentümer der rheinischen und schlesischen Schwerindustrie, der über die Apparate des absolutistischen Staats verfügenden Ministerialbürokratie und der ostelbischen Junker: da in Preußen-Deutschland die bürgerliche Revolution nicht gelungen war, mußte das Kapital angesichts der rasch nachdrängenden Arbeiterbewegung unter den Fittichen des preußischen Säbels kombiniert werden. Als gar der Kampf zwischen Rittergutsbesitzern und industrieller und Handelsbourgeoisie um Freihandel oder Schutzzoll zugunsten des Schutzzolls entschieden war, wurde das liberale Bürgertum in seiner politischen Repräsentation endgültig aufgerieben. Schon beim Übergang des Konkurrenzkapitalismus zu einer monopolistischen Phase war es als eigenständiger politischer Machtfaktor praktisch nicht mehr existent. Der Prozeß seines Verfalls manifestierte sich in allen sozialen Bereichen, in denen es agierte – nicht zuletzt in den Universitäten. Wie der politische Liberalismus sich zu einem „National-Liberalismus“ transformierte, so wurde auch die universitäre Intelligenz schrittweise zum Exponenten der Einheit von Forschung und Lehre mit Antisemitismus und Chauvinismus verwechselnder Barbarei. Sie verfiel, von den Hebeln der Macht permanent ferngehalten, zum unreflektierten Bewunderer der unheiligen Allianz der Fraktionen der herrschenden Klasse; von dieser lediglich als Wächter des Bildungsprivilegs, des wohl wichtigsten Instruments zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung, wohlgelitten, hatte sie schließlich an der Zerstörung des traditionell- emanzipatorischen Impetus einer Bildung durch Wissenschaft selbst aktiven Anteil.

Eine – zahlenmäßig überaus bescheidene – kritische Historiographie hat inzwischen die Ursachen dieses Destruktionsprozesses gesellschafts-progressiver Wissenschaft endgültig aufgeschlüsselt.¹⁾ Von den naturwissenschaftlich-technischen Produktionswissenschaften, die in den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts schnell in den Bannkreis monopolkapitalistischer Wissenschaftsverwertung gerieten,²⁾ wurden die Universitäten als Induktrationsinstrumente der „Staatswissenschaften“ (Rechtswissenschaften, etatistische Lebensphilosophie und autoritäre Pädagogik) sorgfältig abgetrennt. Auf diese Weise wurde der sich mit der Entfaltung der Wissenschaft zur unmittelbar in die Produktionsprozesse eingehenden Produktivkraft allmählich entwickelnde Konflikt mit den sozialökonomischen Herrschaftsverhältnissen schon im Keim erstickt. Die durch die Interessenverflechtung von Adel und Schwerindustrieller Bourgeoisie in Preußen-Deutschland von Anfang an angelegte Aufspaltung der wissenschaftlichen Disziplinen in eine bildungsorientierte nachhumboldtische „Staatswissenschaft“ und eine direkt verwertbare Erfahrungswissenschaft hat eine auch nur vorübergehende gesellschaftsprogressive Funktionsbestimmung der Wissenschaft verhindert. Und im Staatsapparat, der im beginnenden 20. Jahrhundert allmählich auch die Erzeugung und Indoktrination der naturwissenschaftlich-technischen Erkenntnisse in eigene Regie übernahm (staatliches „technisches Vorlesungswesen“ – in Hamburg seit 1910!), war ein Konflikt zwischen gesellschaftsbezogener und sich immer deutlicher imperialistischen Expansionskriterien unterwerfender Wissenschaftstheorie nie angelegt gewesen: Seine Aufgabe war ja gerade, als Klammer der partiell konfligierenden Interessen des Adels und der Industrie- und Handelsbourgeoisie zu operieren. Deshalb haben sich die Mentoren der universitären und der Erfahrungswissenschaften niemals zum Widerstand gegen ihre imperialistische Ausnutzung aufraffen können. Sie verkamen schon in der Phase des Entstehens systematischer wissenschaftlicher Arbeit, wobei die idealistisch-aufklärerischen Ansätze der humboldtischen Bildungswissenschaften in einen obskuranten Positivismus übergingen.³⁾ „Die gesellschaftlichen Mächte, die über die Wissenschaften und

- 1) Vgl. dazu: H. Böhme, a.a.O.; J. Kuczynski, Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Band 14), Berlin 1962; G. Seeber, Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Geschichte des Linkliberalismus in Deutschland 1871 - 1893, Berlin 1965.
- 2) E. Kehr, Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894 - 1901, in: Historische Studien, Berlin Band 197, 1930; C. Duisberg, Meine Lebenserinnerungen, Leipzig 1933; Historische Forschungen in der DDR. Sonderheft Jg. 1964, S. 75; Sonderheft 1965, S. 228f; 230, 233, 243.
- 3) Über die Entwicklung des Positivismus im Rahmen der deutschen Soziologie vgl. K. Braunreuther, Max Weber (1864 - 1920) – der bedeutendste Vertreter

ihren Zusammenhang blind verfügen, werden zum Gegenstand heroisieren-der Identifikation des zum Kleinbürger gewordenen Ordinarius, der jene Mächte nicht begreifen und nicht entthronen kann, ohne seine eigenen kleinen Vorrechte abzustreifen.“⁴⁾

Was die Auswirkungen dieses historischen Gesamtprozesses auf die Universität Hamburg betrifft, sind allerdings – dies dokumentiert das dieser Arbeit vorangehende Kapitel mit aller Deutlichkeit⁵⁾ – erhebliche Modifikationen angebracht. Daß die Universität Hamburg überhaupt entstand, ist auf die kriegsbedingte vorübergehende Schwächung und Erschütterung der Machtpositionen des Hamburger Handels- und Kolonialkapitals zurückzuführen, da dieses an sich an der nachträglichen Einführung einer kostspieligen nachhumboldtschen Institution abstrakter „Staatswissenschaft“ nicht das geringste Profitinteresse dingfest machen konnte. Das hansische Kapital war freilich selbst schon lange vor der Entfesselung des I. Weltkrieges mit der politischen Repräsentation seines freihändlerischen Profitstrebens dem allmächtigen preußisch-deutschen Kompromißkartell von Schwerindustrie, Adel und absolutistischen Staat hoffnungslos unterlegen. Der Schlachtruf nach Flottenbau und nach der hastigen Eroberung eines „Platzes an der Sonne“ hatte den hansischen Liberalismus längst pervertiert. Auf die Initialfunktion hamburgischer Kolonialinteressen wurde im ersten Kapitel schon hingewiesen;⁶⁾ daß dennoch Schlachtfloottenbau und Kolonialenthusiasmus jahrzentlang in grotesker Verzerrung miteinander konkurrierten und die Schwerindustrie den „Platz an der Sonne“ zwar lautstark propagierte, andererseits aber ebenso wie ihre bankkapitalistischen Hintermänner zu einer Kapitalmobilisierung zugunsten einer im damaligen Imperialismus „rationalen“ kolonialen Ausbeutung jahrzentlang nicht zu bewegen war, darauf hat die DDR-Historiographie inzwischen deutlich hingewiesen.⁷⁾ Die vielgerühmte liberale „Weltoffenheit“ des Hamburger Übersekapitals war also schon um die Jahrhundertwende keinen Pfifferling mehr wert. Ihre liberalbürger-

der bürgerlichen Soziologie in Deutschland. Eine wissenschaftliche Studie, in: Probleme der politischen Ökonomie, Berlin Band 7, 1964

- 4) W. Lefevre, Reichtum und Knappheit. Studienreform als Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums, in: U. Bergmann, R. Dutschke, W. Lefevre, B. Rabehl, die Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 117
- 5) Vgl. das permanente Kolonialinstitut, in diesem Band, S.
- 6) Vgl. ebenda S.
- 7) Vgl. vor allem, K. Büttner, Die Anfänge der deutschen Kolonialpolitik in Ostafrika, Berlin 1959; F.F. Müller, Deutschland-Zanzibar-Ostafrika, Berlin 1959; M. Nußbaum, Vom „Kolonialenthusiasmus“ zur Kolonialpolitik der Monopole, Berlin 1962.

lichen Ansätze waren alsbald in der sich bildenden regionalen Macht-konstellation zwischen Exportkapital und schwerindustrieller Werften-industrie aufgesogen. Durch das Desaster des ersten preußisch-deutschen Va-Banque im Weltmaßstab wurde diese im Gefolge der im November 1918 kulminierenden Revolte der Matrosen der Kriegsmarine und der Werften- und Hafentarbeiter schwer erschüttert. Es dauerte einige Zeit, bis sie auf den Bajonetten der Lettow-Vorbeck'schen Freikorps und ihrer kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Bundesgenossen wieder zustandekam; während sie sich alsbald des Mohren entledigte, nachdem er seine bestialische Pflicht getan hatte, arrangierte sie sich mit der Sozialdemokratie, welche vorübergehend mit einigen „Reformen“ über die kurzfristigen Profitziele des hansischen Kapitals hinausschießen konnte. Das Kolonialinstitut wurde zu einem dem affirmativen Staatsverständnis der Sozialdemokratie entsprechenden „staatswissenschaftlichen“ Bildungsinstitut umgebaut; es arbeitet freilich an anderer Stelle – wenn auch, den Zeitläufen entsprechend, unter anderer Bezeichnung⁸⁾ – als weithin sichtbares Zeichen eines vorübergehenden sozialdemokratisch-handelskapitalistischen Kompromisses weiter.

Da eine Untersuchung über die allmähliche Transformation der solcherart zustande gekommenen Hamburger Universität vom verspäteten abstrakt-wissenschaftlichen „Staatsinstitut“ mit dem Ziel der Produktion einer autoritären Bürokratie zum verlängerten wissenschaftlichen Arm des allmählich wieder expandierenden Übersekapitals schon vorliegt, werden wir uns im folgenden auf die Analyse der inhaltlichen Strukturen der Beziehung zwischen Hamburger Kapital und Universität beschränken. Wir werden des weiteren versuchen, die durch die Prädominanz einer in den übrigen deutschen Universitäten nicht anzutreffenden Kapitalgruppe bedingte Spezifität der Verwertung von Forschung und Lehre herausarbeiten. Um gleichzeitig den prozessualen Charakter dieses Unterordnungsverhältnisses zu akzentuieren, werden wir im weiteren die historische Periodisierung als methodologische Grundlage zu Hilfe nehmen.

- 8) Es hieß vortan „Welt-Wirtschafts-Archiv“. 1938 wurde allerdings im Rahmen der Universität wieder ein „Kolonialinstitut“ aufgebaut. Angaben dazu weiter unten und im voraufgegangenen Kapitel, S. 18

I.

In den ersten Jahren nach dem I. Weltkrieg wurde die Institutionalisierung einer von den praktischen Verwertungsinteressen des Hamburger Kapitals zunächst relativ unabhängigen Hochschule von der Handelskammer und den Exportvereinen nahezu widerstandslos hingenommen. Dafür wurde das „Welt-Wirtschafts-Archiv“, das zwei Jahre nach der Verabschiedung des Hochschulgesetzes von 1921 vom Hauptgebäude in die Poststraße verlegt wurde,⁹⁾ massiv ausgebaut.¹⁰⁾ Da es die akuten Informationsbedürfnisse der Export- und Import-Vereinigungen lückenlos befriedigte und sich überdies über einen vom Bankhaus Warburg gesteuerten Industriellenbeirat in festen Händen befand,¹¹⁾ konnte man sich zunächst den verspäteten Aufbau eines universitären Fremdkörpers leisten. Überdies verfolgte die Hamburger Großbourgeoisie zunächst vor allem überregionale Interessen, die, wie beispielsweise das Desaster des Kabinetts Cuno beweist, nicht allzu erfolgreich waren.¹²⁾ Hinzu kam, daß die revolutionäre Nachkriegskrise noch lange nicht überwunden war: nach der Niederlage der Rätebewegung hatte sich in Hamburg ein starker Ableger der Kommunistischen Partei etabliert, der dem schwankenden großbürgerlich-sozialdemokratischen Zweckbündnis schwer zu schaffen machte.

Zunächst an den Rand des Geschehens manövriert, erwies sich die Kompromiß-Universität gleichwohl als fester Hort der Reaktion. Das Korporationswesen blühte von Anfang an. Ein im Sommersemester 1920 gegründeter „Akademischer Ruderbund“ deklarierte beispielsweise in seiner Gründungserklärung, er werde „seine Mitglieder in studentischem und streng nationalem Geist erziehen“, und „seine Mitglieder müssen germanischer Abstammung sein“.¹³⁾ Die revolutionären Losungen der Arbeiterbewegung wurden in der „Hamburger Universitäts-Zeitung“ zynisch kolportiert.¹⁴⁾ Zwar gab es auch „Akademische Arbeitsgemein-

schaften für politische Bildung“, die an humboldtsche Ideale anzuknüpfen versuchten und sich chauvinistischer Demagogie weitgehend enthielten;¹⁵⁾ sie reproduzierten jedoch auf ihre Weise die mit der Universitätsgründung künstlich nach Hamburg verpflanzte idealistische Staats- und Rechtsphilosophie, die auf die sozialen Umwälzungen keine Antwort zu geben vermochte.¹⁶⁾ Bis zur Beendigung der revolutionären Nachkriegskrise (Ende 1923) vegetierte die Hamburger Universität als ein kurzfristig etabliertes Ghetto, als ein künstliches Gebilde phrasenhafter nach-humboldtscher Ideale mit stark ausgeprägter frühfaschistischer Komponente. Für aktuelle Kapitalinteressen zunächst uninteressant, entwickelte sie sich für die Mehrheit der Ordinarien und Studenten zu einem reaktionären „Heilmittel“, das sich als Hebel für „eine **schroff nationale Erziehung auf der Schule**, Deutschland, Deutschland über alles“¹⁷⁾ begriff.

Ohne diese reaktionäre Grunddisposition zu verdrängen, griff das Hamburger Finanz- und Handelskapital im Verlauf der vorübergehenden Stabilisierung der Volkswirtschaft nach 1923 allmählich in den autistischen Selbstlauf der Hochschule ein. Hatte es sich in den ersten Jahren der Universitätsgeschichte darauf beschränkt, über einen „Ausschuß für Auslandsstudien an der hamburgischen Universität“¹⁸⁾ durch häufige Vorträge von Männern der Praxis (Kaufleuten, Ingenieuren, Kolonialbeamten, Pflanzern usw.)¹⁹⁾ erste Positionen in der Alma Mater zu gewinnen, rückte es ihr jetzt mit größerer Zielstrebigkeit zu Leibe. Dieses Vorgehen basierte freilich nicht auf einem genau kalkulierten und im Konnex der Vielfalt der Export- und Importverbände abgesprochenen Programm; vielmehr suchte jede Handels- und Industriegruppe die für sie besonders

9) Vgl. dazu Hans Köhler, a.a.O., S. 22f; Fünfzig Jahre Hamburgisches WWA, a.a.O., S. 57.

10) Vgl. dazu Klaus Petersen, Die Entwicklung des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Prüfungsarbeit 1957, in: Bibliothek des Welt-Wirtschafts-Archivs Hamburg, 1958, B 29.

11) Vgl. dazu Hans Köhler, a.a.O., S. 63 ff.

12) Vgl. dazu A. Rosenberg, Die Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961.

13) Neue Korporation, in: Hamburger Universitäts-Zeitung, Jg. 2, 1920 Heft 2, S. 39.

14) So schrieb ein gewisser Peter Schlumbohm in einer „In nuce“ betitelten Aphorismensammlung u.a.: „Diktatur des Proletariats? – Dann stände Deutschland auf dem Kopf, aber auch das gäbe den Füßen nicht die

Berechtigung, sich auf Grund ihrer neuen örtlichen Lage die Bestimmung der Körperfunktion anzumaßen oder gar – sich als Sitz des Gehirns zu bezeichnen.“ in: Hamburger Universitäts-Zeitung, 2. Jg. 1920, Heft 2, S. 35.

15) Vgl. dazu M. Thomae, Staatsbürgerliche Erziehung, in: Hamburger Universitäts-Zeitung, 2. Jg. 1920, Heft 9, S. 204 ff; Richtlinien der „Akademischen Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung“, ebenda S. 208 f.

16) Dazu eine Kostprobe aus M. Thomae, a.a.O., S. 205: „Ein Staat ist eine übermenschliche Wirklichkeit, zu gleicher Zeit die ihn Lebenden formend, wie von ihnen geformt. Es ist neben dem Sein, stets auch ein Soll, eine Aufgabe, man lebt in ihm eine überpersönliche Wertung und Zielsetzung, aus vielen bewußten und unbewußten Willen zusammengefloßen, die es für den einzelnen zu erkennen gilt, zu der er als ein sittlich wollender Mensch Stellung zu nehmen gezwungen ist.“

17) Professor Passarge, Warum ist der Deutsche im Auslande so wenig beliebt und geachtet? in: Hamburger Universitäts-Zeitung, 2. Jg. 1920 Heft 9, S. 210

18) Vgl. dazu: Dr. Paul Hambruch, Auslandsstudien und Kolonialinteresse, in: Hamburger Universitäts-Zeitung, 2. Jg. 1920, Heft 11, S. 241 ff.

19) Hambruch, ebenda S. 243

relevanten Sektoren von Forschung und Lehre auf eigene Faust unter ihre Kontrolle zu bringen. Eines der ersten Institute, das sich unter eindeutig industriell-handelskapitalistische Verwertungsinteressen stellte, war das wie es damals hieß – „Psychologische Laboratorium der Hamburgischen Universität“. Anfang Februar 1924 wurde von den in ihm tätigen Wissenschaftlern „zu einer Veranstaltung geladen, deren Aufgabe es sein sollte, die Beziehung zwischen der Wissenschaft und dem praktischen Leben enger und fester zu gestalten, als dieses bisher in Hamburg der Fall ist.“²⁰⁾ Gegen einen solchen Versuch ist zunächst nichts einzuwenden; fraglich ist nur, welche Beziehungen unter den Begriff „praktisches Leben“ zu subsumieren sind: die Bereitstellung von Informationen für die Befreiung des gesellschaftlichen Lebens von den herrschenden Gewalten, oder die Rationalisierung der Beherrschung der Gesellschaft mit den Mitteln der Psychologie. Natürlich war die angestrebte Annäherung an das „praktische Leben“ mit letzterem identisch, was das „Hamburger Fremdenblatt“ in seinem Bericht über die Veranstaltung folgendermaßen umschrieb: „Gerade die noch ziemlich junge Wissenschaft der Psychologie oder Seelenkunde kann heute, wo so sehr auf **Wirtschaftlichkeit** gesehen werden muß, den verschiedensten Lebensgebieten beratend zur Seite stehen. Unter diesen Gesichtspunkt stellte der Direktor des Instituts, Herr Professor W. Stern, seinen Vortrag über ‚Die Bedeutung der Psychologie für die Praxis des Kultur- und Wirtschaftslebens‘.“²¹⁾ Was Stern vor den Gästen des Werften- und Handelskapitals, der Staatsbürokratie und der Schulverwaltung referierte, muß Musik in deren Ohren gewesen sein: er offerierte sein Laboratorium als eine Institution, die bei „Schülersauslese“, Lehrlingsselektion, Werbepsychologie und Arbeitspsychologie über wertvolle Erfahrungen verfügte, die es als neue Handlungsalternativen der Herrschenden nur noch entsprechend umzusetzen galt. Stern stieß bei seinem Auditorium auf große Sympathie. „Man schloß sich“ noch am selben Abend „zu einer Organisation zur Förderung der praktischen Psychologie in Groß-Hamburg zusammen, die ihre Arbeit sofort in Angriff“ nahm.²²⁾ Wie ein Bericht über die Arbeit des Psychologischen Instituts aus dem Jahr 1931 zeigt²³⁾, ist es dieser neuen Funktionsbestimmung in den folgenden Jahren treu geblieben.

20) Die Bedeutung der praktischen Psychologie, in: Hamburger Fremdenblatt vom 6.2.1924.

21) ebenda.

22) ebenda

23) Vgl. Das Psychologische Institut der Hamburgischen Universität in seiner heutigen Gestalt. Leipzig 1931, S. 3, 32, 34.

Dem Beispiel des Psychologischen Laboratoriums folgten bald weitere Institute nach. Das Seminar für Nationalökonomie berichtete beispielsweise in einem Bericht über seine Arbeit in den Jahren 1925/26, seine „besonderen Forschungsgebiete“ ergäben „sich aus der Stellung Hamburgs im Weltverkehr“;²⁴⁾ auch hier ist von industriellen „Freunden des Seminars“ die Rede, die es offensichtlich zu einer Ergänzungskapazität des früheren Kolonialinstituts funktionalisiert hatten: „Wie früher das Kolonialinstitut die Kolonialwissenschaften pflegte, so pflegt das Seminar heute in erster Linie weltwirtschaftliche Fragen und Fragen der Konjunktur und der wirtschaftlichen Entwicklung.“²⁵⁾ Dafür wurde von den industriellen Hintermännern die Bibliothek des Instituts großzügig ausgebaut.

Wir wollen es mit diesen beiden Beispielen genug sein lassen und auf die Darstellung der sich über die Jahre 1924/25 hinaus fortsetzende Kettenreaktion der Unterordnung und Neugründung wissenschaftlicher Institute zur Erzeugung vor allem handelskapitalistisch verwertbarer Erkenntnisse verzichten.²⁶⁾ Wichtiger ist, auf den diffusen Charakter der industrie- und handelskapitalistischen Mobilisierung der universitären Forschungs- und Lehrkapazitäten zwischen 1923/24 und 1929 hinzuweisen, der sich von den in der Weimarer Republik an den meisten anderen Universitäten zu konstatierenden Interaktionsmechanismen zwischen Universität und Kapital deutlich unterscheidet. Daß es im Gegensatz zu den meisten klassischen Universitäten im Landesinnern praktisch kein geschlossenes industrielles Universitätskuratorium gab,²⁷⁾ ist auf die von Exportverband zu Exportverband unterschiedlich gehandhabte geographische und handelspolitische Konzentration zurückzuführen. Immer wieder wurde gefordert, bei der Unterordnung der Universität „die Sonderstellung in der Beachtung der“ vom Hamburger Handelskapital beherrschten „Überseepunkte“²⁸⁾ zu

24) Die Nationalökonomie in Hamburg. Aus dem Jahresbericht des Seminars für Nationalökonomie der Hamburgischen Universität. in: Hamburger Correspondent, vom 9. Juli 1926.

25) ebenda

26) Über die Einrichtung von Spezialinstituten zur Befriedigung des Informationsbedürfnisses der verschiedenen Übersee-Verbände vgl. das erste Kapitel; weitere Einzelheiten siehe Staatsarchiv Hamburg, Staatliche Pressestelle I, J 1 3 d - m.

27) Es gab zwar, wie auch heute noch, eine „Universitätsgesellschaft“; sie war aber offensichtlich unfähig, die divergierenden Verwertungsinteressen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Obwohl in der Satzung (§ 3) die „Förderung“ kolonialistisch relevanter Schwerpunktbildungen vorgesehen war, wurde die „Universitätsgesellschaft“ des öfteren wegen mangelnder Aktivität in dieser Richtung gerügt. Vgl. beispielsweise den Artikel: „Warum Hamburger Universität?“ in: Hamburger Correspondent, Nr. 32 vom 20.1.1931

28) ebenda

reflektieren. Da, wenn man von einigen Reedereikonzernen absieht, das Hamburger Export- und Importkapital in eine Unsumme geographisch oder produktionspezifisch spezialisierte Unternehmensgruppen aufgesplittet war, konnte es auch keine Konzentration der ihren Verwertungsinteressen untergeordneten Universität in bestimmte Forschungs- und Lehrschwerpunkte geben. Und weil bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme trotz allen Pathos mit einer Rückeroberung von Kolonien nicht zu rechnen war, verbot sich auch eine etwaige massenhafte Ausbildung von Kolonialspezialisten von selbst. Mit Ausnahme einiger übergeordneter Einrichtungen beispielsweise für Seeverkehrsrecht und internationales Privatrecht ist die Hamburger Universität in der Weimarer Republik in eine Unsumme spezialisierter Institute und Seminare zerfallen. 1930/31 wurden beispielsweise mehr als 40 überseeische Sprachen gelehrt.²⁹⁾ Dessen ungeachtet hat freilich die Handelskammer nicht versäumt, aus diesem universitären Arbeitswirrwarr für die ihnen angeschlossenen Unternehmen Fortbildungskurse für Kaufleute zusammenzustellen³⁰⁾ und darüber hinaus, universitäre wie außeruniversitäre Kapazitäten für die technische Qualifizierung der Außenhandelskaufleute zu mobilisieren.³¹⁾

II.

Durch die 1929/30 sich mit großer Wucht durchsetzende Weltwirtschaftskrise wurde das Hamburger Industrie- und Handelskapital schwer erschüttert. In getreuer Kopie der Wirtschaftspolitik des ersten und zweiten Kabinetts Brüning sprang der Hamburger Senat mit einer deflationären und damit zusätzlich prozyklisch wirkenden Subventionierung der Merchant-Bankers, der Reedereien, der Werftindustrie und insbesondere der Import- und Exportgesellschaften in die Bresche. Das ohnedies schmale Staatsbudget wurde mehr und mehr zugunsten der Sozialisierung der kapitalistischen Verluste umverteilt. Mit Genugtuung konnte der damalige Präses der

29) ebenda

30) Vgl. die Rubrik „Fortbildungsmöglichkeiten für Kaufleute in Hamburg“, in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 18, vom 5.9.1931, S. 661 ff.; Nr. 18 vom 3.9.1932, S. 967f.

31) Vgl. die Rubrik „Technische Ausbildung der jungen Kaufleute“, (Auswahl) in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 18 vom 6.9.1930, S. 696f.; Nr. 5, vom 28.2.1931, S. 162; Nr. 7 vom 28.3.1931, S. 252. Daneben veranstaltete die Hamburger Universitätsgesellschaft zusammen mit der TH Hannover, der Universität Hamburg und der Handelskammer Hamburg periodisch „Technische Vorträge für Kaufleute“. Vgl. beispielsweise den Bericht über eine solche Veranstaltung im März 1931 in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 7 vom 28.3.1931, S. 251-252.

Hamburger Handelskammer, A. Hübbe, auf der zweiten Jahresversammlung „Eines Ehrbaren Kaufmanns“ berichten: „So schwer auch auf Hamburg die finanziellen Lasten wirken, die hamburgische Regierung hat festgehalten an dem Ziele, Hamburgs Geltung als Welthandelsplatz zu halten und zu fördern, und eine gewissenhafte Finanzverwaltung hat das Wappenschild der Stadt sauber gehalten von Irrungen und Verfehlungen.“³²⁾

Von der zunehmenden Umverteilung der Mittel des Hamburger Finanzbudgets in die Taschen derer, die „Hamburgs Weltgeltung“ schon immer absichtsvoll ihrem nackten Profitinteresse verwechselten, wurden nicht nur die Arbeiter im Hafen, auf den Werften und in der Hamburger Industrie betroffen. In dem Maße, wie die Löhne verkürzt und die Arbeitslosenversicherung schrittweise abgebaut wurden, wurden auch die Haushaltsmittel der Universität radikal beschnitten.³³⁾ Die politischen Auswirkungen manifestierten sich mit aller Deutlichkeit. Angesichts der Perspektivlosigkeit von Forschung, Lehre und Studium in den „Staatswissenschaften“, die mit der Kompression des Beamtenapparates sehr drastisch in den Dunstkreis perpetuierter preußisch-deutscher Staatlichkeit eindrang, konnte sich die reaktionäre Grunddisposition der Mehrheit der Ordinarien und Studenten nur noch weiter radikalisieren. Der Kampf um einen „totalen Staat“, der die von den fanatisierten Kleinbürgern unverstandenen Krisenmechanismen kitten sollte, wurde auch an der Hamburger Universität zum bestimmenden Moment der Tagespolitik. Die Schlüsselpositionen des AStA wurden im Wintersemester 1930/31 vom „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund“ besetzt;³⁴⁾ und erst der im Mai 1945 eingesetzte britische Besatzungsapparat sollte ihn daraus wieder entfernen. In Kooperation mit der nazistischen Ordinarienfaktion der Rein und Westphal bildeten sich allmählich die universitären Bruchstücke der erhofften staatlichen „Totalität“ heraus, die den Passagen einer auf einer „Anti-Versailles-Kundgebung“ gefaßten Resolution exakt entsprachen: „Die Hamburger Studentenschaft fordert die Gleichberechtigung des Deutschen Volkes, die Erziehung zum Wehrwillen und die Ächtung jeden

32) Jahresversammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns, in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 1 vom 4.1.1930, S. 4

33) Die Kompression der Universitäten war allerdings nicht auf die Hamburger Universität beschränkt. Vgl. dazu: Zeitgemäße Betrachtungen für Bürger der alma mater und solche, die es werden wollen; in: Hamburger Universitätszeitung, 14. Jg. 1932, Heft 1, S. 5-7; F. Schorer, Bericht über die Lage der Jungakademikerschaft, in: ebenda Heft 6, S. 102-107

34) Einzelheiten darüber im vorletzten Kapitel.

Wehrverrats, da alle Abrüstungsutopien gescheitert sind, deutsches Land aber gegen alle drohenden Einfälle, zumal im Osten, geschützt sein muß".³⁵⁾

In ähnlich radikaler – wenn auch mehr profitorientierter – Weise wurde auch die von Firmenzusammenbrüchen geschüttelte Hamburger Handelsbourgeoisie in ihrer politischen Motivation verändert. Sobald sich die Subventionspolitik des Staatsapparats als ein Mittel erwies, das die Verschärfung der Rezession nicht aufzuhalten vermochte, schlug der Interessenverband der Hamburger Handelsunternehmen, „Ein Ehrbarer Kaufmann“, Töne an, wie man sie bislang nur bei den Kolonialverbänden und in der Universität vernommen hatte. Schon Ende Dezember 1930 brauchte der Präses der Handelskammer „den Anspruch Deutschlands auf koloniale Betätigung“ vor seinem rein handelskapitalistisch orientierten Auditorium nicht mehr „eingehend zu begründen.“³⁶⁾ Die konkrete Initiierung dieses imperialistischen Konzepts zur Lösung der Krise zeichnete sich freilich noch nicht ab. Doch deutete sich eine allmähliche taktische Annäherung an die nationalsozialistische Massenbewegung schon an: „Wir haben auch heute noch das große Aktivium von unverbrauchter Kraft, Zähigkeit und Wissen im gesamten deutschen Volk, und wir dürfen das Vertrauen haben, daß die gegenwärtige Krisis nicht für unendliche Zeit dauern wird.“³⁷⁾ Damit ging die schrittweise Anpassung der Produktionsverhältnisse an ein zweites imperialistisches Va Banque – unter diesmal nazistischen Vorzeichen – parallel: lange vor dem 30. Januar 1933 wurde der Prozeß der Militarisierung der Wirtschaft auch in Hamburg eingeleitet. Im November 1932 informierte die Handelskammer Hamburg die ihr angeschlossenen Unternehmen und Verbände beispielsweise ausführlich über „die Organisation des industriellen Luftschutzes“ in den Betrieben;³⁸⁾ da sich währenddessen an der Hamburger Universität ein „Wehramt“ etablierte³⁹⁾ und eine gezielte Kampagne für die Einführung eines Lehrstuhls für „Wehrwissenschaft“ gestartet wurde,⁴⁰⁾ zeichnete sich

- 35) Entschließung zur Anti-Versailles-Kundgebung der Hamburger Studentenschaft, in: Hamburger Universitäts-Zeitung, 14. Jg. 1932, Heft 4, S. 57.
36) Jahresversammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns, in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 1, vom 3.1.1931, S. 5
27) ebenda S. 6
38) Die Organisation des industriellen Luftschutzes, in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 24, vom 26.11.1932, S. 1213-15
39) Vgl. W. Dehn, Stahlhelm-Hochschulgruppen, Wehrreferent: Das Wehramt der Hamburger Studentenschaft, in: Hamburger Universitäts-Zeitung, 14. Jg. Winter-Semester 1932/33, Heft 8, S. 127-128.
40) Vgl. Lehrstuhl für „Wehrwissenschaft“. Was sagen Hochschulbehörde und Senat? in: Hamburger Echo vom 6.8.1932.

mit dem Primat des Militärischen eine neue wirtschaftlich-universitäre Interessenkonstellation ab, über der der Nationalsozialismus zeitweilig als beherrschender Machtfaktor thronen durfte.⁴¹⁾

Freilich hielt der mittelständische Radikalisierungsprozeß an der Universität trotz gewisser in ihn eingewobener antikapitalistischer Momente die Hamburger Machtzentren von Industrie und Handel nicht davon ab, die sich nationalsozialistisch „politisierende“ Hochschule ihren Verwertungsinteressen noch näher zu bringen.⁴²⁾ Das „Allgemeine Vorlesungswesen“ wurde ebenso wie das (außeruniversitäre) „Technische Vorlesungswesen für Kaufleute“ weiter kapitalisiert.⁴³⁾ Ein Jahr nach dem Tod des ersten Leiters des Kolonialinstituts und späteren „Welt-Wirtschafts-Archivs“, Franz Stuhlmann, wurde der vakant gewordene Posten durch den

- 41) Die Selbst-Gleichschaltung des Handelskapitals kam denn auch ein Jahr später auf der „Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns am 30. Dezember 1933“ zum Ausdruck, als der Präses der Hamburger Handelskammer, Hübbe, die nationalsozialistische Herrschaft mit folgenden bewegten Worten feierte: „Wir alle, die wir der Handelskammer angehören, sind bestrebt gewesen, im Geiste des Nationalsozialismus und in unverbrüchlicher Treue zu unserem Führer Adolf Hitler.“ (in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 1 vom 6.1.1934, S. 3)
42) Zum Selbst-Nazifizierungsprozeß der Hamburger Universität seit 1931/32 vgl. u.a. (Auswahl): Volk, Staat und Rasse, von stud. rer. nat. R. Fritsch, in: Hamburger Universitäts-Zeitung, 14. Jg. Sommersemester 1932, Heft 1, S. 12-14; Warum freiwilliger studentischer Arbeitsdienst? Von A. Feickert, NSDStB, in: ebenda Heft 3, S. 119; Die Idee der politischen Universität (Abdruck aus einer gleichnamigen Broschüre von Prof. A. Rein) in: ebenda Wintersemester 1932/33, Heft 9, S. 144-146; Prof. Dr. G.A. Rein, Die deutsche Nordsee-Universität, in: ebenda, 15. Jg. 1933/34, Heft 8, S. 129-131; Prof. Otto Westphal, Hamburg, Das „Politische Colleg“ der Hamburgischen Universität, in: ebenda, Heft 5, S. 65-68.
Die für den Nazifizierungsprozeß selbst verantwortliche Ordinariengeneration hat sich nach 1945 an der Universität nicht zu halten vermocht, dafür aber jene Gruppierung von Karrieristen, die nach 1934/35 rasch zu Amt und Würden kamen. Zum Werdegang des Jura-Professors Ipsen vom Oberregierungsrat im Hamburger Verteidigungs-Bezirkskommando zum Lehrstuhlinhaber für Staats- und Verwaltungsrecht vgl. Hansische Hochschul-Zeitung, 21. Jg. 1940, Heft 2, S. 51/55; Heft 8, S. 182. Zum nazistischen Kolonialenthusiasmus des (gleichfalls) Juraprofessors Sieverts vgl. Prof. Dr. jur. Rudolf Sieverts, Über das Studium ausländischer Rechte, in: Hansische Hochschul-Zeitung, 21. Jg. 1940 Heft 8, S. 188-196. Darüberhinaus haben sich damals in Hamburg Wissenschaftler vom Schlag eines Arrich und von Diringshofen (langjähriges Mitglied des „Wehrmedizinischen Beirats“ des Bundesverteidigungsministeriums!) habilitiert oder Lehrstühle erhalten.
43) Vgl. dazu die einschlägigen Rubriken in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Jge. 1933 ff.

Ordinarius für Finanzwissenschaft an der Universität, Professor Terhalle besetzt.⁴⁴⁾ Wenn dieses personelle Arrangement zwischen Hochschule und „Weltwirtschafts-Institut“ zunächst auch mehr symbolischen Charakter hatte und noch keine systematische Mobilisierung der Universität als handelskapitalistisch ausgerichtete Lehr- und Forschungskapazität nach sich zog,⁴⁵⁾ zeichnete sich doch eine deutliche Tendenz zur Ersetzung pervertierter „staatswissenschaftlicher“ Ideale durch praktisch-kapitalistische Verwertungsmuster ab.

Man würde jedoch der im März 1933 auch an der Hamburger Universität endgültig institutionalisierten nationalistischen Herrschaft nicht gerecht werden, wenn man sie schematisch mit der berühmten Formel Dimitroffs gleichsetzen wollte, die nationalsozialistische Herrschaft sei die Diktatur der reaktionärsten Teile des Finanzkapitals. Wenn man die Beziehungen zwischen Hamburger Kapital und Universität in den ersten beiden Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft untersucht, entdeckt man interessante Zusammenhänge, die in der damaligen inneren Entwicklung des „Dritten Reichs“ durchaus ihre Entsprechung haben. Die „politische“ (sprich: nationalsozialistische) Universität, die die studentisch-ordinariale Mehrheits-Fraktion der Universität seit 1930/31 propagierte, hatte, nachdem sie sich 1933 als alleiniger Machtfaktor durchgesetzt und einer großen Anzahl auch heute noch aktiver Ordinarien zur Blitzkarriere verholfen hatte,⁴⁶⁾ zunächst durchaus keine Intensivierung der kapitalistisch-wissenschaftlichen Verwertungsmechanismen im Sinn. Eher ließen sich der „totale Staat“, die Übertragung des „Führerprinzips“ auf den Rektor, der Rassenfanatismus und der damit vergesellschaftete Militarismus aus den Trümmern des pervertierten nachhumboldtschen Selbstverständnisses deduzieren, was am ehesten als universitäre Variante eines kleinbürgerlichen, gegen Proletariat und Kapital gleichermaßen gewendeten Faschisierungsprozesses zu definieren ist. Dieser „totale Staat“, auf den sich damals alle Hoffnungen der Mehrheit der Akademiker im Sinne eines „deus ex machina“ richteten, der die unheile Welt schon wieder kitten

44) Vgl. Hans Köhler, a.a.O., S. 61-62. Terhalle wurde 1933 seines Postens enthoben und durch den Nationalsozialisten Stichel ersetzt. 1936 kam es erneut zu einem Revirement an der Spitze: Stichel machte dem Diplomingenieur Hausleiter Platz, der das Archiv zu einer Institution der Mobilmachung funktionalisierte.

45) Köhler (a.a.O., S. 62) schreibt, Terhalle sei durch seinen Universitätslehrstuhl zu überlastet gewesen, als daß er eine Koordinationsfunktion zwischen WWA und Universität hätte ausüben können.

46) Vgl. Anmerkung 42)

würde, wurde 1933 mit einer Novelle zum Hochschulgesetz durchgesetzt.⁴⁷⁾ Die „politische Universität“ wurde insofern als „politisch“ definiert, als sie sich selbst zu einem Bestandteil des „totalen“ Verstaatlichungsprozesses machen ließ. Letzten Endes erwiesen sich die Studenten und Dozenten gerade damit einen Bärendienst. Das staatliche Korsett, das die nazistische Machtclique um die Ordinarien Rein und Westphal und die Studenten Heinrichsdorff, Riecke und Co. der Universität überstülpten, entsprach bestenfalls in den ersten Monaten nach dem 30. Januar 1933 den Intentionen einer Kapital und Proletariat gleichermaßen kontrollierenden faschistischen „Mittelklasse“. Der Anspruch der „politischen Universität“ gerann alsbald zu einem wenig verbindlichen interfakultativen Überbau. Stattdessen wurde der Verstaatlichungsprozeß dazu benutzt, um die Universität über das schon während der Weltwirtschaftskrise eingetretene Maß hinaus zu komprimieren. Wenn man heute im Zeitungsarchiv blättert, ist man über die spätestens im Herbst 1933 zur Gewißheit gewordene Interdependenz zwischen Studienkompression und Verstaatlichung erschüttert: „Nur noch 398 Abiturienten mit Hochschulreife in Hamburg,⁴⁸⁾ „Begrenzung des Zugangs zu den Hochschulen,⁴⁹⁾ „Numerus clausus,⁵⁰⁾ „Unterbringung der Abiturienten – Praktische Folgerungen aus der Begrenzung des Hochschulstudiums⁵¹⁾ usw.: so lauteten damals die Schlagzeilen. Währenddessen beeilte sich die Handelskammer Hamburg, die Gymnasialabgänger beschleunigt im Produktionsprozeß unterzubringen.⁵²⁾

Die mittelständische und in manchem auch antikapitalistische Komponente der „Gleichschaltung“ der Universität wurde also alsbald blockiert und stillschweigend in ihr Gegenteil verkehrt. Letzten Endes ist sie wohl als Ausläufer der von der Führungsspitze der NSDAP spätestens im Herbst 1933 gefällten Entscheidung zu verstehen, sich von den antikapitalistischen Momenten der nazistischen Massenbewegung zu distanzieren und sich, von technologischen „Sachzwängen“ dazu getrieben, mit dem Großkapital zwecks beschleunigten Aufbaus einer hochtechnisierten Offensivarmee zu arrangieren.⁵³⁾ In den geheimen Planungsagenturen des

47) Vgl. dazu die Staatsdrucksachen Nr. 173 und 184 vom 4.7. und 18.7.1933 in: Staatsarchiv Hamburg, Pressestelle II, H 1 1 b.

48) Hamburger Nachrichten vom 31.12.1933

49) Hamburger Nachrichten vom 28.12.1933

50) Berliner Tageblatt vom 29.12.1933

51) Berliner Tageblatt vom 30.12.1933

52) Vgl.: Berufshilfe für Abiturienten, in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 17, vom 26.8.1933, S. 660.

53) Vgl. Bracher, Sauer, Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Villigen 1960, S. 565 ff.

neuen industriell-nazistisch-militärischen Interessenkomplexes schon längst beschlossen, ist sie freilich erst im Juni 1934 mit der physischen Liquidierung des Führungsstabs der SA, der gefährlichsten miliz- (und nicht rüstungs-)orientierten nazistischen Massenbewegung, zur sichtbaren Gewißheit geworden.

Damit war der „Nationalsozialismus“, wenn man von der auch weiterhin beibehaltenen rassistisch-antisemitischen Komponente absieht, sehr rasch zum Instrument der Verschleierung der das neue industriell-nazistische Machtbündnis motivierenden imperialistischen Aufrüstungs- und Expansionsstrategie transformiert. Die Romantik studentischer „Wehrsportlager“, die auch an der Hamburger Universität zu militanten, den neuen Kreuzzug gen Osten propagierenden Lyrismen geführt hatte,⁵⁴⁾ wurde durch die Einführung so nüchterner militärischer Vorlesungsdisziplinen wie „Äußere Ballistik“ in das „Technische Vorlesungswesen“ abgelöst.⁵⁵⁾ Der restaurierte Militarismus entwickelte eine neue, technokratisch fundierte Rationalität der imperialistischen Gewaltanwendung, die mit der faschistischen Phase des Nationalsozialismus so gut wie nichts mehr gemein hatte. Auch die alsbald fällige regelmäßige Publikation der Listen gefallener Studenten und Dozenten durch die Rektoren gerann nach und nach zu einem Ritual, aus dem man mittelständischen Expansionsfanatismus nicht mehr herauslesen konnte. Nur der Zug zur Verklärung des dem deutschen Kleinbürgertums schon immer eigenen Drangs zur Auto-destruktion ist noch eine Zeitlang erhalten geblieben.⁵⁶⁾

54) So hatte der Student Paul Tidow in einem Arbeitslager für Hamburger Studenten die folgenden Verse gedichtet: „.../ Im Osten, im Osten!/ Da muß ein hoher Wall erstehen!/ Ein Wall aus lebendigen Leibern sich türmen!/ Dann kann unser Volk nicht untergehen!/ Mögen die Feinde auch noch so stürmen!/ Im Osten, im Osten!/ Da wartet ein riesiges Grab,/ Wohl viele von uns dort müssen hinein!/ Dann haltet Euch tapfer, haltet Euch grad!/ Denn Opfer, ja Opfer, die müssen sein!/ Nach Osten, nach Osten!“ (Nach Osten! in: Hamburger Universitäts-Zeitung, 14. Jg. 1932/33, Heft 7, S. 110.

55) Vgl. Übersicht über die Vorlesungen und Übungen des Technischen Vorlesungswesens zu Hamburg, in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 20 vom 29.9.1934, S. 1007. Daneben gab es noch Vorlesungen über „Wehrtechnik“ und „Ausgewählte Abschnitte aus den wissenschaftlichen Grundlagen des Luftschutzes.“

56) Vgl. die Verlautbarungen der Rektoren und „Studentenführer“ zur „Gefalle ehre“ in den Berichten über die einzelnen Universitätsjahre, in: Hansische Universitäts-Zeitung, Jg. 1940 ff. täs-Zeitung, Jg. 1940ff.

Nach der gewaltsamen „Begradigung“ der antikapitalistischen Elemente des ansonsten „planvollen Vollzugs der nationalsozialistischen Erhebung“ meldete sich das Hamburger Industrie- und Handelskapital wieder verstärkt zu Wort. Es war clever genug, um sich im Zeichen der neuen militarisierten „Staatskonjunktur“ sehr bald der Konformität der Hamburger Nazigrößen mit ihren Verwertungszielen zu versichern. Der Hamburger Gauleiter Kaufmann geriet beispielsweise bei den mittelständischen Resten der Nazi-Partei früh in den Ruf, mehr Vollstrecker wertindustrieller und exportorientierter Interessen denn Agent der „Verreichlichung“ des Hamburger Staatsgebietes zu sein; er hat denn auch Jahre später, als sich die Niederlage des nazistisch-industriell-militärischen Komplexes gegen die Anti-Hitler-Koalition abzeichnete, in aller Offenheit auf die Seite des Hamburger Kapitals geschlagen, das relativ früh die „Westlösung“ des zweiten Weltkrieges, eine Koalition Hitlerdeutschlands mit den westlichen Alliierten gegen die Sowjetunion, betrieben hat.⁵⁷⁾

Demzufolge ist anzunehmen, daß sich auch die Beziehungen zwischen Universität und Wirtschaft rasch wieder ‚normalisiert‘ haben. Nachdem das Hamburger Kapital seine Beziehungen zu den Nazis durch die regelmäßige Einrichtung einer „Adolf-Hitler-Spende“,⁵⁸⁾ durch hartes Durchgreifen gegen oppositionelle Arbeiter,⁵⁹⁾ durch die bevorzugte Einstellung nationalsozialistischer „Alter Kämpfer“⁶⁰⁾ und durch die präventive Übernahme des „Führerprinzips“ in eigene Regie⁶¹⁾ zunächst in der betrieb-

57) Vgl. dazu: Kurt Detlef Möller, Das letzte Kapitel, Geschichte der Kapitulation Hamburgs, Hamburg 1947, vor allem die Anlage 7: „Dr. Heinrich Riensberg, Promemoria betr. Vorschläge für militärische Aktionen der Westalliierten im Frühjahr 1945.“ S. 172 ff.

58) Die „Adolf-Hitler-Spende der gewerblichen Wirtschaft“ war reichseinheitlich organisiert; die Hamburger Industrie- und Handelsunternehmen wurden von den „Mitteilungen der Handelskammer Hamburg“ (vgl. die Jahrgänge 1933 ff.) in regelmäßigen Abständen zu – in ihrer Höhe genau festgelegten – „Adolf-Hitler-Spenden“ aufgefordert.

59) Vgl. beispielsweise: Entlassung wegen Fernbleibens von der Maifeier, in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 15 vom 28.7.1934, S. 679.

60) Vgl. dazu: Unterbringung arbeitsloser Angehöriger der nationalen Verbände, in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 3 vom 3.2.1934, S. 120 f. Schafft Arbeit für nationalsozialistische Kämpfer! in: ebenda Nr. 5 vom 3.3.1934, S. 176.

61) Allerdings war der Kampf der Unternehmerverbände gegen die Gleichschaltungsversuche seitens des „Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes“ und anderer faschistischer Unterorganisationen der NSDAP lange Zeit unentschieden. Vgl. dazu die vorsichtigen Vorschläge der Hamburger Handelskammer zum Taktieren: Deutsche Arbeitsfront; Reichsbetriebsgemeinschaft Handel, Fachgruppe Außenhandel, in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg Nr. 30 vom 8.12.1934, S. 1354. Im großen und ganzen hatten sich

lichen Sphäre verbessert hatte, wandte es sich alsbald der wissenschaftlichen Fundierung seiner im Verlauf der Weltwirtschaftskrise offen postulierten imperialistischen Expansionsziele zu. Für die Jahre 1934/35 sind erstmals nach „Wirtschaftsräumen“ geordnete Monopolisierungsprozesse im Hamburger Handelskapital zu verzeichnen. Aus dem in sich noch sehr heterogen zusammengesetzten „Verein Westafrikanischer Kaufleute“ ist 1934 der „Afrika-Verein e.V.“ hervorgegangen.⁶²⁾ Mit Sitz in Hamburg und Berlin kam im gleichen Jahr der „Nah- und Mittelost-Verein“ zustande.⁶³⁾ Konzentrationstendenzen spielten zu dieser Zeit auch in der „Geschäftsstelle der lateinamerikanischen Handelskammer (Gelatino)“ eine große Rolle. Währenddessen nahm sich die Werftenindustrie die unter den Zeichen der Rüstungskonjunktur bald wieder prosperierte, des Ausbaus der technisch-naturwissenschaftlichen Einrichtungen an den Hamburger Staatsinstituten und der Universität an. Ihr kam dabei zugute, daß diese Institutionen – wie z.B. die „Schiffbau-Versuchsanstalt“ – schon immer auf die regionalen Spezialinteressen der Hamburger Industrie zurechtgeschnitten gewesen waren.⁶⁴⁾

Der industrie- und handelskapitalistische Konzentrationsprozeß mußte entsprechende Folgen auf die Organisation von Forschung und Lehre an der Hamburger Universität haben. Wenn sich dabei auch an der diffusen und chaotischen Verwertungsbeziehung zwischen Unternehmen und direktorial beherrschten Lehr- und Forschungseinrichtungen nur quantitative Veränderungen ergaben, sind sie doch für unseren Zusammenhang von besonderem Interesse. Wie reagierten die ordinariats-studentischen Sachwalter des nazistischen „totalen Staats“ auf diesen Eingriff in ihre im Verlauf der Studienkompression ohnehin schon arg beschnittene Alma-Mater-Herrlichkeit?

Den Berichten und Annotationen der „Hansischen-Hochschul-Zeitung“ (wie die „Hamburger Universitäts-Zeitung“ jetzt hieß) zufolge widersprechen sich die weitere Verfestigung des „Führerprinzips“ in den

jedoch die Unternehmer mit ihrer im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ sanktionierten „Betriebsführer“-Rolle wieder durchgesetzt. Im übrigen versäumte auch die Hamburger Handelskammer nicht, sich den Nazis als besonders „antibolschewistisch“ zu offerieren. Vgl. F.W.Bitter, A. Zelle, Bolschewismus im Versailler Diktat, Hrsg. von den Handelskammern Hamburg und Bremen, 1933.

62) Vgl. Hamburg, Informationszentrum Übersee, a.a.O., S. 3

63) ebenda S. 29

64) Vgl.: Die Hamburgische Schiffsbau-Versuchsanstalt, in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 13 vom 27.6.1931, S. 483 - 485.

universitären Institutionen und die sich intensivierende Unterordnung der Universität unter das Hamburger Kapital offensichtlich nicht. Professor Rein, vorübergehend zum Regierungsdirektor avancierter Hauptpropagandist der „politischen“ nazistischen Universität, fügte seit 1934 in seine diversen Reden scheinbar reibungslos den Anspruch des Handelskapitals auf angemessene wissenschaftliche Fundierung seiner Expansionsbestrebungen ein.⁶⁵⁾ Ende 1932 hatte der gleiche Rein einem Vortrag über „Wesen und Idee der politischen Universität“ noch das Motto vorangestellt: „Die deutschen Hochschulen haben sich in Warenhäuser spezieller Wissenschaftler verwandelt!“⁶⁶⁾ Wenn es demgemäß noch Anfang 1934 in einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ über eine Rede Reins hieß, vornehmliche Aufgabe der „Hamburger Nordsee-Universität“ sei es, sich „zur Führerschule im nationalsozialistischen Sinne (zu) machen“ und sich dabei im wesentlichen auf die „Ausbildung der Überseedutschen in Weltpolitischer Richtung... in dem Bewußtsein“ zu beschränken, daß „Deutschland in der Mitte eines Weltsystems stehe“⁶⁷⁾, ließ sich damit doch die prononciert kapitalistische „Warenhaus“-Variante dieser Expansionsideologie nicht länger überdecken.

Gerade unter Rein ist die Hamburger Universität zu einem pragmatisch-wissenschaftlichen Bestandteil nationalsozialistisch-handelskapitalistischer Kolonialpläne geworden.⁶⁸⁾ Ohne auf die 1939/40 sich zuspitzende Auseinandersetzung um die Frage näher einzugehen, ob Osteuropa gewaltsam zu rekolonialisieren oder stattdessen einer antibritisch-expansiven Kolonialstrategie in Richtung Naher Osten – Afrika auf der Basis globaler Seeherrschaft der Vorzug zu geben sei,⁶⁹⁾ können wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die Hamburger Universität alsbald zum integralen – wenn auch nicht sonderlich wichtigen – Bestandteil der maritimen Rekolonialisierungsfronde der deutschen Werftenindustrie, des Oberkommandos der Kriegsmarine und der Übersee-Verbände geworden ist. Jedenfalls geht aus einem vertraulichen Schreiben des „Hamburgischen Staatsamtes“ an Rektor Rein vom 24. Juni

65) Vgl.: Die Bedeutung des neuen Universitätsgesetzes, in: Hamburger Nachrichten vom 27.1.1934

66) Wesen und Idee der politischen Universität, in: Hamburger Tageblatt vom 23.11.1932

67) Die Hamburger Nordsee-Universität, in: Frankfurter Zeitung vom 8.2.1934

68) Staatsarchiv Hamburg, Pressestelle III, O I 1 m, Pressenotiz: Erneuerung des Kolonialinstituts der Hansischen Universität.

69) Vgl. dazu: Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945, Teil I, 1939 - 1941. Habilitationsschrift Humboldt-Universität Berlin Wirtschaftswissenschaftl. Fakultät; 28.3.1938

1937 hervor, daß just die Hamburger Universität bei der Intensivierung ihrer Kolonialpropaganda schon früh vom goebbelschen „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ an die Kandare genommen worden ist.⁷⁰⁾ Die Universität Hamburg, die nach der weitgehenden Umwandlung des „Welt-Wirtschafts-Archivs“ zu einer nachgeordneten Behörde der Mobilmachungsapparatur der Wehrmacht⁷¹⁾ 1938 schließlich das „Kolonial-Institut“ erneuerte und sich mit verschiedenen locker angeschlossenen Spezialinstituten mehr denn je den Verwertungsbedürfnissen des Handelskapital unterordnete, hat freilich den unter nazistischem Vorzeichen betriebenen endgültigen Griff des deutschen Imperialismus nach der Weltmacht nicht erlebt. Zweifellos wäre sie im Fall der Realisierung der 1940/41 kulminierenden „eurafrikanischen“ „Friedenspläne“⁷²⁾ zu einer Kolonialuniversität par excellence geworden.

III.

„Hilfloser Antifaschismus“⁷³⁾ machte sich in den Stätten der Wissenschaft breit, sobald die Siegermächte in Deutschland die Nachfolge des „Dritten Reichs“ angetreten hatten. Wie in keiner anderen Epoche waren die gesamten wissenschaftlichen Bestrebungen fortan mit den allgemeinen historisch-politischen Entwicklungstendenzen verknüpft. Wer allerdings gedacht hatte, nach einer derartigen Unterwerfung der Wissenschaft unter den diesmal nationalsozialistisch gewendeten deutschen Imperialismus würden deren überlebende Repräsentanten endgültig zu den gesellschaftlichen Funktionen wissenschaftlicher Erkenntnis durchfinden, sah sich bald bitter getäuscht. Die Universitäten und staatlichen Forschungsinstitute der Westzonen blieben ein Hort der Reaktion, wenn auch zunächst Vorsicht am Platze war und in den meisten Fällen nur gute Beziehungen halfen.

- 70) Hamburgisches Staatsamt, Nachrichtenstelle des Senats, 24. Juni 1937, Vertraulich; Staatsarchiv Hamburg Pressestelle III, O I 1 m.
 71) Vgl. G. Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft 1918-1943/45, hrsg. von W. Birkenfeld, Schriften des Bundesarchivs, Bd. 14, Boppard/Rh., 1966, S. 117
 72) Zu den Friedensplänen der deutschen Großindustrie in den Jahren 1940/41 vgl. Eichholtz, a.a.O.
 73) Vgl. W.F. Haug, „Hilfloser Antifaschismus“, Frankfurt/M. 1967, Haug setzt sich dort mit einer Ringvorlesung westdeutscher Ordinarien über den Nationalsozialismus kritisch auseinander.

Auch und gerade an der Universität Hamburg gehörten Wissenschaftler, die als Artikulatoren nationalsozialistischer Staats- und Wirtschaftstheorie große Bedeutung erlangt hatten, zu den „Männern der ersten Stunde“. Während die lokale nazistische Ordinarienprominenz der Rein und Westphal ausgewechselt wurde,⁷⁴⁾ hatte die Hamburger Universität aus anderen Hochschulen – insbesondere der sowjetisch besetzten Zone – regen professoralen Zuzug zu verzeichnen. Der nationalsozialistische Wirtschaftstheoretiker Karl Schiller beispielsweise, bis zum Kriesende außerordentlicher Volkswirtschaftsprofessor der Universität Rostock, erhielt 1947 – nach seinem SPD-Eintritt – in Hamburg einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, nachdem seine Karriere als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium der schleswig-holsteinischen Landesregierung zunächst am Einspruch der britischen Besatzungsmacht gescheitert war.⁷⁵⁾ Herbert Krüger, einer der Matadoren der nazistischen Staatsphilosophie,⁷⁶⁾ konnte schon 1946 in der von den Professoren Schack und Laun mit Hilfe Hamburger Überseeverbände an der Universität gegründeten „Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht“ unter-schlüpfen, die sich alsbald zu einem Sammelbecken aggressiver Nationalsozialisten entwickelte: Krüger wurde zusammen mit Boris Meißner⁷⁷⁾ und dem berüchtigten Ostlandreiter Hermann Aubin⁷⁸⁾ zu einem ordinarialen Vorkämpfer jetzt freiheitlich-europäisch gebenden Variante des Antikommunismus und imperialistischer „Staatlichkeit“. Diese Troika hat

- 74) Vgl. das erste Kapitel „Das permanente Kolonialinstitut“ S.
 75) weitere Angaben über Karl Schiller vgl. ebenda Anmerk. 58)
 76) Vgl. Herbert Krüger, Vertrauen als seelische Grundlage der Volksgemeinschaft. Rede gehalten am 5. Juni 1940, Heidelberg 1940, ders., Einheit und Freiheit. Die Strukturprobleme der Verfassungstypologie, Hamburg 1944; ders., Die geistigen Grundlagen des Staates, 2. Aufl. 1944; ders. Allgemeine Staatslehre, Stuttgart 1964.
 77) Boris Meißner, heute Direktor des „Instituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus“ des Bundesinnenministeriums in Köln, hat seine ersten wichtigen Nachkriegsarbeiten im Rahmen der „Hamburger Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht“ veröffentlicht. Vgl. B. Meißner, Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943-1953. (Abhandlungen der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht, Band 5) Frankfurt/M und Berlin 1953; ders., Das Ostpakt-System, Dokumentensammlung (Varia juris publici, hrsg. von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht, Band 6/7), Frankfurt/M und Berlin, Teil I/II, 1951; ders., Rußland-Bibliographie, Erster Teil. Folge 1: UdSSR und FSFR – Allgemeines. (Varia juris pbl., a.a.O.,) 1950.
 78) Über die Rolle Hermann Aubins in der Weimarer Republik und der NS-Ära vgl. R. Graf, Hermann Aubin im Dienste des „Dranges nach Osten“ und der Okkupationspolitik des deutschen Imperialismus in Polen, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Band 4, Berlin 1961, S. 55 ff.

mit ihren 1947/48 begonnenen Publikations- und Gutachtenserien maßgeblichen Einfluß nicht nur auf die Restauration in Hamburg, sondern in den Westzonen überhaupt genommen.⁷⁹⁾ Was ihr Arrangement mit dem Hamburger Überseekapital betrifft, wäre als exemplarisch ein von Krüger 1948 verfaßtes Gutachten zu nennen, mit dem er erbittert gegen die von der britischen Labour-Regierung zeitweilig erörterte Enteignung der Hamburger Schlüsselbetriebe focht.⁸⁰⁾ Zusammen mit der genuin Hamburger Professorengruppe um Sieverts, Ipsen und Co., der es im Gegensatz zu anderen Ordinarien – beispielsweise dem erst 1954 stillschweigend wieder übernommenen Historiker Otto Brunner – relativ früh gelang, sich zu rehabilitieren, bildete sie einen fest geschlossenen universitären Machtblock, an den angesichts der allgemeinen Restauration in den Westzonen eine Unterbrechung der fatalen ordinariar-imperialistischen Kontinuität notwendig scheitern mußte.

So begann vom ersten Nachkriegssemester an die für die Hamburger Universität verheerende Wiederherstellung ordinariar Selbstherrlichkeit, die auch durch das 1948 in Hamburg veröffentlichte und hinsichtlich seiner konkreten Folgen maßlos überschätzte „Blaue Gutachten zur Hochschulreform“ nicht gedämpft worden ist.⁸¹⁾ Ohne auf die in diesem Komplex immerhin angelegten bescheidenen Reformansätze einzugehen,

79) Von der „Forschungsstelle“ wurden seit 1946 folgende Serien herausgegeben: „Abhandlungen“ (16 Bände), „Darstellungen zur Auswärtigen Politik, hrsg. von Professor Dr. Herbert Krüger“ (7 Bände), „Dokumente“ (41 Bände), „Das geltende Seekriegsrecht in Einzeldarstellungen, hrsg. von Herbert Krüger und Rolf Stödter“ (4 Bände), „Hamburger öffentlich-rechtliche Nebenstunden“ (20 Bände), „Jahrbuch für Internationales Recht“ (13 Bände), „Sammlung geltender Staatsangehörigkeitsgesetze“ (28 Bände), „Schriftenreihe des Instituts für Auswärtige Politik“ (5 Bände), „Die Staatsverfassungen der Welt in Einzelausgaben“ (7 Bände), „Untersuchungen zur Auswärtigen Politik“ (4 Bände), „*Varia juris publici*“ (48 Bände), „Werkhefte“ (15 Hefte), und „Verschiedenes“ (3 Bände).

80) Vgl. „Tätigkeitsbericht der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht“. Hamburg Jg. 1949.

Krüger hat darüber hinaus 1960 mit einem Gutachten Furore gemacht, in dem er forderte, Hamburg im Kriegsfall zu verteidigen, also nicht zur „Offenen Stadt“ zu machen. Bekanntlich war Hamburg Ende April 1945 vom Nazi-Gauleiter Kaufmann entgegen Hitlers Weisung kampfflos an die britischen Truppen übergeben worden. Zu Krügers Gutachten von 1960 vgl. „Denkschrift zur Prüfung von Aufgaben und Möglichkeiten der zivilen Verteidigung in Hamburg“, Hamburg 1965, S. 15 und APO-PRESS, hrsg. von SDS Hamburg, Nr. 11, vom 16.6.1969, S. 16

81) Vgl. „Gutachten zur Hochschulreform vom Studienausschuß für Hochschulreform“, Hamburg 1948.

sei seine Wirkung auf die Hamburger Universität kurz angedeutet: Sie bestand allenfalls in der Konstituierung eines sogenannten „Hochschulbeirats“, der, 75 Mann stark, nolens volens zum Feigenblatt der Fortsetzung der Restauration der Hamburger Universität über die ersten Nachkriegsjahre hinweg wurde. Immerhin hat der Beirat im Jahre 1961 erkannt, daß er auf die Entwicklung der Universität ohne jeden Einfluß geblieben war und daraus mit seiner Selbstauflösung die einzig richtige Konsequenz gezogen.⁸³⁾

Im übrigen war der bis zur Veröffentlichung des „Blauen Gutachtens“ im Jahre 1948 längst abgesicherte und sich danach ungehindert fortsetzende Restaurationsprozeß an der Universität mit einer totalen Stagnation der Lehr- und Forschungskapazitäten verbunden. Große Teile der Hochschul-einrichtungen waren dem Luftkrieg der Jahre 1943–45 zum Opfer gefallen. „Die Medizinische und die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät hatten Totalverluste, teils erhebliche Teilschäden erlitten.“ Auch die „Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät und die Philosophische Fakultät hatten zwei Drittel ihres Gebäudebestandes verloren.“⁸⁴⁾ Es war also die Chance gegeben, die Universität von Grund auf neu aufzubauen und sie zum wissenschaftlich operierenden Instrument der Demokratisierung der Gesellschaft zu machen. Das Gegenteil geschah: ein Teil der Ordinarien – beispielsweise Karl Schiller, der 1949 Wirtschaftssenator der Hamburger Landesregierung wurde – wurde von der Universität abgezogen, um mit Vorrang die Rekonstruktion der Hamburger Industrie- und Hafenanlagen zu betreiben.⁸⁵⁾ Währenddessen beschränkten sich die Hochschulabteilung die Verwaltungsbürokratie der Hamburger Universität darauf, die schlimmsten Kriegsschäden zu flicken und in fragwürdige Ausweichquartiere – vor allem entfestigte Luftschutzbunker – umzuziehen. Eine quantitative Ausweitung der Lehr und Forschungskapazitäten wurde dadurch nicht erreicht, von qualitativen Veränderungen ganz zu schweigen. Dabei hatte schon bis 1955 die Zahl der Studenten während einer mehr als dreißigjährigen Stagnationsperiode um knapp das Dreifache zugenommen!⁸⁶⁾

82) Vgl. Universitäts-Neuordnung? Hochschulbeirat für Stärkung der Selbstverwaltung, in: Hamburger Abendblatt vom 28.7.1961.

83) Vgl. Hochschulbeirat löst sich auf, in: Hamburger Echo vom 27.7.1961.

84) Bauplanung für die Universität Hamburg. Denkschrift des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, 1955, S. 8

85) Schiller war allerdings schon 1947 zum Vorsitzenden einer Gutachterkommission für den Wiederaufbau Hamburgs ernannt worden, vgl. K.H.Roth, Der Stellvertreter, a.a.O., S. 29

86) Nach „Bauplanung für die Universität Hamburg“, a.a.O., S. 10, ist „die Zahl der Studenten von insgesamt 2764 im Wintersemester 1928/29 auf 6240 im

Mit dem Ende der Rekonstruktionsperiode des westdeutschen Kapitals, in welcher die ökonomische wie politische Kapitalherrschaft in einem bundesstaatlichen Zusammenschluß der drei Westzonen kulminierte und gleichzeitig zu einem fünfjährigen extensiven Expansionszyklus überleitete, meldete die Hamburger Industrie- und Handelsbourgeoisie sich allmählich wieder mit spezifischen wissenschaftlichen Verwertungsinteressen zu Wort. Freilich hatte sie an einem geschlossenen, möglicherweise mit echten Reformen vergesellschafteten Neubau der gesamten Universität zunächst kein Interesse. Die industriell-handelskapitalistischen Förderungsorganisationen der Universität: „Joachim Jungius-Gesellschaft“, welche Schiller in seinem Rektoratsbericht für die Jahre 1956–1958 als „die temperamentvolle Troika unserer wissenschaftlichen Förderungsgesellschaften“⁸⁷⁾ bezeichnete, entwickelten auch jetzt keine konzeptionell in sich geschlossene und auf einen einheitlich gesteuerten Verwertungsprozeß ausgerichtete Initiative. Diese lokale Initiativefeindschaft wurde freilich durch erhebliche überregionale wissenschaftspolitische Aktivitäten überlagert: 1947 konstituierte sich in Hamburg ein „Verein der Freunde und Förderer der“ – erst noch zu gründenden „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“,⁸⁸⁾ ein industriell-ordinariales Wissenschaftskartell, das Ende 1951 in die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ übergehen sollte;⁸⁹⁾ und mit Otto A. Friedrich, Vorstandsmitglied der Hamburger Phoenix-Werke, wurde 1950 ein Hamburger Industrieller in den Vorstand des „Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft“ aufgenommen.⁹⁰⁾

Die betonte handelskapitalistisch-industrielle Konzeptionslosigkeit gegenüber der Universität Hamburg darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie spätestens mit dem Beginn des „Korea-Booms“, des unverhofften

Wintersemester 1954/55 und auf rund 8000 Studenten im Sommersemester 1955 angewachsen“, ohne daß die Kapazitäten jemals erweitert worden waren.

- 87) Bericht über die Rektoratszeit 1956-1958, Mitteilungen der Universität Hamburg, Heft 3, Hamburg 1959, S. 22
- 88) Über den Hamburger „Verein der Freunde und Förderer der Deutschen Notgemeinschaft“ vgl. R.Neuhaus, Dokumente zur Hochschulreform 1945 - 1959, Wiesbaden 1961, S. 25 f
- 89) Im Jahre 1951 wurde die „Notgemeinschaft“ mit dem „Deutschen Forschungsrat“ fusioniert. Vgl. dazu: H. Eickemeyer, Abschlußbericht des Deutschen Forschungsrates (DFR) über seine Tätigkeit von seiner Gründung am 9. März 1949 bis zum 15. August 1951, mit einem Vorwort von W.Heisenberg, Präsident des DFR, München 1953.
- 90) Vgl. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Jahrbuch 1951, Essen-Bredeney 1952, S. 105. Außerdem gehörten dem „Verwaltungsrat“ des Stifterverbandes folgende Hamburger Kapitalfunktionäre und Ministerialbürokraten an: Dr.E.Leist, Prof. Dr.R.Stödter, (als Vorsitzender des Verbands Deutscher Reeder), Th.Schecker und P.Wesselhoeft, Vgl. ebenda S. 106 f.

Auslösers der bis heute fortdauernden Exportkonjunktur bundesrepublikanischen Kapitals, von den lokalen Hamburger Verwertungsinteressen tief durchsetzt worden ist. Nur entbehrte dieser Prozeß ähnlich wie in der Weimarer Republik einer in sich geschlossenen Einheitlichkeit; was ihn allenfalls von der kapitalistischen Expansionsperiode der Jahre 1923/24 bis 1929 unterscheidet, ist die Tatsache, daß sich das Hamburger Handelskapital spätestens 1950 in einer Form rekonzentriert hatte, die dem seit 1934/35 erreichten Monopolisierungsgrad in etwa entsprach und somit im Vergleich zu früher jetzt eine gewisse Schwerpunktbildung auch in der Wissenschaftsverwertung erwarten ließ. Wie schon angedeutet, war schon im Jahre 1946 einer handelskapitalistisch-ordinarionalen Lobby mit der Institutionalisierung der „Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht“⁹¹⁾ ein erster Einbruch in die Hamburger Universität gelungen; die außerordentlich aktive Forschungsstelle, die 1947 mit einer intensiven Gutachtertätigkeit vor allem in seerechtlichen Fragen begann,⁹²⁾ wurde 1955 unter Herbert Krüger mit dem von der „Hamburger Gesellschaft für Völkerrecht und Auswärtige Politik“ kontrollierten „Hamburgischen Institut für Auswärtige Politik“ fusioniert.⁹³⁾ 1947/48 wurden weitere praxisnahe Institute in rascher Aufeinanderfolge gleichgeschaltet oder neu eingerichtet. Das „Ibero-Amerikanische Forschungsinstitut“, seit dem Wintersemester 1945/46 formal der Universität angeschlossen, wurde von dem sich wenig später restituierenden „Ibero-Amerika-Verein“⁹⁴⁾ aktiviert.⁹⁵⁾ In der gleichen Zeit nahm das vom Ham-

- 91) Vgl. dazu: Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Sämtliche Veröffentlichungen 1948-1965, Hamburg 1965, S. 5; und Tätigkeitsbericht für die Jahre 1946 - 1950, Hamburg 1950.
- 92) Die Forschungsstelle hat von 1947 bis 1965 Gutachten verfaßt, die in den „Varia iuris publici“ und den „Nebensunden“ teilweise veröffentlicht wurden. Vgl. Forschungsstelle, Sämtliche Veröffentlichungen, a.a.O., S. 5, 22-25.
- 93) Vgl. ebenda, S. 5
- 94) Der „Ibero-Amerika-Verein e.V.“ wurde 1949 als Nachfolgeorganisation der „Geschäftsstelle der lateinamerikanischen Handelskammern (Gelateino)“ wiedergegründet. 1964 hatte er 704 Mitglieder, darunter 471 Firmen. Der Vorstand wird vom Bankhaus Münchmeyer & Co., Hamburg, beherrscht. Für besagtes Institut gibt es eine eigene „Gesellschaft der Freunde des Ibero-Amerikanischen Instituts“, die mit dem Ibero-Amerika-Verein identisch ist.
- 95) Das „Ibero-Amerikanische-Institut“ wird gegenwärtig von Prof. Hans Flasche geleitet, verfügt über eine 30 000 Bände umfassende Bibliothek und publiziert regelmäßig in der Reihe B der „Hamburger Romanistischen Studien“. Hans Flasche ist außerdem Projektleiter des neuen „Sonderforschungsbereichs Ibero-Amerika“. Vgl. das erste Kapitel „Das permanente Kolonialinstitut“, S. (Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik Hamburg, 1/07/4/2/2)

burger Überseekapital in Erwartung der späteren „Westlösung“ 1943 inaugurierte „Institut für Außenhandel und Überseewirtschaft“ unter Karl Schiller wirtschaftsnahe Forschungsobjekte auf.⁹⁶⁾ Auch das „Welt-Wirtschafts-Archiv“, seit 1947 wieder der Hochschulabteilung der Schulbehörde unterstellt,⁹⁷⁾ intensivierte seine überseekapitalistisch relevanten Forschungsprogramme⁹⁸⁾ wie nie zuvor.⁹⁹⁾ Hinzu kam die Etablierung etwa eines Dutzend neokolonialistischer Forschungsapparate, deren Fächer von dem 1948 gegründeten „Missionswissenschaftlichen Seminar“¹⁰⁰⁾ über das „Haus Rissen“¹⁰¹⁾ bis hin zu den vier wichtigsten Hamburger Exportverbänden (Afrika-Verein, Nah- und Mittelost-Verein, Ibero-Amerika-Verein, Ostasiatischer Verein)¹⁰²⁾ dienstbaren Seminaren und Instituten reichte.¹⁰³⁾ Daß schließlich auch die Hamburger Werftindustrie sich an der Unterordnung der Hamburger wissenschaftlichen Institutionen unter regionalkapitalistischen Verwertungsmechanismen beteiligte, zeigt die Gründung des Instituts für Schiffbau der Hamburger Universität im Jahr 1952,¹⁰⁴⁾ dem im gleichen Jahr noch die „Schiffbau-Versuchsanstalt“¹⁰⁵⁾ nachgeordnet worden ist.¹⁰⁶⁾ Das alles erhielt einen, durch ein von der Universität, vom Welt-Wirtschafts-Archiv und der Handelskammer getragenes „Auslandskundliches Vorlesungswesen“, mehr propagandistisch als praktisch wirksamen Überbau.¹⁰⁷⁾

- 96) Das Institut hat im Laufe der Jahre folgende Forschungsschwerpunkte entwickelt: Entwicklungspolitik in Süd- und Südostasien, Wachstumstheorie der Entwicklungsländer, spezielle Projekte der imperialistischen Entwicklungshilfe in enger Kooperation mit der „Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer“. Die Bibliothek ist ca. 15 000 Bände stark; Vertreter Schillers ist gegenwärtig Prof. Dr. H. Jürgensen. Vgl. Hamburg, Informationszentrum Übersee, a.a.O., S. 21; Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer, Entwicklungsländer in Forschung und Lehre, Bonn 1962.
- 97) Vgl. Hans Köhler, a.a.O., S. 33
- 98) Dafür wurde 1948 ein „Wissenschaftlicher Dienst“ eingerichtet, wobei „praktisch nur Fragen“ bearbeitet werden, „die Deutschland in der Weltwirtschaft betreffen.“ Klaus Petersen, a.a.O., S. 67.
- 99) Die erste feste Auskunftsstelle wurde im WWA erst 1934 eingerichtet; sie wurde 1937 mit einem eigenen, dem OKW unterstellten „Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Institut e.V.“, ausgebaut. In der Satzung vom 1.12.1937 wird die Aufgabe des Instituts folgendermaßen definiert: „Der Verein hat den Zweck, in Übereinstimmung und ständiger Fühlung mit den maßgebenden Stellen des Reiches und der NSDAP das im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv anfallende Nachrichtenmaterial, insbesondere soweit es ausländischen Ursprungs ist, zum allgemeinen Nutzen auszuwerten.“ nach Petersen, a.a.O., S. 66
- 100) Vgl. Hamburg, Informationszentrum Übersee, a.a.O., S. 28. Das „Missionswissenschaftliche Seminar“ hat 1968 zusammen mit der „Missionsakademie an der Universität Hamburg“ einen „Sonderforschungsbereich Missions-

wissenschaft und Ökumenenkunde“ aufgebaut, der von der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ in die „Anfangsförderung“ aufgenommen wurde. Vgl. Bundesbericht Forschung III, Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache Nr. V/4335, vom 12.6.1969, S. 125.

- 101) Das „Haus Rissen-Institut für Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ist 1954 auf Betreiben der „Hamburger Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialpolitik“ eingerichtet worden. Neben regelmäßigen Schulungskursen für Behördenpersonal und Stipendiaten aus Entwicklungsländern unterhält das „Haus Rissen“ auch intensiven Kontakt mit den Planungszentren des US-Imperialismus (vgl. Dokumentation). Geschäftsführer ist Hans Merzyn, Präsident Prof. Dr. H. Thielicke, (Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik, Hamburg, 3/05/6/1)
- 102) Zu den wichtigsten Hamburger Überseeverbänden vgl.: Hamburg, Informationszentrum Übersee, a.a.O., S. 3, 19 f, 29 ff; Die alt- und neokolonialistischen Propagandaorganisationen und Interessenverbände des deutschen Imperialismus, in: DWI-Berichte, Berlin, 17. Jg. 1966, Heft 11.
- 103) 1964 wurden die im Dienst der vier Überseeverbände stehenden Institute in einem „Deutschen Übersee-Institut“ koordiniert. Es wird von einer Stiftung getragen, an der der Hamburger Staatsapparat, die Handelskammer Hamburg und neben den vier schon genannten Übersee-Verbänden der „Australien-Neuseeland-Verein e.V.“ beteiligt sind. „Das Institut bedient sich bei seiner Arbeit folgender rechtlich selbständig bleibender Länderinstitute: Deutsches Institut für Afrikaforschung, Stiftung „Institut für Asienkunde“, Stiftung „Institut für Iberoamerika-Kunde“, Deutsches Orient-Institut im Rahmen der „Deutschen Orient Stiftung“. Das Übersee-Institut faßt die wissenschaftliche Arbeit dieser Länderinstitute zusammen und führt sie weiter. Es widmet sich darüber hinaus überregionalen Aufgaben.“ Hamburg, Informationszentrum Übersee, a.a.O., Anhang.
- 104) Das Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Universität Hamburg und der Technischen Universität Hannover. Es wird durch die Hochschulabteilung der Hamburger Schulbehörde, die Hamburger Behörde für Wirtschaft und Verkehr, durch ERP-Mittel, durch das Bundesverteidigungsministerium, durch Förderorganisationen der Werftenindustrie und durch das Office of Naval Research der US-Regierung finanziert.
- 105) Die Hamburgische „Schiffbau-Versuchsanstalt“ unterliegt ebenfalls der „Mehrquellenfinanzierung“ und zwar durch das Verteidigungsministerium, das Bundesverkehrsministerium, die Hamburger Behörde für Wirtschaft und Verkehr, das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, und die „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Hamburgischen Schiffbau-Versuchsanstalt“. Vgl.: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil III: Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, Band 2, Tübingen 1965, S. 352.
- 107) Vgl.: „Auslandswissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft an der Universität Hamburg“, in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, Nr. 20 vom 15.10.1949, S. 25; Vortragsveranstaltungen der Handelskammer Hamburg, Winterhalbjahr 1949/50, in: ebenda, Nr. 22 vom 15.11.1949, S. 9; Vortragsreihe „Die internationale Wirtschaft und der hanseatische Kaufmann“/ Länderkundliche Reihe, in: ebenda, Nr. 2 vom 20.1.1950, S. 18; Vortragsveranstaltungen der Handelskammer-Auslandskundliche Arbeitsgemeinschaft Hamburg, Universität-Handelskammer-Welt-Wirtschafts-Archiv, in: ebenda, Nr. 7 vom 1.4.1950, S. 3 f; Auslandskundliche Arbeitsgemeinschaft Hamburg,

IV.

Wenn die Hamburger Industrie- und Überseegruppen seit dem Ende der Rekonstruktionsperiode versuchten, dem verstärkten wissenschaftlichen Fundierungsbedürfnis ihrer neuen Expansionsoffensive durch die Institutionalisierung universitärer Forschungskapazitäten zu genügen, verfolgten sie damit zunächst nicht das Ziel, die gesamte Hochschulforschung, die vor allem Grundlagenforschung ist, in „wirtschaftsnahe“ angewandte Forschung umzuwandeln. Vielmehr wurden gewisse Sektoren der Universitätsforschung als wissenschaftliche Ergänzungskapazitäten benutzt, die die Arbeiten der konzerneigenen Forschungsabteilungen abrundeten oder im Fall mangelhafter Kapitalkonzentration vollständig ersetzten. Darüber hinaus hatte dieses Vorgehen den Vorteil, daß der Staatsapparat mit der durch ihn zu finanzierenden Grundausstattung der Spezialinstitute den interessierten Unternehmen einen großen Teil der sonst unabdingbaren Forschungsinvestitionen abnahm. Von Industrie- und Handelskapital wurden lediglich vorübergehende Zusatzinvestitionen getätigt, die unter dem Begriff „Vertragsforschung“ firmierten. Das industriell-ordinariale System der „Vertragsforschung“ war ein wichtiger Faktor, der dazu richtung nach industriell-handelskapitalistischen Verwertungskriterien zu lenken und sie gleichzeitig zum kapitalistisch verwertbaren Produktionsfaktor zu transformieren.

Daß dieser Verwertungsmechanismus die Universität entscheidend veränderte, liegt auf der Hand. Was sich in Hamburg in den ersten zehn Nachkriegsjahren auf regionaler Ebene abspielte, fand zentral mit der durch den „Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft“ lancierten Einrichtung einer „Vermittlungsstelle für Vertragsforschung“ bei der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ seine exakte Entsprechung.¹⁰⁸⁾ Lokal wie auf Bundesebene brauchte man nur „einen besonderen Beauftragten“ zu gewinnen, „der die Unternehmen auf die vielfältigen

Universität/Handelskammer/Welt-Wirtschafts-Archiv, in: ebenda, Nr. 19 vom 1.10.1950, S. 3 - 6; Auslandskundliche Arbeitsgemeinschaft Hamburg, Programm für das Sommersemester 1951, in: ebenda, Nr. 7 vom 1.4.1951, S. 187 - 189; usw. usw.

- 108) Die „Vermittlungsstelle für Vertragsforschung“ der DFG wurde 1954 vom Bundesverband der Deutschen Industrie, dem Deutschen Industrie- und Handelstag, der Deutschen Forschungsgemeinschaft dem „Deutschen Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine“ und der „Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen“ konstituiert. Laut BDI-Jahresbericht 1957/58 soll sie „der Wirtschaft den Weg zur Forschung in den Fällen ... öffnen, in denen eigene Einrichtungen nicht ausreichen oder nicht vorhanden sind.“ BDI-Jahresbericht 1957/58, S. 44

Möglichkeiten hinweisen soll, welche die Vertragsforschung bietet.“¹⁰⁹⁾ Die Arbeitskapazitäten der von ihnen in jeder Beziehung beherrschten Dozenten, Assistenten und Doktoranden offerierten die universitären Institutsoligarchien von selbst. Dessenungeachtet versäumten die Ideologen einer derart zu verwertenden und durch ein in Hamburg besonders mageres, industriell-handelskapitalistisches „Spendenwesen“ verkleisterten Forschungsarbeit nicht, „Freiheit und Gleichheit“ als die tragenden Grundsätze der „Vertragsforschung“ zu postulieren. Was die Ideologiebildung in Hamburg betrifft, wurde die Rechtfertigung einer besonders „praxisorientierten“ wissenschaftlichen Arbeit nach bewährter Manier aus der Nähe der Universität zum Hamburger „Welthafen“ abgeleitet.¹¹⁰⁾

Auch schon in solchen Klischees wird freilich die Transformation des freien Hochschulwissenschaftlers in einen freien Lohnarbeiter manifest.¹¹¹⁾ Sie ist jedoch gleichzeitig einschneidenden Modifikationen unterworfen. Als Käufer und Verkäufer wissenschaftlicher Arbeitskraft treten sich im Regelfall Professor und Unternehmer gegenüber; da aber dieses Austauschverhältnis den Traditionen selbst eines bürgerlichen Wissenschaftsverständnisses widerspricht, wird es gezielt mit Phrasen besonderer „Praxisbezogenheit“, „Weltoffenheit“ usw. verschleiert.

Sehen wir uns zunächst die professorale Seite der „Vertrags“-Bedingungen an. Normalerweise ist der in das Tauschverhältnis eintretende Professor Direktor eines wissenschaftlichen Instituts, oder er wird im Negativfall durch entsprechendes Antichambrieren der interessierten Kapitalgruppen bei der Schulbehörde, dem Rektor und den zuständigen Dekanen erst einmal mit dem Aufbau eines entsprechenden „praxisbezogenen“ Spezial-

109) BDI-Jahresbericht 1958/59, S. 39

110) Vgl. beispielsweise die Zeitungsberichte über die Universität Hamburg seit 1957/58: Weltstadt und Wissenschaft, in: Hamburger Abendblatt vom 15.3.1957; Hafenstadt Hamburg sehr attraktiv für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, in: Hamburger Abendblatt vom 26.3.1957; Wissenschaft in der Hafenstadt Hamburg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.2.1960.

111) Und zwar ganz im Sinne der marxischen Definition: Die (wissenschaftliche) Arbeitskraft kann „als Ware nur auf dem Markt erscheinen, sofern und weil sie von ihrem eigenen Besitzer, der Person, deren Arbeitskraft sie ist, als Ware feilgeboten oder verkauft wird. Damit ihr Besitzer sie als Ware verkaufe, muß er über sie verfügen können, also freier Eigentümer seines Arbeitsvermögens, seiner Person sein. Er und der Geldbesitzer begegnen sich auf dem Markt und treten in Verhältnis zueinander, als ebenbürtige Warenbesitzer, nur dadurch unterschieden, daß der eine der Käufer, der andere der Verkäufer, beide also juristisch gleiche Personen sind.“ Karl Marx, Das Kapital, Band I, Berlin 1959, S. 175.

instituts (vgl. Abschnitt III dieses Kapitels!) betraut. Ihm werden also auf jeden Fall Produktionsmittel zur Verfügung gestellt, die er als Beamter, als Repräsentant des Staatsapparats, verwaltet und benutzt, ohne sie sich anzueignen. Diese Produktionsmittel werden von ihm in die Vertragsverhandlungen eingebracht; der kapitalistische Gegenüber ist grundsätzlich gewohnt, die Einleitung eines Tauschverhältnisses von einer gewissen, staatlich finanzierten Grundausstattung des betreffenden Instituts abhängig zu machen.

Neben seiner eigenen Qualifikation und einem von ihm selbstherrlich verwalteten Grundstock an fixem Forschungskapital bringt der Ordinarius zusätzlich – und dies macht ihn für die jeweils interessierte Kapitalgruppe erst richtig interessant – Arbeitskräfte ein, deren besonders animierender Vorzug ist, völlig unentgeltlich zu arbeiten: es ist dies die in allen Instituten im Überfluß vorhandene Unterklasse der Doktoranden, Diplomanden und der „wissenschaftlichen Hilfskräfte“, die sich bei Bedarf leicht aus der Studentenschaft rekrutieren lassen. Diese wissenschaftliche Unterklasse befindet sich zu dem das Vertragsverhältnis eingehenden Institutsdirektor in totaler Abhängigkeit. Die Promotionsordnungen ermöglichen es dem Institutsoligarchen, die Themenstellung der Doktorarbeit entsprechend der im Vertrag mit der Industrie übernommenen Zielrichtung der Untersuchung anzuleiten. Die „Lenkung“ der Diplomarbeiten ist hingegen auf indirektem Weg, nämlich über die den Prüfling überschattende Prüfungsangst, gesichert; und wissenschaftliche Hilfskräfte finden sich selbst bei miserabler Bezahlung, weil sie vielen Studenten die Möglichkeit gibt, ihr Dasein auf der Basis eines wenn auch noch so spezialisierten Kontakts zu ihrer wissenschaftlichen Fachdisziplin zu fristen. Daß darüberhinaus oft nur noch spezialisierte Vorlesungen und Übungen geboten werden, die eben der im Institut betriebenen „Vertragsforschung“ entsprechen, kann jeder feststellen, der die Vorlesungsverzeichnisse mit hinlänglicher Aufmerksamkeit durchblättert: ¹¹²⁾ der ordinariale Anspruch, Forschung und Lehre als Einheit zu betreiben, war durch die Kapitalisierung der Forschung längst in sein Gegenteil verkehrt, bevor erste studentische Zweifler es wagten, ihn als ideologische Phrase zu denunzieren.

Demzufolge entpuppt sich die Restauration ordinariale Institutsherrschaft als Perpetuierung einer besonders raffinierten Form der Ausbeutung wissenschaftlicher Arbeit. Dieser Zusammenhang wird durch die personelle

112) Vgl. Universität Hamburg, Personal- und Vorlesungsverzeichnisse SS 1950 ff.

Zusammensetzung der Hochschulinstitute eindeutig belegt.¹¹³⁾ Der Lehrstuhl- und Institutsinhaber war derart mit dem „Anleiern“ von Forschungsaufträgen und „good-will“-Aktivitäten in Ausschüssen und Kommissionen beschäftigt, daß er selbst gar nicht mehr dazu kam, sein kostbares Expertenwissen in den laufenden Arbeiten zu vergegenständlichen.

Andererseits – und damit kommen wir zur Betrachtung des industriellen Gegenüber – ist die Erstarrung des Ordinarius zu einem parasitären Oberoffizier der wissenschaftlichen Produktion gerade durch dessen jeweiliges außergeleitetes Verwertungsverhältnis bedingt. Er ist der nachfragenden Seite in jeder Beziehung unterlegen. Gerade deshalb hat der industriell-handelskapitalistische Auftraggeber an der Beibehaltung der institutsinternen Autokratie das größte Interesse, da durch eine paritätische Beteiligung der wissenschaftlichen Unterklasse automatisch das Vertragsverhältnis unrentabel wird: ein selbstverwaltetes Institut hätte größere Möglichkeiten, eine Erhöhung des grundsätzlich zu niedrigen staatlichen Etats zu erzwingen. In jeder Hochschulstatistik läßt sich nachlesen, daß die Hamburger Universität die im Bundesdurchschnitt am schlechtesten finanzierte Hochschule ist.¹¹⁴⁾ Die Ministerialbürokratie Hamburgs leistete damit der Zersplitterung der Institute und Forschungseinrichtungen je nach den Verwertungsinteressen der Hamburger Industrie- und Überseeverbände besonders Vorschub.

Somit stellt sich das „freie“ Verhältnis zwischen Käufer und Verkäufer wissenschaftlicher Arbeit als ein indirektes Zwangsverhältnis dar, das, unter dem Schleier der Vertraulichkeit und in internen Briefwechseln verborgen, die ordinariale Herrschaft zu einer hohlen Farce werden läßt. Der Ordinarius ist sehr wohl auf das Interesse der Industrie an seinen

113) Vgl. die Rubrik „Institute, Seminare, Kliniken, Anstalten, Bibliotheken, sonstige Einrichtungen“, in: Universität Hamburg, Personal- und Vorlesungsverzeichnisse 1950 ff. Bezeichnenderweise werden die Institutsassistenten erst seit 1959 im Vorlesungsverzeichnis geführt, was der Initiative des damaligen AStA (und nicht der Assistenten) zu verdanken ist.

114) Daraus macht noch nicht einmal die Springerpresse ein Hehl. Umso merkwürdiger ist, daß dieser Tatbestand in der studentischen Opposition seit 1967 praktisch keine Rolle gespielt hat. Vgl. beispielsweise: „Tut die Hansestadt genug für ihre Universität?“ in: Die Welt vom 29.7.1961: „Dabei muß man eine weitere nicht eben schmeichelhafte Angabe für Hamburg machen: Mit einer Investition von 2,4 Prozent der Gesamtausgaben für wissenschaftliche Hochschulen liegt die Hansestadt (gemeinsam mit Berlin) absolut unter dem Länderdurchschnitt. Das Gegenbeispiel: an der Spitze steht Hessen mit 7,3 Prozent seiner Ausgaben.“

Forschungsvorhaben angewiesen, mehr noch: da er als Verwalter zu gering dotierter staatlicher Forschungs- und Lehrmittel den kapitalistischen Interessen gegenübersteht, ist er auf die Assoziation der von ihm selbst verwalteten wissenschaftlichen Forschungsmittel an die privatkapitalistisch oder in den Überseeverbänden organisierten Forschungseinrichtungen verpflichtet. Dies sind die Gründe, weshalb die Hamburger Universität in den fünfziger Jahren weitgehend zu einer diffusen wissenschaftlichen Reservekapazität industriell-handelskapitalistischer Forschungsarbeit degenerierte, und weshalb in ihr alle gesellschaftsprogressiven und damit notwendig sozialistisch-emanzipatorischen Interessen permanent unterdrückt werden mußten.¹¹⁵⁾ Was sie dabei von anderen bundesrepublikanischen Universitäten unterschied, war die Intensität, mit der sie seit spätestens 1950 wieder an die „praktischen“ Bedürfnisse einer zunächst völlig unkoordiniert vorgehenden industriell-handelskapitalistischen Machgruppe angeschlossen worden ist.

V.

In den Jahren 1955/56 trat auf bundesrepublikanischer Ebene ein radikaler Wandel in der Beziehung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ein. Die Periode der extensiven Kapitalexpansion war mit der 1955 erstmals erreichten Vollbeschäftigung vorüber. Da gleichzeitig mit einer ungestörten Fortsetzung des Zustroms qualifizierter Arbeiter und Wissenschaftler aus der DDR nicht länger gerechnet werden konnte, drohte das Arbeitskräftepotential zum begrenzenden Faktor des Wirtschaftswachstums zu werden. Folglich mußte die Großindustrie zur kapitalintensiven Akkumulation übergehen, um die bisherigen extensiven Wachstumseffekte durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zu kompensieren. Die beginnende Rationalisierungsperiode des großen Kapitals erzwang eine

115) Auf die Hamburger Universität wird seit je von der Hochschulabteilung politischer Druck ausgeübt, der gerade die Ordinarien, die in einem Beamtenverhältnis stehen, trifft. So wurde die Universität beispielsweise durch ein Rundschreiben der Schulbehörde vom 23.9.1954 auf die Bezeichnung „Sowjetische Besatzungszone“ festgelegt. In einem anderen Schreiben wurde sie darauf verpflichtet, DDR-Flüchtlinge, die sich um eine Stellung bewarben, vorher durch den Verfassungsschutz überprüfen zu lassen. Schließlich ging die Hochschulabteilung gegen Ende der fünfziger Jahre daran, die Notstandsplanung im Rahmen des „Behördlichen Selbstschutzes“ auch in der Universität zu realisieren. Vgl. dazu die Dokumentation zu diesem Kapitel.

Intensivierung der sie konstituierenden Wissenschaftspolitik. Die bisherige, durch das System der „Vertragsforschung“ bedingte, der zu erwartenden Kapitalkonzentration zumindest teilweise in neuen Strukturen aufgehoben werden.

Gleichzeitig wurde der Übergang zum kapital- und damit forschungsintensiven Wirtschaftswachstum durch die 1955 endgültig beschlossene Remilitarisierung entscheidend modifiziert. Der mit der Einrichtung der Bundeswehr schlagartig einsetzende, vorübergehende Abzug von Hunderttausenden qualifizierter Arbeiter drohte den gerade eingeleiteten Übergang der Industrie und des Handelskapitals zu rationalisierten Produktions- und Distributionsverfahren zu gefährden. Auch bot der geplante Aufbau einer Massenarmee ohne hochkomplizierte Waffensysteme keinerlei Ansatzpunkte zur sekundär-produktiven Verwertung einer technologisch hochstehenden Rüstungsforschung. Durch die 1954 abgeschlossenen NATO-Verträge auf eine innerhalb von drei bis vier Jahren aufzubauende 50.000 Mann-Armee festgelegt, geriet das bundesrepublikanische Machtkartell in eine schwere Krise.

Bis Ende 1956 versuchte eine von allen Bundestagsparteien gespeiste und von Franz Josef Strauß geführte „Wehrkoalition“, den aufgetretenen Widerspruch zwischen zunehmend kapitalintensiver Produktion und vertraglich fixierter extensiver Remilitarisierung auf der Grundlage neuartiger staatlicher Forschungsprogramme zu neutralisieren. Indem sie den Aufbau einer technologisch hochqualifizierten Armee durchsetzte, gelang es ihr, den Staatsapparat zu einer militärisch wie großindustriell verwertbaren Mobilisierung von Forschungsprojekten im Bereich der neuen Technologien (Nuklearforschung, Weltraumforschung, konventionelle Militärforschung) heranzuziehen. Aufgrunddessen mußte sich nach und nach auch die übrige, in traditionellen Verwertungsstrukturen befangene bundesrepublikanische Wissenschaftspolitik verändern. 1957 wurde in ihrer Transformation der „Deutsche Wissenschaftsrat“ eingerichtet. Seine Aufgabe war, die wirtschaftlich-wissenschaftlichen Verwertungsbeziehungen im universitären Bereich auf eine qualitativ neue Stufe zu heben.

Auf die Hamburger Universität hat sich die allmählich anlaufende zentrale Transformation der bundesrepublikanischen Wissenschaftsstrukturen zu einem staatsmonopolistisch organisierten, die bisherigen punktuellen Verwertungsbeziehungen überwindenden „dritten Kapitalfaktor“ anfänglich sehr zögernd ausgewirkt. Den zugänglichen Materialien zufolge wurden zunächst die traditionellen Interaktionsmechanismen zwischen Universität und Wirtschaft intensiviert. Am 24. Mai 1954 sandte der damalige Rektor,

Professor Böttcher, den „Herren Mitgliedern des Lehrkörpers“ ein Rundschreiben zu, um sie auf eine vom Universitätssenat beschlossene Veranstaltung hinzuweisen, „die den Angehörigen der Universität und den Mitgliedern der ihr nahestehenden Vereinigungen die Gelegenheit bieten soll, einander kennenzulernen und bereits bestehende gesellschaftliche Beziehungen zu festigen.“¹¹⁶⁾ Daraus können wir schließen, daß eine Rationalisierung der universitär-industriellen Beziehungen eingeleitet werden sollte, ohne über den bisherigen industriell-ordinariellen Verwertungskontakt hinauszugehen. Immerhin hat dieser Versuch zu einigen Resultaten geführt, die es dem Kapital ermöglichten, allmählich auch in den Bereich der Lehre einzugreifen. So wurde ein Jahr später bekannt, daß „sieben Hamburger Firmen (ESSO, Shell, Margarine-Union, BP, Reemtsma, Philips und Phoenix)“ mehrere „Kontakt-Abende mit Professoren, Assistenten und Arbeitsgemeinschaften der Universität“ durchführten;¹¹⁷⁾ diese Veranstaltungen haben sich im wesentlichen auf Nachwuchsprobleme konzentriert¹¹⁸⁾ und sind mit dieser Zielsetzung bis in die Gegenwart fortgesetzt worden.¹¹⁹⁾ Die zunächst unveränderte Fortsetzung chaotisch zersplitterter Interaktionen zwischen Kapital und Ordinarien wird durch einige weitere Unterlagen belegt. So ist beispielsweise in Schreiben des Universitätssyndikus und der Geschäftsstelle der Philosophischen Fakultät von völlig unkoordinierten Vergaben von Stipendien an Studenten und Dozenten die Rede, die von Offerten der „British American Tobacco Company“¹²⁰⁾ bis zu Angeboten des Wissenschaftsausschusses der NATO reichen.¹²¹⁾

116) Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik, Hamburg, 2/02/2/1/8; Der Rektor der Universität Hamburg, Hamburg 13, den 24.5.1954, An die Herren Mitglieder des Lehrkörpers. (Vgl. auch die Dokumentation zu diesem Kapitel).

117) Kontakt Wirtschaft und Universität, Praktische Erfahrungen im letzten Sommersemester in Hamburg, in: Hochschuldienst Nr. 23, vom 8.12.1955.

118) In dem Bericht über die Kontaktabende, a.a.O., S. 2 heißt es dazu: „In dem Bemühen, den rechten Mann an den rechten Platz zu bringen, und mit der Verringerung der Zahl der nachwachsenden Kräfte kann es für Betriebsleitungen sinnvoll sein, sich den akademischen Nachwuchs anzusehen, ohne daß damit die Vorstellung der Sicherung von Anwartschaften bei den Studenten besteht.“ Vgl. auch die Dokumentation zu diesem Kapitel.

119) Vgl. beispielsweise: Wirtschaft und Wissenschaft, Essen-Bredene, Jg. 1968, Nr. 4, S. 9: „zwischen der Förderungsgesellschaft der Universität Hamburg ist eine stärkere Mitwirkung von Praktikern an den Universitätsseminaren vereinbart worden. Es ist vorgesehen, daß Praktiker jeweils kurz in ein aktuelles, gegenwärtig die Wirtschaft bewegendes Problem einführen und daß daran anschließend eine ausführliche Diskussion stattfindet.“

Ein ernsthafter Wandel zeichnete sich dagegen ab, als der Hamburger Senat 1955 angesichts ständig steigender Studentenzahlen ein „Sofortprogramm“ für den Ausbau der Universität beschloß.¹²²⁾ Eine Kapazitätserweiterung für etwa 8000 Studenten wurde vorgesehen und nach längerem Hin und Her auch in Gang gesetzt. Schon im folgenden Jahr drohte das Konzept jedoch an heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des Staatsapparats zu scheitern; die Finanzdeputation war offensichtlich nicht bereit, über einen Anteil der Universität Hamburg an den Gesamtinvestitionen des Hamburger Senats von 2,5 Prozent hinauszugehen. Um das Programm trotzdem gegen die Senatsbürokratie durchzusetzen, schalteten sich 1957 Unternehmen der Versicherungswirtschaft mit einem 25-Millionen-Kredit ein,¹²³⁾ was zeigt, daß jetzt auch das regionale Kapital am homogenen Ausbau der universitären Lehr- und Forschungskapazitäten plötzlich Interesse hatte. Damit war auch in Hamburg die institutsspezifische „Vertrags“-Beziehung zwischen ordinariellen Individuen und Einzelunternehmen tendenziell überholt. Kapital und Universität kooperierten zum erstenmal als kollektive Institutionen, die vorübergehend gegen den Staatsapparat Front machten, um den Neubau der Hochschuleinrichtungen durchzusetzen.

Seit jener umstrittenen regional-kapitalistischen Intervention im Jahr 1957 war die Realisierung des Neubauprogramms der Universität gesichert; es wurde im großen und ganzen fristgerecht bis 1964 abgeschlossen. Aufgrunddessen hatte der „Wissenschaftsrat“, der 1960 erstmals detail-

120) Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik, Hamburg 2/02/2/1/8: Der Syndikus der Universität Hamburg A 190.2.19., Hamburg den 17.2.1956, An die Herren ordentlichen und planmäßigen außerordentlichen Professoren. Betr.: England-Stipendien der British American Tobacco Company; ebenda, Richtlinien über die Vergabe der England-Stipendien der British American Tobacco Company.

121) Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik, Hamburg, 1/02/7: Rundschreiben des Deutschen Akademischen Austauschdienstes Nr. 62/58, Bonn, den 10.3.1958, Betr.: Professoren-Austausch im Rahmen der NATO im Studienjahr 1958/59

122) Vgl. Bauplan für die Universität Hamburg, Denkschrift des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1955.

123) Dazu Karl Schiller in seinem „Bericht über die Rektoratszeit 1956-1958, a.a.O., S. 13: „Die erfreuliche Wendung in unseren hamburgischen Bau- finanzen wurde im letzten Winter (1957 die Verf.) ausgelöst mit der Aktion Hamburger Wirtschaftskreise, durch ein Zweckdarlehen hier ein Zeichen zu neuen Ufern zu geben, und durch die Bereitwilligkeit des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, diese Anleihe auch unter veränderten Kapitalmarktverhältnissen anzunehmen und in ein dreijähriges Sonderprogramm für die Universität umzusetzen.“ Zur Höhe des Kredits vgl.: Wissenschaft in der Hafenstadt Hamburg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 13.2.1960

lierte Investitionsempfehlungen für alle bundesrepublikanischen Universitäten vorlegt,¹²⁴⁾ auf die Hamburger Universitätsplanung keinen Einfluß. Seine Ausbauvorschläge, die auf eine weitere breit gestreute, quantitative Expansion der Lehr- und Forschungskapazitäten zielten,¹²⁵⁾ wurden praktisch nicht beachtet. Vor allem die Empfehlung, nach 1964 ein zweites Investitionsprogramm einzuleiten,¹²⁶⁾ wurde de facto desavouiert. Auch die neuesten Ausbauvorschläge des Wissenschaftsrats von 1967¹²⁷⁾ haben den Hamburger Senat kaum veranlaßt, von seiner regional-eigenständigen Gesamtplanung, die relevante Ausbauprojekte nur noch im medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereich vorsieht und ansonsten auf eine bewußte Stagnation hinausläuft,¹²⁸⁾ abzugehen. Dafür bekam die Universität – ungeachtet des Anstiegs der Studentenzahlen in den philosophischen und soziologisch-wirtschaftswissenschaftlichen Massenfächern – seit etwa 1960 eine starke naturwissenschaftlich-technische Komponente,¹²⁹⁾ die weitgehend auf den Aufbau des Forschungszentrums für nukleare Schiffsantriebe in Geesthacht¹³⁰⁾ und das von Bund, Ländern und der „Stiftung Volkswagenwerk“ finanzierte „Deutsche

- 124) Vgl.: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I, Tübingen 1960.
- 125) Vgl.: Die Universität soll neue Professoren gewinnen – Gutachten des Wissenschaftsrates, in: Die Welt, vom 23.12.1960; Tut die Hansestadt genug für ihre Universität? in: Die Welt vom 29.7.1961. Der Wissenschaftsrat hatte seinen Empfehlungen für Hamburg die Zahl von 11 700 Studenten zugrunde gelegt; sie war jedoch schon zu Beginn des Jahres 1960 um mehr als 2000 zu gering angesetzt. Ansonsten schlug der Wissenschaftsrat vor, mit einem jährlich ablaufenden Aufwand von 20 Millionen DM die Zahl der Ordinarien von 146 auf 202, die Stellen des Mittelbaus von 109 auf 202 und die der Assistenten von 195 auf 440 zu erhöhen. Schließlich empfahl er, ca. 14 Forschungsprojekte schwerpunktmäßig auszubauen, die mit den heutigen „Sonderforschungsbereichen“ weitgehend identisch sind.
- 126) Vgl.: Die Universität soll neue Professoren gewinnen, a.a.O.
- 127) Vgl.: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970, Bonn 1967.
- 128) Zu den laufenden Bauvorhaben vgl.: ebenda, S. 248 ff und Bundesforschungsbericht III, a.a.O., S. 125.
- 129) Dazu: „Wissenschaft in der Hafenstadt Hamburg“ a.a.O.: „Neuzeitliche Züge, von denen der jungen Universität schon an der Wiege gesungen war, erscheinen heute in gewissen „TH-Tendenzen“, wie sie unter anderem gegeben sind mit dem erwähnten Schiffbautechnischen Institut, dem Gewicht der angewandten Mathematik und Physik in Hamburg und neuerdings auch durch die Kernforschungsanlage DESY, die personell an den Universitätsbetrieb angeschlossen sein wird.“
- 130) Vgl. dazu: „Jahrbücher“ der „Studiengesellschaft zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt e.V.“, München 1957 ff

Elektronen-Synchrotron“ (DESY) zurückzuführen ist.¹³¹⁾ Hier zeigen sich die ersten Auswirkungen der seit Ende 1955 von der Bundesregierung zentral geförderten „Schwerpunktprogramme“ für Nuklearforschung, Weltraumforschung und Datenverarbeitung,¹³²⁾ die die Unabhängigkeit dieser Forschungsgebiete von den regionalen Kapitaleinflüssen garantieren.

Infolge dieser neuen Entwicklungstendenzen ist der Zustand der Universität Hamburg inzwischen außerordentlich komplex. Er wirkt wie ein entfernter Ausläufer der Ungleichzeitigkeit der Planifikation des bundesrepublikanischen „Forschungsverbunds“, an dem regionale Kapitalgruppen nur noch beschränkten Anteil haben. Da sich gegenwärtig keine der historisch unterschiedlich wirksamen Entwicklungslinien im ganzen Spektrum des universitären Wissenschaftsfaktors als bestimmender Faktor durchgesetzt hat, existieren in ihrer Verwertungsstruktur völlig disparate Formen kapitalistisch-universitärer Interaktionen nebeneinander. Wenn dieser Beitrag mit einer Prognose über die Zukunft der Hamburger Universität schließen soll, ist eine Proportionierung dieser heterogenen Entwicklungsstufen unerlässlich. Sie sollen zum Abschluß kurz skizziert werden.

1. Systematisierung der Beziehung zwischen Universität und Hamburger Kapital.

Der wichtigste, die Geschichte der Universität bestimmende Machtfaktor dürfte nach wie vor mit dem Hamburger Industrie- und Handelskapital identisch sein. Noch immer sind Forschung und Lehre in einigen Bereichen der Universität aufgrund des traditionellen ordinarial-industriellen „Vertrags“-Verhältnisses heillos aufgesplittert. Gleichzeitig hat sich in den letzten Jahren die Tendenz verstärkt, Kapitalfunktionäre als Honorarprofessoren in den wirtschaftswissenschaftlichen Vorlesungsbereich hineinzuziehen. Da die juristische Fakultät nach wie vor institutionell in eine privat- und eine öffentlich-rechtliche Abteilung getrennt ist,¹³³⁾ ist auch sie recht intensiv mit Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der verschiedensten Kapitalgesellschaften durchsetzt. Die Palette reicht von „leitenden

- 131) W. Jentschke, Das Deutsche Elektronen-Synchrotron (DESY), Eigenschaften und Forschungsmöglichkeiten, in: Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 153, Köln/Opladen 1965, S. 33 ff.
- 132) Zu den „Schwerpunktprogrammen“ seit 1955 vgl. Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/2963: Bundesbericht Forschung I, v.18.1.1965.
- 133) Und zwar – im Gegensatz zu den Juristischen Fakultäten anderer Universitäten – von Anfang an.

Männern der Wirtschaft“ wie Erich Robert Prölss,¹³⁴⁾ Johannes Feske,¹³⁵⁾ J.E. Schwenzner¹³⁶⁾ über staatliche Wirtschaftsfunktionäre wie Karl Schiller¹³⁷⁾ und Herbert Weichmann¹³⁸⁾ bis zu Rolf Stödter, dessen Beziehungen zum Kapital näher skizziert sein sollen, weil Stödter im Ruf steht, erster Präsident der Hamburger Universität zu werden: Stödter, 1909 geboren, ist Teilhaber der Reederei John T. Essberger, Geschäftsführer der „Deutschen Afrika-Linien GmbH“, Präsident der Handelskammer Hamburg, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Globus Versicherungs AG Hamburg, Vizepräsident des Verbandes Deutscher Reeder Hamburg, des Übersee-Clubs Hamburg, des Deutschen Industrie- und Handelstags, Aufsichtsratsmitglied der Schiffshypothekenbank zu Lübeck AG in Kiel, der Woermann Linie AG in Hamburg, der Carolinen-Glück-Graf Moltke Bergbau AG Gelsenkirchen, und sitzt im Beirat der Deutschen Bank AG und im Seeverkehrsbeirat Hamburg.¹³⁹⁾

- 134) Honorarprofessor an der Universität Hamburg, Aufsichtsratsvorsitzender der Bayrischen Rückversicherungs AG München, der Aachen-Leipziger Rückversicherungs AG Aachen, der Isar Lebensversicherungs AG München, der „Rühag“-Rückversicherungs AG München, der Witwen- und Waisenkasse Schaden- und Unfallversicherungs AG München; Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Berlinischen Feuer-Versicherungs-Anstalt Berlin-Charlottenburg und München, der Eos-Volks- und Lebensversicherungs AG Düsseldorf, der Union und Rhein. Versicherungs AG Westberlin und München; Aufsichtsratsmitglied der Iduna Allgemeine Versicherungs AG Westberlin, der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Fulda, der Nord-Deutschen Lebensversicherungs AG Hamburg, der Nord-Deutschen Versicherungs-Gesellschaft Hamburg, der Vereinigten Krankenversicherungs AG Berlin und München, der Württembergischen Feuerversicherungs AG Stuttgart, der Bau-Kredit-Bank AG Düsseldorf, (Quelle: Leitende Männer der Wirtschaft, 1967)
- 135) Honorarprofessor an der Universität Hamburg; Direktor mit Generalvollmacht der Deutschen Bank AG; Vorstandsmitglied der Deutschen Überseeischen Bank Westberlin-Hamburg, des Afrika-Vereins Hamburg Bremen e.V., des Nah- und Mittelost-Vereins Hamburg, des Ostasiatischen Vereins Hamburg Bremen, der Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsförderung e.V. Hamburg; Aufsichtsratsmitglied der Banco Comercial Transatlantico Barcelona, der Bergmetall GmbH Goslar-Bad Homburg, der Union Gabonaise de Banque Libreville; Mitglied des Ausschusses für Devisen- und Außenhandelsfragen sowie für ausländische Beziehungen des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes Köln; Vorsitzender des Ausschusses für Devisenhandel des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes Köln, Honorarkonsul des Königlich Jordanischen Konsulats in Hamburg.
- 136) Schwenzner ist Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg für Markt- und Absatzforschung Geschäftsführer der GFM/Gesellschaft für Marktforschung mbH Hamburg-Osdorf, Delegierter des Verwaltungsrats der U&M Unternehmen und Markt AG Basel; Vorsitzender des Präsidialausschusses Marktforschung beim Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft e.V. Frankfurt/M.

Handelt es sich bei dieser Personengruppe um Magnaten des Industrie- und Handelskapitals, die wie beispielsweise Stödter ihren „außerplanmäßigen“ oder „Honorar“-Professortitel mehr zur Zierde tragen, wird sie durch eine zweite ergänzt, die über ihre Universitätskarriere zu gewissen personellen Beziehungen zum Kapital gekommen ist. Die Verklammerungsfunktion, die diese „Ordinarien-Unternehmer“¹⁴⁰⁾ ausüben ist nicht minder bedeutungsvoll. Das zeigt – exemplarisch für andere Beziehungen – die Mitgliedschaft Hamburger Universitätsprofessoren im „Übersee-Club“, der einflussreichsten Zentrale des Hamburger Machtkartells, in der Unternehmer, Politiker, Spitzenfunktionäre des Verfassungsschutzes und der Justiz Sitz und Stimme haben. In den Jahren 1959 bis 1967 wurden vor dem Übersee-Club von Professoren der Hamburger Universität unter anderem folgende Referate gehalten: Professor Thielicke, damals Rektor, am 22.11.1960 über „Die Bedrohung der Freiheit durch die moderne Gesellschaft“;¹⁴¹⁾ Professor C.F. c. Weizsäcker am 5.11.1962 über „Die politische Situation unserer Zeit“;¹⁴²⁾ Professor Sieverts, damals Rektor, am 6.2.1963 über „Die heutige Lage der Universität“;¹⁴³⁾ Professor H. Wenke am 10.1.1964 über

- 137) Karl Schiller verfügt über folgende Mandate – die allerdings ruhen, solange er Bundeswirtschaftsminister ist –: Direktor am Sozialökonomischen Seminar der Universität Hamburg, Direktor am Institut für Außenhandel und Überseewirtschaft; Vorstandsmitglied im Kuratorium der „Amerika-Gesellschaft“, im Kuratorium des Instituts für Asienkunde und des Übersee-Clubs; Aufsichtsratsvorsitzender in der Fischmarkt Hamburg Altona GmbH; Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender in der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG; zweiter Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender in der „Hamburgische Elektrizitätswerke AG“; Aufsichtsratsmitglied der Hafendampfschiffahrt AG Hamburg, der Hamburger Gaswerke GmbH, der Hamburger Flughafenverwaltung AG; Verwaltungsratsmitglied der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg, der Hamburgischen Landesbank, des Hamburger Hammonia-Verlags; Mitglied des Verwaltungsausschusses von Pflanzen und Blumen; Aufsichtsratsmitglied der Berliner Industrie-Bank GmbH, der August Thyssen Hütte AG und der Dortmunder Bergbau AG.
- 138) Weichmann ist Honorarprofessor für Ordnung des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens; Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg; Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburgischen Elektrizitätswerke AG Hamburg, Mitglied des Internationalen Instituts für Öffentliche Finanzen Brüssel, des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Präsident der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verkehrswissenschaften Brüssel. (Quelle: Leitende Männer der Wirtschaft 1967).
- 139) Nach: Leitende Männer der Wirtschaft 1967.
- 140) Dieser Begriff stammt von Werner Hofmann. Vgl. ders., Universität, Ideologie, Gesellschaft, Beiträge zur Wissenschaftssoziologie, Frankfurt/M 1968, S. 24
- 141) in: Der Übersee-Club Hamburg, Mitteilungen, Dezember 1960, S. 1 ff
- 142) in: ebenda, Februar 1963, S. 5 - 31
- 143) in: ebenda, April 1963, S. 22 ff

„Die deutsche Universität – heute und morgen“;¹⁴⁴⁾ Professor C.F.v. Weizsäcker am 10.1.1966 über „Sachfragen der deutschen Politik: Vier Jahre Tübinger Memorandum“;¹⁴⁵⁾ Prof. H.Jürgensen am 28.11.1966 über „Wachstumsperspektiven der Hamburger Wirtschaft“;¹⁴⁶⁾ – diese Referenten sind mit den professoralen Mitgliedern weitgehend deckungsgleich. Seit 1959 wurden in den Übersee-Club als Mitglieder, Kuratoriums- oder Vorstandmitglieder aufgenommen: Prof. E.Böttcher (Anfang 1959, Kuratorium); Prof. H. Ritschl (Anfang 1961, Mitglied); Prof. H. Jürgensen (Mitglied seit Mitte 1961); Prof. H.Zweigert, Direktor des seit 1956 in Hamburg residierenden Max-Planck-Instituts für internationales Privatrecht (Mitglied seit Anfang 1964); Prof. C.F.v.Weizsäcker (Präsidiumsmitglied seit dem 19.10.1964); Kuratoriumsmitglieder sind nach dem Stand vom 30.6.1964: Prof. H.Wenke, Prof. Ipsen, Prof. Schiller, Prof. Thielicke, Prof. Weizsäcker, Prof. J.I.Lübbert (Mitglied seit Mitte 1966); Neumitglieder im November 1966: Prof. H.-D.Ortlieb, Direktor des Welt-Wirtschafts-Archivs, Prof. H.U.Roll (Deutsches Hydrographisches Institut), Prof. E.Sperner; weitere Kuratoriumsmitglieder nach der Wahl für 1966/67 am 3.6.1966 sind: Prof. E.Böttcher, Prof. Ipsen, Prof. Schiller, Prof. Thielicke, Prof. Weizsäcker; und seit Herbst 1967 Prof. R.Haas.¹⁴⁷⁾

Die beiden Verbindungsgruppen der Professoren-Unternehmer und der Unternehmer-Professoren dürften in den letzten Jahren von sich aus zu einer – wenn auch sehr bescheidenen – Rationalisierung der chaotischen industriell-ordinarischen Verwertungsbeziehungen herkömmlicher Art beigetragen haben. Dabei hat gerade das Transmissionszentrum „Übersee-Club“, das übrigens auch die Exponenten der staatlichen Schulbehörde nicht verschmäht,¹⁴⁸⁾ eine bedeutsame Rolle gespielt. 1964 wurde mit der von den vier wichtigsten Hamburger Überseeverbänden inaugurierten Etablierung eines „Übersee-Instituts“ eine Begründung der Vielfalt der universitären neokolonialistischen Forschungsinstitute eingeleitet.¹⁴⁹⁾ Dieser Prozeß war vier Jahre später weitgehend abgeschlossen: das „Vademecum deutscher Lehr- und Forschungsstätten“ stellt inzwischen das Ostasieninstitut, das Institut für Ibero-Amerika-Kunde, das Institut für Afrika-Forschung und das Deutsche Orient-Institut als „regionale Dokumentationsleitstellen“ dar.¹⁵⁰⁾

144) in: ebenda, März 1964, S. 6 - 27

145) in: ebenda, Januar 1966, S. 1 - 25

146) in: ebenda, April 1967, S. 8 f

147) Vgl., ebenda, 1. Jg. 1959–9. Jg. 1967, passim.

148) Der Präses der Schulbehörde, Drexelius, wurde für die Jahre 1966/67 in das Kuratorium des Übersee-Clubs gewählt. Vgl. ebenda, Juni 1966, S. 1 ff

149) Vgl. Anm. 103) dieses Kapitels.

150) Vgl. Vademecum Deutscher Lehr- und Forschungsstätten, 5. Aufl., hrsg. vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen-Bredeneß 1968, S. 361.

Ähnlich wie das Überseekapital hat auch die Werftenindustrie ihre wissenschaftlich-technischen Verwertungsinteressen vollends unter Dach und Fach gebracht. Samt der ihm angeschlossenen Zulieferungsindustrie gründete der Verband der (west)deutschen Werftenunternehmen 1966 ein „Forschungszentrum des Deutschen Schiffbaus“, das sich die „Förderung und Koordinierung der Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet des Schiffbaus, einschließlich der Gebiete des Schiffmaschinenbaus, der Schiffselektrotechnik, der Rationalisierung des Werftbetriebs und verwandter Aufgabenbereiche“ zur Aufgabe macht.¹⁵¹⁾ Ein erstes Forschungs- und Entwicklungsprogramm wurde alsbald aufgestellt. Es wird zum Großteil über das „Institut für Schiffbau“ der Universität und die „Hamburgische Schiffbau-Versuchsanstalt“ abgewickelt. Auf die Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbildungsprogramme hat die „Selbstverwaltung“ der Universitätsordinarien inzwischen nicht mehr den geringsten Einfluß. Entscheidungszentrum ist ein 21 Mann starker Verwaltungsrat, dem 16 (!) Kapitalfunktionäre, 4 Vertreter der norddeutschen Landesregierungen und 1 (!) Wissenschaftler angehören.¹⁵²⁾ Auf diese Weise werden alle übrigen wissenschaftlich-technischen Beratungsgremien wie der „Technische Beirat“ und der „Bewilligungsausschuß“ vom Kapital total kontrolliert. Das angesichts des jüngsten wissenschaftlich-technischen Fortschritts unhandlich gewordene industriell-ordinarische „Vertrags“-Verhältnis ist hier in einer von einer ganzen Industriegruppe geleiteten Entscheidungszentrale aufgegangen.

Schließlich haben auch die industriell-handelskapitalistischen Fördererverbände der Universität einen neuen Anlauf genommen. Sie wurden – offensichtlich im Zusammenhang mit der Stabilisierung der Studentenrevolte seit Ende 1967 – erheblich reaktiviert. In großer Sorge um die Loyalität der Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftsstudenten traf die „Universitätsgesellschaft“ im Jahre 1968 mit mehreren Ordinarien der WiSo-Fakultät Absprachen, die auf eine „praxisbezogene“ Reorganisation des Studiums und die Einbeziehung von Kapitalfunktionären in den Lehrbetrieb reflektieren. Von größerer Bedeutung dürften jedoch die jüngsten Bestrebungen der mit den übrigen Hamburger „Förderergesellschaften“ konkurrierenden „Kurt A. Körber Stiftung“ sein, die seit 1956

151) Handbuch der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen (AIF) „Otto von Guericke“ e.V., 3. Aufl. Kettwig 1968, S. 197

152) ebenda, S. 197 f.

eine von der Schulbehörde anerkannte und mitfinanzierte „Ingenieurschule für Produktionstechnik und Verfahrenstechnik“ unterhält.¹⁵³⁾ Seit der Verabschiedung des Hochschulgesetzes, das die Zerstörung der Universität staatlich sanktioniert,¹⁵⁴⁾ wittert die Stiftung die Chance,¹⁵⁵⁾ über eine Assoziation ihrer Ingenieurschule an die Universität die Einführung wissenschaftsloser Studiengänge zur Heranzüchtung eines fungiblen und bewußtlosen mittleren industriellen Management beschleunigen zu können.¹⁵⁶⁾ Darüberhinaus wird von einer starken ordinarial-kapitalistischen Fraktion unter Führung des Übergangsrektors Ehrlicher an den Aufbau einer zweiten, rein kapitalistisch finanzierten und kontrollierten Universität in Hamburg gedacht.¹⁵⁷⁾

153) Vgl. *Wirtschaft und Wissenschaft*, a.a.O., Jg. 1967, Heft 4, S. 2-3; der Ingenieurschule ist außerdem ein „Lehr- und Forschungsinstitut für industrielle Koordinierung“ angeschlossen. Vgl. ebenda, Jg. 1968, Heft 5, S. 12.

154) Vgl. das Kapitel über das Hochschulgesetz

155) Um mehr Mittel flüssig zu haben, hat Körber inzwischen die von ihm geführten „Hauni-Werke“ in Hamburg-Bergedorf in eine kapitalistische Stiftung mit einem Kapital von 60 Millionen DM umgewandelt. Damit ist die Stiftung schlagartig zu einem bestimmenden Machtfaktor der Hamburger Bildungs- und Wissenschaftspolitik geworden. Vgl. *Wirtschaft und Wissenschaft*, a.a.O., Jg. 1969, Nr. 3, S. 3.

156) Offensichtlich ist Körber inzwischen schon fast am Ziel. Laut Staatliche Pressestelle Hamburg vom 20.6.1969 wurden vor kurzem vom Präses der Hamburger Schulbehörde Kommissionen eingesetzt, die einige Fachbereiche der Universität und die Körber-Ingenieurschule zu einer technokratischen „Gesamthochschule“ zusammenfassen sollen. Die inhaltlichen Ziele sprechen für sich selbst:

„2. Fachkommission

Fragen der Ausbildung von Führungskräften

Beteiligt: Ingenieurschule für Produktionstechnik und Verfahrenstechnik, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität.

.....

4. Fachkommission

Fragen aus dem Gebiet „Design“

Beteiligt: Werkkunstschule, Staatliche Hochschule bis bildende Künste, Ingenieurschule für Fahrzeugtechnik, Ingenieurschule für Produktionstechnik und Verfahrenstechnik, Fachbereich Philosophie (I), Psychologie (I), Sozialwissenschaften (I) der Universität.“

Zitiert nach: Staatliche Pressestelle Hamburg vom 20.6.1969, S. 4f

157) Vgl.: *Wirtschaft baut eine Privat-Uni! Sensation aus der Schublade* von Professor Ehrlicher. *Hamburger Morgenpost*, vom 13.11.1968.

2. Tendenzen zur überregional gelenkten Schwerpunktbildung.

All diese regional wirksamen Aktivitäten dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Hamburger Universität seit etwa 1965/66 in relevanten Bereichen dem neuen zentralen „Forschungsverband“ der Bundesregierung untergeordnet worden ist. Seit der Herausbildung der ersten Schwerpunktprogramme in den neuen Technologien hat sich in den Großforschungszentren für Nuklearforschung, Weltraumforschung, Datenverarbeitung und Ozeanographie eine tiefgreifende Veränderung der Strukturen wissenschaftlicher Arbeit ergeben. Während sich Grundlagenforschung, angewandte Forschung und technische Entwicklung zu einer im Rahmen der „Netzwerktechnik“ im Zeit-, Investitions- und Personalaufwand einheitlich durchprogrammierten großindustriellen interdisziplinären Organisation entwickelten,¹⁵⁸⁾ gewann auch die kapitalistische Verwertung der dabei erzeugten wissenschaftlichen Erkenntnisse eine neue Qualität. Der bislang vorherrschende monopolkapitalistische Verwertungsmechanismus wissenschaftlicher Arbeit wurde den neuen großindustriellen Organisationsformen der Forschung taktisch angepaßt.

Hatte sich außerhalb der Universitäten ein bestimmter Projektforschungskomplex dauerhaft etabliert, begann die für ihn verantwortliche, aus Ministerialbürokraten, Kapitalfunktionären und Wissenschaftlern zusammengesetzte Planungsparzelle (z.B. „Atomkommission“, „Weltraumkommission“, „Kommission für Datenverarbeitung“), alle dem Komplex benachbarten Forschungseinrichtungen direkt in ihn hineinzuziehen (beispielsweise Ausbau des Kernchemischen Labors der Hamburger Universität nach einem Plan, der alle Forschungs- und Lehrinrichtungen dieser Sparte an den Universitäten, in den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft und den Großkonzernen umfaßt). Die bisherige indirekte Verwertung der Hochschulforschung durch einzelne Unternehmen oder Unternehmensgruppen macht folglich einer direkten Zuordnung zu den einzelnen „Schwerpunktprogrammen“ Platz; die chaotische Zersplitterung der außerindustriellen Forschungsbereiche wird mehr und mehr zugunsten einer in verschiedenen Parzellen untergliederten staatsmonopolistischen Planifikation aufgehoben. Hat andererseits ein bestimmtes Großforschungsprojekt das Stadium der Entwicklungsreife erreicht, wird es nur noch von

158) Vgl. dazu: Wolf Häfele, *Neuartige Wege naturwissenschaftlich-technischer Entwicklung*, in: *Die Projektwissenschaften*, München 1963; *Wissenschaft im Klassenkampf, Naturwissenschaftlich-technische Forschung im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem Westdeutschlands*, Berlin 1968, S. 187 ff.

denjenigen Konzerngruppen verwertet, die in der Planifikationsparzelle vertreten waren: die „Schwerpunktprogramme“ des Forschungsinstituts nützen also nur noch einigen privilegierten Großkonzernen der Elektronikbranche und der chemischen und Reaktorindustrie; mittlere und nur in bestimmten Regionen vorherrschende Kapitalgruppen bleiben von der Verwertung der Forschungsergebnisse ausgeschlossen.

Folgerichtig wurden bis zur Mitte der sechziger Jahre alle naturwissenschaftlichen Institute der Universität, die eng mit dem im Rahmen des zweiten Atomprogramms aufgebauten „Deutschen Elektronen-Synchrotron“ in Hamburg-Bahrenfeld zusammenarbeiten (vor allem die Institute für Experimentalphysik und angewandte Physik), dem ordinarialen Selbstverwaltungsapparat entzogen. Sie haben inzwischen ein „Sonderforschungsprogramm“ für Kern- und Hochenergiephysik entwickelt,¹⁵⁹⁾ das mit den Fachausschüssen der „Deutschen Atomkommission“ abgeprochen worden ist.

Eine weitere überregional geplante und finanzierte Einrichtung, die aus dem „Schwerpunktprogramm“ Datenverarbeitung hervorgegangen ist, als es noch von der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ verwaltet wurde,¹⁶⁰⁾ ist das schon 1960 aufgebaute Rechenzentrum der Universität. Es ist größtenteils mit Projekten des DESY und der mit ihm kooperierenden Institute ausgelastet;¹⁶¹⁾ daneben wird es von den ozeanographisch-meteorologischen Forschungsinstituten, den Schiffbau-Instituten und schließlich verschiedenen Universitätsinstituten (vor allem von dem Psychologischen Institut und der Medizinischen Fakultät) benutzt.¹⁶²⁾ Demzufolge wirkt das Zentrum wie ein Integrationsfaktor der ansonsten auseinanderfallenden Universität; jede Konzeption, die auf eine gesellschaftsprogressive Neuorientierung der Universität hinzielt, wird dieses besonders zu berücksichtigen haben.

In jüngster Zeit ist ein weiteres, rein überregional geplantes und gesteuertes „Schwerpunktprogramm“ hinzugekommen. Es handelt sich um ein groß-

angelegtes Projekt „Meereskunde“, an dem Institute der Universitäten Kiel, Hamburg und der TU Hannover, Forschungseinrichtungen der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“¹⁶³⁾ und Institutionen der Bundeswehr¹⁶⁴⁾ zu einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zusammengeschlossen sind, deren Zielstellung von geologischen, geographischen und schiffbautechnischen bis zu meteorologischen und rein militärischen Vorhaben reicht¹⁶⁵⁾

Seit Beginn der sechziger Jahre, als sich allmählich die internationale Bedeutung der Ozeanographie abzeichnete, sind Institute der Hamburger Universität in ein von der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ programmiertes und finanziertes „nationales“ ozeanographisches Vorhaben einbezogen.¹⁶⁶⁾ Es wurde gleichzeitig durch die Bundeswehr militarisiert, indem sich das Verteidigungsministerium in zunehmendem Maße an der Grundfinanzierung der Schiffbau-Versuchsanstalt¹⁶⁷⁾ und einer Spezialabteilung des damaligen Geophysikalischen Instituts beteiligte; aus letzterer ist 1963 das „Institut für Radiometeorologie und Maritime Meteorologie“ hervorgegangen, das der „Frauenhofer-Gesellschaft für angewandte Forschung“, der universitären Kontaktorganisation des Verteidigungsressorts,¹⁶⁸⁾ unterstellt ist und militärisch verwertbare Zweckforschung betreibt. Der „Wissenschaftsrat“, zählt es folgerichtig zu den wissenschaftlichen Einrichtungen, die „ausschließlich oder fast ausschließlich vom Bundesverteidigungsministerium finanziert“ werden und „eine von der großen Zahl der mit Einzelforschungsvorhaben klar unterschiedene Gruppe (bilden), die durch die Dauer und die Ausschließlichkeit der Beschäftigung für das Ministerium gekennzeichnet ist.“¹⁶⁹⁾

163) Über die allmähliche Entwicklung des Projekts „Ozeanographie“ im Rahmen der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ vgl. deren Jahresberichte für 1964 ff. 1964 wurde im Auftrage der DFG das Forschungsschiff „Meteor“ in Dienst genommen.

164) Hierzu zählen vor allem die „Ozeanographische Forschungsanstalt der Bundeswehr“ in Kiel und das 1967 in Dienst gestellte „Wehrforschungsschiff“ „Planet“. Vgl. dazu: Bundesbericht Forschung III, a.a.O., S. 85.

165) Vor allem liegen militärische und nichtmilitärische Verwertungsmöglichkeiten eng beieinander.

166) Vgl.: Schwerpunkt „Meeresforschung“, in: Mitteilungen der DFG, Nr. 1, 1960, S. 9; Denkschrift Meeresforschung (I), Wiesbaden 1962

167) Vgl.: Empfehlungen des Wissenschaftsrates Teil III, a.a.O., 2. Bd., S. 352. Mit den Meeresforschungsschiffen wird durchaus auch Schiffbauforschung getrieben. Vgl. Hochschul-Dienst, Bonn Nr. 23 vom 8.12.1967, S. 12.

168) Vgl. dazu: Empfehlungen des Wissenschaftsrates ..., Teil III, Bd. 1, S. 86 ff.

169) ebenda, S. 87. Das Institut für Radiometeorologie und Maritime Meteorologie gibt seit 1965 „Technische Mitteilungen“ und seit 1958/59 „Berichte“ heraus. Es ist 1963 aus einer „Radiometeorologischen Forschungsgruppe“ des Geophysikalischen Instituts der Universität hervorgegangen. Hauptforschungsgebiet sind die Auswirkungen der Atmosphäre über See auf den elektromagnetischen Dezimeter- und Zentimeter-Bereich.

159) Vgl.: Wissenschaftsrat, Verzeichnis 1968 im Sinne der Verfahrensordnung für die Einrichtung der Finanzierung von Sonderforschungsbereichen, Bonn 1968, S. 25.

160) Vgl. dazu: Jahresberichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1960 ff. Wiesbaden 1961 ff.

161) Vgl.: Rechenzentrum der Universität Hamburg, Jahresbericht 1968, Anhang 9: Liste der angemeldeten Probleme, Stand 12. 1968.

162) ebenda.

Auf der Basis eines vom Bundeswissenschaftsministerium kürzlich verabschiedeten, mit den Parallelvorhaben der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ sich überschneidenden ozeanographischen Schwerpunktprogramms¹⁷⁰⁾ hat die bundesrepublikanische Meeresforschung inzwischen den typischen Charakter einer staatsmonopolistischen Planifikationsparzelle angenommen, die gegenwärtig von den konkurrierenden Instanzen Verteidigungsministerium, Wissenschaftsministerium und DFG organisiert wird und in den folgenden Monaten mehr und mehr in die Zuständigkeit der beiden Bundesministerien übergehen dürfte. Analog den bisherigen Planifikationsgremien wurde Ende 1968 eine „Kommission für Ozeanographie“ gebildet, der Vertreter der zentralen und regionalen Ministerialbürokratien, des Großkapitals und der befaßten Forschungsinstitute angehören. Was die wissenschaftlichen Exponenten aus Hamburg betrifft, ist augenfällig, daß sie sowohl aus außeruniversitären wie universitären Institutionen kommen: neben den Direktoren des „Deutschen Hydrographischen Instituts“¹⁷¹⁾ und der „Bundesforschungsanstalt für Fischerei“¹⁷²⁾ haben in der Kommission die Universitätsprofessoren Karl Brocks (Direktor des Meteorologischen und des schon erwähnten Radiometeorologischen Instituts), Otto Grim (Ordinarius für Schiffbau, Stellvertretender Direktor des Instituts für Schiffbau), Heinz Menzel (Direktor des Instituts für die Physik des Erdkörpers) und Walter Hansen (Direktor des Instituts für Meereskunde) Sitz und Stimme.¹⁷³⁾ Auch über die großkapitalistische Beteiligung an dem Projekt gibt die Zusammensetzung der Kommission Aufschluß: Als Kapitalfunktionäre gehören ihr Rudolf Hell von der KG Dr.-Ing. Hell, Nachrichtengeräte und elektronische Reproduktionstechnik; Heinrich Maass, Technischer Geschäftsführer der Friedr. Krupp Atlas-Elektronik Bremen; Günther Sassmannshausen, Vorstandsmitglied der Preussag AG und Wolfram Schenck, Direktor der Philipp Holzmann AG, Zweigniederlassung Hamburg,¹⁷⁴⁾ an. Daß schließlich auch der Leiter der staatlichen Hochschulabteilung, Senatsdirektor Helmut Meins mit Regierungsdirektor Herbert Rieck als ständigem Vertreter dem illustren Kreis angehört,¹⁷⁵⁾ sei nicht nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

170) Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Meeresforschung, Denkschrift II, Wiesbaden 1968; Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung: Meeresforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1968-1973, Bonn 1969.

171) Prof. H.U. Röll (ist zugleich Honorarprofessor der Universität)

172) Prof. Dr. V. Meyer.

173) Alle Angaben nach: Wehrdienst, Bonn, den 30.5.1969, Sonderdruck Nr. 33: Mitglieder der Deutschen Kommission für Ozeanographie.

174) ebenda, S. 5 f.

175) ebenda, S. 3.

Somit wird ebenso wie in der Sparte Hochenergiephysik-Kernphysik die Forschungs- und demzufolge auch Lehrprogrammierung einer geschlossenen naturwissenschaftlich-technischen Institutsgruppe außerhalb der Hamburger Universität betrieben. Die am Ozeanographie-Projekt beteiligten Ordinarien haben sich inzwischen in einem „Arbeitskreis Meeresforschung an der Universität Hamburg“ zusammengeschlossen; wie die jüngste Ausbauplanung der Universität, die unter anderem die Einrichtung eines großzügig finanzierten Geomatikums vorsieht,¹⁷⁶⁾ beweist, haben sie bei der Durchsetzung ihrer Sonderinteressen auf Kosten der traditionellen Fakultäten und der Gesellschafts- und Kulturwissenschaften keinerlei Schwierigkeiten. Freilich werden gleichzeitig durch das Projekt „Ozeanographie“ zum zweitenmal in einem Ausschnitt universitärer, wissenschaftlicher Arbeit die rigiden Grenzen regionaler Kapitalverwertung überwunden. Die traditionelle industriell-ordinarale „Vertrags“-Beziehung ist hier völlig überholt. Stattdessen deutet sich mit der Bildung ozeanographischer Kapitalkonsortien der Elektronik- und Werftindustrie in Hamburg der Beginn einer qualitativ höherentwickelten kapitalistischen Verwertung wissenschaftlicher Arbeit an. Ein Hinweis auf die auch im Schwerpunktprogramm „Ozeanographie“ gewährten militärischen Parallelinteressen zeigt sich darin, daß mit der „Marine-Schiffstechnik-Planungsgesellschaft mbH“¹⁷⁷⁾ und der „Marine-Elektronik-Planungsgesellschaft mbH“¹⁷⁸⁾ im Verlauf der beiden letzten Jahre in Hamburg und Wedel starke Rüstungskonsortien konstituiert wurden. Eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Studentenopposition in Hamburg wird es zweifellos sein, die Militarisierung der interdisziplinären Meeresforschung zu bekämpfen.

176) In diesem Geomatikum sollen unterkommen: die Institute für Geographie und Wirtschaftsgeographie, für Meteorologie, und die Mathematischen Seminare. Vgl.: Bundesbericht Forschung III. a.a.O., S. 125.

177) In der „Marine-Schiffstechnik-Planungsgesellschaft“, die eng an das „Forschungszentrum des Deutschen Schiffbaus“ angeschlossen ist, sind zusammengeschlossen: Blohm & Voss Hamburg, Howaldswerke/Deutsche Werft Kiel, Hamburg, Bremer Vulcan Bremen-Vegesack, Fr. Lürssen Werft, Bremen-Vegesack, Orenstein Koppel, Lübecker Maschinenbau AG, Lübeck, (Nach: Wehrkunde, 18.Jg. 1969, Heft 7, S. 378.

178) An diesem Konsortium sind beteiligt: AEG-Telefunken, N.V. Hollandse Signaalapparaten in Hengelo, Siemens AG München, Standard Elektrik Lorenz AG Stuttgart, Fried. Krupp Atlas-Elektronik Bremen, und Vereinigte Flugtechnische Werke GmbH Bremen. Das Konsortium entwickelt gegenwärtig neue Torpedowaffen vom Typ „Seeaal“ und „Seeschlange“. Vgl. Wehrkunde, ebenda, S. 378 f.

3. „Sonderforschungsbereiche“ als Klammer zwischen regionalen und überregionalen Verwertungsinteressen.

Auf Grund der jüngsten Systematisierung der Beziehungen zwischen Universität und Hamburger Kapital und des parallel dazu erfolgenden Aufbaus qualitativ neuer staatsmonopolistischer Verwertungsmechanismen könnte man leicht annehmen, daß die ehrwürdige Alma Mater Hamburgs einem in zwei weitgehend entgegengesetzten Richtungen betriebenen Auflösungsprozeß entgegenreibt. Die Konsequenzen, die aus diesem Prozeß abzuleiten wären, wären relativ einfach: die traditionellen Fakultäten werden in Forschung und Lehre radikal komprimiert und enden in einem neuen zwischen Sekundarschule und bisheriger Universität gelagerten College-System für Pädagogik-, Sozial- und Managerberufe ohne jede Forschung, und der übrigbleibende Kuchen wird – den qualitativ unterschiedlichen Unterordnungsverhältnissen entsprechend – säuberlich in neoimperialistische „Überseewissenschaft“ mit regionalkapitalistischer Komponente und in Anhängsel staatsmonopolistischer Planifikationsparzellen für „Zukunftsforschung“ aufgeteilt. Die traditionell-ordinariale Universitätsstruktur verfiere dann zu einer funktionslosen Ruine, die alsbald das mit dem neuen Hochschulgesetz sich abzeichnende neue technokratische Leistungsmodell überwuchert.

Tatsächlich haben jedoch die Ordinarien begonnen, unter hilfreicher Assistenz der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ und der Hochschulabteilung der Schulbehörde die Flucht nach vorne anzutreten. Während sie den 1966 vom Wissenschaftsrat veröffentlichten Plänen zur „Straffung“ und technokratischen Kompression der Studiengänge¹⁷⁹⁾ lauthals akklamierten,¹⁸⁰⁾ fanden sie sich nach und nach auch zu einer eigenständigen interdisziplinären Reorganisation der bislang direktorial-handwerklich betriebenen Forschungsprogramme bereit. Die Etablierung von „Sonderforschungsbereichen“, die dem Vorhaben, nur noch zehn bis zwanzig Prozent aller „Normal“- und „Hauptstudenten“ zu einem forschungsorientierten „Aufbaustudium“ zuzulassen, kompressiv entspricht, war vom „Wissenschaftsrat“ seit etwa 1965 vorgeschlagen worden. Er – und nach ihm auch die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ – hatten sich damit die Forderungen der zentralen Ministerialbürokratie und des Großkapitals zu

179) Vgl.: Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen, Bonn 1966.

180) Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik, Hamburg, 2/02/2/1/4; Prof. Borck, 1. Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Hochschulgermanisten, Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Neuordnung des Studiums.

eigen gemacht, die strukturell unrentabel gewordene Hochschulforschung endlich an den Schwanz des neuen „Forschungsverbunds“ (Schwerpunktprogramme des Wissenschaftsministeriums, Schwerpunktprogramme der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ mit starker Initialkomponente) anzuhängen. An den Universitäten sollten Forschungskompression und -konzentration zur rationalisierten Basis der rapid expandierenden Projekte der militärisch wie großindustriell gleichermaßen wichtigen „Zukunftsforschung“ werden.

In Hamburg wurde mit der konkreten Planung für interdisziplinäre „Sonderforschungsbereiche“ im Spätherbst 1966 begonnen. Aufgrund von Vorhaben, die teilweise bis zum Beginn der sechziger Jahre zurückgingen,¹⁸¹⁾ wurden der Geschäftsstelle des „Wissenschaftsrates“ von den Dekanen der Fakultäten „Schwerpunktorschläge“ vorgelegt; von Prof. Jantzen, Dekan der Philosophischen Fakultät, beispielsweise Programme für „Orientalistik“, „Ibero-Amerikanistik“ und „Erziehungswissenschaft“.¹⁸²⁾ Die technisch-naturwissenschaftlichen Fachbereiche steuerten Vorschläge zur Konzentration der „Meeresforschung“ und der „Schiffstechnik und des Schiffbaus“ bei.¹⁸³⁾

Im Verlaufe des Jahres 1967 kamen weitere interdisziplinäre Projekte für „Kernphysik und Hochenergiephysik“, für „Missionswissenschaft und Ökumenenkunde“, für „Weltwirtschaft und internationale Wirtschaftsbeziehungen“, für „Psychosomatische Medizin, Klinische Psychologie und Psychotherapie“, für „Tropenmedizin“, für „Endokrinologie“ und für „Andiokardiologie“ dazu.¹⁸⁴⁾ Die Projekte hatten also erheblich an Breite gewonnen; sie hätten bei entsprechender gesellschaftsprogressiver Orientierung durchaus dazu benutzt werden können, um die Universität tendenziell von regionalkapitalistischer wie staatsmonopolistischer Verwertung freizumachen und eine kritische Distanzierung von Kapital und Staat einzuleiten.

Dafür waren die „Sonderforschungsbereiche“ freilich keineswegs gedacht. Wenn man die Unterlagen dazu durchliest, wirkt diese Assoziation auch für

181) ebenda 1/07/4/2/1; Schreiben der Universitätsverwaltung an die Schulbehörde-Hochschulabteilung vom 12.5.1969. (Siehe auch Dokumentation)

182) ebenda 1/07/4/2/2; Rektorat an den Dekan der Phil. Fak., 1.11.1966. (Siehe auch Dokumentation)

183) Vgl. Wissenschaftsrat, Verzeichnis 1968 im Sinne der Verfahrensordnung für die Einrichtung und Finanzierung von Sonderforschungsbereichen, Bonn 1968, S. 27 und 31.

184) ebenda, S. 19, 21, 23-25.

die Seite der universitären Antragsteller wie eine Unterstellung: so weit sie sich – wie z.B. die Projekte „Psychosomatische Medizin“ usw. – auch inhaltlich gesellschaftlich orientierten, war darüberhinaus eine großzügige Realisierung nicht zu erwarten.¹⁸⁵⁾ Es wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die imperialistische Funktion des bundesrepublikanischen „Forschungsverbands“, daß jeder auch noch so bescheidene Ansatz für eine relevante Forschungskonzentration an den Universitäten mit dem Aufkommen der studentischen Opposition radikal unterbunden wurde. Vom Wissenschaftsministerium und der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ wurde das so lautstark verkündete Konzept der „Sonderforschungsbereiche“ 1967 erst einmal stillschweigend aufgeschoben: erst 1968 waren für sie ganze 10 Millionen DM aufzutreiben,¹⁸⁶⁾ während der Forschungsetat des Verteidigungsministeriums erstmals die Milliardenengrenze überschritt.¹⁸⁷⁾

Damit war es Sache der regionalkapitalistischen und staatsmonopolistischen Machtgruppen, auf dem Weg selektiver Finanzierung die sie jeweils interessierenden universitären Schwerpunktprogramme an sich heranzuziehen und allmählich aus dem Universitätsrahmen herauszulösen: das Konzept „Schiffstechnik und Schiffbau“ übernahm die Werftenindustrie – wie schon angemerkt – in eigene Regie; das Programm „Kernphysik und Hochenergiephysik“ kam in den Projekten der „Deutschen Atomkommission“ unter; die Planungsgruppe „Meeresforschung“ wurde schließlich im neuesten Schwerpunktprogramm des Wissenschaftsministeriums untergebracht.

Im 1968 vom „Wissenschaftsrat“ veröffentlichten „Verzeichnis ... für die Einrichtung und Finanzierung von Sonderforschungsbereichen“ sind zehn „Sonderforschungsbereiche“ aufgeführt, an denen Institute und Einrichtungen der Hamburger Universität beteiligt sind.¹⁸⁸⁾ Nur vier davon – mit Ausnahme des Projekts „Endokrinologie“ allesamt auf die wissenschaft-

liche Fundierung des bundesrepublikanischen Neokolonialismus ausgerichtet – wurden in die „Anfangsförderung“ der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ aufgenommen.¹⁸⁹⁾

Untersucht man schließlich – exemplarisch für die übrigen Projekte – die für das Jahr 1969 gefertigten Unterlagen zur Planifikation der neokolonialistischen Überseeprojekte genauer, kommt man zu der Schlußfolgerung, daß mit ihnen in den letzten Monaten ein gewisser Ausgleich zwischen zentral-staatsmonopolistischen und regionalkapitalistischen Verwertungsinteressen zustande gekommen ist. Im Verfolg dieses Arrangements wurde die traditionelle Selbstverwaltungsstruktur der Universität praktisch ausgeschaltet. In den Handakten der Universitätsverwaltung finden sich in jüngster Zeit vorgedruckte Exemplare für Niederschriften „über Besprechungen des Rektors mit den Dekanen“, die zeigen, daß die Programmierung der „Sonderforschungsbereiche“ nur noch in diesem Gremien vorgenommen wird.¹⁹⁰⁾ Der Verwaltungsapparat, der diese Entscheidungen lenkt und mit den überregionalen Institutionen weiterverhandelt, sitzt dagegen schon heute weitgehend in der Schulbehörde; dafür wird der Akademische Senat vom neuen Entscheidungszentrum Rektor/Dekane – Hochschulabteilung regelmäßig übergangen. Bezüglich des „Sonderforschungsbereich Afrika“ wurde beispielsweise die Akklamation des Akademischen Senats erst eingeholt, nachdem er, bis ins letzte Detail durchgeplant, schon längst an die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ weitergeleitet worden war.¹⁹¹⁾

Diese institutionelle Straffung der Universitätsspitze, die durch das neue Hochschulgesetz nachträglich legalisiert worden ist, scheint inzwischen den organisatorischen Rahmen für die langfristige Einordnung auch der regionalen Überseekapitalistischen Verwertungsinteressen in einen geschlossenen und zentral gesteuerten imperialistischen „Forschungsverband“ abzugeben. In einem Vermerk vom 28. Mai 1969¹⁹²⁾ hat Senatsdirektor Meins über die Arbeitsmethodik des „Bewilligungsausschusses für

185) So sind beispielsweise für das DESY in der mittelfristigen Finanzplanung Hamburgs 118 Millionen, für den gesamten Riesenkomplex der Medizinischen Fakultät dagegen nur 80 Millionen DM vorgesehen (1969-1972). Nach: Wirtschaft und Wissenschaft, Jg. 1968, Nr. 4, S. 4.

186) Für 1969 wurden 20 Millionen DM bereitgestellt. (Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik Hamburg, 1/07/4/2/2; Schreiben der Schulbehörde-Hochschulabteilung an die Uni. Hamburg, vom 5.8.1968. Siehe auch Dokumentation).

187) Zu den Etats für Kriegsforschung 1968 und 1969 vgl.: Wehrdienst, Nr. 139/67 und 183/68. Siehe auch Dokumentation.

188) Vgl. die Anmerkungen 183) und 184) dieses Kapitels.

189) Vgl. das in Anmerk. 186) angeführte Dokument.

190) Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik Hamburg, 1/07/4/2/1; Auszug aus der Niederschrift über die Besprechung des Rektors mit den Dekanen vom 21.4.1969 - 1. Sonderforschungsbereich Afrika.

191) ebenda, Vermerk der Rektoratsverwaltung vom 14.2.1969 betr. Sonderforschungsbereich Afrika. (Siehe auch Dokumentation)

192) ebenda, Vermerk des Senatsdirektors der Schulbehörde-Hochschulabteilung Meins über die Sitzung des „Bewilligungsausschusses“ für Sonderforschungsbereiche am 7.5.1969 in Bad Godesberg. (Siehe auch Dokumentation)

Sonderforschungsbereiche“ der DFG berichtet. Danach wird die Mittelbewilligung von detaillierten Leistungskontrollen, der Garantie tatsächlicher interdisziplinärer Arbeit und einer Integration des Programms in die übrigen bundesrepublikanischen Forschungsprojekte abhängig gemacht. Über die Chancen eines Hamburger Programms für „Orientalistik“ schreibt Meins beispielsweise: „Der Sonderforschungsbereich Orientalistik wurde für das Jahr 1969 zurückgestellt. Es wurde eine sachliche und geographische Einengung für wünschenswert angesehen. Außerdem wurden die personellen Voraussetzungen für noch nicht ausreichend angesehen ... Der Sonderforschungsbereich Orientalistik, Bonn, mit dem Schwerpunkt Zentralasien wurde in die Anfangsförderung aufgenommen. Auch dieser Umstand wird zu einer geographischen Neuorientierung zwingen, da kaum anzunehmen ist, daß der Schwerpunkt Zentralasien auch für Hamburg bewilligt wird. Der Sonderforschungsbereich wird auch 1970 nur eine Chance haben, wenn eine klare Entscheidung der Universität hinsichtlich des Arbeitsthemas und ein entsprechendes Arbeitsprogramm vorgelegt werden können.“¹⁹³⁾ Dieses Zitat zeigt, wie stark inzwischen das Hamburger Überseekapital aus der Bestimmung der es interessierenden Forschungs- und Lehrprogramme der Universität ausgeschieden ist, und wie sehr es sich mit überregionalen Planungsstrukturen arrangieren muß.

4. Zusammenfassung: Kapital und Transformation der Universität durch Verstaatlichung.

Alles in allem hat in den letzten Monaten eine deutliche Verlagerung der Hochschulforschung in außeruniversitäre Wissenschaftsprojekte stattgefunden. In seiner imperialistischen Funktionsbestimmung deckungsgleich, ist dieser Prozeß hinsichtlich seiner institutionellen Struktur sehr disparat, da er teilweise die Unterordnung unter zentralgesteuerte staatsmonopolistische Planifikationsprogramme, teilweise vollständige Deckungsgleichheit mit den Verwertungsinteressen mit den regionalen Machtgruppen des Industrie- und Handelskapitals zur Folge hat. Wenn man von den neokolonialistischen Konzepten interdisziplinärer Arbeit absieht, ist die mit den „Sonderforschungsbereichen“ offensichtlich angestrebte Restabilisierung der Hochschulforschung recht zweifelhaft.

¹⁹³⁾ ebenda

Die Veränderung der Forschung, die wir anhand der Untersuchung ihrer Beziehung forschungsverwertenden Kapitals zu periodisieren suchten, wirkt sich intensiv auf die Struktur der Universitätsausbildung aus. Forschung und Lehre werden bewußt voneinander getrennt, gleichzeitig aber einem aufeinander abgestimmten Kontraktionsmechanismus unterworfen, mit dem allerdings eine deutliche Expansion in den technisch-naturwissenschaftlichen und den medizinischen Fächern korrespondiert.

In der Perspektive ist eine Degradierung von mindestens zwei Dritteln sowohl der sachlichen wie personellen Hochschulkapazitäten zu einer College-ähnlichen „Fachhochschule“ unausweichlich. Die Massenfächer der Pädagogik-, Sprach-, Rechts- und sonstigen Kulturwissenschaften werden in Zukunft die geringsten Beziehungen zur wissenschaftlichen Forschung haben, ihre wissenschaftslose „Bildungsfunktion“ wird sich darauf beschränken, eine fungible und „bewußtlose“ mittlere Industrie-, Verwaltungs- und Sozialbürokratie auf möglichst zeitsparende Weise auszustoßen. In den privilegierten Natur- und Technikwissenschaften wird der Ausbildungsprozeß dagegen in ein analoges Massenstudium und ein einer herausgesiebten „Elite“ vorbehaltenes „Aufbaustudium“ aufgetrennt, daß zur Partizipation an den Projekten der „Sonderforschungsbereiche“ und der vollends außergeleiteten Schwerpunktprogramme berechtigt. Auf eine kleine wissenschaftlich hochqualifizierte Gruppierung beschränkt, wird Bildung durch Wissenschaft nur noch Konstituens technokratischer Herrschaft sein, die die objektiv emanzipatorischen Ansätze der gegenwärtigen technisch-wissenschaftlichen Revolution den Massen (zu ihnen wären demnächst auch 80 % aller Studenten und Dozenten zu zählen) vorenthält.

Die Transformation der Universität wird gegenwärtig durch einen umfassenden Verstaatlichungsprozeß auf allen Ebenen eingeleitet. Die ordinariale „Selbstverwaltung“, de facto längst beseitigt, wird formaljuristisch abgeschafft. Der studentischen Opposition wird mit neuen unverbindlichen Konsultationsgremien der Weg zu integrationsfähigen Spielwiesen fiktiver Entscheidungsprozesse freigegeben. Die Universität, alsbald selbst wissenschaftlicher Garant technokratisch abgesicherter großkapitalistischer Herrschaft, wird mit einem Präsidenten und mit präsidentennahen Entscheidungsgremien eine starke technokratische Leitungsspitze erhalten. Inwieweit diese Leistungsspitze auf die auf mehreren Entwicklungsstufen sich vollziehende Kapitalisierung der Universität Einfluß nehmen und inwieweit sie sich darauf beschränken wird, diesen Transformationsprozeß mehr und mehr zu verschleiern, werden die nächsten Semester zeigen.

Auf die Details der Verstaatlichungsprozedur einzugehen, ist nicht Sache dieser Arbeit.¹⁹⁴⁾ Anzumerken ist aber, daß sie sich von der bisherigen „Staatlichkeit“ der Ordinariuniversität, die ja immer auch Beamtenuniversität gewesen ist, deutlich unterscheidet; sie bereitet den Boden für eine technokratische Reorganisation, während die „Staatlichkeit“ bis tief in die sechziger Jahre darauf ausgewiesen ist, restaurierte Verhältnisse abzusichern. Vielleicht wird sich die neue Präsidialdiktatur nicht mehr mit Problemen der „Bezeichnung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ oder der „zivilen Notstandsplanung“ herumschlagen;¹⁹⁵⁾ sie wird aber nicht darauf verzichten, es ihrem Vorgänger in Fragen der Kooperation mit dem Verfassungsschutz¹⁹⁶⁾ und des bewußten Kampfes gegen demokratische Alternativen¹⁹⁷⁾ gleichzutun. Trotzdem werden die Kampfbedingungen der sozialistischen Opposition durch die neuartige staatlich-kapitalistische Koalition zur imperialistischen Verwertung der Wissenschaft entscheidend verändert.

194) Vgl. dazu das Kapitel zum Hamburger Hochschulgesetz.

195) Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik Hamburg, 2/02/2/1/7, Freie und Hansestadt Hamburg, Schulbehörde-Hochschulabteilung – 11.32-9-, den 23.9.1954; Bezeichnung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ebenda, Betrifft; Vorbereitung der Sicherstellung von hochwertigem Kulturgut in Krisenzeiten. (Siehe auch die Dokumentation).

196) Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik Hamburg, 2/02/2/1/7; Freie und Hansestadt Hamburg, Schulbehörde-Hochschulabteilung, An die Herren Direktoren der Wissenschaftlichen Anstalten, Seminare, Institute und Kliniken, den 29. September 1958.

197) ebenda, Senat der Freien und Hansestadt Hamburg- Personalamt, Betr.: Förderung radikaler politischer Bestrebungen durch Angehörige des öffentlichen Dienstes; hier: Teilnahme an den kommunistischen Weltjugendfestspielen. (Siehe auch die Dokumentation)

Die Verstaatlichung der Universität.

Das Hamburger Universitätsgesetz als maßgeschneiderte juristische Fassung des ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisses von Forschung und Lehre.

Die gesetzlich fixierte Degradierung der Wissenschaft zur staatlichen Veranstaltung findet sich in dem am 1. Mai 1969 in Kraft getretenen Hamburger Universitätsgesetz. Der bis in die kleinsten Zellen der Hochschule sich fortpflanzende staatliche Einfluß wird hoheitlich abgesichert und überwacht von der Schulbehörde, die als Schaltstelle der technokratischen Transformation der Universität fungiert.

Über die Köpfe der Studenten hinweg, unter Auflösung der ordinariellen Feudalstruktur, entscheiden nunmehr über Forschung und Lehre und Studium an der Universität Hamburg der mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Universitätspräsident¹⁾ und in letzter Instanz die Schulbehörde als „zuständige Behörde“ im Sinne des Gesetzes²⁾ sowie der politische Senat.³⁾

Die Organe der sogenannten Akademischen Selbstverwaltung (Institutsräte, Fachbereichsräte, Akademischer Senat und Konzil) sind demgegenüber machtlos und haben außer der Durchsetzung der von den staatlichen Instanzen formulierten Monopolinteressen an der Universität die Möglichkeit, die staatlichen Ansprüche zu erahnen, um durch „richtige“ Entscheidungen staatliche Maßnahmen überflüssig zu machen. Bezeichnend für dieses Verhältnis ist folgende Wendung in den „Erläuterungen zum Uni-Gesetz“:

„Je besser der Universität die Erarbeitung einer solchen Gesamtkonzeption gelingt, um so überzeugender werden ihre Vorschläge sein. Der Universitätspräsident erhält Gelegenheit, die vom Akademischen Senat beschlossenen Vorschläge der Universität für den Haushaltsplan vor der Deputation der Behörde zu vertreten.“

1) § 25 des Universitätsgesetzes (im Folgenden UniG)

2) vgl.: §§ 2 II, 4 IV, 17 III, 40 II, 43 II, 43 III, 48 V, 50 II, 51, 63, 64 II und III, 66 I des UniG.

3) §§ 63 II, III und IV, 64 I und 66 III des UniG.

Trotz der faktischen Machtlosigkeit der sogenannten Selbstverwaltungsorgane ist im UniG. ein erheblicher Aufwand um Ausgestaltung und Kompetenzen dieser Gremien betrieben worden. Bevor die staatlichen Behörden eingreifen, soll den oberen akademischen Instanzen die Möglichkeit gegeben werden, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, „Beschlüsse und Maßnahmen“ der jeweils unteren Instanzen „aufheben und durch eigene Beschlüsse oder Maßnahmen ersetzen“ zu können,⁴⁾ und die richtige, das heißt in der Sprache der Verfasser „die den heutigen Erfordernissen angepaßte“ Entscheidung zu treffen.

Die staatliche Einflußnahme auf die Universität vollzieht sich über verschiedene Hebel.

1. Die haushaltsrechtliche Abhängigkeit

Entsprechend der Erkenntnis des Vorsitzenden der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, daß mit den „materiellen Abhängigkeiten der Forschung und Lehre die Wissenschaft nachhaltiger manipuliert werden kann, als durch dirigistische Verwaltungsmaßnahmen,⁵⁾ hat der Staat sich das universitäre Haushaltsrecht bis in die Details vorbehalten. Demgemäß wird die „Bewirtschaftung der der Universität zugewiesenen Mittel“ dem Universitätspräsidenten als staatliche Auftragsangelegenheit zugewiesen, wobei der „zuständigen Behörde“ ein Weisungsrecht zusteht.⁶⁾ Die Mitwirkung der sogenannten Akademischen Selbstverwaltung besteht in dem Recht und der Pflicht, Vorschläge zu machen, die im Instanzenzug vom Institutsrat über den Fachbereichsrat zum Akademischen Senat weitergeleitet und beurteilt, das heißt eventuell aufgehoben oder abgeändert werden, um zuletzt den staatlichen Behörden zugeleitet zu werden.⁷⁾ Bei der Verteilung der bewilligten Haushaltsmittel wirkt der Haushaltsausschuß des Akademischen Senats⁸⁾ beratend mit.⁹⁾ Die durch das Haushaltsmonopol abgesicherte Steuerungsmöglichkeit des universitären Forschungsprozesses wird verschleiert mit dem Gerede von der „sachgerechten Verwendung“, mit der politische Entscheidungen sich angeblich in den Vollzug des immanenten Sachzwanges verfügbarer

4) §§ 28 II und 41 II des UniG.

5) Balke, Forschung und Technik, Schriftenreihe der Vereinigung des Deutschen Gewässerschutzes, München 1962, Heft 9, S. 11

6) § 4 II und IV des UniG.

7) §§ 28 II 1 und 53 II UniG.

8) § 33 UniG.

9) § 53 III UniG.

Techniken auflösen sollen. Die sozialdemokratischen Technokraten bieten uns zynisch diese „neutrale“ Ideologie an, die vorspiegeln will, im technischen Fortschritt gebe es das Problem der Verfügung und Nutznießung über ihn nicht mehr.

2. Die funktionale Abhängigkeit

Neben den haushaltsrechtlichen Steuerungsmöglichkeiten steht das Recht des Staates, die Funktion der Universität in Forschung und Lehre durch Prüfungsordnungen und Ausbildungsvorschriften zu kontrollieren und gegebenenfalls zu bestimmen. Die funktionale Festlegung der Universität durch staatliche Maßnahmen liegt dem Gesetzgeber so nahe, daß er sie allein in § 1 des Uni-Gesetzes gleich zweimal erwähnt: „§ 1 II 2 UniG: „Sie (= die Universität) bereitet die Studenten auf Berufe und Aufgaben vor, für die eine wissenschaftliche Ausbildung erforderlich ist.“ § 1 III 3 UniG: „Die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium entbindet nicht von den Aufgaben, die sich aus den Rechtsvorschriften über die Berufsausbildung ergeben.“

Die so angeordnete Programmierung der universitären Lehre durch berufspropädeutische Aufgaben ist die Konkretisierung der allgemeinen Inpflichtnahme der Universität für die herrschenden Partikularinteressen, die es im Laufe der Rekonstruktionsperiode verstanden haben, die ihnen gemäße Ordnung als die verfassungsmäßige zu maskieren.¹⁰⁾ Die diese Involutionstendenz verschleiernde politische Ideologie ist auch in die Hirne der sozialdemokratischen Gesetzesmacher eingebrannt: „Diese besondere Verantwortung erwächst der Universität und ihren Mitgliedern nicht aus ihrer elitären Stellung als geistige Avantgarde, sondern aus ihren besonderen Aufgaben in der und für die Gesellschaft. Dazu gehören insbesondere: die Ausbildung von Nachwuchskräften für gesellschaftlich bedeutsame

10) Indem die soziale Wirklichkeit maßgeblich von dem sich naturwüchsig und von demokratische Kontrolle monopolistisch entwickelnden Kapital bestimmt wurden, verkam die freiheitlich-demokratische Ordnung zur verschleiernde verfassungsjuristischen Etikette dieser Wirklichkeit, weil der Begriff der freiheitlich-demokratischen Ordnung auf ein formales Funktionieren der grundgesetzlich vorgesehenen Institutionen reduziert wurde und deren inhaltliche Entleerung nicht reflektiert wurde: Denn aus Politik wurde Administration von Kapitalinteressen, aus politischem Kampf wurde Rivalität von Administrationseliten und parlamentarische und sonstige institutionell-politische Tätigkeit degenerierte zur Schaustellung mit Einnebelungsfunktion für das staunende Volk.

Funktionen und der Erarbeitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, die den Bestand und den Fortschritt der Gesellschaft sichern. ...“¹¹⁾

Das Hochschulgesetz unterscheidet zwischen staatlichen und akademischen Prüfungsordnungen. Die Fachbereiche als die im Rahmen der Universität an sich zuständige Stelle sind nicht frei in der Fassung von Prüfungsbestimmungen, sondern: „In den Prüfungsordnungen sind gestraffte, auf das Wesentliche gerichtete Studiengänge und nach Möglichkeit Teilabschlußprüfungen vorzusehen. ... Rahmenordnungen, die von den zuständigen Stellen als Richtlinien für die Prüfungsordnungen der wissenschaftlichen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes beschlossen worden sind, sollen berücksichtigt werden.“¹²⁾

Die so zustande gekommenen Prüfungsordnungen unterliegen hinsichtlich ihrer Rechtmäßigkeit wie ihrer Zweckmäßigkeit, „insbesondere im Interesse der Einheitlichkeit des Hochschulwesens“ der Kontrolle der zuständigen Behörde.¹³⁾ Weiterhin gilt folgendes: „Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung auch andere (d.h. für nicht-staatliche Prüfungen¹⁴⁾) Prüfungsordnungen zu erlassen, wenn die Fachbereiche nicht von sich aus, sofern hierzu begründeter Anlaß besteht, neue oder geänderte Prüfungsordnungen in angemessener Frist vorgelegt haben oder die Prüfungsordnungen nicht genehmigt worden sind.“¹⁵⁾

3. Die organisationsrechtliche Abhängigkeit

Mit der in § 75 des Universitätsgesetzes vollzogenen Etablierung von Fachbereichen hat sich endgültig die Auflösung der bornierten Ordinarienherrschaft durchgesetzt. Die relative Selbstverwaltungsautonomie einzelner Institute, an denen unter direktorialen Kommando ein Heer geistiger Arbeitskräfte Spezialgebiete einer Disziplin bearbeitete, geriet nämlich in zunehmendem Maße in Widerspruch mit den Anforderungen neuer zentral gesteuerter Forschungsprojekte, die interdisziplinäre Koordination notwendig machten.

- 11) Erläuterungen zum Hamburger Universitätsgesetz, o.O., o.J. (Hamburg 1969), S. 7.
12) § 41 III 3 und 5 des UniG.
13) §§ 64 II 5 und 64 III des UniG.
14) § 66 II des UniG.
15) § 66 III des UniG.

Die Aufhebung der universitären Gliederung in Fakultäten und die Entmachtung der Institute zugunsten der schrittweisen Einrichtungen von Fachbereichen entspricht genau den sogenannten Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Hochschulen vom Dezember 1968. Die somit in Hamburg mit dem Erlaß des Universitätsgesetzes Realität gewordene Umorganisation der Hochschule orientiert sich wortgetreu an den „Empfehlungen“ des Wissenschaftsrates (die mittlerweile, wie bekannt ist, die Gewalt verbindlicher Anordnungen erlangt haben.). Die an den neuen Verwertungsbedingungen des Kapitals orientierten „Empfehlungen“ des Wissenschaftsrates funktionalisieren die Fachbereiche zu universitären Anhängeln weniger großer Schwerpunktprogramme. Die jetzt in verschiedene institutionelle Träger von „Sonderforschungsbereichen“ aufgeteilte Universität gelangt mehr und mehr in eine methodisch-wissenschaftliche Abhängigkeit von der im Machtbereich des zentralen Staatsapparats angesiedelten Großforschung. Die staatliche Behörde hat die hoheitliche Funktion der Überwachung dieser Umorganisation der Universität übernommen. Eine Änderung der organisatorischen Gliederung durch den Akademischen Senat ist nur mit Genehmigung der Behörde (!) möglich.¹⁶⁾

Hinsichtlich der „Wissenschaftlichen Einrichtungen“ stehen der Behörde, wenn auch unter dem allgemeinen Subsidiaritätsvorbehalt,¹⁷⁾ der sich etwa auf folgende Formel bringen läßt: „Der Universität muß die Chance gelassen werden, das Verlangte von selbst zu tun,“ weitgehende Befugnisse zu: „Wissenschaftliche Einrichtungen können auch von der zuständigen Behörde errichtet, verändert und aufgehoben werden.“¹⁸⁾

Die inhaltliche Bedeutung dieser in letzter Linie dem Staat zugewiesenen Entscheidungen wird verdeutlicht durch die Aufgabe des Planungsausschusses: „Er berät insbesondere über die mittel- und langfristige Planung für die Universität, die Bildung, Veränderung oder Aufhebung von Fachbereichen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Sonderforschungsbereichen oder sonstigen Forschungsschwerpunkten, die Einführung neuer Studienrichtungen und Fortbildungsveranstaltungen, sowie die Struktur des Lehrkörpers.“¹⁹⁾

- 16) § 40 II, 64 III des UniG.
17) §§ 48 II und 67 des UniG.
18) § 48 II 3 des UniG.
19) § 32 I 2 des UniG.

Den Einwirkungsmöglichkeiten auf die organisatorischen Einrichtungen entsprechen Bestimmungen über Zulassungsbeschränkungen für bestimmte Studienrichtungen. Durch das Zusammenwirken beider wird ein wirksames Instrumentarium zum Abbau des „Studentenberges“ beziehungsweise zur Erzielung des maximalen Ausstoßes je benötigter qualifizierter Arbeitskräfte geschaffen.

4. Die disziplinarrechtliche Abhängigkeit.

Ein weiterer Hebel zur Regelung des inneruniversitären Betriebes ist die persönliche Abhängigkeit des Universitätsangehörigen. Dienstvorgesetzter der Mitglieder des Lehrkörpers ist der Präses der Schulbehörde.²⁰⁾ Insoweit finden beamtenrechtliche Vorschriften einschließlich des weitgehenden Disziplinarrechts Anwendung.

Stärker noch ist die Abhängigkeit der Studenten ausgestaltet: Abgesehen von dem Druck durch „numerus clausus“, Zwischenprüfungen und Zwangsexmatrikulation gegründet das neugeschaffene „zeitgerechte Ordnungsrecht, das allein der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Universität dient“ und in den Erläuterungen als milde angepriesen wird: Im Falle der Verletzung der „Ordnung in der Universität und ihren Veranstaltungen ... können Ordnungsmaßnahmen getroffen werden“, die bis zur dauernden Verweisung von der Universität Hamburg²¹⁾ reichen.²²⁾ Das ganze Gewicht dieser „milden“ Regelung wird erst im Zusammenhang mit § 14 Absatz III des Universitätsgesetzes und der Existenz entsprechender Bestrebungen in den anderen Bundesländern deutlich: „Die Immatrikulation kann versagt werden, wenn ... der Bewerber an einer Hochschule aus Gründen dauernd oder auf Zeit vom Studium ausgeschlossen oder exmatrikuliert worden ist, die nach diesem Gesetz einen Ausschluß oder eine Exmatrikulation rechtfertigen.“

Zum Sachwalter des Ordnungsrechts sind der Universitätspräsident sowie eine mit viel Liebe geregelte gesetzgeberische Neuschöpfung, der Ordnungsausschuß, bestellt. Den Mitgliedern der Universität wird hierin zwar – wie eigentlich auch sonst stets – die Möglichkeit einer Mitwirkung eingeräumt, zugleich aber wird bedacht, daß das studentische Disziplinarrecht als Vorläufer des Ordnungsrechtes bisher von den Studenten boykottiert und auch von den Lehrpersonen nur lustlos gepflegt wurde.

20) § 5 II des UniG.

21) § 22 III des UniG.

22) vgl. die Erläuterungen, a.a.O., S. 7

Dem ist nunmehr vorgebeugt: Dem einzigen zuverlässigen, da dafür beamteten, Mitglied des Ordnungsausschusses, dem Berufsrichter, treten bei Verhinderung der Lehrkörper- bzw. der Studenten-Vertreter weitere Berufsrichter an die Seite. Das gleiche gilt, wenn die zuständigen Organe keine Mitglieder stellen oder aber wenn diese ihre Mitwirkung verweigern.²³⁾

Scheindemokratisierung und Integrierung.

Drittelparität in der Zusammensetzung des Konzils, Halbparität in der Studienreformkommission, Einrichtungen wie Fachbereichs- und Institutsrat und Experimentierklauseln: Hier scheinen die Forderungen der Studentenbewegung der letzten Semester erfüllt zu werden. Jedoch schon die in letzter Linie bestehende Entscheidungsgewalt der staatlichen Behörden entlarvt das propagandistische Geschwätz von Demokratisierung und Partizipation und weist den Weg zur richtigen Erkenntnis, daß es in allen diesen scheinbaren Zugeständnissen nur darum geht, entweder die Studenten in fruchlose Handwerkelei zu verzetteln (Konzil, Räte), oder aber sie in vorgeblich progressive, in Wirklichkeit jedoch systemstärkende Aktivitäten (Studienreform) zu integrieren. Daneben steht die Intention, die Universitätsmitglieder dahin zu bringen, die staatlich verlangten Handlungen als eigene Entscheidungen zu fällen und zu empfinden.

1. Die Subsidiaritätslüge.

Entscheidende Bedeutung in dem skizzierten Zusammenhang hat die sogenannte Subsidiaritätsklausel des § 67 des Universitätsgesetzes: „Soweit der Senat oder die zuständige Behörde in diesem Gesetz ermächtigt wird, im Bereich der Selbstverwaltung anstelle der Universität zu handeln, darf davon nur Gebrauch gemacht werden, um die Wahrnehmung der Aufgaben der Universität nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu gewährleisten.“

Das subsidiäre Eingriffsrecht des Staates ist in seiner Verbindung mit den umfassenden behördlichen Kontrollbefugnissen hinsichtlich der Recht- und Zweckmäßigkeit zu sehen. Jegliches sogenanntes Selbstverwaltungshandeln steht – sobald es relevant ist – unter dem Vorbehalt behördlicher Bestätigung. Die zugestandene Freiheit der Selbstverwaltung ist nur die Freiheit zu angepaßtem Handeln, ist unter dieser Bedingung die Illusion

23) § 25 Abs. 5 des UniG.

von Freiheit. Diese Dressur in Freiheit soll das bestimmende Partikularinteresse als Eigeninteresse ausgeben, soll ermöglichen, daß die jeweiligen Systemerfordernisse internalisiert werden, schon um der Vermeidung von Konflikten mit der Staatsbürokratie und der daraus resultierenden Unlust willen. Die zugestandene Spielweise scheinbarer Entscheidungskompetenzen gewinnt somit die Kraft materieller Integrationsfunktion: Erst wenn der Zwang nicht mehr bemerkt wird, hat er seine höchste Wirksamkeit erreicht. Erst der internalisierte König ist vor der Guillotine sicher. In diesem Sinne dient die Subsidiarität nicht der Gewährung von Freiräumen, sondern nur der reibungslosen und damit um so wirkungsvolleren Durchsetzung der herrschenden Interessen, indem die Illusion eigenverantwortlicher Entscheidung genährt wird.

2. Der Paritätsschwindel.

Drittelparität im Konzil, Halbparität in den Studienreformausschüssen, Erfolge der maßvoll-konservativen ASTA-Politik der letzten Semester? Bedenklich stimmt bereits der Vergleich mit den Minimalparitäten (1/5 bzw. 1/6) im Akademischen Senat, in Fachbereichs- und Institutsräten.

Der Erfolg der relativ hohen Beteiligung entlarvt sich sehr schnell als Eroberung von Luftschlössern: das Konzil hat außer integrativen Repräsentationsfunktionen und gewissen satzunggebenden Befugnissen – unter dem Vorbehalt staatlicher Recht- und Zweckmäßigkeitskontrolle gemäß § 64 III des Universitätspräsidenten entgegnenzunehmen.²⁴⁾

Eine noch fatalere Bewandnis hat das Zugeständnis der Halbparität in den Studienreformkommissionen.²⁵⁾ Nachdem durch das Universitätsgesetz sowie die Prüfungs- und Studienordnungen die Schranken für Lehre und Studium gesetzt sind, kann es nur noch um eine effektivere Ausgestaltung gehen, die es gestattet, die Leistungen weiter zu maximieren. Das Ergebnis der Aktivitäten der Studienreformkommissionen wird somit in eine Verschärfung der Anforderungen an die Studenten einmünden. Zugleich werden studentische Aktivitäten, die sich als progressiv verstehen, in den Dienst kapitalistischer Verwertungsinteressen gestellt: Zur Zeit explosive Forderungen wie die nach kollektiver Arbeitsweise solle so – bei erwiesenermaßen höherer Effektivität – profitabel integriert werden.

24) § 37 I 4 des UniG.

25) § 46 des UniG.

Ginge es nach den Vorstellungen der Planer der technokratischen Hochschulreform, so würde der kritische und antiautoritäre Ansatz im Kampf der Studenten an ihrem Arbeitsplatz verkürzt auf die Aufgabe, die letzten Trümmer der feudalen Ordinarienuiversität zu räumen.

Manipulative Funktion haben die sogenannten Experimentierklauseln, da sie eine von der gesetzlichen Regelung abweichende Zusammensetzung des Fachbereichs- und Institutsrates gestatten.²⁶⁾ Abgesehen von dem Genehmigungserfordernis für derartige „Experimente“²⁷⁾ und der bereits dargestellten faktischen Machtlosigkeit der akademischen Selbstverwaltungsorgane ist insbesondere auf § 50 III des Universitätsgesetzes hinzuweisen: Sobald der Institutsrat sich nicht auf die Ausführung staatlicher Programme beschränkt, sondern mit der Bestimmung der Forschungsgegenstände zu einer Selbstorganisation des Wissenschaftsbetriebs frei von den staatlich formulierten und durchgesetzten Interessen der Monopole ansetzen würde, wird den für zuverlässiger gehaltenen Professoren eine Sperminorität eingeräumt: „Beschlüsse des Institutsrats über das Forschungsprogramm.... können nicht gegen die Mehrheit der in Absatz 1 Nr. 1 genannten Mitglieder des Institutsrats (Professoren, Abteilungsleiter und Oberärzte) gefaßt werden.“²⁸⁾

Effektivierung und Formierung.

Die im Universitätsgesetz angelegte administrative Verfügung eines streng reglementierten Ausbildungsgangs entspricht der Intention zur Zuschneidung der Qualifikation auf die Bedürfnisse der bestehenden Gesellschaft. Gezüchtet wird der spezialisierte Leistungsklave. Die gesetzmäßige Ausprägung dieser Tendenz (zur Leistungsmaximierung) findet sich in den Bestimmungen der §§ 17 und 19 des Universitätsgesetzes über numerus clausus, Zwischenprüfungen und Zwangsexmatrikulation: „Die Zulassung kann für einzelne Fachrichtungen beschränkt werden, wenn und solange dies mit Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit der Universität erforderlich ist, um ein ordnungsgemäßes Studium in der betreffenden Fachrichtung zu gewährleisten.“²⁹⁾ „In staatlichen und akademischen Prüfungsordnungen kann bestimmt werden, daß Prüfungen in einer bestimmten Zeit abgelegt

26) §§ 43 III und 50 II des UniG.

27) §§ 43 III 3 und 50 II 4 des UniG.

28) § 50 III des UniG.

29) § 17 I 1 des UniG.

oder im einzelnen festzulegende Studienleistungen in einer bestimmten Zeit erbracht werden müssen.“³⁰⁾

In dieser strikten Gängelung im reibungslosen Betriebsklima trifft sich das ökonomische Interesse der Monopole nach input-output-Maximierung bei minimierten Kosten mit der Möglichkeit, die von der Alternative einer kritischen, die Grenzen der Fachparzellen sprengenden Wissenschaft ausgehenden Gefahren auszuschalten. Genötigt, sich abzuarbeiten an bloß additivem, tot produzierten Wissen theorieleeren Inhalts wird kritische Gewalt von Wissenschaft der jungen Intelligenz adressiert.

30) § 19 Satz 1 des UniG.

Zur politischen Theorie und Praxis C.F.V. Weizsäckers

Ein wiedervereinigtes Europa müßte im engeren Sinne vom Atlantik bis zur russischen Westgrenze, im weiteren Sinne von San Francisco bis Wladiwostok reichen.

C.F. v. Weizsäcker.

Aus „Wiedervereinigung Deutschlands und Europas. Thesen zur internen Diskussion.“

I.

Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker (geb. 1912 in Kiel) wurde zunächst als Theoretischer Physiker bekannt: 1935 veröffentlichte er eine Theorie über die Energiebilanz in Atomkernen, 1939 einen Versuch, auf hydrodynamischer Grundlage Kants Theorie über die Entstehung des Planetensystems neu zu durchdenken. Während des 2. Weltkrieges gehörte er zu der Gruppe deutscher Physiker um Werner Heisenberg, die sich mit Plänen zum Bau einer deutschen Atombombe beschäftigte. (s. SPIEGEL Jg. 1967, Heft 23-27 und SPIEGEL-Gespräch mit Heisenberg in Heft 28). Von 1942 bis 1944 war der planmäßiger ao. Professor für Theoretische Physik an der Universität Straßburg, von 1946 bis 1957 Abteilungsleiter am Max-Planck-Institut für Physik und Honorarprofessor in Göttingen und von 1957 bis zum Sommersemester 1969 einschließlich Ordinarius für Philosophie an der Universität Hamburg. Zum 1. Oktober dieses Jahres wird er in München ein Max-Planck-Institut für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt eröffnen.

Politisch ist er in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zum ersten Mal als Mitunterzeichner der Resolution von 18 deutschen Atomphysikern gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen hervorgetreten (1957). Daraufhin beschäftigt er sich intensiv mit Analysen von möglichen Strategien unter den Bedingungen atomarer Rüstung (s. z.B. die Publikationen in der ZEIT). 1963 erhielt er den Friedenspreis des westdeutschen Buchhandels. Mindestens seit dieser Zeit hat er seinen festen Platz im bundesrepublikanischen Establishment. Noch 1967 erhielt er allerdings bei einer SPIEGEL-Umfrage nach den Vorbildern von Studenten die meisten Stimmen (42 % vor Konrad Adenauer mit 36 %; SPIEGEL Jg. 1967, Heft 26). Heute dürfte sich dieses Ergebnis kaum wiederholen, da er inzwischen nicht gerade als ein Mann der progressiven Linken aufgetreten

ist. Wie nun aber seine politische Theorie des näheren beschaffen ist und welche politische Praxis daraus im einzelnen folgt oder vielleicht auch umgekehrt welche politische Theorie er zu welcher politischen Praxis entwickelt hat, ist weithin unbekannt geblieben.

Dies soll im folgenden auf der Grundlage einer Reihe von Fest- und Jubiläumsreden¹⁾, von Arbeitsplänen der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.²⁾ und von verschiedenen Memoranden zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt³⁾ untersucht werden, in denen Weizsäcker sein Verständnis politischen Handelns im allgemeinen

- 1) Die politische Situation unserer Zeit. Vortrag vor dem Überseeclub Hamburg im Aud.max. am 5.11.62.
zit. Übersee-Club
Bedingungen des Friedens. Rede aus Anlaß der Verleihung des Friedenspreises durch den Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1963.
zit. Bedingungen
Gedanken über die Zukunft des technischen Zeitalters. Vortrag beim Festakt aus Anlaß des 300 jährigen Bestehens der Handelskammer Hamburg am 7.5.65. (Anwesend u.a. der Bundespräsident, der Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg)
zit. Handelskammer
Friedlosigkeit als seelische Krankheit. Vortrag vor den Betheler Anstalten (1967 oder 1968)
zit. Friedlosigkeit
Jubiläumsvortrag zum 150. Geburtstag von Werner von Siemens 1966 über die Kunst der Prognose. Vortrag anläßlich der Jahresversammlung 1968 des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.
- 2) Arbeitsplan für eine Studie der Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. über den weltpolitischen Rahmen einer zukünftigen gesamteuropäischen Politik
Politische Herrschaft 1990
Forschungsprojekt „Europäische Studien“. 1968
zit. Europäische Studien
Wiedervereinigung Deutschlands und Europas. Thesen zur internen Diskussion.
zit. Wiedervereinigung. 1
Arbeitsplan für eine Studie der VdW über Wiedervereinigung Deutschlands und Europas.
zit. Wiedervereinigung. 2
- 3) Memorandum über den Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt.
zit. Institutsgründung. 1
Zusammenfassende Darstellung der Erwägungen für die Gründung eines Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt.
zit. Institutsgründung. 2

und seine politischen Intentionen im besonderen auf der Basis einer transzendentalen Reflexion zu explizieren versucht⁴⁾. Er geht dabei von der Notwendigkeit des Weltfriedens und einer Vorbeugung gegen die dritte Welt bedrohende Hungerkatastrophe aus⁵⁾; seine Absicht ist dann, nach den Bedingungen zur Realisierung dieser Ziele zu fragen und aus diesen Bedingungen wiederum Stellungnahmen zu dem ganzen Arsenal aktueller Fragen zu gewinnen – von tagespolitischen Problemen bis zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik, vom Marxismus bis zum Verhältnis von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Nun ist es an sich nicht schwierig, in den gen. Schriften eine bürgerlich-konservative Grundhaltung mit stark elitären Akzenten wiederzuerkennen. Nichtsdestoweniger soll hier von dem in Weizsäckers Schriften wohl implizierten Anspruch ausgegangen werden, die Marxsche Kritik an bürgerlichem Denken, bürgerlicher Moral und bürgerlichem Verständnis von Staat und Gesellschaft dürfe heute nicht unbesehen der Maßstab für ein auf Erhaltung bzw. Schaffung des Weltfriedens orientiertes politisches Handeln sein, da die spezifische Struktur der wissenschaftlich-technischen Welt in ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Phase selber eine Neubegründung der Prinzipien erfordert, an denen sich wahres politisches Handeln orientieren muß. Die Frage ist aber, ob dieses von Weizsäcker beanspruchte Fundament, das im folgenden ernst genommen werden soll, tatsächlich das ganze Spektrum seiner bürgerlichen Anschauungen und seiner – bezüglich der westlichen Welt – systemkonformen Wertungen erforderlich macht. Nur wenn das der Fall ist, wäre es nicht vertretbar, Weizsäckers Folgerungen am Maßstab Marxscher Ideologiekritik zu verwerfen. Sollte sich aber zeigen, daß entweder in Weizsäckers Übergängen vom Allgemeinen zum Besonderen ein fortwährender Bruch auftritt oder aber – noch schlimmer – das von ihm zwecks Schaffung und Erhaltung des Weltfriedens zu Grunde gelegte Allgemeine gar nicht dies im transzendentalen Verstande wahrhafte Allgemeine, sondern nur das Resultat einer Projektion eines bürgerlich-konservativ-elitären Denkens ist – dann wäre allerdings ein doppelter Ideologievorwurf zu erheben: Einmal der klassische Vorwurf, zum anderen der viel schwerer wiegende Vorwurf, die gegenwärtigen Strukturen der wissenschaftlich-technischen Welt und die daraus resultierenden Gefahren

- 4) In der folgenden Analyse treten wiederholt längere Zitate auf, da zugleich, um den Erfordernissen einer Dokumentation wenigstens in kleinem Umfang gerecht zu werden.
- 5) Hinzu kommt noch die Notwendigkeit einer „seelischen Anpassung“ des Menschen an die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt unter „Erhaltung der seelischen Gesundheit“. s.u.

unter dem Vorwand systemimmanenter Sachzwänge zur Legitimationsbasis eben jener bürgerlich-konservativen Weltanschauung zu erheben. Ist Weizsäckers Besonderung seines allgemeinen Ansatzes konsistent in dem Sinne, in dem es sein allgemeiner Ansatz selber fordert? Wenn ja, hätte er eine Neubegründung bürgerlichen Denkens geleistet – wenn nein, kann ihm der Vorwurf neobürgerlicher Ideologie nicht erspart bleiben!

II.

Zuerst soll nach Weizsäckers Freiheitsbegriff gefragt werden; dabei ist sowohl auf das Verhältnis von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit überhaupt als auch auf seine Beurteilung der historischen Konkrete, insbesondere der bürgerlichen Konkrete, zu achten. In einem Vortrag vor dem Hamburger Übersee-Club (1962) wird die Frage nach der deutschen Einheit in Übereinstimmung mit dem „weltpolitischen Zusammenhang“ sehr viel stärker als ein Problem der „Freiheit“ denn als ein „nationales Anliegen“⁶⁾ behandelt. Gegen diese Rangordnung ist sicher nichts einzuwenden; welches Verständnis von Freiheit steht aber dahinter?

„Wenn man mir sagte: „Könnt Ihr nicht eigentlich ertragen, daß Ihr zwei Staaten seid? Schließlich war die Schweiz auch einmal ein Teil von Deutschland und Österreich war es noch vor 100 Jahren“, so konnte ich darauf nicht antworten: nein, wir können das schlechterdings nicht ertragen. Ich konnte aber sagen: wir können nicht ertragen, daß Menschen, mit denen wir verwandt sind, und für die wir mitverantwortlich sind, in Unfreiheit leben. Daß das nicht ertragen wird, versteht die Welt.“⁷⁾

Abgesehen davon, daß bezeichnenderweise offen bleibt, ob die doppelte Negation nach dem Vergleich mit der Schweiz und mit Österreich eine Affirmation ergeben soll oder nicht, dürfte die offizielle Sprache der NATO-Ideologie unüberhörbar sein. Wie vereinbart sich nun aber dieses westliche Freiheitsverständnis mit dem Programm einer Weltinnenpolitik, das entscheidend darauf aufbaut, daß die beiden atomaren Großmächte auf der Basis wohlverstandener gemeinsamer Interessen das tun, was zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Vermeidung einer Hungerkatastrophe unvermeidlich ist? In einem Exposé zur „Wiedervereinigung Deutschlands und Europas“ wird „das Extrem des denkbaren Spannungsabbaus“ in

6) Übersee-Club, S. 13

7) Übersee-Club, ebd.

einem „Bündnis zwischen Amerika und Rußland“, einer „Pax-Russo-Americana“ gesehen⁸⁾. Dazu wäre „innenpolitisch keine Angleichung der Systeme erforderlich“⁹⁾; also Verzicht auf Freiheit im westlichen Sinne für östliche Länder?

„Es ist jedoch zu vermuten, daß die Systeme automatisch einander näher kommen werden. Vorbedingung ist also nur gegenseitige Duldung. Diese besteht heute, trotz aller Beschimpfungen, seit vielen Jahren de facto. Sie würde dann in einem neuen Sinne de jure bestehen. Es ist zu hoffen, daß eben dies die Motive der beiderseitigen Verhärtung, die in der gegenseitigen Angst bestehen, unwirksamer machen und so insbesondere die Liberalisierung der osteuropäischen Länder fördern würde.“¹⁰⁾

Wie soll aber die ja mehr als berechtigte Forderung nach einem liberalen, humanitären Sozialismus für osteuropäische Länder glaubwürdig sein, wenn nicht fast im selben Atemzug der Sozialismus für westeuropäische Länder verlangt wird, der dann im Verein mit der nach Weizsäcker hier vorhandenen Liberalität im Resultat eben das ergeben müßte, was von den osteuropäischen Ländern zwecks Ausgleich der Systeme erforderlich ist? Die Freiheit im Sinne der NATO entpuppt sich zur Freiheit im Sinne einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Vor der Freiheit, deren bürgerliches Verständnis bei Weizsäcker sich schon andeutet, rangiert aber noch die Rechtsstaatlichkeit. Sie „hat historisch und sachlich den Vortritt vor den anderen Elementen der Demokratie. Ihre Sicherung ist in den kommunistischen Ländern die vordringliche Aufgabe.“¹¹⁾

Wie soll diese Rechtsstaatlichkeit aber materialiter beschaffen sein, wenn sie gerade noch nicht einmal bürgerliche Freiheit implizieren soll? Kann nicht jedes absolutistische Terrorregime zugleich ein Rechtsstaat sein?

„Vielleicht dürfen wir uns hier daran erinnern, daß in der west- und mitteleuropäischen Geschichte das wichtigste Sprungbrett zur institutionell gesicherten Freiheit die Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit war“ – also ganz die formale bürgerliche Rechtsgleichheit, die eben die Affir-

8) Wiedervereinigung, 1, These 16

9) Wiedervereinigung, 1, These 30

10) ebd.

11) ebd., These 31

mation materialer Ungleichheit impliziert. „Der Staat des Absolutismus aber hatte an der Schaffung dieser Rechtsordnung, die ihn schließlich abzulösen gestattete, ein erhebliches Verdienst. Daher ist auch in der Welt-Innenpolitik, gerade auch in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, die Schaffung und Verteidigung zuverlässiger rechtsstaatlicher Formen im Innern der Staaten und durchsetzbarer rechtlicher Normen im Verkehr zwischen ihnen ein vordringliches Ziel; dies ist ein Ziel, das überall auf der Welt persönlichen Einsatz unter Gefahr rechtfertigt. Rechtsstaatlichkeit ist die Grundlage bürgerlicher“ (!!!) „Freiheit; Freiheit ohne bindende Rechtsordnung vernichtet sich selbst.“¹²⁾

Es ist also keine Unterstellung, daß die Freiheit und die Liberalisierung der DDR und Osteuropas, die im Zusammenhang einer Wiedervereinigung Deutschlands und Europas für wünschenswert und erforderlich gehalten werden, eine Freiheit und eine Liberalität im **bürgerlichen Verstande** sind! Und selbst **absolutistische** Rechtsstaatlichkeit wird eben für die kommunistischen Länder als Vorbedingung einer dort zu realisierenden **bürgerlichen** Freiheit akzeptiert! Und kaum anders dürfte das Drei-Stufen-Modell, das mit einem „Aufblühen der Fülle demokratischer Institutionen“ endet, zu verstehen sein, das Weizsäcker im Festvortrag aus Anlaß des 300-jährigen Jubiläums der Handelskammer Hamburg (7.5.65) entwickelt:

„Wenn wir heute in der westlichen Welt mit Recht den Begriff der Freiheit politisch an die Spitze stellen, wenn wir ihn durch den Begriff der Demokratie erläutern, so dürfen wir dabei nicht vergessen, daß die Erreichung demokratischer Freiheit ein Prozeß war, der in unserer Vergangenheit schrittweise vollzogen werden kann, und daß eine der ersten Stufen – und wir mir scheint – die wichtigste von den frühen Stufen die Errichtung von rechtlichen Ordnungen ist. Auch absolute Staaten, auch absolute Monarchen können – und haben es oft getan – Rechtsgleichheit zwischen den Bürgern ihres Landes herbeiführen; wenn diese Rechtsgleichheit eingerichtet ist, ist die zweite Möglichkeit vorhanden, daß auch der Staat selbst dem von ihm gesetzten Recht unterworfen wird. Wenn auch dieses geschehen ist, ist die dritte Möglichkeit da, daß unter dem Schutze dieser Rechtsordnung nun die Fülle demokratischer Institutionen aufblüht.“¹³⁾

12) Bedingungen, S. 23 f.

13) Handelskammer, S. 16 f.

Wer noch zweifelt, daß in der Jubiläumsrede vor dieser klassisch bürgerlichen Institution, gegründet im Jahre 1665, eine andere Freiheit gemeint ist als die, die die Freiheit der Jubilare selbst ist, achte zunächst auf die abstrakt-individualistische Fassung mit der als Überbau fungierenden Verdammung dessen, was den Menschen in ihm selber unfrei macht:

„Ich würde meinen, daß wir hier den Begriff der Freiheit insbesondere uns ansehen müßten als Freiheit des Menschen als bewußter Person gegenüber dem in ihm selbst, was ihn unfrei macht.“¹⁴⁾

Daß diese zunächst abstrakt verstandene Freiheit des Menschen als bewußter Person konkret aber genau die ist, die die versammelten Jubiläumskauffleute und ihre Vorfahren schon immer gefordert und praktiziert hatten, dürfte ihnen in einer ebenso festlichen wie würdigen Weise bewußt geworden sein:

„Man soll ja doch, wenn man eine Festrede hält, nicht nur die Nüchternheit zu Wort kommen lassen, nicht nur die Abschätzung künftiger Möglichkeiten. In eine Festrede gehört doch wohl auch einmal ein Dichterwort. Es ist mir heute früh ein Wort von Hölderlin eingefallen, das auf den Kaufmann geht. Ich nehme an, daß es hier in diesen Tagen noch nicht zitiert worden ist. Wenden wir uns für einen Augenblick mit Hölderlin in seinem Gedichte Archipelagus zurück in die Zeit vor über 2000 Jahren. Er beschwört das Bild des alten Athen herauf. Nachdem er von anderem geredet hat, fährt er fort:

und eilten aus freudigen Pforten dort die Gassen dir nicht zu gesegnetem Hafen heruter? Siehe! da löste sein Schiff der fernhinsinnende Kaufmann, froh, denn es wehet' auch ihm die beflügelnde Luft, und die Götter liebten so, wie den Dichter, auch ihn, dieweil er die guten Gaben der Erd' ausglich und Fernes Nahem vereinte. Fern nach Cypros ziehet er hin und ferne nach Tyros, strebt nach Kolchis hinauf und hinab zum alten Ägyptos, daß er Purpur und Wein und Korn und Vliesse gewinne für die eigene Stadt, und öfters über des kühnen Herkules Säulen hinaus zu neuen seligen Inseln tragen die Hoffnungen ihn und des Schiffes Flügel ...“

Ich finde, das ist schön gesagt, wie den Kaufmann, so wie den Dichter die Götter lieben, weil er Fernes Nahem vereint und die guten Gaben der Erde ausgleicht.

14) Handelskammer, S. 18

Kehren wir zurück in die Gegenwart, so werden wir finden, daß diese Worte im Grunde genau so wahr sind wie zuvor.“¹⁵⁾ „Der fernhinsinnende Kaufmann ist auch heute da, aber die Ferne, in der er sinnt, ist nicht die Ferne, in der sich Cypern und Ägypten von Athen befinden. Heute ist die Erde durch die Technik des Verkehrswesens so eng zusammengeschlossen, daß Hamburg und New York und Guayaquil und Hongkong und Kapstadt miteinander verbunden sind durch ein Netz, das manchmal fast enger ist als das Netz, das, sagen wir, über die Lüneburger Heide gespannt ist.“¹⁶⁾

Ob Weizsäcker inzwischen nicht selber Bedenken gegen solche Neoe-tablierung metaphysischer Anfangsgründe bürgerlichen Denkens gekommen sind? In einem Vortrag über „Friedlosigkeit als seelische Krankheit“, den er freilich nicht vor einem Club ehrbarer Kaufleute, sondern aus Anlaß des 100-jährigen Jubiläums der Betheler Anstalten (1968) gehalten hat, beschäftigt er sich gleichfalls mit den Bedingungen des Weltfriedens. Nachdem er dort u.a. versucht, Marx und Freud wenigstens ein partielles Recht wiederfahren zu lassen, kommt er zum Schluß statt der bisherigen transzendentalen Konstruktion des Begriffs bürgerlicher Freiheit zu folgendem nachdenklichen Raisonement:

„Gegen den falschen Frieden und die falsche Freiheit, nämlich den bloß formalen Charakter des Friedens und der Freiheit in einer Gesellschaft, die in Wahrheit vor allem die Interessen der herrschenden Gruppen schützt, empört sich gerade heute der für unsere Zukunft wichtigste Teil der studentischen Jugend. Aber diese Empörung macht sich nicht leicht verständlich; es fällt ihr schwer, an Kriterien zu appellieren, die allen Gliedern der Gesellschaft gemeinsam waren.“¹⁷⁾

Allerdings hat diese studentische Jugend längst durchschaut, warum es ihr schwer fällt, an solche Kriterien zu appellieren. In einer Gesellschaft, in der die Kriterien der Herrschenden längst die herrschenden Kriterien geworden sind, kann freilich nicht der an allen Gliedern der Gesellschaft gemeinsame Kriterien appellieren, der eben die Wurzel solcher Kriterien in den partikularen Interessen der Herrschenden findet. Wenn aber das Bewußtsein einer Gesellschaft — abgesehen von den wenigen, die sich in kritischer Reflexion dagegen wenden — selber von den Herrschenden so manipulierbar ist und so manipuliert wird, daß es allein in eigenständiger kritischer Reflexion sein Manipuliertsein selber nicht mehr durchschauen kann, dann

15) Hervorhebung durch das Autorenkollektiv

16) Handelskammer, S. 4 f.

17) Friedlosigkeit, S. 22.

dürfte wohl mutatis mutandis gelten, was Weizsäcker in seinem Vortrag über die „Bedingungen des Friedens“ für die bürgerliche Freiheit in Anspruch nimmt:

„Daher ist auch in der Weltinnenpolitik, gerade auch in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, die Schaffung und Verteidigung zuverlässiger rechtsstaatlicher Formen im Innern der Staaten und durchsetzbarer rechtlicher Normen im Verkehr zwischen ihnen ein vordringliches Ziel; dies ist ein Ziel, das überall auf der Welt persönlichen Einsatz unter Gefahr rechtfertigt.“¹⁸⁾ „Rechtsstaatlichkeit ist die Grundlage bürgerlicher Freiheit“

Ob man dann, wenn man das herrschende Bewußtsein von seiner Manipulation durch die Herrschenden befreien will, nicht mit einer Befreiung solcher Universitätsinstitute und einer Sprengung solcher Vorlesungen beginnen muß, in denen die Wissenschaft von der Manipulation der Gesellschaft, nämlich die positivistische Psychologie, gelehrt wird und zwar durch „persönlichen Einsatz unter Gefahr“, die heute durch neofaschistoide Regierungen, faschistoide Polizeikommandeure und neofaschistische Gesetzgebung (Vorbeugehaft, Ordnungsrecht) gegeben ist?

III.

Es mag dahingestellt bleiben, ob und — falls ja — bis zu welchem Grad Weizäckers kritische Betrachtung des formellen Charakters der Freiheit eine Kritik an seinem eigenen bürgerlichen Verständnis von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit impliziert. Weiteren Aufschluß über seine politische Philosophie wird man von seinen Äußerungen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik erhoffen dürfen, diese finden sich dankenswerterweise vor allem in den verschiedenen Arbeitsplänen und Memoranden zur Gründung eines „Max-Planck-Institutes für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ und in dem bekannten Vortrag „Über die Kunst der Prognose“ vor dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, wo sich unter den geladenen Gästen freilich auch der Mann befand, der wohl lieber in der Bundeswehr als in wissenschaftlichen Instituten die „Schule der Nation“ sieht. Die in diesen Schriften und Reden auftretenden Vota Weizäckers über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik haben den Vorzug, selber eine Funktion in einem politischen Zusammenhang auszuüben: Sie sind zugleich Werbung für die Gründung des Max-Planck-Instituts. Folglich ist

18) Bedingungen, S. 22.

zu erwarten, daß sich in ihnen sowohl eine Reflexion auf die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Machtverhältnisse in BRD als auch eine den Inhalt dieser Vota bestimmende Strategie widerspiegelt, deren Ziel die allgemeine Befürwortung des geplanten Instituts unter den Bedingungen der herrschenden Interessen ist. Insofern wäre tatsächlich eine Einheit von Theorie und Praxis gewahrt, indem die Aussagen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik zugleich Bestandteil eines politischen Programms, nämlich einer wissenschaftlichen Fundierung von Politik sind.

Die Frage ist aber, ob ein politisches Programm, das zu seiner Realisierung der Unterstützung der in Staat und Wirtschaft herrschenden Kräfte bedarf, eine solche wissenschaftliche Fundierung von Politik enthalten kann, die den herrschenden Interessen widerspricht oder auch nur nicht vollständig konform ist. So ist es nicht verwunderlich, daß zunächst immer nach den Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, implizite also auch nach den Lebensbedingungen des Monopolkapitalismus gefragt wird und daraus notwendige Forschungsprojekte abgeleitet werden. So findet sich beispielsweise folgenden Katalog „projekt-bezogener Arbeiten“:

- „a) Probleme der Welternährung und Entwicklungspolitik.
... Aufgabe des Instituts wäre es, Experten der Landwirtschaft, der Ernährungsphysiologie usw. mit dem Ziel zusammenzuführen, das Zusammenspiel zwischen Bevölkerungswachstum, Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, der hierfür notwendigen partiellen“ (!) „Industrialisierung sowie dem hierfür“¹⁹⁾ „notwendigen Ausbau des Unterrichtssystems in den Entwicklungsländern festzustellen. Zu untersuchen wäre ferner, unter welchen Bedingungen Maßnahmen der Industriestaaten geeignet sind, das Ernährungsproblem in den Entwicklungsländern zu lösen.
- b) Strukturprobleme der Industriegesellschaft
Innerhalb des weitgespannten Themas gilt das besondere Interesse Herrn v.Weizsäckers den Problemen der seelischen Anpassung“ (!) „des Menschen an die technische Welt und derjenigen Änderungen technischer Probleme, die zur Erhaltung seelischer Gesundheit“ (!) „notwendig sind.
- c) Technologische Prognose.
- d) Auswirkungen der Biologie. ...
- e) Waffentechnik und Strategie.
- f) Zielvorstellungen der Weltpolitik.
- g) Zukünftige Struktur Europas.²⁰⁾

19) Hervorhebung durch das Autorenkollektiv
20) Institutsgründung. 2, S. 5f.

Sicher beansprucht dieser Katalog Weizsäckers keine Vollständigkeit; es fällt aber gleichwohl auf, daß Themen wie Selbstbestimmung, Rätedemokratie, Sozialisierung der Produktionsmittel (wohlgemerkt in Entwicklungsländern), kurz alle Konzeptionen, die in der offiziellen Politik und Ideologie der BRD mehr oder minder tabu sind, mit keinem Wort erwähnt werden. Auch die Kategorien der „seelischen Anpassung“ und der „seelischen Gesundheit“ sind suspekt; zwar wäre denkbar, daß sein Begriffsgebrauch von ‚Anpassung‘ und ‚Gesundheit‘ so weit ist, daß jedes Verhalten und jeder Zustand, insofern sie in einer Gesellschaft existieren, mithin auch ein revolutionäres Verhalten und ein revolutionärer Zustand, mit derartigen soziologischen Kategorien zu fassen sind. Da aber jene Soziologie, die damit arbeitet, die strukturell-funktionale Soziologie, sich ohnehin längst als eine system-affirmierende Wissenschaft im staatlich-regulierten Kapitalismus erwiesen hat, wäre für den Fall, daß tatsächlich nicht die Ideologie dieser systemkonformen Soziologie impliziert sein soll, wenigstens ein Hinweis erforderlich, um dieses „besondere Interesse Herrn v.Weizsäckers“ an diesem „weitgespannten Thema“ vor Mißverständnissen zu schützen.²¹⁾

Fragen wir aber nach dem grundsätzlichen Verhältnis von Wissenschaft und Politik und d.h. nach dem Verhältnis des geplanten wissenschaftlichen Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen in der wissenschaftlich-technischen Welt zur Politik selber. Kurz nach dem oben zitierten Projekt-Katalog heißt es:

„Die Zusammenarbeit mit politischen Instanzen nahestehenden Forschungsstellen (z.B. Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, Isar) wird angestrebt. Andererseits wird im Gegensatz zu solchen Stellen die Notwendigkeit stark betont, das Institut bezüglich seiner Finanzierung sowie seiner Aufgabenstellung von den Bedürfnissen der Tagespolitik freizuhalten. Nur unter dieser Bedingung wissenschaftlicher Unabhängigkeit ist Herr v.Weizsäcker bereit, die Leitung des Instituts zu übernehmen. Diese Bedingung wäre erfüllt, wenn das vorgeschlagene Institut als Max-Planck-Institut gegründet würde.

Das vorgeschlagene Institut soll grundsätzlich nicht unmittelbar Entscheidungshilfe für politische Instanzen bereitstellen. Es soll in ihm keine neue Wissenschaft gegründet werden.“²²⁾

21) s.a. Zitat m. Fußn. 33 und die sich daran anschließenden Ausführungen des Autorenkollektivs

22) Institutsgründung. 2, S. 5 f.

Die entscheidenden Begriffe sind wohl „Tagespolitik“ und „unmittelbare Entscheidungshilfe“. Offenbar steckt die Unterscheidung zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Strategien wissenschaftlicher Fundierung von Politik dahinter; ihre nicht zu leugnende wissenschaftliche Plausibilität soll wohl die theoretische Basis sein, die die geplanten Projekte einesteils vor tagespolitischer Korruption schützt und anderenteils ihnen auf längere Sicht die Chance wahrt, politisches Handeln zu motivieren. Unklar bleibt allerdings, ob dieses auf wissenschaftlichen Aussagen basierende mittel- und langfristige politische Handeln nicht zum gegebenen Zeitpunkt gleichfalls tagespolitisch ist; die Unterscheidung zwischen dem allgemeinen, auf lange Sicht orientierten politischen Handeln und dem auf den aktuellen Anlaß bezogenen politischen Handeln, der Tagespolitik, ist bürgerlich-abstrakt, d.h. diese abstrakte Trennung existiert nur im Überbau des politischen Verständnisses von Politik, nicht in der realen Politik selber.

Daß das so ist, zeigt sich bereits in einem „Forschungsprojekt ‚Europäische Studien‘“, dessen Gegenstand die „Erforschung von Problemen“ ist, „die mit der Spaltung Europas und Deutschlands und deren konstruktiver Überwindung verbunden sind“. Damit die Überwindung konstruktiv ist, das Projekt also nicht bloße Theorie bleibt, muß es sich qua Projekt selber schon mit den Möglichkeiten real-politischer Effizienz beschäftigen:

„Der Arbeitskreis verfolgt mit dem Projekt folgende Ziele:

Erstens, in der Bundesrepublik die wissenschaftliche Beschäftigung mit den politischen und strategischen Problemen zu fördern, die mit der Spaltung Deutschlands und Europas und deren konstruktiver Überwindung zusammenhängen.

Zweitens will das Projekt an den deutschen Universitäten und Forschungsinstituten die wissenschaftliche Erforschung und Abwägung alternativer politischer Aktionen fördern, wenn auch hier beschränkt auf Probleme, die mit der Teilung Deutschlands und Europas und deren konstruktiver Überwindung zusammenhängen.

Drittens soll, mit dem vorhergehenden Ziel verbunden, die Rationalisierung des Entscheidungsprozesses gefördert werden, indem wissenschaftliche Analysen politischer und strategischer Probleme der Politik zunutze gemacht werden. **Dies setzt jedoch einmal eine Verbesserung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik voraus**²³⁾, „und zwar weniger zwischen bestehenden Institutionen, wo sich dies eingebürgert hat, sondern

vor allem im Hinblick auf Universitätsinstitute oder Einzelforscher (Ordinarien, Habilitanden, Doktoranden)²⁴⁾. „Dies setzt zum anderen aber auch größere Bereitschaft der politischen Entscheidungsinstanzen voraus, sich die wissenschaftliche Analyse zunutze zu machen und gegebenenfalls die nötigen Informationen zur Verfügung zu stellen.

.....

Fünftens Daneben sollte es eine Reihe von Arbeitspapieren geben, die als Ausgangspunkt wissenschaftlicher Diskussion dienen und auch in den Ministerien kursieren können.“²³⁾,²⁵⁾

Summa summarum: Ohne engen Kontakt zu den sich tag-täglich abspielenden politischen Entscheidungsprozessen hat das Projekt keine Aussicht auf Konstruktivität. „Es soll daher versucht werden, die Verbindung zwischen politischen Institutionen und der Erarbeitung möglichst realistischer Modelle aufrecht zu erhalten.“²⁶⁾ Und in einem „Arbeitsplan für eine Studie der Forschungsstelle der Vereinigung deutscher Wissenschaftler über Wiedervereinigung Deutschland und Europas“ wird gefordert, daß in Zukunft mehr deutsche Wissenschaftler an den Expertenbesprechungen über Möglichkeiten der Friedenssicherung und der Lösung rüstungstechnischer und regionaler Fragen teilnehmen²⁷⁾:

„Solche Beiträge können, genau wie es bei den Delegationen der westlichen und östlichen Großmächte geschieht, **sinnvollerweise nur im Kontakt mit der eigenen Regierung gegeben werden**“²⁸⁾, „wobei sich der Regierung die Chance bietet, in der lockeren und unverbindlichen Form des Wissenschaftlertgesprächs Möglichkeiten abzutasten, an welche die offizielle Diplomatie nicht mit derselben Leichtigkeit herantreten kann. Die deutschen Wissenschaftler haben in diesen Fragen jedoch nicht sehr viel an konstruktiven Beiträgen von Regierungsseite erhalten und **mußten naturgemäß eigene Vorschläge in sehr behutsamer Weise machen**.“²⁹⁾ „Andererseits hat die Zurückhaltung der Bundesrepublik in diesen Themen mehr und mehr zu der Gefahr geführt, daß sich die westlichen und östlichen Mächte über unseren Kopf hinweg auf Lösungen einigen, die

23) Hervorhebung durch das Autorenkollektiv.

24) Studenten? ? ?

25) Europäische Studien, S. 2 f.

26) ebd., S. 4

27) Wiedervereinigung, 2, S. 2 f.

28-30) Hervorhebung durch das Autorenkollektiv.

unsere Anliegen unerfüllt lassen. Daraus entstand der Wunsch, einige Alternativpläne für die Lösung der deutschen und europäischen Fragen auszuarbeiten, die mit der Bundesregierung abgesprochen³⁰⁾ „und in den Gesprächen der internationalen Wissenschaftler zur Diskussion gestellt werden können.“³¹⁾

Es bleibt also das Dilemma: Entweder ist die Einheit von Wissenschaft und Politik oder von Theorie und Praxis realisiert; dann ist eine enge Verflechtung in die Tagespolitik und eine Konformität mit der Politik der jeweiligen Bundesregierung unvermeidlich. Oder aber der Entwurf von Modellen und überhaupt die politische Wissenschaft sind nicht an die Tagespolitik und an die offizielle Politik der BRD gebunden; dann ist nicht zu sehen, wie die Alibifunktion des geplanten Instituts, das sich dann im geplanten Raum einer Freiheit der Theorienbildung ansiedelte und so nach außen die Fortführung der Politik auf der Basis der herrschenden partikularen Interessen verdecken würde, vermieden werden kann.

Freilich ist dieses Dilemma grundsätzlicher Art. Um darüber hinauszukommen, muß allerdings die Schaffung einer kritischen Öffentlichkeit auf der Basis eines kritischen, von unten nach oben orientierten Entscheidungssystems (Rätesystem) handlungsleitend sein. Voraussetzung dafür ist wiederum das Anlagensystem von Prozessen, in denen sich mehr und mehr Menschen in unserer Gesellschaft von den gemäß den Interessen der Herrschenden konzipierten Manipulationsprozessen befreien. Von solchen Emanzipationsprozessen aber ist in Weizsäckers Schriften und Memoranden nicht die Rede. Es bleibt bei der **expertokratischen Elite**, die dafür sorgt, daß für alle genügend Nahrungsmittel vorhanden sind, jeder gemäß seinen Lernprozessen eine spezielle Berufsfunktion ausübt und im übrigen Friede, Ruhe und Ordnung herrscht. Das Wort von „Aufblühen der demokratischen Institutionen“ wird leider in keiner Weise im Hinblick auf die besondere Problematik der gegenwärtig herrschenden Massendemokratien konkretisiert; der Bildungsrückstand – auch in der dritten Welt – wird nur im Hinblick auf die Herstellung einer ausreichenden Ernährungsbasis erörtert. Die sonst auftretenden Konkretionen sind von bürgerlich-konservativem Geist; sie ignorieren die Widersprüche des bürgerlichen Bewußtseins, wie sie bereits von Marx entlarvt wurden.

30) Mit einem Bundeskanzler Kiesinger! Auch mit einem Bundeskanzler Strauß oder v. Thadden?

31) Wiedervereinigung, 2, S. 3

IV.

Weizsäckers Unternehmen, durch eine transzendente Reflexion auf die Bedingungen des Weltfriedens und einer Vermeidung einer Hungerkatastrophe zu einer politischen Konzeption für die wissenschaftlich-technische Welt zu kommen, besonders sich zu klassisch-bürgerlich-konservativen Kategorien; die gelegentlich anklingende Kritik an formeller bürgerlicher Freiheit führt zu keiner Konzeption einer permanenten Selbstemanzipation des Menschen. Es mag offen bleiben, ob diese bürgerlichen Kategorien das Resultat einer brüchigen Deduktion oder eines schon im Ansatz durch bürgerliche Besonderung korrumpierten Allgemeinen ist; in jedem Falle ist das Resultat ein bürgerliches Denken, das durch seine technokratischen und expertokratischen Züge kaum weniger widerspruchsvoll sein dürfte als es Marx bereits vorgefunden hat:

„Ich möchte meine persönliche, wie ich weiß subjektive, Position nicht im Unklaren lassen. Ich empfinde mich selbst als einen in der Anlage konservativen Menschen, der in der Auseinandersetzung mit den konkreten Problemen Schritt für Schritt genötigt worden ist, einschneidende Änderungen zu fordern, weil ohne sie alles, was er bewahren möchte, dem sicheren Untergang anheimfiele. ... Der Traditionsschatz, den der Konservative bewahren will, ist selbst das Erbe gelungener Revolutionen.“³²⁾

Eine sehr schöne Beschreibung des bürgerlichen Selbstverständnisses! Was ist aber der Leitfaden, an Hand dessen erkannt werden soll, welche einschneidenden Änderungen erforderlich sind?

„Die menschliche Geschichte hat uns in der für die Anpassung kurzen Zeitfolge von wenigen Jahrtausenden das Dorf, den Stadtstaat, das Großkönigtum, die Kirche, die Nation, das Imperium beschert“(!). „Jede dieser Formen bedarf anderer Strukturen des inneren Friedens“(!). „Jede neue Friedenspflicht bricht alte Loyalitäten. Hier entstehen fast unerträgliche Konflikte, und möglich ist den Menschen eigentlich immer nur das an Anpassung gewesen, was hinreichend viele von ihnen als notwendig erkannten. Deshalb ist es so wichtig, daß heute so viele Menschen als möglich die Notwendigkeit einer Friedensordnung der Menschheit erkennen. Ich hebe hervor, daß ich unter Anpassung nicht die äußere

32) Friedlosigkeit, S. 14

Angleichung des Einzelnen an soziale Normen verstehe, sondern das Vermögen, so zu handeln, wie die Aufgaben der Wirklichkeit es fordern.“³³⁾

Der Leitfaden bleibt abstrakt-allgemein. Wo Weizsäcker tatsächlich ins Besondere geht, treten die bereits oben hervorgehobenen Widersprüche auf.

33) ebd., S. 15

Zur altnazistischen Fraktion der Hamburger Professoren. Dargestellt am Fall P. R. Hofstätter.

Die Auseinandersetzung mit P.R.Hofstätter steht hier exemplarisch für den Teil der Ordinarien, die die Restauration der Universität beschleunigt und jegliche Neubestimmung eines emanzipatorischen Wissenschaftsbegriffes verhindert, inzwischen jedoch an Einfluß verloren haben. Im Gegensatz zur professoralen Technokratenfraktion um C.F.Weizsäcker¹⁾, die bei der Verstaatlichung der Universität dem Kapital wertvolle Handlangerdienste leistet, sind Professoren wie Wenke, Spuler, Hofstätter etc. sogar in der Funktion als Nur-Ideologen für das System unbrauchbar geworden.

Sie haben sich nicht zuletzt der studentischen Opposition gegenüber zu offen decouviert, als daß ihr Verbleiben in offiziellen Gremien der sich gern liberal gebenden Hamburger Machtelite noch opportun erschiene²⁾. Wir wollen versuchen, die Kontinuität der nazistischen Ideologie an der Hamburger Universität an Hand von Äußerungen Hofstätters in der Presse, sowie an seiner psychologischen Terminologie nachzuweisen.

1. Zur Person Hofstätter

1937 promovierte P.R.Hofstätter über das Thema „Die Frühentwicklung japanischer und koreanischer Kinder“. „An sozialpsychologische Fragen geriet er im Zuge der Regierungs- und Verfassungswechsel der Dreißiger Jahre fast unvermeidlich“.(!)³⁾ So publizierte Hofstätter 1940 einen „methodologischen Beitrag zur Stammeskunde“⁴⁾. Hofstätter's neu gewecktes Interesse an sozialpsychologischen Fragen schlug sich flugs in „Betrachtungen über die Wissenschaft im Volksganzen“⁵⁾ nieder. Dieser Sozialpsychologe, der „stolz darauf war, ein deutscher Psychologe zu sein“⁶⁾, befand, „welchen Platz somit die Psychologie im Leben des deutschen Volkes auszumachen hat. Sie kann und muß zunächst die persönliche Eigenart feststellen, damit die Volksgemeinschaft jedem

- 1) Vgl. das Kapitel „Zur politischen Theorie und Praxis C.F. v. Weizsäcker“ und die Dokumentation
- 2) Vgl. hierzu vor allem das Kapitel „Hamburger Universität und Wirtschaft“
- 3) P.R. Hofstätter, Gruppendynamik, Die Kritik der Massenpsychologie, Hamburg 1957, S. 181
- 4) P.R. Hofstätter, Ruf und Bestand, in: Zeitschrift für angewandte Psychologie, Band 60 Jg. 1940
- 5) P.R. Hofstätter, Die Krise der Psychologie, in: Deutschlands Erneuerungen, 23. Jg. Heft 11, Nov. 1941
- 6) Hofstätter, Die Krise ..., a.a.O., S. 577

Einzelnen die Aufgaben zuzuweisen vermag, deren Lösung von ihm erwartet werden darf. Das setzt die Untersuchung der Leistungsfähigkeit und des Charakters voraus. Da wir in steigendem Maße gezwungen sein werden, die uns zur Verfügung stehenden menschlichen Arbeitskräfte – im weitesten Sinne – so ökonomisch wie möglich zu bewirtschaften, hat die Psychologie ein weites Feld vor sich. Die Eignungsuntersuchungen, wie sie heute seitens der Wehrmacht, der Arbeitsämter und durch einzelne Industrien vorgenommen werden, sind dazu ein Anfang. Wie E.R. Jaensch einmal angedeutet hat, ist die Psychologie auch dazu berufen, sich in den Dienst bevölkerungspolitischer Eugenik zu stellen.“⁷⁾

Folgerichtig war Hofstätter in den Jahren von 1937 bis 1943 als Heerespsychologe und zwischen 1943 - 1945 als Kriminalbiologe im Dienst des Reichsjustizministeriums tätig.⁸⁾ Ungeachtet seiner nationalsozialistischen Vergangenheit erhielt Hofstätter nach 1945 einen Lehrauftrag in Graz. Nach einem längeren Amerikaaufenthalt wurde er Lehrstuhlinhaber für Psychologie an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven und seit 1960 ist er Direktor des Psychologischen Instituts der Hamburger Universität.

2. Die Affäre Hofstätter 1963

Der Artikel „Bewältigte Vergangenheit“ in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ kennzeichnet das politische Selbstverständnis des sich selbst als wertfrei begreifenden Sozialpsychologen Hofstätter.⁹⁾ „Bewältigen kann man ein Pensum, sei es eine bestimmte Menge Arbeit oder eine Distanz auf der Landstraße oder auch eine Speisekarte.

Wie aber steht es mit der Vergangenheit?

Das geht aus mindestens drei Gründen nicht:

Erstens: Die Zukunft folgt der Gegenwart auf dem Fuß. Was wir heute tun, ist in ein paar Jahren selbst Vergangenheit.

Zweitens: Die Vergangenheit ist nach rückwärts offen und daher nicht auszuloten. Dann und wann schlagen wir deshalb auch eine mehr oder minder gangbare Brücke von gewissen historischen Ereignissen zu den Tagesfragen der Gegenwart, so etwa von den Perserkriegen zum sog. Ost-West-Konflikt. Fertig scheinen wir in den letzten zweieinhalb Jahrtausenden noch mit gar nichts geworden zu sein.

7) ebenda, S. 573

8) in: „Who is who“ Jg. 1967

9) „Die Zeit“ Nr. 24 vom 14. Juni 1963

Drittens: Die Vergangenheit, die uns jetzt und dann bewußt wird, stellt eine Auswahl aus den tatsächlichen Ereignissen dar, in deren Besonderheiten sich unsere gegenwärtigen Wünsche und Ängste widerspiegeln. Das Korrelat einer bewältigten Vergangenheit müßte demnach eine an der Zukunft desinteressierte Gegenwart sein. Es erscheint mir unklug, wenn wir uns eine prinzipiell unlösbare Aufgabe stellen.“

Die Begründung, aus der Hofstätter abzuleiten vermeint, warum eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eo ipso unmöglich sei, beweist bestenfalls seine eigene Begriffslosigkeit. Werden anfangs Trivialitäten („was wir heute tun, ist in ein paar Jahren Vergangenheit“) aneinandergereiht, so begibt sich Hofstätter bald auf eine metaphysische, nicht mehr nachvollziehbare Argumentationsebene – „Vergangenheit ist nach rückwärts offen und daher nicht auszuloten“ –. Daß das Begreifen der politischen Vergangenheit die bewußte Neustrukturierung der Gesellschaft zur Voraussetzung gehabt hätte, verdreht sich bei Hofstätter zu einem Korrelat, das das Verstehen der eigenen Geschichte mit einer an der desinteressierten Zukunft gleichsetzt.

Doch Hofstätter, der, da er die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse nicht ausloten konnte, sie wohl verdrängt haben muß, „denkt weiter.

Vielleicht hilft uns ein hypothetischer Fall: Was geschehe eigentlich, wenn eines Tages in irgendeinem entlegenen Winkel der nunmehr 74 jährige Adolf Hitler entdeckt würde?

Natürlich gäbe es einen sehr großen Prozeß, und natürlich würde der Angeklagte verurteilt. Ja und? Hätten wir auch nur ein Quentchen unserer Vergangenheit bewältigt, wenn wir fortan wüßten, daß in der Strafanstalt X der Strafgefangene Y einsitzt, der früher einmal der Führer des Großdeutschen Reiches gewesen war? Ich vermute, die Verlegenheit wäre grenzenlos, und im Effekt müßten wir eingestehen, daß angesichts von Ereignissen weltgeschichtlicher Dimension die Maßstäbe und die Möglichkeit jeder irdischen Gerechtigkeit seltsam inadäquat sind. Bewältigt wäre bestenfalls eine Gerichtsakte“.

Um Kriegsverbrecher und Massenmörder nicht aburteilen zu müssen, bemüht der Sozialpsychologe Hofstätter den lieben Gott. Endgültig entlarvt er sich als perfider Demagoge mit dem Versuch, die Massenmorde eines Eichmann zu relativieren. „Vor etwa einem Jahr wurde am 1. Juni 1962 in einem Gefängnis bei Tel-Aviv Adolf Eichmann hingerichtet. Hat dieses Ereignis etwas zur Bewältigung der Vergangenheit

beigetragen? Auf welche Zukunft sollen wir es beziehen? Sechs Monate später zittern wir vor den möglichen Folgen der Kuba-Krise. Wir sind, um den Titel des Stückes von Thornton Wilder zu gebrauchen, noch einmal davongekommen; aber damals bestand sicherlich die Möglichkeit mehr Menschen zu vernichten, als dies Eichmann je konnte. Die Strategen hüben und drüben denken in beängstigend großen Zahlen von Opfern.

Wir geraten in einen äußerst fatalen Zwiespalt: Daß Gerechtigkeit geschehe ist uns lieb; zugleich können wir aber nicht verhehlen, daß sich die Formen eines ordentlichen Gerichts eigentlich nur zur Bewältigung relativ kleiner, sozusagen privater Untaten eignen. Überfordern wir diese Institution nicht, wenn wir von ihr einen Spruch in Sachen Weltgeschichte und Massenvernichtung verlangen? "

Empfindliche Strafen für Diebe und Straffreiheit für Massenmörder, diese Forderung ist unmißverständlich. Plädiert Hofstätter für Straffreiheit mit dem Argument, daß die „irdische Gerichtsbarkeit“ überfordert sei, so weist er dann nach, warum die Verbrecher des Dritten Reiches grundsätzlich nicht zur Verantwortung gezogen werden könnten.

„Die Täter (Kriegsverbrecher und Massenmörder, d.V.) vergingen sich gegen die Menschlichkeit, weil sie sich einem Begriff des Soldatentums verschrieben hatten, der uns heute unannehmbar erscheint.

Sind wir aber im Hinblick auf diese Möglichkeit noch moralisch zur Strafverfolgung der Täter in den Uniformen des Dritten Reiches legitimiert? Man muß die Frage stellen dürfen. Daß die Bundesrepublik nicht zu diesen Zentren gehört, mag unserem Gewissen Erleichterung bedeuten, aber dieser Sachverhalt ist im Grunde unerheblich.

Was tun? Ich kann keine Lösung vorschlagen. Jede würde verletzen; und andere vermögen besser als ich zu prüfen, welche politisch überhaupt realisierbar ist.

Persönlich neige ich allerdings dazu, einen Akt des Staates zu befürworten, der zwar die Schuld der Täter nicht tilgt, aber auf deren Bestrafung zu verzichten. Die Täter müssen sich vor Gott zu verantworten haben. Uns aber geziemt ein Bekenntnis zur unbewältigten Vergangenheit.“¹⁰⁾

10) „Die Zeit“ Nr. 24 vom 14. Juni 1963

Mit diesem Artikel hat Hofstätter allerdings ein Bekenntnis zu seiner eigenen reaktionären politischen Position und starken Affinität zu nationalsozialistischem Gedankengut abgegeben.

Jedoch weiß der Sozialpsychologe seine Position als Hochschullehrer, dessen Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung er selbst nachgewiesen hat,¹¹⁾ zu nutzen, um zu aktuellen Geschehnissen Stellung zu beziehen.

Während sich die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ von dem oben zitierten Leserbrief distanzierte, hielt ihre Redaktion das bei dem Hofstätter-Elaborat „Was verspricht man sich vom Schulfach Zeitgeschichte“¹²⁾ für überflüssig.

Den theoretischen Hintergrund für diesen zweiten Leserbrief bildet wohl der Aufsatz „Erziehung und Propaganda“.¹³⁾ Für Hofstätter hat die Schule nicht primär die Funktion Wissen und Zusammenhänge zu vermitteln, was notwendig eine Voraussetzung gesellschaftskritischen Bewußtseins ist, sondern für ihn ist die Parallele zu Initiationsriten primitiver Gesellschaften besonders bedeutsam.

„Das Initiationszeremoniell vermittelt Wissen und bildet den Charakter, es funktioniert als Minimalauslese der Untauglichen und es verleiht seinen Absolventen Rang in der Gemeinschaft. Es hat diese Funktion mit der Institution ‚Erziehung‘ gemeinsam. Die konkreten Inhalte beider Institutionen – ihre ‚Lehrpläne‘ – spiegeln die Anliegen der Gemeinschaft wider.“¹⁴⁾

Bildung muß, so Hofstätter, den Jugendlichen in Fleisch und Blut übergehen, ihre kritische Reflexion und ein Auflehnen gegen diese Bildungsinhalte wird erst gar nicht gedacht. Seine Erziehungsrichtlinien orientieren sich an tabuierten Verhaltensweisen. So z.B. an Inzesttabus, „sie sind auch uns in ‚Fleisch und Blut‘ übergegangen, ihre Verletzung rächt sich auch bei uns noch oft an Fleisch und Blut, d.h. in der Form psychosomatischer Erkrankungen bzw. in der Form gesetzlicher Urteilsprüche. Sie stellen damit geradezu den Extremfall erfolgreicher Erziehung dar.“¹⁵⁾

11) P.R. Hofstätter, Die Psychologie und das Leben, Wien 1951, S. 111

12) „Die Zeit“ Nr. 25 vom 21. Juni 1963

13) P.R. Hofstätter, Einführung in die Sozialpsychologie, Stuttgart 1959, S. 262 ff

14) ebenda, S. 267

15) ebenda S. 276

Dies postulierte Erziehungsziel führt zur perfekten Manipulation und Entmündigung der Gesellschaft. Es bewirkt die Verinnerlichung herrschender Machtstrukturen derart, daß Lehr- und Lerninhalte zum Über-Ich werden und somit die Interessen der Herrschenden ohne physische Gewaltanwendung realisiert werden können.

Für Hofstätter besteht dann die zentrale Aufgabe des Geschichtsunterrichts darin, den „Glauben an die Auserlesenheit des eigenen Volkes zu wecken“. „Die Gegenstände, mit denen sich die schulische Erziehung befaßt, pflegen uns weniger tief in Fleisch und Blut überzugehen, aber die Schaffung einer zweiten Natur wird auch hier angestrebt. Man denke etwa an die Nationaltabus und an die Gestaltung des Geschichtsunterrichts. Der Glaube an die Auserlesenheit des eigenen Volkes (Stammes) wird in fast allen uns bekannten Kulturen gezüchtet, und die ‚Geschichte‘ des eigenen Volkes pflegt dementsprechend ausgerichtet zu sein.“¹⁶⁾

Da das Unterrichtsfach Zeitgeschichte nicht diesen Effekt zeitigen dürfte, findet Hofstätter auch allerlei Argumente gegen dessen Institutionalisierung an den Schulen.

„Was verspricht man sich davon eigentlich (Einführung des Faches Zeitgeschichte,d.V.) und was ist man bereit, sich die eventuelle Einlösung dieses Versprechen kosten zu lassen? Auf der Kostenseite notiere ich Bildung, ja wirklich, die Bildung schlechthin; und auf der Gewinnseite eine Illusion, nämlich die der in aller Form zum Schulpensum erhobenen Bewältigung der Vergangenheit.

Der im eigentlichen Sinn demokratische Bildungswert des Faches Geschichte ist durch die Beschäftigung mit – oder genauer gegen – Hitler nicht zu erreichen.“¹⁷⁾

Ist Hofstätter auch Opportunist genug, seinen „völkischen Geschichtsunterricht“ nicht explizit auszuführen, so mimt er den warnenden Fachmann, der sozialpsychologische Prozesse zu interpretieren weiß.

„Ich frage mich allerdings, inwieweit es klug ist, das Trauma, das wir Erwachsenen von heute erlitten haben, auch unseren Kindern, die nach 1945 geboren wurden, zu vermitteln. Sind wir selbst schon nicht eben einfalllos in der Betätigung von Abwehrmechanismen – einer davon ist

16) ebenda S. 276

17) „Die Zeit“ Nr. 25 21. Juni 1963

die Phrase der als bewältigbar gedachten Vergangenheit –, so könnte ich unseren Kindern in dieser Hinsicht auch einiges zutrauen. Vielleicht spielen sie eines Tages statt ‚Indianer und Trapper‘ den ‚Warschauer Aufstand‘ ... Dann doch lieber Perserkriege.“¹⁸⁾

Diese beiden zynischen Artikel erregten zwar einiges Aufsehen in der Öffentlichkeit und Presse, aber Hofstätter mußte noch mehr seine Maske fallen lassen, damit er zum Fall Hofstätter wurde. Am 19. Juli 1963 veranstaltete der Liberale Studentenbund in der Hamburger Mensa eine Diskussion, die die von Hofstätter geforderte Amnestie für Kriegsverbrecher und Massenmörder zur Grundlage hatte. Hofstätter scheute sich nicht, eine neue Dolchstoßlegende vorzutragen.

„Hitler habe den Juden den Krieg erklärt, und der Kampf gegen diese und so auch die Vernichtungsaktionen wurden von Soldaten im Waffenrock einer kriegsführenden Nation ausgeführt. Auf den Einwand und Hinweis von Arie Goral, daß es bei der Auseinandersetzung um die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht allein um die Morde an Juden ging, sondern ebenso um jene an volklich oder national nicht fixierbaren Minderheiten, wie etwa die Zigeuner usw., und die Ausrottungsaktionen ja längst vor Beginn des Krieges begannen, auch die Juden im Sinne einer ‚kriegsführenden‘ Gruppe oder Nation überhaupt nicht reklamiert werden könnten, da sie weder national, noch militärisch eine völker- oder kriegsrechtlich handlungsfähige einheitliche Gruppe darstellten, erwiderte Prof. Hofstätter, daß er allein die vor 1939 vollbrachten Tötungen als Morde ansehen könne, während alle weiteren Tötungen im juristischen Sinne keine Morde seien und demnach eine Verfolgung oder Bestrafung dieser Taten ausscheide. (Abgesehen davon, daß jede nachträgliche Verfolgung dieser Taten Abwehrreaktionen hervorrufe, die im Sinne der Psychotherapie negativ zu bewerten wären.“¹⁹⁾

Der Fall Hofstätter machte Schlagzeilen. In fast allen großen bundesrepublikanischen Tageszeitungen erschienen Artikel und Leserbriefe, die sich von Hofstätters geschichtsfälschenden und unverschämten Behauptungen, die Massenliquidierungen der Juden seien keine Morde, sondern Kriegshandlungen gewesen, distanzieren. Nur noch bei der „Deutschen National- und Soldaten-Zeitung“²⁰⁾ konnte der Hamburger Professor für seine

18) „Die Zeit“ Nr. 25 21. Juni 1963

19) „Der Fall Hofstätter – eine Dokumentation“ Arie Goral Hamburg 1963, S. 18

20) „Deutsche National- und Soldaten-Zeitung“ Nr. 33 16.8.1963

Thesen Verständnis erheischen. Sogar der rechtsradikale Brigadegeneral a.D. Prof. Freiherr v. der Heydte entrüstete sich mit Clausewitz, daß es unsoldatisch und unehrenhaft sei, Wehrlose zu töten.²¹⁾ Gegen Hofstätter erging eine Anzeihe wegen Verunglimpfung und Verleumdung der Opfer des Nationalsozialismus. Diese wurde von der Staatsanwaltschaft am 19.8.1963 mit folgender Begründung abgelehnt: „Die Ausführungen des Beschuldigten sind so, wie Sie von Ihnen (dem Antragsteller, d.V.) wiedergegeben werden, sicher geeignet, Befremden zu erregen und Widerspruch zu provozieren, besonders bei den überlebenden Opfern des NS-Regimes und den Hinterbliebenen der Toten; strafbar sind sie nicht. Ihre Beantwortung ist daher nicht Aufgabe der Strafjustiz, sondern wäre allenfalls Sache der einschlägigen Publizistik.“²²⁾ Daß die Staatsanwaltschaft den Strafantrag gegen Hofstätter negativ beschieden hat, schien dieser wohl als Sieg der Reaktion zu begreifen und entblödet sich nicht, der „Deutschen National und Soldaten Zeitung“²³⁾ ein Interview zu geben.

Auf die Frage, „welche positiven Folgen hätte Ihrer Meinung nach eine Generalamnestie?“, hat Hofstätter eine plausible Erklärung zur Hand.

„Unser Verhältnis zum Staat würde dann besser und gesünder. Heute kann man ungestraft erklären, in Bonn säßen Mörder in der Regierung. Der DFU-Führer Knorr wird mit lächerlichen 300 DM bestraft – das heißt also: praktisch gar nicht – weil er verkündet, die Generale der Bundeswehr seien Verbrecher. Hochhuth verdient gut mit seinem Versuch, die Mitschuld des Papstes zu konstruieren. Ständig wird die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik in Frage gestellt, wenn behauptet wird, unsere Gerichte würden nicht ordnungsmäßig urteilen. Dieser Zerstörung des Staates würde durch eine Generalamnestie der Boden entzogen. Die Rechtsstaatlichkeit würde gefestigt. Es ist einfach unmöglich, daß sich heute Richter ständig von Nichtjuristen sagen lassen müssen, sie hätten falsche Urteile gefällt. Was ist denn überhaupt noch übrig von unserer Rechtsstaatlichkeit, wenn wir unseren Richtern nicht mehr vertrauen?“²³⁾

Härtere Bestrafung derer, die wagen, unangenehme Tatsachen öffentlich zu sagen, und Generalamnestie für die Mörder des Nationalsozialismus, hinter diesem pervertierten Verständnis von Rechtsstaatlichkeit steht die – in

21) „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ Nr. 22 30.8.63

22) „Der Fall Hofstätter – eine Dokumentation“ I, S. 18

23) „Deutsche National- und Soldaten-Zeitung“ Nr. 35 30.8.63

Deutschland auf eine lange Tradition zurückblickende – Ideologie, daß der Feind immer links steht. Kein Wunder, daß das unmißverständliche politische Bekenntnis von Hofstätter nicht seine Lehrtätigkeit an der Universität in Frage stellt.

Der damalige Rektor, Prof. R. Sieverts, selbst ehemaliger Ideologe des Nationalsozialismus, weiß den Gesinnungsfreund Hofstätter zu decken. Trotz des einschlägigen Beweismaterials wagt Sieverts bei der Rektoratsübergabe des Amtjahres 1962/63 zu behaupten: „Ich (Sieverts, d.V.) hätte die begründete Hoffnung, daß sich dabei die Behauptung einiger Ohren- und Augenzeugen, der betreffende Kollege (Hofstätter, d.V.) habe mit seinen Äußerungen die Verbrechen der nationalsozialistischen Funktionäre verheimlichen oder gar als Kriegsrecht rechtfertigen wollen, als Mißverständnis herausstellen werde, wie er selbst von Anfang behauptet habe. Ein Mißverständnis, zu dem er bei seinem aus dem Stegreif einer Diskussion erfolgten Darlegungen allerdings wohl selbst durch einige mißdeutbare Formulierungen und durch das Verfehlen des dem erschütternden Ernst des Gegenstandes angemessenen Tones sehr beigetragen habe.“²⁵⁾

Nicht genug, daß Sieverts die in der „Deutschen National- und Soldaten-Zeitung“ gemachten Äußerungen Hofstätters bewußt außer Acht läßt: er richtet an die, die für ihn die eigentlichen Urheber der Affäre Hofstätters sind, nun eine wirklich makabere Bitte: „Für die Journalisten, die diesen Vorfall sofort in die Presse brachten und damit zum weltweiten Skandal machten, möchte ich das Fazit in die Bitte kleiden, doch, wenn wieder ein Ereignis im Leben unserer Universität zunächst rätselhafte, schwer deutbare und begreifliche Aspekte bietet, sich sofort mit dem Rektor in Verbindung zu setzen, nur um die Informationsbasis mehr zu sichern, ehe eine Nachricht oder ein Aufsatz darüber veröffentlicht wird.“²⁶⁾

Der Ring schließt sich, wenn Schulsenator Drexelius, der zwar Jahre später die oppositionellen Studenten als faschistisch abstempeln kann,²⁷⁾ gegen Hofstätter das Disziplinarverfahren einstellte. Mit der Unterstützung der Universitätsbürokratie nur war es für Hofstätter möglich, Direktor des Psychologischen Institutes zu bleiben.

24) Vgl. das Kapitel „Das permanente Kolonialinstitut“.

25) Der Fall Hofstätter, a.a.O., II, S. 23

26) „Dokumentation“ II, S. 23

27) Vgl. „Die Welt“ vom 12.6.1969

3. Hofstätters Aktivitäten 1963 - 1968.

Unsere Darstellung kann, bedingt durch das Material, keine Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die Affäre von 1963 ließ es wohl opportun erscheinen, den „honorigen“ Professor aus vorderster Schublade zu ziehen. Trotzdem haben wir genügend Dokumente, die zumindest die Tendenz der Hofstätterschen Aktivitäten eindeutig festlegen.

Die Zusammenarbeit zwischen Universität und Bundeswehr datiert schon geraume Zeit zurück. Bereits im November 1959 ermahnt der Syndikus der Universität, Dr. Münzer, die Herren „Direktoren“ der Universitätsinstitute, doch endlich die von der Führungsakademie erwünschten Arbeitsgemeinschaften in die Wege zu leiten.²⁸⁾

Daß man sich in diesen Kreisen bald des „bewährten“ Wehrmachtspychologen Hofstätter erinnerte, verwundert kaum. Hofstätters Ruf als Psychologe wird meist damit begründet, er habe die quantitativen Methoden (Statistik) für die Psychologie in Deutschland eingeführt. Übergangen wird freilich, daß er diese positivistische Methodenlehre inhaltlich mit einer rassistischen Typenlehre füllte.²⁹⁾ Als Wehrmachtspychologe verdiente er sich seine Sporen, indem er die Eignungsdiagnostik auf militärischem Sektor vorantrieb. So fand er z.B. für den geeigneten Funker folgende zweifelhafte Merkmalskonfiguration heraus: „Eine ruhige etwas nach innen gerichtete Wesensart, Fleiß, Genauigkeit und Freude an Musik und Musikausübung“³⁰⁾. Treffen diese Merkmale zusammen, so ist dieser Mensch optimal als Funker zu verwenden. Seit das Lossystem in der Bundeswehr abgeschafft wurde, wird jeder Gemusterte einer systematischen Eignungs- und Persönlichkeitsuntersuchung unterzogen.³¹⁾ Das heißt, man braucht wieder nützliche Idioten, die ihr Fachwissen den Herrschenden ungeprüft zur Verfügung stellen. Doch Hofstätter spielte, als an ihn eine Einladung zu einer Vortragsreihe innerhalb der Führungsakademie erging, anfangs den Beleidigten. Es hatte den Unverbesserlichen wohl geirrt, daß sich ein Teil des höheren Offizierskorps der Bundeswehr von seinen Äußerungen auf der Veranstaltung des Liberalen Studentenbundes distanzierte.³²⁾

28) Siehe Dokumente zu diesem Kapitel

29) „Über die Typenanalyse“, P.R. Hofstätter in: Archiv für die gesamte Psychologie, S. 205 ff.

30) P.R. Hofstätter, Typenanalyse, a.a.O., S. 307

31) G. Flik, Die Wehrpsychologie in der Bundeswehr, in: Wehrkunde, 1969, Heft 1

32) Siehe Dokumentation zu diesem Kapitel

Grundsätzlich Bedenken gegen eine Zusammenarbeit zwischen Universität und Bundeswehr bestanden für Hofstätter nicht. So nahm er die für ihn „ehrenvolle Einladung“ geschmeichelt an und schrieb an den Kommandeur der Führungsakademie im besten Schwejk-Jargon: „Würden Herr General bitte die Freundlichkeit haben, mir mitzuteilen, welcher der vorgeschlagenen Termine am ehesten paßt.“³³⁾

Für das Frühjahr 1967 verpflichtete er sich zu einer Vortragsreihe mit den Themen: „Führung und Gruppendynamik“; „Führerauswahl und Führereigenschaften“; „Sozialstereotype und Sozialprestige“ und „Verhaltenssteuerung.“

Derartige Aktivitäten stehen für Hofstätter in keinem Zusammenhang mit seiner Funktion als Hochschullehrer. Sobald er räumlich und zeitlich von der Universität getrennt ist, entfaltet er Aktivitäten und trifft in seiner kleinbürgerlichen Privatheit Entscheidungen, für die er – da er sie zur Privatsphäre deklariert – niemand Rechenschaft schuldig ist. Diese Position vertrat Hofstätter auch in der Diskussion mit Studenten, als diese die Veröffentlichung und die Kontrolle des Forschungsetats des Psychologischen Instituts forderten. Sinngemäß erklärte Hofstätter damals, es sei seine Privatsache, vom wem er Gelder annehme und welche Forschungsvorhaben mit diesen Geldmitteln finanziert würden.³⁴⁾

Für Professoren dieses Schlags verkehrt sich eine den herrschenden Interessengruppen untergeordnete Freiheit von Forschung und Lehre dann zu einer Freiheit von gesellschaftlicher Kontrolle.

Hofstätters Besuch in der Rhodes University (Grahamstown / Südafrika)

Die Rassenpolitik Südafrikas ist für den Deutschen Akademischen Auslandsdienst kein Hinderungsgrund, den Professorenaustausch mit Südafrika finanziell zu unterstützen. Die Unterdrückung von 11 Millionen Menschen durch eine kleine weiße Herrschaft scheint den offiziellen Gremien bundesdeutscher Wissenschaftler nicht Anlaß genug, um jede Beziehung zu diesem Apartheidregime abubrechen.

P.R. Hofstätter stattete als offizieller Vertreter des Hamburger Psycho-

33) ebenda

34) Diese Äußerungen von Hofstätter fielen bei einer Sitzung der Institutskommission des Psychologischen Institutes Hamburg im Wintersemester 1968/69

logischen Institutes der Rhodes University in Grahamstown im Jahre 1967 einen zweimonatigen Besuch ab.³⁵⁾ Da wohl zwischen Hofstätter und den südafrikanischen Psychologen keine nennenswerten politischen Differenzen bestanden, konnte er getrost als „external examiner“ für eine Dissertation „The measurement of group differences in social concepts“ von Frau G.W.L. Morsbach herangezogen werden. In dieser Arbeit geht es um die Beurteilung von Stereotypen folgender sechs Gruppen: „Afrikaans-sprechende Weisse, Englisch-sprechende Weisse nicht jüdischer Abkunft, Englisch-sprechende Juden, Mischlinge und Schwarze.“³⁶⁾ Die Arbeit selbst ist den Verfassern bislang nicht zugänglich gewesen, jedoch läßt die aus dem Briefwechsel bekannte Stereotypenbildung schon recht eindeutig auf eine rassistische Arbeit schließen.

Schon 1940 hatte Hofstätter gezeigt, wie „auf Grund anthropologischer Daten eine Zuordnung eines Menschen zu einem Rassentypus erfolgen“ müßte. „Durch die Aussage, jemand besitze einen nordischen oder dinarischen Körperbau, werden gewisse Eigentümlichkeiten seines seelischen Gefüges wahrscheinlich gemacht.“³⁷⁾

So ist es in Südafrika notwendig, die Inferiorität der Schwarzen und anderer Minderheiten nachzuweisen, um für ihre Unterdrückung eine sich „wissenschaftlich“ gebende Legitimierung zu besitzen. Hofstätters Identifikation mit totalitären Staaten ist derart ungebrochen, daß Prof. Bergius, Direktor des Psychologischen Institutes in Tübingen, ihn daraufhinweisen muß, daß es inopportun sei, in den kommenden fünf Jahren internationale Kongresse in Griechenland zu veranstalten. Beruhigend wirkte auf die Herren Psychologen ihre sich zum Glück als falsch erweisende Vermutung, daß „Adaptionen und Dauerwirkungen auch auf diesem Gebiet zu verzeichnen“ seien.³⁸⁾ Widerstandsaktionen und der Befreiungskampf eines unterdrückten Volkes sind für die beschränkten Denkschablonen dieser bornierten Fachidioten nicht mehr faßbar.

Daß Altnazi Hofstätter die Äußerung Spulers gegenüber den oppositionellen Studenten – „Ihr gehört alle in's KZ!“ – in einem Disziplinarverfahren decken wollte erstaunt kaum noch.³⁹⁾

35) Siehe Dokumentation zu diesem Kapitel
 36) ebenda
 37) Hofstätter, Typenanalyse, a.a.O., S. 308
 38) Siehe Dokumentation zu diesem Kapitel
 39) ebenda

Die Auseinandersetzung mit Hofstätter erscheint uns nur insoweit relevant, als seine Lehrtätigkeit in unserer heutigen Hochschulwirklichkeit möglich ist. Um die Tradition der deutschen Hochschulen als Hort der Reaktion und als jeweils verfügbares Instrument der Herrschenden zu sichern, muß auch in personeller Hinsicht eine Kontinuität gewahrt bleiben. So kommt es, daß ein Mann wie Hofstätter von anderen Universitäten als Gutachter für neu zu besetzende Lehrstühle mitherrangezogen wird.⁴⁰⁾

Das Exemplarische am Fall Hofstätter P.R. Hofstätter als politischer Publizist.

Peter R. Hofstätter, der damals die Psychologie „rettete“, indem er sie dem Faschismus unterwarf, besticht in jüngster Zeit durch originelle Beiträge zur deutschen Publizistik, die langgehegte Vorurteile über die APO nun auch wissenschaftlich untermauern. Seine scharfsinnigen Analysen unterschoben der APO politische Kochrezepte, an denen sie schon längst zugrunde gegangen wäre, hätte sie sich jemals an sie gehalten. Politik erscheint in ihnen stets als Sphäre des Uneigentlichen, als Theater:

- (I) Peter R. Hofstätter: „Die APO. Dramaturgie in 6 Teilen“, in: Capital, 3/1969, S.24–25
- (II) Peter R. Hofstätter: „Schildbürger spielen Reform. Der Primat der Universität ist die Forschung“, in: Christ und Welt, Nr. 12/21.3.1969, S.20
- (III) Peter R. Hofstätter: „Die Masse ist das radikale Nichts. Oder: das Spiel mit den Vollversammlungen“, in: Publik, Nr.16/18.4.1969, S.21

Was sich in diesen Beiträgen abspielt, ist der fortwährende Krampf eines Positivisten, der Politisches wissenschaftlich erklären will, und gleichzeitig meint, sich aus aller Politik herauszuhalten. Daß Politik ihm stets nur in ihrer Fetischgestalt erscheint, hat seinen Grund in Hofstätters entpolitiertem Wissenschaftsverständnis, das er folgendermaßen definiert: „Die Wissenschaft zielt auf eine heitere Versöhnung mit den Mächten des Lebens ab.“⁴¹⁾ Wissenschaft als Bemühung, „in die Mannigfaltigkeit unserer Alltagserfahrungen Ordnung zu bringen“,⁴²⁾ will diese Ordnung

40) ebenda
 41) Hofstätter, Einführung, a.a.O., 3. Auflage, 1963
 42) ebenda S. 10

nicht als Selbstzweck, sondern um der Orientierung „im Treiben und Getrieben-Werden des Gesellschaftslebens“ willen.⁴³⁾ Mag diese Orientierung durch Wissenschaft gelingen oder nicht, „sicher festigen das Wissen und die bestimmte Voraussicht unseren Halt in der Welt.“⁴⁴⁾ Anpassen soll Wissenschaft allemal. Deshalb soll sie sich auch „der Werturteile enthalten“, und zwar „soweit wie möglich.“⁴⁵⁾ Wo vom Faschismus nur beiläufig als „den Wechselfällen der letzten Jahrzehnte“⁴⁶⁾ die Rede ist, wird eine praktisch konsequente Reflexion auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik schon im Ansatz verhindert. Die „Haltung des bloßen Beschauers“⁴⁷⁾ jedenfalls bleibt dem Faschismus gegenüber („diese Ereignisse“⁴⁸⁾ hilflos.

In seinem „Fischer–Lexikon Psychologie“ (1957) schreibt Hofstätter: „Die ‚Entfremdung‘ – eines der Lieblingsthemen (!) von Karl Marx – beschreibt als Erlebnis eine der Voraussetzungen für das Entstehen der Psychologie als einer empirischen Wissenschaft. Das schließt aber die Möglichkeit nicht aus, daß die Psychologie ihrerseits etwas zum Wieder-Heimisch-Werden des Menschen in der durch den Industrialismus zeitweilig verfremdeten Welt beitragen kann.“⁴⁹⁾ Verschämt wird hier das Programm einer blinden Anpassung „des Menschen“ an die jeweils bestehenden Herrschaftsverhältnisse ausgebreitet. Die Widersprüche des Kapitalismus, der hier harmlos als „Industrialismus“ figuriert, werden radikal ins Subjekt hinein gelöst. Nicht die Entfremdung wird aufgehoben, sondern das Bewußtsein von ihr. Das Interesse dieser angewandten Psychologie ist das Interesse der Herrschenden an potenziertem Ausbeutung. Ihm gehorcht auch noch „die Anpassung der Geräte und der Arbeitsbedingungen an die sensorischen, motorischen und sozialen Eigenheiten des Menschen“, wenn gleichwertig daneben, „die sozialpsychologische Strukturierung der Betriebsgemeinschaft (!)“⁵⁰⁾ als Aufgabe „der mit den Anliegen (!) der industriellen Produkten befaßten Betriebspsychologie“⁵¹⁾ steht. Das Interesse am reibungslosen Funktionieren des bestehenden Produktionsapparats unterschlägt die Frage danach, was produ-

- 43) ebenda
- 44) ebenda
- 45) ebenda S. 11
- 46) ebenda S. 12
- 47) ebenda
- 48) ebenda
- 49) P.R. Hofstätter, Psychologie, („Das Fischer-Lexikon“), Frankfurt/M. 1957 S. 72
- 50) ebenda S. 73
- 51) ebenda S. 72

ziert wird und wer über das Produzierte verfügt; etwa noch bestehendes Bewußtsein von Entfremdung wird nurmehr als Störung des Produktionsfriedens wahrgenommen und psychotechnisch beseitigt. Gefordert ist das frohe Ja zur Arbeit, auch zur Mehrarbeit. Im Dienst potenziertem Ausbeutung wird das Bewußtsein von Ausbeutung sozialpsychologisch wegorganisiert. Das ist das Programm der positivistischen Psychologie, die „heitere Versöhnung mit den Mächten des Lebens“⁵²⁾ verspricht und die Degradierung der Menschen zu bloßen Objekten wissenschaftlich verfeinerter Herrschaftsausübung, die Verwaltung von Menschen als Dingen meint.

In seiner „Gruppendynamik“ (1957) bestimmt Hofstätter die Kategorien „Gruppe“ und „Masse“⁵³⁾ nach „dem Vorhandensein bzw. Fehlen einer verhaltensintegrierenden Ordnung.“⁵⁴⁾ Offenbar kann aber Hofstätter Ordnung nicht anders denn als Unterordnung denken: Großgruppen scheinen ihm vorstellbar nur als „sehr straff gegliederte Gruppen“, dabei denkt er sofort „an eine Heeresdivision oder (!) an die Belegschaft eines Werkes der Großindustrie.“⁵⁵⁾ Daß die Frustration der Mitglieder solcher Großgruppen durch die autoritär-hierarchische Gruppenstruktur systematisch erzeugt wird, kommt Hofstätter erst gar nicht in den Sinn, weil andere als autoritär-hierarchische Gruppenstrukturen gerade aus dem Sinn bleiben sollen. Die einzige Problematik solcher Großgruppen besteht nach Hofstätter nicht in deren Struktur, sondern in der „subjektiven Befindlichkeit“ der Gruppenmitglieder, die sich in ihrem subjektivem Unbefriedigtsein als „Masse“ wähen, obwohl sie einer „Gruppe“ angehören: „Die Illusion des Masse-Seins ist für unser Zeitalter charakteristischer als dessen vielbehauptete Vermassung.“⁵⁶⁾ „Die Großgruppen, die wir bilden, befriedigen zwar meistens hinsichtlich ihrer Leistung“, z.B. wenn die Heeresdivision Krieg führt und die Großbelegschaft die Rüstungsgüter produziert, „gleichzeitig bleibt aber das Erleben ihrer Angehörigen vielfach unbefriedigt.“⁵⁷⁾ Die positivistische Psychologie akzeptiert das Bestehende als unüberschreitbaren Rahmen ihres Denkens. Als problematisch erscheinen ihr nicht die herrschenden Verhältnisse, sondern das Bewußtsein von diesen Verhältnissen, in deren Rahmen es nur noch als mißlungene Anpassung, als Betriebsstörung wahrgenommen werden kann. So reduziert die positivistische Psychologie

- 52) vgl. Anmerkung 41)
- 53) Hofstätter, Gruppendynamik, a.a.O., S. 40
- 54) ebenda S. 40 f
- 55) ebenda S. 41
- 56) ebenda S. 42
- 57) ebenda

fortwährend die objektiven Widersprüche der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Widersprüchlichkeit bloß „subjektiver Befindlichkeit“, um diese realen Antagonismen dann radikal auf Kosten des Subjekts zu „lösen“. „Der Metapher sei Raum gewährt, daß wir Maschinen konstruiert haben, die vorzüglich funktionieren, die man am liebsten aber wieder abstellen würde, weil sie zuviel Lärm machen, die Atmosphäre verseuchen und uns – kurz gesagt – ‚auf die Nerven gehen‘. Ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich damit den Forschungsimpuls der neueren Gruppendynamik kennzeichne: Die Maschine ent-stören!“⁵⁸⁾

Was sich hier etabliert, ist die Herrschaft des funktionellen Aspekts über das gesamte wissenschaftliche Denken, der Hinauswurf alles dessen aus der Wissenschaft, was über das bloße Funktionieren hinaus die herrschenden Verhältnisse nach ihrem Sinn und ihrer Legitimation befragt. Der Primat des funktionalen Denkens in den Wissenschaften bewahrt die bestehenden Herrschaftsverhältnisse vor der Verlegenheit, über ihr bloßes Funktionieren hinaus sich rational ausweisen zu müssen: die herrschenden Interessen sind um so mehr die herrschenden, als sie gegen wissenschaftliche Kritik abgedichtet sind und folglich unbegriffen bleiben.

Der Positivismus als das formulierte Selbstverständnis der spätbürgerlichen Wissenschaften schneidet jede Diskussion über das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft kategorisch ab und entrückt es damit in den Bereich der Sprachlosigkeit. Sein nicht weiter begründbares, selbst schon normatives Insistieren auf der experimentellen Methode als der einzig wissenschaftlichen schließt diejenigen Wirklichkeitsbereiche von der wissenschaftlichen Erkenntnis aus, die ihrer Struktur nach sich dem experimentellen Hantieren nicht verfügbar machen lassen. Darunter fallen insbesondere historische und gesamtgesellschaftliche Entwicklungstendenzen, denen von ihrer Struktur her eine wichtige Voraussetzung für die Möglichkeit experimenteller Tests fehlt: Reproduzierbarkeit.

Verbindliche Reflexion wird an den Grenzen der vorgegebenen Methode festgestellt, was ihrem Zugriff sich nicht fügt, wird der Irrationalität und ihrem Eigenrecht überantwortet. Die aus der Wissenschaft aussortierten Bereiche der Wirklichkeit kehren dem Positivismus als eine strukturlose Masse von irrationalen Werten wieder zwischen denen man nur blind entscheiden kann, nachdem die positivistisch halbierte Vernunft vor ihnen abgedankt hat. So reproduziert der Positivismus die Irrationalität der

58) Gifstätter, Psychologie und das Leben, a.a.O., S. 111

bestehenden Verhältnisse, indem er ihre Rationalisierung konsequent verhindert. Vernunft und Entscheidung, Wissenschaft und Politik, sind dem Schein nach hygienisch voneinander isoliert. Deren Zusammenhang stellt sich, nun allerdings unreflektiert und unkontrolliert, immer wieder her: die scheinbar reine Theorie hat doch ihre praktischen Konsequenzen.

In „Die Psychologie und das Leben“ (1951) identifiziert Hofstätter die Möglichkeit von Demokratie mit der Möglichkeit ständiger Expansion, „deren Behinderung gleichbedeutend mit einer Katastrophe ist.“⁵⁹⁾ Nachdem er angesichts der veränderten politischen Situation es sich versagt hat, „den hier naheliegenden Gedanken eines periodischen Wechsels von Diktatur und Demokratie ... weiter aus(zu)föhren“⁵⁹⁾ schreibt er: „England das im Laufe des letzten Menschenalters seine territorialen Expansions-Reserven eingebüßt hat, mußte sich zu einem solchen Schritt (i.e. Sozialisierungsmaßnahmen, P.M.) entschließen, der im Grunde eine Absage an die Gedanken bedeutet, die es in den letzten drei Jahrhunderten leiteten. Kleinere oder in ihrer Expansivität noch stärker behinderte Staatsgebilde haben, so scheint mir, überhaupt wenig Aussicht, eine dem Ideal der Demokratie entsprechende Lebensform auf längere Sicht zu entwickeln. Ich hielte es für verhängnisvoll, gäbe man sich hier einer Illusion hin.“⁶⁰⁾ Hofstätter zieht sich dann auf ein moralisierendes Bekenntnis zur Demokratie zurück, das angesichts der vorangegangenen Äußerungen nur noch oberflächlich gelungene Anpassung dokumentiert: „Ich möchte nicht mißverstanden werden (!) und entschliefte mich darum (!) zu einem Werturteil: Der demokratische Gedanke ist eine der großartigsten Konzeptionen des Menschengeschlechts, in ihm drückt sich ein Selbstgefühl aus, das in der prometheischen Auflehnung gegen das starre und ordnende Schicksal gipfelt ...“⁶¹⁾

Das anschließende „Werturteil“ unterschiebt, die Ausführungen davor seien wertfrei gewesen. Der aus der Erkenntnis ausgenommene Bezug zwischen Wissenschaft und Gesellschaft stellt sich hinterrücks in reaktionärer Weise immer wieder in den Theorien selbst ein, hier als ideologische Rechtfertigung der expansiven Tendenz des Kapitals.

Wertfreiheit der Wissenschaften wird proklamiert nur, um sie für von außen aufgetragene Wertsetzungen verfügbar zu machen. Für die herrschenden Interessen sind die Wissenschaften um so leichter verwertbar, als

59) ebenda S. 115

60) ebenda S. 118

61) ebenda S. 119

diese durch den Hinauswurf aller inhaltlich-Zielbestimmten auf rationale Selbstbestimmung ihrer Ziele verzichten. Der Primat des funktionalen Denkens in den Wissenschaften („die Maschine entstören!“) ist die letzte Ideologie bürgerlicher Wissenschaft, Ideologie von methodisch gefuchsten Sozialalphabeten, die wie Hofstätter unter jeder bürgerlichen Form politischer Herrschaft – sei sie nun faschistisch oder demokratisch – gleich gut verwendbar sind. Nach der Enttäuschung mit den faschistischen Inhalten der Wissenschaft werden diese nicht etwa durch demokratische ersetzt und in der sozialen Organisation von Wissenschaft verankert, sondern politische Inhalte und Ziele überhaupt werden aus der Wissenschaft eliminiert. Demokratie, die nicht mehr an materiellen Interessen festgemacht ist, verkommt zur politisch hilflosen Privatüberzeugung: zum „demokratischen Gedanken“ darf man sich unentwegt bekennen, damit es auch bloß beim Gedanken bleibt. In der angestrengten Ausscheidung alles Politischen und der Selbstreduktion auf Methode beseitigt Wissenschaft gerät zum Fetisch, der Wissenschaftlichkeit, und politisches Gewissen zur methodologischen Gewissenhaftigkeit.

Die „entpolitisierte“ Wissenschaft ist gesellschaftlich ohnmächtig: sie ist antidemokratisch. Denn entpolitisiert ist Wissenschaft immer nur ihrem eigenen falschen Bewußtsein nach. Undemokratisch ist das entpolitisierte Selbstverständnis von Wissenschaft, weil es verhindert, daß der wissenschaftliche Produktions- und Ausbildungsprozeß als Moment gesamtgesellschaftlicher Demokratisierung in Erscheinung treten kann. Methodologische Gewissenhaftigkeit jedenfalls ist als Refugium vor Politik untauglich, sie läßt das konservative Syndrom des Unpolitischen, das seine Affinität zum Faschismus bereits unter Beweis gestellt hat, unauffällig und von Kritik unzersetzt fortbestehen.

Daß konservativ-reaktionäre Ideologeme in der auf funktionale Rationalität verkürzten Wissenschaft ohne Schwierigkeiten sich fortsetzen können, wird in Hofstätters jüngsten Analysen der „Studentenunruhen“⁶²⁾ nochmals demonstriert. Seine inhaltslosen Interpretationsschemata tun ihre positivistische Verstümmelung auch ihren Objekten an, wenn auch vorerst nur projektiv. Bewußtsein, Rationalität, in begrifflich vermittelter Auseinandersetzung mit der Gesellschaft ausgebildete Individualität wird den agierenden Studenten kaum mehr zugebilligt. Deren Verhalten scheint reduziert auf das von Lurchen nach dem Reiz-Reaktions-Schema. Ich-Autonomie, die der Lurch Hofstätter nie entwickeln konnte, will er auch keinem anderen zugestehen. Bis zur Kenntlichkeit

62) P.R. Hofstätter, „Studentenunruhen“, (I), Spalte 1.

verzerrt zeigt sich hier das in die Interpretationsschemata einzig investierte sozialtechnische Interesse an der Verfügung über vergegenständlichte gesellschaftliche Prozesse: Bewußtsein als Quelle der Spontaneität, die Sphäre sprachlich vermittelter Kommunikation wird aufgelöst zugunsten eines zunehmend adaptiven Verhaltens, das der zentralen Verhaltenskontrolle durch von außen gesetzte Stimuli zugänglich ist. Argumentative Zusammenhänge werden nur noch als Reize von der selben Qualität wie Lichtreize etwa erfaßt. Vollversammlungen bestehen nach Hofstätter im wesentlichen darin, daß Radikale auf die Reizung durch noch radikalere Thesen mit Radikalisierung reagieren. So findet das schon oft beobachtete Phänomen der Radikalisierung endlich seine wissenschaftliche Erklärung. Hofstätter weiß: „Wird eine Radikalisierung intendiert, dann empfehlen sich folgende Verfahrensregeln: ... Man trachte, die Vertreter radikaler Ansichten möglichst zahlreich und ausführlich zu Wort kommen zu lassen; die Darlegung gemäßiger Positionen unterbreite man durch Anträge zur Geschäftsordnung und erst, wenn das nichts hilft, durch beschimpfende Zwischenrufe.“⁶³⁾ Denn radikal wird man, wenn man möglichst oft und lange durch „radikale Ansichten“ gereizt wird. Überhaupt weiß Hofstätter, wenn es um Vollversammlungen geht, davon zu berichten, „daß Kollektiventscheidungen in der Regel unvorsichtiger sind als Einzelentscheidungen. Diese Tatsache war bereits Le Bon bekannt . . .“⁶⁴⁾ Dagegen heißt es in der „Gruppendynamik“: „Die Gruppe als Prototyp der Besonnenheit – das ist wohl die schärfste Opposition, in die man sich Le Bon gegenüber begeben kann.“⁶⁵⁾ Aber was macht das schon, wenn nur immer die politische Richtung stimmt. Denkt Hofstätter an Vollversammlungen, denkt er auch schon „an Revolutionstribunale oder die Sportpalast-Kundgebung vom 18. Februar 1943“⁶⁶⁾. Ein rechter deutscher Professor weiß eben, daß der Feind immer links steht, und daß man diese Richtung beibehalten kann, wenn man heute mit dem Gelernten antifaschistisch droht. Aus der Abneigung gegen Revolutionstribunal und faschistische Sportpalast-Kundgebung spricht Hofstätter, der Demokrat, der 1941 über „Die Krise der Psychologie“ schrieb: „1925 und auch noch 1933 war die Psychologie Mode, sie wurde von weiten Kreisen der Gebildeten aufmerksam verfolgt, die wissenschaftliche oder pseudowissenschaftliche Terminologie sickerte in die Alltagssprache, die Schriften fanden reißenden Absatz. Heute verlohnt es sich – Gott sei Dank – kaum mehr, ein populärpsychologisches Buch zu schreiben, denn – anscheinend mit einem Male – will

63) ebenda Spalte 4.

64) ebenda (III), Spalte 3.

65) Hofstätter, Gruppendynamik, a.a.O., S. 38 f

66) Hofstätter, „Studentenunruhen“ (I), Spalte 6.

niemand mehr etwas von der Psychologie wissen. Zweifelsohne ist dafür die Ausschaltung des Judentums aus dem Geistesleben nicht ohne Bedeutung gewesen und sicherlich war das allgemeine Gefühl auch nicht so sehr im Unrecht, wenn man die Psychologie im Hinblick auf viele ihrer Vertreter als eine undeutsche Wissenschaft brandmarken zu müssen glaubte...“⁶⁷⁾

„Wir alle wissen, daß unser Weltanschauungskampf heute in besonderem Maße der Erbsündenlehre gilt... Der Durchbruch des nordischen Glaubens mußte also die Psychologie treffen, denn in ihren Fundamenten sind fremdrassige Anschauungsweisen eingemauert...“⁶⁸⁾

„Wir haben bisher die Gründe der Krise aufzudecken getrachtet. Daß sie bei uns zu Lande stärker und früher erlebt wurde als anderswo, hat seine Ursache im deutschen Aufbruch, der an jeden Einzelnen höhere Anforderungen stellt als das statische Sein anderer Völker.“⁶⁹⁾

– Hofstätters „sachliche Analyse“⁷⁰⁾ der „Studentenunruhen“ registriert Abweichendes und darum Auffälliges statt politischer Inhalte und Motivationen, z.B. „mit dem Namen Mao unterzeichnete Sprüche von auffallender Banalität“ oder „die nach den Konventionen des Neu-Jakobinertums frisierten und gekleideten Instituts-Besitzer bzw. -Befreier.“⁷¹⁾ Damit einher geht die Wahrnehmung alles Fremden durchs zur Verfügung gestellte Stereotyp: Karl Marx ist ihm der Propagandist der „Zwangsläufigkeit des revolutionären Erfolges“, aus der die „Heilserwartung von links“ resultiert. Daß sich „die Jünger Maos und Marcuses“ „so verzweifelt anstrengen“ müssen, „um das Bildungs- und Ordnungssystem unserer Gesellschaft zu stören“, beweist, daß mit „unserer Kultur“ noch alles in Ordnung ist.⁷²⁾ Die Rede über die „anachronistischen Streiche aufbegehrender Jugend“, über die „Jüngeren, die mit den Waffen der Bauernkriege gegen die Automation zu Felde ziehen“⁷³⁾, hat den Protest schon entpolitisiert, und nur in dieser entpolitisierten Form darf er noch wahrgenommen werden.

67) Hofstätter, Die Krise, a.a.O., S. 562 f.

68) ebenda S. 566

69) ebenda S. 570

70) Hofstätter, Studentenunruhen, (III), Spalte 2

71) ebenda (I), Spalte 1

72) ebenda (III), Spalte 1

73) ebenda (II), Spalte 1 und 2.

Nationalsozialistische Studentenbewegung und Widerstand im Dritten Reich an der Hamburger Universität

Angesichts der Ereignisse der letzten Jahre an den westdeutschen Universitäten und besonders angesichts der letzten beiden Semester an der Hamburger Universität, da der Staat jegliche demokratische Forderung der Studenten, jede Solidaritätsbekundung mit dem Befreiungskampf unterdrückter Völker, jede Demonstration mit immer massiveren und militanteren Polizeieinsätzen beantwortete und angesichts der Tatsache, daß überall auf dem Campus der Universität Spitzel der Politischen Polizei herumlaufen, die bei den „teach-ins“, bei den Institutsbesetzungen und sogar beim Essen in der Mensa Diskussionen und Gespräche der Studenten belauschen, so daß in den letzten Wochen des vergangenen Semesters Kommilitonen aus Griechenland bereits „von griechischen Zuständen“ sprachen,¹⁾ drängen sich uns mehr und mehr die Bilder in Erinnerung, die uns vom Ende der Weimarer Republik und vom Dritten Reich, vom nationalsozialistischen Terror in Deutschland vermittelt worden sind. Es sind böse Bilder, auf denen Menschen wegen ihrer politischen Haltung verfolgt, verhaftet und wie Schwerverbrecher von den staatlichen Organen behandelt, ja mißhandelt werden, ähnlich wie es heute mit zahlreichen Studenten wieder geschieht, die auf Grund ihrer konsequenten demokratischen und meist sozialistischen Haltung Widerstand gegen die faschistischen Repressalien der Herrschenden leisten.²⁾ Daher erscheint es uns unabdingbar, im Rahmen dieser Besinnung auf die eigene gegenwärtige Situation, zumindest in einer knappen Skizze uns die rechtsradikale, nationalsozialistische Studentenbewegung der dreißiger und vierziger Jahre bis zum Ende des II. Weltkrieges vor Augen zu führen und zugleich der

1) „ENTLARVT DIE SPITZELI“ Flugblatt an der Hamburger Universität vom Juli 1969.

2) Von den zahlreichen Verhaftungen sei hier nur an unsere ausländischen Kommilitonen gedacht, denen die zum Teil tödliche Gefahr der Auslieferung an die faschistischen Terror-Regime ihrer Heimat droht, sowie an die oft Monate langen Untersuchungs Haftzeiten beispielsweise bei Günter Schmiedel, der von der Justiz als Rädelführer aufgebaut, der völlig ohne einseharen Grund in den Trakt des Untersuchungsgefängnisses für Schwerverbrecher untergebracht und somit seelisch und zum Teil physisch fertig gemacht wurde.

Opfer dieser „Bewegung“ und des SS-Staates an der Hamburger Universität zu gedenken, auch oder gerade weil sie „wenn nicht sinnlos, so doch weitgehend nutzlos“ waren.³⁾ Dabei möchten wir mit entschiedenem Nachdruck darauf hinweisen, daß der Hamburger Staat und die Ordinarien der Hamburger Universität es beinahe 25 Jahre nach dem Ende des SS-Staates noch immer nicht für nötig befunden haben, den Opfern dieses Staates eine angemessene Ehrung widerfahren zu lassen, während sie den brutalen Kolonialisten des Kaiserreiches und kolonialistischen Idolen der nationalsozialistischen Studentenschaft im Dritten Reich, Wissmann und Dominik, bis in die jüngste Vergangenheit „huldigten.“⁴⁾

I.

Ganz gemäß der reaktionär-konservativen Tradition der Hamburger Universität war auch ihre Studentenschaft von Anfang an auf die gleiche Linie ihrer Ordinarien eingestimmt. Auf der Einweihungsfeier der Universität am 10. Mai 1919 beschwor der Vertreter der Studenten, Ehlers, die alte Burschenherrschlichkeit herauf, die er „fortschrittlich“ mit der Erinnerung an das Wartburgfest von 1817 als den richtigen Weg der jungen Hamburger Studentenschaft wies.⁵⁾ So waren denn auch die ersten Ereignisse an der Hamburger Universität mehr von dem „Sauf-, Fassade- und Verrufstudententum“ – wie es in der Hamburger Universitäts-Zeitung 1919 in einem Artikel über den „Kampf um die Jugend“ genannt wurde⁶⁾ – geprägt: zahlreiche schlagende Verbindungen hatten sogleich mit dem Anfangssemester der Hamburger Universität ihren Einzug an der neuen Alma Mater gehalten und zum Ende des ersten Semesters war „die frei um sich schlagende Verbindung ‚Brauerania‘ gegründet“ worden;⁷⁾ wohl versuchte sich auch bereits 1919 ein „Bund demokratischer Studenten“ an der Hamburger Universität, der es zwar „bestimmt“ ablehnte, „kommunistische Ideen zu verfechten, da sie nicht mit der Wirklichkeit rechnen; (–) aber noch schärfer wendet er sich gegen jeden Versuch, die Durchführung

3) H. Krausnick und H. Graml, Der deutsche Widerstand und die Alliierten, in: Vollmacht des Gewissens, Band II, Frankfurt/M 1965, S. 501.

4) vgl. das erste Kapitel „Das permanente Kolonialinstitut“. In der offiziellen Festschrift zum 50. Jahrestag der Hamburger Universität werden die studentischen Widerstandskämpfer lediglich in einem kleinen Abschnitt erwähnt.

5) vgl. die Rede von stud. math. Ehlers zur Eröffnungsfeier am 10. Mai 1919 in: Hamburger Universitäts-Zeitung, 1. Jg. 1919 Nr. 2 Heft 3/4

6) „Zum Kampf um die Jugend in Hamburgs Universität“, in: ebenda S. 280 ff.

7) ebenda S. 281

notwendiger Reformen zu verhindern oder zu erschweren. Auch der passive Widerstand bürgerlicher Kreise ist in seinen Augen eine Sünde wider den deutschen Geist, von dem sie ständig reden.“⁸⁾ –, der also durchaus den „traditionsgebundenen“ Studenten nach dem Ende des kaiserlichen Deutschland, das ihnen so viel Ungemach zurückgelassen hatte (Hungersnot, „Unruhe“ und Inflation), eine ihnen nicht allzu fremde, aber bereits ansatzweise progressive politische Heimat hätte bieten können.

Größeren Zuspruch jedoch hatte augenscheinlich der „Deutschvölkische Studentenverband Hamburg“, der „für das im Todesringen ohnmächtig darniederliegende deutsche Volkstum“ und „tatkräftig gegen jede un-deutsche Art und rassefremde Bestrebungen“ kämpfen wollte,⁹⁾ denn „neben zahlreichen Einzelmitgliedern schlossen sich körperschaftlich dem Verbände an: Ortskartell Hamburg der alten (schlagenden) Verbände: alte Landsmannschaft Wartburgia, Turnerschaft Niedersachsen, Burschenschaft Germania, Verein Deutscher Studenten Hamburg, Akademische Turnverbindung Hamburg (und) Studentenverbindung Schauenburg.“¹⁰⁾

Aus dieser illustren Gesellschaft rekrutierte sich nun vornehmlich der Hamburger Asta und das Studentenparlament, die zugleich den Ton in der vom Asta nach vollem Einverständnis und in Zusammenarbeit mit den Ordinarien herausgegebenen Hamburger Universitäts-Zeitung angaben. Sie sahen ihre politische Hauptaufgabe zunächst darin, gegen den „unge-rächten“ Versailler Frieden, gegen die „Novembervbrecher“, die dem deutschen Volk den Dolch in den Rücken gestoßen hätten, zu schimpfen, um „den Makel der Schmach und Schande (zu) tilgen ... von dem einst so blanken Ehrenschild des deutschen Volkes.“¹¹⁾ Bismarck, der ihnen „als nationaler Heros“ des „Deutschtums“ galt,¹²⁾ Wissmann und Dominik, den kaiserlich-kolonialen Kriegern für Kaiser und Reich, Luther und Ludendorff und schließlich Hugenberg und Hitler waren die Idole z.B. auf den nationalistischen Sonnwendfeiern am 21. Juni.¹³⁾

Die wenigen progressiven und demokratischen Regungen, die durch die Forderungen des demokratischen Studentenbundes (immerhin trotz seiner

8) Peter Schlumbohm, Bund demokratischer Studenten an der Universität Hamburg, in: ebenda S. 290.

9) Deutschvölkischer Studentenverband Hamburg, in: ebenda S. 291

10) ebenda

11) Sonnwendfeier am Sonnabend, den 21. Juni 1919, in: ebenda S. 53

12) ebenda

13) vgl. ebenda und „Lehrstuhl für ‚Friedenswissenschaft‘“, in: Hamburger Echo vom 7. August 1932.

antisozialistischen, betont deutschen Haltung) und später vor allem durch den „Sozialistischen Studentenbund“ formuliert und vertreten wurden, „die etwa das Regiment der Universität in die Hände der Studenten legen“ wollten, wurden als „Blasen, die aus der allgemeinen Gährung aufsteigen und wirkungslos zerplatzen“, abgetan und bereits im Keime von den Rechten zusammen mit den Ordinarien erstickt. 14)

II.

Ende der zwanziger Jahre „gesellten“ sich zu diesen konservativen, halbrechtlichen Gruppen die weit rechts stehenden Deutschnationalen, die, mit dem Ruf „Heil Hugenberg“¹⁵⁾ auf den Lippen, zwar nicht ausnahmslos eine besondere Rasse in den Juden sahen, aber lautstark forderten, daß „ein unerbittlicher Kampf gegen das Rabbinertum und die Demoralisierungsherde (jüdische Buch- und Zeitungsverlage, Kinos usw.) geführt werden“ sollte,¹⁶⁾ sowie die militante Stahlhelm-Hochschulgruppe und die rechtsradikalen nationalsozialistischen „Heil-Hitler“-Schreier. Die letzteren übernahmen sehr schnell die „Führung“ der hamburgischen Studentenschaft; am 8. November 1928 trat der „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund“ (NSDStB) in Hamburg „erstmalig ... zu einer geschlossenen Veranstaltung zusammen, wo sich zeigte, daß die Gruppe trotz mehrfacher Abgänge nach anderen Hochschulen ganz beträchtlichen Zuwachs erhalten hatte“;¹⁷⁾ im Wintersemester 1929/30 konnten sie

- 14) Hamburgische Universität, Reden, gehalten bei der Eröffnungsfeier am 10. Mai 1919 in der Musikhalle von ... Professor Dr. Karl Rathgen ... Hamburg 1919, S. 24
- 15) Alfred Hugenberg, geboren 1865, gestorben 1951, war der Axel Springer der Weimarer Republik mit dem gleichen reaktionären bis zum Rechtsradikalismus reichenden politischen Engagement in seinem Zeitungsmonopol, er war der Führer der DNVP und der „deutschnationalen Bewegung“, ließ sich mit dem Ruf und Gruß – ähnlich wie Hitler – „Heil Hugenberg“ bejubeln, ging 1930 in der sogenannten Harzburger Front mit Hitler ein innenpolitisches Bündnis ein und hatte so einen nicht unwesentlichen Anteil an der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933.
- 16) Schwarzes Brett der Deutschnationalen Studentengruppe, in: Hamburger Universitäts-Zeitung 10. Jg. WS 1928/29 Heft 9, S. 832
- 17) Schwarzes Brett der Nationalsozialistischen Studentengruppe, in: ebenda S. 832 f; der NSDStB war 1927 gegründet worden; im nordwestdeutschen Raum war die älteste Gruppe die der Universität Bonn; sie war am 15.1.1928 gegründet worden mit dem erklärten ausschließlichen Vorsatz, „den Kampf der Partei ... aktiv mit(zu)machen.“ (vgl. Rutger Booß, Der NS-Studentenbund, in: 150 Jahre: Klassenuniversität, Reaktionäre Herrschaft und demokratischer Widerstand am Beispiel der Universität Bonn. (Bonn 1968) S. 101-112; S. 101

bereits 16,6 % der studentischen Wählerstimmen bei den Studentenparlamentswahlen auf sich vereinigen und zwei Semester später, im Wintersemester 1930/31, erzielten sie sogar schon mit 41,7 % die Mehrheit gegenüber allen anderen Studentengruppen, die sie dann auch nicht wieder abgaben.¹⁸⁾

Wenn der nationalsozialistische rechtsradikale Asta auch noch bis zur Machtübernahme Adolf Hitlers, 1933, die demokratischen und sozialistischen Studentenvereinigungen dulden mußte, so verstand er es doch von vornherein, seine Majorität auf Versammlungen, Vortragsveranstaltungen und vor allem in der Hamburger Universitäts-Zeitung durch üble Diffamierungen und unverhältnismäßige Bevorzugung ihrer eigenen Artikelschreiber hervorzukehren und zu manipulieren. Bereits im Wintersemester 1930/31 veranstalteten sie Vortragsabende über „Rassekunde und Nationalsozialismus“ oder über „Politik und Idee“, die sie „mit tiefgreifenden Erörterungen“ – wie sie es nannten¹⁹⁾ – zur politischen Propaganda ausgestalteten. Auf solchen Veranstaltungen wurden die demokratischen Studenten bis hin zu den gemäßigten Rechten der deutschen Volkspartei regelmäßig mit Argumenten, daß sie die „arg in Mißkredit geratene Erfüllungspolitik noch einmal schmackhaft, sie wieder ‚salonfähig‘ zu machen“ versuchten, abgekanzelt und die „marxistischen Studenten, die sich (im Sinne ihrer politischen Vorstellungen) ... durch unsachliche Zwischenrufe nicht gerade als Akademiker aufgeführt“ hätten, wurden überhaupt nicht erst zur Diskussion zugelassen, „da in den Räumen der Universität eine Diskussion untersagt“ gewesen sei.²⁰⁾ In ähnlich manipulierender Weise verfahren die Nationalsozialisten in der Hamburger Universitäts-Zeitung: ab 1932 wurden die meisten Ausgaben auf ein vom Nazi-Asta bestimmtes Thema festgelegt, zu dem die Rechten zahlreich und ausführlich zu Worte kamen, während man den linken und demokratischen Studentengruppen jeweils nur einen kurzen Beitrag einräumte. Besonders beliebt waren die Themen, mit denen sie ihr eigenes „Programm“ am besten propagieren konnten, wie der Antisemitismus, der

- 18) vgl. Kapitel I („Das permanente Kolonialinstitut“) Anm. 43); K.D. Bracher, Auflösung der Weimarer Republik, a.a.O., S. 148
- 19) H.V., Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, in: Hamburger Universitäts-Zeitung 12. Jg. 1930/31 Heft 9, S. 196
- 20) ebenda

Nationalismus oder der antimarxistische, sogenannte „nationale Sozialismus.“²¹⁾

Aber ihre eigentlichen totalitären, militanten Herrschafts- und Unterdrückungsmethoden, die die Nationalsozialisten später zur Aufrechterhaltung ihrer politischen Machtpositionen benötigten und mit denen sie allein die Bevölkerungsmassen über Jahre hinaus vergewaltigen konnten, übten sie auf anderen Ebenen. Sie warben für ihre paramilitärischen Organisationen, wie etwa die SA und den „Arbeitsdienst“, der äußerlich zwar für Ernteeinsätze, Straßenbauten und ähnliche Dienste „eingerichtet“ wurde, in Wirklichkeit aber die in ihm erfaßten Jugendlichen mit militärischem Drill und Spatenparaden politisch „gleichschalten“ sollte, um „die kriegerischen Instinkte zu wecken“,²²⁾ um „die Kampfgemeinschaft des Nationalsozialismus zu verbreitern und zu vertiefen, denn das gemeinsame Leben in den Lagern (des Arbeitsdienstes) bot die Voraussetzung für viele wesentliche Aufgaben: Einmal konnte in den Lagern eine Prüfung studentischen Menschenmaterials erfolgen, es konnte sich hier zum erstenmal die Kampf- und Arbeitsgemeinschaft des Arbeiters der Stirn und des Arbeiters der Faust, die bisher nur gefordert wurde, beweisen. Ferner war mit den Arbeitslagern ein großes Feld für die Propaganda des Nationalsozialismus gegeben, die auf Grund des gemeinsamen Zusammenlebens wertvoller sein mußte als die Propaganda der Massenversammlungen in den Städten.“²³⁾ – Und schließlich warben sie noch für ihre universitären Kasernen, die „Kameradschaftshäuser“, durch die „jeder Student ... gehen“ sollte.²⁴⁾

- 21) vgl. beispielsweise ebenda 13. Jg. 1931/32 Nr. 4: aus dem Inhalt: „Rasse und Weltanschauung/ Ist Rassenforschung, als wesentliches Teilgebiet der Geschichts- und kulturhistorischen Wissenschaft, notwendiges Erkenntnis-mittel? / Rasse und Sprache/ Die Rassen Deutschlands/ Antisemitismus und Liberalismus/ Das Ende des Kapitalismus“ (hier ist nur der letzte Beitrag nicht von der rechten Gefolgschaft des Asta verfaßt); oder ebenda Heft 3 über „Nation und Nationalismus“ (hier durften die Sozialisten über „Die Nation als Programm“ (von Werner Stark, S. 50-52)) und die Kommunisten über „Kommunismus und Nation“ (von Adolf Hunke, S. 56-58)) mit einem eigenen Beitrag zu Worte kommen); oder Heft 4 desselben Jahrgangs über „Sozialismus“.
- 22) vgl. das erste Kapitel „Das permanente Kolonialinstitut“ S. 16 f und Hamburger Echo vom 6.8.1932.
- 23) Friedrich Schorer und Heinz Riecke, Nationalsozialismus als Geist und Organisation in der Hamburger Studentenschaft der Jahre 1930-33; in: Hamburger Universitäts-Zeitung 15. Jg. Heft 7 vom 8. Februar 1933, S. 113-122, S. 119.
- 24) vgl. das erste Kapitel „Das permanente Kolonialinstitut“ S. 17 und Hamburger Nachrichten vom 27.1.1934; in der Hamburger Universitäts-Zeitung 15. Jg. Heft 6 Nr. 2 vom 27. Januar 1934 schrieb Hans Lorenzen (der „Führer“ des

Aber in dieser ersten Zeit des nationalsozialistischen Asta vor 1933 wurde nicht für die sich teilweise noch erst entwickelnden paramilitärischen Gliederungen der NSDAP und des NSDStB „geworben“, sie gingen bereits zu massiven Angriffen bis auf die höchsten Bastionen der Universität über, nachdem sie eben 1929/30 die „Macht“ in der Hamburger Studentenschaft übernommen hatten:²⁵⁾ Eines ihrer ersten Opfer sollte der damalige Rektor der Universität, Ernst Cassirer, sein, den sie den „Oberrabbiner der Universität“ nannten.²⁶⁾ – Ihr Antisemitismus war zugleich ein Kampf gegen alles Progressive, gegen Freiheit, Sozialismus, Marxismus, gegen alles Demokratische, daher griffen sie nicht nur Cassirer und alle übrigen jüdischen Professoren in voller Schärfe an, deren Abgang sie sogleich nach Hitlers Machtantritt 1933 erzwangen, sondern auch Fachschaften und Professoren, die sich in irgendeiner Weise ihren Forderungen entgegen-setzten. 1930 standen hier unter nationalsozialistischem Beschuß neben den jüdischen Professoren der Universität besonders der Pädagoge Prof. Deuchler und die erziehungswissenschaftliche Fachschaft, die „die größte und damals fast vollständig marxistische oder doch zumindest demokratische Universität war.“²⁷⁾ Und als den Nazis dann „die Sicherheit des nahen Sieges in der allgemeinen Politik“²⁸⁾ gegeben schien, verstärkten sie ihre Repressalien und Aktionen; sie begannen nach und nach die einzelnen Einrichtungen der Universität, soweit noch nicht das Universitätsgesetz und die Universitätsverfassung davon berührt wurden, „um(zu)organisieren“: einer der ersten Angriffspunkte war hier beispielsweise aus „Anlaß ... eine(r) vorübergehende(n) Unordnung“ die akademische Lesehalle, „ohne den Lesehallenausschuß, der damals von Prof. Stern geführt wurde, zu befragen.“²⁹⁾

Kameradschaftshaus der Hamburger Studentenschaft) „vom Kameradschaftshaus für die ‚Herren Kommilitonen‘“ (S. 106 f): „Das Kameradschaftshaus bildet bewußt Zellen innerhalb der Studentenschaft. Es tritt, soweit es möglich ist, in Kollegs und bei Veranstaltungen geschlossen auf, und wo es auftritt, zeigt es seinen eigenen Geist, jenen Geist der Kameradschaft, den jeder aus dem Arbeitsdienst mitbringt.“ ... „Der junge Student gibt, wenn er ins Kameradschaftshaus geht, einen großen Teil seiner Freiheit auf; ... wir wollen den ‚Kerl‘, wie er aus der SA und aus dem Arbeitsdienst hervorgeht, wie ihn vor allem das Lager formt.“

- 25) im WS 1929/30 stellten die Nationalsozialisten (bei einem Stimmgewinn von 16,6 %) bereits zwei Asta-Mitglieder, u.a. den 1. Vorsitzenden (Heinz Haselmayer) vgl. u.a. F. Schorer und H. Riecke, a.a.O., S. 118.
- 26) ebenda S. 117
- 27) ebenda
- 28) ebenda S. 118; es heißt dazu u.a. weiter: „schließlich blieb die Ordnung, die durch Haselmayer gestiftet wurde, bestehen, so daß sie auch heute noch (1934) gilt.“
- 29) ebenda.

III.

Wenn auch der nazistische Asta besonders in den letzten Jahren der Weimarer Republik bei diesen seinen Aktionen von der Mehrheit der Studentenschaft weiterhin bei den Studentenparlamentswahlen unterstützt wurde und wenn auch „leider“, wie es Günther Weisenborn feststellte, „anfänglich gerade ein großer Teil der akademischen Nachwuchses auf die Phraseologie der NSDAP hereingefallen ist“,³⁰⁾ so darf jedoch nicht übersehen werden, daß sich die immerhin nicht nur vereinzelt demokratischen Kräfte, wie etwa am Pädagogischen Institut deutlich wurde, nicht zur nazistischen Gefolgschaft zwingen ließen. Gerade in Hamburg mußten Hitlers Schergen bald erkennen, daß sich bestenfalls „10 % der studentischen Jugend“ für sie aktivieren ließ; so beklagte sich denn auch der Hamburger Reichsstatthalter Karl Kaufmann bereits am 23. Mai 1935 über diesen „starken Stimmungsumschwung an der Hamburger Universität.“³¹⁾

Um trotzdem die diktatorische Macht auf allen Ebenen der Universität zu behalten und sogar „auszubauen“, wurden bereits zu Beginn des Dritten Reiches sämtliche demokratischen Praktiken abgeschafft; ebenso wenig wie die Ordinarien „ihren Rektor“ wählen durften,³²⁾ wurde es auch der Studentenschaft durch Reichsgesetz möglich gemacht, weiterhin „ihren Asta“ und auf Rechsebene – wie er genannt wurde – den „Reichsschaftsführer der Studierenden an den deutschen Hoch- und Fachschulen“ zu wählen: über letzteren heißt es beispielsweise: „der Reichsschaftsführer wird vom Reichsminister des Innern ernannt.“³³⁾ – Darüberhinaus wurden außer dem NSDStB alle politischen und unpolitischen Studentenverbindungen, -bünde und sonstige -organisationen verboten.³⁴⁾

Daher blieben in den ersten Jahren des Dritten Reiches die demokratischen, antifaschistischen Studenten lediglich passiv. Erst allmählich, besonders nach Ausbruch des II. Weltkrieges traten einzelne von ihnen in „halborganisierten“ Zirkeln aktiv in Erscheinung.

30) Günther Weisenborn (Hrsg.), *Der lautlose Aufstand, Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945*, Hamburg (1953), S. 94.

31) ebenda

32) Vgl. das erste Kapitel „Das permanente Kolonialinstitut“, S. 24 und Anm. 81

33) Die Verfassung der Reichsschaft der Studierenden an den deutschen Hoch- und Fachschulen, in: *Hamburger Universitäts-Zeitung*, 15. Jg. 1933/34 Nr. 4 vom 19. Februar 1934 Heft 8, S. 139-141, S. 139

34) und die *Hamburger Universitäts-Zeitung* sank zu einem Organ der Selbstbeweihräucherung herab.

IV.

Die ersten Widerstandsgruppen im Dritten Reich hatten sich sehr bald nach der nationalsozialistischen Machtergreifung Ende 1933/Anfang 1934 fast ausschließlich unter sozialistischer Führung gebildet; Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter waren von Anfang an die am stärksten politisch Verfolgten. Die Zerschlagung ihrer Organisationen und die umfangreichen Verhaftungswellen unter ihnen hatten sie gezwungen, sich sofort im Widerstand neu zu „organisieren.“ Wenn es sich auch zwangsläufig zunächst meist nur um mehr oder weniger lockere und sehr kleine Gruppierungen handelte, in denen sich die Verfolgten in der gemeinsamen Gefahr gegenseitig unterstützten und halfen, so konnte bereits Ende der dreißiger Jahre von einem weitverzweigten, über ganz Deutschland verbreiteten Netz von sozialistischen und demokratischen Widerstandsorganisationen gesprochen werden, zu denen während des II. Weltkrieges auch aus den bürgerlichen, kirchlichen, adligen und sogar militärischen Kreisen Oppositionsgruppen gegen das Hitler-Regime hinzukamen, deren Mitglieder nicht selten anfangs kritiklose Anhänger und Befürworter des Nationalsozialismus gewesen waren.³⁵⁾

Die deutschen Universitäten schienen allerdings sehr lange völlig unberührt von jeder Widerstandstätigkeit. Erst während des II. Weltkrieges wurden auch hier vereinzelt oppositionelle Haltungen gegen das Regime und demokratische Forderungen sichtbar. Von organisiertem Widerstand an den Universitäten kann jedoch nur in zwei Fällen gesprochen werden: von der „Weißen Rose“ in München und in Hamburg. Die bedeutendere Gruppe war zweifellos die Münchener „Weiße Rose“, die im Sommer 1942 erstmalig mit Flugblättern an die Öffentlichkeit trat. Ihre Aktionen sollten auch die Initialzündungen des allgemeinen universitären Widerstandes sein, „von denen aus der Geist des Widerstandes sich nach allen Seiten verbreiten sollte.“³⁶⁾ So übernahmen es Ende 1942 und Anfang 1943 verschiedene Studenten, die mit den Geschwistern Scholl und ihren Kommilitonen befreundet waren oder Kontakt hatten, an verschiedenen anderen Universitäten „in München entworfene Flugblätter zu verviel-

35) Über den deutschen Widerstand im Dritten Reich gibt es inzwischen eine beachtliche Fülle an Literatur, auf die im Rahmen dieser Arbeit auch auszugsweise nicht eingegangen werden kann. Die Verfasser weisen lediglich auf die umfangreichen Literaturangaben in den im folgenden angeführten Einzeldarstellungen hin.

36) Inge Scholl, *Die weiße Rose*, 2. Auflage, Frankfurt/M 1952, S. 59

fältigen und weiterzuerbreiten.“³⁷⁾ Solche Verbindungen sind nach Berlin, Freiburg und Hamburg bekannt geworden.³⁸⁾

Ende Dezember 1942 trat ein kleiner Freundeskreis Hamburger Studenten zusammen, um über die Münchner Fluglataktionen zu diskutieren. Es waren Heinz Kucharski, Greta Rothe, Hannelore Willbrand, Albert Suhr und Reinhold Meyer, die über das dritte Flugblatt der Weißen Rose mit dem Titel „Salus publica suprema lex“ berieten, in dem zum umfassenden passiven Widerstand aufgerufen wurde und das ihnen ihre gemeinsame Freundin Traute Lafrenz mitgebracht hatt.³⁹⁾ Das Ergebnis dieser Zusammenkunft war der ernsthafte Entschluß, ähnlich wie die Geschwister-Scholl-Gruppe in München tätig zu werden; es war gleichsam, wie es Ursel Hochmuth und Ilse Jacob nennen, „die Geburtsstunde der Hamburger Weißen Rose“.⁴⁰⁾ Sogleich nach dieser Zusammenkunft berichteten die fünf Kommilitonen ihren „vertrauenswürdigen Bekannten“ an der Hamburger Universität über ihren Entschluß und gaben das Münchner Flugblatt in verschiedenen Abschriften zur internen Information weiter.⁴¹⁾ Die meisten von ihnen und ihren vertrauenswürdigen Freunden kannten sich bereits seit ihrer Schulzeit und wußten daher sehr genau von ihrer politischen Einstellung. Seit 1936 hatten Heinz Kucharski, Greta Rothe, Traute Lafrenz, Lotte Canepa, Herbert Meinke, Karl Ludwig Schneider (der heutige Hamburger Ordinarius für „Deutsche Philologie und Literaturwissenschaft“), Howard Beinhoff und andere als Schüler der Hamburger Lichtwarkschule an den oppositionellen Leseabenden ihrer Lehrerin Erna Stahl teilgenommen, an denen sie u.a. Werke von Heinrich und Thomas Mann, Tucholsky, Brecht, Andersen-Nexö und sozialistische Literatur kennenlernten und diskutierten.⁴²⁾ Einige von ihnen hörten außerdem seit 1936 zusammen mit Heinz Kucharski regelmäßig die

37) ebenda S. 58

38) vgl. ebenda S. 58 f, Günter Weisenborn (Hrsg.), a.a.O., S. 94 und S. 270 (dort sind u.a. Fluglataktionen der Geschwister Scholl und ihres Freundes Alexander Schmorell in Salzburg, Linz, Wien, Augsburg, Frankfurt am Main und Stuttgart erwähnt.); vgl. außerdem Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945, Berichte und Dokumente, Frankfurt/m 1969, S. 387-421.

39) U. Hochmuth und G. Meyer, a.a.O., S. 394; das Flugblatt ist abgedruckt bei Inge Scholl, a.a.O., S. 95 ff.

40) U. Hochmuth und G. Meyer, a.a.O., S. 395; („Wie Albert Suhr berichtet, kamen die fünf Genannten in der Folgezeit regelmäßig zusammen... Suhr lieh sich das Flugblatt ...aus und ließ es... mehrmals abschreiben und gab die Kopie vertrauenswürdigen Bekannten.“)

41) ebda; vgl. auch Günther Weisenborn (Hrsg.), a.a.O., S. 94.

42) U. Hochmuth und G. Meyer, a.a.O., S. 388.

Nachrichten des Moskauer und des „Deutschen Freiheitssenders“. Zu dem Widerstandskreis „Die weiße Rose Hamburg“ gehörte noch ein weiterer Freundeskreis, der ebenfalls seit Mitte der dreißiger Jahre, aber unabhängig von den Leseabenden um Erna Stahl, bestand; neben Karl Ludwig Schneider und Howard Beinhoff gehörten ihm u.a. Hans und Maria Leipelt, die sich später auf Anregung Heinz Kucharskis bevorzugt mit den Werken von Marx und Lenin beschäftigten, Heinz Marquardt, der aus kommunistischem Elternhaus kam, und Dorothea Zill, deren Eltern Sozialdemokraten waren.⁴³⁾

Aus der bisher gründlichsten und umfassendsten Darstellung über den Hamburger Widerstand während des Dritten Reiches von Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer, der die Verfasser dieses Abschnittes im wesentlichen gefolgt sind, geht hervor, daß Heinz Kucharski und Greta Rothe die führenden und bedeutendsten Persönlichkeiten des studentischen Widerstandes in Hamburg gewesen sind. Sie übten auf ihre Kommilitonen den stärksten politischen Einfluß aus, pflegten verschiedene Verbindungen zu illegalen Kommunisten und antifaschistischen Intellektuellen und Buchhändlern⁴⁴⁾ und prägten im wesentlichen die politische, weit links gerichtete Konzeption der Weißen Rose Hamburg. Gerade ihre politische Haltung, soweit man sie rekonstruieren kann, unterschied die Hamburger Gruppe um Heinz Kucharski, Greta Rothe und Hans Leipelt von der Münchner Weißen Rose um die Geschwister Scholl, Prof. Huber und Alexander Schmorell, die zwar antifaschistisch, antinazistisch waren und ihr Leben einsetzten für Demokratie und Freiheit, aber ihre politische Haltung nur vage aus ihrem stark christlich-religiösen Glaubensbekenntnis heraus artikulierten. Während bei den Münchnern keinerlei gesellschaftskritischer Ansatz zu erkennen war, sie ausdrücklich „nicht ...über die verschiedenen möglichen Staatsformen, die Demokratie, die konstitutionelle Monarchie, das Königtum usw.“ urteilen wollten,⁴⁵⁾ sondern lediglich gegen „die Macht des Bösen, den gefallenen Engel, den Satan, ...wider den Dämon, wider den Boten des Antichrist“ mit dem Hinweis auf

43) ebenda S. 388 f.

44) ebenda S. 392 f; vgl. u.a. auch Thorsten Müller, „Jud bleibt Jud. Zum 70. Geburtstag des gleichnamigen Hamburger Buchhändlers“, in: Die Zeit, Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur, Hamburg vom 7.3.1969. Zu den Buchhändlern, deren Läden oft zugleich Treffpunkte der Widerständler waren, gehörten u.a. Felix Jud, Paul Hennings, Berthold Neidhardt (bis zu seinem Tode 1967 Inhaber der Fundgrube für Bücherfreunde am U-Bahnhof Dammthor), Karl Meuel, Henry Thiergard und Carl Hoym.

45) Flugblatt Nr. 3 der Weißen Rose München: „Salus Publica suprema lex“, in: Inge Scholl, a.a.O., S. 95-99, S. 95.

„Propheten, Heilige, die ihre Freiheit gewahrt hatten, (und) auf den Einzigen Gott“⁴⁶⁾ kämpfen wollten, waren bei den Hamburgern die zahlreichen Verbindungen zu Sozialisten und ihre bevorzugte Beschäftigung mit dem Marxismus ein auffälliges Merkmal: Abgesehen von den bereits genannten Studenten, die aus sozialistischen Familien stammten, und abgesehen davon, daß Heinz Kucharski zusammen mit mehreren Schulfreunden seit 1936 den Moskauer Rundfunk und den Deutschen Freiheitssender hörten, war es Kucharski, der die Fäden zu dem Buchhändler Felix Jud, von dem er die wichtigste marxistische Literatur für sich und seine Freunde erhielt,⁴⁷⁾ oder im Wintersemester 1939/40, als die Hamburger Universität vorübergehend geschlossen war, in Berlin zu dem Kunsthistoriker und ehemaligen Chefredakteur der linkssozialistischen „Neuen Bücherschau“, Dr. Otto Braskoven,⁴⁸⁾ oder dann wieder in Hamburg zu dem sozialdemokratischen Gewerkschafter Martin Trenker, zu dem Kommunisten Wilhelm Stoldt oder zu den sozialistischen Arbeitern an der Hamburger Universität knüpfte.⁴⁹⁾ Der revolutionäre Kern der Weißen Rose Hamburg um Kucharski, Leipelt und Greta Rothe setzte sich für eine „sozialistische Volksrepublik“ ein, während sich die Mehrheit der Gruppe allerdings lieber für die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie entscheiden wollte.⁵⁰⁾

Wenn auch der studentische Widerstand im Lehrbetrieb an der Hamburger Universität sehr gefährlich sein mußte, da – gerade hier – die meisten Professoren und Dozenten ergebene Handlanger des Nationalsozialismus waren, so konnten die Studenten der Weißen Rose immerhin sehr schnell erfahren, daß es auch hier einige wenige Lehrer gab, die sie in ihrer oppositionellen Haltung akzeptierten und teilweise sogar unterstützten und bestärkten: so kannten und teilten auch weitgehend ihre oppositionelle politische Einstellung der Direktor des Hamburger Völkerkunde Museums, Prof. Franz Termer und dessen Leiter der Afrika-Abteilung, Dr. Theodor-Wilhelm Danzel; über das stillschweigende Einverständnis dieser beiden

- 46) Flugblatt Nr. 4 der Weißen Rose München, in: ebenda S. 100-104; S. 101.
 47) Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer, a.a.O., S. 393
 48) ebenda S. 390; im WS 1939/40, während die Hamburger Universität geschlossen war, studierten in Berlin u.a.: Heinz Kucharski, Greta Rothe, Rudolf Degkwitz jun. und Traute Lafrenz.
 49) ebenda S. 391 und 401; Kucharski hatte beispielsweise „in den Jahren 1940/41 regelmäßig politische Informationen“ mit einem kommunistischen Heizer beim Völkerkunde Museum „ausgetauscht“. (ebenda S. 391)
 50) vgl. ebenda S. 412; (Nach der dort zitierten Anklageschrift gegen Albert Suhr und andere haben sie „vor allem 1943 ... einen kommunistischen oder demokratisch-liberalistischen Staat propagiert.“

hinaus ging das Verhalten des Pädagogen Prof. Wilhelm Flitner, der die Studenten nicht nur in seinen Übungen unterstützte, sondern beispielsweise seit Juni 1949 regelmäßige Zusammenkünfte mit Künstlern, Wissenschaftlern und Studenten veranstaltete,⁵¹⁾ und des Mediziners Prof. Rudolf Degkwitz, Ordinarius für Kinderheilkunde,⁵²⁾ der später bekannte, daß er, wenn er „während der Hitler-Diktatur der Verzweiflung nahe war, ...zu jungen Leuten, zu Studenten oder unseren jungen Bauern und Arbeitern gegangen und jedesmal gestärkt und voller Hoffnung in den Alltag und in die Gesellschaft ihrer Väter zurückgekehrt“ war,⁵³⁾ der seine Studenten und seine Söhne, sowie eine Reihe jüngerer Kollegen im Universitätskrankenhaus in ihrer Zugehörigkeit zur Weißen Rose Hamburg immer wieder bestärkte und sich bei deren Schwierigkeiten mit der Gestapo voll hinter sie stellte.⁵⁴⁾

V.

Die Aktivitäten der Weißen Rose Hamburg sollten sich, wie bei den Münchnern auch, nicht nur auf das Vervielfältigen und Verbreiten von Flugblättern beschränken, so planten sie beispielsweise bedeutende Sabotage-Akte.⁵⁵⁾ Sie wurden jedoch in ihren Vorhaben empfindlich gestört, als der studentische Widerstand in Deutschland den schwersten Schlag am 18. Februar 1943 durch die Verhaftung der Geschwister Scholl und durch die damit praktisch verbundene „Zerschlagung“ der Münchner Weißen

- 51) ebenda S. 393 f.
 52) Über das Leben dieses Arztes vgl. ebenda S. 292-302. (Rudolf Degkwitz wurde am 19.1.1889 in Thüringen geboren, nach dem I. Weltkrieg nahm er an dem konterrevolutionären Kampf des Freikorps Oberland gegen die Räterepublik Bayern teil, dabei lernte er Rudolf Heß und durch diesen die NSDAP und Adolf Hitler kennen, am 23. November 1923 marschierte er mit Hitler zur Feldherrnhalle in München. Aber ähnlich wie zahlreiche prominente Mitglieder des Freikorps und späteren Bundes Oberland sich vom Rechtsradikalismus lossagten und teilweise sogar zur Arbeiterbewegung überwechselten, gelangte auch Degkwitz mehr und mehr zu einer demokratisch-liberalen politischen Haltung, die ihn in den dreißiger Jahren zum völligen Bruch mit dem Nationalsozialismus veranlaßte und zu einem echten Antifaschisten werden ließ. Degkwitz war seit 1932 Ordinarius an der Hamburger Universität.)
 53) Rudolf Degkwitz, Das alte und das neue Deutschland, Hamburg 1946 und 1947 S. 288.
 54) Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer, a.a.O., S. 294 f; (Oppositionell eingestellte Ärzte konnten sicher sein, daß Degkwitz sie im Eppendorfer Krankenhaus unterzubringen suchte.)
 55) vgl. ebenda S. 404

Rose erlitt. Nach dem Ende der Münchner Weißen Rose verlagerte sich automatisch das Schwergewicht des studentischen Widerstandes nach Hamburg; die Hamburger Gruppe vergrößerte sich wesentlich.⁵⁶⁾

Und ähnlich wie die Münchner durch Verrat den nationalsozialistischen Henkern ausgeliefert wurden,⁵⁷⁾ führten gemeine Denunzianten auch in Hamburg das Ende der Weißen Rose herbei: bereits im September 1943 war eine Geldsammlung für die Witwe des Münchner Professors Huber „von einer Mitstudentin, deren Name bekannt ist, an die Gestapo verraten und somit die Verhaftung“ der ersten Mitglieder der Hamburger Gruppe eingeleitet worden;⁵⁸⁾ – Ende Oktober/Anfang November 1943 wurde dann der „französische Literat“ und professionelle, freiwillige Gestapospitzel, Maurice Ettinghausen, der sich (nach dem Mädchennamen seiner Mutter) Sachs nannte, auf die Studenten um Heinz Kucharski angesetzt, der sie für einen Wochenlohn von 80 RM alle der NS-Justiz ans Messer lieferte.⁵⁹⁾ Von der Hamburger Weißen Rose wurden dreißig Personen verhaftet und wenn „nur“ acht von ihnen ihr Leben lassen mußten, so geschah das dadurch, daß die Nazis am Ende des Krieges für ihr grausames, verbrecherisches Geschäft nicht mehr ausreichend Zeit zur Verfügung hatten.⁶⁰⁾

Die Toten der Weißen Rose Hamburg sind:

Katharina Leipelt, Dr.rer.nat., geb. am 28. Mai 1893, Freitod am 9. Januar 1944 im Polizeigefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel.

Elisabeth Lange, geb. am 7. Juli 1900, umgekommen am 28. Januar 1944 im Polizeigefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel.

Reinhold Meyer, stud.phil., geb. am 18. Juli 1920, umgekommen am 12. November 1944 im Polizeigefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel.

Hans Leipelt, stud.rer.nat., geb. am 18. Juli 1921, hingerichtet am 29. Januar 1945 im Gefängnis München-Stadelheim.

56) siehe u.a. Günther Weisenborn (Hrsg.), a.a.O., S. 94.

57) vgl. Inge Scholl, a.a.O., S. 59 f

58) Ursel Hochmuth und Gertud Meyer, a.a.O., S. 408

59) ebenda S. 406 ff; vgl. auch die dort angegebene weitere Literatur über Maurice Sachs,

60) vgl. u.a. Günther Weisenborn (Hrsg.), a.a.O., S. 94

Margaretha (Greta) Rothe, cand.med., geb. am 13. Juni 1919, umgekommen am 15. April 1945 im Frauengefängnis Leipzig-Meusdorf.

Frederik Geussenhainer, cand.med., geb. am 24. April 1912, umgekommen im April 1945 im Konzentrationslager Mauthausen.

Margarethe Mrosek, geb. am 25. Dezember 1902, gehenkt am 21. April 1945 im Konzentrationslager Neuengamme.

Curt Lediem, Dr. jur., geb. am 5. Juni 1893, gehenkt am 23. April 1945 im Konzentrationslager Neuengamme.⁶¹⁾

61) zitiert nach: Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer, a.a.O., S. 421.

Zur Entstehung einer sozialistischen Studentenopposition an der Hamburger Universität.

Eine historische Analyse der Geschichte der Entstehung einer sozialistischen Opposition an der Hamburger Universität nach dem 2. Weltkrieg macht exemplarisch die Mechanismen deutlich, mit denen es der herrschenden Klasse lange Zeit gelungen ist, eine relevante sozialistische Opposition zu verhindern und Ansätze dazu permanent zu zerschlagen. Eine Untersuchung der Bedingungen, unter denen Ansätze zu einer solchen Opposition 20 Jahre nach dem 2. Weltkrieg schließlich doch wieder entstanden sind, und eine reale Einschätzung der Kinderkrankheiten, mit denen diese ersten Ansätze notwendig verbunden waren, hat einen eminenten Stellenwert für die künftige revolutionäre Perspektive.

I. Die Gründung sozialistischer Studentengruppen nach dem II. Weltkrieg.

Die studentische Opposition an der Hamburger Universität beschränkte sich in den ersten Jahren nach der nationalsozialistischen Herrschaft auf die Hochschulgruppen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei. Die Situation dieser Studentengruppen spiegelt die Lage der deutschen Arbeiterklasse nach der Niederlage des Faschismus deutlich wider. Dem faschistischen Terror war es im 3. Reich gelungen, die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen. Die Erfahrungen unter dem Faschismus und der offensichtliche Einfluß des Monopolkapitals auf die Herausbildung der Nazi-Diktatur induzierten in der Arbeiterklasse nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition eine anti-kapitalistische Opposition, die für die Restauration des Kapitalismus eine Gefahr darstellte, wenn es auch keine funktionierenden Organisationen gab, die jene günstige Situation für die Arbeiterklasse hätten ausnützen können. In jener Situation mußte das Kapital weitgehende Zugeständnisse an die Arbeiterklasse machen, um den Restaurationsprozeß demagogisch absichern zu können. Ausdruck dieser Zugeständnisse sind unter anderem das Ahlener Programm der CDU von 1946¹⁾, die Sozialisierungsparagraphen im Grundgesetz²⁾ und in den Länderverfassungen.

1) Ahlener Programm der CDU, Bonn 1948.

Bei der Abwehr der von der Arbeiterbewegung in den ersten Jahren ausgehenden Sozialisierungsbestrebungen und bei der Integration ihrer Ziele in ein – scheinbar zum Sozialstaat – avancierendes neokapitalistisches System hatten die Sozialdemokratie und die von ihr mitgetragene antikommunistische Ideologie eine wichtige Funktion. Mit ihr gelang es – unter Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus –, den Antifaschismus der Massen in einen rigiden Antikommunismus umzufunktionieren und künftig jegliche relevante Opposition mit der Behauptung, sie sei kommunistisch gelenkt, im Keim zu ersticken.

Die Gründung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes fand am 4. September 1946 in Hamburg in den Harvestehuder Lichtspielen statt.³⁾ Die von Kurt Schumacher, dem langjährigen Parteivorsitzenden der SPD, gehaltene Gründungsansprache⁴⁾ gibt jene ambivalente Ausgangslage des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes sehr deutlich wieder und weist bereits in großen Zügen auf Integrationsmechanismen hin, die für die Politik des SDS lange Zeit bestimmend waren.

Schumacher, der sich selbst als Marxist bezeichnete, und der sich scharf dagegen aussprach, den Marxismus – bei ihm „die Methode der großangelegten ökonomischen Analyse“ – „en bloc über Bord zu werfen“⁵⁾, erkannte damals sehr genau, daß es sich in der Tat um „Zustände der latenten sozialen Revolution“ handelte⁶⁾. Es war damals noch – für ihn – ganz unklar, wer in „Deutschland die herrschende Klasse ist“⁷⁾, und er wußte, daß es von dieser Frage abhing, ob es möglich sei, diese Zustände in Richtung auf den Sozialismus zu verändern. Er hielt den damaligen sozialistischen Studenten die Gefahren eines nochmaligen bürgerlichen Umwegs vor, „in letzter Konsequenz ist selbst Adolf Hitler nur der Ausdruck dieses bürgerlichen Umwegs gewesen.“⁸⁾

Die ambivalente Situation der Intelligenz in dieser entscheidenden Situation war laut Schumacher bestimmt durch die Illusion, in der „Sphäre der

2) vgl. Grundgesetz, Artikel 15

3) vgl. Ekkehard Kloen, Der Weg in den Widerstand, Eine Chronik des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Teil I, in Die ZEIT, 23.2.1968, S. 9

4) Kurt Schumacher, Student und Politik, Hamburg 1946

5) ebenda, S. 9;

6) ebenda, S. 5

7) ebenda, S. 11

8) ebenda, S. 9

Klassenjenseitigkeit“⁹⁾ leben zu können. Schumacher rief die „jungen Menschen“ dazu auf, diese Irrtümer zu überwinden, auf Grund der „großen Ideen, von denen die Partei (die SPD) getragen ist“¹⁰⁾, den Kampf aufzunehmen, um dadurch die mit dem bürgerlichen Umweg verbundenen Konsequenzen zu vermeiden. „Denn wer heute in Deutschland die herrschende Klasse ist, das kann nur mit der Jugend entschieden werden“.¹¹⁾

Die sozialdemokratischen Illusionen über die Weise, wie dieser bürgerliche Umweg vermieden werden könnte, wurden allerdings gerade von Schumacher geteilt. Die Richtung, in der der Weg zum Sozialismus einzuschlagen sei, wurde von dem Sozialdemokraten Schumacher natürlich auch völlig verfehlt angegeben. Die Notwendigkeit, den Sozialismus über die soziale Revolution durchzusetzen, wurde von ihm nicht erkannt. Er sprach von einer Alternative zwischen Demokratie und Diktatur, die für ihn identisch war mit der Alternative Kapitalismus oder Sozialismus. „In Deutschland wird die Demokratie sozialistisch sein, oder sie wird gar nicht sein.“¹²⁾ Diktatur war für ihn die Tatsache, unter „der Form des Rechts Unrecht zu tun.“¹³⁾ „Aber wenn wir vom Sozialismus sprechen, dann meinen wir keinen Staatskapitalismus, dann meinen wir die ökonomische Befreiung der Persönlichkeit.“¹⁴⁾

Es kam dann also darauf an, dem Totalitarismus, der ja für Faschismus und den Kommunismus im Osten angeblich in gleicher Weise bestimmend war, die Alternative des demokratischen Sozialismus, der sozialistischen Demokratie, gegenüberzustellen. Damit wurde also dem Anti-Faschismus der Arbeiterklasse bereits damals der Anti-Kommunismus angelagert, mit der Idee der sozialistischen Demokratie der Keim zu der Ideologie des Sozialstaats gelegt, die später für die Integration der Sozialdemokratie in das spätkapitalistische System bestimmend wurde. So waren für den SDS schon in seiner Gründungsphase jene beiden wichtigen Grundzüge seiner späteren Politik artikuliert.

An der Gründung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes für die britische Zone hatte die Hamburger Gruppe, die damals eine der stärksten in den drei westlichen Zonen war, bedeutenden Anteil.

9) ebenda, S. 6

10) ebenda, S. 7

11) ebenda, S. 11

12) ebenda, S. 12 f.

13) ebenda, S. 12

14) ebenda, S. 13

Von Hamburg aus wurden mit Hilfe des sozialdemokratischen Parteiapparats die ersten praktischen Schritte unternommen, die zum Zusammenschluß der isoliert voneinander arbeitenden Gruppen in den Besatzungszonen der drei westlichen Alliierten führten.¹⁵⁾ An der konstituierenden Delegiertenkonferenz am 2. September 1946 nahmen von der Hamburger Gruppe neben Heydorn, heute Professor an der Universität Frankfurt, Leute vom Schlage eines Helmut Schmidt und W. Berkhan teil,¹⁶⁾ die heute führende Positionen im sozialdemokratischen Parteiapparat innehaben.

Es besteht noch ein informeller Freundeskreis aus SDS-Gründungsmitgliedern. Auf jährlichen Treffen, die dieser informelle Freundeskreis abhält, werden wichtige Positionen im SPD-Parteiapparat und in den bundesrepublikanischen Machtzentralen nach Interessen verteilt.¹⁷⁾

Kurz nach der konstituierenden Delegiertenkonferenz des SDS bemühte sich die Hamburger Gruppe um Kontakte zu den Gewerkschaften. Der SDS, dessen Mitglieder damals in der Sozialdemokratischen Partei ohnedies in der Mehrzahl aktiv tätig waren,¹⁸⁾ war sich mit der Gewerkschaft darin einig, daß es zu verhindern gälte, „daß unsere Lehrinstitute wieder zu einem Hort der Reaktion werden.“¹⁹⁾ Er unterstützte ebenfalls deren Forderung, „an den Universitäten von den Gewerkschaften organisierte Akademien der Arbeit einzurichten.“²⁰⁾

Auf Grundlage dieser Solidarität wandte sich der SDS damals an die später im DGB vereinigten „Freien Deutschen Gewerkschaften“ mit der Bitte um

15) E. Kloen, Der Weg... , a.a.O., Die Beschränkung auf die drei westlichen Zonen erfolgte offensichtlich bewußt, sie stand auch ganz im Einklang zu der spalterischen Politik der SPD, insbesondere zu der chauvinistischen Politik Schumanns. Bis 1955 gab es aber noch Bestrebungen im SDS, die Isolierung von den sozialistischen Gruppen in der sowjetisch besetzten Zone aufzuheben. Auf der DK in Göttingen im November 1955 stellte die Göttinger Gruppe beispielsweise den Antrag, eine außerordentliche DK nach Leipzig einzuberufen, was aber von der o. DK abgelehnt wurde. Vgl. dazu: „Erfolge der Linken im SDS“, in: „Die andere Zeitung“, 10. November 1955

16) vgl. Interview 3, 18.8.1969, Institut für die Geschichte des SDS Hamburg (SDS-Archiv), 05/5;

17) ebenda

18) vgl. Brief des SDS Hamburg an die Freien Deutschen Gewerkschaften vom 6.10.1946, SDS-Archiv, 01/1;

19) ebenda

20) vgl. SDS Hamburg an den Ortsausschuß der Freien Deutschen Gewerkschaften, 7.1.1947, SDS-Archiv, 01/1;

finanzielle Unterstützung. Der SDS hing damals „mit der materiellen Seite seiner Organisation völlig in der Luft“²¹⁾, die Abhängigkeit von SPD und sozialdemokratischen Gewerkschaften schien zu jener Zeit unproblematisch.

Allerdings hatte sich der SDS auf der konstituierenden DK in Hamburg 1946 bewußt für eine organisatorische Unabhängigkeit von der SPD entschieden. Erich Ollenhauer setzte sich damals energisch für eine organisatorische Unabhängigkeit ein: „Die Unabhängigkeit von der SPD bedeutet ja keine Trennung, da ja allgemein bekannt ist, daß die sozialistischen Studenten auf dem Boden der SPD stehen. Ist der Studentenbund zwar unabhängig, aber vom richtigen Geist erfüllt, werden sie später den Weg in die Partei finden.“²²⁾ Und auch Schumacher meinte damals: „Wir können ihnen als sozialdemokratische Partei nur eins sagen: Manche von ihnen sind noch gar nicht reif für die Partei, und für manche ist die Partei in ihrem heutigen organisatorischen Leben noch gar nicht der richtige Ort, in dem sie sich glücklich fühlen können. Aber für alle sollten die großen Ideen, von denen diese Partei getragen ist, die Grundlage abgeben, um einzutreten in den Kampf, dann findet sich die politische Bildung ganz von allein.“²³⁾

Die formale Unabhängigkeit von der SPD, bei weitgehender politischer und ideologischer Identifikation mit ihr, sollte also die Voraussetzung dafür sein, daß der SDS so etwas wie die Vorbereitungs- und Erprobungsorganisation für die spätere Mitgliedschaft in der SPD wurde. In der Tat wurde der SDS schon sehr früh eine Organisation, in der sich die künftigen SPD-Funktionäre für ihre Karriere qualifizieren mußten. Trotzdem gab es in der Gründungsperiode des SDS politische Auseinandersetzungen, die sich damals zwischen den sogenannten „ethischen Sozialisten“ um Heydorn und den SPD-konformen Sozialdemokraten um den späteren SDS-Bundesvorsitzenden Helmut Schmidt abspielten.²⁴⁾ Und im Januar 1947 besaß der SDS noch so viel politische Autonomie gegenüber der SPD, daß er in einer Resolution den damaligen Hamburger SPD-Senat zum Rücktritt aufforderte, um dadurch eindeutig klarzustellen, „daß die Sozialdemokratische Partei die Verantwortung an den augenblicklichen Zuständen (gemeint ist der durch Exporte der Alliierten entstandene Mangel an Lebensmitteln, Kohlen, Strom etc.) nicht mehr zu tragen gewillt

- 21) ebenda
- 22) E. Kloen: Der Weg. . . , a.a.O.
- 23) K. Schumacher, Student. . . , a.a.O., S. 7
- 24) vgl. Interview 3,4, 18.8. u. 17.8.1969, SDS-Archiv, 05/5

ist.“²⁵⁾ Ferner verlangte der SDS damals die „sofortige Feststellung der an der Katastrophe Schuldigen“²⁶⁾ und Maßnahmen zur Linderung der daraus entstandenen Not.

Daß sich jene Ansätze zu politischer Opposition nicht zu einer Emanzipation des SDS von der sozialdemokratischen Partei und zur Radikalisierung des SDS in Richtung auf eine sozialistische Politik führten, lag im wesentlichen an der antikommunistischen Indoktrination des SDS durch die SPD, mit der später alle oppositionellen Ansätze abgefangen werden konnten.

In dem ersten Jahr nach der Gründung des SDS war der Verband noch für Sozialisten aller Schattierungen offen, zu seinen Mitgliedern gehörten damals selbst Genossen, die dem Ahlener Programm der CDU näher standen als der sozialdemokratischen Programmatik. Vor allem arbeiteten in den einzelnen Gruppen — insbesondere in Hannover und Münster — viele Kommunisten mit. Dies veranlaßte die SPD sehr bald dazu, vom SDS zu fordern, daß künftig nur noch Parteilose und SPD-Mitglieder dem Verband angehören durften. Nach heftigen Diskussionen innerhalb des Verbandes wurde daraufhin auf der 2.o.DK in Bielefeld 1947 beschlossen, daß das Bekenntnis zu KPD/SED mit der Mitgliedschaft im SDS unvereinbar sei. Das Bekenntnis zum „demokratischen und freiheitlichen Sozialismus“ wurde künftig zur Grundlage für eine Mitgliedschaft im SDS gemacht.²⁷⁾

Die Hannoveraner Gruppe, bei der die kommunistische Fraktion verhältnismäßig stark war, fiel daraufhin auseinander; der Bundesvorstand, der damals seinen Sitz in Hamburg hatte, brach zeitweilig die Kontakte zu der Münsteraner Gruppe ab.²⁸⁾

Die in Bielefeld gefällte Grundsatzentscheidung war die Grundlage für eine rigide Ausschlußpraxis, die der SPD-abhängige Bundesvorstand seither gegen jegliche linke Opposition im SDS anwandte. Mit dem Vorwurf, kommunistisch unterwandert zu sein, bekämpften seitdem Bundesvorstand und rechte Gruppenvorstände alle jene Gruppierungen, die die sozialdemokratische Verbandslinie zu verlassen drohten.

- 25) vgl. SDS-Hamburg an H. Spliedt, 8.1.1947, SDS-Archiv, 01/1
- 26) ebenda
- 27) vgl. E. Kloen, Der Weg. . . , a.a.O.;
- 28) ebenda

In Hamburg bestand lange Zeit eine kommunistische Studentengruppe neben dem SDS, zu der jener aber keinerlei Kontakt hatte.²⁹⁾ Eine relevante sozialistische Opposition, die von jener Gruppe zeitweilig ausging, wurde mit Hilfe der antikommunistischen Ideologie, die sich ja kurz nach dem 2. Weltkrieg in den drei Westzonen sehr schnell durchsetzte, zerschlagen.

Zwei Hamburger Ereignisse seien als Beispiele für Ausmaß und Wirkung der Diffamierungen genannt. In Mai 1951 demonstrierten Tausende Hamburger Studenten gegen den Entzug der verbilligten Schülermonatskarten. Bei dieser Demonstration ging die Polizei mit großer Brutalität – damals noch eine recht seltene Erscheinung – gegen die Demonstranten und sogar Passanten mit dem Gummiknüppel vor. Die Sympatien der Bevölkerung waren auf Seiten der Demonstranten. Polizei und Senat befanden sich in einer heiklen Situation, die aber sehr schnell zu ihren Gunsten umschlug, als am nächsten Tag in vielen Zeitungen zu lesen war, die Demonstration sei von den Kommunisten Remus und Ludwig in östlichem Auftrag inszeniert und geleitet worden. Auch die Tatsache, daß die beiden Studenten ein Jahr später vor dem Verwaltungsgericht die Absurdität dieser Behauptung nachweisen konnten, konnte nicht verhindern, daß die in dieser Demonstration sich entfaltende Opposition durch jene Diffamierung im Keime erstickt wurde³⁰⁾. Staat und Kapital hatten den Teilnehmern und Sympathisanten dieser Demonstration klar gemacht, welche Mittel ihnen zur Verfügung stehen, jedwede oppositionelle Praxis zu zerschlagen und nachträglich zu diffamieren.

Diese Diffamierung reichte bis in die Universität hinein und machte den dort studierenden Genossen ein Wirksamwerden unmöglich. Professor Schöne zum Beispiel, Direktor des Kunsthistorischen Seminars, schloß im November 1953 einen Studenten aus seinem Seminar aus, nachdem ihm dieser auf seine Frage, ob er Kommunist sei und zu der Stellungnahme der KP über die begnadigten Kriegsverurteilten stände, zustimmend geantwortet hatte. Solch unakademisches Verhalten eines Professors zog allerdings später den Protest des Rektors nach sich³¹⁾.

29) vgl. M. Vester, Protokoll der Sitzung des Vorstandes des SDS an der Universität Hamburg, 23.10.1959, Punkt 14: Die Kommunistische Hochschulgruppe soll links liegen gelassen werden, SDS-Archiv, 06/2; vgl. Interview 5, 15.8.1969, SDS-Archiv, 05/5

30) Studentenkurier, Jg. 1955 Juni-Juli-Ausgabe, vgl. auch Wolfgang Schult, Geschichte der Hamburger Polizei 1814 - 1964, Hamburg 1964, S. 199

31) Hamburger Volkszeitung, 17. November 1953

Die Kommunistische Hochschulgruppe konnte bei dieser Ausgangslage keine Basis finden. Da sie als Studentengruppe offiziell von politischen Parteien und Organisationen unabhängig war, also auch von der KPD, fiel sie 1956 nicht mit unter das Verbot der Kommunistischen Partei und wurde auch nicht als Tarnorganisation verboten. Sie spielte aber schon 1956 keine Rolle mehr in der Universität und existierte lange Zeit nur formal als Hochschulgruppe. Der Hamburger SDS nahm während der ganzen Zeit keinen Kontakt mit ihr auf, noch im Jahre 1959 wurde auf einer Vorstandssitzung beschlossen, daß eine Verbindung zu dieser Hochschulgruppe nicht sinnvoll erscheine.³²⁾ Die Kommunistische Hochschulgruppe wurde 1961 aus der Liste der Studentengruppen an der Universität Hamburg gestrichen, da sie seitdem nicht mehr die erforderliche Zahl von 7 Mitgliedern erreichte.³³⁾ Die erwähnte antikommunistische Hetze hatte natürlich auch einen Einfluß auf den SDS. Das Bemühen des SDS, sich gegenüber der KP nach rechts abzusetzen, wurde verstärkt durch die Furcht, auch der antikommunistischen Diffamierung ausgesetzt und damit politisch mundtot gemacht zu werden. Der Antikommunismus wurde im SDS verinnerlicht und gegen die linke Opposition innerhalb des Verbandes gewandt.

32) M.Vester, Protokoll der Sitzung des Vorstands des SDS an der Universität Hamburg, 23.10.1959, Punkt 14, in SDS-Archiv, 06/2

33) Interview 4, 17.8.69

II. Die Entwicklung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes bis zum Godesberger-Parteitag der SPD 1959.

Der SDS, insbesondere auch die Hamburger Gruppe, hatte sich sehr schnell die Organisationsform seines großen Vorbildes, der SPD, zu eigen gemacht. Es hatte sich sehr schnell eine zähe und geschlossene Funktionärsschicht herausgebildet, die im SDS eine Fähigkeit gelernt hatte, die für eine folgende SPD-Karriere sehr wichtig war: sich von der Basis zu isolieren, unabhängig von ihr Politik zu treiben und sich dabei auf die auf die Seite des Mächtigeren (in diesem Fall der SPD) zu schlagen. Die SDS-Funktionäre erlernten sehr schnell die Ausschlußpraktiken, die ihre Vorbilder insbesondere seit 1958 dem SDS gegenüber auf sehr rigide Weise anwandten. Es gab im SDS zu jener Zeit zwar immer wieder spontane Basisaktivitäten in einzelnen Städten; diese standen aber immer unter der Drohung, als kommunistisch gesteuert zu gelten. Die Gruppen, in denen linke Fraktionen besonders stark waren (in jener Zeit insbesondere Göttingen) mußten immer die Suspendierung durch den Bundesvorstand befürchten, die von jenem auch von Zeit zu Zeit praktiziert wurde¹⁾. Der Bundesvorsitzende wurde lange Zeit von der Hamburger Gruppe gestellt. Diese Gruppe galt als eine der stärksten; sie hatte damals (bis etwa 1958) etwa 200 Mitglieder und verfügte über die besten Kontakte zur SPD. In Folge einer zähen und angepaßten Funktionärsschicht hat es hier bis etwa 1958 kaum linke Aktivitäten gegeben.²⁾

Die jeweiligen Hamburger Bundesvorsitzenden versuchten, ihre Politik auf Bundesebene fortzusetzen. Ulrich Lohmar zum Beispiel, lange Zeit Mitglied im SDS Hamburg und bis 1955 Bundesvorsitzender, versuchte intensiv, gegen linke Gruppen innerhalb des SDS vorzugehen. Auf der 10.o.DK des SDS in Göttingen stellte die Göttinger Gruppe einen Antrag gegen die Remilitarisierung, in dem zum Kampf gegen die Wiederbewaffnung der BRD aufgefordert wurde³⁾.

1) vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.10.1955

2) Interview 5, 21.8.69

3) Der Antrag lautete folgendermaßen: „In Anbetracht dessen, daß
1. in Deutschland gegeneinandergestellte Armeen aufgestellt werden,

Lohmar verbreitete auf jener Delegiertenkonferenz die Behauptung, die Göttinger Gruppe sei kommunistisch unterwandert, von einem Spitzel aus dieser Gruppe seien ihm schlagende Beweise dafür geliefert worden. Er kündigte an, gegen zwei Hauptschuldige Ausschlußantrag stellen zu wollen. Diese autoritäre Praxis erregte allerdings auf der Delegiertenkonferenz erheblichen Unwillen, sein Ausschlußantrag wurde zurückgewiesen und man beschloß, für ihn einen Nachfolger zu wählen. Sein Nachfolger wurde wieder ein Mitglied der SPD-treuen Hamburger Gruppe, H. Fichtner, es wurde allerdings auch ein Mitglied der linken Göttinger Gruppe in den Bundesvorstand gewählt.⁴⁾

Die „Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes zu einem Hochschulpolitischen Programm: Die Hochschule in der modernen Gesellschaft“, die auf der 8. Delegiertenkonferenz verabschiedet wurde,⁵⁾ macht die theoretische Position, die der SDS in jener Phase hatte, deutlich. Diese Denkschrift zeigt, daß Ansätze zu marxistischer Analyse, soweit sie im SDS bis dahin überhaupt bestanden hatten, zumindest zu jener Zeit verlorengegangen sind. Sie macht deutlich, wie weit die Position des SDS damals mit der der SPD übereinstimmte.

Die Denkschrift geht aus von einer umfassenden Entfremdung der Menschen untereinander und der Gesellschaft gegenüber: „Die Beziehungen der Menschen untereinander werden immer anonym Die Gesellschaft erscheint dem einzelnen als etwas Fremdartiges, Unangreifbares.“⁶⁾

2. diese Armeen eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit in der Welt sind, von denen die Existenz der Völker abhängt,

3. die Politik der Wiederbewaffnung die Einheit Deutschlands verhindert und die Spaltung unseres Landes immer weiter vertieft,

4. der Versuch der Demokratisierung der Armee den wahren politischen Charakter und die gesellschaftliche Funktion der Armee verkennt und damit die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft gefährdet,

5. die Schaffung einer Armee die Existenz der Arbeiterbewegung und die Verwirklichung ihrer Ziele unmöglich macht und der Alleinherrschaft ihrer Gegner dient,

6. nur die Arbeiterbewegung in der Lage ist, die Bedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen, stellt der SDS fest, daß nunmehr der Kampf gegen die Wiederbewaffnung in Ost und West zur Voraussetzung aller sozialistischen Politik geworden ist.“ in: Die andere Zeitung, 10.11.1955

4) ebenda

5) vgl. Sozialistischer Deutscher Studentenbund: Die Hochschule in der modernen Gesellschaft, Denkschrift des SDS zu einem hochschulpolitischen Programm 1953, in: Rolf Neuhaus, Dokumente zur Hochschulreform 1945 - 1959, Wiesbaden 1961, S. 611 ff und Anmerkung 55, S. 639 f

6) ebenda, S. 611

Diese Entfremdung, von der auch „die Universität miterfaßt“⁷⁾ worden ist, wird zurückgeführt auf die „Ausweitung der Technik und der bürokratischen Apparate.“⁸⁾ Als Konsequenz aus dieser Analyse der „Situation, in der sich unsere Gesellschaft befindet“⁹⁾, wird als Aufgabe der Universität bestimmt, „die Zusammenhänge in der Gesellschaft durchsichtiger zu machen, um dem einzelnen eine Bestimmung seines Standorts in ihr zu ermöglichen.“¹⁰⁾

In dieser kaum von Klassengegensätzen, dafür aber um so mehr von dem Phänomen der Entfremdung bestimmten Gesellschaft darf die akademische Ausbildung nicht mehr ein Privileg höherer Schichten sein, die Universität muß vielmehr „allen befähigten Menschen aus allen Schichten offenstehen“¹¹⁾. Absicht der Denkschrift ist es, die materiellen Voraussetzungen für das bis dahin nur formale Recht auf akademische Ausbildung zu fordern.¹²⁾ Insbesondere wird die allgemeine Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit und die Einführung eines Studienhonorars gefordert. „Diese Forderung ergibt sich aus folgenden Tatsachen und Überlegungen: Studium ist wie jede Ausbildung Arbeit und für die Gesamtgesellschaft unerlässlich. Wenn sich der Studierende als „Glied der Gesellschaft verstehen soll, muß die Gesellschaft dafür sorgen, daß die Studenten ihrer Arbeit ohne ständige materielle Sorgen nachgehen können.“¹³⁾

Als Zwischenlösung wird die Einführung von Studienbeihilfen gefordert,¹⁴⁾ deren Voraussetzungen „Würdigkeit und Bedürftigkeit“¹⁵⁾ seien. Insbesondere sei die „schwierige Lage der Behandlung der sozialen Probleme zu berücksichtigen.“¹⁶⁾

Da die Arbeit des Studenten in seiner Ausbildung durch die Finanzierung durch die Gesellschaft erst ermöglicht oder von der Gesellschaft selbst finanziert wird, erscheine die Konsequenz einsichtig, zu kontrollieren, ob die Studenten auch wirklich gesellschaftlich nützliche Arbeit leiteten.

- 7) ebenda,
- 8) ebenda
- 9) ebenda
- 10) ebenda, S. 612
- 11) ebenda
- 12) ebenda
- 13) ebenda, S. 614 ff
- 14) ebenda, S. 615
- 15) ebenda
- 16) ebenda, S. 616

Soweit diese Kontrolle – auf Grund der Massenerscheinungen – nicht anders möglich ist, wird die Einführung von Semesterprüfungen empfohlen.¹⁷⁾

Der Zerfall des traditionellen Bildungsideals, die verlorengegangene Einheit von Universität und Öffentlichkeit werden konstatiert.¹⁸⁾ „Heute erschöpft sich das Studium auf eine reine Fachausbildung, die Universalbildung kann heute natürlich nicht mehr erreicht werden.“¹⁹⁾ Grundlage für eine echte Bildung seien heute „das Verständnis für die Methodik einer Wissenschaft und das Verständnis für die Realität des gesellschaftlichen Lebens.“²⁰⁾ Um das zu erreichen, werden an das Studium folgende Anforderungen gestellt:

- a) „Die wissenschaftstheoretischen und erkenntniskritischen Voraussetzungen sind deutlich zu machen.“²¹⁾
- b) „Die Bezogenheit der Aufgaben und Probleme der einzelnen Fachgebiete auf die gesellschaftliche Wirklichkeit muß klar herausgestellt werden.“²²⁾

Die Denkschrift antizipiert im Grunde genommen jene Integration der Sozialdemokratie, die auf breiter Basis endgültig erst durch das Godesberger Programm 1959 eingeleitet wurde. Es erscheinen innerhalb der Denkschrift keine analytischen Ansätze, die darauf schließen lassen, daß die Universität als Institution des bürgerlichen Staates erkannt wird, daß das Dilemma der Universität aus den Widersprüchen der materiellen Produktion erklärt wird. Gefordert wird nicht die Veränderung der gesellschaftlichen Realität, es wird zur Aufgabe der Universität, die Gesellschaft transparent zu machen. Die „sozialistischen“ Studenten fordern nicht, die Universität zu einem Instrument des Kampfes der Arbeiterklasse zu machen:

Die demokratische Gesellschaft, die offensichtlich auf dem besten Wege sei, eine sozialistische zu werden, habe die Aufgabe, allen Begabten den Zugang zur Universität zu eröffnen, um damit zur gesellschaftlichen Elite vorzustoßen. „Jede Hochschule muß als vornehmstes Ziel die Bildung und Ausbildung von Menschen haben, die fachlich und politisch fähig sind, in

- 17) ebenda
- 18) ebenda, S. 619
- 19) ebenda, S. 612
- 20) ebenda, S. 617
- 21) ebenda
- 22) ebenda

einer demokratischen Gesellschaft zusammenzuleben, sie bewußt sozial zu gestalten und führende Stellungen zu übernehmen.“²³⁾

Im Hamburger SDS machte sich 1955 zum ersten Mal eine Opposition gegen die Einheit von Parteivorstand der SPD und Gruppenvorstand des SDS bemerkbar. Jene Opposition, die sich wohl weniger gegen die Politik der sich immer stärker integrierenden SPD richtete als vielmehr gegen das autoritäre Verhalten der Funktionäre, stand völlig auf dem Boden der Sozialdemokratie. Sie wurde von Mitgliedern getragen, die später die starke zentristische Fraktion im SDS bildeten, die während der Trennung von der SPD einige Bedeutung hatte.²⁴⁾

Ulrich Lohmar, wie erwähnt, einer der bedeutendsten Hamburger SDS-Funktionäre aus jener Zeit, wollte gegen das Frankfurter IG-Metall-Mitglied Thönessen Antrag auf Ausschluß aus dem SDS stellen. Thönessen wurden damals Kontakte zur FDJ nachgesagt. Um diesen Antrag stellen zu können, bedurfte Lohmar allerdings der Zustimmung der Hamburger Gruppe. Die Gruppe fand sich jedoch nicht bereit, die Ausschlußpraxis in diesem Fall mitzumachen. Dieses Ereignis stellte in Hamburg einen Wendepunkt dar, von dem an man nicht mehr von absoluter SPD-Hörigkeit der Gruppe bzw. ihres Vorstandes sprechen kann. Seitdem rekrutierte sich der Gruppenvorstand nicht mehr ausschließlich aus solchen Genossen, die dem Parteivorstand der SPD treu ergeben waren. So wurden in die nächsten Vorstände Genossen gewählt, die man seit 1958 der zentristischen Gruppierung zurechnete.²⁵⁾

Diesem Hamburger Ereignis folgten bald auf Bundesebene die Abwahl Lohmars als Bundesvorsitzender und die Wahl eines Vertreters der linken Göttinger Gruppe in den Bundesvorstand.²⁶⁾

Es handelte sich bei diesen Veränderungen aber lediglich um Tendenzverschiebungen, die die wesentlichen Aspekte der SDS-Politik nicht tangierten. Sie sprengten insbesondere nicht den dem SDS von der Partei vorgegebenen Rahmen. Symptomatisch für das Verhältnis der Hamburger Gruppe zur Partei war die materielle Unterstützung durch die SPD bzw. dem von ihr gegründeten Fördererkreis, dem alle prominenten Mitglieder angehörten.²⁷⁾

23) ebenda, S. 612

24) vgl. Interview 3, 18.8.1969, in: SDS-Archiv 05/5

25) vgl. ebenda und: Interview 5, 21.8.1969, in: SDS-Archiv 05/5

26) vgl. FAZ vom 25.10.1955

27) vgl. Interview 3, 18.8.1969, in: SDS-Archiv 05/5

Als 1957 die SPD dem SDS nach dem Bau ihres Parteihauses in der Kurt-Schumacher-Allee Büro-Räume zur Verfügung stellte, hatte das durchaus politische Implikationen. Es wurde damals auch der Antrag gestellt, nicht in das Parteihaus einzuziehen, um damit die Unabhängigkeit des SDS von der SPD zum Ausdruck zu bringen bzw. zu erweitern. Der Antrag wurde allerdings abgelehnt, insbesondere der SDS-Sekretär Dieter Blötz setzte sich für das Beziehen der Büroräume ein.²⁸⁾

Ein Jahr zuvor, 1956, war in den Hamburger SDS Michel Mayer eingetreten, der, wie sich herausstellte, im Auftrag des Hamburger Verfassungsschutz dort tätig wurde. Mayer kam vom niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz und war von dort dem Hamburger Landesamt für solche Aufgaben empfohlen worden. Mayer trat an ein SDS-Mitglied (Name dem Verfasser bekannt) heran und bat ihn um Informationen über einige Genossen. Es handelte sich dabei um solche SDSler, die irgendwann vorher aus der DDR geflohen waren. Mayer erzählte dem Genossen, im Laufe eines Gespräches, daß er vom Verfassungsschutz sei, allerdings nicht ohne ihm einzuschärfen, dies niemandem weiterzuerzählen. Es handelte sich bei dem Gespräch offensichtlich nicht um einen Witz; in späteren Diskussionen widersprach er keinesfalls der Behauptung, daß er dem Verfassungsschutz angehöre. Seine Aufgabe war es offenbar, Informationen über aus der DDR geflohene SDSler an den Verfassungsschutz zu liefern bzw. jene zu überwachen.²⁹⁾

2 Jahre später setzte auch eine intensive Überwachung des Hochschulpersonals ein, das aus der DDR geflohen war. Erst vor kurzem ist ein Brief des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz bekannt geworden, in dem die Universität aufgefordert wird, vor der Einstellung von SBZ-Flüchtlings den Verfassungsschutz zu benachrichtigen, damit dieser jene überwachen könne. Es handelt sich dabei um ein vertrauliches Dokument, das der sozialistischen Opposition durch Zufall in die Hände fiel.³⁰⁾ Deshalb ist es auch erst jetzt möglich, einen gewissen Einblick zu bekommen in die intensive Überwachung und Bespitzelung von ehemaligen Bewohnern der DDR, die ca. 1956 einsetzte. Jene Bespitzelungsoffensive ist damals von der Öffentlichkeit unbemerkt geblieben; das, obwohl der Verfassungsschutz dabei verhältnismäßig offen ans Werk ging: Die Universitätsbürokratie war über diese Aktivitäten informiert und selber in diese Überwachungsaktion eingeschaltet.

28) ebenda

29) ebenda

Daß der Verfassungsschutz auch im SDS so offen auftreten konnte, lag möglicherweise daran, daß der Parteivorstand von diesen Aktivitäten unterrichtet war und sie billigte. Wenn dies der Fall war, dann wurde das jedenfalls von den SDS-Mitgliedern, die der Partei besonders nahestanden, unterstützt. Denn gegen den erwähnten Agenten Michel Mayer wurde damals Antrag auf Ausschluß aus dem SDS gestellt. Man berief sich dabei auf einen Beschluß der Delegiertenkonferenz, in dem festgelegt worden war, daß die Mitgliedschaften in Geheimdiensten und im SDS unvereinbar seien. Der Antrag fand nicht die zum Ausschluß notwendige 2/3-Mehrheit und scheiterte damit am Widerstand der SPD-Fraktion im SDS. Daß der Parteivorstand davon unterrichtet war, ist insofern wahrscheinlich, als der damalige politische Sekretär der SPD, Schnedemann, zwei Tage nach jener Mitgliederversammlung von dem Vorfall ausgesprochen gut unterrichtet war.³¹⁾ Auch 1958 machte man im Hamburger SDS die Erfahrung, daß der Verfassungsschutz außergewöhnlich gut über die Vorgänge im SDS unterrichtet war. Möglicherweise war damals Dieter Blötz der Informant des Verfassungsschutzes. Blötz war zu dieser Zeit SDS-Sekretär.³²⁾ Heute ist er Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und zuständig für das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz.

Der außerordentliche Parteitag der SPD im November 1959 in Bad Godesberg und das dort verabschiedete Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (sog. „Godesberger Programm“)³³⁾ stellen einen bedeutenden Einschnitt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie dar, welcher auch wichtige Rückwirkungen auf den SDS hatte und in letzter Konsequenz die Trennung der SPD vom SDS mit sich brachte.

30) vgl. die von Reg.Insp. Kneesch beglaubigte Abschrift des Briefs des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg Personalamt 120.40 – 1, Vertraulich nur für den Dienstgebrauch, an: Die Senatsämter und Fachbehörden, die Bezirksämter, den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg 12. Februar 1958, in: Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik Hamburg, 2/02/2/1/7

31) vgl. Interview 3, 18.8.1969, in: SDS-Archiv 05/5

32) ebenda

33) Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, in: Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. – 15. November 1959, hg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn, o.J. (1960), S. 15 f

Das Godesberger Programm kennzeichnet den Übergang der SPD von einer reformistischen Arbeiterpartei zu einer staatstragenden Volkspartei, von der Vertreterin der kleinbürgerlichen Linie in der Arbeiterbewegung zur offenen Agentin des Monopolkapitals, ihr Einschwenken auf den politischen Kurs der Monopolbourgeoisie. Jener Wendepunkt fällt zusammen mit dem Zusammenbruch der imperialistischen Roll-back-Konzeption, dem Beginn einer offensiven Bildungspolitik usw.

1959 setzte sich in Bad Godesberg die rechte Fraktion in der SPD um Herbert Wehner endgültig durch. In Godesberg wurden sämtliche klassenkämpferischen und antikapitalistischen Elemente im Programm der SPD endgültig getilgt. An ihrer Stelle trat eine schwammige Ideologie vom Sozialstaat oder Kulturstaat, der für die freie Entfaltung seiner Bürger verantwortlich sei. Das Godesberger Programm ist das erste SPD-Partei-programm, in dem der Marxismus nicht mehr als theoretische Grundlage der Sozialdemokratie definiert wird. „Im absoluten Gegensatz zu Marx bekennt sie sich seitdem zur traditionellen Form und Struktur der Familie und des Privateigentums, die allerdings reformiert, das heißt von gewissen unsozialen Elementen gereinigt werden sollen. An die Stelle der Marxschen radikalen Kritik ist damit aber auch die Hinnahme und Verteidigung der Kerninstitutionen der sogenannten westlichen Gesellschaft und Kultur getreten.“³⁴⁾

Durch die Liquidation marxistischen Gedankenguts in der SPD und das Bekenntnis zu jenen abendländischen Werten wie Familie, Privateigentum, Staat und selbst Religion³⁵⁾ im Godesberger Programm schaffte die SPD die Voraussetzung dafür, Zugang zu erhalten zu jenen kleinbürgerlichen Schichten, die ihr bis dahin verschlossen waren. Durch die Anerkennung des bürgerlichen Ausbeuterstaates, an dem sie Verantwortung zu tragen bereit ist – „Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang, beide tragen Verantwortung für den Staat“ –, vollzieht sie den Schritt von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur sozialreaktionären „Volkspartei“. Dies geht – lt. Godesberger Programm – parallel mit der Verwandlung des „schutz- und rechtlosen Proletariats“ zum „Staatsbürger mit anerkannten Rechten und Pflichten“.³⁶⁾

34) Ossip K. Flechtheim, Karl Marx und die Deutsche Sozialdemokratie, in: Eine Welt oder keine? Beiträge zur Politik, Politologie und Philosophie, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1964, S. 163.

35) Im Godesberger Programm heißt es ausdrücklich; daß „der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt sei. vgl. Protokoll. . . ., a.a.O. S. 13

36) ebenda, S. 29

Auf der anderen Seite mußte die Wehner-Gruppe, die als graue Eminenz der Träger jener Entwicklung in der SPD war, in hohem Maße Rücksicht nehmen auf die Genossen, die der traditionellen Sozialdemokratie angehörten und die mit Schumacher noch der Ansicht waren, daß man den Marxismus nicht einfach über Bord werfen könne. Jene grundlegende Revision sozialdemokratischer Positionen galt es, vor ihnen zu verschleiern. So wurde die Frage nach der Bedeutung des Marxismus auf dem Godesberger Parteitag weitgehend von der Diskussion ferngehalten, die entscheidenden Stellen im Grundsatzprogramm so formuliert, daß linke Sozialdemokraten wie Blachstein, Dose usw. annehmen konnten, ihre Position sei im Godesberger Programm nach wie vor berücksichtigt. Es ging ja nicht darum, in Godesberg die Richtlinien der SPD-Politik festzulegen – dies geschah auf Grund der Rückendeckung durch das verabschiedete Grundsatzprogramm später im Präsidium und Vorstand der Partei –, es galt vielmehr, der SPD-Basis die Zugeständnisse abzutrotzen, die nötig waren, um jene Politik durchzusetzen, sie ansonsten aber weitgehend im unklaren zu lassen. Insofern stellte der Godesberger Parteitag auch nicht für den SDS den Anlaß zur Abkehr von der Sozialdemokratischen Partei dar, wie in der Folgezeit vielfach behauptet. Der SDS ging – und das galt weitgehend auch für die Verbandslinke – mit dem Godesberger Programm und der so bestimmten SPD-Politik konform. Die Hochschulpolitik des SDS – gekennzeichnet durch die Denkschrift von 1953 – hatte schon vorher die Godesberger Linie antizipiert. Die Anti-Atomtod-Kampagne, von der SPD seit 1958 geführt, wurde vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund mitgetragen und intensiv an die Hochschulen vermittelt.³⁷⁾ Auch in bezug auf das Verhältnis zu den kommunistischen Parteien gab es zwischen SDS und SPD keine Kontroversen. Hieß es im Godesberger Programm „Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie das sozialistische Gedankengut verfälscht.“³⁸⁾, so hatte der SDS schon 1955 auf einer Delegiertenkonferenz beschlossen:

„Zwischen dem SDS als Organisation und den stalinistischen Organisationen gibt es keine Gleichheit, weder in der Zielsetzung noch in der politischen Praxis. Für den SDS als Organisation sind die stalinistischen Organisationen weder Gesprächs- noch Verhandlungspartner.“³⁹⁾ Bis 1960

37) vgl. E. Kloen, Der Weg. . .

38) vgl. Protokoll, a.a.O., S. 14

39) Grundsatzklärung des SDS zu Ost-West-Kontakten (angenommen auf der 10. Delegiertenkonferenz in Göttingen vom 21. bis 23. Oktober 1955), in: SDS-Archiv 30/2

unterstützte der SDS den Wahlkampf der SPD,⁴⁰⁾ und bis zum Unvereinbarkeitsbeschluß des SPD-Parteivorstandes verkündete der SDS-Bundesvorstand immer wieder, daß der SDS sich als Teil der von der SPD geführten Arbeiterbewegung verstehe.⁴¹⁾

Auch jener radikaldemokratischen Linken, die sich seit 1958 im SDS profilierte, ging es nicht darum, das Einschwenken der SPD auf die Linie des Godesberger Programms von links zu kritisieren. Im SDS, wo der Marxismus sofern es ihn dort überhaupt gegeben hatte, längst liquidiert worden war, fehlten auch der linken Opposition die analytischen Kategorien, mit der man die Veränderungen in der SPD hätte begreifen können. Was diese Linke aber damals auszeichnete, war die Kompromißlosigkeit und Schärfe, mit der sie die Erscheinungen des Militarisierungs- und Restaurationsprozesses in der Bundesrepublik anzugreifen und zu kritisieren verstand. Unterschieden sich diese Angriffe anfangs auch kaum von denen der SPD, so erregte doch die Schärfe, mit der diese vorgebracht wurden, allerhand Aufsehen und verursachte bei so einigen konservativen Blättern verschiedene Diffamierungen. Das wiederum konnte sich die SPD, die damals ja weitgehend mit dem SDS identifiziert wurde, kaum erlauben, der Unmut, den die Aktivitäten linker SDS-Gruppen in kleinbürgerlichen Kreisen erregten, drohte die SPD-Politik während der Phase des Übergangs von einer reinen Arbeiterpartei zur Volkspartei zu gefährden. Waren diese linken Gruppen auch subjektiv noch der Ansicht, sie ständen auf dem Boden des Godesberger Programms, als ein loyaler Teil der von der SPD geführten Arbeiterbewegung, so machten sie objektiv bereits eine entgegengesetzte Politik. Die Mittel, mit denen die reaktionäre SPD-Führung ihren rechten Kurs auf dem Godesberger Parteitag und in dem hier verabschiedeten Programm zu verschleiern wollten, wurde von diesen erst durchschaut, nachdem sich SPD und – zumindest anfangs – auch der größte Teil des SDS von ihnen distanziert hatten. Diese Kontroversen aber und die bald darauf folgende Trennung der SPD vom SDS waren die Voraussetzungen dafür, daß der SDS sich in einem langwierigen Prozeß von der Godesberger Linie und schließlich auch von der Sozialdemokratie emmanzipieren konnte.

40) vgl. etwa: Rundschreiben 1 - 1960 des SDS Bundesvorstand, Bonn, an alle Gruppen, Landesvorsitzenden und Referenten des Bundesvorstandes, 3.5.1960, Punkt 3, in: SDS-Archiv 10/3

41) vgl. etwa Grundsätze und Ziele des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Punkt 1, in: SDS-Archiv 30/3

III. Fraktionsbildungen innerhalb des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes bis zur Trennung von der SPD

Etwa seit den Jahren 1955/56 entstanden im Sozialistischen Deutschen Studentenbund jene linken Gruppierungen, die sich im Jahre 1958 im SDS auf breiter Basis durchsetzten und deren Wirken die SPD zu immer stärkerem Absetzen veranlasste. Diese Gruppierungen, deren wichtigste wohl die Gruppe um den späteren Bundesvorsitzenden Hüller und die Herausgeber der Zeitschrift „studentenkurier“, später „Konkret“, waren, zeichneten sich durch Ansätze aus, die damals auch vehement von der SPD vertreten wurden. Es handelte sich dabei weitgehend um Aufklärungskampagnen gegen die Restaurationserscheinungen des deutschen Kapitalismus, wie Remilitarisierung¹⁾, das Streben nach Atombewaffnung²⁾ sowie um das Weiterwirken des Nazismus in der BRD³⁾.

Kennzeichnend für jene Gruppen war eine ansatzweise Problematisierung des herrschenden Anti-Kommunismus, der damals ja auch intensiv von der SPD getragen wurde. Diese Problematisierung war es wohl primär, die später die Spannung zur SPD und die wilde Verleumdungskampagne gegen die oppositionellen Genossen hervorrief.

Für die Hamburger Situation besonders wichtig war der Arbeitskreis ‚Progressive Kunst‘, dessen Mitglieder meistens auch Mitglieder im SDS waren. Diese Gruppe gab seit 1955 den überregionalen „studentenkurier“ heraus, der 1957 in „konkret“ umbenannt wurde. Neben dem Herausgeber Claus Rainer Röhl arbeiteten an der Zeitung Leute wie Ulrika Marie Meinhoff, Jürgen Holtkamp, Stefan Anders und Opitz (heute ADF) mit.

- 1.) vgl. etwa „Blank: Kommiß vor dem Studium“ in: „Studentenkurier“, Mai 1955, Jg. 1, Nr. 1, S. 1 und „Der neue deutsche Soldat“ in: „Studentenkurier“, Jg. 1, Nr. 5, Juli 1955, S. 12
- 2) vgl. etwa: „Studentenkurier“, Jg. 3, Nr. 3, Mai 1957, S. 1
- 3) vgl. etwa: „KZ-Lager Der heiße Wunsch der Führung“, in: „Studentenkurier“, Jg. 1, Nr. 7, Dez. 1955, S. 1 ff.

Im Editorial der ersten Nummer kündigte Röhl eine „politisch, konfessionell und kommerziell nicht gebundene“⁵⁾ Zeitung an, die auf der Seite von Humanität und kämpferischem Geist stehe, die Autorität und verkappte Dummheit entlarven wolle. „Diese eine Chance will unsere Zeitung von der deutschen Studentenschaft und den Behörden unseres Staates: ein wahres, kompromißloses und junges Blatt sein zu dürfen, unabhängig von Furcht und Verfemung da sein zu dürfen, zum Nutzen der Studentenschaft und zur Ehre eines demokratischen Staates, der Pressefreiheit zu gewähren und zu verteidigen hat.“⁶⁾ Es entsprach dem demokratisch-kritisch-intellektuellen Anspruch, auf der einen Seite als demokratische Opposition das Wiedererstarken des deutschen Militarismus, die Fesselung der kritischen Publizistik durch die Unterstellung kommunistischer Steuerung bekämpfen zu können, auf der anderen Seite aber Wert darauf zu legen, daß etwa auch Beiträge des RCDS oder der Burschenschaften⁷⁾ in dieser Zeitschrift veröffentlicht wurden. Dieser demokratisch-kritische Ansatz scheint kennzeichnend für die entstehende Opposition gegen die verschiedenen Restaurationsphänomene des deutschen Kapitalismus, die die demokratischen Ansprüche des Grundgesetzes mit einer entgegengesetzten Realität konfrontiert sah und mit diesem pluralistischen Demokratiebegriff die Wirklichkeit kritisierte. Sie war nicht in der Lage, mit jenem Begriffsapparat die für jene Zeit typischen Restaurationsprozesse adäquat zu begreifen oder gar zu bekämpfen. Sie war allerdings sehr gut in der Lage, über gewisse Phänomene provokative Aufklärungskampagnen zu initiieren, die die Voraussetzung zu einer weiteren Radikalisierung wurden. Andererseits trug ihnen diese Kritik eine Reihe von Beschimpfungen und Diffamierungen ein, was einen weiteren Lernprozess vorantrieb.

Der „Studentenkurier“, der damals in der Universität vor den einzelnen Vorlesungen verkauft wurde, erregte daher viel Aufsehen.⁸⁾ Sehr bald kam das Gerücht auf, der „Studentenkurier“ werde von der DDR finanziert, der Inhalt dieser Zeitung läge ganz im Interesse Ulbrichts.⁹⁾ Die Gerüchte über die Finanzierung des „Studentenkuriers“ orientierten sich an der Tatsache,

- 4) vgl. etwa: „Unser Wörterbuch“ in: „Studentenkurier“, Jg. 1, Nr. 1, Mai 1955, S. 12
- 5) C.R.Röhl, „Drei Minuten Gehör“, in: „Studentenkurier“, Jg. 1, Nr. 1, Mai 1955, S. 12
- 6) ebenda
- 7) vgl. etwa: „Stimme der Burschenschaft“, in: „Studentenkurier“, Jg. 1, Nr. 1, Mai 1955, S. 9 f.
- 8) vgl. Interview 1 vom 15.8.69, in: SDS-Archiv 05/5
- 9) vgl.: „Preisausschreiben, Hinter Ihnen steht jemand“ in: „Studentenkurier“, Jg. 1, Nr. 1, Mai 1955, S. 12

daß die Zeitung mit einem Umfang von 12 Seiten und einem Format, welches etwa dem der „Bild am Sonntag“ entspricht, für 10 Pfennig verkauft wurde. Diese Gerüchte, in mehreren Zeitungen vehement vertreten, konnten nie ganz entkräftet werden.

Aus dieser Position heraus fiel es „Konkret“, wie sich die Zeitschrift seit 1957 nannte, leicht, ihren pluralistischen Ansatz zu überwinden. Neben einem größeren Teil über Film, Theater etc. erschienen in den folgenden Nummern wichtige und gute Artikel, die sich insbesondere folgenden Themenbereichen widmeten:

- a) die chauvinistische Politik der BRD, insbesondere CDU/Adenauer gegenüber dem „Ostblock“;
- b) die Wiederbewaffnung der BRD, die Rolle des Amtes Blank, die politische Funktion der Remilitarisierung im Kontext der Ost-Politik wurde bestimmt, analysiert wurde ferner die Stellung von RCDS und VDS bezüglich der Frage der Einziehung von Studierenden;
- c) das Streben Adenauers nach atomarer Bewaffnung, ausführliche Berichte über Professorenproteste gegen Atomwaffen.

Des öfteren wurde auch über Studentendemonstrationen in Frankreich, Japan etc. berichtet.¹⁰⁾ In den folgenden Jahren nahmen die Berichte über die französische Algerienpolitik und z.T. auch über die Situation in Vietnam einen größeren Raum ein. Trotz der Angriffe, denen „Konkret“ immer wieder ausgesetzt war¹¹⁾, gelang es der Zeitschrift, im SDS, aber auch in der übrigen Studentenschaft, stärker Fuß zu fassen.¹²⁾ Im Hamburger SDS wie auch auf Bundesebene hatte die „konkret“-Fraktion seit etwa 1958 eine wichtige Position. In Hamburg fanden zu jener Zeit in der SDS-Gruppe harte Auseinandersetzungen zwischen den „Konkret“-Anhängern bzw. -Mitarbeitern und den SPD-Anhängern innerhalb des SDS vor allem über Themen wie Deutschland-Politik, Kampf gegen die Atombewaffnung etc. statt.¹³⁾ Wichtig für die damalige Situation des SDS war, daß der Vorwurf kommunistischer Steuerung auch innerhalb des SDS gegen „konkret“ erhoben wurde¹⁴⁾. So erinnert sich z.B. ein ehemaliger

10) ausgewertet wurden: die im konkret-Archiv noch vorhandenen Teile der Jahrgänge 1955-1959, die vollständigen Jahrgänge 1960 und 1961.

11) vgl. „ASTA-Informationen“, in: „Studentenkurier“, Jg. 1, Nr. 5, Juli 1955, S. 4

12) Ihr Einfluß wurde nach dem Ausschluß aus dem SDS noch verstärkt. Vgl. die vom „Institut für Demoskopie“ 1961 veröffentlichte Untersuchung: „Das geistige Bild der Studenten“, Essen 1961

13) vgl. Interviews 1,4,5, von 15.8.69, 17.8.69 und 21.8.69 in: SDS-Archiv 05/5

14) vgl. Interview 5 vom 21.8.69, in: SDS-Archiv 05/5

SDSler, der damals diese Auseinandersetzungen mitgeführt hat, daran, wie er ein Mitglied der „konkret“-Fraktion warnte, nicht so offen aufzutreten. Ein wichtiger Grund für die harte Frontstellung im SDS gegen jene Gruppe war die Befürchtung, der SDS werde bei zu intensiver Tätigkeit dieser Gruppe ebenfalls dem Vorwurf kommunistischer Unterwanderung in noch stärkerem Maß, als es schon der Fall war, ausgesetzt, seine Politik, die damals auf Aufklärung weiter Kreise der Bevölkerung abzielte, werde dadurch unmöglich.¹⁵⁾

Eine größere Bedeutung als die „konkret“-Fraktion hatte zumindest auf Bundesebene die Gruppierung um Hüller, der 1958 auf der Mannheimer Delegiertenkonferenz zum 1. Bundesvorsitzenden gewählt wurde.¹⁶⁾ Die Wahl Hüllers hatte insofern eine große Bedeutung, als es hier zum ersten Mal den linken Gruppierungen gelang, sich innerhalb des SDS durchzusetzen, denn dieser hatte bis dahin „unter der Führung farbloser Studentenfunktionäre gestanden, die ungeachtet unterschiedlicher politischer und persönlicher Qualitäten auf alle Fälle dem jeweiligen Parteivorstand der SPD treu ergeben waren“.¹⁷⁾ Die Politik des Hüller-Bundesvorstandes war dadurch gekennzeichnet, daß es ihr gelang, die von der SPD initiierten Kampagnen gegen Atombewaffnung innerhalb der Universitäten auf breiter Basis zu führen.¹⁸⁾ Die Hüller-Gruppierung bemühte sich ferner intensiv um politische Schulung innerhalb des SDS. Hüllers politische Heimat war die Vereinigung unabhängiger Sozialisten. Ihm wurden von mehreren Genossen um die „konkret“-Fraktion trotzkistische und sektiererische Einflüsse vorgeworfen.¹⁹⁾ Von rechts war Hüller, ebenso wie die „konkret“-Fraktion, dem Vorwurf kommunistischer Steuerung ausgesetzt.²⁰⁾

Neben den genannten Gruppierungen gab es im SDS zu der Zeit zwei weitere starke Fraktionen:

Die eine bestand aus Genossen, die vorbehaltlos die Politik der SPD unterstützten. Diese Fraktion hatte bis dahin weitgehend den Bundesvorstand des SDS gestellt und über ihn eine parteikonforme Politik des

15) ebenda

16) vgl. P.v.Oerzen, „Ein politisches Lehrstück“, in: „Sozialistische Politik“, 8/9/1959, S. 8

17) ebenda

18) vgl. E.Kloen

19) etwa in: W. Kulak, „Die Stellung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in der demokratischen Bewegung Westdeutschlands“, Inauguraldissertation, Leipzig 1966

20) solche Diffamierungen gingen etwa von der der SPD aus.

SDS gewährleistet. Ihr war es bis 1958 durchweg gelungen, sich linker Tendenzen durch eine Ausschlußpraxis, die der der SPD in nichts nachstand, zu erwehren. Diese Genossen erwartete nach ihrer Funktionärspraxis im SDS meist eine mehr oder weniger steile SPD-Karriere.²¹⁾ Das beste und zugleich eklatanteste Beispiel dafür gibt der bereits oben genannte D. Blötz ab, der bis 1958 SDS-Sekretär war und von dem man bereits damals annahm, daß er mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeite. Er wurde später Sekretär des Hamburger Parteivorsitzenden Wittinghoff und ist heute als MdBü zuständig für Fragen des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz.²²⁾ Daneben existierte im SDS eine starke zentristische Fraktion, die sich als linke Opposition in der SPD verstand und die sich deshalb mit allen Kräften gegen eine organisatorische Trennung von der SPD zu wehren versuchte.

Diese Gruppierung war es, die nach der Abwahl Hüllers den Bundesvorstand übernahm. Sie versuchte bis zur endgültigen Spaltung, durch weitgehende Zugeständnisse an die Partei die Trennung des SDS von der SPD möglichst zu verhindern. Nach der Spaltung wurde immer wieder betont, daß der SDS sich verstünde als ein Teil der Arbeiterbewegung, deren Führung die SPD innehatte. Zentrum dieser Fraktion war neben Marburg (Abendroth!) vor allem Frankfurt, wo zwischen SDS und IG-Metall gute Kontakte bestanden.

Die Aktivitäten, die nach der Wahl Hüllers von den Gruppen um Hüller und „konkret“ getragen wurden, waren es, die den Prozeß der Trennung des SDS von der SPD in Gang setzten. Laut Wehner handelt es sich dabei vor allem um:

- „– den Berliner Kongress gegen Atomrüstung ;
- den Frankfurter Kongress für Demokratie, gegen Restauration und Militarismus,
- die Karlsruher Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz“
- die eigenmächtigen Ost-Kontakte.

Hier“, so meinte Wehner, „ist die Linie des SDS mit den Beschlüssen der Partei nicht mehr zu vereinbaren gewesen. Der SDS hat einen eigenen Kurs gesteuert.“²³⁾

21) vgl. Interview 1, 15.8.69, in: SDS-Archiv 05/5

22) vgl. Interview 4, 17.8.69, in: SDS-Archiv 05/5

23) vgl. „Dokumentation, Unveröffentlichte Dokumente zum Verhältnis des SDS und der Sozialistischen Förderergesellschaft zum Parteivorstand der SPD aus der Zeit vom 1.8.1959 bis zum 30.1.1962“, hrsg. vom Bundesvorstand des SDS, Frankfurt, Eigenverlag, Dokument 19, S. 13

Dieser „eigene Kurs“ des SDS, der in Wirklichkeit nichts anderes war als eine Politik, die sich nur in Nuancen von der im Godesberger Programm festgelegten Linie der Partei unterschied, die allerdings die SPD-Integrationspolitik u.U. gefährdete, deutete sich zuerst auf dem West-Berliner „Studentenkongreß gegen Atomrüstung“ an.

Dieser Kongreß, auf dem vor allem der 1. SDS-Bundesvorsitzende Hüller hervortrat, war von studentischen Ausschüssen gegen die Aufrüstung im Januar 1959 organisiert worden. Auf diesem Kongreß wurden zum ersten Mal die unverbindlichen und nichtssagenden Abrüstungsparen der SPD überwunden. In einer SDS zu diesem Kongreß abgegebenen Erklärung heißt es: „Die genannten politischen Forderungen und die auf dem Kongreß mit großer Mehrheit angenommene und umstrittene Zusatzentschließung, die das Tabu angreift, mit der DDR nicht zu verhandeln und die eine „Prüfung“ der möglichen Formen einer interimistischen Konföderation fordert, sprengt die Begrenzung der studentischen Atombewegung auf einen isolierten Aufgabenbereich.“²⁴⁾

Hatte die SPD bis dahin die politischen Aktivitäten des linken Bundesvorstandes noch geduldet, so bedeutete das Auftreten Hüllers auf dem Kongreß für die SPD-Führung das Signal zum offenen Kampf gegen die Linke im SDS. Mit der üblichen Diffamierung einer kommunistischen Unterwanderung,²⁵⁾ mit dem Vorwurf, der Kongreß sei ganz im Interesse Pankows²⁶⁾, versuchte der Parteivorstand, den Bundesvorstand im Verband zu isolieren. Mommer sprach vom SDS-Bundesvorstand als einem „Trojanischen Esel für Pankow“, man verlangte die Ablösung Hüllers.²⁷⁾ Der übrige (zentristische) Teil des Bundesvorstandes um Kallauch kam dem Verlangen der Partei bald nach und setzte Hüller ab.²⁸⁾ Die Hamburger

24) ebenda, Dokument 4, S. 4

25) vgl. SDS-Bundesvorstand „Sozialistische Förderergesellschaft e.V. Geschäftsführender Vorstand, Stellungnahme zu „Dokumentation SPD und SDS“ des Parteivorstandes der SPD, Frankfurt 1962, Punkt 1, S. 2, in: SDS-Archiv 40/3

26) vgl. „Die Welt“ 29.5.59

27) ebenda. Mommer erklärte weiter zu dem Kongress: „Es ist unmöglich, den Kommunisten so in die Hände zu arbeiten, wie es in Frankfurt geschah. Es zeigt sich, daß die kommunistische Infiltration bei uns beachtliche Erfolge erzielt, die man nicht noch größer werden lassen sollte. Ich bin der Meinung, die sozialistischen Studenten, die sich nicht als trojanische Esel für Pankow einspannen lassen wollen, sollten sich vom SDS trennen. . .Es ist notwendig eine klare Trennungslinie zu ziehen“. in: ebenda

28) vgl. „Wechsel beim SDS“, in: FAZ vom 5.6.59 und: „SDS setzt Bundesvorsitzenden ab“, in: „Die Welt“ vom 5.9.59. Dieser Beschluß des SDS Bundesvorstandes bedurfte allerdings der Zustimmung von mindestens 2/3 der SDS-Gruppenvorstände.

Gruppe identifizierte sich mit diesem Entschluß des Bundesvorstandes.²⁹⁾ Fünf Monate später veranstaltete der SDS in Zusammenarbeit mit den „Falken“, der Sozialistischen Jugend Deutschlands, der Naturfreundejugend, einzelnen Gruppen der Jungsozialisten und der Gewerkschaftsjugend in Frankfurt den Kongreß „Für Demokratie – gegen Restauration und Militarismus“.³⁰⁾ Auf diesem Kongreß wurde eine von der „konkret“-Fraktion eingebrachte Resolution verabschiedet, in der es unter anderem heißt:

„Der militärische, wirtschaftliche und propagandistische Beitrag der Bundesrepublik zu der Politik der Stärke ist abzulehnen, und muß bekämpft werden. Insbesondere ist aber eine Politik der Bundesregierung zu bekämpfen, die die Bundesrepublik zum extremsten Exponenten dieser heute selbst in den USA sehr umstrittenen Politik zu machen versucht. Daraus ergeben sich die Forderungen:

- a) die gegenwärtige Aufrüstung sofort zu stoppen;
- b) den gegenwärtigen Stand der Rüstung in der BRD sofort abzubauen;
- c) das sofortige Verbot und die Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel in der BRD;
- d) die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in der BRD;
- e) Ausschaltung des alten Offizierskorps aus der Bundeswehr und Verbot aller soldatischen Traditionsverbände;
- f) keine Mitarbeit am Aufbau und Ausbau der gegenwärtigen Streitkräfte zu leisten;
- g) die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, der diese Forderungen enthalten muß, und von Verhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen mit dem Ziel einer stufenweisen Zusammenführung der beiden deutschen (Teil)-Staaten;
- h) Verzicht der Bundesregierung auf eine Revision der bestehenden deutschen Grenzen und Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die BRD!“

Eine derartige, radikaldemokratische Politik, wie sie die „konkret“-Gruppe forderte – die weitgehend mit der späteren DFU-Politik zu identifizieren ist – ging der SPD denn doch entschieden zu weit. Sie verlangte vom Verband, sich von den Beschlüssen und Resolutionen der beiden Kongresse zu distanzieren und ferner den Ausschluß der „konkret“-Gruppe.³¹⁾

29) vgl. SDS Hamburg, Gruppe an der Universität, Beschluß des Gruppenvorstandes vom 4.6.1959, in: SDS-Archiv,

30) vgl. W. Kulak, S. 122

31) vgl. Dokumentation des SDS, a.a.O., Dok. 7, S. 6

Die dritte wichtige Aktivität des SDS zu jener Zeit ist die Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz“. Die Ausstellung war – in Zusammenarbeit mit dem West-Berliner SDS – von dem Studenten Reinhard Strecker zusammengestellt worden. Strecker war damals Mitglied der Dokumentationszentrale YADVASHEM und arbeitete zu diesem Zweck mit den entsprechenden Stellen in Polen und der CSSR zusammen.³²⁾ Er überprüfte sämtliche zum Zweck der Ausstellung benutzten Dokumente.³³⁾ Zum politischen Sinn der Ausstellung bemerkte der SDS:

„Am 30.12.1959 verjähren alle von Richtern während der Nazi-Zeit verübten Verbrechen. Nach diesem Zeitpunkt wäre es nur noch möglich, die Betreffenden durch Disziplinarmaßnahmen zu belangen.... Die Gruppen sollen

- a) sich bei der Identifizierung der in ihrem Bereich ansässigen Richter und Staatsanwälte beteiligen;
- b) örtliche Ausstellungen organisieren ...
- c) aber in der Argumentation nicht bei individuellen Fällen stehenbleiben, sondern die Aktion zum Anlaß nehmen, um auf die restaurativen Tendenzen innerhalb der bundesrepublikanischen Justiz hinzuweisen. Insbesondere ist auf die Fragen der politischen Justiz, der Delikte der Staatsgefährdung, sowie der Bestrebung der Bundesrepublik nach Wiedereinführung der Todesstrafe und der Schaffung einer Staatsnotstandsgesetzgebung.“³⁴⁾

Die SPD beeilte sich, sich auch von dieser Aktion zu distanzieren. Sie führte die Ausstellung als Beweis für die „eigenmächtigen Ost-Kontakte“ des Verbandes an. Die SPD befürchtete eine Erneuerung des Ekklats anläßlich des Frankfurter Kongresses. In der Tat erregte die Ausstellung, die als erstes in Karlsruhe, danach in West-Berlin und 1961 auch in Hamburg gezeigt wurde, allerhand Aufsehen. Sie wurde – vor allem von Studenten – sehr stark besucht³⁵⁾ und verursachte bei konservativ-bürgerlichen Blättern wie „Rheinischer Merkur“³⁶⁾ einige Beschimpfungen. Sie führte zur Entlarvung von Nazi-Professoren an der Universität Tübingen, sie brachte aber auch einem Marburger SDS-Mitglied den Ausschluß aus

32) vgl. W. Kulak, S. 225

33) vgl. Referat G. Kallauch auf der Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt am 1.10.60, in: „Die Politik des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“, SDS-Archiv, 30/3 und: Material zur Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz“, SDS-Archiv, 07/4

34) vgl. Rundschreiben des Bundesvorstandes an alle Gruppen, 30.10.1959, SDS-Archiv, 20/3

35) ebenda

36) „Rheinischer Merkur“, 19.2.1960, und FAZ 30.11.1959

der SPD ein.³⁷⁾ Diese Aufregung hatte sich allerdings 1961, als die Ausstellung in Hamburg gezeigt wurde, schon einigermaßen gelegt. Zwar kündigte der Präsident des Hamburgischen Oberlandesgerichtes eine einstweilige Verfügung gegen die Ausstellung an, Professor Thieleke aber, damals Rektor der Hamburger Universität, stellte sich hinter die Ausstellung und konnte so die angekündigte Verfügung verhindern. Der SDS mußte dafür, auf seine Anweisung hin, auf einige politische Plakate innerhalb der Ausstellung verzichten.³⁸⁾

Diese Aktivitäten kennzeichneten weitgehend die bis zur Göttinger Delegiertenkonferenz 1959 im SDS vorherrschende Politik, welche der SPD unerträglich wurde. Zur Voraussetzung der weiteren Zusammenarbeit machte die SPD a) die Entlassung Hüllers als Bundesvorsitzenden, b) die Suspendierung der Mitgliedschaft der Mitarbeiter von „konkret“.³⁹⁾ Der zentristische Teil im Bundesvorstand um Kallauch hatte versucht, diesen Forderungen des Parteivorstandes weitgehend nachzukommen. Die SPD machte ihre Entscheidung über eine weitere Mitarbeit vom Verlauf der 14. SDS-Delegiertenkonferenz in Göttingen abhängig. Waldemar von Knöringen kam vom Parteivorstand extra nach Göttingen angereist⁴⁰⁾, um hier den versammelten Delegierten den Forderungskatalog des Parteivorstandes vorzulegen:

1. Ablehnung der Beschlüsse des Frankfurter und Berliner Kongresses
2. Verurteilung von „konkret“
3. Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus und zur parlamentarischen Demokratie.
4. Verurteilung des Kommunismus
5. Ablehnung von Beziehungen zur SED
6. Anerkennung der SPD als Trägerin der sozialistischen Idee.

Hamburg war zur Zeit der 14. Delegiertenkonferenz noch immer eine der stark rechten Gruppen im SDS. In Hamburg herrschte eine gute Zusammenarbeit zwischen den Zentristen und einer starken Gruppe, die sich mit der Politik des Hamburger Parteivorstandes voll identifizierte. Unter den Zentristen gab es zumindest einige Genossen, die Beziehungen zur deutschen Sektion der 4. Internationale hatten.⁴¹⁾ Ihre Absicht ging dahin,

37) vgl. W.Kulak, S. 226

38) vgl. dazu: Brief des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Gruppe an der Universität Hamburg, an Reinhard Strecker, 21.6.61, SDS-Archiv, 01/4

39) vgl. „Die Welt“, 28.7.1959, und FAZ, 19.6.1959

40) vgl. FAZ, 31.7.1959

41) vgl. Interview 1, 15.8.69, SDS-Archiv, 05/5 und: Interview 3, 18.8.69, SDS-Archiv, 05/5

eine linke Opposition innerhalb der SPD zu betreiben, deshalb waren sie auf ein freundschaftliches Verhältnis zur SPD angewiesen und bekämpften mit der gleichen Intensität wie die rechte, sozial-demokratische-Gruppe im Hamburger SDS die linke Fraktion⁴²⁾, die sich aus der „konkret“-Gruppe und einigen Kommunisten und linken Radikaldemokraten zusammensetzte. Angesichts der Stärke der Hamburger SPD und deren Anhänger-schaft im Hamburger SDS identifizierten sich die Zentristen weitgehend mit jenen Rechten. Ihnen gelang es bis 1960, die Politik des Hamburger SDS zu bestimmen und ein Wirksam-Werden der linken Opposition zu verhindern.⁴³⁾ Die Hamburger Delegationen bis zur 15. Delegiertenkonferenz setzten sich zusammen aus Zentristen und SPD-Anhängern (Bei der Göttinger DK etwa Wunder, Brunckhorst, Woehrendorf, Vester und Hoffmann). Schon bei der 13. Delegiertenkonferenz in Mannheim hatte die Hamburger Delegation gegen die Wahl Hüllers zum 1. Bundesvorsitzen-den gestimmt.⁴⁴⁾ Sie arbeitete nach der Delegiertenkonferenz intensiv mit dem zentristischen Teil des Bundesvorstandes um Kallauch zusammen⁴⁵⁾ und unterstützte die Abwahl Hüllers als 1. Bundesvorsitzenden durch den Bundesvorstand.⁴⁶⁾ Der größte Teil der Hamburger Gruppe, der durch die Göttinger Delegation vertreten wurde, identifizierte sich auch mit den Zugeständnissen, die in Göttingen an die Partei gemacht wurden.

Alle Teile des Knöringschen Forderungskataloges wurden in Göttingen vom SDS erfüllt⁴⁷⁾, in Göttingen setzte sich die zentristische Fraktion des SDS durch, die zwar jene Kampagnen gegen Remilitarisierung, Atomtod etc. vorher mit in Gang gesetzt hatte, aber für ein Verbleiben in der SPD eintrat und dafür zu Zugeständnissen jeder Art bereit war. Sie setzte sich in Göttingen sowohl gegen die SPD-Anhänger im Verband – die den SDS schon weitgehend aufgegeben hatten und nur noch an seiner Spaltung bzw. Zerschlagung interessiert waren – als auch gegen die Linken durch.⁴⁸⁾ Die Zentristen waren – um der Freundschaft mit der SPD willen – bereit, die Linken innerhalb des Verbandes zu opfern: in Göttingen wurde be-

42) vgl. Interview 1, a.a.O.

43) vgl. Interview 1, a.a.O. und: Interview 4, a.a.O. und: Interview 5, 21.8.69, SDS-Archiv, 05/5

44) vgl. Interview 5, a.a.O.

45) ebenda

46) vgl. SDS Hamburg, Gruppe an der Universität, Beschluß des Gruppenvorstandes vom 4.6.1959, SDS-Archiv,

47) vgl. „Die Welt“, 3.8.1959, Deutsche Zeitung, 3.8.1959, FAZ, 3.8.1959, Neue Züricher, 4.8.1959, Die Zeit, 7.8.59

48) vgl. dazu: E.Kloen, „Der Weg“ und: Ansprache des Bundesvorsitzenden des SDS Manfred Liebel auf der DK des SHB in Heidelberg am 21.5.1964, SDS-Archiv, 10/3

schlossen, daß die Mitarbeit an der Zeitschrift „konkret“ mit der Mitgliedschaft im SDS unvereinbar sei.⁴⁹⁾ Die Hamburger Gruppe kam diesem Beschluß – der 1961 wieder aufgehoben wurde – sehr schnell nach: sehr bald nach der Delegiertenkonferenz wurde in einer Mitgliederversammlung des SDS Hamburg Jürgen Holtkamp ausgeschlossen.⁵⁰⁾ Auch die Forderung der SPD, den Antikommunismus im SDS noch einmal zu sanktionieren, wurde in Göttingen erfüllt; die Formel, der SDS verstehe sich als ein Teil der Arbeiterbewegung, die von der SPD angeführt werde, wurde in Göttingen wiederholt.⁵¹⁾ Dem Bundesvorstand der in Göttingen gewählt wurde gehörten zwei Hamburger an (Wunder und Hoffmann), 1. Vorsitzender wurde Kallauch.⁵²⁾

Dieser Bundesvorstand sah es als seine Hauptaufgabe an – wie Günther Kallauch 14 Monate später in einem Referat über „Die Politik des SDS“ ausführte – die Fronten und Gegensätze in unserem Verband zu überwinden und durch gemeinsame Arbeit die verschiedenen Richtungen unseres Verbandes, soweit sie die in Göttingen gefaßten Beschlüsse anerkannten, zu integrieren. Die bestehenden Ansätze einer Spaltung sozialistischer Hochschularbeit sollten überwunden werden. Gegenüber der SPD bemühten wir uns um ein freundschaftliches Verhältnis und für unseren Verband eine Wiedergewinnung des Vertrauens.“⁵³⁾

Allein, die in Göttingen sichtbar gewordenen Fronten im Verband waren zu fest, als daß sie vom Bundesvorstand noch verwischt werden konnten: Für die Rechte innerhalb des Verbandes stand es bereits in Göttingen fest, daß sie künftig außerhalb des SDS eine der Partei genehme Hochschulpolitik betreiben würden. Noch auf der Göttinger Delegiertenkonferenz versuchten mehrere SDS-Gruppen, von Knöringen die Zustimmung für die Gründung eines Sozialdemokratischen Hochschulbundes zu erlangen.⁵⁴⁾

50) vgl. SDS, Gruppe an der Universität Hamburg, Mitgliederrundbrief vom 20.5.1960, in: SDS-Archiv, 01/3

49) dies geschah auf Antrag der Hamburger Delegation, vgl. R.Hoffmann, D.Wunder, U.Brunckhorst, F.Dahrendorf, M.Vester (alle Hamburg), Anträge an die DK, SDS-Archiv 30/3

50) Holtkamp-MV–Einladung,

51) FAZ, 1.8.59

52) vgl. Rundschreiben des Bundesvorstandes des SDS an alle Gruppen 1959/60, SDS-Archiv, 10/3

53) vgl. Kallauch, „Die Politik des SDS“, a.a.O., S. 2

54) vgl. ebenda, S. 10

Knöringen wies sie damals zwar zurück, die Versuche des Bundesvorstandes, diese Gruppen selbst wieder in den SDS zu integrieren, blieben erfolglos.⁵⁵⁾ Auch die Spannungen mit der Partei wuchsen; aller Opportunismus des Bundesvorstandes konnte die offene Spaltung nicht verhindern. Zwar empfahl der Bundesvorstand im Mai den Gruppen, den Wahlkampf der SPD zu unterstützen und hielt als gutes Beispiel die „wissenschaftlichen Arbeiten des Landesverbandes Berlin zur Vorbereitung des Wahlkampfes“ vor⁵⁶⁾, zwar versuchte der Bundesvorstand, auf Grundlage der Göttinger Beschlüsse, die linke Opposition im Verband durch Ausschlüsse auszuschalten⁵⁷⁾. Trotzdem wurde am 9.5.1960 mit Billigung der Partei der Sozialdemokratische Hochschulbund gegründet.⁵⁸⁾ Träger des SHB waren vor allem die SDS-Gruppen Bonn, Düsseldorf und Hannover.

Wenig später wurde vom SDS-Bundesvorstand ein internes Schreiben von Horst Stuckmann an verschiedene SDSler veröffentlicht. Dieser Brief wurde als Nachweis dafür ausgegeben, daß es zu jener Zeit eine organisierte kommunistische Fraktion innerhalb des SDS gab. In diesem Brief forderte Stuckmann die betreffenden Genossen auf, „die auf Provokation der SPD-Führung zielende Politik“⁵⁹⁾ aufzugeben. Der Hauptfeind sei die reaktionäre Gruppe der CDU um Adenauer, Schröder und Strauß. Dieser Kampf könne nur erfolgreich mit den Millionen, in SPD und Gewerkschaften zusammengeschlossenen, arbeitenden Menschen geführt werden. Den Mitgliedern der Fraktion wird empfohlen, die Bemühungen des Bundesvorstandes um eine organisatorische Festung des Verbandes zu unterstützen, insbesondere auf der nächsten Delegiertenkonferenz den Anträgen des Bundesvorstandes in Hinblick auf eine Neuformulierung der Position gegenüber dem Godesberger Programm und des „Anti-Kommunistischen Manifests“ zuzustimmen.⁶⁰⁾ Dieser Stuckmann-Brief wurde vom Parteivorstand als Beleg für seine These von einer kommunistischen Unterwanderung des SDS benutzt.⁶¹⁾ Er veranlaßte das Hamburger Bundes-

55) ebenda

56) Rundschreiben des Bundesvorstandes des SDS an alle Gruppen, 1 - 1960, S. 1, Punkt 3, SDS-Archiv, 10/3

57) etwa der Ausschluß von Bessau und Höch, vgl. ebenda, S. 3

58) vgl. Brief des SDS Bundesvorstandes an alle Gruppen 9.5.1960, SDS-Archiv, 10/3 und: Deutsche Zeitung, 10.5.1960

59) vgl. Abschrift von: H. Stuckmann, Rundschreiben Nr. 5, Münster, 11.7.1960, S. 2, SDS-Archiv, 10/3

60) ebenda, S. 3

61) vgl. Schreiben des Parteivorstandes der SPD an die Hamburger SDS-Gruppe, 2.8.1960, SDS-Archiv 20/3

vorstandsmitglied Dieter Wunder, gegen sechs Genossen, unter anderem Hüller, denen eine Beziehung zu der in diesem Brief vertretenen Politik vorgeworfen wurde, Ausschlußanträge zu stellen.⁶²⁾

All dies konnte jedoch die Trennung der SPD vom SDS nicht verhindern. Zwar insistierte der Bundesvorstand immer wieder darauf, daß der SDS eine Politik der sozialistischen Demokratie vertrete, zwar versicherte er dem Parteivorstand immer wieder seine Loyalität, der Parteivorstand aber beschloß am 19.7.1960, die „Förderung des SDS sofort einzustellen, die Beziehungen der SPD zum SDS abzubrechen, die Partei aufzufordern, ab sofort den SHB zu fördern.“⁶³⁾

Der Parteivorstand gibt in einem Schreiben vom 1.8.1960 als Begründung für diesen Schritt an, daß „die Lage im SDS selbst völlig unübersichtlich ist und daß eine gedeihliche Zusammenarbeit nicht erhofft werden kann. Die SPD muß bei freundschaftlichen Beziehungen...klare Verhältnisse und Ehrlichkeit voraussetzen können. Dies ist im SDS nicht mehr möglich gewesen. Die Sozialdemokratie sieht sich einer aggressiven und zersetzenden Politik des Kommunismus gegenüber. Bei aller Anerkennung der Freiheit der Meinungsäußerung und der Selbständigkeit studentischer Organisationen muß sie verlangen, daß Studenten, die sich zu ihr bekennen und die das Gewicht und Ansehen der SPD für ihre hochschulpolitische Tätigkeit in Anspruch nehmen wollen, sich so offen und eindeutig verhalten, daß Unsicherheit und Zweifel ausgeschaltet werden können.“⁶⁴⁾ Angesichts der Tatsache, daß einzelne Gruppen den Ausschlußbeschlüssen des Bundesvorstandes gegen „konkret“-Mitglieder und Stückmann-Freunde nicht gefolgt seien, daß die Marburger SPD Marburger SDSler wegen FDJ-Kontakten hätte ausschließen müssen, sei diese Vertrauensbasis verlorengegangen. Für die Hamburger Gruppe stellt die SPD klar, daß die Alternative Verbleiben im Verband oder Beziehungen zur Partei wäre. „Wenn die SDS-Gruppe Hamburg im Bundesverband zu verbleiben wünscht, so ist das ihre freie Entscheidung. Der Parteivorstand hat die Sozialdemokratische Partei an allen Hochschulorten ersucht, in Zukunft nur mehr den SHB zu fördern.“⁶⁵⁾

62) vgl. Rundschreiben des SDS-Bundesvorstandes, an alle Gruppen, 1.8.1960, SDS-Archiv, 10/3

63) vgl. Schreiben des SDS-Bundesvorstandes an alle Gruppen, 20.7.1960, SDS-Archiv, 10/3

64) vgl. Schreiben des Parteivorstandes der SPD an die Hamburger SDS Gruppe vom 2.8.1960, SDS-Archiv 20/3

65) ebenda

Der Gruppenvorstand des Hamburger SDS verfügte zu der Zeit noch über besonders gute Beziehungen zum Hamburger Parteivorstand, insbesondere zum Vorsitzenden Vittinghoff. Der SDS besaß ein Büro im Kurt-Schumacher-Haus, welches ja auch Sitz des SPD-Parteivorstandes war. Für die Haltung des Hamburger SDS hatte sicherlich ein persönliches Freundschaftsverhältnis des Gruppenvorstands zu Vittinghoff eine gewisse Bedeutung. Vittinghoff führte häufig mit einigen SDSlern private Gespräche, in denen er über die alten Kampfzeiten der Sozialdemokratie plauderte. Es existierte ein gewisses Vaterverhältnis zu Vittinghoff, das bei diesem so aussah, daß er es nicht schlimm fand, wenn der SDS – in ganz bestimmten Grenzen – so ein bißchen links war. Eine politische Identität zwischen SPD-Führung und SDS-Bundes- oder Gruppenvorstand ist aber eindeutig festzustellen.⁶⁶⁾

Die Hamburger Gruppe, die ja durch Wunder und Hoffmann im Bundesvorstand vertreten war, bemühte sich besonders intensiv, die Spaltung zu vermeiden. In Hamburg wurde auch zunächst kein SHB gegründet. Der Gruppenvorstand stellte in Vorbereitung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 23.6. folgende Anträge an den Landesverband:

„Antrag 1: Die Delegierten der Gruppe an der Universität Hamburg sind verpflichtet, auf der Delegiertenkonferenz des SDS für die Auflösung des Bundesvorstandes einzutreten.

Antrag 2: Unabhängig von der Entscheidung der Delegiertenkonferenz des SDS erklärt die Hamburger Gruppe, daß sie mit dem Ende der Delegiertenkonferenz als Sozialistischer Studentenbund Hamburg („SSH“) weiterbesteht. Die Satzung des SDS Hamburg gilt als vorläufige Satzung bis zur ersten Mitgliederversammlung des SSH.

Antrag 3: Ein aus fünf Mitgliedern bestehender Ausschuß hat eine Satzung des SSH und eine Grundsatzklärung auszuarbeiten und der 1. Mitgliederversammlung des SSH zu unterbreiten.“⁶⁷⁾

Es handelte sich bei diesen Anträgen um einen – wahrscheinlich mit der SPD-Führung abgemachten Kompromiß, der es der Hamburger Gruppe ermöglicht hätte, die Kontakte zur SPD aufrechtzuerhalten. Eine Gründung des SHB – und es gab in Hamburg ja viele Genossen, die die SPD-Politik unterstützten – wäre damit überflüssig geworden. Dieser Antrag wäre allerdings, wie sich auf jener Mitgliederversammlung heraus-

66) vgl. Interview 3, 18.8.69, a.a.O

67) vgl. SDS-Gruppe an der Universität Hamburg, Einladungsbrief an die Mitglieder für eine Außerordentliche Mitgliederversammlung, 14.6.60, SDS-Archiv, 01/3

stelle, an der notwendigen 2/3 Mehrheit gescheitert und wurde daraufhin vom Landesvorstand zurückgezogen.⁶⁸⁾ Man einigte sich allerdings auf der folgenden Mitgliederversammlung auf folgendes Delegiertenmandat:

„Die MV der SDS-Gruppe an der Universität Hamburg fordert die Delegierten der DK 1960 des SDS auf, die Einheit des Verbandes auf der Grundlage der Göttinger Beschlüsse nachdrücklich zu wahren. Sie erwartet von den Delegierten, daß sie

1. das Ansinnen, den Verband zu zerschlagen, von sich weisen
2. alle lokalen und separatistischen Lösungsversuche der gegenwärtigen Verbandskrise verurteilen
3. eine Fusion mit dem SHB in jeder Form ablehnen
4. die fraktionellen Strömungen durch Aussprache und nicht durch Ausschluß überwinden
5. den Verband als loyales Glied der von der Sozialdemokratie geführten Arbeiterbewegung erhalten.“⁶⁹⁾

Das Schreiben des SPD-Parteivorstandes, in dem die Hamburger Gruppe vor die Alternative: Verbleiben im Verband oder Beziehung zur SPD gestellt worden war, war eine Antwort auf jene Entscheidung der Hamburger Gruppe. Auf jener Mitgliederversammlung war eine beginnende Isolierung des Gruppenvorstandes von der Basis, eine Schwächung der rechten Fraktion deutlich geworden.⁷⁰⁾ Die Unmöglichkeit eines geschlossenen Austritts der Gruppe aus dem Verband hatte sich hier gezeigt. Auf der anderen Seite erschien es als äußerst inopportun, in Hamburg einen SHB zu gründen, da dieser hier auf viel Mißfallen stieß. Der Gruppenvorstand machte deshalb einen zweiten Versuch, die Abspaltung eines SHB vom Hamburger SDS zu verhindern.

Nach der vom Parteivorstand vorher diktieren Alternative war klar geworden, daß die Hamburger SPD alle Beziehungen zum SDS abbrechen würde. In der Tat erfolgte wenig später von der SPD die Kündigung des SDS-Büros im Kurt-Schumacher-Haus.⁷¹⁾ Da mit dem Abbruch der Beziehungen der SPD zum SDS (dieser erfolgte am 31.10.) die finanzielle Situation des SDS äußerst schwierig wurde und damit auch die politischen Möglichkeiten eingeschränkt waren, versuchte die Gruppe der SPD-Anhänger im SDS, die Hamburger SDS-Gruppe völlig eingehen zu lassen. Von ihnen

68) Vgl. Interview 1, 15.8.69 und Interview 4, 17.8.69, a.a.O.

69) vgl. Brief des SDS, Gruppe an der Universität Hamburg, an den Bundesvorstand des SDS, 13.6.60

70) vgl. Interview 1, 15.8.69 und Interview 4, 17.8.69, SDS-Archiv, 05/5

71) vgl. Brief von D.Wunder an M.Schumann (Bundesvorsitzender des SDS), 4.11.1960, SDS-Archiv,

war inzwischen der Gustav-Radbruch-Kreis (GRK) gegründet worden⁷²⁾, der später die Funktion des SHB übernehmen sollte, der aber keine Gegen-Gruppe zum SDS darstellen sollte. Da der GRK fest in der Hand rechter Sozialdemokraten war – die Finanzierung durch die Partei war ebenfalls sichergestellt –⁷³⁾ war es unmöglich, daß der GRK ebenfalls auf die SDS-Linie einschwenken würde, sondern daß er vielmehr unter anderem Namen eine reine SHB-Politik machen würde. Die SHB-Gruppierung, die zusammen mit den Zentristen über eine starke Mehrheit im SDS zu verfügen glaubte, versuchte nun, sich aus der aktiven Arbeit im SDS langsam zurückzuziehen, gleichzeitig aber durch ihre Mehrheit ein Wirksamwerden der linken Fraktion zu verhindern. Sie nominierten deshalb – nach ihrem Rücktritt aus dem Gruppenvorstand – als Kandidaten für den neuen Vorstand Genossen, von denen klar war, daß sie über keine politische Erfahrung verfügten und von daher als Gruppenvorstand keine besonderen Aktivitäten hervorbringen würden.⁷⁴⁾ Inzwischen hatte sich aber eine linke Gruppe in Hamburg eine starke Basis zu schaffen gewußt. Bei dieser Gruppierung handelte es sich zum Teil um Kommunisten – die ja infolge des KP-Verbots nicht organisiert auftreten konnten –, zum Teil um linke Sozialdemokraten, die ihrem Selbstverständnis nach aber auf jeden Fall Marxisten waren und denen klar war, daß in der SPD keine sozialistische Politik mehr möglich war. Diese – zumindest im Ansatz marxistisch-leninistische Fraktion im SDS – einigte sich auf einer, wahrscheinlich mit dem Begriff radikaldemokratisch am besten zu fassenden, Konzeption, welche etwa der der DFU, auf den Hochschulbereich übertragen, entsprach. Ihre Position war ungefähr identisch mit der von „konkret“.⁷⁵⁾

Zwischen diesen beiden Fraktionen, die beide Kandidaten für den Gruppenvorstand nominierten – die Linke die Genossen Rusch und Gohl, die Rechte ein unscheinbares Kollektiv unter Reiner Mehl⁷⁶⁾ – spielten sich im Wintersemester 60/61 harte Auseinandersetzungen um die politische Zukunft des Hamburger SDS ab. Die vereinigte Rechte von SPD-Anhängern und Zentristen, war bereits seit der MV, auf der versucht worden war, den Hamburger SDS aus dem Verband zu desintegrieren, etwas angeknackst. Zudem wurde zunehmend unklarer, ob die Zentristen

72) vgl. Interview 1 und 4, a.a.O.

73) ebenda

74) vgl. Interview 4, a.a.O.

75) vgl. Interview 1 und 4, a.a.O.

76) vgl. Brief von R.Mehl an den Bundesvorstand des SDS, 5.12.1961, SDS-Archiv, 02/3

weiter auf der Seite der SPD-Anhänger bleiben würden. Die politischen Kämpfe im SDS orientierten sich in jener Zeit vor allem an der Frage des Gruppenvorstandes, die wiederum abhängig war von der Zahl der Anhänger in der Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlungen boten daher in jener Zeit ein kuriozes Bild: Beide Fraktionen leierten alle möglichen Freunde und Genossen an, die zum Teil auch kurzfristig in den SDS eintraten, und auch solche Altgenossen, die schon lange nicht mehr im SDS aktiv gewesen waren.⁷⁷⁾ Mit Hilfe ihrer traditionellen Hausmacht gelang es der Rechten dann im November doch noch, den „Mehl-Vorstand“ in einer Mitgliederversammlung durchzubekommen.⁷⁸⁾ Allerdings wurde auf der gleichen Mitgliederversammlung beschlossen, daß die Mitgliedschaft im Gustav-Radbruch-Kreis mit der im SDS unvereinbar sei.⁷⁹⁾ Inzwischen hatte sich die Linke soweit profiliert, daß der Plan, den Hamburger SDS gegen eine linke Politik, oder überhaupt gegen jede Politik, organisatorisch abzusichern, nicht mehr gelang. Inzwischen wurde größeren Teilen der SDS-Basis die Absicht der SPD-Gruppe deutlich. Im Februar 1961 gelang es der Linken, in einer Mitgliederversammlung ihren Kandidaten für den Vorstand durchzubekommen und den „Mehl-Vorstand“ abzusetzen.⁸⁰⁾ Die SPD-Anhänger im SDS traten daraufhin nacheinander aus und arbeiteten im Gustav-Radbruch-Kreis weiter. Dieser ging, angesichts der Hamburger Antipathien gegen den SHB, erst sehr spät in diesen Verband über.⁸¹⁾ Die zentristischen Genossen und die Anhänger der deutschen Sektion der 4. Internationale blieben im SDS und betätigten sich seitdem fast nur noch in Ökonomiarbeitskreisen.⁸²⁾ Sie hatten darüberhinaus im SDS im folgenden Jahr fast keine Bedeutung. Aus ihnen rekrutierte sich später die Förderergemeinschaft des SDS, der „Sozialistische Bund“. Das Verhältnis der Hamburger Gruppe zum Gesamtverband änderte sich nach dieser Wahl grundlegend. Der SDS Hamburg war bis dahin immer eine starke Truppe der SPD im Bundesverband gewesen und unter dem Bundesvorstand Kallauch hatte er starken Anteil an der opportunistischen Haltung gegenüber der SPD und an der intensiven Ausschlußpraxis gegenüber den Linken. Noch 1960 hatte die Landesvorsitzende Anny Koppelmeyer an den Bundesvorstand schreiben können:

77) ebenda

78) vgl. Brief von K.Grobe und R.Mehl an M.Schumann, 11.1.1960, SDS-Archiv, 02/3

79) vgl. Brief von R.Toboll an den SDS, Gruppe an der Universität Hamburg, 21.12.1960, SDS-Archiv, 01/3

80) vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung des SDS, Gruppe an der Universität Hamburg, vom 17.2.1961, SDS-Archiv, 06/3

81) vgl. Interviews 1 und 4, a.a.O.

82) ebenda

Das Verhältnis des SDS zur SPD ist auf Landesebene gut, auf Bundesebene schlecht.⁸³⁾ Die Hamburger Gruppe hatte den Bundesvorstand noch bis zur Anerkennung des SHB als SPD-Hochschulgruppe gewarnt, Schritte zu tun, die das Verhältnis vom SDS zur SPD noch mehr gefährden würden.⁸⁴⁾ Auch auf der 15. Delegiertenkonferenz in Frankfurt war noch der opportunistische Teil der Hamburger Gruppe vertreten.⁸⁵⁾ In Frankfurt reproduzierte sich das, was sich vorher in Göttingen ereignet hatte, auf einer neuen Ebene. Zwar stand die offene Trennung von SPD und SDS mittlerweile völlig fest, der SDS wollte es allerdings noch nicht so recht glauben. In den in Frankfurt verabschiedeten Grundsätzen heißt es: „Der Sozialistische Deutsche Studentenbund ist eine unabhängige studentische Gemeinschaft. Er ist ein Teil der in Deutschland von der Sozialdemokratie geführten Sozialistischen Bewegung. Diese allein hat die Kraft und den Willen, die gesellschaftlichen Verhältnisse umzugestalten und den Sozialismus zu verwirklichen.“⁸⁶⁾ All diese Beteuerungen konnten aber den endgültigen Ausschluß des SDS aus der SPD nicht aufhalten. Im November 1961 ließ die SPD ihren Vorstandsbeschuß über dpa verbreiten: „Die Mitgliedschaft in dem Verein ‚Sozialistische Förderergemeinschaft der Freunde, Förderer und ehemaliger Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes e.V.‘ ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wie es ebenso unvereinbar ist, Mitglied des SDS und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sein.“⁸⁷⁾

Mit diesem abschließenden Akt hatte der Wehner-Flügel innerhalb der SPD jenen für die Integration in den kapitalistischen Staatsapparat notwendigen Akt der Trennung von den halb-linken Kräften in der Partei getätigt. Zwar wurden die meisten SPD-Mitglieder innerhalb des SDS nicht daraufhin aus der Partei ausgeschlossen. Es handelte sich bei diesem Beschluß vielmehr

83) vgl. Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Landesverband Hamburg, U. Keppler an alle Landesvorstandsmitglieder und Referenten, 13.5.1960, SDS-Archiv, 03/3

84) Brief der SDS-Gruppe an der Universität Hamburg an den Bundervorstand, z.Hd. G.Kallauch, 30.6.1960, SDS-Archiv, 02/3

85) vgl. Mitgliederbrief des SDS, Gruppe an der Universität Hamburg, 25.6.1960, SDS-Archiv, 03/3

86) Grundsätze und Ziele des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, SDS-Archiv, 30/3

vgl. auch: „Anträge der SDS-Gruppe an der Universität Hamburg, Entwurf für die Grundsätze und Ziele des SDS, SDS-Archiv 30/3

87) vgl. SDS-Bundesvorstand, Rundschreiben 3 an alle Mitglieder und Freunde des SDS, 10.11.1961, SDS-Archiv, 10/3

um einen Versuch – und deshalb wurde die Förderergemeinschaft des SDS gleichzeitig ausgeschlossen – die linken Kräfte innerhalb der SPD einzuschüchtern. Deshalb wurden auch schließlich nur solche SDS-Genossen ausgeschlossen, die versuchten, innerhalb der Partei gegen den Ausschluß zu protestieren. In Hamburg wurden etwa die Genossen Wunder und H.-J. Schulz ausgeschlossen⁸⁸⁾, weil sie in einem offenen Brief an die Mitglieder der SPD Hamburg gegen den Ausschluß polemisiert hatten.⁸⁹⁾

Auch dieser Ausschluß veranlaßte den zentristischen SDS-Bundesvorstand, der diesen Schritt mit 26 Ausschlußverfahren zu verhindern gesucht hatte⁹⁰⁾, noch nicht, die Politik der deutschen Sozialdemokratie kritisch zu reflektieren und daraus in Bezug auf seine eigene Politik Konsequenzen zu ziehen. Zwar sprach der Bundesvorstand von einer „Verfestigung und Institutionalisierung“ die innerhalb der Arbeiterbewegung nicht neu sei⁹¹⁾, ansonsten aber änderte sich in den folgenden vier Jahren – abgesehen von der organisatorischen Trennung von der SPD – die Politik der Verbandes kaum. Auf Bundesebene blieb vorläufig die einzige Konsequenz die Intensivierung der theoretischen Arbeit: „Wenn die politische Praxis auf die Dauer erfolgreich sein soll, setzt sie ein intensives Studium der sozialistischen Theorie voraus. Wir wissen, daß der SDS gemeinsam mit der Förderergesellschaft die Möglichkeit hat, die sozialistische Theorie entsprechend den veränderten Bedingungen weiterzuentwickeln. Das kann die Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Praxis der Arbeiterbewegung schaffen.“⁹²⁾

Die theoretische Arbeit, die in den folgenden Jahren hauptsächlich in den Gruppen Frankfurt und Berlin betrieben wurde, war allerdings weder das Ergebnis der praktischen politischen Auseinandersetzungen, noch war sie orientiert an den Bedürfnissen dieser Auseinandersetzungen; diese fanden nämlich damals kaum statt. Bei der theoretischen Arbeit im SDS handelte es sich vielmehr um das Produkt des individuellen oder kooperativen Bemühens einzelner Genossen oder kleiner Gruppen, welches kaum in Zusammenhang mit der Arbeit der SDS-Gruppen oder des Verbandes

88) vgl. Interviews 3 und 5, a.a.O.

89) vgl. H.-J. Schulz, D.Wunder, Brief „An alle Hamburger Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, SDS-Archiv, 01/3

90) vgl. Kallauch, Die Politik des SDS, S. 11

91) vgl. SDS-Bundesvorstand, Rundschreiben 3 an alle Mitglieder und Freunde des SDS, 10.11.1961, SDS-Archiv, 10/3

92) ebenda

stand. Genossen aus jener Zeit berichten, wie die Delegierten einzelner Gruppen zu den Delegiertenkonferenzen führen und dort verschiedene 100seitige Papers in die Hand gedrückt bekamen, über die dann auf der gleichen Delegiertenkonferenz, ohne daß sie intensiv studiert worden wären, abgestimmt wurde. Es geschah sogar mehrmals, daß die eigene Gruppe, in deren Bereich so ein Papier entstanden war, von diesem erst auf der Konferenz erfuhr.⁹³⁾ solcherlei theoretische Arbeit war denn auch kaum in der Lage, die traditionell sozialdemokratische Position des Verbandes zu überwinden. Im Bereich der Politik an der genuinen sozialen Basis des SDS, der Hochschule, soll dieses exemplarisch verdeutlicht werden.

Bestimmend für die Hochschulpolitik des SDS in den folgenden Jahren, ja fast sogar bis heute, war die Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“, die 1961 von den vier Bundesvorstandsgenossen Nitsch, Offe, Preuß und Gerhard in Zusammenhang mit dem Frankfurter Professor Jürgen Habermas herausgegeben wurde.

93) vgl. Interview 1, a.a.O.

IV.

Exkurs: Zur Hochschulpolitik des SDS seit 1961

Die Denkschrift geht aus von einem tiefgreifenden Funktionswandel, den die deutschen Hochschulen seit ihrer Gründung zur Zeit der bürgerlich-demokratischen Bewegung im 19. Jahrhundert durchgemacht haben. Die zu dieser Zeit definierten Prinzipien der klassischen deutschen Universität seien bestimmt gewesen durch die Auseinandersetzung mit dem feudal-absolutistischen Staat. Die Forderung nach Autonomie der Hochschule sei gerichtet gewesen gegen einen Staat, der von der Universität „für seine rationell gestaltete Herrschaftsapparatur nützliche Forschungsergebnisse und einsetzbare Staatsdiener“ gefordert habe¹⁾. Die Konzentration auf diese Auseinandersetzung und die – für die klassische deutsche Universität typische – Verengung der Autonomie auf den privaten Bereich der Ordinarien seien die Voraussetzung dafür gewesen, daß nach der Emmanzipation der bürgerlichen Klasse „der ganze Bereich der Produktion nicht in ihren Gesichtskreis fielen“²⁾. Das angeblich zweckfreie Bemühen der Ordinarien um die Wahrheit habe die von der Universität produzierten Forschungsergebnisse unkontrollierten, partialen Interessen ausgeliefert. „Die Selbstauslieferung der Universität an den Nationalsozialismus...ist hierfür gewiß das prägnanteste, keineswegs aber das einzige Beispiel.“³⁾ Wolle die Universität in dieser Situation „nicht vom Prinzip der Rationalität, . . . von der selbstgestellten Aufgabe der Wahrheitsfindung abfallen“⁴⁾, müsse sie sich über ihre Stellung in der Gesellschaft, über die Konsequenzen ihrer Arbeit Rechenschaft ablegen und von einer derartigen Einschätzung ausgehend, ihre Prinzipien neu bestimmen.

„Die Universität nimmt mit ihrer Arbeit Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung und auf die sozialen und politischen Machtverhältnisse. Sie steht damit im Spannungsfeld der widerstreitenden gesellschaftlichen Tendenzen, im Bereich des Widerspruchs zwischen Demokratie und autoritärer Ordnung, zwischen Fortschritt und Stagnation. ...

Die Autonomie der Universität muß inhaltlich neu begründet werden als Freiheit von der Manipulierung durch gesellschaftliche Partialinteressen.“⁵⁾

- 1) vgl. Hochschule in der Demokratie, Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Durchgesehene Neuauflage Frankfurt 1965, S. 1
- 2) ebenda
- 3) ebenda, S. 3
- 4) ebenda
- 5) ebenda, S. 4

Die Befreiung von solchen Partialinteressen sei für die Universität die Voraussetzung zur Aufrechterhaltung eines – unter diesen veränderten Bedingungen neu zu bestimmenden – Bildungsziels. „Wie sie nicht darauf verzichten kann, ihre Forschungsergebnisse an der gesellschaftlichen Praxis zu überprüfen, so muß sie ihr Engagement an die Humanität auch an die durch sie ausgebildeten wissenschaftlichen Fachkräfte vermitteln.

Dieses Bildungsziel ist kein der Wissenschaft fremdes, es ist vielmehr die historische Voraussetzung und Erbschaft von Wissenschaft überhaupt: Kritische Rationalität im Dienste des Menschen zu sein.“⁶⁾ Neben dieses Bildungsziel – und mit diesem eng verbunden – tritt das Prinzip der inneren Demokratisierung der Universität. Denn die private Verfügung der Ordinarien über die Mittel zur wissenschaftlichen Arbeit sei es gerade, die die Auslieferung der Universität an partiale Interessen ermögliche. Bei diesem Prinzip ist der Ausgangspunkt nicht „ein abstraktes Prinzip der Demokratie, das schematisch als leere formalistische Gleichmacherei von außen an die wissenschaftlichen Betriebsverhältnisse herangetragen wird, sondern die Überzeugung, daß aus der immanenten Tendenz aller Wissenschaft, die diesen Namen verdient, sich in einem Prozeß freier kritischer Auseinandersetzung zu entfalten, notwendig das demokratische Prinzip der Ablösung aller wissenschaftsfremden, wissenschaftsfeindlichen Abhängigkeitsverhältnisse erwächst.“⁷⁾

Diese beiden Prinzipien wurden im SDS zur Grundlage der hochschulpolitischen Forderungen gemacht, eine Analyse der Funktion der Wissenschaft im neokapitalistischen System vermißt man in dieser Denkschrift. Eine solche Analyse wäre zu dieser Zeit besonders interessant gewesen, da sich gerade ein Jahr zuvor die ersten Reorganisationsvorschläge der Universitäten und damit die Gleichschaltungstendenzen dieser Forschungs- und Ausbildungsstätten andeuteten. Der SDS sah bei diesem idealistischen Ansatz an allen Gleichschaltungsbestrebungen vorbei. Die immanente Tendenz aller Wissenschaft zum Abbau wissenschaftsfeindlicher Abhängigkeitsverhältnisse, hoffte er, brauche sich nur zu entfalten, und eine Demokratisierung der Universitäten wäre unaufhaltsam. Er begnügte sich daher damit, auf Grundlage dieser Prinzipien Vorschläge für die sich abzeichnende Universitäts- und Studienreform zu machen. Aus der Aufgabe der Universität, kritische Rationalität, das Bewußtsein der gesellschaftlichen Bezogenheit der Wissenschaft zu vermitteln, ergebe sich

- 6) ebenda, S. 5
- 7) ebenda, S. 117

als Konsequenz, die kritische Reflexion über die Methoden und die gesellschaftliche Bezogenheit der zu erlernenden Wissenschaft an den Anfang des Studiums zu stellen:

„Als erste Stufe der kritisch-reflektorischen Vertiefung des Fachstudiums ist eine intensive methodologische Grundorientierung der Studenten notwendig, die die erkenntniskritischen und wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen der Methodik des Faches aufweist und in Vergleich setzt zu Methoden anderer Disziplinen. ...

Als zweite Stufe der Vertiefung des Studiums...die Einführung von fachbezogenen wissenschaftstheoretischen (wissenschaftssociologischen) Studien erforderlich, in denen die Bezogenheit der Aufgaben und Probleme der einzelnen Fachgebiete auf die gesellschaftliche Wirklichkeit klar herausgestellt werden muß.“⁸⁾

Die kritische Rationalität des Studiums sei allerdings solange sinnlos, solange nicht der Bezug zur gesellschaftlichen Praxis hergestellt werde.

„Erst in der Einheit von Wissen und Praxis besteht die konkrete Chance zur vollen Selbstverwirklichung des wissenschaftlich arbeitenden Studenten.“⁹⁾ Dem wird durch die Forderung nach Einführung von Betriebspraktika Rechnung getragen. Diese, durch erfahrene Soziologen vorbereiteten und ausgewerteten Betriebspraktika sollten mindestens ein halbes Jahr dauern. In dieser Zeit dürften die Studenten gegenüber ihren Arbeitskollegen keine Privilegien haben. Regelmäßig sollten Diskussionsabende und Wochenendtreffen zwischen Studenten, Arbeitern und Hochschullehrern stattfinden.¹⁰⁾

Unter „dem gesellschaftlichen Aspekt der Bedeutung des Arbeitsgegenstandes sollten interfakultative Institute in den Bereichen der Afrikanistik und der Ibero-Amerikanistik...gegründet werden.“¹¹⁾

Aus Gründen der Rationalität wird eine Aufteilung des Studiums in einen einführenden Teil – in dem vor allem die methodologische Grundorientierung geleistet werden soll – und in einen Hauptteil in dem eine Vertiefung in der entsprechenden wissenschaftlichen Disziplin im Mittelpunkt stehen soll – empfohlen.¹²⁾ Zwischengeschaltet werden sollte eine

8) ebenda, S. 43

9) ebenda, S. 47

10) ebenda, S. 53 f

11) ebenda, S. 72

12) ebenda, S. 55 ff

„Eignungsfeststellung in Form einer akademischen Zwischenprüfung.“¹³⁾ „Durch Einführung einer Zwischenprüfung seien ferner geeignet, die mit dem Stipendiensystem verbundenen sozialen Selektionen und die damit verbundene soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen. „Eine Leistungskontrolle, die sich auf die Ausscheidung nur der bedürftigen Ungeeigneten beschränkt ist...sozial ungerecht. Als Folge der Einführung allgemeiner akademischer Zwischenprüfungen könnte diese Ungerechtigkeit beseitigt werden.“¹⁵⁾ In diesem Falle nämlich wäre die Selektion allgemeiner, sie bezöge sich nämlich auf die nicht bedürftigen „Ungeeigneten“.

Schließlich werden im Rahmen der Studienreform „volle Verwirklichung der akademischen Freiheit der Lehre und des Studiums, um die autoritären Wirkungen der gegenwärtigen Lehr- und Unterrichtsbetriebe auszuschalten, reale Demokratisierung der Hochschule, um eine wirksame Beteiligung der Studenten an der Gestaltung ihres Studiums auch durch Lehrpläne zu erreichen, volle Verwirklichung der Autonomie der Hochschulen, um den Einfluß staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte auf Gestaltung und Ziele einer sozialwissenschaftlichen Bildung zu verhindern“ gefordert.

Die Hoffnung, die kommende Studien- und Hochschulreform werde – den immanenten Tendenzen jeder Wissenschaft folgend – auf eine Demokratisierung der Universitäten abzielen, wurde durch eine – vom SDS von der SPD unreflektiert mit übernommene – Sozialstaatsideologie, die in der Hochschuldenkschrift deutlich zum Ausdruck kommt, unterstützt.

Dieser sozialdemokratischen Ideologie liegt die Vorstellung zugrunde, im Rahmen einer zunehmenden Verschränkung von Staat und Gesellschaft habe ein Übergang vom bürgerlich-demokratischen zum sozialen Rechtsstaat stattgefunden.

Der Staat, der ehemals die Gesellschaft weitgehend einer vorgeblich sich immanent zeugenden Gerechtigkeit überlassen habe, übernehme immer mehr die gesellschaftlichen Aufgaben der Produktion und Distribution von Gütern. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit einer Erweiterung der liberalen Grundrechte. „Neben den negatorisch wirkenden liberalen Grundrechten müssen positive Anweisungen eingeführt werden, wie Gerechtigkeit im Sozialstaat zu verwirklichen sei. Geschieht das nicht durch einen Katalog von neuen sozialen Grundrechten, so tritt eine Umfunktio-

13) ebenda, S. 55

14) ebenda, S. 57

15) ebenda

nierung des Grundrechtskatalogs ein, von der Abgrenzung der Gesellschaft und der einzelnen Staatsbürger vom Staat zur Garantie der Teilnahme von gesellschaftlichen Verbänden und einzelnen an der Gesamtwillensbildung im Staatsverband.“¹⁷⁾

Der Übergang vom bürgerlich-demokratischen zum sozialen Rechtsstaat habe durch die Sozialstaatsparagrafen des Grundgesetzes¹⁸⁾ normative Kraft erhalten. Diese Artikel enthalten die Aufforderung an den Gesetzgeber, Staat und Gesellschaft, etwa auch die Hochschulverfassung, gemäß sozialstaatlichen Prinzipien neu zu ordnen. An die Stelle einer begrenzten Sachautonomie der Hochschulen müsse im Sozialstaat die staatliche Garantie der materiellen und institutionellen Voraussetzungen für die Grundrechte der Freiheit der Wissenschaft, Recht auf Ausbildung, Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit treten. Ferner habe der Staat für die Gewährleistung gesellschaftlicher Interessen im Bereich der Universitäten Sorge zu tragen. Daraus leiten sich gewisse Folgerungen bezüglich einer Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft ab.

„Die objektive Funktion der Hochschulselbstverwaltung ergibt sich aus der Verpflichtung des Staates als Sozialstaat, in ursprünglich gesellschaftliche Funktionen einzutreten.

Da erstens eine umfassende Entfaltung der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Ausbildung qualifizierter Arbeitskraft eine Grundvoraussetzung der Aufrechterhaltung des gesamtgesellschaftlichen Produktions- und Lebensprozesses einer modernen Industriegesellschaft ist, die von privater Seite oder auf genossenschaftlicher, wirtschaftlicher Basis...nicht durchgeführt werden kann, so muß der Staat diese Funktion übernehmen und Einrichtungen und Arbeitsmittel zur Verfügung stellen.

Da zweitens der Staat als Sozialstaat die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu gewährleisten hat,...ist er verpflichtet, auch die Einrichtungen, Arbeitsmittel und eine angemessene, d.h. sozial gerechte Arbeitsentschädigung jedem zu wissenschaftlicher Forschung und Lehre beziehungsweise zum wissenschaftlichen Studium geeigneten und begabten Staatsbürger zur Verfügung zu stellen beziehungsweise zu gewähren.

Der Staat ist also aus beiden Erwägungen heraus zur Errichtung und laufenden Ausstattung der Hochschulen und zur Förderung und Entloh-

16) ebenda, S. 45

17) ebenda, S. 98

18) Grundgesetz, Artikel 20 und 28

nung der wissenschaftlich arbeitenden Studenten und Wissenschaftler verpflichtet.“¹⁹⁾

Die Realisierung sozialer Demokratie im Bereich der Hochschule setzt „die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die vom Staat bereitgestellten Mittel und Einrichtungen in einer demokratisch aufgebauten Hochschulselbstverwaltung voraus“,²⁰⁾ sie bedeutet ferner das Recht auf Mitgestaltung des Studiums seitens der Studenten.

Aus dieser Explikation der Realisierung sozialstaatlicher Prinzipien im Bereich der Hochschule ergeben sich für die SDS als hochschulreformereische Forderungen:

- a) für den Bereich des Lehrkörpers „eine umfassende Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter“²¹⁾ mit dem Ziel,
 - 1) alle Wissenschaftler an der Entscheidung über die Verwendung der vom Staat zur Verfügung gestellten Mittel zu beteiligen,
 - 2) alle wissenschaftlichen Mitarbeiter, vor allem die Nichtordinarien, für ihre gesellschaftlich-produktive Tätigkeit ausreichend zu entlohnen
 - 3) optimale Bedingungen für die Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses etwa durch ein neues Habilitationsverfahren etc. zu schaffen,²²⁾
- b) für den Bereich der Studentenschaft vor allem die Gewährung eines allgemeinen Studienhonorars.²³⁾

Besonders die Forderung nach Einführung eines allgemeinen Studienhonorars hatte innerhalb der Hochschulpolitik des SDS in den folgenden Jahren einen bedeutenden Stellenwert. Nitsch beispielsweise bemühte sich während seiner Mitarbeit im Bundesvorstand intensiv darum, durch Rundbriefe den einzelnen Gruppen diese Forderung zu vermitteln.²⁴⁾ Zur Begründung dieser Forderung heißt es in der Denkschrift:

„Die Entlohnung der im Studium geleisteten Arbeit ist aus folgenden Gründen gerechtfertigt:

19) vgl. Hochschule in der Demokratie, a.a.O., S. 100

20) ebenda, S. 107

21) ebenda, S. 121

22) ebenda, S. 110 ff

23) ebenda, S. 138

24) vgl. SDS-Informationen, Sonderdienst Nr. 1, 23.1.1962, in: SDS-Archiv,

- 1) Zur Freisetzung des Studenten aus allen sachfremden Abhängigkeitsverhältnissen innerhalb und außerhalb der Hochschule und damit im Interesse der akademischen Freiheit überhaupt,...
- 2) Aus dem sozialen Grundrecht auf materielle Sicherung des im Grundgesetz garantierten freien Studiums und der freien Wahl der Ausbildungsstätte und des Berufs, ...
- 3) Aus dem sozialen Grundrecht auf gerechte Entlohnung einer Arbeitsleistung, die für die moderne Industriegesellschaft unentbehrlich ist, ...
- 4) Aufgrund der Verpflichtung des demokratischen Sozialstaats als sozialer Gerechtigkeitsstaat zur Demokratisierung des Bildungswesens durch Sicherung gleicher Startchancen und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Begabten.
- 5) Angesichts der Funktion des Sozialstaates in der modernen Industriegesellschaft, der zur Aufrechterhaltung und Expansion des gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses in ursprünglich gesellschaftliche Aufgabenbereiche eintreten muß, auf dem Wege der Vergesellschaftung mindestens derjenigen öffentlichen Dienste, die von privater Seite nicht mehr auf dem objektiv notwendigen Niveau gehalten werden können.“²⁵⁾

Diese Hochschuldenkschrift ist ein getreuer Ausdruck der vom SDS zu Beginn der 60er Jahre bis zur anti-autoritären Revolte betriebenen Hochschulpolitik, sie genoß innerhalb des SDS eine unumstrittene Autorität und fand auch außerhalb des Verbandes Beachtung. In den einzelnen Gruppen wurde über diese Hochschulpolitik kaum diskutiert, die relevante Arbeit fand hauptsächlich in den Gremien der sogenannten „studentischen Selbstverwaltung“ wie Studentenparlamenten, ASten, Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) statt. Das Ziel dieser Hochschulpolitik gab Nitsch auf einer Mitgliederversammlung des VDS in folgender Weise an:

„Die Strukturen und Methoden des Klassenkampfes haben sich im Übergang zum modernen neokapitalistischen System grundlegend verändert. Klassenkämpfe werden heute nicht mehr bewußt und unmittelbar zwischen klassenbewußter Arbeiterschaft und Unternehmerschaft eingeführt, sondern vor allem um das Bewußtsein derjenigen, die als potentiell kritisch eingestellten Intellektuelle die Entpolitisierung oder Verdummung der abhängigen Arbeitnehmermassen anhand konkreter sozialer Situationen und Spannungen durchstoßen und aufklärerisch für die eigentlichen Ziele und Ansprüche einer demokratischen Gesellschaft wirken kön-

25) vgl. Hochschule in der Demokratie, a.a.O., S. 139

nen.“²⁶⁾ Die Universität soll also im Sinne eines Klassenkampfes funktionalisiert werden, deren Ziel die Verwandlung des liberalen Rechtsstaates in einen Sozialstaat ist, in dem der Abbau repressiver, überflüssiger Herrschaft gewährleistet ist. Ausgangspunkt dieser Hochschulpolitik ist allerdings weniger eine ansatzweise realistische Einschätzung der Veränderungen, die sich in Staat und Universität zu jener Zeit andeuteten als vielmehr die Identifikation „mit dem, was die deutsche Universität einmal zu sein beansprucht“, wie Habermas richtig bemerkt.

Diese Hochschulkonzeption jener kleinen Gruppe von SDS-Genossen um den Frankfurter Links-Hegelianer Habermas, die die Denkschrift damals verfaßt haben, ist lange Zeit vom SDS-Verband unreflektiert und unkritisiert übernommen worden. Kritik an dieser Hochschulkonzeption kam allerdings bereits 1960 von einer linken Gruppierung, die kurz zuvor aus dem Verband ausgeschlossen worden war. In einem Bericht der Zeitschrift „konkret“ über den 6. Deutschen Studententag in Berlin heißt es beispielsweise im Zusammenhang mit der Frage der Eignungsprüfung:

„Der sozialistische Trick, mit dem Klaus Meschkat den Genossen im SDS sein Verhalten erklärte, zieht nämlich nicht: Durch eine generelle Eignungsprüfung wird keineswegs „das Bildungsmonopol gebrochen“, sondern lediglich eine Kontrollmöglichkeit über den gesamten Hochschulzugang geschaffen. Einem Sozialisten müßte auf Grund seiner Theorien klar sein, daß es illusionär ist, die Verwirklichung Meschkatscher Gleichheitsideale für erreichbar zu halten. Der Versuch, sie zu verwirklichen, muß zwangsläufig zum Gegenteil führen: Er gleicht dem masochistischen Selbstangebot zur Gleichschaltung, die zwar die sozialen Mängel, dafür aber auch die Vorzüge liberaler Traditionen beseitigt. Wobei man sich bei der Beseitigung gern seitens der Ministerien auf die sozialistischen Argumente Meschkats beziehen wird.“²⁷⁾

Ihre Weiterentwicklung fand die Denkschrift in einer, von den gleichen Verfassern herausgegebenen, aber weitaus umfangreicheren Arbeit, die 1965 unter dem gleichen Titel erschien. „Dieses Buch“, so schreibt Habermas im Vorwort, „stützt sich auf den alten Text, aber aus den Kapiteln einer Denkschrift ist fast eine Reihe von Dissertationen geworden.“ Gewisse Thesen der Denkschrift wurden in diesem Buch zwar weiterentwickelt und ausführlicher dargestellt, inhaltlich bestehen aller-

26) Wolfgang Nitsch, Thesen zur Hochschulpolitik in: SDS, Arbeitsblätter Nr. 1, o.O., 1964, in: SDS-Archiv

27) Der Aufbruch ins Konkrete, Bericht vom 6. Deutschen Studententag in Berlin, in: Konkret, Jg. 1960, Nr. 10, 2.5.1960, S. 6

dings kaum Unterschiede, der sozialdemokratische Ansatz ist allerdings auch in dieser Abhandlung in gar keiner Weise überwunden. Im Gegenteil. Hier wird versucht, die Hoffnung, auf eine Hochschulreform entsprechend den immanenten Tendenzen jeder Wissenschaft zum Abbau überflüssiger Herrschaft durch eine links-soziologische-positivistische Analyse der universitären, wissenschaftlichen Produktion und ihrer Relevanz für die Wirtschaft zu untermauern.

Der fundamentalen Mißverständnisse halber, die in dieser Analyse enthalten sind, und wegen der Bedeutung dieser Mißverständnisse für die Hochschulpolitik des SDS sei sie im folgenden kurz referiert.

Die Verfasser gehen davon aus, daß in dem Maße, in dem die an der Universität produzierte Wissenschaft in die industrielle Produktion mit einbezogen wurde, die feudal-hierarchischen Strukturen der Universität immer mehr zu einer Fessel für die wissenschaftliche Produktion wurden.

„Die konkreten Betriebsverhältnisse der Hochschule, die in einer bestimmten sozialhistorischen Lage entstanden sind, geraten in Widerspruch zur weiteren Expansion und Intensivierung wissenschaftlicher Arbeit. Nicht nur allgemeine gesellschaftliche Verhältnisse wie der Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung im kapitalistischen System, sondern auch die besonderen internen Betriebsverhältnisse der Hochschule werden zur Fessel einer ungestörten rationalen Entfaltung und Höherentwicklung der Wissenschaften ...

Die Betriebsverhältnisse der westdeutschen Hochschulen entstammen noch der Pionierzeit der beginnenden und daher primitiven betriebsförmigen Wissenschaftsorganisation vor dem ersten Weltkrieg. Inzwischen hat,... auch hier eine erhebliche Intensivierung und Ausbreitung wissenschaftlicher Forschung eingesetzt, wenn auch in geringerem Umfang als in den großen Industrieländern. Damit verschärfen sich aber tendenziell die Widersprüche zwischen den eigengesetzlichen Arbeitsformen spezialisierter und kooperativ-betriebsförmig betriebener Wissenschaft und den überkommenen repressiven Arbeitsverhältnissen in der Hochschule. Zugleich erhöht sich die Chance, daß die Subjektive dieses Wissenschaftsprozesses.... die objektiven gesellschaftlichen Ursachen und Folgen ihrer widerspruchsvollen Situation überdenken.

Drei grundlegende Entwicklungstendenzen sind es vor allem, die zunehmend mit der repressiven und irrationalen Betriebsordnung der Instituts-Universität in Konflikt geraten, aber zugleich objektive Chancen einer

freieren formalen Arbeitsverfassung enthalten: die radikale Spezialisierung, die konsequente großbetriebliche Organisation und die wachsende Funktionsdifferenzierung.“ 28)

Diese immanenten Tendenzen zur Rationalisierung des Produktionsprozesses der Wissenschaft seien aber nicht losgelöst zu betrachten von dem gesellschaftlichen und politischen Bezugsrahmen, innerhalb dessen sie existierten. Dem Anspruch auf Demokratie, d.h. auf Minimierung von Herrschaft, dessen materielle Grundlage durch die Entwicklung der Wissenschaft, die Rationalisierung ihrer Produktion immer mehr gegeben sei, stünden „die spezifischen Interessen zusätzlicher Herrschaft, die besondere Kontrollinstanzen produzieren“, 29) gegenüber. (Marcuse) Jene spezifischen Interessen und zusätzliche Kontrollinstanzen, die entstanden seien am dem Kampf um die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse angesichts unzureichender materieller Ressourcen, verwandelten sich, sofern sie nicht abgebaut würden, in dem Maße in zusätzliche Repressionen, „wie das Wachstum der Produktivkräfte, des gesellschaftlichen Reichtums und der freien Zeit in der hochentwickelten Industriegesellschaft eine allseitige Befriedigung der wesentlichen Bedürfnisse und Lebensinteressen mündiger Menschen ohne antagonistisch zugespitzte Gegensätze einander ausschließender Interessen absehbar macht.“ 30)

Seit der Entfaltung der Produktivkräfte unterlägen die Institutionen und Formen der sozialen Unterdrückung einer eigenartigen Dynamik immanenter Rationalisierung. Diese Dynamik „wird vorangetrieben von dem Kapitalismus immanenten Zwang zur Revolutionierung der Produktivkräfte, durch die wissenschaftlich-technische Revolution und neuerdings auch vom Wettkampf der Gesellschaftssysteme.“ 31) Dieser Zwang zur immanenten Rationalisierung treffe aber auf angespannte Privilegien und herrschende Gruppen, die die Kluft zwischen den system-immanent notwendigen und den überflüssigen Formen zusätzlicher Herrschaft vergrößern halfen. Insbesondere die aus der hierarchischen Organisation der Hochschule resultierenden Privilegien und Autoritätender Ordinarien, die diese auch in der öffentlichen Meinung absicherten, die Eingliederung der Wirtschaftsverwaltung der Hochschulen in die Staatsverwaltung und die Representanz des Kapitals in den wissenschaftspolitischen Gremien stän-

28) Nitsch, Gerhardt, Offe, Preuß, Hochschule in der Demokratie Berlin – Neuwied 1965, S. 86 f

29) ebenda, S. 103

30) ebenda

31) ebenda

den dieser Dynamik immanenter Rationalisierung entgegen.³²⁾ Auf der anderen Seite aber trügen die steigenden Studentenzahlen, das Interesse der Wirtschaft an der Kapazitätserweiterung universitärer Forschung und der Zwang zur Stärkung der dirigistischen und staatskapitalistischen Strukturen durch West-Europa-Integration, Abklingen der Konjunktur etc. zur Forcierung dieser Rationalisierungs-Tendenz bei.³³⁾ Die herrschenden Gruppen in Wirtschafts- und Staatsverwaltung ständen vor der folgenden Alternative:

„Entweder sie ermöglichen die sozialen Voraussetzungen weiterer partieller Rationalisierungen und gehen damit das Risiko gesellschaftsverändernder demokratischer Kettenreaktionen ein, oder sie fallen wegen eines Überhangs irrationaler antiker Herrschaftsverhältnisse im Konkurrenzkampf der Wirtschaftsblocke und Gesellschaftssysteme zurück und beschwören das größere Risiko wirtschaftlicher Stagnation, sozialer Unruhe und Opposition herauf, eine historische Situation, in der dann die ‚ungleichzeitigen Unterdrückungsformen‘ weiter mobilisiert werden und die Gefahr des Rückfalls in die totale Ungleichzeitigkeit systematisierter Barbarei droht.“³⁴⁾

Von dieser Einschätzung ausgehend, erhielten die Tendenzen zur immanenten Rationalisierung eine realistische Verwirklichungschance, diese Tendenzen wiederum legen die Perspektive einer inneren Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft frei:

„Die Entwicklungstendenzen im modernen Wissenschaftsbetrieb die auf den Abbau sachfremder, zunehmend betriebsstörender Herrschaftsansprüche innerhalb wie außerhalb der Hochschule tendieren, sind im Kern identisch mit den politischen Ansprüchen einer Demokratie auf Abbau inhumaner Herrschaft in der Gesellschaft.“³⁵⁾

In diesem letzten Satz in das fundamentale Mißverständnis der damaligen SDS-Hochschulpolitik explicit ausgesprochen, jenes Mißverständnis, das in dem Vertrauen mündete, eine Rationalisierung der Universitäten und des Wissenschaftsbetriebes würde automatisch eine Demokratisierung dieser Bereiche nach sich ziehen. Diese Demokratisierung der Hochschulen hätte sogar die Chance, in strukturelle Veränderungen der gesamten Gesellschaft umzuschlagen. In Wirklichkeit handelte es sich bei den gerade 1965 immer manifester werdenden Rationalisierungstendenzen um Ten-

32) ebenda, vgl. S. 112 ff

33) ebenda, vgl. S. 116 ff

34) ebenda, S. 107

35) ebenda, S. 121

denzen, die allein darauf abzielten, die Universitäten im Sinne des Kapitals zu funktionalisieren. Die Einsicht, daß die mit dieser Hochschulreform verbundene Gleichschaltung der Universität nicht nur sämtliche liberalen Freiheiten beseitigte, sondern zudem eine Masse zusätzlicher repressiver Elemente enthielt, kam dem SDS erst recht spät. Die Ablösung der sozialdemokratischen Hochschulkonzeption, der Entstehungsprozeß einer radikalen Hochschulpolitik soll abschließend kurz angedeutet werden.

Voraussetzung für die Ablösung der sozialdemokratischen Verbandspolitik war der Zerschlagung der sozialdemokratischen Verbandsstruktur; dies wurde weitgehend durch die anti-autoritäre Revolte geleistet, ohne daß es allerdings bisher gelungen wäre, eine sozialistische Organisation an deren Stelle zu setzen. Der anti-autoritären Bewegung, die selbst kein Produkt von Radikalisierungsprozessen innerhalb des Verbandes war, sondern von außen – vor allem durch das Wirken der „Subversiven Aktion“ zunächst in München, später in Berlin – in diesen hineingetragen wurde, gelang es, den manipulativen Praktiken der zentristischen Verbandsfunktionäre ein Ende zu setzen, und die Perspektive freizulegen, daß die Realisierung radikal-demokratischer Forderungen – etwa auch der, die in der Denkschrift aufgestellt worden waren – nur über eine Auseinandersetzung mit der etablierten Gewalt geleistet werden kann. Die aus diesem Ansatz entsprungenen Auseinandersetzungen an vielen Hochschulen in der Bundesrepublik, die über mit der Hochschulbürokratie ausgetragene Konflikte Herrschaftsstrukturen bloßzulegen in der Lage waren, und die zur gleichen Zeit immer intensiver erhobenen Forderungen nach einer Kompression des Hochschulstudiums – etwa in den „Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Neuordnung des Studiums“ von 1966 – schufen die materielle Basis, auf der der inzwischen radikalisierte SDS die sich abzeichnende Hochschulreform – die er von da an mit dem Schlagwort „technokratisch“ zu belegen begann – in ihren Wirkungen einigermaßen realistisch einzuschätzen begann. Auf Grundlage dieser Einsichten erschienen 1966 und vor allem 1967 die ersten Analysen, die die Situation an den Universitäten aus der Verflechtung von Wissenschaft, wissenschaftlicher Ausbildung und materieller Produktion zu erklären versuchten und auf dieser analytischen Basis Prinzipien für die studentische Politik zu definieren begannen.³⁶⁾ Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang das zu Beginn des Wintersemesters 1967/68 im Hamburger SDS erstellte Papier „Revolte –

36) Einige dieser Arbeiten sind abgedruckt in: Stephan Leibfried, Wider die Untertanenfabrik, Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule, Köln 1967

wozu? "37). Dieses Papier, welches sich in seiner analytischen Qualität deutlich von dem abhebt, was ansonsten damals geschrieben wurde enthält bereits Ansätze zu einer polit-ökonomischen Analyse der Universität, weist bereits darauf hin, daß es sich bei der technokratischen Hochschulreform um eine Gleichschaltung der Universitäten durch das expandierende Kapital handelt. Das Papier, welches im Rahmen der Vorbereitungen des hochschulpolitisch äußerst heißen Winters 1967/68 entstand, fand allerdings innerhalb des SDS nur wenig Beachtung und gab damals keine Initialzündung für eine langfristige theoretische Arbeit über diese Ansätze hinaus ab. Diese wurden erst wieder aufgenommen, nachdem sich der SDS — nach dem Kampf gegen Springer und gegen die NS-Gesetze — auf der 23. Delegiertenkonferenz in Frankfurt über den „strategischen Stellenwert der Intelligenz“ klar geworden war.³⁸⁾ Mittlerweile war auch die Hoffnung, die Rationalisierung der Universitäten werde deren Demokratisierung automatisch mit sich bringen, durch das Ordnungsrecht endgültig zerschlagen worden.

Als die Genossen während der Phase des aktiven Streiks in den Zimmern der Ordinarien schließlich Korrespondenzen mit Funktionären des Kapitals und des Militärs fanden, wurde die Notwendigkeit einer polit-ökonomischen Aufarbeitung der Sphäre der wissenschaftlichen Produktion vollends deutlich. Nachdem auch im Bereich der Schüler, Lehrlinge und jungen Arbeiter oppositionelle Bewegungen entstanden waren, wurde das Bedürfnis nach einer geschlossenen Konzeption zur Revolutionierung des gesamten Ausbildungssektors immer dringlicher,³⁹⁾ einer Konzeption, der notwendigerweise eine polit-ökonomischen Analyse dieses Bereichs zugrunde liegen muß. Zu einer solchen Analyse und einer derartigen Konzeption existieren bislang allerdings nur Ansätze.⁴⁰⁾ Die Überwindung der sozialdemokratischen Sozialstaatsideologie, der Habermasschen Eliminierung des Wertgesetzes im Gefolge des wissenschaftlich-technischen

37) Revolte — wozu? Zur Hochschulkonzeption des Hamburger SDS, verv. Ms., Hamburg 1967, in: SDS-Archiv

38) vgl. Resolution über den strategischen Stellenwert der Intelligenz, in: SDS-Korrespondenz, Beschlüsse der 23. Delegiertenkonferenz in Frankfurt, hg. vom Bundesvorstand des SDS, Frankfurt 1968

39) vgl. dazu für Hamburg: Organisiert die sozialistische Avantgarde im Ausbildungssektor, in: unilife, 2.Jg., Nr. 7, 5.Juni 1969, Seite 3

40) vgl. etwa K.H. Roth, Unwissen als Ohnmacht, in: unilife-Zentralblatt, 2.Jg. Nr. 8, 22. Juni 1969, S. 6 (und ff-Ausgaben)

Fortschritts wird gerade in einigen in der letzten Zeit erschienenen Aufsätzen zwar deutlich;⁴¹⁾ eine Revision — im revolutionären Sinne — der „Hochschule in der Demokratie“ ist aber immer noch überfällig.

41) etwa in: W. Müller, Habermas und die Anwendbarkeit der Arbeitswerttheorie, in: Sozialistische Politik, Berlin, 1. Jg., Nr. 1, April 1969, S. 39 ff und: Revolutionäre Aktionsstrategie und revisionistische Staatstheorie, in: Gegen den Strom, Agitations- und Schulungsmaterial für eine sozialistische Massenorganisation, West-Berlin, 1.Jg. Nr. 1, August 1969

V. Der Hamburger SDS zwischen Sozialdemokratismus und „DFU-Sozialismus“

Nicht nur als das Zentrum der Konkret-Fraktion spielte die Hamburger SDS-Gruppe in der ersten Zeit nach der organisatorischen Trennung des SDS von der SPD eine oppositionelle Rolle im Verband. Mit der Wahl Harri Ruschs zum ersten Gruppenvorsitzenden wurde die bislang sozialdemokratisch-opportunistische Politik der Hamburger Gruppe einem grundlegenden Wandel unterworfen. Während der Auseinandersetzung des SDS mit der SPD hatte sich eine linke, radikaldemokratische Gruppe mit einem marxistischen Ansatz gegen ein Bündnis von SPD-Anhängern und Zentristen – die in Hamburg angesichts der Stärke der SPD innerhalb der Gruppe und auf lokaler Ebene besonders rechtsopportunistisch agierten – durchsetzen können. Damit hatte es in Hamburg zum ersten Mal eine politische Aktivität von der Basis her gegeben. Diese setzte sich durch gegen eine Gruppierung, deren Tätigkeiten kaum nach außen gerichtet waren und deren Politik sich in organisatorischer Arbeit und im Kampf gegen die verbandsinterne linke Opposition erschöpft hatte.¹⁾ Die zentristische Fraktion in Hamburg repräsentierte gleichzeitig die politische Linie des Bundesvorstandes, die sich im Grunde unverändert bis zur anti-autoritären Revolte, das heißt bis zum Bundesvorstand Schauer, halten konnte. Die Hamburger Vertreter im Bundesvorstand, Dieter Wunder und Reinhard Hoffmann, spielten innerhalb der opportunistischen Politik des Bundesvorsitzenden Kallauch eine wichtige Rolle.²⁾ Wunder war es, der die Ausschlußanträge gegen die Stuckmann-Gruppe in Münster, gegen Konkret-Mitarbeiter, gegen die Hüller-Gruppe usw. forciert hatte. Nach der Wahl Ruschs zum Gruppenvorsitzenden gab es insbesondere gegen ihn und Hoffmann starke Antipathien. Ihnen wurde unter anderem eine „Politik der Inaktivität nach außen“ vorgeworfen.³⁾ In Hamburg änderte sich die gruppeninterne Situation nach der SPD-Un-

- 1) vgl. Brief von Jürgen Küppers an Harri Rusch und Genossen, 4.3.1961, in: SDS-Archiv 01/3
- 2) vgl. Rundschreiben des Bundesvorstandes des SDS an alle Gruppen, 1.8.1960, in: SDS-Archiv 10/3
- 3) vgl. Brief von Jürgen Küppers an Harri Rusch und Genossen, 4.3.1961, in: SDS-Archiv 01/3

vereinbarkeitserklärung und der Unvereinbarkeitserklärung des SDS mit dem Gustav-Radbruch-Kreis grundlegend. Die SPD-Anhänger traten nacheinander aus, was für eine bis dahin so rechte Gruppe wie die Hamburger von großer Bedeutung war. Die zentristischen Genossen und die Trotzlisten spielten seitdem in Hamburg keine große Rolle mehr. Ihre Arbeiten im SDS beschränkten sich weitgehend auf das Abhalten von Ökonomie-Arbeitskreisen.⁴⁾

Daneben gründeten sie in Hamburg als eine Förderergemeinschaft des SDS den Sozialistischen Bund. Eine Förderergemeinschaft auf Bundesebene war kurz zuvor von einer Gruppe von Genossen um Abendroth und Heydorn gegründet worden. Sie sollte in der ersten Zeit die Rolle einer Opposition innerhalb der SPD übernehmen, was ihr durch die Unvereinbarkeitserklärung bald unmöglich gemacht wurde.⁵⁾ In der ersten Zeit nach der Gründung des Sozialistischen Bundes in Hamburg fanden zwischen diesem und dem Gruppenvorstand des Hamburger SDS einige Auseinandersetzungen statt, die wohl in ihrer politischen Substanz auf Auseinandersetzungen zwischen marxistischen Radikal-Demokraten und Zentristen zurückzuführen waren. Beispielsweise weigerte sich der Landesvorstand des Sozialistischen Bundes 1962, den SDS-Gruppenvorsitzenden Peter Gohl in den Bund aufzunehmen. Als Begründung dafür wurde angegeben, Gohl wolle mit einer Reihe von Genossen den Sozialistischen Bund unter-

- 4) So beschäftigten sie sich im Wintersemester 1961/62 etwa in dem Arbeitskreis Wirtschaft und Gesellschaft mit dem Thema: „Kann der Kapitalismus ökonomisch überleben“? Die einzelnen Unterthemen dieses Arbeitskreises waren:
„a) John Maynard Keynes – ein Kind der großen Krise (Keynes Wirtschaftslehre im Überblick und die Ursachen seines Einflusses)“,
„b) Kann der Kapitalismus sich selbst regulieren? (Die Ursachen wirtschaftlicher Stagnation und Krise. Marx und Keynes)“,
„c) Läßt sich Konjunktur durch Geldmanipulation stabilisieren? (Die Lehre von der Zentralbankpolitik und ihre Einschränkungen)“,
„d) Sind Defizithaushalte eine Rettung vor Repression und Krise? (Die Lehre von der staatlichen Vollbeschäftigungspolitik und ihre Grenzen)“,
„e) Was ist zu tun? (Die Auswirkungen Keynescher Maßnahmen auf die Arbeiterbewegung)“, in: Arbeitskreis Wirtschaft und Gesellschaft des SDS, Gruppe an der Universität Hamburg, Wintersemester 1961/62, in: SDS-Archiv 05/4
- 5) vgl. Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Bundesvorstand, Sozialistische Förderergesellschaft, e.V., Geschäftsführender Vorstand, Stellungnahme zur „Dokumentation SPD und SDS“ des Parteivorstandes der SPD, Frankfurt 1962, S. 6, in: SDS-Archiv 40/3

wandern,⁶⁾ auch die Furcht, Gohl würde als Kommunist der Politik der DDR und SED zu unkritisch gegenüberstehen, spielte eine gewisse Rolle.⁷⁾

Nach der endgültigen Trennung des SDS von der SPD artikulierte sich der Zentrismus des Bundesvorstandes weitgehend in der Frage der Beziehungen zur DFU. Der SDS sah sich nach Gründung des SHB und mehr noch nach der Unvereinbarkeitserklärung vor die Aufgabe gestellt, die Grundzüge seiner Politik neu zu bestimmen. Diese Aufgabe wurde allerdings nicht – und etwas anderes wäre bei der damaligen Organisationsform des SDS auch nicht zu erwarten gewesen – auf Grundlage einer breiten Diskussion in den einzelnen Gruppen gelöst,⁸⁾ sondern durch eine administrative Entscheidung des Bundesvorstandes, der sich dabei auf die auf der 15. Delegiertenkonferenz beschlossenen „Grundsätze und Ziele“ berief⁹⁾ und sich dabei nur wenig um die Haltungen der verschiedenen Gruppen kümmerte. Seiner Ansicht nach mußte es dem SDS künftig darum gehen, als „eine, wenn auch schwache Organisation innerhalb der Arbeiterbewegung...“, der Parteiführung der SPD nicht kampfflos das Feld zu räumen.¹⁰⁾ Sein Bemühen war es, zu den befreundeten Genossen innerhalb der verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung weiterhin Kontakt zu halten und den SDS nicht in das „Ghetto der Isolierung“ geraten zu lassen.¹¹⁾ Auf dieser Basis war es natürlich nicht möglich, die alten sozialdemokratischen Positionen einer kritischen Reflexion zu unterwerfen. Dem SDS ging es vielmehr um eine „Zusammenarbeit mit allen demokratisch-sozialistischen Kräften innerhalb und außerhalb der SPD, die eine wirkungsvolle Vertretung der Arbeiterschaft und damit das einzige realistische Bollwerk gegen ein westdeutsches Salazar-Regime“¹²⁾ darstellen. Die Intellektuellenorganisation DFU stellte insoweit keine realistische Alternative zur Arbeiterpartei SPD dar. Die Perspektive, mit Teilen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu einer effektiven Zusammenarbeit zu kommen, bestand für den Bundesvorstand nach wie vor. (Die Tatsache, daß in Frankfurt, dem Sitz des Bundesvorstandes, schon lange eine gute Zusammenarbeit mit der dortigen IG Metall bestand,

6) vgl. Sozialistischer Bund, Landesverband Hamburg, Mitgliederversammlung vom 15.10.1962, Gedächtnisprotokoll, in: SDS-Archiv, 50/4

7) vgl. ebenda und Interview 3, 18.8.1969, in: SDS-Archiv 05/5

8) vgl. Brief von J. Küppers an Harri Rusch und Genossen, 4.3.1961, in: SDS-Archiv, 01/3

9) vgl. Brief SDS-Bundesvorstand, W. Nitsch an die SDS-Gruppe an der Universität Hamburg, 7.6.1961, in: SDS-Archiv 02/4

10) ebenda

11) ebenda

12) ebenda, S. 3

die auch den SDS in nicht unerheblichem Maße mitfinanzierte, mag dabei eine gewisse Rolle gespielt haben.¹³⁾ So schrieb Nitsch 1961 an die Hamburger Gruppe:

„Durch die sich ständig vergrößernde Diskrepanz zwischen den außen- und wirtschaftspolitischen Auffassungen der Parteiführung und denen der wichtigsten Industriegewerkschaften und Arbeiterjugendverbänden und angesichts der oppositionellen Stimmung in großen Teilen der Parteimitgliedschaft wird diese Auseinandersetzung nach den Bundestagswahlen zu einer entscheidenden Bewährungsprobe für alle Sozialisten, die diesen Namen verdienen. Wir dürfen in dieser Situation einer solchen Auseinandersetzung nicht dadurch ausweichen, daß wir mit einer Splitterpartei zusammenarbeiten, die zwar einige dieser Nahziele vertritt, aber ohne jeden Einfluß bleiben wird. ... Im Ernstfall, wenn es um die Verhinderung einer Notstandsgesetzgebung geht, ... wird die DFU kein Machtfaktor sein.“¹⁴⁾

Im Hamburger SDS hatte man dagegen die Illusion einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit Teilen der Sozialdemokratie so ziemlich aufgegeben. Man war dafür einigermaßen an Kontakten mit der DFU interessiert¹⁵⁾, mit der eine Zusammenarbeit auf Grund des auf der 15. Delegiertenkonferenz verabschiedeten Grundsatzprogramms möglich schien. Ein organisatorisches Zusammengehen mit der DFU schied allerdings auch für die Hamburger Gruppe aus.¹⁶⁾

Zu Kontroversen mit dem Bundesvorstand kam es über die Fragen des Ausschlusses von DFU-Genossen im SDS und über eine mögliche Unvereinbarkeitserklärung SDS-DFU. Der Bundesvorstand schloß beispielsweise am 6.6.1961 den Marburger SDSler Ulbrich aus.¹⁷⁾ Ihm wurde vorgeworfen, er hätte das Ansehen des SDS dadurch geschädigt, daß er versucht habe, die SDS-Gruppe Marburg zu einer „Plattform für DFU-Propaganda zu mißbrauchen“, den Schaukasten des Marburger SDS mit

13) vgl. Interview 4, 17.8.1969, in: SDS-Archiv, 05/5 und: SDS Gruppe an der Universität Hamburg, Brief - nur für den verbandsinternen Gebrauch – an alle Gruppen des SDS, 5.6.1961, in: SDS-Archiv 01/4

14) vgl. Brief SDS-Bundesvorstand W.Nitsch an die SDS-Gruppe an der Universität Hamburg, 7.6.1961, in: SDS-Archiv, 02/4

15) vgl. Brief der SDS-Gruppe an der Universität Hamburg an den Bundesvorstand des SDS, 12.3.1961, in: SDS-Archiv, 02/4

16) ebenda

17) vgl. Brief des SDS-Bundesvorstandes an E. Ulbrich, Marburg, 5.6.1961, in: SDS-Archiv, 50/4

DFU-Propagandamaterial versehen zu haben und SDS-Mitglieder zum Verteilen von DFU-Handzetteln veranlaßt zu haben.¹⁸⁾

Ferner bestanden im Bundesvorstand zur Zeit der Unvereinbarkeitsklärung der SPD und danach Bestrebungen, einen Unvereinbarkeitsbeschluß SDS-DFU auszusprechen, um sich dadurch eindeutig nach links gegenüber der DFU auszusprechen, um sich dadurch eindeutig nach links gegenüber der DFU abzugrenzen.¹⁹⁾ Auf einem Bundesseminar im Februar 1961 in Frankfurt wurde ausführlich über die Frage des Verhältnisses des SDS zur DFU diskutiert. Dies Seminar schien vom Bundesvorstand dazu ausersehen, die Haltung der Mitglieder in dieser Frage zu testen und diesen Test zur Grundlage einer eigenen Entscheidung des Bundesvorstandes zu machen.²⁰⁾ „Als Ergebnis dieses Seminars zeichnet sich jetzt schon ab, daß eine Unvereinbarkeitserklärung SDS-DFU, wie sie vom Bundesvorstand und mehreren SDS-Mitgliedern gefordert wurde, von den meisten Gruppen, wenn auch widerwillig, akzeptiert werden wird. ... Gegen eine Unvereinbarkeitserklärung haben sich nur wenige ausgesprochen, vornehmlich die Berliner.“²¹⁾ Eine offene Unvereinbarkeitserklärung wurde dann allerdings doch nicht vom Bundesvorstand ausgesprochen oder vorgeschlagen. In verschleierter Form setzte sich aber jene Erklärung in den Beschlüssen des Bundesvorstandes im folgenden durch. So „untersagte er den Gruppen, Mitglieder der DFU auf öffentlichen SDS-Veranstaltungen sprechen zu lassen.“²²⁾ Auf einem folgenden Seminar erweckten einige Bundesvorstands-Mitglieder sogar den Eindruck, als „würden sie lieber erneut eine Spaltung des Verbandes riskieren als eine Unterstützung des Verbandes durch die DFU zuzulassen. Michael Schumann äußerte, daß es ihm zur Durchsetzung seines Standpunktes auf den Ausschluß von 3 oder 4 Gruppen nicht ankäme.“²³⁾ Der Hamburger SDS versuchte, sowohl inhaltlich gegen diese Linie des Bundesvorstandes zu opponieren als auch gegen jene Praktiken administrativer Entscheidung, mit denen diese Politik durchgesetzt werden sollte. In einem Rund-

18) ebenda

19) vgl. „Antrag 1“ des SDS Hamburg zur Frage des Verhältnisses des SDS zur DFU, in: SDS-Archiv 04/4, und: Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Bundesvorstand, Sozialistische Förderergesellschaft e.V., geschäftsführender Vorstand, Stellungnahme zur „Dokumentation SPD und SDS“ des Parteivorstandes der SPD, Frankfurt 1962, in: SDS-Archiv, 40/3

20) vgl. Brief von Jürgen Küppers an Harri Rusch und Genossen, 4.3.1961, in: SDS-Archiv 01/3

21) ebenda

22) vgl. Brief – nur für den verbandsternen Gebrauch – der SDS-Gruppe an der Universität Hamburg an alle Gruppen des SDS, 5.6.1961, in: SDS-Archiv 01/4

23) ebenda, S. 2

schreiben der SDS-Gruppe an der Universität Hamburg heißt es: „Der SDS sieht diese Beschlüsse (gemeint sind die auf der Frankfurter Delegiertenkonferenz gefaßten Beschlüsse gegen atomare Aufrüstung der Bundeswehr, gegen kalten Krieg und gegen Notstands- und Notdienstgesetze, d. Verf.) als unabdingbare Richtschnur seiner Politik an und verpflichtet seine Mitglieder, sich für die Verwirklichung dieser Ziele einzusetzen. Die parteipolitische Betätigung in diesem Sinne ist unter Wahrung der Unabhängigkeit des Verbandes den Mitgliedern freigestellt. Sie dürfen dabei keine Erklärungen im Namen des Verbandes abgeben. Vor SDS-Gruppen können Referenten aus verschiedenen politischen Lagern sprechen.“²⁴⁾ Bezeichnend für die Brisanz der hier angesprochenen Frage ist, daß diese Resolution mit beiliegendem Begleitbrief an alle Gruppen als Schreiben „nur für den verbandsternen Gebrauch“ verschickt wurde.

Die Aktivitäten des Hamburger SDS waren 1961 und in den folgenden Jahren – in Gegensatz zu anderen Städten wie Frankfurt und Berlin – weniger auf eine intensive theoretische Arbeit fixiert,²⁵⁾ vielmehr wurde hier versucht, an verschiedenen, aktuellen politischen Themen Aufklärungskampagnen aufzuhängen und so eine nach außen wirksame Politik im universitären Bereich zu betreiben. Die Möglichkeiten einer Politisierung der Universität waren allerdings recht gering, die politische Praxis kam über Schweigemärsche kaum hinaus.

Der Hamburger SDS war es beispielsweise, der auf Bundesebene eine Teilnahme am Ostermarsch initiierte und der auch selbst schon am ersten Ostermarsch 1961 teilnahm.²⁶⁾ Es war bei der Entscheidung, am Ostermarsch teilzunehmen, klar, daß es sich bei dieser Teilnahme nur um eine vopolitische Aktivität handeln konnte, zumal, da anfangs im Ostermarsch die Pazifisten besonders stark vertreten waren.²⁷⁾ Andererseits aber waren zu der Zeit die Praxismöglichkeiten auch eines linken SDS so gering, daß die meiste politische Arbeit sich auf dieser Ebene bewegte. In den folgenden Jahren wurde die Teilnahme des SDS am Ostermarsch

24) vgl. Brief SDS Gruppe an der Universität Hamburg an den Bundesvorstand des SDS, 4.6.1961, in: SDS-Archiv, 01/4

25) vgl. Interview 1, 15.8.1969, in: SDS-Archiv 05/5; zur theoretischen Arbeit in anderen Städten vgl. auch E. Kloen, Der Weg... und: SDS Bundesvorstand, Rundschreiben Nr. 3 an alle Mitglieder und Freunde des SDS, 10.11.1961, in: SDS-Archiv 10/3

26) vgl. Interview 1, 15.8.1969, in: SDS-Archiv 05/5

27) ebenda

institutionalisiert, der Bundesvorstand forderte alljährlich die einzelnen Gruppen zur Teilnahme auf.²⁸⁾

Abgesehen von dieser Beteiligung am Ostermarsch und von der Ausstellung ungesühnte Nazi-Justiz, die ebenfalls 1961 stattfand, war die politische Arbeit des SDS stark internationalistisch. Die internationalistische Arbeit stand damals nicht nur im Hamburger SDS im Vordergrund. Auch Konkret brachte 1961 sehr viele Artikel über Algerien, Südvietnam, den Kongo (Lumumba), Kuba usw.²⁹⁾ Auch auf der 16. Delegiertenkonferenz des SDS 1961 wurde in einer „Angola-Resolution“ gegen die „Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der NATO am Völkermord in Angola und Algerien“ protestiert.³⁰⁾ In dieser Resolution heißt es: „Während die Unabhängigkeit Algeriens schon abzusehen ist, so droht die Unabhängigkeit Angolas in einem vollständigen Völkermord unterzugehen, weil die kapitalistischen Staaten aktiv an der Unterdrückung beteiligt sind. Wer mit den Angolesen kämpfen will, muß zuerst die NATO angreifen. ... Wenn wir uns darauf beschränken, die Unabhängigkeit Angolas nur zu wünschen, ohne den Austritt Deutschlands aus der NATO zu fordern oder zumindest den Ausschluß Portugals aus der NATO, machen wir uns in gleicher Weise schuldig am Sterben des angolesischen Volkes. Mit dieser Forderung erklärt der SDS seine Solidarität mit der angolesischen Freiheitsbewegung.“³¹⁾

28) vgl. SDS, Gruppe an der Universität Hamburg, 17.11.1961, in: SDS-Archiv 06/4

29) vgl. Konkret, Unabhängige Zeitschrift für Kultur und Politik, Hamburg, Jahrgang 1961

30) vgl. Angola – Resolution, in: Beschlußprotokoll der 16. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS, S. 5, in: SDS-Archiv 30/4. Auf der gleichen Delegiertenkonferenz wurde die folgende EntschlieÙung zur Kolonialrevolution verabschiedet: „Der SDS unterstützt den Kampf der Völker in Lateinamerika, Afrika und Asien gegen jede Art von politischer Abhängigkeit und ökonomischer Ausbeutung. Der SDS verurteilt die gewaltsamen Aktionen der kapitalistischen Länder, die darauf abzielen, ihre ökonomischen und politischen Positionen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern zu erhalten. Er verurteilt insbesondere:

- 1) Das Vorgehen der USA gegen die kubanische Revolution,
- 2) den Vernichtungskrieg Portugals in seinen Kolonien,
- 3) die Aktionen des belgischen Kapitals gegen die kongolesische Unabhängigkeitsbewegung
- 4) den Kolonialkrieg, den die französische Regierung in Algerien führt.

Der SDS tritt deshalb gegen die militärische und wirtschaftliche Bindung der Bundesrepublik an diese imperialistischen Staaten ein. Er verpflichtet sich, mit allen studentischen- und Arbeiterorganisationen zusammenzuarbeiten, die Widerstand gegen den militanten Kolonialismus leisten.“, in: ebenda

31) Angola-Resolution, in: ebenda

Unter der Parole „Freiheit für Algerien“ beteiligte sich der Hamburger SDS an der DGB-Kundgebung zum 1. Mai.³²⁾

Im Dezember veranstaltete er zum gleichen Thema zusammen mit den algerischen und afro-asiatischen Studenten eine Kundgebung vor dem Audi-Max.³³⁾ Verschiedene Aktionen des SDS im Winter 1961 stießen auf den Widerstand sowohl des Rektors der Universität als auch der Polizeibehörde: Der Rektor lehnte es zunächst ab, einen Vortragsabend, an dem ein algerischer Student über den „Befreiungskampf des algerischen Volkes“ berichten wollte, in der Universität zu genehmigen. Ebenso verbot die Polizeibehörde – angeblich wegen des starken Weihnachtsverkehrs – einen Schweigemarsch für die Unabhängigkeit Algeriens durch die Innenstadt.³⁴⁾

Der SDS benutzte allerdings diese Konflikte mit der Universitäts- und Staatsbürokratie nicht für eine weitere Politisierung der Studenten und eine Rückvermittlung der internationalistischen Probleme an die eigene soziale Basis; er versuchte vielmehr, sowohl mit dem Rektor als auch mit der Polizei zu einem Arrangement zu kommen: Der Rektor genehmigte den Vortragsabend nach einer „Intervention des ASTA“ doch noch, statt des Schweigemarsches gab sich der SDS mit der „Kundgebung unter freiem Himmel vor dem Audi-Max“ zufrieden.³⁵⁾

Mit stärkeren Konflikten war allerdings die Wissmann-Agitation verbunden, die der SDS im gleichen Jahr betrieb. 1961 und Anfang 1962 gab der Hamburger SDS unter dem Namen „aspekte“ ein doppeltes Faltblatt heraus,³⁶⁾ das als Aufklärungs- und Agitationsschrift für die Studenten gedacht war und jeweils auf aktuelle politische Problematiken einging. Die Themen, die in den insgesamt 5 Nummern der „aspekte“ angesprochen wurden waren etwa: Die westliche Politik der Stärke und die Mauer in Berlin,³⁷⁾ die braune Vergangenheit von Staatssekretär Globke,³⁸⁾ Auf-

32) vgl. SDS, Gruppe an der Universität Hamburg, Gruppenbericht Sommersemester 1961, in: SDS-Archiv 06/4

33) vgl. Brief des SDS, Gruppe an der Universität Hamburg an das Pressereferat des SDS Bundesvorstandes, 11.12.1961, in: SDS-Archiv 01/4

34) ebenda

35) ebenda

36) aspekte, hg. vom SDS, Gruppe an der Universität Hamburg, in: SDS-Archiv 40/4

37) vgl. „Ist die Mauer eine Reise wert?“, in: aspekte 4, Dezember 1961, S. 2f

38) vgl. „Wer Jude ist, bestimmt § 5“, in: aspekte 4, Dezember 1961, S. 4

rüstung und Notstandsgesetze,³⁹⁾ Neo-Faschismus bei den Burschenschaften.⁴⁰⁾ Eine Nummer der „aspekte“ beschäftigte sich ausführlich mit den beiden Statuen der Kolonialistischen Wissmann und Dominik im Universitätsgarten. In dieser Nummer wurde die grausame Rolle, die Dominik und Wissmann bei der deutschen Kolonisation Kameruns gespielt haben, dargestellt.⁴¹⁾ Diese Symbole deutscher Grausamkeit und Unterdrückung hätten – so heißt es – den geknechteten Völkern jahrelang „Furcht und Respekt eingebläut.“⁴²⁾ Diese Denkmale wären insbesondere für die Komilitonen aus den betroffenen Ländern, die im Gegensatz zu den übrigen Studenten die Bedeutung dieser beiden Herren sehr genau kennen würden, eine Provokation.

„Aber auch wir deutschen Studenten müssen uns dagegen wenden, daß unsere Universität noch länger Männer ehrt, die mit Methoden gegen Afrikaner gewütet haben, wie sie später von den Nazis gegen unsere Nachbarn und gegen unser eigenes Volk angewandt wurden. Ob es sich um Dörfer in Afrika oder um Oradour und Lidice handelt: Wir haben keinen Anlaß, die Tradition deutscher Ausradierer im Universitätsgarten zu pflegen. Wir glauben nicht, daß es bei den zuständigen Stellen der Universität und des Senats einen Menschen gibt, der bewußt für eine weitere Ehrung dieser Konquistadoren eintritt. Wir glauben vielmehr, daß man sich zu sehr an den Anblick dieser Standbilder gewöhnt hat, um noch nach ihrer Bedeutung zu fragen.“

Um den beiden Kolonialisten doch noch die Rückkehr nach Afrika in zeitgemäßer Form zu ermöglichen, schlagen wir vor, ihren Materialwert der Aktion „Brot für die Welt“ zu Verfügung zu stellen.“⁴³⁾

Auch hier wurde nicht versucht, den politischen Gehalt des Anlasses Wissmann/Dominik in die Universität hinein zu vermitteln, im Gegenteil der Universitätsverwaltung wurde zugute gehalten, sie hätte mit dem von den beiden Statuen repräsentierten Kolonialismus nichts zu tun, man hätte sich halt nur an den Anblick der beiden zu sehr gewöhnt.

Die Möglichkeit, zu tieferen Erkenntnissen über den imperialistischen Verwertungszusammenhang, in den die Universität ja seit ihrem Bestehen

- 39) vgl. „Verbessertes Notstandsgesetz“, in: *aspekte* 5, Februar 1962, S. 3f
40) vgl. „Förderung anti-demokratischer Geisteshaltung“, in: *aspekte* 1, Mai 1961, S. 1f
41) vgl. „Wen ehrt die Hamburger Universität?“, in: *aspekte* 3, Juli 1961, S. 1ff
42) ebenda, S. 2
43) ebenda, S. 2ff

integriert war,⁴⁴⁾ zu kommen, wurde nicht ausgenutzt. Offensichtlich waren die materiellen Bedingungen nicht dazu geeignet, solche Erkenntnisprozesse zu ermöglichen. Bei der Einschätzung dieses politischen Ansatzes muß man schließlich berücksichtigen, daß eine genauere Analyse der wissenschaftsimperialistischen Funktion der Hamburger Universität erst erstellt wurde, nachdem die sozialistische Opposition an dieser Universität durch internes Material, das sie bei verschiedenen Rektorats- und Institutsbesetzungen gefunden hatte, geradezu mit der Nase darauf gestoßen wurde.

Immerhin kam es auf Grund dieser Aktivitäten zu einer Diskussion im Akademischen Senat darüber, ob man den ausländischen Komilitonen die Existenz der beiden Statuen im Universitätsgarten weiter zumuten könne. Der Senat kam damals – mit dem SDS – zu der Ansicht, daß dies wohl nicht länger ginge, ohne daß daraus allerdings Konsequenzen gezogen worden wären.⁴⁵⁾

Eine gewisse Publizität erreichte 1961 auch der vom SDS zusammen mit der „Vereinigung arabischer Studenten“ veranstaltete Schweigemarsch, der aus Anlaß der Ermordung des kongolesischen Ministerpräsidenten Lumumba am 1. März stattfand. Ähnliche Schweigemärsche wurden aus diesem Anlaß vom SDS in mehreren deutschen Universitätsstädten organisiert.⁴⁷⁾ Ebenfalls in den Bereich der internationalistischen Aktivitäten des SDS zu der Zeit fällt schließlich eine Veranstaltung, bei der im Juli der Kulturattaché der Kubanischen Botschaft in Paris auf Einladung des Hamburger SDS über den „Aufbau des neuen Kuba“ sprach.⁴⁸⁾

Diese antiimperialistischen Aktionen und Veranstaltungen des SDS unterschieden sich grundlegend von den Aktionen, über die 1965 in Berlin die anti-autoritäre Revolte eingeleitet wurde.⁴⁹⁾ Zwar ging man 1961 bereits

- 44) vgl. den Beitrag über das „permanente Kolonialinstitut“
45) vgl. Interview 1, 15.8.1969, in: SDS-Archiv 05/5
46) vgl. Brief Vereinigung arabischer Studenten in Hamburg, und SDS, Gruppe an der Universität Hamburg an die Polizeibehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, 27.2.1961, in: SDS-Archiv 06/4
47) vgl. Brief SDS Bundesvorstand an H. Rusch, 15.3.1961, in: SDS-Archiv 20/4
48) vgl. „Lateinamerika Kuba“, Flugblatt des SDS, Gruppe an der Universität Hamburg, 1961 in: SDS-Archiv 03/4
49) vgl. R. Dutschke, Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: Bergmann, Dutschke Lefevre Rabehl Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbeck 1968, S. 63 ff

so weit, sich mit den gegen koloniale Abhängigkeit kämpfenden Völkern zu solidarisieren. Auf der 16. Delegiertenkonferenz 1961 sagte der SDS zu, „den Kampf der Völker gegen jede Art von politischer Abhängigkeit und ökonomischer Ausbeutung“ zu unterstützen,⁵⁰⁾ der Kampf gegen den Imperialismus beschränkte sich sogar damals – im Gegensatz zu dem in den Jahren 1965 bis 1968 – nicht nur auf einen Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus; man stellte bereits über die Intervention Portugals in Angola, vermittelt durch die NATO, eine Beziehung zur Bundesrepublik her, die sich in Staatsbesuchen Erhards in Portugal und Südafrika konkretisierte.⁵¹⁾ Was aber diese Aktivitäten von denen, die am Anfang der anti-autoritären Revolte standen, unterschied, war, daß man 1961 keine Möglichkeit sah, sich mit dem Kampf der unterdrückten Völker im Kampf gegen das eigene System zu identifizieren. Die Solidarität erfolgte auf einem noch abstrakteren Niveau, als es später bei den Vietnam-Demonstrationen der Fall war. Das lag wohl einerseits daran, daß die Möglichkeiten politischer Praxis ziemlich beschränkt waren, andererseits aber auch sicherlich an der ungeheuren theoretischen Schwäche des SDS. Der Sozialdemokratismus im SDS war noch zu stark, die Kenntnisse in politischer Ökonomie noch zu gering, als daß man über eine politökonomische Analyse die Zusammenhänge zwischen Metropolen und Dritter Welt hätte einsichtig machen und einigermaßen analysieren können. Insofern blieb die Solidarität ungeheuer moralisch.

Die Einsicht in diese Problematik war es wohl, die das Verhalten der Hamburger Delegation auf der 16. Delegiertenkonferenz 1961 bestimmte. Auf dieser Konferenz sollte – nach der Trennung des Verbandes von der SPD – die politische Linie des SDS in Form eines Grundsatz- und Aktionsprogramms neu festgelegt werden.⁵²⁾ Angesichts des immer noch sozialdemokratischen Ansatzes des SDS hätte ein auf dieser Konferenz verabschiedetes Grundsatz- und Aktionsprogramm die opportunistische Tradition des Verbandes nur fortgesetzt; es mußte damit gerechnet werden, daß die Position des Bundesvorstandes in der DFU-Frage, sein Bestreben nach Zusammenarbeit mit Gruppen innerhalb der SPD und der Gewerkschaften in einem solchen Grundsatzprogramm seinen Niederschlag gefunden hätte. Dies hätte eine Entwicklung des Verbandes nach links in den folgenden Jahren zumindest erschwert. Das Bestreben der Hamburger

50) vgl. Beschlußprotokoll der 16. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS, S. 5, in: SDS-Archiv 30/4

51) vgl. Aspekte, Hamburg Nr. 3, S. 3 in: SDS-Archiv 03/4

52) vgl. Brief Michael Schumann (Bundesvorsitzender des SDS) an alle Gruppen, 19.5.1961, in: SDS-Archiv 10/4

Delegation ging denn auch auf der Delegiertenkonferenz darauf hin, die Verabschiedung eines Grundsatzprogramms zu dem Zeitpunkt zu verhindern.⁵³⁾ In einem Antrag der Hamburger Gruppe, den ihre Delegation auf der Delegiertenkonferenz einbrachte, heißt es:

„Die Universitätsgruppe Hamburg fordert die Delegierten auf, kein neues Grundsatz- und Aktionsprogramm zu verabschieden, das in den Gruppen nicht ausführlich diskutiert worden ist. ... Es widerspricht der demokratischen Struktur unseres Verbandes, einen so entscheidenden Schritt ohne vorherige Stellungnahme der Gruppen zu unternehmen. Der neue Bundesvorstand wird beauftragt, bald nach seinem Amtsantritt den Gruppen einen Entwurf für ein Grundsatz- und Aktionsprogramm zu unterbreiten.“⁵⁴⁾

Der Hinweis auf die „demokratische Verbandsstruktur“ – der ein bißchen an den Godesberger Parteitag erinnert, wo unter Hinweis auf den demokratischen Aufbau der Partei die Genossen so einige Male so ziemlich überfahren wurden – kann nur als Vorwand gedient haben. Denn bis zur anti-autoritären Revolte unterschieden sich die Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen des SDS kaum von denen der etablierten sozialdemokratischen Organisationen. Die Mitgliedschaft der meisten Genossen realisierte sich darin, „daß sie einzig und allein zu den Mitgliederversammlungen erschienen und dort durch mißgelaunte Äußerungen die Arbeit sabotieren und neue Mitgliedsaspiranten abschrecken.“⁵⁵⁾ Andererseits gingen die Funktionäre in den Gruppenvorständen und im Bundesvorstand meist recht autoritär vor, was beispielsweise in dem Streit zwischen Hamburg und dem Bundesvorstand in der Frage der Haltung gegenüber der DFU deutlich wurde.

Die Delegiertenkonferenzen und Mitgliederversammlungen verliefen oft so, daß in einer bestimmten Frage die Mitglieder der schwächeren Fraktion etwa eine Stunde lang durch Beiträge ihre Haltung zu vertreten und die anderen Genossen zu agitieren versuchten. Der Vorstand oder die stärkere Fraktion brauchten bei dieser Diskussion keinen Beitrag zu liefern, bei der darauf folgenden Abstimmung stimmte mindestens die Hälfte für die stärkere Fraktion bzw. den Vorstand.⁵⁶⁾ Dies lag wesentlich daran, daß

53) vgl. Interview 1, 15.8.1969, in: SDS-Archiv 05/5

54) Mitgliederbrief des SDS, Gruppe an der Universität Hamburg, 20.7.1961, in: SDS-Archiv 04/4

55) vgl. Dietrich Pape, Vorschläge zu einer neuen Satzung des SDS, Hamburg 1962, hektographiertes Papier, in: SDS-Archiv 06/4

56) vgl. Interview 1, 15.8.1969, in: SDS-Archiv 05/5

die meisten SDSler zugleich in anderen Verbänden (IG Metall, Falken, Naturfreundejugend, eventuell auch KPD) Mitglieder waren und insofern ihre Position von außen festgelegt war.⁵⁷⁾

Auf der 16. Delegiertenkonferenz setzte sich die Hamburger Gruppe zumindest insoweit durch, daß kein neues Grundsatzprogramm verabschiedet wurde. Allerdings wurde ein Aktionsprogramm unter dem Titel „Ziele und Aufgaben“ verabschiedet. In diesem Aktionsprogramm ist unter anderem die oben zitierte Resolution über Angola enthalten. Die Mehrheit der Delegierten wollte nicht darauf verzichten, in diesem Aktionsprogramm die Verbundenheit des SDS mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen:

„Als Teil der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung kann der SDS seine Aufgabe nur erfüllen, wenn seine Mitglieder in den demokratischen Organisationen der Arbeitnehmer mit ihren wissenschaftlichen Kenntnissen und Fähigkeiten tätig sind und sich an ihren Aktionen beteiligen. Der SDS unterstützt die Forderungen des DGB nach Überführung der monopolistischen Wirtschaftsunternehmen in Gemeineigentum. ...“⁵⁸⁾

Auch auf die deutliche Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus war der SDS nach wie vor bedacht. Zwar wurden Studienreisen in die DDR begrüßt, aber: „Zur Wahrung der politischen und organisatorischen Einheit verpflichtet die Delegiertenkonferenz die Mitglieder des SDS, bei Studienreisen in die DDR:

- a) den Gruppenvorsitzenden und den Bundesvorsitzenden zu informieren,
- b) darauf zu bestehen, daß in der DDR jede publizistische Auswertung solcher Zusammenkünfte unterbleibt,
- c) namens des SDS keine für die Öffentlichkeit bestimmten Erklärungen abzugeben sowie keinerlei politische Vereinbarungen und Absprachen zu treffen.“⁵⁹⁾

Die Deutschlandpolitik des SDS, seine Position zu Kontakten mit osteuropäischen, kommunistischen Jugendgruppen, war bestimmt von der Furcht, von der SED oder entsprechenden Parteien der anderen osteuropäischen Ländern zu „propagandistischen Zwecken mißbraucht“ zu werden. Zum anderen spielte die Furcht, mit diesen „stalinistischen“ Organisationen

57) ebenda

58) vgl. Ziele und Aufgaben des SDS, in: Beschlußprotokoll der 16. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS, in: SDS-Archiv 30/4

59) vgl. „Ostkontakte“ in: ebenda, S. 2

identifiziert zu werden, eine Rolle. Der Antikommunismus war im SDS höchstens verbal überwunden. Von diesen Befürchtungen wurde später auch die Deutschlandpolitik bestimmt, die Schauer 1964 von Hamburg aus betrieb.

In einer ähnlich gelagerten Fragestellung, nämlich über die Teilnahme an den Weltjugendfestspielen 1962 in Helsinki, kam es ebenfalls zu Kontroversen zwischen der Hamburger Gruppe und dem Bundesvorstand. Der Bundesvorstand lehnte eine Teilnahme an diesem Festival ab. Als Begründung nannte er neben finanziellen Schwierigkeiten und der mangelnden Zeit zur Vorbereitung die Tatsache, daß man LSD für den Fall seiner Teilnahme unzumutbare Bedingungen gestellt worden seien. Es sei diesem nur die Teilnahme innerhalb eines der offiziellen Komitees gestattet worden, er hätte nicht das Recht gehabt, eigene Pressekonferenzen abhalten zu dürfen und keine Polemiken gegen eines der beteiligten Länder führen dürfen. Dies seien für den SDS unerträgliche Bedingungen, da ihn für den Fall seiner Teilnahme die Kritik an der DDR unbedingt möglich sein müsse. Der LSD habe darauf verzichtet, eine eigene Delegation zu entsenden.⁶⁰⁾

Trotz dieser ablehnenden Haltung des Bundesvorstandes nahmen 4 Hamburger SDSler – unter anderem der Gruppenvorsitzende Gohl – zwar nicht als offizielle SDS-Delegation, aber als inoffizielle Gruppe innerhalb der offiziellen BRD-Delegation teil.⁶¹⁾ Sie gaben – zusammen mit anderen Teilnehmern des Festivals – anschließend eine Erklärung heraus, in der sie die ablehnende Haltung der „politischen Hochschulgruppen“ und des VDS kritisierten und hinzufügten: „Nach dem Festival können wir erklären, daß wir die Möglichkeiten zur Information und Diskussion genutzt haben und der Ansicht sind, daß diese Festspiele zur Förderung der Verständigung und des Friedens geeignet sind. Wir meinen, daß die Studentenschaft der Bundesrepublik einem so wichtigen internationalen Forum nicht länger fernbleiben kann.“⁶²⁾

60) vgl. Brief SDS Bundesvorstand an Peter Gohl, 30.5.1962, in: SDS-Archiv 20/4

61) Es handelte sich dabei um die Genossen Th. v. Freyborg, P. Gohl, I. Jacob, U.G. Lohmann, vgl. dazu: SDS Gruppe an der Universität Hamburg, Mitgliederliste, Stand vom 1.1.1963 und: Erklärung zu den VIII Weltjugendfestspielen für Frieden und Freundschaft, in: SDS-Archiv 03/4

62) vgl. Erklärung zu den VIII Weltjugendfestspielen für Frieden und Freundschaft, in: SDS-Archiv 03/4

Über dieses Festival veranstaltete der SDS anschließend eine Diskussion mit Spiegel-, Stern- und Zeit-Redakteuren, die ihm wieder so einige antikommunistische Diffamierungen eintrug.⁶³⁾

1962 versuchte der Hamburger SDS, über verschiedene innenpolitische Themen Aufklärungskampagnen zu starten. 1961 war ein Arbeitskreis Publizistik gegründet worden, der sich „mit dem verhängnisvollen Einfluß der Groschenzeitungen „Bild“, „Morgenpost“ u.ä.“ beschäftigte. Hier wurde versucht, Analysen über den Springer-Konzern zu erstellen.⁶⁴⁾ Der Arbeitskreis führte im Februar 1962 eine Veranstaltung durch, bei der der Publizist Peter Altmann über das Thema „Zur Rolle der Groschenpresse in unserer Gesellschaft“ sprach.⁶⁵⁾ Abgesehen von diesem und einem weiteren Vortragsabend führte dieser Arbeitskreis aber zu keinen politischen Aktionen oder Aufklärungskampagnen, er schloß dann 1962 irgendwann ein.

Ende 1962 führte der SDS, zusammen mit dem LSD und dem SHB und wertgehend auf Initiative des Bundesvorstandes hin⁶⁶⁾ eine Kampagne gegen die Beschlagnahmung des Spiegel und die Inhaftierung Augsteins, Ahlers usw. durch. Er verteilte beispielsweise Flugblätter an die Autofahrer, in denen er der Sorge über den „Fortbestand unserer freiheitlichen Demokratie“ Ausdruck gab und diese aufforderte „ein Spiegel-Titelblatt (möglichst Strauß-Nummer) in das Rückfenster des Wagens zu kleben.“⁶⁷⁾ Verschiedene SDSler versuchten ferner, über die Mauern des Untersuchungsgefängnisses hinweg, über Megaphon zu Augstein Kontakt aufzunehmen.⁶⁸⁾

1962 hatte der Hamburger SDS durch seine Agitation und seine verschiedenen Veranstaltungen in der Universität einigermaßen Fuß gefaßt. Im Sommersemester 1962 hatte er 4 Mitglieder im Studentenparlament, daneben arbeitete er intensiv mit anderen politischen Studentengruppen

63) vgl. „Kommunistische Show in Helsinki“, „Wichtiger Beitrag zur Entspannung und Völkerverständigung“, Flugblatt des SDS, Hamburg, 1962, in: SDS-Archiv 03/4

64) vgl. Brief SDS, Gruppe an der Universität an Alt, 12.1.1962, in: SDS-Archiv 01/4

65) vgl. Blick auf das SDS-Programm, in: aspekte 5, Februar 1962, S. 4

66) vgl. SDS-Bundesvorstand, Rundschreiben Nr. 3 an alle Gruppen- und Landesvorsitzenden, 2.11.1962, in: SDS-Archiv, 20/4

67) vgl. SDS Landesverband Hamburg, Offener Brief, 18.11.1962, in: SDS-Archiv 03/4

68) vgl. Interview 2, 15.5.1969, in: SDS-Archiv 05/5

wie dem Liberalen Studentenbund und auch der Evangelischen Studentengemeinde zusammen.⁶⁹⁾ Zwar versuchte der Hamburger Senat, ihn durch die Streichung der Mittel aus dem Landesjugendplan unter Druck zu setzen⁷⁰⁾; in seinem Gruppenbericht an den Bundesvorsitzenden wies aber der Gruppenvorstand voll Stolz darauf hin, daß „der Rektor ... sich ... sehr wohlwollend über die Arbeit unserer Gruppe geäußert ... und uns seine Unterstützung zugesichert habe.“⁷¹⁾

69) vgl. SDS, Gruppe an der Universität Hamburg, Gruppenbericht für das Sommersemester 1962, Hamburg, 19.7.1962, in: SDS-Archiv 06/4

70) vgl. Brief Freie und Hansestadt Hamburg Jugendbehörde 1.81, Wa Nr. 33 111-51.15 an den Vorsitzenden des Sozialistischen Deutschen-Studentenbundes, Landesverband Hamburg 18.2.1962 in: SDS-Archiv 01/4

71) vgl. SDS, Gruppe an der Universität Hamburg, Gruppenbericht für das Sommersemester 1962, Hamburg, 19.7.1962, in: SDS-Archiv 06/4

VI. Die „Schauer-Ära“ im Hamburger SDS

Vom Wintersemester 1962/63 an ließen die Aktivitäten der Gruppe um Harri Rusch und Peter Gohl ziemlich nach. Das lag zum größten Teil daran, daß einige der aktivsten Mitglieder dieser Gruppe ins Examen gingen und deshalb für die Arbeit im SDS ausfielen.¹⁾ Der Abgang von aktiven Mitgliedern war oft der Grund für politische Veränderungen innerhalb der Gruppen.

Das Nachlassen dieser Aktivitäten führte dazu, daß im Wintersemester 1962/63 die Gruppe an der Universität in eine gewisse Isolierung geriet, was unter anderem darin seinen Ausdruck fand, daß sie im Studentenparlament nur noch über zwei Sitze verfügte.²⁾

In dieser Zeit begann sich aber gleichzeitig eine Gruppierung um den späteren Landesvorsitzenden und dann Bundesvorsitzenden des SDS, Helmut Schauer, durchzusetzen, die bis 1964 im Hamburger SDS sehr aktiv war und hier im Grunde bis zum Einsetzen der anti-autoritären Revolte die Politik bestimmte.

Schauer studierte zunächst an der Akademie für Wirtschaft und Politik und war zunächst Mitglied der dortigen SDS-Gruppe, an deren Reaktivierung er maßgeblich beteiligt war; später immatrikulierte er sich an der Hamburger Universität.³⁾ Die Akademie für Wirtschaft und Politik ist eine – von den Gewerkschaften gegründete – Fachhochschule, die man nach einem 6-semesterigen Studium mit einem Diplom abschließen kann, von der man aber auch, nach einem qualifizierten Abschluß, an die Universität überwechseln kann, was einige SDS-Genossen, unter anderem Schauer, praktizierten. Die Akademie stand stark unter dem Einfluß der SPD und der Gewerkschaften. Die meisten Studenten dort waren Stipendiaten der Stiftung Mitbestimmung, einer von den Gewerkschaften und der SPD getragenen Stiftung, die ihre Mittelvergabe nach politischen Kriterien sehr

1) vgl. Interview 1, 15.8.1969, in: SDS-Archiv, 05/5

2) vgl. Brief R. Jesconowski an den Bundesvorstand des SDS z. Hd. von D. Sterzel, 5.3.1963, in: SDS-Archiv 02/4

3) vgl. Interview 1, 15.8.1969, in: SDS-Archiv, 05/5

rigide handhabte. Das Stipendium mußte nach jedem Semester erneuert werden, bei einer politischen Betätigung, die der Partei mißfiel, konnte es sehr schnell gestrichen werden.⁴⁾ Auf dieser Basis konnte die SDS-Gruppe an der Akademie nur schwer Fuß fassen, sie trieb seit ihrer Gründung 1960 stets eine ziemlich opportunistische Politik.⁵⁾ 1961 und in den folgenden Jahren herrschte in der Akademiegruppe stets die zentristische Position des Bundesvorstandes vor, sie stand deshalb meistens in Opposition zu der kommunistisch beeinflussten Hochschulgruppe.

Der Einfluß der Gruppe um Schauer bedeutete für den Hamburger SDS ein Wiederaufleben des Zentrismus nach einer verhältnismäßig radikalen Zwischenphase.

1963, nach dem Abschaffen der Gruppe um Gohl, gab es im SDS zunächst eine ziemlich starke Reaktivierung. Die politische Agitation aber, die nun bei den einzelnen Veranstaltungen betrieben wurde oder die mit den verschiedenen Aktionen verbunden war, verlor an Verbindlichkeit und Brisanz.⁶⁾ Eine Tendenz von einer ansatzweise radikalen – d.h. an die Wurzel gehenden – internationalistischen Kritik und Agitation (Wissmann, Springer) zu einer innenpolitischen Opposition, die sich kaum noch von der immanenten liberalen Kritik unterschied, ist deutlich festzustellen. Die politische Linie glich sich immer stärker der des Bundesvorstandes an, von der sich die Hamburger Gruppe inhaltlich bald kaum noch unterschied. Abgesehen von der Deutschlandpolitik, auf die noch genauer einzugehen

4) ebenda

5) vgl. z.B.: Brief Eberhard Dreyer an Reinhard Hoffmann, 17.4.1961, in: SDS-Archiv 01/3

6) vgl. dazu etwa die folgende Einleitung Schauers zu einer Einladung zu einer politischen Veranstaltung:

„Kommilitoninen und Kommilitonen!

Nach langem Schweigen – unterbrochen nur durch gelegentliche Aushänge am Schwarzen Brett – wendet sich unsere SDS-Gruppe nun wieder mal ganz persönlich an Sie alle. Das Wintersemester hat seine Halbzeit, und Sie alle haben, wie wir Ihnen wünschen, erfolgreich die Klausuren hinter sich. So dürften wohl die meisten von Ihnen den Kopf und den Terminkalender frei haben für eine Veranstaltung, für die wir sie **a l l e** herzlich einladen. Zwar können wir Ihnen weder eine Flugzeugträger- noch eine Brauerei-Besichtigung bieten, wie Sie wissen, sind wir eine völlig unabhängige und freie Studentenvereinigung – frei auch und vor allem von jeder geistigen und materiellen Unterstützung seitens einer der Parteien, frei daher auch von der Protektion und der Unterstützung durch eine Partei oder Lobby, kurz: frei von dem sogenannten „Vitamin B'...“ in: SDS Gruppe an der Akademie von Dr. W. Dobrinski über „Lohnpolitik im Lichte der gegenwärtigen Konjunkturlage der Bundesrepublik“, Hamburg 1962, in: SDS-Archiv 03/4

sein wird, fanden 1963 etwa die folgenden Veranstaltungen und Aktionen des Hamburger SDS statt:

- Flugblattkampagne gegen die Entlassung des Panorama-Redakteurs Proske, zusammen mit dem LSD und dem SHB⁷⁾
- Podiumsdiskussion mit prominenten Redakteuren über die Praktiken des Bundesverfassungsschutzes, aufgezo- gen an der Telefonabhör- affäre⁸⁾
- mehrere Diskussionen und Filmvorträge des damals sehr intensiv arbeitenden „Arbeitskreis Bertolt Brecht“, an denen auch Mitglieder des Berliner Ensembles teilnahmen⁹⁾
- eine ziemlich personalistisch an dem damals inhaftierten Dr. Alexander aufgezo- gene Kampagne gegen das südafrikanische Regime und für die Freilassung dieses Inhaftierten¹⁰⁾.

Die Aktionen anlässlich der Verhaftung Dr. Alexanders bildeten den Höhepunkt der politischen Aktivitäten des Hamburger SDS in dem Jahr. So wurde beispielsweise ein Sitzstreik vor dem Hamburger Rathaus veranstaltet, von dem sich aber der SDS zunächst „wegen mangelnder Vorbereitung“ distanzierte. Am Tage darauf aber, als in allen Zeitungen Bilder und Berichte über diese Aktion veröffentlicht wurde, solidarisierte er sich doch noch damit.¹¹⁾

Im Zusammenhang mit dem größer werdenden Einfluß der Schauer- Gruppe kam es in Hamburg in den folgenden Semestern zu einer intensiven theoretischen Arbeit. Die Auseinandersetzungen zwischen den Zentristen und dem Gohl-Flügel fanden hauptsächlich in und zwischen den verschie- denen Arbeitskreisen statt. Die theoretische Arbeit des Gohl-Flügels konzentrierte sich auf den Arbeitskreis Pädagogik.¹²⁾ Am Pädagogischen Institut studierten zu der Zeit viele Genossen aus dieser Gruppierung. In dem Arbeitskreis wurde versucht, auf der Basis eines – wohl ziemlich stark von DDR-Doktrinen beeinflussten, aber für den SDS damals ziemlich

- 7) vgl. „Panorama oder Höcherl, Wer bedroht die Demokratie“, Flugblatt des SDS, Landesverband Hamburg, und des LSD, Landesverband Hamburg, 1962, in: SDS-Archiv 03/4
- 8) vgl. SDS Gruppe an der Universität Hamburg, Offener Brief 13.10.1963, in: SDS-Archiv 03/4
- 9) vgl. SDS Gruppe an der Universität Hamburg, Arbeitskreis Brecht, Programm Mai/Juni 1963, in: SDS-Archiv 06/4
- 10) vgl. SDS Landesverband Hamburg, Gruppenbericht für das Wintersemester 1963/64, 28.2.1964, in: SDS-Archiv 06/4
- 11) ebenda
- 12) vgl. Brief Jürgen (Stuttgart) an Jürgen (Hamburg), 22.9.1964, in: SDS-Archiv 01/4

progressiven – leninistischen Ansatzes über Grundfragen der sozialistischen Erziehung zu arbeiten.¹³⁾

Die stärker zentristisch beeinflussten Arbeitskreise waren etwa: Der „Arbeitskreis Gesellschaft“. Hier wurde versucht, von dem Ansatz des ‚jungen Marx‘ ausgehend,¹⁴⁾ mit Unterstützung des Habermasschen „Strukturwandel der Öffentlichkeit“¹⁵⁾ die moderne gesellschaftliche Entwicklung zu analysieren. Die – von Fetscher aus Berlin und Kofler aus Köln ausgegebene – Konzeption des „humanitären Marxismus“ fand hier einigen Wiederhall, sie wurde zur Grundlage einer Kritik der Situation in den osteuropäischen Ländern gemacht.¹⁶⁾ Von einer ähnlichen Intention, allerdings auf einer anderen Ebene, ging der Arbeitskreis Wirtschaft aus. Hier wurden vor allem die planwirtschaftlichen Modelle der osteuro- päischen Staaten einer – revisionistischen – Kritik unterworfen.¹⁷⁾

Abschließend zu diesem Komplex sei noch die Themenreihe „Klassen- kampf oder Gemeinsamkeit“ erwähnt.¹⁸⁾ Kennzeichnend für diesen

- 13) Aus diesem Arbeitskreis gingen folgende Veranstaltungen hervor:
 - Grundfragen und aktuelle Probleme der polytechnischen Erziehung in der DDR mit Prof. Helmut Klein von der Humboldt-Universität, Berlin
 - Erziehung bei Marx und Engels
 - Verbindung des Unterrichts mit produktiver Arbeit
 - Lenin über die Verbindung von Schule und Politik
 - Probleme der Tagesschule in der DDR mit Dr. W. Lindner vom zentralpädagogischen Institut der DDR,
 - Der Mensch in der sozialistischen Gesellschaft, ein pädagogisches Problem
 - Erziehung im Kollektivvgl. dazu: Arbeitskreis Pädagogik, Peter Gohl, in: SDS-Archiv 06/4
- 14) vgl. SDS-Programm für das Wintersemester 1963/64, S. 2, Arbeitskreis Gesellschaft, und: Prof. Dr. Hummel, Grundideen bei Marx, verf. Ms., auf Einladung des SDS in Hamburg am 4.11.1963 gehaltener Vortrag, in: SDS-Archiv 06/4
- 15) vgl. SDS Programm für das Wintersemester 1963/64, S. 2, Arbeitskreis Gesellschaft, in: SDS-Archiv 06/4
- 16) vgl. ebenda und Interview 1, 15.8.1969, in: SDS-Archiv 05/5
- 17) vgl. etwa: Grundlagen der Planwirtschaft, zu Hayck: „Der Weg zur Knecht- schaft“, in: SDS-Programm für das Wintersemester 1963/64, S. 2, Arbeitskreis Wirtschaft, in: SDS-Archiv 06/4
- 18) vgl. SDS Hamburg, Vorschlag für eine Themenreihe grundsätzlicheren Charak- ters, Wintersemester 1962/63, Generalthema Klassenkampf oder Gemeinsam- keit, in: SDS-Archiv 06/4. Der antikommunistische Charakter der in diesem Arbeitskreis betriebenen Rosa-Luxemburg-Reception geht hervor aus: Brief SDS Landesverband Hamburg Helmut Schauer an den SDS Kiel z.Hd. von H.C. Kratzsch, 31.3.1964, in: SDS-Archiv 01/4

Arbeitskreis war, daß versucht wurde, die theoretischen Positionen der deutschen Kommunisten, vor allem Rosa Luxemburgs, nach dem 1. Weltkrieg zu studieren. Die in diesem Arbeitskreis betriebene Rezeption der Luxemburgischen Kritik an Lenin stand stark unter antikommunistischen Vorzeichen.

Exemplarisch für das Wirken des Genossen Schauer, welches für die Entwicklung des Hamburger SDS von wichtiger Bedeutung war, soll hier auf die – von ihm besonders forcierte – Deutschlandpolitik des SDS 1964 näher eingegangen werden.

Im Herbst 1963 kamen Mitglieder des Hamburger SDS mit Mitgliedern der FDJ, die auf Einladung des CVJM nach Hamburg gekommen waren, in Kontakt.¹⁹⁾ Während dieses Besuchs sprachen sich die Hamburger SDSler für Kontakte zwischen der Freien Deutschen Jugend und ihrer Gruppe aus.²⁰⁾ Es kam darauf zu – zunächst recht förmlich geführten – Verhandlungen zwischen dem Zentralrat der Deutschen Jugend und ihrer Gruppe aus.²⁰⁾ Es kam darauf zu – zunächst recht förmlich geführten – Verhandlungen zwischen dem Zentralrat der FDJ und der Hamburger Gruppe, die während dieser Verhandlungen meist vom Landesvorsitzenden Schauer vertreten wurde.²¹⁾ Das Ergebnis war eine Einladung des Hamburger SDS an die FDJ der Universitätsstädte Greifswald und Rostock, an einem gesamtdeutschen Seminar über Fragen der Wiedervereinigung in Hamburg teilzunehmen.²²⁾

Die politische Motivation, auf Grund derer diese Kontakte stattfanden, waren noch zutiefst sozialdemokratisch. Sie wird in einem Schreiben an den Senatsbeauftragten für politische Bildung etwa so angegeben:

„Die jüngere Entwicklung der Weltpolitik läßt die Hoffnung zu, daß nüchterne Gespräche und Verhandlungen zwischen Ost und West die Spannungen zwischen beiden Blöcken mildern und damit auch die Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten erlauben könnten.“²³⁾

19) vgl. Brief Erich Rau, Sekretär des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend an den Hamburger Landesverband des SDS, 2.9.1963, in: SDS-Archiv 01/4

20) ebenda

21) vgl. zum Beispiel die Korrespondenz mit dem Zentralrat der FDJ, mit der Jugendsenatorin, alles in: SDS-Archiv 01/4

22) vgl. Brief SDS Landesverband Hamburg (D. Hoß) an den Zentralrat der FDJ, H. Kapson, 18.1.1964, in: SDS-Archiv 01/4

23) Brief SDS Landesverband Hamburg an Dr. Wittern, 18.2.1964, ähnlich auch in: Brief SDS Landesverband Hamburg an die Redaktion der „Zeit“, in: SDS-Archiv 01/4

Diese Politik stand damals allerdings noch zumindest oberflächlich im Gegensatz zur offiziellen SPD-Politik. Die Senatorin der Jugendbehörde, Irma Keilhack, lehnte es beispielsweise ab, für diese Veranstaltung einen städtischen Raum zur Verfügung zu stellen, während „Bürger aus der Sowjetzone selbst aus dringenden familiären oder menschlichen Gründen Besuche in der Bundesrepublik“ nicht machen dürften.²⁴⁾ Doch Schauer versuchte, auch diese antikommunistische Dame zu beruhigen und von der guten Motivation dieses Treffs zu überzeugen. Diese Veranstaltung, so schrieb er ihr, motiviere sich ebenfalls aus der Sorge über diese unerträglichen Zustände. „Wir allerdings fürchten, es wird bei diesen Zuständen bleiben, wenn nicht an die Stelle allmählich hohl gewordener Bekenntnisse und Forderungen eine Politik tritt, die die politische Wirklichkeit und deren Kräfteverhältnis realistisch einschätzt und berücksichtigt.“

Bei den gegenwärtigen Passierscheinverhandlungen (die der SDS übrigens bundesweit,²⁵⁾ vor allem aber auch in Hamburg²⁶⁾ unterstützte, d.Verf.), die mit Vertretern der Regierung in der DDR teilweise in den Räumen des Senats der Stadt Berlin stattfinden, kommt man an den offiziellen Instanzen de facto so wenig vorbei wie bei dem Versuch, mit dem allorts geforderten politischen Gespräch zwischen der deutschen Jugend beider Teilstaaten ernst zu machen.“²⁷⁾

Das Seminar, das am 22. und 23. Februar im CVJM-Heim an der Alster stattfand, wurde politisch noch auf eine andere Weise abgesichert. Abgesehen davon, daß einige Professoren wie Sieverts und Weizäcker zu diesem Seminar eingeladen wurden,²⁸⁾ knüpfte der SDS vorher noch Kontakte zur Politischen Polizei an, die dann auf dem Seminar auch mit einigen Leuten erschien. „Ihre Haltung war die, daß sie sagte: Wir sind zuerst da, um die Veranstaltung zu schützen. Wenn aber beleidigende

24) zitiert nach: SDS-Landesverband Hamburg Helmut Schauer, an die Freie und Hansestadt Hamburg Jugendbehörde Senatorin Irma Keilhack, 10.2.1964, in: SDS-Archiv 01/4

25) vgl. SDS Bundesvorstand Rundschreiben an alle Gruppen 7/63-64, 21.1.1964, in: SDS-Archiv 10/4

26) vgl. „Passierscheinfrage geht uns alle an“, Flugblatt des SDS Hamburg 1964, in: SDS-Archiv 03/4

27) SDS Landesverband Hamburg Helmut Schauer an die Freie und Hansestadt Hamburg Jugendbehörde Senatorin Irma Keilhack, 10.2.1964, in: SDS-Archiv 01/4

28) vgl. Brief R. Sieverts, Seminar für Strafrecht und Kriminalpolitik an den SDS, Landesverband Hamburg, 3.3.1964, in: SDS-Archiv 01/4 Sieverts lehnte die Teilnahme an dem Seminar ab.

Äußerungen gegen Persönlichkeiten der Bundesregierung oder die Bundesrepublik überhaupt gemacht werden, müssen wir einschreiten. Sagen Sie das bitte den FDJ-Leuten. Außerdem standen zwei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei in Reserve. . .“²⁹⁾

Die zweite Motivation des SDS — neben der, die Spannungen zwischen Ost und West durch Gespräche zu überbrücken — ergab sich vor allem aus dem Bemühen, auf die innenpolitische Situation der DDR Einfluß auszuüben.

In einem Brief an den Kieler SDS schrieb Schauer beispielsweise:
„Wir haben Politik zu treiben und unsere Absicht — nämlich die, den inneren Liberalisierungsprozess der Partei mit unseren bescheidenen Kräften zu unterstützen — in den Diskussionen, in unseren Äußerungen und vor allem auch in der konkreten Gestaltung solcher Veranstaltungen zum Ausdruck zu bringen. . . .

Ein unreflektiertes Verhalten unsererseits würde nicht die progressiven, sondern die doktrinären Kräfte innerhalb der FDJ und der Partei stützen. An uns müssen sie lernen, wie man mit unabhängigen Kräften und Gruppen im Westen ins Gespräch kommt und spricht. Das können aber die Revisionisten eher als die Doktrinäre, deren Einfluß durch nichts mehr bedroht wäre als durch eine starke Linke in der Bundesrepublik.“³⁰⁾

Diesen progressiven, „revisionistischen“ Kräften in der Partei Unterstützung zu gewähren, hatten auch die die Protestaktionen gegen die Entlassung Professor Havemanns zum Ziel. Das Eintreten gegen die Entlassung dieses Ost-Berliner Revisionisten wurde vom SDS gleichgesetzt mit dem Eintreten für die von westdeutschen Behörden gemäßregelten Professoren Hagemann und Riemack.³¹⁾

All diese deutschland-politischen Aktivitäten des SDS waren andererseits stark von der Furcht bestimmt, der SDS könne von den Institutionen der DDR ausgenutzt, seine politischen Bemühungen im Sinne der SED-Politik propagandistisch verwertet werden. Als nach dem gesamtdeutschen Seminar in Hamburg die FDJ Greifswald den SDS zu sich einlud, legte die

29) vgl. SDS Landesverband Hamburg Helmut Schauer an Thomas, 12.6.1964, in: SDS-Archiv 01/4

30) Brief SDS Landesverband Helmut Schauer an den SDS Kiel z. Hd. von H.-C. Kratzsch, 31.3.1964, in: SDS-Archiv 01/4

31) vgl. SDS Bundesvorstand und die Landesverbände Hamburg und Berlin an den Zentralrat der FDJ z. Hd. von H. Schumann, 23.3.1964, in: SDS-Archiv 10/4

Hamburger Gruppe während der Verhandlungen um die Modalitäten ihres Besuchs in der DDR großen Wert darauf, daß dieser Besuch unter den gleichen Bedingungen stattfinde wie der Besuch der FDJler in Hamburg,³²⁾ daß beispielsweise etwa die gleiche Anzahl SDSler nach Greifswald fahren würden wie FDJler nach Hamburg gekommen waren.³³⁾ Deswegen forderte Schauer die Kieler SDS-Genossen auf, auf eine Mitfahrt nach Rostock zu verzichten. In einem Brief an den Kieler SDS schrieb er als Begründung:

„Ich glaube, wir sollten diese Linie ganz fest durchhalten. Die Einzelheiten sind eben deshalb politisch so wichtig, weil in ihnen sich zeigt, ob solche Kontakte möglich sind, ohne die Unabhängigkeit und Integrität unserer Organisation und darüber hinaus zu gefährden. . . .

Wir brauchen nicht noch einmal die Geschichte dieser Beziehungen der letzten Jahre, die zugleich die Geschichte der Niederlage der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik ist, und die von regelrechten Dummheiten, wenn nicht von Schweinereien von der drübigigen Seite strotzt, durchgehen, um klarzumachen, wie reflektiert und pingelig wir zu sein haben. Schon Rosa Luxemburg und Leo Jogiches haben sich gegen die Gründung der KPD erst gestraubt, weil sie, wie sich schrecklich genug herausstellte zu Recht, befürchteten, sie gerieten in Abhängigkeit von der KPdSU.“³⁴⁾ Den Kieler SDSlern war soviel Furcht vor Korruption und Abhängigkeit von der FDJ allerdings zuviel. Sie gingen auch nicht von einem ganz so sozialdemokratischen Ansatz aus wie Schauer. In einem Antwortbrief an Schauer schrieben sie:

„Wir halten es für notwendig, FDJ-Vertretern anhand von Diskussionen klarzumachen, welche Vorstellungen wir von Sozialismus haben. Gleichzeitig wünschen wir, . . . von den praktischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in Deutschland zu lernen. Wir sind uns klar, daß unsere Vorstellungen von sozialistischer Praxis zu idealistisch sind. . . . Wir halten es weiterhin für eine große Überschätzung, den „inneren Liberalisierungsprozeß der Partei mit unseren bescheidenen Kräften zu unterstützen“ . . . Es wäre für die Partei wahrscheinlich notwendiger, eine Säuberung von Kriechern, Karrieremachern und anderen unsozialistischen Elementen vorzunehmen.“³⁵⁾

32) vgl. Brief SDS Landesverband Hamburg Helmut Schauer an den SDS Kiel z. Hd. von H.-C. Kratzsch, 31.3.1964, in: SDS-Archiv 01/4

33) ebenda

34) vgl. Brief SDS Hochschulgruppe Kiel an den SDS Hamburg, 5.4.1964, in: SDS-Archiv 01/4

35) ebenda

An dieser Auseinandersetzung zwischen den Kieler Genossen und Schauer wird zugleich deutlich, wie sehr der Hamburger SDS unter dem Einfluß Schauers von einer linken, zur Politik des Bundesvorstandes in Opposition stehenden Gruppe zur Vertreterin dieser, von ihr ehemals kritisierten Politik geworden ist.

Schauer, der kurz nach den beschriebenen deutschlandpolitischen Aktivitäten zum ersten Bundesvorsitzenden des SDS gewählt wurde, führte die Tradition seiner Vorgänger konsequent fort. Die Zeit des Bundesvorstandes Schauer war zugleich Höhepunkt und Abschluß dieser Phase der SDS-Politik nach der Trennung der SPD vom Verband, einer Phase, die bestimmt war durch autoritäre Verbandspolitik, manipulierte Delegiertenkonferenzen und Mitgliederversammlungen und einer kaum nach außen gerichteten Politik. Die Phase wurde abgelöst durch die anti-autoritäre Bewegung, die in München und Berlin ihren Ausgang nahm und verbandsintern die sozialdemokratische Organisation zerschlug (ohne allerdings die sozialdemokratischen Positionen kritisch zu überwinden) und nach außen gerichtet nach einer anti-imperialistischen Phase zu oppositionellen Ansätzen in fast allen Bereichen des Ausbildungssektors führte. Daß diese anti-autoritäre Revolte die sozialdemokratische Studentenorganisation SDS zerschlug, ohne automatisch zu einer qualitativ neuen sozialistischen Kaderorganisation zu führen, kann ihr nicht als Vorwurf angelastet werden, ebensowenig wie all die Kinderkrankheiten, die mit dieser Keimform einer sozialistischen Organisation verbunden waren. Ihr Verdienst war es, daß nach der Zerschlagung der sozialistischen Organisationen der Arbeiterklasse durch den Faschismus und während der Restaurationsperiode Notwendigkeit und Möglichkeiten des Klassenkampfes wieder in das Bewußtsein der abhängigen Massen einzudringen beginnen. Gerade der Justiz-Terror zeigt, daß auch die herrschende Klasse die von der anti-autoritären Bewegung ausgehende Gefährdung erkannt hat. Auch die wilden Streiks der jüngsten Zeit, in der die Arbeiter auffallenderweise studentische Aktionsformen übernommen haben, machen deutlich, daß die antikapitalistische Opposition, die etwa in den Vietnam-Demonstrationen und den Aktionen gegen Springer ihren Ausgang nahm, sich wellenförmig ausbreitet und gegenwärtig dabei ist, in die entscheidenden gesellschaftlichen Bereiche vorzustoßen.

Die organisatorische Problematik, der sich gegenwärtig die sozialistischen Gruppen der jungen Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten konfrontiert sehen, ist weitgehend bestimmt durch das Hervorgehen dieser Opposition aus einer anfangs kleinbürgerlichen, anti-autoritären Studentenbewegung, die sich aber jetzt zu einer sozialistischen Opposition zu

entwickeln beginnt und darauf angewiesen ist, möglichst schnell zu einer adäquaten Organisation zu kommen. Bei der Lösung der in dieser Phase so wichtigen konzeptionellen und organisatorischen Fragen hat die kritisch-historische Aufarbeitung der Phase der anti-autoritären Revolte sicherlich eine wichtige Bedeutung. Daß hier darauf verzichtet wurde, eine solche Analyse zu leisten, hat vor allem zwei Gründe:

Einmal würde eine solche Analyse in entscheidendem Maße von der Position der Verfasser beeinflusst, sicherlich stärker, als es bei dieser Abhandlung der Fall war. Die gegenwärtige Organisationsdebatte macht ja gerade den Versuch, die antiautoritäre Phase inhaltlich und organisatorisch zu überwinden, die Position der Verfasser innerhalb dieser Auseinandersetzung würde die Einschätzung dieser Phase entscheidend mit bestimmen. Das Maß an Objektivität, das in dieser Arbeit wohl eingehalten werden konnte, könnte dann sicher kaum noch aufrecht erhalten werden. Eine solche Einschätzung kann wohl nur in der kontinuierlich geführten kollektiven Diskussion geleistet werden. Der andere Grund ist wohl noch entscheidender:

Die Veröffentlichung einer solchen Analyse wäre nicht möglich. Denn es würden dabei zu viele interne Rundschreiben, Papiere, Interviews und sonstige Informationen verarbeitet, was den Informationsstand von Verfassungsschutz und Politischer Polizei entscheidend heben würde.

Dokumentarischer Anhang

Die hier folgende Dokumentation soll die einzelnen Kapital in einigen besonderen Schwerpunkten näher erläutern und belegen, demgemäß wurde sie, soweit möglich, nach der Kapiteileinteilung gegliedert.

Verzeichnis und Quellennachweis der einzelnen Dokumente:

I. Das permanente Kolonialinstitut

1. „Ostafrika ist deutsch“, Flugblatt an der Hamburger Universität Ende Oktober 1968 (Faksimile)
2. „Pressedienst Hansa –Feuilleton – Nr. 1 166, 4.10.25. „Hansische Universität““, Staatsarchiv Hamburg, Pressestelle II. O11m.
3. „Hamburgisches Staatsamt, Nachrichtenstelle des Senats – 24.Juni 1937 – Vertraulich“, Staatsarchiv Hamburg, Pressestelle III O11m.
4. „Pressenotiz – Erneuerung des Kolonial-Instituts der Hansischen Universität“, Staatsarchiv Hamburg, Pressestelle III O11m.
5. „Prof. P.R.Hofstätter an Oberstarzt Dr. K.D.Schulze – Führungsakademie der Bundeswehr, vom 11.August 1966“ + „Anlage – Seminarveranstaltungen“, Archiv der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaftspolitik Hamburg (Abk.: Archiv AfW) 3/06/2/1.
6. „Universität Hamburg – 50-40.6, an den Herrn Dekan der Philos. Fakultät, vom 1. November 1966“, Archiv AfW, 1/07/4/2/2 (Faksimile)
7. „An den Herrn Rektor der Universität Hamburg mit der Bitte um Kenntnisnahme, Hamburg, den 8.11.66 – An die Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates ... 8. November 1966“, Archiv AfW, 1/07/4/2/2 (Faksimile)
8. „Freie und Hansestadt Hamburg Schulbehörde – Hochschulabteilung An die Universität Hamburg, den 5. August 1968, Betr.: Sonderforschungsbereiche; hier: Antrag auf Gewährung von Sondermitteln für das Jahr 1968“, Archiv AfW, 1/07/4/2 (davon Seite 1 als Faksimile)

9. „Auszug aus der Niederschrift über die Besprechung des Rektors mit den Dekanen vom 14. Okt. 1968, 4. Sonderforschungsbereiche; Einzelfragen“, Archiv AfW, 1/07/4/2/1 (Faksimile)
10. „-14- 14. Februar 1969 Ru/Mi – Vermerk, betr. Sonderforschungsbereich Afrika“, Archiv AfW, 1/07/4/2/1.
11. „Auszug aus der Niederschrift über die Besprechung des Rektors mit den Dekanen vom 21.4.69, 1. Sonderforschungsbereich Afrika“, Archiv AfW, 1/07/4/2/1.
12. „1,) An die Schulbehörde – Hochschulabteilung – 3301, 50-40.6/12 12. Mai 1969 Ru/Mi, Betrifft: Sonderforschungsbereich Afrika“, Archiv AfW, 1/07/4/2/1.
13. „Freie und Hansestadt Hamburg Schulbehörde – Hochschulabteilung (violetter Stempel) – 21 – 60.00-6/28 (9), den 24. März 1969, 406 Herrn Professor Dr. Flasche Direktor des Ibero-Amerikanischen Forschungs-Institut der Universität Hamburg. Betrifft: Förderung des Sonderforschungsbereiches Ibero-Amerikanistik einschließlich Alt-Amerikanistik“, Archiv AfW, 1/07/4/2/2
14. „Ordnung des Sonderforschungsbereiches“ (aus: Anlage zu: „Universität Hamburg, Ibero-Amerikanisches Forschungsinstitut, der Direktor an den Herrn Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft Betr. Förderung des Sonderforschungsbereiches 14/68“,) Archiv AfW, 1/07/4/2/2

II. Hamburger Universität und Wirtschaft.

(vgl. hierzu auch die Dokumente 6.-14.)

15. „Der Rektor der Universität Hamburg, den 24. Mai 1954 M/Br. An die Herren Mitglieder des Lehrkörpers“, Archiv AfW, 2/02/2/1/8.
16. „Kontakt Wirtschaft und Universität“ aus: „Hochschul-Dienst, Informationen aus dem Wissenschaftlichen Leben“, Jg.VIII/Nr.23, Bonn vom 8. Dezember 1955, S. 1-3.
17. „-21- Az.60.00-6/28 (1), den 28.Mai 1969, Vermerk: Betr.: Anträge auf Finanzierung der Sonderforschungsbereiche im Jahre 1969; hier:

- Sitzung des sog. „Bewilligungsausschusses“ am 7.5.1969 in Bad Godesberg“, Archiv AfW, 1/07/4/2.
18. „Die Wehrtechnische Forschung und Entwicklung (F&E) - früher unter Allgemeinen Bewilligungen versteckt – hat ein eigenes Haushaltskapitel“, aus: Informationsbrief Wehrdienst 183/68, vom 30.9.1968, S.4.
 19. „Haus Rissen Institut für Politik und Wirtschaft, den 13. September 1967“, Archiv AfW, 3/05/6/1.
 20. „Senatskanzlei Abt. D III, Hamburg den 18.VI.59; fachliche Gliederung der Organisation der Hilfe“, Archiv AfW, 3/03/2/5/1.
 21. „Abschrift. Freie und Hansestadt Hamburg Schulbehörde – Hochschulabteilung, den 25. März 1957, An 1) die Universität 2) die Wissenschaftlichen Anstalten, 3) das Universitätskrankenhaus Eppendorf – Verwaltungsdirektion –, Betrifft: Vorbereitung der Sicherstellung von hochwertigem Kulturgut in Krisenzeiten“, Archiv AfW, 3/03/2/5/1.
 22. „Abschrift. Der Rektor der Universität Hamburg, den 28.3.1957, An den Herrn Dekan ... Betr.: Vorbereitung der Sicherstellung von hochwertigem Kulturgut in Krisenzeiten“, Archiv AfW, 3/03/2/5/1.
 23. „Der Dekan der Philosophischen Fakultät (Brunner), Hamburg, den 4. April 1957, An die Herren Mitglieder der engeren Fakultät, Betrifft: Vorbereitung der Sicherstellung von hochwertigem Kulturgut in Krisenzeiten“, Archiv AfW, 3/03/2/5/1.
 24. „Freie und Hansestadt Hamburg Schulbehörde – Hochschulabteilung, -11.32 -9- 23.Sept.1954, An den Herrn Rektor der Universität Hamburg ... Betr.: Bezeichnung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“, Archiv AfW, 2/02/2/1/7.
 25. „Freie und Hansestadt Hamburg Schulbehörde – Hochschulabteilung, Pers. 1, den 29. September 1958, An die Herren Direktoren der Wissenschaftlichen Anstalten, Seminare, Institute und Kliniken“ (Faksimile) + „Abschrift, Senat der Freien und Hansestadt Hamburg Personalamt 120.40 -1, 12.Februar 1958, Vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch!“, Archiv AfW, 7/10/2.

26. „Senat der Freien und Hansestadt Hamburg Personalamt 113.40-10, 86 Hamburg, den 21. April 1959; Betr.: Förderung radikaler politischer Bestrebungen durch Angehörige des öffentlichen Dienstes, hier: Teilnahme an den kommunistischen Weltjugendfestspielen“, Archiv AfW, 2/02/2/1/7.

III. Zur politischen Theorie und Praxis C.F.v. Weizsäcker.

(die folgenden vier Dokumente zur Ergänzung des Kapitels über C.F. v. Weizsäcker als typischer Vertreter der Ordinarienuniversität entlarven ihn vor allem in seiner Funktion als ideologische Charaktermaske des bestehenden Systems.)

27. „Prof. Dr. C.F. Frhr.v. Weizsäcker, Wiedervereinigung Deutschlands und Europas, Thesen zur internen Diskussion“, Archiv AfW, 3/06/8
28. „Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaften e.V. Arbeitsplan für eine Studie der Forschungsstelle . . . über Wiedervereinigung Deutschlands und Europas“, Archiv AfW, 3/06/8
29. „Niederschrift über die Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrats der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. am 15. Juli 1968, 1500 Uhr in München“, Archiv AfW, 3/05/5
30. „C.F.v. Weizsäcker, Memorandum über den Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“, Archiv AfW, 3/05/5.

IV. Zur altnazistischen Fraktion der Hamburger Professoren.

Dargestellt an P.R.Hofstätter.
(vgl. hierzu auch das Dokument 5.)

31. „Der Syndikus der Universität Hamburg K 20.1, Hamburg, den 25. November 1959 M/Br. An die Herren Direktoren des Historischen Seminars . . . Betr.: Arbeitsgemeinschaft an der Führungsakademie der Bundeswehr.“, Archiv AfW, 2/02/1/4/4.
32. „Deutscher Akademischer Austauschdienst, Der Generalsekretär Bad Godesberg, den 3.5.1966, Herrn Professor Dr. Peter R. Hofstätter“, Archiv AfW, 2/02/2/1/5/10.

33. „Prof. Dr. Peter R. Hofstätter (an) Herrn Oberstarzt Dr.K.D.Schulze, 13.Juni 1966“, Archiv AfW, 2/02/2/1/5/10.
34. „Prof. Dr. Peter R. Hofstätter an den Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, 9.September 1966“, Archiv AfW, 2/02/2/1/5/10.
35. „Prof. Dr. Peter R. Hofstätter, The Registrar Rhodes University 25.2.1968, Gutachten über die Dissertation von Frau Gisela W.L. Morsbach“, Archiv AfW, 2/02/2/1/5/10.
36. „Psychologisches Institut der Universität Tübingen, den 20.Juni 1968, Herrn Prof. Dr.P.Hofstätter“, Archiv AfW, 2/02/2/1/5/10.
37. „Philosophische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität J.-Nr. 2350, Bonn, den 12. Sept. 1968, Herrn Prof. Dr.P. Hofstätter“, Archiv AfW, 2/02/2/1/5/10.
38. „Prof. Dr. Peter R.Hofstätter An den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn, 27. September 1968“, Archiv AfW, 2/02/2/1/5/10.
39. „Hofstätter muß gehen!“ Flugblatt als Beilage zu „Unilife, Zentralblatt für den Ausbildungssektor“ 2. Jg. Nr. 8, vom 22. Juni 1969.

V. Nationalsozialistische Studentenbewegung . . . und zur Entstehung einer sozialistischen Studentenopposition

40. „Entlarvt die Spitzel!“, Flugblatt an der Hamburger Universität vom Juli 1969.
41. „Schutzbefehl. Albert Richard Billibald Suhr, 3.11.1943“ aus: U. Hochmuth, G. Meyer, a.a.O., S. 607. (Faksimile)
42. „Amtsgericht Hamburg . . ., den 4.2.69 . . . Haftbefehl gegen Familienname und Vorname: Schmiedel, Günther“, (1.Seite als Faksimile)
43. „Wer ist Nazi? , Faschist? , Stalinist? , Flugblatt von Prof. Reinhard Tausch an der Hamburger Universität, SS-1969.

44. „2+2=3, Ausbildungsnotstand in der Bundesrepublik“, Flugblatt an der Hamburger Universität SS-1965 (Faksimile)
45. „Fachschaft Geschichte – Universität Hamburg ... 15. Mai 1968, Notstandsdebatte = Politische Propaganda“, Flugblatt an der Hamburger Universität (2.Auflage)
46. „Ein Jahr danach“, Flugblatt an der Hamburger Universität vom 2. Juni 1968.
47. „Argumente überzeugen ... nicht Gewalt“, Flugblatt der Hamburger Polizei im WS-1968/69 (Faksimile)
48. „Bei Nacht und Nebel“, Flugblatt an der Hamburger Universität vom 4.2.1969.
49. „Die Schließung des Philosophenturms ...“, Flugblatt von Prof. Dr. Karl-Ludwig Schneider und Dr. Franz Josef Worstbrock vom 7.2.1969.
50. „Die Vorstände der WBA ... Einstimmig beschlossene Resolution“, Flugblatt an der Hamburger Universität vom 6.2.1969.
51. „Komitee zur Gründung einer SPD-Betriebsgruppe an Hamburger Hochschulen und Forschungsinstituten“, Flugblatt an der Hamburger Universität vom November 1968.
52. „Freie und Hansestadt Hamburg Schulbehörde – Hochschulabteilung, Präses Hamburg, den 25. April 1969, an alle Bediensteten des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs“, Archiv AfW, 2/02/2/1/7.
53. „Unbehagen contra Wohlstand“, Flugblatt des RC Hamburg im SS-1969.
54. „AStA-INFO, Scherbengericht“ Sonderinfo vom 1. Juli 1969.

Die Flugblätter sind vom Autorenkollektiv an der Hamburger Universität gesammelt worden.

Ostafrika ist Deutsch

Wieder schlagen ultralinke Radikalinskis zu!

Gestern Nacht wurden die Afrikahelden WISSMANN und DOMINIK von ihren Sockeln im Universitätspark gestürzt. Das war falsch verstandene Solidarität mit dem Angeklagten im WISSMANN-Prozess, die im vergangenen Jahr verurteilt, unsere Afrikaeroberer zu schänden und jetzt gerechten Strafen entgegensehen.

Wie eine Epidemie scheint die Brut des Bösen sich zu verbreiten. Jahrzehnte deutscher Ehre und Tradition in den Schmutz gezogen.

Es ist zum Weinen.
Die roten Garden marschieren auch bei uns. Man versucht systematisch, deutschen Geist zu zersetzen und deutsche Ehre in den Dreck zu treten. Nach dem Selbstverständnis dieser barfüßigen Mächtigen - Revoluzzer, dieser schlitzäugigen Unchinesen, sind es heute WISSMANN und DOMINIK, die von ihren Sockeln stürzen, morgen die Ordinarien und Übermorgen das Großdeutsche Reich.

DAS IST CHAOS, DAS IST ANARCHIE!!!

Wird man noch fragen dürfen, wer diese Dreckschleuderer, diesen Abschaum der Gesellschaft, finanziert. Und hier muß sich jeder Steuerzahler angesprochen fühlen. Wir werden es nicht länger dulden, daß radikale Kinderheiten von Krawallierern auf unsere Kosten ihre zersetzenden Werke vollbringen und unser aller deutsche Sache diffamieren. Diesen langhaarigen Schmutzfinken, muß der Geldhahn zugeordnet werden, bis ihnen das Wasser zum Halse steht.
Zu anderen Zeiten hätte man gewußt, was man mit derartigem Gesindel macht!

WAS SOLL NUR AUS DEUTSCHLAND WERDEN?

Es hilft nur eines:

Landgraf werde hart

Die AKTION ZUR RETTUNG DES DEUTSCHTUMS hat es sich zur Aufgabe gemacht, der Deutschen Sache zu ihrem Recht zu verhelfen. Deutsche Art, deutsche Sitte, deutsche Ordnung sind in Gefahr, sie zu verteidigen, nicht letztlich allein.

Wir halten es nicht mit studentischen Verzichtspolitikern, die allein die territoriale Integrität des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1942 einschließlich West - Stalingrad fordern.

Ostafrika ist deutsch

GOTT LEBT, DOMINIK LEBT, WISSMANN LEBT, CHE IST TOT!

DEMONSTRATION ZUM ZWECKE DER NEUERRICHTUNG EINES WISSMANN-UND DOMINIK-MONUMENTS

Freitag, den 1.11.68 18⁰⁰ Uhr MOORWEIDE

verantwortlich: AKTION ZUR RETTUNG DES DEUTSCHTUMS

„Hansische Universität.“

Der Hamburgische Senat hat, von dem Wunsch geleitet, auch in der Bezeichnung der Hamburgischen Universität ihre besondere Aufgabe zum Ausdruck zu bringen, ihr den Namen „Hansische Universität“ verliehen.

In dem Anfang 1934 vom Hamburgischen Senat beschlossenen Gesetz zur Neuordnung der Universität war als eine der wichtigsten Aufgaben der Hamburgischen Universität die **Förderung der Auslands-**, namentlich der **Übersee- und Kolonialkunde** bezeichnet. Mit dem Namen „Hansische Universität“ ist diese Sonderaufgabe auch nach außen hin zum Ausdruck gebracht worden. Denn „hansisch“ Denken heisst ja: sich bekennen zu jener weltoffenen, kämpferischen Haltung, die Raum und Zeit überbrückt und doch ihre Wurzeln im heimischen Boden hat. Die Bezeichnung „hansisch“, die der Universität Hamburg zuerkannt worden ist, enthält gleichzeitig eine stolze Verpflichtung. Seit der Auflösung des Hansebundes ist bis zur Gegenwart die **hansische Tradition** aufrechterhalten worden **a l l e i n** von den drei Gründerstädten der Hanse im Nordostseeraum; und nur in Verbindung mit diesen **Seestädten** sind hansisches Wesen und hansisches Deutschtum heute noch lebendige Begriffe. Darüber braucht kein Wort verloren zu werden.

Als grösste unter den Hansestädten hat Hamburg nicht nur eine wirtschaftliche Aufgabe nach innen und aussen zu erfüllen, sondern auch kulturelle und politische Pflichten, von denen ein Teil der Hamburgischen Universität übertragen wurde, die dadurch eine Lehr- und Forschungsstätte für Auslandskunde und ein geistiges Tor zur Welt wurde. Neben ihrer Sonderstellung für das niederdeutsche Volkstum und den niederdeutschen Kulturkreis dessen Hauptstadt Hamburg ist, ist die „Hansische Universität“ vor allem die wissenschaftliche Hochschule des Welthafens Hamburg und ihr „Feld ist die Welt“. In Hamburg reichen sich der niederdeutsche Bauer, der Seefahrer und der Überseekaufmann die Hand. Auf der Verbundenheit mit dem niederdeutschen Volkstum, der niederdeutschen Landschaft und

der Nordsee baut sich die in Hamburg gepflegte Wissenschaft vom Ausland auf, die alle Fragen der überseeischen Weltkunde, der Weltpolitik und Weltwirtschaft, der Rassen- und der Völkerkunde, der Sprachen- und der Kulturlehre anderer Erdteile umfasst. In diesem Sinne gehört zur „Hansischen Universität“ auch das **Tropeninstitut** mit seinen weltumspannenden Beziehungen, das in diesen Tagen sein 35jähriges Bestehen feiern konnte.

Und wenn Deutschland auch noch nicht wieder in die Reihe der Kolonialvölker zurückgekehrt ist, so ist die „Hansische Universität“ auch die deutsche **Kolonialuniversität**. Sie verkörpert und pflegt die hansische Tradition und hält den hansischen und kolonialen Gedanken in der Wissenschaft und in der akademischen Jugend wach.

Dokument 3

Hamburgisches Staatsamt
Nachrichtenstelle des Senats

24. Juni 1937.

Vertraulich!

Sehr geehrter Herr Professor!

Die der Nachrichtenstelle des Senats für die einzelnen hamburgischen Tageszeitungen übersandten Artikel zur kolonial-wissenschaftlichen Arbeit der Hansischen Universität, die Sie gebeten haben, in diesen Tagen aus Anlaß der in Paris stattfindenden Konferenz zu veröffentlichen, habe ich, da es sich hier um eine allgemein politische Angelegenheit handelt, mit der hiesigen Landesstelle des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda besprochen. Die Landesstelle hat grundsätzlich Bedenken, gerade in diesem Augenblick diese Artikel zu veröffentlichen, da es einerseits nicht angezeigt erscheint, zur Zeit dieser Pariser Konferenz in Deutschland, das absichtlich an der Konferenz nicht teilnimmt, eine Erörterung über diese Fragen anzustellen, die leicht den Eindruck eines Ressentiments erwecken würde, und zum anderen die Erörterung kolonialer Fragen auf Grund einer allgemeinen Anordnung des Ministeriums zur Zeit gerade mit Rücksicht auf die englische Situation nicht erwünscht erscheint.

Das Hamburgische Staatsamt teilt diese Bedenken und bittet Sie deshalb, sehr verehrter Herr Professor, zur Zeit von der Veröffentlichung dieser Artikel, die ich beigeschlossen ergebenst zurücksende, absehen zu wollen. Wahrscheinlich wird ja aber in Bälde – je nach dem Fortgang der deutsch-englischen Unterhaltungen – sich ein geeigneter Zeitpunkt ergeben, in dem wir diese interessanten und wertvollen Artikel den Zeitungen zuleiten können.

Heil Hitler !
Ihr sehr ergebener

gez. Lindemann

An den Rektor der Hansischen Universität, Herrn Professor Dr. Rein,
H a m b u r g

Dokument 4

Pressenotiz.

Erneuerung des Kolonial-Instituts der Hansischen Universität.

In diesen Tagen erscheint das neue Verzeichnis des Allgemeinen Vorlesungswesens der Hansischen Universität. Das Besondere an diesem Verzeichnis ist, dass an erster Stelle die kolonialwissenschaftlichen Vorträge, Vorlesungen und Kurse besonders angezeigt werden. Diese Vorträge, Vorlesungen und Kurse werden jetzt von dem Kolonial-Institut der Hansischen Universität veranstaltet. Wie bekannt, ist die Hansische Universität aus dem Hamburger Kolonial-Institut von 1908 hervorgegangen. Der Reichserziehungsminister hat seine Zustimmung gegeben, dass eine die verschiedenen kolonialwissenschaftlichen Arbeits- und Fachgebiete zusammenfassende Zentralstelle der Universität geschaffen wird. Dieses erneuerte Kolonial-Institut Hamburgs wird im wesentlichen folgende 4 Aufgaben haben:

- 1.) Zusammenfassung der kolonialwissenschaftlichen Arbeit innerhalb der Universität,
- 2.) Einrichtung kolonialwissenschaftlicher Lehrgänge im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens für besondere Berufsgruppen,
- 3.) Verbindung mit der kolonialen Praxis durch einen Beirat des Kolonial-Instituts,
- 4.) kolonialwissenschaftliche Diplomprüfungen im Rahmen der bestehenden auslandskundlichen Diplomprüfungen der Hansischen Universität.

Dokument 5

Prof. Dr. Peter R. Hofstätter

Herrn
Oberstarzt Dr. K.D. Schulze
Führungsakademie der
Bundeswehr

2 Hamburg-Blankenese

11. August 1966.

Sehr verehrter Herr Oberstarzt!

Mit bestem Dank bestätige ich die in Ihrem Schreiben vom 10.8. genannten Termine für meine Vorträge an der Führungsakademie der Bundeswehr:

3.11., 10.11., 17.11., 24.11., 1.12. und 15.12. 1966.

Ich stelle mich jeweils auf eine Doppelstunde mit Beginn um 14 Uhr (s.t.) ein.

Wie ich Ihnen schon sagte, werde ich mich am 24.11. durch einen meiner Assistenten vertreten lassen müssen; es wird sich bestimmt um einen Herrn handeln, der weder Sie noch die Zuhörer enttäuschen wird.

Für die Vorträge selbst erlaube ich mir, Sie noch einmal um die Möglichkeit zur Vorführung von Diapositiven im Format von 5 x 5 cm zu bitten.

Mit den besten Empfehlungen verbleibe ich
Ihr sehr ergebener

(Unterschrift)

Anlage zu 5

Seminarveranstaltungen

11.01.1967

20.00 – 22.00 Uhr Major von Gehren:
„Die Aufgaben und die Stellung des Offiziers von
Friedrich Wilhelm I. bis heute“

25.01.1967

20.00 – 22.00 Uhr Prof. Hofstätter:
„Führung und Gruppendynamik“

08.02.1967

20.00 – 22.00 Uhr Prof. Hofstätter:
„Führerauswahl und Führereigenschaften“

22.02.1967

20.00 – 22.00 Uhr Prof. Hofstätter:
„Sozialstereotype und Sozialprestige“

08.03.1967

20.00 – 22.00 Uhr Prof. Hofstätter:
„Verhaltenssteuerung“

UNIVERSITÄT HAMBURG

50-40.6

HAMBURG 13, den 1. November 1966
 Edmond-Siemens-Allee
 Telefon 44 19 7 475
 BN 9.09 ()
off. Bock 12.1.66
 /L

Anlage ohne Begleitschreiben

an den Herrn Dekan der Philos. Fakultät

zuständigkeitshalber

mit der Bitte um

- Kenntnisnahme
- weitere Veranlassung
- Meinungäußerung
- und Rückgabe

zum Verbleib

direkte Erledigung, Ueberlassung einer Kopie
 an Magnifizenz Professor Dr. Schäfer und
 Rückgabe des anliegenden Schreibens übersandt.

i.A.

Schr. Geschäftsstelle
 Wissenschaftsrat
 Anlage: vom 27.10.66
 Fehlende Fragebogen für
 Schwerpunkte der Univ. Hmb:
 Orientalistik
 Iberoam. Sprachen u. Kult.
 Erziehungswissenschaft

Rektorvorschau
 Wieder vorgelegt
 10. NOV. 1966
 Wv. 10. XI. 66
 bei - 211 -
alt. d. Schreiben d. Phil. Fak.
v. 8.11.66. 2. d. d. K. H. in

Philosophische Fakultät
 der Universität Hamburg

An den
 Herrn Rektor
 der Universität Hamburg

An die mit der Bitte um Kenntnisnahme.
 Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates Hamburg, den 8.11.66
 5000 Köln-Marienburg
 Marienburger Straße 8

8. November 1966
 9.11.66

Betr.: Schwerpunkte der Philosophischen Fakultät der
 Universität Hamburg.

Bezug: Ihr Schreiben vom 27.10.1966 -Tgb.Nr.1462/66 -

In der Anlage überreiche ich Ihnen die ausgefüllten Frage-
 bogen für die Schwerpunkte

- 1) Orientalistik,
- 2) Überseeische Sprachen und Kulturen, umbenannt in
"Ibero-Amerikanistik (inklusive Altamerikanistik).
- 3) Erziehungswissenschaft.

Beim Schwerpunkt Orientalistik fehlen noch die Angaben
 der Indologie und der Indonesistik, da die Fachvertreter
 auf Reisen waren. Ich bitte diese Fragebogen nachreichen
 auf dürfen. Gleichzeitig erbitte ich einige Fragebogen-
 formulare für diese beiden Fächer, da hier keine der-
 artigen Fragebogen mehr greifbar sind.

Hochachtungsvoll

Jantzen

(Prof. Dr. U. Jantzen)
 Dekan

2. d. d. K. H. in

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
SCHULBEHÖRDE · HOCHSCHULABTEILUNG

G.z. -IX- 60.00 - 6/28
(Bei Antwort bitte angeben)

Hamburg, den 5. August 1968
Fernsprecher: 44 19 7 655 (Dauwahl)
Behördenamt: 09

Schulbehörde - Hochschulabteilung - 3 Hamburg 13 - Moorweidenstr. 18

An die
Universität Hamburg

Universität Hamburg
Bing.: - 8. AUG. 1968
Beart.:

U. v. Lee - R -

*Hat An - R - Am 17.8.
vorgelassen! gebrochene
1.4. Me 9.8.*

Betr.: Sonderforschungsbereiche;
hier: Antrag auf Gewährung von Sondermitteln
für das Jahr 1968

I. Im Juni 1968 hat der Forschungsausschuß des Wissenschafts-
rates aus dem "Verzeichnis 1968" eine sogenannte "Anlaufliste"
zusammengestellt, die Grundlage für die erst langsam anlaufende
Förderung der neuen Sonderforschungsbereiche sein soll.

Hamburg ist in dieser "Prioritätenliste" mit 4 Sonderforschungs-
bereichen vertreten, nämlich (in der Reihenfolge des Verzeich-
nisses):

- Missionswissenschaft und Oekumenikunde,
- Ibero-Amerikanistik einschließlich
- Alt-Amerikanistik,

Orientalistik mit besonderer Berücksichtigung
der Geschichte,
(hierzu läuft ein Antrag der Universität auf
Umbenennung des Sonderforschungsbereiches in:
Orientalistik unter besonderer Berücksichtigung
der China- und Ostasienforschung),
Endokrinologie.

Die Vorbereitungen innerhalb der Universität müssen sich
demnach zunächst auf diesen Bereich konzentrieren, wobei
auch für die in der "Anlaufliste" aufgeführten Sonder-
forschungsbereiche die vorgesehene multilaterale Finanz-
ierung durch Bund und Länder nicht automatisch einsetzt.
Auch in diesen Fällen muß die Deutsche Forschungsgemein-
schaft die jeweilige Hochschule aufgefordert haben, Anträge
auf Gewährung von Sondermitteln zu stellen. Möglicherweise
wird es zu einer weiteren Auswahl unter den in der "Anlau-
fliste" genannten Sonderforschungsbereichen kommen, wenn
nämlich der für das Jahr 1969 vorgesehene Gesamtbetrag von
20 Mio DM nicht zur Finanzierung der 64 Sonderforschungs-

Verfolg *A-Zeile*
vom *7.8.1968*

Geldüberweisung an Konten der Hochschulabteilung (Universitätskassen) Kassen für Finanzabteilung, Kto.-Nr. 1044 23
Hamburger Sparkasse v. 1877, Kto.-Nr. 80/82250 - Postfachkonto: Hamburg 20500 - Kennzeichen: Montag bis Freitag 9-13 Uhr

50 - 40. 6

bereiche der 1. Stufe ausreichen sollte. Die Deutsche Forschungs-
gemeinschaft stellt zur Zeit Erhebungen hierüber an.

II. Eine besondere Lage entsteht für das Jahr 1968. Wegen der zwischen
Bund, Ländern, Deutscher Forschungsgemeinschaft und Wissen-
schaftsrat noch nicht völlig abgeschlossenen Diskussion über De-
tailregelungen, die den Gesamtbereich der Sonderforschungsbereiche
betreffen, kommt zunächst für dieses Jahr nur eine bilaterale
Finanzierung zwischen dem Bund und dem jeweiligen Sitzland in
Betracht. Der Bund hat aber darüber hinaus Schwierigkeiten, die von
ihm im Jahr 1968 bereitgestellten 5 Mio DM für Sonderforschungs-
bereiche einzusetzen, weil entsprechende Komplementärmittel bei
den meisten Bundesländern nicht vorhanden sind.

In dieser Situation besteht eine nicht geringe Chance, das oben
erwähnte Prüfungsverfahren zu unterlaufen und schon jetzt Zugang
zur künftigen multilateralen Finanzierung zu erhalten, sofern auch
Hamburg zusätzliche Mittel für diesen Zweck einsetzen kann. Bisher
bestanden hierfür nach der Haushaltsentwicklung und den Haushalts-
ansätzen keine Aussichten. Inzwischen zeichnet sich ein gewisses
Mehraufkommen in der Steuerentwicklung ab, so daß ein Antrag der
Hochschulabteilung auf nachträgliche Zuweisung von Mitteln mit
mehr Aussicht auf Erfolg an die Finanzbehörde gerichtet werden
könnte.

III. Alles kommt nun in dieser Situation darauf an, schnell zu handeln,
weil jede Bereitstellung zusätzlicher Mittel in diesem Jahr voraus-
setzt, daß sie auch noch bis zum Jahresende ganz oder teilweise
verbraucht werden können. Die Universität müßte daher sehr schnell
prüfen, ob innerhalb der 4 genannten Sonderforschungsbereiche die
Möglichkeit besteht, für besondere Forschungsprogramme zusätz-
liche personelle und sächliche Mittel einzusetzen. Die Sonder-
programme müssen sich im Rahmen der vorhandenen räumlichen
Möglichkeiten bewegen. Etwa für erforderlich gehaltene Baumaß-
nahmen haben in diesem Stadium naturgemäß keine Chance.

Die Anträge sind an die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu richten
und über die Hochschulabteilung zu leiten. Sie müssen begründet

Auszug

aus der Niederschrift über die Besprechung des Rektors mit den Dekanen

vom 14. Okt. 1968

4. Sonderforschungsbereiche; Einzelfragen

Der Rektor berichtet über die Entwicklung des Programmes des Wissenschaftsrates im Hinblick auf die Sonderforschungsbereiche. Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, dass Einzelfragen nicht ausreichend berücksichtigt worden seien, dass insgesamt eine umfassendere Planung und Vorbereitung erforderlich sei.

Der Rektor schlägt vor, mit Senatsdirektor Dr.Meins, den Mitgliedern der Dekanekonferenz und den Sprechern der Sonderforschungsbereiche ein Treffen zu vereinbaren, und Dr. Meins um einen Bericht über die letzte Sitzung des Wissenschaftsrates zu bitten.

Die Anwesenden sind einverstanden. Ein weiterer Antrag auf Einrichtung eines Sonderforschungsbereiches "Afrika" soll bei diesem Treffen erörtert werden.

Abschliessend werden formelle Fragen, insbesondere das Antragsrecht, erörtert.

gez.: Dr. Münzner

Münzner

50 - 40 . 6/12

--	--	--	--

xo.500.3.67

sein. Da es hier jetzt nicht mehr um die Aufnahme in das Verzeichnis der Sonderforschungsbereiche geht, wird es genügen, wenn die wissenschaftliche Themenstellung sowie der für das Jahr 1968 erforderliche Zuschuß aus Sondermitteln für zusätzliche Wissenschaftler und andere Mitarbeiter und für den zusätzlichen sächlichen Bedarf dargelegt werden. Dabei muß auch die künftige Entwicklung einbezogen werden und aufgezeigt werden, wie sich die Fortsetzungsraten mittelfristig in den kommenden Jahren auswirken werden, und welche Erweiterungen des Programms gegebenenfalls zu erwarten sind. In die Überlegungen sind selbstverständlich auch die außerhalb der Hochschule stehenden, dem Sonderforschungsbereich zugeordneten Institutionen, wie z.B. das Institut für Asienkunde, einzubeziehen.

Um eine Unterrichtung der in Frage kommenden Sonderforschungsbereiche zu erleichtern, ist eine entsprechende Anzahl von Kopien zur Weiterleitung an die Fakultät bzw. Institute beigelegt.

gez. Dr. Meins
(Dr. Meins)
Senatsdirektor

14. Februar 1969
Ru/Mi

Vermerk

betr. Sonderforschungsbereich Afrika

Wie sich aus dem Akteninhalt und einem ausführlichen Gespräch mit R.R. B a u m a n n s ergibt, ist der Antrag von Herrn Professor K o l b im August 1968 nicht weitergeleitet worden. Die Universität war mit Schreiben vom 29.8.1968 aufgefordert worden, den Antrag näher zu präzisieren und im Rahmen der Gesamtuniversität zur Erörterung zu stellen. Danach ist meines Erachtens die Befassung des Akademischen Senats mit dieser Angelegenheit zwingend erforderlich. Um zu verhindern, daß Herr Professor Kolb angesichts der großen Arbeit, die er sich mit diesem Memorandum gemacht hat, den Antrag nicht mehr fristgerecht einbringen kann, würde die Hochschulabteilung es befürworten, wenn der Antrag zunächst so vom Rektor weitergeleitet und eine Bestätigung des Akademischen Senats im Sommersemester zur Akte genommen würde. Es wäre dann sogar nicht erforderlich, die fehlende Zustimmung des Senats im Antrag zum Ausdruck zu bringen. Herr Baumanns wird zunächst ein Exemplar des Memorandums zur Kenntnisnahme erhalten. Nach Rückkehr aus meinem Urlaub wird eine Besprechung darüber stattfinden, ob das Memorandum als Antragsgrundlage geeignet ist oder ob noch einzelne Ausführungen nachgereicht werden müssen. Ich werde dann dem Rektor den entsprechenden Antrag fristgerecht zur Unterzeichnung vorlegen.

- S - mit der Bitte um Einverständnis vorgelegt und der Bitte, anliegendes Schreiben zu unterzeichnen.

Auszug

aus der Niederschrift über die Besprechung des Rektors mit den Dekanen

vom 21. 4. 69.....

1. Sonderforschungsbereich Afrika

Der Rektor erläutert den Sachverhalt. Professor Schäfer, der zur Zeit der ersten Vorbesprechung über die Sonderforschungsbereiche Rektor war, berichtet über die Vorgeschichte. Aus den Ausführungen ergibt sich, daß der Sonderforschungsbereich Afrika bereits von Anfang an als hamburgischer Sonderforschungsbereich geplant gewesen sei. Afrikanistik fiel dabei zunächst in das Sondergebiet Überseeforschung und später in das Gebiet Orientalistik. Danach ist der zum 1. April 1969 gestellte Antrag eigentlich nur formaler Natur. Da die übrigen Sonderforschungsbereiche, deren Anfang auch auf das Jahr 1965/66 zurückgeht, nicht im Senat behandelt worden sind, sind sich die Anwesenden darüber einig, daß auch der Sonderforschungsbereich Afrika nicht vom Akademischen Senat behandelt werden soll. Ob die in Aussicht genommene Verfahrensordnung über die Neuanmeldung von Sonderforschungsbereichen eine Behandlung im Senat vorsehen soll und wird, ist damit noch nicht entschieden.

gez. Rupprecht

An die
Schulbehörde – Hochschulabteilung –

3301
50-40.6/12
12. Mai 1969
Ru/Mi

Betrifft: Sonderforschungsbereich Afrika

Bezug: Schreiben der Hochschulabteilung vom 28. August 1968,
Schreiben der Universität vom 14. März 1969

Sehr geehrter Herr Baumanns!

Unter Bezugnahme auf die o.a. Schreiben wird mitgeteilt, daß der Rektor den Antrag von Professor Kolb auf Einrichtung eines Sonderforschungsbereichs Afrika in seiner Besprechung mit den Dekanen am 21. April 1969 behandelt hat. Die ausführliche Erörterung ergab, daß der Sonderforschungsbereich Afrika bereits seit 1960 im Zusammenhang mit der Universität Hamburg im Gespräch ist, und daß schon in den Jahren 1965/66 der Sonderforschungsbereich **Überseeforschung** und später in das Gebiet **Orientalistik einbezogen**. Die Entwicklung dieser beiden Sonderforschungsbereiche machte die Trennung und die gesonderte Antragstellung für den Sonderforschungsbereich Afrika erforderlich. Alle innerhalb dieses Zeitraums beantragten und anerkannten Sonderforschungsbereiche sind nicht im Akademischen Senat behandelt worden. Nach Ansicht der Dekane würde es deshalb in gewisser Weise eine Benachteiligung für den Sonderforschungsbereich Afrika darstellen, wenn zu dessen Antrag auf Anregung die ausdrückliche Zustimmung des Akademischen Senats eingeholt würde. Die Dekane haben deshalb den Rektor gebeten, diesen Sonderforschungsbereich nicht mehr vor den Senat zu bringen und die Behandlung etwaiger späterer Anträge durch eine neu zu schaffende Verfahrensordnung zu regeln.

Um eine Ergänzung des Sonderforschungsbereichs Afrika auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ist die Universität in Zusammenarbeit mit Professor Kolb bemüht.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage:
gez. Rupprecht
(Rupprecht)
Regierungsassessorin

Stempel der Hansestadt Hamburg
Schulbehörde - Hochschulabteilung

den 24. März 1969
406

Herrn
Professor Dr. F l a s c h e
Direktor des Ibero-Amerikanischen Forschungsinstitut
der Universität Hamburg

**Betrifft: Förderung des Sonderforschungsbereiches Ibero-Amerikanistik
einschließlich Alt-Amerikanistik**

Sehr geehrter Herr Professor!

Der Hochschulabteilung ist vor einigen Tagen das Protokoll der Beiratssitzung des Instituts für Iberoamerikakunde vom 12. Februar 1969 übersandt worden. Innerhalb der Tagesordnung ist auch über die Pläne des Instituts zum Ausbau seines Forschungsprogramms gesprochen worden. Interessant war mir, daß die Fragestellungen offenbar über die reine wirtschaftliche Problematik hinausreichen und mit Themen besonders zur sozialen Frage einen für Südamerika ganz besonders wichtigen Aspekt gegenwartsbezogener Forschungsarbeit anpacken.

Ein Sammelband soll zum Beispiel Beiträge zur Berufsausbildung in latein-amerikanischen Ländern enthalten und in monographischen Arbeiten sollen Themen wie

„Die Rolle der Gewerkschaften im latein-amerikanischen Wirtschaftsleben“.

„Die politischen und soziologischen Aspekte der Agrarreform in Latein-Amerika“,

„Die Unterbeschäftigung und Probleme der Verstädterung“

sowie „Die Fragen der sozialen Infrastruktur“

behandelt werden.

Mir scheinen hier wissenschaftliche Aktivitäten von großer Bedeutung für den Sonderforschungsbereich „Ibero-Amerikanistik“ zu liegen, die gerade bei einer Gesamtschau des Subkontinents einen bedeutsamen Teilaspekt darstellen.

Neuer Vorsitzender des Beirats ist Herr Professor Sandner, der ohnehin mit seiner wirtschaftsgeographischen Abteilung ihrem Sonderforschungsbereich angehört. Ich hielte es für richtig, wenn unabhängig von dem jetzt laufenden Verfahren die Bemühungen fortgesetzt würden, das Institut für Iberoamerikakunde an den Sonderforschungsbereich heranzuführen und innerhalb der Universität speziell unter Soziologen oder Politologen Gesprächspartner mit Interesse für diese spezielle Arbeitsrichtung zu gewinnen. Ich könnte mir auch vorstellen, daß selbst im Rahmen des jetzt angelaufenen Forschungsprogramms Soziologen mit Nutzen für die Sache beteiligt werden könnten.

Eine letzte Abrundung könnte dann der Sonderforschungsbereich durch die Mitwirkung der Forschungsstelle für Völkerrecht, von Erziehungswissenschaftlern und Volkswirtschaftlern erfahren. Es wäre damit ein Stamm von Forschern vorhanden, die mit ihren speziellen Forschungsrichtungen einen für die Gesamtbeurteilung Südamerikas entscheidenden Ausschnitt erfassen.

Es könnte auch daran gedacht werden, mit den weiteren Mitgliedern und – soweit möglich – unter Beteiligung der schon einbezogenen Fachrichtungen ein Parallelprogramm aufzubauen.

Allerdings darf nicht verkannt werden, daß naturgemäß die Mittel für die Sonderforschungsbereiche begrenzt sind und nicht immer alle Wünsche gleichzeitig erfüllt werden können. Ein gutes Programm spricht aber bei einer vorhandenen Informationslücke für sich selbst, und außer-

dem wird Hamburgs Stellung auf dem Gebiet der Südamerikakunde nachhaltig unterstrichen.

Mit verbindlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

gez. Baumanns

(Baumanns)

Oberregierungsrat

Durchschrift

an die Universität

mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dokument 14

Ordnung des Sonderforschungsbereiches

1. Formale Ordnung

Als die technische und administrative Zentrale des Sonderforschungsbereiches ist das Ibero-amerikanische Forschungsinstitut der Universität Hamburg vorgesehen, was eine entsprechende personelle und materielle Erweiterung (Sekretariat) voraussetzt. Die am Sonderforschungsbereich beteiligten Institute der Universität Hamburg treffen sich wenigstens allmonatlich zu einer Besprechung in dem genannten Institut. Nach jeder Besprechung wird (bis auf weiteres von Herrn Dr. K.-H. Körner, Ibero-amerikanisches Forschungsinstitut) ein Protokoll angefertigt. Rektor und Syndikus der Universität erhalten eine Durchschrift dieses Protokolls. Auch die außeruniversitären, an der Iberoamerikanistik interessierten und in absehbarer Zukunft mit den Universitätsinstituten zusammenarbeitenden Organisationen werden über die behandelten Fragen auf dem laufenden gehalten.

2. Inhaltliche Ordnung

Entsprechend der ursprünglichen und auch heute noch gültigen Bedeutung des Terminus „Iberoamerikanistik“ sowie gemäß der Verfahrensordnung des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1968, in der als regional bestimmter Sonderforschungsbereich „Iberoamerikanistik einschließlich Altamerika-

nistik, Hamburg (Philosophische Fakultät, Hamburgisches Museum für Völkerkunde und Vorgeschichte)" genannt wird, stellt das **Ibero-amerikanische Forschungsinstitut der Universität Hamburg** (Direktor: Herr Professor Dr. H. Flasche) das Zentrum des Sonderforschungsbereiches dar. Mit ihm arbeiten interdisziplinär zusammen die **Arbeitsstelle für Altamerikanische Sprachen und Kulturen** (die im Hamburgischen Museum für Völkerkunde und Vorgeschichte ihren Sitz hat, Leiter: Herr Professor Dr. G. Zimmermann) sowie vorerst das **Historische Seminar der Philosophischen Fakultät** (Direktor: Herr Professor Dr. G. Moltmann) und die **Wirtschaftsgeographische Abteilung des Instituts für Geographie und Wirtschaftsgeographie der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg** (Direktor: Herr Professor Dr. G. Sandner.) Nach einem schon abgesprochenen Plan werden sich auch in Hamburg beheimatete außeruniversitäre Organisationen (z.B. das **Institut für Ibero-amerika-Kunde**) an dem Forschungsprogramm des Sonderforschungsbereiches beteiligen. Um die im Forschungsprogramm anvisierten Arbeiten möglichst bald, d.h. noch im Frühjahr 1969, weiter vorantreiben zu können, wurden zunächst (in den zwei Abschnitten „Einzelschritte“) jene weiter zu realisierenden Projekte erläutert, die schon in Angriff genommen worden sind.

gez. Hans Flasche
(Professor Dr. Hans Flasche)

Direktor des Ibero-Amerikanischen Forschungsinstituts
der Universität Hamburg und Sprecher
des Sonderforschungsbereichs)

gez. Moltmann
(telefonisch; wegen katastrophaler Wetterverhältnisse)
(Professor Dr. Günther Moltmann Direktor des Historischen Seminars der Universität Hamburg)

gez. Sandner
(telefonisch; wegen katastrophaler Wetterverhältnisse)
(Professor Dr. Gerhard Sandner Direktor des Instituts für Geographie und Wirtschaftsgeographie und Direktor der Wirtschaftsgeographischen Abteilung)

gez. G. Zimmermann
(Professor Dr. Günther Zimmermann)
Direktor des Seminars für Völkerkunde und der Arbeitsstelle für Altamerikanische Sprachen und Kulturen

Anmerkung: Anstelle von „Arbeitsstelle für Altamerikanische Sprachen und Kulturen“ wird im Antrag meist abkürzend „Altamerikanistik“ gesagt.

Dokument 15

Der Rektor
der
Universität Hamburg

Hamburg 13, den 24. Mai 1954
M/Br

An die Herren Mitglieder des Lehrkörpers

Sehr verehrter Herr Kollege! Der Universitätssenat hat beschlossen, im Sommer d.J. eine Veranstaltung durchzuführen, die den Angehörigen der Universität und den Mitgliedern der ihr nahestehenden Vereinigungen (Universitäts-Gesellschaft, Jungius-Gesellschaft, Wissenschaftliche Stiftung) die Gelegenheit bieten soll, einander kennenzulernen und bereits bestehende gesellschaftliche Beziehungen zu festigen. Zur Durchführung dieses Planes ist beabsichtigt, am Sonnabend, dem 10. Juli 1954, im Festhallen-Restaurant am Jungius-Rund auf dem Ausstellungsgelände ein Sommerfest abzuhalten. Der Kreis der Teilnehmer ist durch den angegebenen Zweck bestimmt. Darüber hinaus sollen nur einige hervorragende Persönlichkeiten der Stadt eingeladen werden, die sich der Universität besonders verbunden fühlen. Der Senat der Universität und auch ich selbst würden es sehr begrüßen, wenn sich eine möglichst große Anzahl der Herren Kollegen dazu bereithalten würde, mit ihren Damen an diesem Fest teilzunehmen. Die geplante Veranstaltung ist zugleich ein Beitrag dazu, die Beziehungen der Universität zur Hamburger Öffentlichkeit zu festigen. Der Universitätssenat ist mit mir der Auffassung, daß der Augenblick für ein solches Unternehmen günstig sei.

Um einen Überblick über den Raumbedarf zu erhalten, wäre es mir wichtig zu wissen, wieviele Personen an dem Fest teilnehmen werden. Ich

wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie mir auf dem anliegenden Abschnitt bis zum Freitag, dem 28. Mai 1954, mitteilen würden, ob ich mit Ihrer Teilnahme rechnen darf.

Es besteht begründete Aussicht, die Durchführung des Festes in eigener Weise zu ermöglichen, die den Mitgliedern des Lehrkörpers außer für Speisen und Getränke keine Ausgaben erwachsen läßt. Es ist geplant, das Fest mit einem Nachmittagstee etwa um 17 oder 18 Uhr zu eröffnen und ab 21 Uhr ein kaltes Büfett zur Verfügung zu stellen.

Ihr sehr ergebener
gez. Dr. Bötticher
(Professor Dr. Bötticher)

Dokument 16

HD Hochschul-Dienst

INFORMATIONEN AUS DEN WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Jahrg. VIII/Nr, 23

Bonn

8. Dezember 1955

Kontakt Wirtschaft und Universität

Praktische Erfahrungen im letzten Sommersemester in Hamburg

In der Nr. 20 des Hochschul-Dienstes hatten wir bereits unter der Überschrift „Wirtschaft und Wissenschaft brauchen einander“ über die 2. Informationsreise „Forschung – Wirtschaft“ berichtet und dabei auf ein Referat hingewiesen, das von Herrn Dr. HORST KOTTE, H.F. & Ph.F. Reemtsma, über Kontaktabende zwischen sieben Hamburger Firmen und Professoren und Studenten der Hamburger Universität gehalten wurde. Nachstehend bringen wir eine knappe Zusammenfassung.

Im Bewußtsein der Verantwortung der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Nachwuchs der Universität, insbesondere auf dem Gebiet der Volks- und Betriebswirtschaft führten sieben Hamburger Firmen (ESSO,

Shell, Margarine-Union, BP, Reemtsma, Philips, Pheonix) im letzten Sommersemester Kontakt-Abende mit Professoren, Assistenten und Arbeitsgemeinschaften der Universität durch. Die Zahl der Volks- und Betriebswirtschaft Studierenden in Hamburg beträgt rund 2000. Es besteht daher der dringende Wunsch, die behandelten Themen zu vertiefen, damit sich die Ausbildung nicht zu einem Massenbetrieb entwickelt.

So wurden zwei Arbeitsgemeinschaften gebildet, und zwar eine Wirtschaftspolitische Arbeitsgemeinschaft unter Prof. Dr. SCHREWE, die sich vorzugsweise mit Fragen der Sozialpolitik beschäftigte, und ein Betriebswirtschaftlicher Arbeitskreis mit Prof. Dr. SEISCHAB, Prof. Dr. SEVERING und Dr. SCHÖNFELDT.

Im Rahmen der Wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft wurden folgende Themen behandelt: Aufgaben und Grenzen der betrieblichen Sozialpolitik (betriebliche Möglichkeiten, volkswirtschaftliche Gesichtspunkte) – Die Umschichtung der Arbeitsformen und ihre Wirkung auf den Menschen – Die Stellungnahme der Gewerkschaften zu den freiwilligen Sozialleistungen der Betriebe – Probleme der Nachwuchsausbildung.

In dem Betriebswirtschaftlichen Arbeitskreis standen folgende Probleme im Mittelpunkt: Rationalisierungsfragen – Industrielle Kostenrechnung – Kostenverlauf in der Produktion.

Die Durchführung dieser Kontakt-Abende war dergestalt, daß – nach freundlicher Begrüßung und einleitenden Worten über die Bedeutung des Unternehmens durch einen Herrn der einladenden Firma sowie einem kleinen Abendimbiß – im Mittelpunkt des Abends das Hauptreferat eines Studenten stand. Ein Herr der Praxis hielt darauf ein Korreferat, in dem die Erfahrungen des betreffenden Unternehmens aufgezeigt wurden. Daraus entwickelte sich dann regelmäßig eine so lebhafte und interessante Diskussion, daß diese meist erst zu später mitternächtlicher Stunde abgeschlossen werden konnte.

Ein Herr des Lehrkörpers der Universität faßte seine Erfahrungen am Ende des Sommersemesters wie folgt zusammen: „Es ist wünschenswert, daß auch weiterhin durch Abende in den Betrieben der Kontakt zwischen den Studenten selbst und die Aussprache zwischen den in der gleichen Studienrichtung Interessierten gefördert wird. Im Studium sollten sich persönliche Bindungen entwickeln, die sich später im Leben in der Überwindung der Unpersönlichkeit der Apparaturen, denen wir mehr oder weniger verhaftet sind, nützlich auswirken. – Die Verbindung zwischen

den Dozenten und den Studenten wird durch derartige Abende ungewohnter und persönlicher als im Hörsaal. — Die Begegnung zwischen den Studenten und den Herren aus der betrieblichen Praxis ist zur gegenseitigen Orientierung für beide Seiten sehr zweckmäßig. — Es scheint wesentlich zu sein, daß den Studenten nicht nur die Betriebe als technisch und organisatorisch beachtliche Leistungen erscheinen, sondern daß sie ein Verständnis für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme bekommen, die in jedem Betrieb mit Sachverstand und Verantwortungsbewußtsein gemeistert werden müssen. — Viele Studenten kommen aus einer Umwelt, von der aus sie kaum eine Verbindung zur wirtschaftlichen Praxis haben. Sie sind oft von dem sozialen Ressentiment beeinflusst. Durch die an den Aussprache-Abenden vermittelten Begegnungen können Voreingenommenheiten beseitigt werden. — **In dem Bemühen, den rechten Mann an den rechten Platz zu bringen, und mit der Verringerung der Zahl der nachwachsenden Kräfte kann es für Betriebsleitungen sinnvoll sein, sich den akademischen Nachwuchs anzusehen, ohne daß damit die Vorstellung der Sicherung von Anwartschaften bei den Studenten besteht.**“

Diese Erfahrungen können nur voll bestätigt werden. Alle Herren der obengenannten Firmen beurteilen die Arbeit des letzten Semesters als positiv. Alle Firmen werden auch in Zukunft an dieser Aufgabe weiter mitarbeiten. Neue Firmen kommen hinzu. Die Studenten zeigten ein großes Interesse an allen behandelten Fragen, wenn auch die tatsächlichen Kenntnisse oft recht unterschiedlich waren. Es ist daher angeregt worden, in Zukunft nach Möglichkeit nur Studenten ab dem sechsten Semester an diesen Kontakt-Abenden teilnehmen zu lassen.

Im Gegensatz zu der Handhabung des Sommersemesters, in dem schon vorher seitens der Universität die Vortragsthemen festgelegt wurden, und nachträglich unter den Firmen eine Abstimmung darüber stattfand, wer welches Thema übernehmen sollte, wurde seitens der Firmen angeregt, frühzeitig genug gemeinsam die Themen festzulegen, damit schon im Rahmen der Seminar-Arbeit diese Fragen behandelt werden können und seitens der Firmen die Möglichkeit besteht, Vorsorge dahingehend zu treffen, daß wirkliche Kenner der behandelten Materie über die Praxis sprechen. Es wäre unzulänglich, wenn Firmen, die Investitionsgüter herstellen, an den von ihnen geleiteten Abenden zum Beispiel Fragen der Werbung und Marktanalyse für Markenartikel behandelten.

Der Andrang der Studenten zu diesen Abenden war immer so groß, daß von vornherein eine zahlenmäßige Begrenzung festgelegt werden mußte. Es diente nicht der Vertiefung des Kontaktes, wenn sich die

Überfülle der Hörsäle auch an diesen Abenden zeigen würde. Eine Begrenzung auf 40 Teilnehmer hat sich als zweckmäßig erwiesen. Ein weiteres Mittel, um diese Abende inhaltlich zu beleben, sehen die Firmen darin, daß schon von den Arbeitsgemeinschaften der Universitäten Studenten benannt werden, die damit beauftragt werden, in der Diskussion den Standpunkt des Konsumenten, des Fiskus oder der Gewerkschaft zu vertreten, also das, was man in Amerika als Case-Methode oder Rollenspielen bezeichnet.

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß in Hamburg mit Erfolg praktisch durchgeführt wurde, was auf so vielen Tagungen und Aussprachen immer wieder gefordert wird, nämlich ein enger Kontakt zwischen der Wissenschaft der Universität und der Praxis der Wirtschaft. Daß darüber hinaus noch viel mehr getan werden sollte und daß auch nur ein kleiner Kreis davon erfaßt wurde, ist allen, die daran mitgearbeitet haben, klar.

HD

Dokument 17

— 21 — Az. 60.00—6/28 (1)

den 28. Mai 1969

Vermerk:

Betr.: **Anträge auf Finanzierung der Sonderforschungsbereiche im Jahre 1969;**

hier: Sitzung des sog. „Bewilligungsausschusses“ am 7.5.1969
in Bad Godesberg

Am 7.5.1969 habe ich als Vertreter Hamburgs an den Beratungen über die Finanzierungsanträge aus den Sonderforschungsbereichen der Anlaufliste für das Jahr 1969 teilgenommen.

Die Sitzung brachte folgende wesentliche Ergebnisse:

- I. **Zum Verfahren:** Die in der Sitzung versammelten Vertreter der Länder und des Bundes sowie die Mitglieder des Senatsausschusses der DFG für die Sonderforschungsbereiche konstituierten sich in Ermangelung eines Verwaltungsabkommens und sonstiger Verfahrensregeln als „Bevollmächtigungsausschuß“ für das Jahr 1969. Die Finanzierungsanträge waren zuvor in besonderen Prüfgruppen und dann im Senatsausschuß der DFG behandelt worden. Die wissenschaftlichen Gutachter und auch der Präsident, Professor Speer, machten klar, daß ein Verfahren wie für das Jahr 1969 künftig nicht mehr erträglich sei und die Wissenschaftler in einer unzumutbaren Weise überforderte. Es soll deshalb die sog. „Kampagne 1970“ schon im Sommer 1969 eingeleitet und im Herbst 1969 abgewickelt werden.

Es soll auch überlegt werden, das gesamte Verfahren zu vereinfachen. Die hierfür notwendigen Richtlinien will die DFG erarbeiten, sobald das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Sonderforschungsbereiche geschlossen worden ist.

Die DFG hat zugesagt, jeweils auf einem Blatt zusammengefaßt ihre Stellungnahmen zu den einzelnen Sonderforschungsbereichen nachzureichen.

II. **Zur Sache:**

1. Die Anlaufliste umfaßt z.Zt. 67 Sonderforschungsbereiche, die alle zur Stellung von Anträgen aufgefordert wurden. Von diesen Sonderforschungsbereichen haben 6 keine Anträge gestellt, so daß insgesamt über 61 Anträge entschieden werden mußte.
2. Das Antragsvolumen lag bei mehr als 40 Mio. DM. 20 Mio. DM standen für die Verteilung zur Verfügung. Davon wurden etwa 6 - 7 Mio. DM für Personalanforderungen aufgewendet. Von pauschalen Kürzungen wurde trotz dieser Situation abgesehen und die Mittel schwerpunktartig nach der Gesamtsituation des jeweiligen Sonderforschungsbereichs eingesetzt.
3. Schwierigkeiten bereite auch jetzt wieder, besonders im geisteswissenschaftlichen Bereich, die Bestimmung der für einen Sonderforschungsbereich unabdingbaren Voraussetzungen. Es fehlt an exakten Maßstäben, um überall zu optimalen Ergebnissen zu kommen. Eine allgemeinverbindliche Formel,

wie die Dinge bewältigt werden müssen, gibt es nach Ansicht der Gutachter nicht. Die Frage der jeweiligen Persönlichkeiten für bestimmte Wissenschaftsgebiete spielt bei den Entscheidungen eine erhebliche Rolle. Da die Wissenschaftler nicht an einen Platz gebunden sind, entstehen Probleme für die Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeit auf gleichwertigem Niveau. Zur Zeit läuft noch die Experimentier-Phase, die auf etwa 3 Jahre veranschlagt ist.

4. Im Jahre 1969 wurde auf Begehungen der einzelnen Sonderforschungsbereiche verzichtet, um die ohnehin kurze Zeitspanne bis zum Ende des Jahres nicht noch mehr zu verkürzen. In Zukunft wird von dieser Möglichkeit der Invormation verstärkt Gebrauch gemacht werden.
5. Bei den Anträgen zeigen sich immer wieder ähnliche Fehler. Es wird zu wenig detailliert gesagt, was im einzelnen im Sonderforschungsbereich geplant ist. Nach Ansicht der Gutachter eignen sich möglicherweise bestimmte Fächer und Fachgebiete überhaupt nicht als Sonderforschungsbereiche.
6. Die Ablehnung von Anträgen hat nur Bedeutung für die Förderung im Jahre 1969 und bedeutet nicht die völlige Streichung in der Anlaufliste. Die neuen Anträge für das Jahr 1970 müssen schon im Sommer 1969 vorbereitet werden. Im Herbst 1969 soll darüber beraten werden. Die Begehungen werden vorher stattfinden. Die Begehungstermine werden den Universitäten rechtzeitig mitgeteilt werden. Bei der Begehung soll auch die Frage der Unterbringung bei steigenden Mitarbeiterzahlen überprüft werden.
7. Die Frage, welche Art der Förderung, ob im Schwerpunktverfahren der DFG oder als Sonderforschungsbereich, im Einzelfall gewählt werden soll, bedarf sorgfältiger Prüfung. Eine Förderung nach beiden Verfahren ist nicht möglich. Bisherige Schwerpunktforschung muß ggf. in einen Sonderforschungsbereich übergeleitet werden.
8. Die „Ordnungen“ der Sonderforschungsbereiche, die auf Wunsch der DFG mit vorgelegt werden sollten, weisen in ihrer inhaltlichen Ausgestaltung erhebliche Unterschiede aus. Alle

Ordnungen der Sonderforschungsbereiche sollen von der DFG im Juni und Juli analysiert und dabei auch eine gewisse „Demokratisierung“ im internen Verfahrensablauf sichergestellt werden. Eine größere Einheitlichkeit aller Ordnungen wird die Folge sein.

9. Die sog. Verfügungsmittel sollen dem Umstand Rechnung tragen, daß es nicht möglich ist, bis zum letzten Aktendeckel die Wünsche der Sonderforschungsbereiche finanziell zu bestimmen. Die Verfügungsmittel geben den Sonderforschungsbereichen einen gewissen Spielraum, sich wandelnden Bedürfnissen während des Bewilligungszeitraumes anzupassen und z.B. kleinere Geräte zu beschaffen, Hilfspersonal einzustellen, Reisen zu finanzieren etc.

Die Verteilungsmodalitäten gerade für diese Mittel sind naturgemäß besonders wichtig. Wie ist das Geld im übrigen verwendet worden? Es bestand Übereinstimmung, daß unbefristet geschlossene Arbeitsverträge aus diesen Mitteln nicht finanziert werden dürfen.

10. Im Zusammenhang mit dem Sonderforschungsbereich Ibero-Amerikanistik habe ich auch das Thema künftiger Beamtenstellen in den Sonderforschungsbereichen angesprochen, auf das bereits in der Stellungnahme der Hochschulabteilung hingewiesen worden war.

Die Reaktion war im ganzen negativ. Es ist damit zu rechnen, daß jedenfalls in den ersten Jahren der Anlaufperiode eine solche Verfestigung der Sonderforschungsbereiche als nicht wünschenswert angesehen wird. Stattdessen wurde für hervorragende Wissenschaftler, die in einem Sonderforschungsbereich gehalten werden sollen, so z.B. in Saarbrücken, die Bewilligung einer als Arbeitstitel sog. „SFB-Professur“ diskutiert. In diesem Einzelfall wurde erwogen, einen Sondervertrag über 55.000 DM abzuschließen, der als solcher beamtenrechtlich nicht abgesichert sein sollte. Andererseits ist eine psychologische Entlastung für den Entschluß, sich auf Zeit auf eine solche Regelung einzulassen, dadurch gegeben, daß der Bewerber aus einer vorhandenen H2-Stelle ohne Bezüge beurlaubt werden soll. Die eigentliche Problematik, daß die meistens angestrebte Sicherung auf Dauer auch durch gut-dotierte Zeitverträge nicht erreicht wird, tritt hier also nicht auf. Der Fragenkomplex soll noch im einzelnen weiter erklärt werden.

In diesem Zusammenhang habe ich auch die Frage angesprochen, wie die Einstufung nach dem BAT (Einweisung in eine BAT IIa-oder Ia-Stelle) vorgenommen werden soll, d.h. welche Kriterien hier zugrundegelegt werden sollen. Es wird das Bestreben jedes Sonderforschungsbereiches sein, die bei ihm tätigen Forscher möglichst gut zu dotieren, es ist kaum zu erwarten, daß allein die Tätigkeitsmerkmale des BAT eine ausreichende Sicherung vor einer sehr unterschiedlichen Bewertungspraxis abgeben werden.

III. Die Sonderforschungsbereiche im einzelnen

1. Von den Hamburger Sonderforschungsbereichen sollen die Ibero-Amerikanistik und die Endokrinologie in die Anfangsförderung aufgenommen werden.

Bei der Endokrinologie wurde die kliniknahe Aufgabenstellung besonders hervorgehoben und begrüßt. Hinsichtlich der biochemischen Fragestellungen wurden die personellen Voraussetzungen noch nicht für ausreichend angesehen. Aber auch unabhängig davon haben die Gutachter die im übrigen vorgesehenen Projekte als wichtig und zukunftsfruchtig bezeichnet. Für das Jahr 1969 wurden 530.400 DM zur Verfügung gestellt.

Die Ibero-Amerikanistik wurde gleichfalls anfinanziert. Bei der Besprechung dieses Sonderforschungsbereiches wurde deutlich, daß allgemein die regionalbestimmten Sonderforschungsbereiche bei der Bestimmung der Arbeitsrichtung Schwierigkeiten bereiten. Es wurde eingeräumt, daß der Zusammenstellung im Verzeichnis 1968 des Wissenschaftsrates keine einheitliche Tendenz für die Auswahl der Arbeitsthemen zugrundeliegt und vielfach die angeführten regionalen Arbeitsrichtungen durchaus im engeren linguistischen, kulturellen und literaturwissenschaftlichen Sinne verstanden werden können. Der besondere Ruf der Ibero-Amerikanistik in Hamburg wurde anerkannt und war wohl auch eine wichtige Voraussetzung für die Bewilligung einer Anfangsfinanzierung. Dem Sonderforschungsbereich wird nahegelegt, die Geschichte mehr in den Mittelpunkt seines Programms zu stellen und dafür auch die entsprechenden personellen Voraussetzungen zu schaffen. Dieser Forderung müßte wohl auch bei der Verteilung des Personals und der Mittel für die 1. Stufe des Sonderforschungs-

bereichs Rechnung getragen werden. Daneben müßte die Integration weiterer Disziplinen mit der Arbeitsrichtung Südamerika vorangetrieben werden. Allgemein wurde eine weitergehende Konkretisierung der einzelnen Schritte des Forschungsprogramms gefordert.

Für das Jahr 1969 wurden 248.859 DM zur Verfügung gestellt.

Für beide Sonderforschungsbereiche ist vor der Entscheidung über den Antrag 1970 eine Begehung vorgesehen. Sie soll – ebenso wie bei anderen Sonderforschungsbereichen – auch Aufschluß darüber geben, wie die 1. Finanzierungsquote wissenschaftlich eingesetzt worden ist.

Der Sonderforschungsbereich Orientalistik wurde für das Jahr 1969 zurückgestellt. Es wurde eine sachliche und geographische Einengung für wünschenswert angesehen. Außerdem wurden die personellen Voraussetzungen für noch nicht ausreichend geklärt angesehen. Es soll im Herbst eine Begehung stattfinden und dann auch die Frage der künftigen Arbeitsrichtung im Sonderforschungsbereich (Antrag auf Umbenennung) ausdiskutiert werden.

Der Sonderforschungsbereich Orientalistik, Bonn, mit dem Schwerpunkt Zentralasien wurde in die Anfangsförderung aufgenommen. Auch dieser Umstand wird zu einer geographischen Neuorientierung zwingen, da kaum anzunehmen ist, daß der Schwerpunkt Zentralasien auch für Hamburg bewilligt wird. Der Sonderforschungsbereich wird auch 1970 nur eine Chance haben, wenn eine klare Entscheidung der Universität hinsichtlich des Arbeitsthemas und ein entsprechendes Arbeitsprogramm vorgelegt werden können.

Der Sonderforschungsbereich Ostasien, Bochum, hat für das Jahr 1969 keinen Finanzierungsantrag gestellt, ist also in der Vorbereitung eines zukunftssträchtigen Arbeitsprogramms auch noch nicht sehr weit vorangekommen. Hier scheint für Hamburg eine reelle Chance gegeben, die Südostasien- und Ostasien-Forschung seinerseits zum Schwerpunkt werden zu lassen. Einen guten Überblick über die gegenwartsbezogene China-Forschung müssen sich schon bald des Themas an-

nehmen, wenn die Vorbereitungen bis zum Herbst 1969 weit genug vorangetrieben sein sollten.

2. Als Beispiel für sehr gelungene Anträge und Programme von Sonderforschungsbereichen wurden auf dem naturwissenschaftlichen Gebiet, die Sonderforschungsbereiche 31, Virologie in Frankfurt, 38, Membranforschung in Saarbrücken, 45, Nervenpsychologie in Frankfurt und vor allem der Sonderforschungsbereich 46, Molekulare Grundlagen in Freiburg, besonders herausgestellt. In allen diesen Fällen wurden – mit Ausnahme von Baumitteln im Sonderforschungsbereich 31 – die beantragten Finanzierungsmittel voll bewilligt.

Im geisteswissenschaftlichen Bereich wurde der Sonderforschungsbereich 7, Mittelalter-Forschung in Münster, als beispielhaft angesehen.

gez. Baumanns

Durchschriften für:

1. a) die Universität
b) die Akten 60.00-6/28 (6)
60.00-6/28 (9)
60.00-6/28 (10)
60.00-6/28 (14)
2. -H-, -II-, -14-, -23-, -211-
mit der Bitte um Kenntnisnahme
3. z.d.A.

Wehrdienst (183/68 – 30.9.1968)

Die Wehrtechnische Forschung und Entwicklung (F&E) – früher unter Allgemeinen Bewilligungen versteckt – hat ein eigenes Haushaltskapitel.

Die Gesamtausgaben für F&E sind mit 1,045 Mrd. DM veranschlagt. In dem Betrag enthalten sind auch die Zuwendungen zur Grundfinanzierung div. Institute mit Wehrtechnischen Forschungsaufträgen.

Forschung und Entwicklung (F&E)		1969	1968	1967	1966
Wehrtechnische Entwicklung	Soll	82	95	90	85
	Ist			89	90
Wehrtechnische Entwicklung und Erprobung	Soll	885	830	815	492
	Ist			853	647
Summe der Wehrtechn. F&E incl. Planungsforsch. und sonst. F&E	Soll	977	933	---	---
	Ist	---		942	737
Zuwendungen an Gesellschaften		1969	1968	1967	1966
Deutsche Ges. f. Flugwissenschaften f. wehrtechn. Luftfahrtforsch.	Soll	36	35	---	---
	Ist			34	---
Fraunhofer-Gesellschaft mit vier Instituten	Soll	13	11,8	---	---
	Ist			7,3	---
Ges. z. Förderung d. astrophysischen Forschung in Bonn	Soll	7	6,5	---	---
	Ist			1,6	---
Deutsch-französisches Forschungsinstitut St. Louis (anteilig)	Soll	8,2	8,3	---	---
	Ist			8,1	---
Summe dieser Zuschüsse incl. IABG-Finanzierung, Carl-Cranz-Ges.	Soll	68	64	---	---
	Ist	---		51	---

HAUS RISSEN
INSTITUT FÜR
Politik und Wirtschaft

2 HAMBURG 56
Rissener Landstraße 193
TELEFON 81 22 51

13. September 1967

Sehr geehrte Herren!

Durch die Seminare mit dem Hudson Institut über nukleare Politik und Strategie, weltpolitische Zukunftsperspektiven etc. animiert, wollen wir uns wieder im Kreise unserer kleinen Studiengruppe „Politik und Strategie“ treffen – um einige Gäste erweitert – und zwar am

Freitag, 29.9.1967, von 17.15 - 21.00 Uhr

Meine Kollegen und ich werden über die Seminare mit dem Hudson Institut kurz berichten, damit wir gemeinsam darüber nachdenken können, wie die vorgetragenen amerikanischen Ansichten zu werten und eventuell auf deutsche Interessen umzusetzen bzw. anzuwenden sind.

Herr Afheldt, der Geschäftsführer der Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, hat es liebenswürdigerweise übernommen, über die PUGWASH-Konferenz zu berichten, an der er kürzlich in Schweden teilgenommen hat.

Ich hoffe auf ein recht intensives, anregendes und nützliches Gespräch. Wenn Sie einen für diese Themenstellung qualifizierten Bekannten mitbringen wollen, ist das selbstverständlich gern gesehen mit der Bitte um eine kurze telefonische Nachricht an meinen Kollegen Möller oder mich.

Mit freundlichem Gruß
Ihr
gez. Unterschrift

Vereinsbank Hamburg Girokonto 2/015 17 Postscheckkonto Hamburg 15 12

Abschrift

FREIEUNDHANSESTADTHAMBURG

Schulbehörde - Hochschulabteilung

Fernsprecher: 44 10 71)
Behördennetz: 49) App. 223

den 25. März 1957

An

- 1) die Universität Hamburg
- 2) die Wissenschaftlichen Anstalten
- 3) das Universitäts-Krankenhaus Eppendorf - Verwaltungsdirektion -

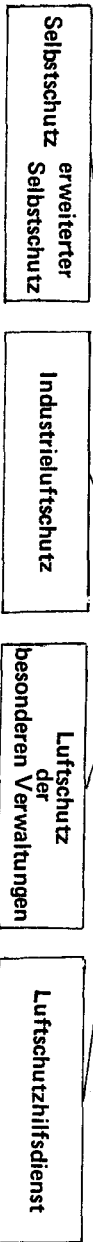
Betrifft: Vorbereitung der Sicherstellung von hochwertigem Kulturgut in Krisenzeiten

Die rechtzeitige und wirksame Sicherung von Kulturgut ist bei aller Würdigung des Vorranges des eigentlichen Bevölkerungsschutzes ein dringendes und wichtiges Anliegen, das von allen beteiligten Stellen in Bund und Ländern gemeinsam einer Lösung zugeführt werden muß. Hierbei muß den gegenüber den Verhältnissen und Erfahrungen des zweiten Weltkrieges veränderten technischen und politischen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Es wird nicht möglich sein, die Sicherungs- und Bergungsmaßnahmen für das wichtigste Kulturgut der Initiative und Findigkeit der einzelnen Betreuer zu überlassen – wie dies im zweiten Weltkrieg bei der erst nach und nach eintretenden Verschärfung des Luftkrieges noch möglich war. Die Verantwortlichen in Bund und Ländern müssen trotz der großen Schwierigkeiten, die sich aus dem Vorrang des Bevölkerungsschutzes, der unerhört gesteigerten Reichweite der Zerstörungsmittel und der sicher zu erwartenden Erschwerung aller Transporte ergeben, alles mögliche zur Sicherung und Bergung des Kulturgutes versuchen.

Dies ist einmal eine unabweisbare nationale Verpflichtung; denn es gehört trotz aller Gefährdung mit zur wesentlichen Sicherung des Volksbestandes, sein reiches kulturelles Erbe zu bewahren und zu sichern. Die Erfahrungen im zweiten Weltkriege, im Zusammenbruch und im Wiederaufbau haben deutlich gezeigt, wie wichtig gerade die kulturellen Güter für den

Dokument 20
Senatskanzlei Abt. D III
Hamburg den 18. VI. 59

fachliche Gliederung der Organisation der Hilfe
Senat der freien und Hansestadt Hamburg
örtlicher Luftschutzleiter
örtl. Luftschutzleitung



Bundes-Luftschutz-
verband e.V.

Bundesverband der
Deutschen Industrie

Bundesbahn
Bundespost
Wasserstraßen
Verwaltung

LS Brandschutz : Feuerwehr
LS Bergungsschutz : THW
LS Sanitätsdienst : DRK, ASB, JUN
LS Veterinärdienst : öff. Veterinärwesen
LS ABC Dienst : Stadtreinigung
LS Betreuungsdienst : Wohlfahrtsverbände
Fernmeldedienst : ohne

Basisorganisation

Lebenswillen und die Lebenskraft eines Volkes sind. Der Sachverstand, die Erfahrungen und das Können sowohl der Luftschuttsachverständigen, der Bautechniker als auch der Betreuer von Kulturgut sollen zusammenwirken, um einen möglichst weitgehenden Schutz zu erreichen.

Diese Anstrengungen entsprechen zugleich einer internationalen Verpflichtung der Bundesrepublik, die durch Unterzeichnung der „Konvention zum Schutz von Kulturgut im Bewaffneten Konflikt“ eingegangen ist.

Zur Vorbereitung zweckdienlicher Maßnahmen bittet die Hochschulabteilung, in den einzelnen Bereichen festzustellen, welche Gegenstände dort als wertvolles Kulturgut zu betrachten sind sowie um Angabe des für deren Unterbringung erforderlichen Raumes.

Für den Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg ist Herr Staatsanwalt Hellge (Behördenetz: 905.6147) beauftragt, den Raumbedarf für hochwertiges Kulturgut festzustellen und die erforderlichen Maßnahmen für eine Sicherung vorzubereiten.

Herr Staatsanwalt Hellge hat sich bereit erklärt, mündlich nähere Angaben über den Umfang des zu schützenden Gutes und über die notwendigen Maßnahmen zu machen.

Den Termin für diese Besprechung wird die Hochschulabteilung nach Abstimmung mit Herrn Staatsanwalt Hellge fernmündlich bekanntgeben.

In Vertretung
gez. Unterschrift
(D a m m)
Oberregierungsrat

Abschrift

Der REKTOR der
UNIVERSITÄT HAMBURG

Hamburg 13, den 28.3.1957
Edmund Siemers Allee 1
M/Br

An
den Herrn Dekan der Evangelisch-Theologischen Fakultät
den Herrn Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
den Herrn Dekan der Medizinischen Fakultät
den Herrn Dekan der Philosophischen Fakultät
den Herrn Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftl. Fakultät

Betr.: **Vorbereitung der Sicherstellung von hochwertigem Kulturgut in Krisenzeiten**

Hiermit übersende ich ein Rundschreiben der Schulbehörde – Hochschulabteilung – über die Vorbereitung der Sicherstellung von hochwertigem Kulturgut in Krisenzeiten. Über diesen Gegenstand hat bereits eine Besprechung zwischen dem Referenten für zivilen Bevölkerungsschutz, Herrn Staatsanwalt Hellge, und dem Universitätssyndikus stattgefunden. Wie Herr Hellge erläutert hat, kommt es vor allem darauf an, Maßnahmen zu treffen, die die rechtzeitige Auslagerung der wertvollsten hamburgischen Kulturgüter im Falle einer Krisenzeit ermöglichen. Zu diesem Zwecke sollen in einer Liste A solche Güter zusammengefaßt werden, die wegen ihres großen Wertes unter allen Umständen außerhalb Hamburgs ausgelagert werden müssen. In eine Liste B sind andere Gegenstände aufzunehmen, die ebenfalls zu den zu schützenden Kulturgütern gehören, aber wegen ihres geringeren Wertes für eine Auslagerung in die Randgebiete in Betracht kommen. Bei den zu schützenden Gütern handelt es sich ausschließlich um solche, die im Falle eines Verlustes nur schwer oder überhaupt nicht wieder beschafft werden können. Der materielle Wert ist von untergeordneter Bedeutung. Da an den weiteren Verhandlungen über diesen Gegenstand nur die Direktoren solcher Institute und Seminare beteiligt zu werden brauchen, bei denen sich Kulturgüter der bezeichneten Art befinden, wird zunächst um eine

Mitteilung gebeten, welche Institute oder Seminare hierfür in Frage kommen.

1 Anlage

Im Auftrage:
gez. Unterschrift
(Dr. Münzner)
Oberregierungsrat

Dokument 23

Der Dekan
der
Philosophischen Fakultät

Hamburg, den 4. April 1957
M.

An die
Herren Mitglieder
der engeren Fakultät

Betrifft: Vorbereitung der Sicherstellung von hochwertigem Kulturgut in Krisenzeiten

In der Anlage übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme Abschriften eines Schreibens des Herrn Rektors der Universität Hamburg vom 28. März 1957 und der Schulbehörde – Hochschulabteilung – vom 25. März 1957. Sollten sich in Ihrem Dienstbereich zu schützende Güter im Sinne der Rundschreiben befinden, die unter die Vorbereitung der Sicherstellung von hochwertigem Kulturgut fallen, wird um Aufgabe an die Fakultätsgeschäftsstelle bis zum 15. Mai 1957 gebeten.

Brunner
Dekan

Dokument 24

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
Schulbehörde – Hochschulabteilung
– 11.32 – 9 –

23. Sept. 1954

An

den Herrn Rektor der Universität Hamburg
die Wissenschaftlichen Anstalten
die Seminare und Institute der Universität
die Kliniken und Institute des UKE
die Verwaltungsdirektion des UKE

Betr.: Bezeichnung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

Das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister hat unter dem 12. August 1954 folgendes Rundschreiben an die Mitglieder der Kultusministerkonferenz gerichtet:

„Unter Bezugnahme auf die Aussprache im Schulausschuss in seiner Sitzung am 6./7. August 1954 in Frankfurt/Main teile ich mit, daß der Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund in einem Schreiben an das Sekretariat darauf aufmerksam gemacht hat, dass der Herr Regierende Bürgermeister von Berlin vor einiger Zeit in einer Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder darauf hingewiesen habe, dass man immer wieder im amtlichen Verkehr die Bezeichnung „Ostzone“ lese oder höre, womit das unter sowjetischer Besatzung stehende mitteldeutsche Gebiet gemeint sei. Es erscheine daher notwendig, dass von Zeit zu Zeit in geeigneter Form die deutsche Öffentlichkeit darauf hingewiesen werde, dass Mitteldeutschland nicht die „Ostzone“, sondern die „sowjetische Besatzungszone“ bildet, während das deutsche Land jenseits der Oder und Neiße als „deutsche Ostgebiete“ bezeichnet werden müssten.

In diesem Zusammenhang wird noch in dem Schreiben auf eine Anregung des Herrn Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen aufmerksam gemacht, der darauf hingewiesen habe, wie wichtig es sei, dass gerade in den Schulen des Bundesgebiets die politisch zutreffende Bezeichnung für das mitteldeutsche Gebiet und ebenso für das deutsche Land östlich der Oder/Neiße verwandt wird. Zum Schluss des Schreibens wird die Bitte ausgesprochen, in den Ländern durch einen entsprechenden Runderlass alle Schulen auf das dargelegte Problem hinzuweisen."

Um gefl. Kenntnisnahme wird gebeten.

In Vertretung
gez. Damm
(Damm)
Regierungsrat

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
Schulbehörde - Hochschulabteilung

Pers.1


Fernsprecher: 44 10 71) App.213
Behördennetz: 49)

den 29. September 1958

An die
Herren Direktoren der Wissenschaftlichen
Anstalten, Seminare, Institute und Kliniken

In der Anlage übersendet die Hochschulabteilung eine vertrauliche und nur für den Dienstgebrauch bestimmte Verfügung des Personalamtes vom 12. Februar 1958 betreffend Bewerbungen von Sowjetzonenflüchtlingen um Einstellung in den öffentlichen Dienst mit der Bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

Anlage


(Dr. Meins)
Leitender Regierungsdirektor

Abschrift

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg
Personalamt
120.40 - 1

12. Februar 1958

Vertraulich !

Nur für den Dienstgebrauch !

An die Senatsämter und Fachbehörden
die Bezirksämter
den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg

**Betr.: Überprüfung von Sowjetzonenflüchtlings, die sich um Einstellung
in den öffentlichen Dienst bewerben**

Der Bundesminister des Innern und der Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte haben die Länder durch Rundschreiben gebeten, die Einstellung von Flüchtlingen aus der Sowjetzone in den öffentlichen Dienst den besonderen Verhältnissen entsprechend für ihren Bereich zu regeln. Vor allem soll dem Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone nicht dadurch Vorschub geleistet werden, daß die Flüchtlinge ohne gewisse Prüfung des Einzelfalles leicht Unterbringungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst finden. Ferner soll durch eine vorherige Überprüfung im Notaufnahmeverfahren sichergestellt werden, daß nur politisch einwandfreie Personen eingestellt werden.

Bei der Einstellung von Bewerbern aus der sowjetischen Besatzungszone in den öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg wird gebeten, neben den allgemeinen Einstellungsbedingungen folgendes zu beachten:

1. Personen aus der sowjetischen Besatzungszone oder dem sowjetischen Sektor Berlins, die seit dem 27. August 1950 ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet, oder Westberlin genommen haben oder künftig nehmen werden, dürfen nur dann in den öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg eingestellt werden, wenn ihnen für den ständigen Aufenthalt eine besondere Erlaubnis nach dem Gesetz über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet vom 22. August 1950 (BGBl. I/367) in der Fassung des § 101 des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. Mai 1953 (BGBl. I/220) erteilt worden ist.

2. Vor Abschluß eines Dienstvertrages ist das Amt für Verfassungsschutz unter Mitteilung der vollständigen Personalien und der Anschrift des Bewerbers in der Bundesrepublik seit dem Zonenwechsel, der letzten Anschrift in der Sowjetzone sowie des Datums des Zonenwechsels zu hören.
3. Auf der Notaufnahmescheinigung wird — bisher mit Ausnahme der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis gemäß Art. 11 GG — das Land bestimmt, in dem der Flüchtling seinen ersten Wohnsitz zu nehmen hat. Ist in diesen Fällen ein anderes Land als Hamburg zum Aufnahmeland bestimmt worden, so ist der Bewerber vor Abschluß eines Dienstvertrages zu veranlassen, bei der Sowjetbehörde — Amt für Vertriebene und Kriegsgeschädigte — die Umschreibung auf das Land Hamburg zu beantragen, sofern seit seiner Einweisung in eine Gemeinde des Aufnahmelandes bis zum Eingang seiner Bewerbung nicht mehr als 12 Monate verstrichen sind.
4. Einstellungszusagen an Bewerber, die noch in der SBZ wohnen oder ihre Aufnahme nach dem Notaufnahmegesetz erst beantragt haben, sind unzulässig.
5. Die für die Einstellung zuständigen Behörden werden ermächtigt, Bewerber aus der SBZ, die im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 1 des Notaufnahmegesetzes sind, vorübergehend bis zur Dauer von 6 Monaten einzustellen, wenn sie nach Einsichtnahme in die Akten der Notaufnahmedienststelle und pflichtgemäßer Prüfung zu dem Ergebnis kommen, daß gegen eine vorläufige Verwendung im öffentlichen Dienst keine Bedenken bestehen. Die Notaufnahmeakten sind von der Sozialbehörde — Amt für Vertriebene und Kriegsgeschädigte — anzufordern. Die nach Ziffer 2 erforderliche Stellungnahme ist jedoch unverzüglich nach der vorläufigen Einstellung einzuholen.
6. Über Ausnahmen von den Ziffern 1 bis 5 entscheidet der Senat — Personalamt — Dabei sind die Bewerbungsunterlagen, die Akten der Notaufnahmedienststelle sowie eine Stellungnahme der Sozialbehörde — Amt für Vertriebene und Kriegsgeschädigte — und der für die Einstellung zuständigen Behörde vorzulegen.

7. Diese Empfehlung ist für eine Veröffentlichung nicht geeignet und nur für den Dienstgebrauch bestimmt.

gez. Dr. von Heppe
Senatssyndicus

Beglaubigt:

gez. Kneesch
Reg.Inspektor.

Dokument 26

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg
Personalamt
113.40-10,86

Hamburg, den 21. April 1959

An

die Senatsämter,
die Fachbehörden,
zugleich für die ihrer Aufsicht unterstehenden Körperschaften,
die Oberfinanzdirektion,
den Rechnungshof.

Betr.: **Förderung radikaler politischer Bestrebungen durch Angehörige des öffentlichen Dienstes;**
hier: **Teilnahme an den kommunistischen Weltjugendfestspielen.**

Vom 26.7. bis 4.8. ds.Js. sollen in Wien die sogenannten Weltjugendfestspiele stattfinden. Bei diesen handelt es sich, wie die Erfahrungen der vergangenen Jahre eindeutig gezeigt haben, um eine kommunistisch gelenkte Veranstaltung. Die Teilnahme an den Weltjugendfestspielen sowie jede Art ihrer Förderung ist daher mit der Pflicht der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu bekennen und für ihre Erhaltung einzutreten, nicht vereinbar.

Das Personalamt bittet, die Bediensteten in geeigneter Form hierauf hinzuweisen.

gez. Dr. von Heppe
Senatssyndicus

Beglaubigt:
gez. Kraemer
(Kraemer)
Büroangestellter

Dokument 27

Prof.Dr.C.F.Frhr.v.Weizsäcker

WIEDERVEREINIGUNG DEUTSCHLANDS UND EUROPAS

Thesen zur internen Diskussion.

Wie alle thesenhaften Formulierungen sind die nachstehenden Sätze Vereinfachungen und Stilisierungen. Ihr Zweck ist, Anhaltspunkte zu geben, an denen Zustimmung oder Widerspruch lokalisiert und dadurch weitere Diskussionen, insbesondere auch die Ausarbeitung anderer als der hier besprochenen Variante unserer Politik, ausgelöst werden können. Für die öffentliche Debatte halte ich solche Thesen für ungeeignet.

A. Grundsätzliches

1. Solange die gegenwärtige weltpolitische Lage in ihren Grundzügen fort dauert, ist eine staatliche Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich.
2. Eine deutsche Wiedervereinigung wird nur möglich sein als Teil eines politischen Prozesses, den man Wiedervereinigung Europas nennen kann.
3. Die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Wiedervereinigung Europas bald, d.h. innerhalb der nächsten zehn Jahre, in Gang kommt, darf man vielleicht auf 1/3 schätzen.

4. Die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Wiedervereinigung Europas nicht bald, aber *s p ä t e r*, d.h. nach Ablauf eines oder mehrerer Jahrzehnte, eintreten wird, kann man vielleicht wiederum auf 1/3 schätzen.
5. Das letzte Drittel, d.h. die Annahme, die Wiedervereinigung Europas werde in unserer politischen Phantasie heute erreichbaren Zeitraum überhaupt nicht anlaufen, erscheint mir nahezu gleichbedeutend mit der Annahme, irgendwann in diesem Zeitraum werde der dritte Weltkrieg stattfinden.
6. Politische Vorbedingungen einer *baldigen* Wiedervereinigung Europas lassen sich heute im Umriß formulieren; dem dienen die Thesengruppen B bis E.
7. Die mögliche politische Gestaltung einer *späteren* Wiedervereinigung Europas heute auszumalen, wäre ein müßiges Beginnen. Doch gibt es gute Gründe für die Annahme, daß in einigen Jahrzehnten fortdauernder Spaltung Europas und Deutschlands die Eigenstaatlichkeit beider jetziger deutschen Staaten so starke Wurzeln geschlagen haben wird, daß eine gute Nachbarschaft, aber keine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zur Folge haben würde.
8. Ein dritter Weltkrieg würde vermutlich vom deutschen Volk höchstens einen dezimierten Rest übriglassen.
9. Es gibt also starke Gründe für die Vermutung, daß eine staatliche Wiedervereinigung Deutschlands entweder auf dem Wege über eine baldige Wiedervereinigung Europas oder überhaupt nicht möglich sein wird.

B. Motive für die Weltmächte

10. Die wichtigste Vorbedingung für eine Wiedervereinigung Europas wäre, daß die beiden Weltmächte ihr gemeinsames Interesse darin fänden, auf diese Weise die zwischen ihnen stehenden europäischen Probleme zu entschärfen.
11. Es ist möglich, aber keineswegs sicher, daß diese Bedingung eintreten wird. Die in den Thesen 3, 4 und 5 benutzten Wahrscheinlichkeiten beruhen vor allem auf meiner Schätzung der Chancen der Erfüllung dieser Bedingung.
12. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion befinden sich in der objektiven Situation einer Konkurrenz um die Hegemonie in der Welt, aus der sich zu lösen nicht im freien Willen ihrer politischen Führung steht, selbst falls diese es auf beiden Seiten wünschen sollte.
13. Diese Konkurrenzsituation könnte definitiv enden durch
 - a) einen Weltkrieg, der wahrscheinlich zur Vernichtung der

Machtbasis, vielleicht der Existenz beider Nationen, oder, mit geringer Wahrscheinlichkeit zum Sieg einer von beiden führen würde; man darf voraussetzen, daß beide diesen Ausgang ihres Konflikts zu vermeiden suchen.

- b) einen Sieg einer der beiden Seiten mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln unter Einschluß des Mittels kleiner Kriege; diese Hoffnung hat beide Seiten in der Aera des kalten Krieges befeuert, dürfte heute aber auf beiden Seiten sehr zurückgegangen sein.
 - c) Das Aufkommen anderer, ihnen vergleichbarer Mächte; heute ist dafür China der einzige Kandidat, oder etwa ein Bündnis mehrerer Mächte; heute läuft zwar die Entwicklung in dieser Richtung, ist aber noch weit vom Ziel.
 - d) die Errichtung einer übernationalen Autorität mit Waffenmonopol; auf die sehr lange Sicht scheint mir dies die einzige Alternative zum dritten Weltkrieg, aber für die nähere Zukunft scheidet es als reales politisches Ziel aus.
14. Die Konkurrenzsituation kann *n i c h t* enden durch
 - a) eine politische Systemänderung in einer der beiden Nationen; auch ein kommunistisches Amerika oder ein demokratisches Rußland wäre nach wie vor objektiv Konkurrent der anderen Nation um die Weltmacht.
 - b) einen Akt guten Willens der beiderseitigen politischen Führung; ein solcher Akt kann die Folgen der Konkurrenzsituation vorübergehend dämpfen und dadurch die Errichtung einer festen Weltordnung vorbereiten, kann aber permanente Wirkungen nur haben durch institutionelle Bindungen eines Ausmaßes, zu dem heute auf beiden Seiten die Bereitschaft fehlt (vgl. 13d).
 - c) spezielle organisatorische Maßnahmen wie z.B. Abrüstung; die Rüstungen sind Folge und nicht Ursache der Konkurrenzsituation.
 15. Ein Abbau der gegenseitigen Spannungen und Bedrohungen liegt gleichwohl gegenwärtig im Interesse beider Mächte. Daran ist vor allem das Aufkommen dritter Mächte und Störenfriede wie China, Frankreich, Ägypten, Indonesien, Kuba schuld. Das Rüstungspatt vermindert zwar die Kriegsgefahr, lähmt aber eben dadurch die Aktionsfreiheit beider Mächte gegenüber Dritten. Diese wäre durch eine Entschärfung der Konkurrenzsituation in höherem Maße wiederzugewinnen.
 16. Das Extrem des denkbaren Spannungsabbaus wäre ein Bündnis zwischen Amerika und Rußland, also eine Vertagung des Austrags ihrer weltpolitischen Konkurrenz und die Errichtung einer Pax Russo-Americana. Dies erscheint vorerst nicht wahrscheinlich. Aber

es gibt eine lange Skala von Möglichkeiten zwischen diesem Extrem und der Wiederverschärfung des kalten Kriegs.

17. Die gegenseitige Lähmung der beiden Weltmächte und ihre Unfähigkeit, sich zu einem Bündnis zusammenzufinden, hat dem Entstehen eines weltpolitischen Polyzentrismus Vorschub geleistet. Dieser hat den Vorteil, notwendige Machtverschiebungen und Interessenausgleiche leichter in Gang kommen zu lassen als die Bipolarität. Er erhält andererseits eine Erhöhung der Weltkriegsgefahr, da er die Weltmächte ständig in die Lage bringt, auf entgegengesetzten Seiten an Streitigkeiten Dritter teilzunehmen. Dies legt eine Kanalisierung und Beilegung der Konflikte durch globale und regionale Abkommen nahe, welche durch die Billigung oder Garantie der Weltmächte stabilisiert würden.
18. Die „Wiedervereinigung Europas“ kann unter diesen Aspekten im Interesse beider Weltmächte liegen.

C. Motive der europäischen Nation

19. Es gibt keine objektiven vitalen Interessen einer europäischen Nation, die durch eine baldige Wiedervereinigung Europas verletzt würden, wohl aber viele, die dadurch gefördert würden.
20. Die westeuropäischen Nationen könnten ihr eine größere Sicherheit gegenüber Rußland und eine Beruhigung des deutschen Problems sowie die Chancen eines erweiterten wirtschaftlichen Marktes verdanken. Unter Abstrich der nicht im objektiven Interesse Europas (auch Frankreichs) liegenden antiamerikanischen Tendenzen entspricht eine solche Regelung dem, was de Gaulle in der letzten Zeit anstrebt.
21. Die osteuropäischen Nationen würden ihr genau das Maß an Unabhängigkeit von Rußland verdanken, das heute überhaupt erreichbar ist, und damit freiere Bahn auf dem Wege der Wiederherstellung freiheitlicher Lebensformen.
22. Die Bundesrepublik müßte dem Plan zwar einige zentrale Thesen ihrer bisherigen Deutschlandpolitik opfern, aber nur solche Thesen, deren Unhaltbarkeit auf die Dauer heute allen Ausländern und vielen Deutschen klar ist. Sie würde dafür die mutmaßlich einzige reale Chance einer Annäherung an die Wiedervereinigung Deutschlands eintauschen.
23. Die DDR würde die vorläufige Anerkennung ihrer staatlichen Existenz erhalten um den Preis einer faktischen Isolierung ihres heutigen Regierungssystems. Es ist anzunehmen, daß sich ihre jetzige Regierung daher der Regelung widersetzen, die Mehrzahl der

Bevölkerung (einschließlich eines erheblichen Teils der kommunistischen Führungsschicht) ihr aber zustimmen würde.

D. Durchführung

24. Ein wiedervereinigtes Europa müßte im engeren Sinn vom Atlantik bis zur russischen Westgrenze, im weiteren Sinn von San Francisco bis Wladiwostok reichen.
25. Das wiedervereinigte Europa im engeren Sinne müßte vorerst ein Bündnis souveräner Staaten mit gewissen vertraglich festgelegten gegenseitigen Pflichten sein.
26. Dieses Bündnis kann nur beginnen mit der vollen Billigung, vermutlich unter der Garantie der beiden Weltmächte. Daher ist es ohne eine stärkere Annäherung der beiden unmöglich. Wenn es längere Zeit dauert, wird es ein Eigengewicht gewinnen, das dieser Garantie nicht mehr bedarf. Da auch die Weltmächte das vorherwissen, müßten beide dieses Bündnis als ihren langfristigen Interessen gemäß ansehen. Diese Bedingung ist wichtiger als alle Einzelinteressen der Bündnispartner selbst. Nur in diesem Sinne der Einschätzung der objektiven Interessengemeinschaft müßte die Regelung den gesamten Raum Nordamerikas, Europas und Sibiriens umfassen.
27. Das Bündnis ist unmöglich, wenn es eine antiamerikanische oder eine antirussische Tendenz hat.
28. Die vermutlich größte objektive Schwierigkeit für das Bündnis bietet die Regelung der Rüstungen der Bündnispartner. Vermutlich wäre Rückzug der amerikanischen und der russischen Truppen aus dem Bündnisgebiet notwendig. Jedoch wäre die Fortdauer der Präsenz „symbolischer“ Streitkräfte beider Weltmächte in ihren bisherigen Besatzungsgebieten, vielleicht sogar Präsenz beider im ganzen Bündnisgebiet ein stabilisierender Faktor, um die Rückkehr im Fall eines Vertragsbruchs wahrscheinlicher zu machen. Die Rüstungen der Bündnispartner selbst wären bis auf weiteres nicht zu fusionieren, aber nach einem Schlüssel zu begrenzen.
29. Die wirtschaftlichen Probleme müssen Gegenstand einer besonderen Studie werden.
30. Innenpolitisch wird keine Angleichung der Systeme gefordert; es ist jedoch zu vermuten, daß sie automatisch einander näherkommen werden. Vorbedingung ist also nur gegenseitige Duldung. Diese besteht heute, trotz aller Beschimpfungen, seit vielen Jahren de facto. Sie würde dann in einem neuen Sinne de jure bestehen. Es ist zu hoffen, daß eben dies die Motive der beiderseitigen Verhärtung, die in der gegenseitigen Angst bestehen, unwirksamer machen und so

insbesondere die Liberalisierung der osteuropäischen Länder fördern würde.

31. Eine übernationale Instanz für Rechtsfragen erscheint notwendig, auch wenn sie nicht leicht zu schaffen ist. Die offizielle Anerkennung eines Prinzips der Rechtsstaatlichkeit sollte Teil des Bündnisvertrages sein. Damit wäre zu verbinden eine Instanz (etwa ein Schiedsgerichtshof) für Streitigkeiten der Bündnispartner untereinander, eine Regelung der Behandlung privatrechtlicher Probleme zwischen Bürgern verschiedener Bedürfnispartner und womöglich auf die Dauer der Errichtung eines obersten europäischen Appellationshofs als Beginn einer übernationalen Rechtsordnung. Rechtsstaatlichkeit hat historisch und sachlich den Vortritt vor den anderen Elementen der Demokratie. Ihre Sicherung ist in den kommunistischen Ländern die vordringliche Aufgabe.
32. Freizügigkeit der Individuen innerhalb des europäischen Raums ist als Endziel unerlässlich und, wenn nicht sofort, so schrittweise zu realisieren.

E. Deutschland

33. Keine europäische Nation außer der deutschen hat ein direktes objektives Interesse an der deutschen Wiedervereinigung. Für viele heute lebende Europäer ist die Wiederentstehung eines einheitlichen deutschen Staates ein Alptraum. Auch die Kommunisten der osteuropäischen Länder sind heute weniger am Fortbestand der jetzigen Regierung der DDR als am Fortbestand der deutschen Teilung interessiert.
34. Wir haben nicht nur nicht die Macht, die deutsche Wiedervereinigung zu erzwingen. Wir haben aus dem unter 33. genannten Grund auch nicht die Möglichkeit, eine sofortige Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands als Bedingung unserer Teilnahme an einer größeren europäischen Regelung durchzusetzen.
35. Andererseits haben alle europäischen Nationen ein objektives Interesse an einer Entschärfung des deutschen Problems. Diese Entschärfung ist solange nicht möglich, als die Teilung Deutschlands gegen den Willen des deutschen Volks aufrechterhalten wird.
36. Beiden Gesichtspunkten würde die folgende Regelung Rechnung tragen: Die Bundesrepublik und die DDR treten als souveräne Partner in das europäische Bündnis ein. Ihre gegenseitigen Beziehungen unterstehen denselben liberalisierenden Regelungen wie die Beziehungen aller Bündnispartner untereinander. Außerdem verpflichten sich beide deutschen Staaten, unter der Garantie und

Kontrolle aller Bündnispartner, 10 Jahre nach Abschluß des Bündnisvertrages eine freie und geheime Abstimmung ihrer Bürger darüber durchzuführen, ob sie sich wieder zu einem Staat vereinigen sollen. Die Wiedervereinigung findet statt, wenn in jedem der beiden Staaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für sie entschieden hat.

37. Der Status Berlin ist bis zur Abstimmung aufrechtzuerhalten und durch die Gesamtheit aller Bündnispartner, gegebenenfalls einschließlich der Weltmächte, zu garantieren. Gegen eine Einbeziehung der ganzen Stadt in diese Regelung wären, wenn die anderen Bedingungen erfüllt wären, vom Westen her vermutlich keine Einwände zu erheben. Geht die Abstimmung für Wiedervereinigung aus, so tritt Berlin in den gesamtdeutschen Staat zurück. Die Regelung des Berliner Status bei Abstimmungsausgang gegen Wiedervereinigung wird nach Ablauf der bis dahin vergangenen 10 Jahre leichter auszuhandeln sein als zu Beginn des Bündnisses, sollte also wenigstens nicht im Detail vorgeplant werden.

F. Schlußbemerkung

38. Das Ziel dieser Aufzeichnung ist nicht, diesen Plan zu propagieren, sondern die Prüfung seiner Möglichkeit und Wünschbarkeit anzuregen. Dazu gehört eine detaillierte Durchführung der in D. und E. angedeuteten Vorschläge und ihr Vergleich mit einer ebenso sorgfältigen Ausarbeitung der anderen Möglichkeiten, die sich unserer Politik heute bieten. Danach wäre die Reaktion außerdeutscher Sachkenner zu prüfen. Erst dann läßt sich entscheiden, ob die Gedanken öffentlich zu erörtern sind.

Dokument 28

Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.

Kuratorium: Dr. h.c.O.A. Fridrich, Düsseldorf; Professor Dr. W. Heisenberg, München; Dr. K. Klasen, Hamburg; Professor Dr. L. Reiser, Tübingen
Leitung: Professor Dr. C.F. Freiherr v. Weizsäcker

ARBEITSPLAN

für eine Studie der Forschungsstelle der Vereinigung deutscher Wissenschaftler über WIEDERVEREINIGUNG DEUTSCHLANDS UND EUROPAS

I.

Ziel der Untersuchung

Wiedervereinigung, Frieden und Freiheit haben die Priorität vor allen anderen Zielen der deutschen Außenpolitik. Es herrscht heute die Auffassung vor, daß die Wiedervereinigung nur als Teil eines langen politischen Prozesses möglich ist, der als Wiedervereinigung Europas bezeichnet wird.

Geht man von dieser Prämisse aus, entwickeln sich für die langfristige politische Strategie drei miteinander verbundene Fragenkreise:

1. Ist diese Wiedervereinigung Europas möglich? Unter welchen Bedingungen?
2. Kann die Wiedervereinigung Europas ohne Gefahr für die Stabilität und Sicherheit Europas realisiert werden? Könnte sie der Sicherheit dienen? Unter welchen Bedingungen?
3. Unter welchen Bedingungen und in welchem Grade kann die Freiheit in einem wiedervereinigten Europa gesichert werden?

Die Untersuchung dieser Fragenkreise dient der Prüfung der Tragweite der zugrundegelegten Prämisse.

II.

Anlaß der Untersuchung

Die Wichtigkeit der Fragestellung bedarf wohl keiner Erläuterung. Hingegen läßt sich fragen, warum die Forschungsstelle der Vereinigung deutscher Wissenschaftler eine Untersuchung dieser Art zu unternehmen beab-

sichtigt, warum sie genau den jetzigen Zeitpunkt wählt und mit welchen Gründen sie hofft, in der Zeitspanne von 2 - 3 Jahren brauchbare Ergebnisse zu erzielen.

Die Untersuchung ergibt sich zunächst als logische Folge der bisherigen Arbeiten der Forschungsstelle. Diese Arbeiten sind hervorgegangen aus der Untersuchung einer Kommission der Vereinigung deutscher Wissenschaftler über Effektivität und Kosten eines Zivilschutzprogramms. Aufgrund eines im Dezember 1964 abgehaltenen hearings des Ausschusses für Inneres des Bundestags hat diese Unterrichtung auf die Gesetzesentwürfe zu diesem Thema eingewirkt. In jenem Hearing wurde hervorgehoben, daß sinnvolle Abschätzungen über ein Zivilschutzprogramm einen Überblick über mögliche Kriegsbilder und deren materielle Folge voraussetzen. Eine solche Untersuchung ist in der Forschungsstelle seit 1965 in Gang und wird im Jahr 1967 abgeschlossen werden. In dieser Untersuchung werden Kriegsbilder gemäß den technischen Möglichkeiten und den heute möglichen Mutmaßungen über die Weiterentwicklung der strategischen Konzeption angenommen. Ein hauptsächlicher Unsicherheitsfaktor ist dabei die Ungewißheit über die Weiterentwicklung der politischen Struktur der Bündnisse in den Jahrzehnten, für welche die Planung des Zivilschutzbauprogramms im ursprünglichen Regierungsentwurf vorgesehen war. Für die laufende Untersuchung bestand nicht die Möglichkeit zu mehr als bloßen Mutmaßungen über diese Entwicklung. Das Bedürfnis einer genaueren Untersuchung drängte sich auf.

Ein zweiter, wesentlich umfassenderer Anlaß ergibt sich aus der Rolle, welche Wissenschaftler in den letzten 10 Jahren in der Diplomatie der Großmächte zu spielen begonnen haben. Die nicht immer koordinierten Gespräche der größeren westlichen Mächte mit der Sowjetunion über Möglichkeiten der Friedenssicherung und der Lösung rüstungstechnischer und regionaler Fragen sind zum Teil durch das Medium wissenschaftlicher Expertenbesprechungen vorangetrieben worden. Eine der Formen dieser Diplomatie durch Wissenschaftler sind zum Beispiel die vor allem von den USA, Groß-Britannien und der Sowjetunion stets erstklassig besetzten Pugwashkonferenzen. Deutsche Wissenschaftler nahmen regelmäßig an diesen Konferenzen teil und wurden dabei in den vergangenen 10 Jahren immer wieder aufgefordert, Beiträge zur Lösung der europäischen Fragen und in diesem Zusammenhang des Deutschlandproblems beizusteuern. Solche Beiträge können, genau wie es bei den Delegationen der westlichen und östlichen Großmächte geschieht, sinnvollerweise nur im Kontakt mit der eigenen Regierung gegeben werden, wobei sich der Regierung die

Chance bietet, in der lockeren und unverbindlichen Form des Wissenschaftlergesprächs Möglichkeiten abzutasten, an welche die offizielle Diplomatie nicht mit derselben Leichtigkeit herantreten kann. Die deutschen Wissenschaftler haben in diesen Fragen jedoch nicht sehr viel an konstruktiven Beiträgen von Regierungsseite erhalten und mußten naturgemäß eigene Vorschläge in sehr behutsamer Weise machen. Andererseits hat die Zurückhaltung der Bundesrepublik in diesen Themen mehr und mehr zu der Gefahr geführt, daß sich die westlichen und östlichen Mächte über unseren Kopf hinweg auf Lösungen einigen, die unsere Anliegen unerfüllt lassen. Daraus entstand der Wunsch, einige Alternativpläne für die Lösung der deutschen und europäischen Fragen auszuarbeiten, die mit der Bundesregierung abgesprochen und in den Gesprächen der internationalen Wissenschaftler zur Diskussion gestellt werden können.

Hiermit hängt ein dritter Anlaß eng zusammen. Vor allem in den USA und Groß-Britannien ist die Technik wissenschaftlicher Analyse politischer und strategischer Probleme in den letzten zwei Jahrzehnten sehr weit entwickelt worden. Neuerdings sind auch stärkere Ansätze dieser Richtung in der Bundesrepublik in Gang gekommen. Die Vereinigung deutscher Wissenschaftler hat eine Reihe von Vorhaben dieser Art begonnen. Die hier vorgeschlagene Untersuchung wäre zugleich ein Modellfall derartiger analytischer Arbeit.

III.

Fragenkatalog

In einem ersten Arbeitsgang wurde versucht, einen Überblick über diejenigen Fragen zu gewinnen, von deren Beantwortung die Beurteilung der drei unter I genannten Probleme abhängt. Die Problemstellung sei hier in einer vorläufigen Weise skizziert:

1. Ist die Wiedervereinigung Europas den Interessen der Weltmächte USA und UdSSR förderlich? Unter welchen Bedingungen ist sie mit diesen Interessen zumindest vereinbar? Oder verstößt die Wiedervereinigung Europas grundsätzlich gegen die Interessen dieser Weltmächte oder einer dieser Weltmächte?

Eine Reihe von Vorfragen taucht hier sofort auf:

Wie entwickelt sich die Konkurrenzsituation zwischen den USA und der UdSSR in der Zukunft? Welchen Einfluß hätte z.B. eine Welternährungs-krise auf diese Konkurrenzsituation? Welche Chance hätte eine „pax-russo-americana“? Könnten die beiden Großmächte insbesondere den politischen Status quo in Europa durch gemeinsame Aktionen so stabilisieren, daß die Gefahr für den Weltfrieden in dieser Region auf ein Minimum reduziert wird? Welche Erfolgchancen haben überhaupt gemeinsame Aktionen der beiden Weltmächte, das Aufkommen neuer Machtzentren zu begrenzen? (Teststop, nonproliferation) Ist das Aufkommen neuer Entscheidungszentren, z.B. eines Vereinigten Europas, der Stabilität in der Welt förderlich oder hinderlich? Ist langfristig eine Stabilisierung der Welt – und damit auch eine Sicherung der Existenz der Weltmächte – eher unter einem Duopol (USA-Rußland), einem Oligopol (etwa bestehend aus den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, China einem Vereinigten Europa?) oder einem wesentlich stärker aufgegliederten System möglich? Unter welchen Bedingungen könnte eine –denkbare– Stabilisierung durch mehrere Machtzentren auch bei den Weltmächten die Priorität vor deren Interesse an der Erhaltung ihrer Sonderstellung erlangen?

2. Liegt die Wiedervereinigung Europas im Interesse der europäischen Staaten? Der Status quo in Europa erscheint uns unbefriedigend. Dennoch stellt dieser Status quo selbst für Deutschland nicht nur eine Sammlung von Nachteilen dar. Er umfaßt im Gegenteil eine Reihe von wesentlich positiven Elementen. Umso weniger kann der Untersuchung der Frage ausgewichen werden, ob und unter welchen Bedingungen eine Wiedervereinigung Europas im Interesse der anderen, nicht geteilten europäischen Staaten liegt. Auch wenn die hier unterstellte These richtig ist, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur im Verlauf einer Wiedervereinigung Europas möglich ist, folgt daraus noch nicht, daß die Wiedervereinigung Europas nur möglich ist mit einer Wiedervereinigung Deutschlands. Unter welchen Bedingungen aber ist die Wiedervereinigung Europas auch dann im Interesse der anderen europäischen Staaten, wenn sie die Wiedervereinigung Deutschlands beinhaltet? Umgekehrt: Ist die Wiedervereinigung Europas auch dann im Interesse Deutschlands, wenn sie keine Wiedervereinigung Deutschlands im nationalstaatlichen Sinne mit sich bringt?

Welche Rolle spielt Groß-Britannien in einem solchen Konzept? Ist Groß-Britannien Teil Europas? Mit dem Commonwealth oder unter Aufgabe des Commonwealth? Oder entwickelt sich Groß-Britannien zu

einem „Bein“ der USA am Rande Europas, so die Präsenz der USA garantierend?

Wie kann ein wiedervereinigtes Europa stabilisiert werden? Nach innen? nach außen? Welche Rolle spielen die Weltmächte für die Stabilität und Sicherheit eines wiedervereinigten Europas? Neutralität Europas? Garantien der Großmächte? Wie soll der europäische Beitrag zur militärischen Komponente der Sicherheit gestaltet werden? Benötigt ein wiedervereinigtes Europa eigene Kernwaffen? Wenn ja, wieviele? (minimum deterrent nach derzeitigem französischen Vorbild?) Sollen diese Kernwaffen kontrolliert werden? Wenn ja, wie und von wem? (den Weltmächten, der UNO?) Welche Beschränkungen der konventionellen Streitkräfte sind notwendig?

Kann die Wiedervereinigung Europas die technologische Lücke zu den Weltmächten schließen? Oder gibt es hierzu nur den Weg der engen Kooperation jedes Teils Europas mit der jeweiligen Weltmacht? Kann eine derartige Kooperation mit den jeweiligen Weltmächten die technologische Lücke überhaupt schließen? Umgekehrt: Kann die Kooperation Europas bei den derzeitigen unterschiedlichen Systemen in Ost- und Westeuropa erfolgreich werden?

Inwieweit erlaubt die unterschiedliche Struktur der Staaten West- und Osteuropas überhaupt eine politische Wiedervereinigung? Inwieweit eine wirtschaftliche? Bei welchem Grad der Koordination der europäischen Staaten werden Anpassungen der inneren Struktur erforderlich? Welche Nachteile haben diese Änderungen der inneren Struktur für die betroffenen Nationen? Für das „establishment“ in diesen Nationen? Inwieweit kann das establishment der betreffenden Staaten diese Entwicklung verhindern, falls sie im Interesse der Bevölkerung liegt? Wo liegt andererseits nach unserer Auffassung das Minimum an Gemeinsamkeit in Europa, wenn eine Wiedervereinigung als Substitut für die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands akzeptiert werden soll?

3. Wie könnte der Weg zur Wiedervereinigung Europas beschritten werden? Diese Frage nach dem Weg hängt im besonderen Maße von der Antwort auf die Vorfragen ab. Einen Ausschnitt aus diesen Vorfragen legten wir oben vor. Andererseits sind viele der hier bei dem Wege auftauchenden Probleme besonders aktuell. Manche Fragen sind Teil der Diskussion um die Tagespolitik. Doch trotz ihrer Dringlichkeit können diese Fragen nicht richtig beantwortet werden, solange über die Vorfragen

keine Klarheit besteht. Führt der Weg zur Wiedervereinigung Europas über die Stärkung der vorhandenen Teilintegrationen (EWG, EFTA, osteuropäische Kooperation)? Oder stört der Aufbau der wirtschaftlich-politischen Teilintegration die Gesamtintegration? Ist der Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten auf einer hohen Integrationsstufe eine Vorbedingung oder ein Hindernis? Welche Rolle spielt Großbritannien in der Vorbereitungszeit? Wird eine gemeinsame Währungspolitik benötigt? Ist eine gemeinsame Währungspolitik möglich? Inwieweit kann eine ost-west-europäische Wirtschaftspolitik politische Schritte vorbereiten? Inwieweit ist eine gemeinsame ost-west-europäische Wirtschaftspolitik zur Zeit überhaupt möglich? Unter welchen Bedingungen könnte diese Politik verifiziert werden? Wie würden sich innenpolitisch solche Anpassungen auswirken, die eventuell für eine Steigerung der west-ost-europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit erforderlich werden könnten?

Wie wirken sich die militärischen Bündnisse auf die Wiedervereinigung Europas aus? Wie insbesondere eine verstärkte Integration im Bündnis? Wie der Abbau von Integrationen?

IV.

Arbeitsmethodik

In Kenntnis der aufgezählten Fragen soll ein Modell oder noch besser sollen einige Alternativmodelle der planvollen Weiterentwicklung Europas für die nächsten 10 oder 20 Jahre hypothetisch aufgestellt werden. In jedem der Modelle werden die aufgestellten Fragen eine jeweils verschiedene Gestalt annehmen. Diese Gestalt ist in jedem der Modelle auszuarbeiten. Daraus ergibt sich dann, daß einige Einzeluntersuchungen unerlässlich sind, um auch nur im Umriß die Ausführbarkeit der Modelle beurteilen zu können. Diese Einzeluntersuchungen werden insbesondere wirtschaftliche, rüstungstechnische und auch diplomatische und juristische Probleme betreffen. Soziologische Fragestellungen werden sich aufdrängen. Solche Untersuchungen sollen, soweit sie mit den verfügbaren Kräften ausgeführt werden können, unternommen werden, soweit sie jedoch diese Kräfte übersteigen, sollen sie klar bezeichnet und nach Möglichkeit als Anregung an andere wissenschaftliche Instanzen weitergegeben werden. Unter den Mitgliedern der Vereinigung deutscher Wissenschaftler befinden sich Leiter und Mitarbeiter einer Reihe der führenden wissenschaftlichen Institute der Bundesrepublik, mit denen in diesem Zusammenhang zu kooperieren wäre.

Die Untersuchung sollte im Idealfall auf eine Zeitdauer von zwei Jahren beschränkt werden, da die Ergebnisse schon möglichst bald zur Verfügung stehen sollten. Die Probleme der Gewinnung geeigneter Mitarbeiter werden die Forschungsstelle wahrscheinlich nötigen, den Arbeitseinsatz etwas langsamer beginnen zu lassen, so daß eine tatsächliche Dauer der Untersuchung von etwa drei Jahren möglich scheint. Der Kostenantrag ist jedoch so angelegt, daß eine voll laufende Untersuchung während zwei Jahren angenommen wird. Die dadurch errechneten Mittel würden möglicherweise über eine etwas längere Zeitspanne hinaus verteilt werden müssen.

V.

Kostenschätzung	Monat	Jahr
I. Honorare für die Projektleitung		
1) Der Leiter, Prof. v. Weizsäcker, verzichtet auf ein Honorar		
2) 1 wissenschaftl. evtl. (Gast-) Berater mit besonderen Erfahrungen auf dem Gebiet der wiss. polit. Analyse	3.500	42.000
1 wissenschaftl. Berater	2.500	30.000
Summe I:		72.000
II. Honorare für wiss. Angestellte und für Forschungsaufträge an wiss. freie Mitarbeiter		
2 Physiker, Bezahlung entsprechend Wiss. Ass. W Ib je 1.600 monatlich	3.200	38.400
1 Jurist, Bezahlung entsprechend Wiss. Ass. W II/W III 1.500 monatlich	1.500	18.000
1 Wirtschaftswissenschaftler mit besonderen Erfahrungen auf dem Gebiet der europäischen Zusammenarbeit, übertariflich	2.250	27.000
1 Politologe		
1 Historiker, zumindest einer mit besonderen Erfahrungen auf militärischem Gebiet, Letzterer übertariflich	2.500	30.000
Ersterer Bezahlung entspr. Wiss. Ass. W Ib	1.600	19.200
Zeithilfen (Studenten), je Woche im Durchschn. 2 Pers. a 10h=20h je 4,50 = 90/Woche		4.500
Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung (12%) für ca. 80% dieser Honorare = 12% v. 109.680		13.200
Summe II:		150.300
III. Grundgeschäftsbedürfnisse monatlich 2.500		
Summe III:		30.000

IV. Schreibpersonal

1 Stenotypistin BAT VII	750	9.000
Arbeitgeberanteil zur Sozialvers. (12%)		1.080
Summe IV:		10.080

V. Raumkosten, Material, Bücher

Raummiete	1.000	12.000
Büromaterial	200	2.400
Postgebühren, Telefon	800	9.600
Bücher, Zeitschriften	1.000	12.000
Techn. Büroeinrichtungen wie Schreibmaschine, Kopiergerät, Rechenmaschine	600	7.200
Druckkosten für Veröffentlichungen		5.000
Summe V:		38.200

Jahr

VI. Kosten für die Benutzung elektronischer Rechenmaschinen (ausgehend von einem Satz v. 200 DM/h und einem Bedarf von 100h/Jahr)	Summe VI:	20.000
VII. Reisekosten		
innerhalb Europas		25.000
außerhalb Europas		22.000
Summe VII:		47.000
VIII. Seminare mit ausländischen Teilnehmern (Reisekosten u. Honorare, 1 Sem. je Jahr)	Summe VIII:	15.000

Gesamtkosten

I:	72.000
II:	150.000
III:	30.000
IV:	10.080
V:	38.200
VI:	20.000
VII:	47.000
VIII:	15.000
insgesamt je Jahr	DM 382.280

Die Kosten entstehen in dieser Höhe erst dann voll, wenn alle erforderlichen Mitarbeiter eingestellt sind.

Die Berechnung des finanziellen Aufwandes für das Vorhaben basiert auf einer vollen Tätigkeit aller eingeplanten Mitarbeiter für zwei Jahre.
Somit ergibt sich ein Gesamtaufwand für das Vorhaben von

DM 774,560

Eine zeitliche Streckung dieser beantragten Mittel auf 2 1/2 bis 3 Jahre wegen der unvermeidlichen Verzögerungen beim Einstellen qualifizierter Kräfte muß vorgesehen werden.

Hamburg, 28. Februar 1967

Dokument 29

Niederschrift

über die Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrats der
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.
am 15. Juli 1968, 1500 Uhr in München

Anwesend unter dem Vorsitz des Präsidenten

Professor Gentner	– Heidelberg
Professor Gierer	– Tübingen
Professor v. Weizsäcker	– Hamburg
Professor Winnacker	– Höchst

die Mitglieder des Verwaltungsrats:

Dr. Dohrn	– Frankfurt/Main
Professor Heisenberg	– München
Rechtsanwalt Selbach	– Oedt b. Krefeld
Professor Wurster	– Ludwigshafen
Professor Zweigert	– Hamburg

Herr Dr. Blessing war verhindert.

von der Generalverwaltung:

Dr. Schneider	– München
Dr. Preiß	– München
Assessor Kneser	– München

Der **Präsident** begrüßt die Anwesenden und dankt ihnen für ihre Bereitschaft, den Antrag auf Gründung eines Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt zu beraten. Einleitend skizziert der **Präsident** die Abfolge der Beratungen seit dem Eingang des Antrags im November 1967. Zur Eröffnung des Gesprächs bittet er Herrn v. Weizsäcker, seine Vorstellungen über die Gliederung und die Arbeitsweise des vorgeschlagenen Instituts in den ersten Jahren sowie über die Form der Zusammenarbeit mit dem Ausland darzustellen.

Herr v. Weizsäcker führt aus, nach etwa 2 Jahren sollte das Institut mit etwa 15 wissenschaftlichen Mitarbeitern seine erste Ausbaustufe erreicht haben und nach weiteren 10 Jahren mit etwa 60 wissenschaftlichen Mitarbeitern seine Endgröße. Eine Zentralabteilung würde sich mit den reinen Grundwissenschaften beschäftigen, die anderen Teile des Instituts mit konkreten Problemen der wissenschaftlich-technischen Welt. Nur ausnahmsweise würde das Institut Forschungsaufträge übernehmen. Es hätte so einen ergänzenden Gegenpol zu den in diesem Problemkreis ebenfalls notwendigen und z.T. schon bestehenden Instituten für Auftragsforschung zu bilden. Die Themen der Institutsarbeit seien

1. in der Zentralabteilung die Grundprobleme der in der Denkschrift angeführten Wissenschaften,
2. in den anderen Gruppen Spezialfragen, für welche in der Denkschrift Beispiele angeführt sind; für die Auswahl dieser Fragen sei die Verfügbarkeit geeigneter Mitarbeiter und die sachliche Dringlichkeit maßgebend,
3. als besonderer Schwerpunkt des Instituts das Durchdenken des großen Zusammenhangs, in dem diese meist isoliert behandelten Fragen miteinander stehen.
Hieraus ergäben sich strukturelle Konsequenzen für die Organisation der Arbeit:

- a) Das Institut müsse erstrangige Sachkenner der behandelten Probleme in seinem Mitarbeiterstab haben. Nicht in allen dem Institut interessanten Gebieten werde das möglich sein. Hier sei feste Zusammenarbeit mit anderen, hierfür ausgestatteten Instituten und Lehrstühlen und Kommissionsarbeit nötig.
- b) Die integrierende Denkarbeit (Punkt 3) könne nicht verantwortlich geleistet werden, wenn nicht auch ständig gewisse konkrete Einzelprojekte im Institut selbst bis ins einzelne durchgeführt würden, um so einen engen Kontakt mit der Realität zu halten.
- c) Die Mitarbeiter der Zentralabteilung sollten in der Themenwahl frei sein, aber angeregt werden, sich persönlich auch an gewissen

Projekten der anderen Gruppen zu beteiligen. Ohne solche Erfahrung am Konkreten bleibe die reine Wissenschaftstheorie unfruchtbar.

Eine kollegiale Leitung des Instituts sei ihm sehr willkommen. Leider könne er aber z.Z. niemanden in der Bundesrepublik benennen, der als zweiter Direktor in Frage käme. Er habe konkrete Hoffnung, Ausländer vom wissenschaftlichen Rang eines möglichen Direktors zum mindesten für längere Gastaufenthalte zu gewinnen. Hingegen sei er in der Lage, sofort 8 junge deutsche Wissenschaftler für das Institut zu gewinnen: für die Zentralabteilung drei über Grundlagen der Wissenschaften arbeitende Herren, davon zwei voll ausgebildete Physiker und ein Philosoph, und für projektbezogene Arbeiten zwei Physiker, ein physikalisch vorgebildeter Jurist, ein Jurist und ein Volkswirt; diese Gruppe zu vergrößern, werde leicht sein.

Für die Art möglicher Projekte nenne er ein paar herausgegriffene Beispiele:

Der Beratende Ausschuß für Forschungspolitik habe Herrn Professor Weise (Kiel; Vorsitzender des zuständigen Ausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft) und ihn selbst mit Studien über die notwendigen Maßnahmen zur Förderung der Computer-Produktion beauftragt. Beiden fehle heute der dazu erforderliche technische Apparat. Wäre das Institut schon gegründet, so würde er es zur Verfügung stellen, um im Jahre 1969 eine merkwöchige „summer study“ der zuständigen Fachleute hierüber durchzuführen. Zur Zeit sei Dr. Seetzen im Institut von Professor Häfele im Kernforschungszentrum Karlsruhe in die Bresche gesprungen, um eine erste systemanalytische Studie dieser Fragen zu erstellen.

Ein heute abgeschlossenes Beispiel für ein durch aktuelle Fragen abgelöstes Projekt sei die unter seiner Leitung in der Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) durchgeführte Studie über Schutzraumbau und Schadenanalyse.

Die Arbeiten einer Kommission des VDW über Welternährung könnten am Institut fortgesetzt werden, um sich insbesondere den entscheidenden Problemen des Zusammenhangs von Industrialisierung, Erziehungswesen und Sozialstrukturen der Entwicklungsländer zu widmen.

Kontakte für enge Zusammenarbeit seien bereits hergestellt: im Ausland mit den Herren Mesthene, Schmandt, J. Adams und Raymond Aron, im

Inland mit dem Kernforschungszentrum Karlsruhe (Professor Häfele) und der Stiftung Wissenschaft und Politik (Dr. K. Ritter).

Zur Form der Arbeit mit Kommissionen vielbeschäftigter Fachleute lehre die Erfahrung, daß diese stets wenigstens einen jüngeren Wissenschaftler brauchten, der die Arbeit vollamtlich koordiniere; diesen zu stellen, werde in solchen Fällen eine Aufgabe des Instituts sein.

Der **Präsident** betont, nachdem Herr v. Weizsäcker dargelegt hat, daß jeder der genannten 8 jüngeren Herren in einem Spezialfach eine abgeschlossene Ausbildung hat, es sei wichtig, daß die Mitarbeiter des Instituts, nicht zuletzt auch wegen der Frage ihrer künftigen Verwendung, in einem Gebiet fest zu Hause sind.

Herr Wurster geht auf seine bereits in den Sitzungen des Verwaltungsrates geäußerten Bedenken ein. Er weist darauf hin, daß die Stiftung Volkswagenwerk sich z.Zt. intensiv mit einem Antrag von Herrn v. Weizsäcker auf Unterstützung von Arbeiten zur künftigen Struktur Europas beschäftige. Dieses Vorhaben falle in den Aufgabenbereich des Instituts. Die Stiftung Volkswagenwerk habe einen „Consultant“ eingesetzt, um eine sorgfältige Prüfung zu gewährleisten. Seine eigene Einstellung zu diesem Antrag sei durchaus positiv, er halte jedoch eine sorgfältige Prüfung für notwendig. In der den Sitzungsunterlagen beigefügten Liste von Institutionen, die sich mit Zukunftsforschung im weitesten Sinne beschäftigten, hält er eine Ergänzung über Aufgaben und Bedeutung der durch diese Einrichtungen geförderten wissenschaftlichen Arbeiten für notwendig. Eine wertende Bestandsaufnahme sei nötig, zur Zeit sei die Liste nur ein Adressbuch.

Dem stimmt **Herr v. Weizsäcker** zu, doch sei hierzu, nicht zuletzt wegen der raschen Entwicklung des Gebietes, ein Apparat nötig, den gerade das geplante Institut bieten könne.

Herr Wurster erwägt, ob die Arbeiten des vorgeschlagenen Instituts nicht universitätsreif seien und ob nicht ein Austausch unter den Fakultäten der Universitäten ausreiche.

Herr v. Weizsäcker verneint diese Frage nachdrücklich. Er selbst könnte die angeregten Arbeiten angesichts der heutigen Krise der Universität und Überlastung der Professoren nur unter Aufgabe seiner Professor durchführen.

Herr Wurster fragt, ob dies nicht nur in seinem persönlichen Fall gelte und nicht unter Umständen für alle genannten projektbezogenen Arbeiten andere Träger zu finden wären. So hätte die Computer-Untersuchung auch von der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder dem Wissenschaftsrat durchgeführt werden können. Auch sei an die UNO und andere politische Organisationen zu denken. Die beispielhaft von Herrn v. Weizsäcker genannten Probleme seien nicht neu, sie würden schon zur Zeit behandelt. Zu fragen sei weiterhin, warum die Arbeiten der rein wissenschaftlichen Abteilung nicht an den Universitäten geleistet werden könnten und warum man nicht zunächst damit beginne, jüngere Wissenschaftler an den bereits vorhandenen wissenschaftlichen Einrichtungen des Auslandes arbeiten zu lassen. Schließlich sei nach der wissenschaftlichen Qualifikation und den Zukunftsaussichten der acht jüngeren Wissenschaftler, von denen Herr v. Weizsäcker gesprochen habe, zu fragen.

Herr v. Weizsäcker antwortet, an den Universitäten könnten diese Fragen nur durch Kommissionen bearbeitet werden, die ohne die ständige, mindestens zweijährige Mitarbeit jüngerer Wissenschaftler nicht arbeitsfähig wären. Hierfür, ebenso wie für die befristete Entsendung jüngerer Wissenschaftler ins Ausland, sei eine Institution notwendig.

Herr Wurster fragt, wie denn dann die Studie, die aus Mitteln der Volkswagenstiftung finanziert werden soll, durchgeführt werde.

Herr v. Weizsäcker weist darauf hin, daß hier die Forschungsstelle der VDW einspringen werde, daß aber ein Institut notwendig sei für die Zeit, in der er von seinen Mitarbeitern nicht mehr ein so hohes Maß an Idealismus erwarten könne, wie es das Arbeiten auf Jahr für Jahr durch ungewisse Stiftungsmittel neu finanzierte Verträge erfordere, und daß gerade die interdisziplinäre Arbeit nur im Rahmen eines Instituts möglich sei.

Herr Wurster fragt, warum für die Feststellung der Prioritäten unter Forschungsvorhaben ein Max-Planck-Institut nötig sei.

Herr v. Weizsäcker antwortet, daß der Schwerpunkt der Institutsarbeit nicht bei den Einzelfragen, sondern auf dem Gebiet der Gesamtsicht der Zeitprobleme liegen solle, und erläutert, zu seiner Beschäftigung mit der Frage der Prioritäten habe die Bitte des Ministers Stoltenberg an den Beratenden Ausschuß für Forschungspolitik geführt, die optimale Verteilung eines festen Betrages zu beraten. Bei der Prüfung der in Betracht kommenden Forschungsaufgaben habe er dann bald festgestellt, daß die von dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung zur Ver-

fügung gestellten Summen zwar für die Unterstützung der Computer-Forschung, nicht aber für die Förderung der Computer-Produktion ausreichen.

Herr Wurster fragt, warum solche Untersuchungen nicht der Wissenschaftsrat durchführen könne.

Herr v. Weizsäcker erwidert, jedes einzelne der Probleme, die das Institut angreifen würde, könnte auch von einer anderen Stelle bearbeitet werden. Es sei freilich immer ein gewisser Apparat notwendig. Das Institut brauche die Arbeit an einzelnen Projekten, um den Sachverstand zu erwerben, der die Voraussetzung des Nachdenkens über den Zusammenhang der Probleme darstelle.

Herr Wurster spricht sich nachdrücklich gegen die Bearbeitung strategischer Probleme in dem vorgeschlagenen Institut aus. Er fragt, warum in dem heutigen Résumé von Herrn v. Weizsäcker davon nicht die Rede gewesen sei. Er weist ferner darauf hin, daß neuerdings auch die Akademien sich mit der Frage beschäftigten, wie die Zukunftsforschung zu fördern sei und stellt die Frage, wie die bekannt gewordenen Pläne der Bayerischen Akademie zu beurteilen seien.

Herr Gentner erläutert aus seiner Sicht, daß es sich bei den Erwägungen der Akademien bisher nur um Vorüberlegungen handele, die noch nicht zu Institutsgründungen führen würden.

Der **Präsident** hält mit Herrn v. Weizsäcker die Universitäten nicht für fähig, die für das vorgeschlagene Institut vorgesehenen Forschungsaufgaben durchzuführen, und erinnert daran, daß sie schon in dem klar umschriebenen Grenzgebiet zwischen Physik, Chemie und Biologie mit einer interdisziplinären Zusammenarbeit versagt hätten.

Die Möglichkeiten für die Förderung der Zukunftsforschung durch die Akademien sei in der Bayerischen Akademie besprochen worden. Man sei überwiegend der Ansicht gewesen, daß zur Bearbeitung ein Institut nötig sei. Weil die Akademien jedoch nicht Träger von Instituten sein sollten, seien starke Bedenken gegen eine Förderung der Zukunftsforschung durch die Akademien geäußert worden, obwohl sie einmütig für eine wichtige Aufgabe gehalten worden sei.

Herr v. Weizsäcker schildert, wie er im Zusammenhang mit der Göttinger Erklärung zur Ausrüstung der Bundesrepublik mit Atomwaffen im Jahre

1956 gezwungen wurde, sich mit strategischen Problemen zu beschäftigen. Damals sei deutlich geworden, daß bei der Arbeit an den heutigen Problemen auf das Gespräch mit Militärs nicht verzichtet werden kann.

Herr Wurster hält es für gefährlich, wenn ein Max-Planck-Institut solche Fragen bearbeiten würde im Hinblick auf Rückwirkungen, die die ganze Max-Planck-Gesellschaft treffen könnten.

Herr v. Weizsäcker teilt die Bedenken gegen ein zu großes Engagement des Instituts an strategischen Problemen. Deshalb komme auch die Berufung eines Militärs von dem Format des Grafen Baudissin nicht in Betracht. Das Institut könne aber keinesfalls völlig auf die Verarbeitung strategischer Informationen verzichten.

Herr Dohrn glaubt, daß bei der Diskussion des Planes einige Ideen mehr in den Vordergrund gerückt seien als sie dem Endziel des Instituts entsprechen würden. So z.B. die Beschäftigung mit Problemen der Strategie, der Ernährung und der Entwicklungshilfe. Er teilt die Bedenken gegen eine Regierungsberatung durch das Institut. Wichtig erscheint ihm jedoch die von Herrn v. Weizsäcker geplante interdisziplinäre Koordination der Forschungsarbeiten. Hier zeige sich ein Weg, wie dem immer weitergehenden Auseinanderfallen der Disziplinen in die Spezialisierung entgegengewirkt werden könne. Herr Dohrn schätzt den jährlichen laufenden Haushalt des Instituts im Anfangsstadium auf etwa 1,5 Mio. DM, nach dem vollen Ausbau des Instituts auf 6,5 bis 7 Mio. DM. Auch erhält die Arbeit mit Hilfe eines ständigen wissenschaftlichen Sekretariats anstelle von Kommissionen für wichtig.

Herr Preiß nennt als von der Generalverwaltung nach Erfahrungswerten ermittelte Zahlen 1 Mio DM für die erste Stufe und ca. 4 Mio. DM für den Endausbau.

Herr Schneider glaubt im Hinblick auf das Berliner Institut für Bildungsforschung, daß die von der Generalverwaltung ermittelten Zahlen zutreffen werden.

Herr Heisenberg ist überzeugt, daß die Arbeiten des vorgeschlagenen Instituts sich im Stil von vergleichbaren Arbeiten unterscheiden werden. Jeder öffentlichen Äußerung werde die sorgfältige Arbeit am Detail vorausgehen. Die bisher von Herrn v. Weizsäcker veröffentlichten Arbeiten erlaubten diese Annahme.

Herr Winnacker trägt seine Bedenken gegen die Gründung des vorgeschlagenen Instituts im Rahmen der Max-Planck-Gesellschaft im Zusammenhang vor. Den Wortlaut seiner Ausführungen übergab er dem Protokoll:

„Die Problematik des Prognostizierens hat Herr Professor v. Weizsäcker in seinem Wiesbadener Vortrag selbst herausgestellt. Er scheut, wie er sagte, vor dem Namen „Wissenschaft von der Zukunft“ zurück und zieht „Kunst der Prognose“ vor. Zur Frage, ob sich ein neuzugründendes Max-Planck-Institut dieser Kunst widmen sollte, möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

1. Von den in verschiedenen Schriften dargestellten, recht heterogenen Themen des Instituts werden viele schon fest bearbeitet, auch in Deutschland. Wir haben über die Zukunft der Kernenergie recht konkrete, über Jahrzehnte reichende Vorstellungen, die ihre Nutzung und Auswirkungen treffen. Wirklich offen ist nur noch die Frage der Fusion. Im gegenwärtigen Stadium muß man aber das Denken hier noch den Physikern überlassen.

Über die Möglichkeiten der Welternährung und die Abwendung von Hungersnöten wird in vielen Gremien nachgedacht. Die Gefahr und die Schwierigkeiten sind erkannt. Die Lösungsmöglichkeiten schlagen nur deswegen nicht durch, weil politische, soziologische und zum Teil auch religiöse Vorstellungen bei den Völkern im Wege stehen, so z.B. in Indien. Es fehlt hier nicht an Überlegungen, sondern an den Voraussetzungen, die aus politischen und anderen Gründen nicht geschaffen werden können.

In der Molekularbiologie sind Ansätze einer gedanklichen Bewältigung der vielen neuen Ergebnisse vorhanden. Hier existiert z.B. der Arbeitskreis um Herrn Professor Kramer. In großen Instituten, in denen Gelehrte vieler Fachrichtungen auf diesem Gebiet tätig sind, werden die Auswirkungen dieses Fachgebietes in den heterogen zusammengesetzten Teams schon lebhaft diskutiert und verarbeitet.

Alle anderen aufgezeigten Probleme sind politischer und militärpolitischer Natur. Ob sich eine wissenschaftliche Gesellschaft hier engagieren soll, erscheint zumindest fragwürdig. Auch zeigt das Beispiel der USA, wo viele solcher Institutionen mit starker Aktivität bestehen, daß die zu erwartenden Erfolge nicht überwältigend sind. Weder das Wettrennen in der Raumfahrt mit den Russen, noch der unglückselige Vietnamkrieg,

bei dem sicher viel gerechnet worden ist, vermögen unbedingt von der Nützlichkeit dieser neuen Methoden zu überzeugen.

2. In Wirklichkeit steht man wohl – und das meint der Kreis von Herrn v. Weizsäcker und alle anderen Menschen, die sich ähnliche Gedanken machen – vor der Aufgabe, die ungeheuren Möglichkeiten des Computers zu nützen. Ob aber bei dem großen und immer noch steigenden Einsatz der Industrie und vieler Institute auf diesem Gebiet eine weitere Arbeitsgruppe große zusätzliche Fortschritte bringen kann, erscheint fraglich. Immerhin mag es möglich sein, mit neuen Möglichkeiten auch neue mathematische Lösungen zu finden, welche die Menschheit weiterbringen.
3. Sowohl der Umfang der modernen Forschung als auch ihr Arbeitsstil haben zur Zusammenarbeit von Menschen vieler Wissensbereiche geführt. Die Notwendigkeit gegenseitiger Ergänzung und Beratung ist heute selbstverständlich, und nicht nur jüngere Forscher diskutieren unbefangenen mit Kollegen anderer Fachrichtung Probleme, die über ihr heute meist sehr enges Wissensgebiet hinausgehen. Jeder steht auf dem Boden seiner eigenen Arbeit und kann das, was er an Aspekten zu einem größeren Thema beiträgt, fundiert belegen. Es läßt sich nun schwer vorstellen, daß eine Art Superwissenschaft Vorteile haben sollte, die kraft ihrer Existenz die Wissenschaftler zur Verständigung untereinander anleitet. Wenn einzelne Gelehrte auf der Höhe ihres Erfolges auf andere Wissensbereiche übergreifen, so mag das zu weiterreichenden Erkenntnissen führen. Wenn aber junge Menschen, die diesen Weg der vorherigen Bewährung nicht gegangen sind, dabei helfen – ohne solche Hilfe ist ja ein Institut nicht möglich – so entsteht eine Superwissenschaft, die sich nicht auf eigene Beobachtungen stützt, sondern nur die Ergebnisse anderer verarbeitet. Sie urteilt über Dinge, die nicht von ihr stammen. Das Resultat wäre ein unbeliebtes Hineinreden in Gedankenbereiche anderer Menschen.
4. Wenn Entscheidungen langsam auf dem Boden sicherer Erkenntnis reifen, ist die Gefahr grober Fehler verhältnismäßig gering. Anders bei einer Institution wie der geplanten, die ja Informationen aus fremder Hand, deren Vorgeschichte und menschlichen Unsicherheitsfaktor sie nicht völlig kennt, verarbeiten muß. Hätte diese Institution keinen Einfluß auf staatliche und industrielle Entscheidungen, so wäre sie von vornherein sinnlos; wird sie aber zur Grundlage wichtiger Entschlüsse in Staat und Gesellschaft, so muß man sich der Gefahr bewußt sein, die hier bei Informationsirrtümern oder personeller Fehlbesetzung – die im

Laufe der Zeit immer möglich ist – auf uns zukommt. Das hohe internationale Ansehen der Max-Planck-Gesellschaft wird jeder Aussage ein Gewicht geben, das vielleicht gar nicht gewollt ist. Im Bewußtsein der Öffentlichkeit ist das, was aus den Instituten dieser Gesellschaft hervorgeht, verlässliche exakte Wissenschaft. Die Veröffentlichungen des zur Diskussion stehendes Instituts würden deshalb ein Vertrauen und eine Autorität besitzen, die ihr prognostischer Charakter vielleicht nicht immer rechtfertigt.

5. Hier liegt das eigentliche Problem. Nicht ob ein solches Institut gegründet wird, das sicherlich nützlich und fruchtbar sein kann, erscheint so wichtig. Entscheidend ist, ob es in der Max-Planck-Gesellschaft entsteht. Die Pax-Planck-Gesellschaft ist in ihren Grundprinzipien immer ein Zusammenschluß der exakten Wissenschaften gewesen. Hin und wieder haben sich in der letzten Zeit Schwierigkeiten ergeben, wenn man eine Einrichtung gründete, wie etwa das Institut für Bildungsforschung in Berlin. Die diskutierte Neugründung könnte zu dem gefährlichen Zustand führen, daß unsere Max-Planck-Gesellschaft allmählich zerfällt in Disziplinen, die mehr philosophischen, soziologischen und naturphilosophischen Charakter haben, und solche der exakten Naturwissenschaften. Sie würde dann den Namen eines der größten Physiker aller Zeiten, der die moderne Physik mit revolutionären Ideen mitbegründete, dabei aber niemals den Boden der exakten Naturwissenschaften verließ, nicht mehr zu Recht tragen können.

Wie problematisch diese Sache von den Wissenschaftlichen Mitgliedern der Gesellschaft selbst gesehen wird, entnimmt man aus dem Protokoll der Besprechung mit den Wissenschaftlern. Am interessantesten ist dort die Diskussion, welcher Sektion das Institut angeschlossen werden soll, wobei man zu keinem Ergebnis kam. Darin und in den Überlegungen zum Namen des Instituts zeigt sich die Problematik einer solchen Einrichtung, die letzten Endes unter geisteswissenschaftlichen Aspekten und mit den Methoden der Geisteswissenschaften über die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik befinden soll.

Natürlich darf man die Zukunft nicht sich selbst überlassen. Jeder von uns hat sich Gedanken zu machen. Wir sollten uns zusammensetzen innerhalb der Wissenschaftszweige, auch innerhalb der Wirtschaft, um Prognosen zu stellen und aus den gegenwärtigen Tendenzen die Zukunft abzuleiten. Das geschieht auch schon in den großen Unternehmen in sehr viel stärkerem Maße, als allgemein bekannt ist. Wir sollten aber nicht innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft etwas schaffen, was bei

aller wissenschaftlichen Fassade doch dem Subjektivismus und dem Zeitgeist unterworfen ist und in dem ehrwürdigen Rahmen dieser Institution für die Öffentlichkeit etwas darstellen würde, was es seinem Wesen nach niemals sein kann.“

Herr Gierer stellt fest, nach seinem Urteil überwogen die für die Gründung des vorgeschlagenen Instituts anzuführenden Gesichtspunkte. Unter ihnen habe das größte Gewicht die Möglichkeit zu hauptberuflicher Zusammenarbeit von Disziplinen verschiedener Wissenschaftler am Institut und damit die Integration verschiedener Disziplinen. Er halte zwar eine völlig integrierende Antwort für unmöglich. Hier habe jedoch die wissenschaftstheoretische Abteilung eine wichtige Funktion.

Herr Gierer äußert die Sorge, was mit den Mitarbeitern geschehen werde, sei es, daß sie sich auf die Dauer den Ansprüchen des Instituts nicht gewachsen zeigen werden, sei es, daß das Institut einmal aufgelöst werde. Er fragt, ob es möglich sei, das Institut in einer Weise zu gründen, die seine Auflösung erleichtert, falls nach dem Ausscheiden von Herrn v. Weizsäcker aus der Leitung des Instituts ein geeigneter Nachfolger nicht zu finden ist.

Herr Wurster fragt ergänzend, wo denn die Wissenschaftler beschäftigt werden sollten, die nicht dauernd am Institut verbleiben könnten.

Herr Gierer fügt seiner Stellungnahme noch hinzu, daß auch nach seinem Urteil die Universitäten nicht in der Lage sind, die für das vorgeschlagene Institut vorgesehenen Arbeiten durchzuführen. Diese Feststellung müsse, so bedauerlich sie sei, getroffen werden.

Herr Gentner vermißt eine klare Vorstellung über die praktischen Probleme, die das Institut bearbeiten sollte. Die von Herrn v. Weizsäcker erwähnte Computer-Frage sei doch sehr kurzfristig von Bedeutung. Sie könnte auch in einem der von dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung gebildeten Arbeitskreisen bearbeitet werden, die recht erfolgreich gewesen seien. Bisher seien Prognosen regelmäßig unzutreffend gewesen (Uranreaktor – Fusionsreaktor, Energiewirtschaft).

Er könne sich vorstellen, daß das Institut als Gastinstitut für Hochschul-lehrer, die für einige Zeit von der Universität beurlaubt seien, eine Funktion hätte. Es sei aber schwer vorstellbar, daß ständige Mitarbeiter gewonnen werden könnten, die jeweils die richtige Vorbildung für die anstehenden Fragen hätten.

Herr Zweigert sieht das wichtigste Bedenken gegen das vorgeschlagene Institut in dem Fehlen einer wissenschaftlichen Methode für Prognostik. Wenn nicht Herr v. Weizsäcker zur Leitung des Instituts bereit wäre, in dessen Person die Gewähr für Bedacht und Präzision der Arbeiten gegeben sei, würde er der Gründung des Instituts nicht zustimmen können. Angesichts der Notwendigkeit, solche Methoden zu entwickeln, könne das Institut vielleicht als „Institut für theoretische Prognostik“ oder „experimentelle Prognostik“ bezeichnet werden.

Herr Selbach hält, bei allem Gewicht, das er den Argumenten der Herren Wurster und Winnacker beimißt, die für eine Gründung des vorgeschlagenen Instituts sprechenden Gründe für überwiegend. In doppeltem Sinne handle es sich um eine klassische Aufgabe für die Max-Planck-Gesellschaft: Es liege eine Aufgabe vor, die die Universitäten nicht wahrnehmen können, und es werde ein Institut für einen hervorragenden Gelehrten vorgeschlagen. Auch er habe Bedenken gegen die Hinzuziehung von Militärs, halte diese jedoch für unvermeidlich, wenn strategische Probleme bearbeitet werden sollen, was auch er im Interesse des Nachdenkens über die Zusammenhänge für nötig halte.

Herr Gentner warnt davor, das vorgeschlagene Institut keiner Sektion einzuordnen.

Der **Präsident** mißt der Frage, welcher Sektion man das Institut zuordnen solle, keine entscheidende Bedeutung zu. In der Präsidentenkommission sei vor allem besprochen worden, daß für die Vorbereitung der Institutsgründung keine Sektion allein zuständig wäre. Nach seiner Gründung empfehle sich die Zugehörigkeit des Instituts zur Geisteswissenschaftlichen Sektion.

Hiergegen hat **Herr Winnacker** Bedenken.

Der **Präsident** hält die Frage der Sektionszugehörigkeit deshalb nicht für bedeutend, weil sich keine Sektion bei der Wahl ihrer Gutachter an die Sektionsgrenzen halte.

Herr Heisenberg berichtet von dem außerordentlich starken Echo bei den an der Tagung der Nobelpreisträger in Lindau teilnehmenden fortgeschrittenen Studenten, das Professor Rabi auf seinen Vortrag „Science in the Future of Universities“ erhalten habe. Der jungen Generation genüge es nicht mehr, sich zu guten Wissenschaftlern heranzubilden, sie habe vielmehr ein starkes Bedürfnis zu wissen, in welche Richtung die Dinge sich

entwickeln. Er halte es für wünschenswert, daß die Max-Planck-Gesellschaft mit der Gründung des vorgeschlagenen Instituts diesem Bedürfnis entgegenkommt.

Herr Winnacker wendet ein, auch für Professor Rabi gelte, daß er es zunächst zur Meisterschaft in seinem Fach gebracht habe, bevor er sich den anderen Erwägungen zugewendet habe. Gerade diesen Weg könnten die jungen Mitarbeiter des vorgeschlagenen Instituts nicht gehen. Er fürchte, daß in dem Institut eine „Lehre“ begründet werde. Er könne sich nicht vorstellen, daß die jungen Mitarbeiter des Instituts in ihr Fachgebiet zurückfinden werden.

Herr Schneider führt zur Frage nach der Zukunft ausscheidender wissenschaftlicher Mitarbeiter aus dem Institut aus, wenn das Institut in der Weise arbeiten werde, wie sie sich aus der Darstellung von Herrn v. Weizsäcker ergebe, so würden aus dem Institut ausscheidende, durch seinen Stil geprägte Mitarbeiter mit ihrer Fähigkeit zur vorurteilslosen und sachlich begründeten Entscheidung in Politik und Verwaltung gute Verwendung finden können.

Es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß von den Gremien der Max-Planck-Gesellschaft über die Zukunft des vorgeschlagenen Instituts unter Einschluß der Möglichkeit seiner Auflösung beraten wird, wenn Herr v. Weizsäcker einmal die Leitung des Instituts abgeben wird. Dieser Weg sei in letzter Zeit grundsätzlich besprochen worden.

Herr v. Weizsäcker empfindet es als eine gewisse Belastung, daß die Überlegungen zur Gründung des Instituts durch seine Person so stark bestimmt werden. Er räumt jedoch ein, daß die Konzeption des von ihm vorgeschlagenen Instituts auf seine Person hin formuliert sei.

Der Schwerpunkt seines Interesses liege bei der interdisziplinären Forschung, die nicht als Superwissenschaft bezeichnet werden sollte. Neben diesen wissenschafts-theoretischen Arbeiten fühle er sich aber verpflichtet, sich zu praktischen Problemen eine Meinung zu bilden und nötigenfalls Vorschläge zu machen. Die von Herrn Winnacker aufgestellte These, interdisziplinäre Forschung sei nicht lehrbar, bedürfe insofern der Einschränkung, als er die Erfahrung gemacht habe, daß Mitarbeiter in demselben Maße zum interdisziplinären Arbeiten angeregt werden könnten, als man selbst solche Arbeiten durchführt.

Gegen die von Herrn Zweigert vorgeschlagene Bezeichnung des Instituts als „Institut für theoretische Prognostik“ habe er Bedenken. Prognose sei eine Kunst, die auf der wissenschaftlichen Aufbereitung der zu Grunde liegenden Tatsachen beruhe, sie sei keine wissenschaftliche Deduktion.

Herr v. Weizsäcker betont, daß er als Einzelperson ohne die Unterstützung durch einen Apparat, wie ihn das vorgeschlagene Institut bieten würde, in Zukunft nicht zu den wichtigen Problemen Stellung nehmen könne, wie er das in den vergangenen Jahren wiederholt getan habe.

Er fühle sich in der Lage, das Institut etwa 10 bis 12 Jahre zu leiten. Die Auflösung des Instituts nach seinem Ausscheiden halte er für etwa ebenso wahrscheinlich, wie dessen Fortsetzung. Denkbar sei auch, daß dann nur die rein wissenschaftliche Abteilung weitergeführt und die projektgebundenen Arbeiten an interessierte Stellen übergeben würden.

Von den 60 Wissenschaftlern, die nach Konsolidierung des Instituts dort arbeiten sollen, würden nur etwa 15 in der wissenschaftlichen Abteilung tätig sein. Er rechne mit einer starken Fluktuation bei der Bearbeitung der projektgebundenen Probleme. Nur mit Gästen zu arbeiten, halte er für unmöglich. Der Stamm ständiger Mitarbeiter müsse stark genug sein.

Zur Zukunft der Mitarbeiter, die nicht ständig am Institut bleiben werden, führt Herr v. Weizsäcker aus, in seiner gegenwärtigen Funktion als Professor der Philosophie, mache er es sich zur Regel, als Doktorand nur den zuzulassen, der in einem anderen Fach ein abgeschlossenes Examen nachweisen könne. Analog werde er von jedem Mitarbeiter des Instituts die völlige Sicherheit in einem Spezialfach verlangen. Zur Beschäftigung aus dem Institut ausscheidender Mitarbeiter teile er die Meinung von Herrn Schneider.

Anknüpfend an das Beispiel, daß das vorgeschlagene Institut ein Gutachten zu erarbeiten hätte über die Möglichkeiten der Computer-Forschung und Computer-Produktion, fragt **Herr Winnacker**, ob ein Max-Planck-Institut jemals den Mut aufbringen könnte, über die Zukunft eines ganzen Industriezweiges ein Urteil abzugeben. Er warnt vor der Autorität, die ein Gutachten eines Max-Planck-Instituts unter der Leitung von Herrn v. Weizsäcker bekommen könnte. Er weist auch darauf hin, daß auch große Industrieunternehmen Prognose-Abteilungen unterhalten. Eine gewisse Einigkeit sei in der bisherigen Diskussion allenfalls über die allgemeine Abteilung mit mathematisch-grundlagenwissenschaftlicher Tendenz erzielt worden.

Herr v. Weizsäcker erwidert, es sei für ihn ein methodisches Grundprinzip, daß auch die wissenschaftliche Aufbereitung eines komplexen Tatsachenmaterials keine Gewißheit garantieren könne und keine Fehlerfreiheit beanspruchen dürfe. In dem als Beispiel herangezogenen Sonderfall einer offiziellen Auftragsarbeit würde selbstverständlich der Kontakt mit den betroffenen Industrieunternehmen herbeigeführt werden. Die an den Beratenden Ausschuß gestellte Frage laute übrigens nicht, ob in der Bundesrepublik die Computer-Produktion gefördert werden solle. Das Institut könne lediglich die Frage beantworten, welche Maßnahmen nötig würden, wenn die Computer-Produktion gefördert werden soll. Immer bliebe den politischen Institutionen die Entscheidung vorbehalten. Ihnen würden im Falle eines Auftrags die im Institut erarbeiteten Ergebnisse vorgelegt werden. Anderes könnte allerdings für Forschungsergebnisse gelten, die – wie das als Regelfall geplant sei – nicht auf einem Auftrag beruhen. In diesem Zusammenhang wolle er darauf hinweisen, daß er immer, wenn ihn seine Überlegungen zu gegenüber der Regierung abweichenden Meinungen geführt haben, er zunächst vertraulich die zuständigen Stellen unterrichtet habe. Was zu geschehen habe, wenn solche Ergebnisse nicht in der angemessenen Weise angehört oder berücksichtigt würden, müsse in jedem Einzelfall neu entschieden werden.

Herr Winnacker wiederholt seine Warnung vor dem Einfluß eines Einmann-Institut der Max-Planck-Gesellschaft auf Entscheidungen, die, für welchen Industriezweig auch immer, außerordentliche Bedeutung haben können. Solche Entscheidungen könnten der Max-Planck-Gesellschaft angelastet werden. Beratungsgremien hätten dagegen bisher erfolgreich Milliardenbeträge verteilt.

Herr v. Weizsäcker betont, die Tätigkeit solcher Beratungsgremien solle keineswegs ausgeschlossen, sondern gerade unterstützt werden. Die Computer-Entwicklung habe er lediglich als Beispiel genannt. Das Institut sollte nach Möglichkeit nicht zur Entscheidung über aktuelle Fragen herangezogen werden.

Herr Heisenberg entgegnet Herrn Winnacker, immer müsse der Entscheidung die Beratung und die Prognose vorausgehen. Die Beratung durch ein Institut mit der Unabhängigkeit eines Max-Planck-Instituts müsse sich vorteilhaft auf die Qualität der Beratung auswirken. Im übrigen solle das Institut nur ausnahmsweise Auftragsforschung betreiben. Er teile nicht die Sorgen vor einer Belastung des Instituts oder der Max-Planck-Gesellschaft.

Der **Präsident** erinnert daran, daß das Institut als ein offenes Institut geplant sei, das die Mitarbeit jedes Interessierten erlaube. Er gibt zu bedenken, ob nicht das Beispiel der Beratung in Fragen der Computer-Förderung im Verlauf des bisherigen Gesprächs gegenüber den übrigen Anliegen des Instituts zu stark betont worden sei.

Herr Wurster entgegnet hierzu, es handle sich lediglich um das genaue Durchdenken der in dem Antrag ausdrücklich als Aufgabe des Instituts genannten „Beratungsaufgaben“ an einem Beispiel. Auch Herr Wurster fürchtet, daß in Kürze das Institut mit Aufgaben voll ausgelastet und die Max-Planck-Gesellschaft mit seinen Ergebnissen belastet sein werde.

Der **Präsident** weist darauf hin, daß ähnliche Befürchtungen im Verlauf der Beratungen über die Gründung des Instituts für Bildungsforschung geäußert worden seien. Auch dieses Institut sei im Rahmen der Max-Planck-Gesellschaft gegründet worden, um ihm die notwendige Freiheit zu gewährleisten. In völliger Verkehrung früherer Bedenken werde heute häufig beklagt, daß das Institut für Bildungsforschung zu aktuellen Tagesfragen keine Stellung nehme. Gerade die Notwendigkeit, eine solche Einrichtung von Aufträgen der Tagespolitik freizustellen, spreche für ein Max-Planck-Institut.

Herr v. Weizsäcker wiederholt, daß es nicht dem Wesen des vorgeschlagenen Instituts entsprechen würde, kurzfristige Vorschläge zu aktuellen Problemen zu machen. Als Beispiel für die Hilfe, die ein Institutsapparat einer Kommission viel belasteter Wissenschaftler gewähren könnte, verweist er auf die von den Herren Eigen und Westphal angeregte, von Herrn Kramer geleitete Studiengruppe der VDW über Auswirkungen der Biologie auf menschliches Leben, die nach ihrer Gründung im Oktober 1967, erstmals im Oktober 1968 zusammentreten kann. Dafür könnte das Institut, wenn es schon existierte, einen Arbeitsstab zur Verfügung stellen. Hier sei an den Gedanken von Herrn Gentner anzuknüpfen, das Institut könne Treffpunkt für Gäste und Ort für Tagungen sein. Dazu genüge aber nicht, wie Herr Gentner wiederholt einwirft, ein ganz kleiner Stab.

Herr Schneider weist auf die große Bedeutung hin, die eine beratende Institution mit der Unabhängigkeit eines Max-Planck-Instituts gegenüber den Erwägungen und Entscheidungen der Verwaltung hätte. Sie böte die Möglichkeit der Korrektur und der Überprüfung unter anderer Blickrichtung. Zu der von Herrn Wurster erwähnten Möglichkeit einer Durchführung einiger der projektgebundenen Aufgaben durch den Wissen-

schaftsrat führt Herr Schneider aus, der Wissenschaftsrat werde in den nächsten Jahren voll mit der Zukunft der Hochschulen beschäftigt sein. Bilde man aber für die einzelnen Aufgaben Kommissionen, so fehle es wiederum an einer Stelle, die den Zusammenhang der Probleme bedenke.

Der **Präsident** sieht sich durch den Verlauf des Gesprächs nicht in seiner Überzeugung erschüttert, daß das Institut entsprechend dem Antrag unter der Leitung von Herrn v. Weizsäcker gegründet werden sollte. Die Max-Planck-Gesellschaft sei der Ort, wo das Institut vor den drohenden Gefahren am besten geschützt sei. Mit seiner Gründung würde sich die Max-Planck-Gesellschaft auch nicht von ihren eigentlichen Zielsetzungen entfernen. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit würde auch nach der Gründung des vorgeschlagenen Instituts ganz eindeutig bei der Förderung der exakten Wissenschaft liegen. Ihm scheine, daß im Laufe des Gesprächs die Bedeutung der rein wissenschaftlichen Zentralabteilung nicht ausreichend gewürdigt worden sei. Bei ihr handle es sich um eine echte Aufgabe der Max-Planck-Gesellschaft. Bei den Überlegungen zur Zukunft der Mitarbeiter des Instituts dürfe man sich nicht an den versagenden Wissenschaftlern orientieren. Er halte die Ansicht für richtig, daß gute Mitarbeiter des Instituts mit ihrer am Institut gewonnenen Erfahrung für viele Stellen sehr wertvoll seien.

Der Erweiterte Verwaltungsrat erörtert die weitere Behandlung des Antrags auf Gründung eines Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt mit folgendem Ergebnis:

1. Von der heutigen Sitzung soll eine ausführliche Niederschrift angefertigt werden, die im Entwurf den Teilnehmern des Gesprächs zugänglich gemacht werden soll, um ihnen die Möglichkeit zu geben, innerhalb einer zu bestimmenden Frist die Wiedergabe ihrer Ausführungen zu korrigieren oder zu ergänzen.
2. Eine Zusammenfassung aller in den bisherigen Beratungen zu dem Antrag vorgetragene Argumente sollen dem Senat rechtzeitig zur Vorbereitung seiner Beratung des Antrags in 1. Lesung anläßlich der Senatssitzung im November dieses Jahres zugesandt werden.
3. Die Beratung des Antrages durch den Senat soll durch ein kurzes zusammenfassendes Referat im Plenum eingeleitet werden. Der Verwaltungsrat wird in seiner Sitzung am 18. Oktober dieses Jahres über die Vorbereitung der Diskussion im Senat noch einmal beraten.

4. Ein Beschluß des Senats über den Antrag soll erst in 2. Lesung im Rahmen der übernächsten Sitzung des Senats herbeigeführt werden.

Herr v. Weizsäcker hat volles Verständnis für die mit diesem Verfahren verbundene Verzögerung der Entscheidung über seinen Antrag. Er weist jedoch auf die Schwierigkeiten hin, die daraus für die Finanzierung der unter seiner Leitung bereits laufenden Arbeiten, die an dem vorgeschlagenen Institut weitergeführt werden sollen, entstehen können.

Herr Wurster erinnert daran, daß sich die Stiftung Volkswagenwerk an dem bereits genannten Antrag von Herrn v. Weizsäcker, über den im November dieses Jahres entschieden werde, sehr interessiert gezeigt habe, wenn auch die Entscheidung heute nicht sicher vorauszugehen sei.

Der **Präsident** weist darauf hin, daß in aller Regel Finanzierungsträger bereit seien, laufende Arbeiten bis zu einer kurz bevorstehenden endgültigen Entscheidung über ihre anderweitige Finanzierung weiter zu finanzieren.

Der **Präsident** schließt die Sitzung gegen 19.00 Uhr.

gez. Butenandt

gez. Schneider

Dokument 30

C.F. v. Weizsäcker

Memorandum über den Vorschlag zur Gründung eines

Max-Planck-Instituts für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt

Dieses Memorandum soll die in bisherigen Denkschriften gegebene Darstellung des im Titel genannten Gründungsvorschlags in doppelter Hinsicht ergänzen. Es ist so abgefaßt, daß es auch ohne Kenntnis jeder Denkschriften verständlich ist. Die Ergänzung betrifft:

1. Eine zusammenfassende Darstellung der Motive für den Gründungsvorschlag, also der Ziele des geplanten Instituts.
2. Eine gegenüber den bisherigen Absichten modifizierte Planung des Aufbaus und der Arbeitstechnik des Instituts

I. Zielsetzung

Unser Schicksal hängt in wachsendem Maß von der Wissenschaft ab. Das gilt in erster Linie von der naturwissenschaftlichen Erkenntnis und der durch sie ständig weitergebildeten Technik und praktischen Medizin. Es gilt auch von der Anwendung wissenschaftlicher (manchmal auch pseudo-wissenschaftlicher) Methoden auf Probleme der Gesellschaftsstruktur und der Politik und der hierdurch ermöglichten Manipulation dieser Bereiche. Diese unsere Abhängigkeit von der Wissenschaft zeigt eine unheimliche Ambivalenz. Ein Lebensgeist der Wissenschaft ist das ständige Wachstum des Wissens, also eine bestimmte Weise des Fortschritts. Aus dem wachsenden Wissen resultiert eine ständig wachsende, in unsere Hände gelegte Macht. Diese Macht manifestiert sich in vieler Hinsicht als Quelle eines unbestreitbaren, messbaren Fortschritts in der Verbesserung unserer Lebensbedingungen. Es genügt, als Beispiel den ständig wachsenden Wohlstand in den Industrieländern und die wachsende Lebenserwartung der Menschen auf der ganzen Welt zu nennen. Die wachsende Macht der Menschen zeigt aber zugleich einen fast undurchschaubaren, scheinbar ziellosen Automatismus. Niemand von uns weiß, wohin die ständige Weiterbildung der Waffensysteme, die wachsende Bevölkerungszahl, die fortschreitende Umwandlung der Naturlandschaft (Nutzung, Ausbeutung, Verschmutzung ...) führen wird. Die Anstrengung, diese Konsequenzen zu durchschauen, ist aber lebenswichtig für unsere Zukunft.

Gehen wir mehr ins einzelne, so finden wir eine doppelte Unübersichtlichkeit im Fortschritt unserer wissenschaftlichen Macht, eine Unübersichtlichkeit, die in mancher Hinsicht geradezu den Eindruck eines drohenden Chaos erweckt. Einerseits sind die praktischen Auswirkungen der gegenwärtigen und erst recht der zukünftigen wissenschaftlichen Erkenntnisse oft kaum vorhersehbar. Andererseits – und dies ist eine der tieferliegenden Ursachen dieses „Chaos“ – ist uns schon der innere Zusammenhang der Wissenschaften selbst, deren Wachstum und Auswirkungen wir zu überschauen versuchen, gerade durch ihr großes quantitatives Wachstum immer undurchsichtiger geworden. Der Vorschlag zur Gründung des im Titel genannten Instituts hat den Zweck, die äußerste uns heute mögliche

Anstrengung zu machen, um dieses scheinbare Chaos gedanklich zu durchdringen.

Eine solche Arbeit kann von keinem Einzelnen geleistet werden. Der Verfasser dieses Memorandums hat seine eigene Arbeit seit längeren Jahren fast ausschließlich an dieser Aufgabe orientiert. Er war dadurch genötigt, sich in eine Fülle heterogener Gebiete einzuarbeiten. In jedem Gebiet blieb ihm nichts anderes übrig, als die besten Fachleute herauszufinden, um sie dann mit den wichtigsten Fragen der anderen Bereiche zu konfrontieren. Er mußte also ständig interdisziplinäre Zusammenarbeit in Gang setzen. Die Absicht des Instituts ist, diese Zusammenarbeit zu institutionalisieren und dadurch aus der den Einzelnen überfordernden Form der ad hoc-Gespräche in die Form fester Arbeitsplanung zu überführen.

Inhaltlich muß dies auf den beiden oben genannten Ebenen zugleich geschehen. Auf der mehr äußeren Ebene der praktischen Auswirkungen der Wissenschaft ist es nötig, das zum Teil schon fast unübersehbare Material über Einzelfragen zu sichten und zu koordinieren, den Zusammenhang der Einzelprobleme zu durchdenken und von daher eventuell neue, bisher unterlassene Einzeluntersuchungen anzuregen. Hierzu wurden in früheren Denkschriften als Beispiele die folgenden Fragenbereiche genannt: Welternährung und Entwicklung, Strukturprobleme hochindustrieller Gesellschaften, technologische Prognostik, Auswirkungen der Biologie und Medizin, Entwicklung der Waffensysteme und der daraus folgenden Konzepte der Strategie bzw. Rüstungsbegrenzung, Zielvorstellungen der Weltpolitik, mögliche politische und wirtschaftliche Strukturen im europäischen Raum. Dabei dürfte sofort deutlich sein, daß es nicht darauf ankommen kann, in einer dieser Einzelfragen die Menge der vorliegenden Detailuntersuchungen durch neue Detailuntersuchungen zu vermehren, sondern sie in einen Zusammenhang zu rücken, der von keiner der Einzelfragen aus, wenn man sie isoliert nimmt, sichtbar werden kann. Der Einzelforscher sollte von diesen interdisziplinären Studien vor allem die Anregung erhalten: „Wonach muß ich eigentlich sinnvollerweise fragen?“

Auf der tieferliegenden Ebene des inneren Zusammenhangs der Wissenschaften läßt sich die Aufgabe durch den Titel einer Philosophie der Wissenschaften andeuten. Philosophie kann angesichts der Fülle des heutigen Wissens nicht die Form eines von einem Einzelnen ausgedachten Systems haben. Sie muß eher die Entwicklung eines Denkstils und einer Begrifflichkeit sein, die den Vertretern der einzelnen, spezialisierten Fächer wieder erlaubt, miteinander über die gemeinsamen Grundprobleme

zu sprechen – ein Versuch, der bisher allzuoft an einer Unfähigkeit des gegenseitigen Verstehens gescheitert ist. Hierzu ist es nötig, die allen Fachgebieten gemeinsamen Grundwissenschaften zu studieren und ihren wahren Zusammenhang herauszuarbeiten. Solche Grundwissenschaften sind einerseits formaler Natur wie die seit Jahrtausenden gewachsene reine Mathematik und Logik und die neuerdings entstandenen Wissenschaften, die unter Titeln wie Systemanalyse, Informationstheorie, Spieltheorie usw. auftreten. Sie sind andererseits inhaltlich bestimmt wie Physik, Chemie, Biologie, Soziologie, Psychologie, wobei der Zusammenhang dieser Inhalte gerade das eigentlich philosophische Problem darstellt. Es ist die Überzeugung des Verfassers dieser Denkschrift, daß über diesen Zusammenhang heute sehr viel mehr und Zuverlässigeres gesagt werden kann als im durchschnittlichen Selbstverständnis der Spezialisten dieser Fächer bewußt wird. Diese Aufgabe läßt sich aber nur in der Zusammenarbeit philosophisch interessierter und zugleich auch spezialistisch ausgebildeter Vertreter der verschiedenen Fächer angreifen.

II. Arbeitsplan

Für die Arbeit des Instituts in dem Zeitraum, für den heute geplant werden kann, sollen nunmehr – etwas abweichend von den bisherigen Denkschriften – zwei deutlich gegeneinander abgesetzte Phasen vorgeschlagen werden, die etwa bezeichnet werden können als

1. Theoretische Anfangsphase

2. Entwicklungsphase

1. Theoretische Anfangsphase. Das Institut wird in einer ersten, mehrjährigen Phase genötigt sein, seinen eigenen weiteren Arbeitsplan selbst erst zu entwickeln. Es wird in dieser Phase gut tun, auf die Untersuchung von Einzelfragen in Projektform zu verzichten und seine ganze Anstrengung auf die Ausarbeitung eines ersten Bildes des Zusammenhangs der vorliegenden Problemkreise zu richten. Erst aus einem solchen Bild kann eine „Strategie“ der weiterhin nötigen Untersuchungen hervorgehen. Diese Anfangsphase setzt zweierlei voraus:

a. Eine verhältnismäßig kleine Gruppe ständiger Mitarbeiter muß den technischen Apparat, die Vielseitigkeit der Information und die Kontinuität der Arbeit gewährleisten. Es muß sich hier um ausgebildete Spezialisten der oben genannten Fachbereiche handeln, die bereit sind, ihre Arbeits-

kraft mindestens für Jahre, vielleicht permanent, interdisziplinären Studien zur Verfügung zu stellen. Im Durchschnitt werden dies jüngere Wissenschaftler sein. Ihre Anzahl mag um 10 oder 15 herum liegen. Der Verfasser traut sich zu, eine Gruppe solcher Wissenschaftler schnell zusammenzubringen.

b. Es ist notwendig, die schlechthin besten Sachkenner der relevanten Gebiete aus der ganzen Welt zur Zusammenarbeit zu gewinnen. In vielfachen internationalen Kontakten in den letzten Jahren hat der Verfasser festgestellt, daß diese Sachkenner zu solcher Zusammenarbeit nur zu gern bereit sind, sofern ihnen die Aussicht geboten wird, daß die Arbeit sie mit Personen adäquaten Niveaus aus anderen Gebieten zusammenbringt, und sie gegen voreilige öffentliche Verallgemeinerung und gegen wohlmeinendes Geschwätz abschirmt. Sobald ihm eine organisatorische Basis dafür zur Verfügung stünde, könnte er eine Reihe internationaler Sachkenner teils zu wiederkehrenden Arbeitstagen, teils zu kürzeren oder längeren Studienaufenthalten gewinnen.

Diese Zusammenarbeit, für die es heute noch keine Entsprechung in anderen Organisationen zu geben scheint, würde einerseits den Arbeitsplan für die zweite Phase des Instituts erst zu entwickeln gestatten, andererseits von vornherein in den internationalen Raum hinein Anregungen für dortige neue Arbeiten geben können.

In den früheren Denkschriften war vorgeschlagen, daß das Institut zugleich einige Einzelprojekte aus den oben genannten Gebieten bearbeiten sollte. Als Hauptgrund dafür wurde der Mensch genannt, die Mitarbeiter des Instituts vor der Gefahr eines „elfenbeinernen Turms“ zu bewahren und in hinreichender Praxisnähe zu halten. Es wurde ausdrücklich betont, daß jedes solcher Projekte, isoliert genommen, auch von anderen Institutionen ausgeführt werden könnte. Im jetzigen Vorschlag ist auf solche Projekte, wenigstens für die erste Phase, ausdrücklich verzichtet, Grund dafür ist die Besorgnis, das Institut könnte durch solche Projekte von vornherein überlastet und den Gefahren eines zu raschen und damit planlosen Nachdenkens, die als die eigentliche Aufgabe des Instituts gelten muß, sollte in der unter a. und b. bezeichneten Weise aus ohne Einzelprojekte möglich sein.

2. Entwicklungsphase. Es liegt in der Natur des hier vorgelegten Plans, daß diese Phase heute noch nicht im einzelnen beschrieben werden kann. Es ist denkbar, daß die theoretische Anfangsphase einen Arbeitsstil entwickelt, der keiner weiteren Fortentwicklung als einer Konsolidierung bedarf. In

diesem Fall würde das Institut ständig verhältnismäßig klein bleiben und für eine Reihe anderer Institutionen und Personen in unserem Lande und in der Welt, mit denen es ständig zusammen arbeitet, einen integrierenden Gesprächspartner und, wenn es gut geht, eine Art Nervenzentrum bilden. Es soll aber nicht ausgeschlossen werden, daß sich nach der Anfangsphase die Notwendigkeit von Spezialuntersuchungen ergibt, die zweckmäßigerweise innerhalb des Institutsrahmens selbst ausgeführt würden, mit der dadurch notwendigen quantitativen Ausweitung der Mitarbeiterzahl.

Dokument 31

Der Syndikus
der
Universität Hamburg
K 20.1

Hamburg, den 25. November 1959
M/Br

An die
Herren Direktoren des Historischen Seminars,
des Seminars für Sozialwissenschaften,
des Instituts für Geographie und Wirtschafts-
geographie,
des Instituts für Industrie- und Gewerbepolitik.

Betr.: Arbeitsgemeinschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr

Unter Bezugnahme auf die Besprechung am 24. November wiederhole ich die Bitte, dem Rektorat bis zum 1. Dezember geeignete Themenvorschläge für die von der Führungsakademie gewünschten Arbeitsgemeinschaften sowie die Namen der Dozenten zuzuleiten, die zur Übernahme der Leitung dieser Arbeitsgemeinschaften bereit sind.

In der Besprechung am 24. November wurde von dem Vertreter der Führungsakademie hervorgehoben, daß die Teilnehmer an den Lehrgängen für Generalstabsoffiziere im Rahmen dieser Arbeitsgemeinschaften an Hand von zeitnahen Themen in ihrer allgemeinen Bildung gefördert und eine Vorstellung von wissenschaftlicher Arbeitsweise erhalten sollen. Die

Arbeitsgemeinschaften sollen mit je 2 Stunden 14-tägig während der Vorlesungsmonate stattfinden. Die demnächst beginnenden Arbeitsgemeinschaften sollen sich über die Zeit bis zum Ende des Sommersemesters (mit Ausnahme der Semesterferien) erstrecken. Für die Leitung der Arbeitsgemeinschaften, deren Methode dem Ermessen des Dozenten anheimgegeben ist, kommen sowohl Lehrstuhlinhaber wie auch sonstige wissenschaftliche Mitarbeiter der Institute und Seminare in Betracht.

Ich darf bitten, für die erbetene Mitteilung das beiliegende Formular zu verwenden.

Anlagen

gez. Münzner
(Dr. Münzner)

Dokument 32

DEUTSCHER AKADEMISCHER AUSTAUSCHDIENST
Der Generalsekretär

532 Bad Godesberg, d. 3.5.1966
Kennedyallee 50 7-sa-Lp

Herrn
Professor Dr. Peter R. Hofstätter

Psychologisches Institut
Von-Melle-Park 6

2000 HAMBURG 13

Betr.: Professorenaustausch mit Südafrika 1966

Sehr geehrter Herr Professor,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18. April 1966

Bezüglich Ihrer Frage, welche Stellen die Reise- bzw. Aufenthaltskosten tragen, möchte der DAAD folgendes mitteilen.

Nach den Vereinbarungen übernimmt der DAAD den Flug 1. Kl. Hamburg-Grahamstown, während die gesamten Aufenthaltskosten sowie Reisekosten innerhalb des Gastlandes von südafrikanischer Seite getragen werden.

Darf ich Sie daher bitten, zu gegebener Zeit, über das hiesige Hapag-Lloyd Reisebüro, Martinstraße 22, Bonn, Herrn Zielke, den Flug zu buchen.

Mit besten Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

(gez.: Unterschrift)

für (Dr. Hubertus Scheibe) i.A.

Dokument 33

Herrn Oberstarzt
Dr. K. D. Schulze

2 Hamburg 55
Manteuffelstr. 20

Prof. Dr. Peter R. Hofstätter

13. Juni 1966.

Sehr geehrter Herr Oberstarzt,

Schönen Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 10. d.M. Ich bin gern bereit, mich mit Ihnen über die beabsichtigte Vorlesungsreihe „Psychologie“ an der Führungsakademie zu unterhalten, jedoch muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß gegen meine Person im Herbst 1964 innerhalb der Führungsakademie sehr energische, sachlich zwar völlig unbegründete, aber darum nicht weniger verletzend Einwände erhoben wurden. Falls Ihnen der Zeitpunkt gelegen sein sollte, würde ich Sie bitten, mich in meiner

Sprechstunde (mittwochs zwischen 10 und 12 Uhr) aufzusuchen. Evtl. könnten wir auch telefonisch einen Termin vereinbaren.

Mit verbindlichen Grüßen verbleibe ich
Ihr sehr ergebener
(gez. Hofstätter)

Dokument 34

An den
Kommandeur der
Führungsakademie
der Bundeswehr

Prof. Dr. Peter R. Hofstätter

2 Hamburg-Blankenese
Manteuffelstr. 20

9. September 1966.

Hochverehrter Herr General!

Für Ihre ehrenvolle Einladung zu einem Vortrag an der Führungsakademie danke ich Ihnen herzlich. Am günstigsten wäre für mich Dienstag der 15.11. und in zweiter Wahl Montag der 14.11.

Als Thema gestatte ich mir vorzuschlagen:

„Propaganda und Erziehung“.

Für den Vortrag würde ich um die Möglichkeit zur Vorführung von Diaspositiven im Format von 5 x 5 cm bitten.

Würden Herr General bitte die Freundlichkeit haben, mir mitzuteilen, welcher der vorgeschlagenen Tage am ehesten paßt.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
bin ich
Ihr sehr ergebener
(gez. Hofstätter)

Prof. Dr. Peter R. Hofstätter
721

The Registrar
Rhodes University
Grahamstown
South Africa

25.2.1968

**Gutachten über die Dissertation von Frau Gisela W.L. Morsbach:
„The measurement of group differences in social concepts.“**

Frau Morsbach ließ durch 760 Probanden ein aus 20 adjektivischen Gegensatzpaaren bestehendes Polaritätsprofil für je 10 Konzepte ausfüllen. Ihre Probanden waren Studenten im ersten Studienjahr (430 männliche und 330 weibliche) und gehörten sechs verschiedenen Bevölkerungsgruppen an (Afrikaans-sprechende Weiße, Englisch-sprechende Weiße nichtjüdischer Abkunft, Englisch-sprechende Juden, Inder, Mischlinge und Schwarze). Beurteilt wurden die Stereotype dieser sechs Gruppen, der individuelle Selbstbegriff sowie die Konzepte „Amerikaner“, „Deutsche“ und „Russen“. Die Analyse bezog sich auf vier Aspekte des Datenmaterials:

1. Die Faktorenstrukturen des Adjektiv-Raumes bei den sechs Gruppen, gefunden wurden jeweils drei Faktoren, die zusammen nur 29 % (Mischlinge) bis 41 % (Afrikaans-sprechende Weiße) der Gesamtvarianz aufklärten;
2. Die bei den Eigenschaftsbeurteilungen auftretenden Unterschiede zwischen den Geschlechtern der Probanden; diese waren geringfügig;
3. Die Unterschiede zwischen den Häufigkeiten, mit denen einzelne Eigenschaften von den Beurteilern jeweils einer Gruppe den 10 Konzepten zugeschrieben werden; das ergab 60 Tabellen mit je 20 mal 9 Signifikanzangaben;
4. Die Faktorenstrukturen der Q-Korrelationen zwischen den 10 jeweils von einer Gruppe beurteilten Konzepten; erhalten wurden in der Regel drei Faktoren, die zusammen etwa 85 % der Gesamtvarianz aufklärten.

Von den Ergebnissen dieser gewiß fleißigen Arbeit wird man leider sagen müssen: multa sed non multum. Die große Zahl der jeweils paarweise durchgeführten Vergleiche bezüglich einzelner Polaritäten führt zu vielen

Details, die nur mit größter Mühe die Züge eines Gesamtbildes erkennen lassen. Diese Situation wird durch die Faktorenanalysen nicht übersichtlicher, weil diese sich in Ermangelung inhaltlich relevanter Bezugsbegriffe nur an dem formalen Kriterium der Varimax-Rotation (nach Kaiser) orientieren konnten. Wesentlich günstiger wäre es gewesen, wenn die Verfasserin zusätzlich eine Reihe allgemeiner Begriffe (z.B. „männlich“, „weiblich“, „Liebe“, „Haß“ usw. — im ganzen etwa 12 Stück) zumindest von einer Gruppe (z.B. den Englisch-sprechenden Weißen) hätte beurteilen lassen, um mit ihrer Hilfe auf dem Wege einer Q-Analyse interpretierbare Struktur des semantischen Raumes zu gewinnen. Beispiele für dieses Vorgehen geben meine in der Bibliographie angeführten Arbeiten.

Schwer abzuschätzen ist für mich der Grad, in dem die Studenten aus der Gruppe der Mischlinge und Schwarzen für diese Gruppen tatsächlich als repräsentativ betrachtet werden können. Dieses Problem wird auf den Seiten 58 und 61 nur recht flüchtig gestreift.

Leider fehlten in der Arbeit die wesentlichen Basis-Daten, nämlich die Profile (mittlere Skalenwerte) der einzelnen Beurteilungsgegenstände; sie sollten bei einer eventuellen Drucklegung beigebracht werden. Wichtig wären wohl auch die Q-Korrelationen zwischen den Selbstbegriffen und den Stereotypen in den einzelnen Gruppen.

Nach den Gepflogenheiten der Philosophischen Fakultät der Universität Hamburg könnte ich für die Arbeit kein höheres Prädikat als „gut“ (opus laudabile) vorschlagen. Da an keiner Stelle der Arbeit in methodologischer Hinsicht Neuland beschritten wird, schiene mir das Prädikat „genügend“ (opus idoneum) angemessener.

Dokument 36

PSYCHOLOGISCHES INSTITUT
DER UNIVERSITÄT TÜBINGEN

Direktoren: Prof. Dr. Rudolf Bergius und
Prof. Dr. Erich Mittenecker

74 TÜBINGEN
Friedrichstr. 21

20. Juni 1968

Herrn
Prof. Dr. P. Hofstätter

2 Hamburg 13
Von-Melle-Park 6

Sehr verehrter Herr Hofstätter,

Ihr Schreiben vom 14.6. habe ich heute erhalten und sofort an die übrigen
Vorstandsmitglieder weitergesandt.

Bevor Sie eine Antwort des Vorstandes erhalten, möchte ich Ihnen als
persönliche Auffassung mitteilen, daß politische Demonstrationen für
undemokratische Regierungen möglichst innerhalb der ersten 5-10 Jahre
des Bestehens solcher Regime vermieden werden sollten.

Adaptationen an Dauerwirkungen sind auch auf diesem Gebiet zu
verzeichnen.

Mit den besten Empfehlungen und dem Ausdruck vorzüglicher Hoch-
achtung

Ihr sehr ergebener
gez. R. Bergius
(Prof. Dr. R. Bergius)

Dokument 37

Philosophische Fakultät
der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-
Universität

Bonn, den 12. Sept. 1968

J.Nr. 2350

12. Sept. 1968

Herrn
Prof. Dr. P. Hofstätter
Direktor des Psychol. Instituts
der Universität Hamburg

2 Hamburg 13
V.-Melle-Park 6

Sehr verehrter Herr Kollege!

Die Philos. Fakultät wird in Kürze einen 3. Lehrstuhl für Psychologie
(Sozialpsychologie) zu besetzen haben. Die mit der Vorbereitung der Liste
befaßte Kommission hat ihre Tätigkeit aufgenommen und Nahmen zur
Diskussion gestellt. Aus den Reihen der Kommissionsmitglieder ist der
Wunsch geäußert worden, Sie, sehr verehrter Herr Kollege, um Ihre
Mitwirkung zu bitten. Ich darf Sie daher im Namen der Kommission und
der Fakultät fragen, ob Sie bereit sind, uns eine kurze gutachtliche
Äußerung zukommen zu lassen. Es wurden folgende Namen genannt, die
ich ohne Rangfolge nachstehend anführe: die Professoren Boesch (Saar-
brücken, Fischer (Zürich), Graumann (Heidelberg), Mayer (München) und
die Dozenten Bergler (Heidelberg) und Fröhlich (Bonn).

Für Vorschläge Ihrerseits wären wir selbstverständlich ebenfalls sehr
dankbar.

Mit verbindlichen Empfehlungen
Ihr sehr ergebener
gez. Heinrich Lützeler
(Prof. Dr. H. Lützeler)
Dekan

Dokument 38

An den Dekan
der Philosophischen Fakultät
der Universität Bonn
Herrn Prof. Dr. H. Lützeler

Prof. Dr. Peter R. Hofstätter

726

53 Bonn

27. September 1968

Ew. Spectabilität !

In Beantwortung Ihres freundlichen Schreibens vom 12. ds. würde ich glauben, daß die Kommission auch die Professoren Klaus Eyferth (Darmstadt) und Friedrich Sixtl (Saarbrücken) in Erwägung ziehen sollte.

Bezüglich der von Ihnen genannten sechs Herren sähe meine persönliche Rangreihe wie folgt aus: Boesch, Graumann, Bergler, Mayer, Fröhlich, Fischer. Zwischen Graumann und Bergler würde ich in eine erweiterte Liste die Namen Eyferth und Sixtl einfügen.

Mit verbindlichen Empfehlungen verbleibe ich
Ew. Spectabilität sehr ergebener
gez. Hofstätter

Dokument 39

HOFSTÄTTER MUSS GEHEN!

Während die Springer-Presse und, in ihren offenen Briefen, Drexelius und Oehler von dem zunehmenden institutionellen Faschisierungsprozess in der BRD dadurch ablenken, dass sie in einer Hetzkampagne den Faschismusvorwurf auf die oppositionellen Studenten projizieren, werden Gesinnung und Machenschaften von Altnazis wie Spuler und Hofstätter von Universitätsbürokratie und staatlicher Administration gedeckt.

Spuler, der bei der Rektoratsfeier am 9. November 1967 den protestierenden Studenten zurief: „Ihr gehört alle ins KZ!“, leitete ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst ein. An dem Briefwechsel, den Hofstätter mit Spuler, mit dem damaligen Dekan der Phil. Fak. (Prof. Carstensen) und dem vom SPD-Senat beauftragten Justizbeamten führte, wird deutlich, wie gut die Kollaboration von Staatsadministration und reaktionären Ordinarien klappt und welchen Wert ein solches internes Disziplinarverfahren hat:

den 16.11.1967

Lieber Herr Spuler!

Aus den Tageszeitungen ersehe ich oben, daß Sie am letzten Donnerstag beim Verlassen des Auditorium max. Studenten den Satz „Sie gehören alle ins Konzentrationslager“ (Welt) bzw.

„Sie gehören alle ins KZ!“ (Bildzeitung) bzw.

„Ihr gehört alle ins KZ!“ (Abendblatt) zugerufen haben sollen.

Nach meiner Erinnerung lautet der Satz: „Ihr gehört alle in eure Konzentrationslager!“

Wie Sie wissen, gingen wir zusammen im Zug und saßen auch neben einander auf dem Podium. Als während der Rektoratsfeier geschrien wurde „Es lebe die Kulturrevolution!“ sagten Sie zu mir in sehr erregtem Ton: „So eine Frechheit!“ Darauf erwiderte ich: „Die Herren sollten einmal versuchen, sich bei Mao so zu benehmen.“ Beim Hinausgehen fiel zwischen uns die Bemerkung, daß die Ruhestörer in Staaten des Ostblocks sicher sehr schnell eingesperrt würden.

Sollte es tatsächlich zu einem Disziplinarverfahren kommen, bin ich selbstverständlich bereit, in diesem Sinne auszusagen.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr

(ohne Unterschrift, da Durchschlag des Originals)

den 16. 11. 1967

Ew. Spektabilität!

Aus den Tageszeitungen ersehe ich, daß Herr Kollege Spuler am letzten Donnerstag beim Verlassen des Auditorium max. Studenten einen Satz zugerufen haben soll, der in verschiedener Weise wiedergegeben wird:

Welt: „Sie gehören alle ins Konzentrationslager!“

Abendblatt: „Ihr gehört alle ins KZ!“

Ich ging in unserem Zug neben Herrn Spuler und saß auch neben ihm auf dem Podium. Als während der Rektoratsfeier geschrien wurde „Es lebe die Kulturrevolution!“ sagte Herr Spuler zu mir in sehr erregtem Ton: „So eine Frechheit!“ Darauf erwiderte ich: „Die Herren sollten einmal versuchen, sich bei Mao so zu benehmen.“ Beim Hinausgehen fiel zwischen

uns die Bemerkung, daß die Ruhestörer in Staaten des Ostblocks sicher sehr schnell eingesperrt würden. Kurze Zeit danach kam es zu dem Satz, der nach meiner Erinnerung lautete: „Ihr gehört alle in eure Konzentrationslager!“ Da dieser Zusammenhang für das Verständnis des Sachverhalts wesentlich sein dürfte, halte ich mich für verpflichtet, Ew. Spektabilität davon in Kenntnis zu setzen.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Hochachtung verbleibe ich Ew. Spektabilität

sehr ergebener

(ohne Unterschrift, da Durchschlag des Originals)

Herrn
Prof. Hofstätter

215 Buxtehude
Altenländer Straße 27

Sehr geehrter Herr Professor!

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat mich beauftragt, disziplinäre Vorermittlungen gegen Professor Spuler von der hiesigen Universität zu führen. Anlaß hierfür war ein bei der letzten Rektoratsfeier getaner Zuruf Prof. Spulers an Studenten. Auf Grund Ihres an den Dekan gerichteten Schreibens vom 16. November 1967 ist es wünschenswert, Sie über den Wortlaut dieses Zurufs als Zeugen zu hören. Ich bitte Sie daher, in dieser Eigenschaft am 7. Februar ds.Js. um 9 1/4 Uhr (wie bereits fernmündlich abgesprochen) zu mir in mein Amtszimmer im Strafjustizgebäude II. Stock Zimmer 385 zu kommen.

Mit verbindlichen Grüßen

gez. Bertram

Dieser reaktionäre Hamburger SPD-Senat braucht Leute wie Spuler und Hofstätter an der Universität. Er braucht solche Disziplinarverfahren gegen solche Ordinarien. Schulsenatur Drexelius kann ihnen voll vertrauen und zugleich einen umgedrehten Faschismusvorwurf gegen antifaschistische Studenten in Umlauf bringen um sie dann mit dem neuen Ordnungsrecht zu relegieren.

Dokument 40

ENTLARVT DIE SPITZEL !

20 Spitzelautos mit rund 80 Popos (Politischen Polizisten) waren während der letzten fünf Tage an der Uni eingesetzt.

Die Spitzel saßen im Hörsaal bei den teach-ins, „halfen mit“, die Institute zu besetzen, spitzelten auf dem Campus und belauschten die Diskussionen und Gespräche in der Mensa, im Foyer des Philturms und im Audi Max. Es gab keinen Ort, nicht einmal ein Örtchen, der nicht von Popos kontrolliert war.

Kommilitonen aus Griechenland sprachen von griechischen Zuständen.

Wir können diese Verhältnisse, unter denen keiner dem anderen mehr trauen kann, nicht einfach hinnehmen.

Deshalb Entlarvt die Spitzel! Verunsichert sie, filmt sie, fotografiert sie, spricht sie als Spitzel an, zeigt Euren Kommilitonen erkannte Spitzel!

Geht nicht mit Gewalt gegen sie vor! Sie sitzen am längeren Hebel! Sie prägen sich Eure Gesichter ein. Bei der nächsten Gelegenheit greifen sie Euch! (Außerdem decken sie sich gegenseitig: Jeder Spitzel wird von einem anderen Spitzel beobachtet!)

WIE ERKENNT MAN SPITZEL ?

1. Merkt Euch diese Autonummern! Sie stammen von Spitzelautos, die während der letzten Tage im Einsatz waren. Beobachtet ihre Insassen, achtet auf sie, wenn sie aussteigen! Geht hinter vermutlichen Spitzeln her und paßt auf, ob sie in eines dieser Autos einsteigen!

HH-AE 808	grauer Mercedes	HH-PN 445	beiger Ford
AH 1486	blauer "	RX 245	grauer Ford
AL 885	blau-weißer VW-Bus	SN 534	grüner Ford
CT 234	roter VW	SZ 407	roter Ford

HH-EP 265	schwarzer Mercedes	HH-VC 704	grün-weißer VW-Bus
EU 125	grauer VW	VD 469	schwarzer Ford
HY 974	blauer Ford	VS 440	beiger Ford
KP 685	blauer Ford	VV 504	schwarzer Ford
MC 485	grauer Ford	WT 433	blauer Ford
OD-R 579	beiger Opel	XN 284	beiger Opel

2. Habt Ihr einen Spitzel erkannt, dann achtet darauf, mit wem er Kontakt aufnimmt. Aber: Sie sprechen auch Studenten an, um sich zu tarnen!
3. Prägt Euch Gesichter und Kleidung der Spitzelfotos in Unilife und den Plakaten ein!
4. Paßt auf, wenn die Spitzel den Polizisten ihre Blechmarken zeigen.
5. Treten die Spitzel in Aktion, fordert Ausweis und Dienstnummer! Gibt Namen und Nummer im AStA ab!

Weitere Hinweise: Es werden auch weibliche Kripo-Beamte eingesetzt! Achtet auf Kripo-Fotografen und -Filmer!

Pitt Hansen – EPAV – (Erkenne Polizeispitzel – Allgemeinnützliche Vereinigung)

Anlage I

Schutzhaftbefehl.

Der am 27.1.1882 in Quetzen
 geborene, in Sandhofen wohnhafte XXXXX / XXXXX
Schwieger Friedrich
(Geburtsort)
 Beruf: Heizer
 Staatsangehörigkeit: Preussisch
 Laokenntnis: XXXXXX
 in Sandhofen
 durch sein Verhalten, insbesondere durch staatsfeindliche Betätigung die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet.
(Nichtgenaueres durchsetzen.)
 hat und anzunehmen ist, dass er im Falle seiner Freilassung seine staatsfeindliche Tätigkeit fortsetzen wird.

niemals!

(Kurz Angabe der Tatsachen.)

Kassirer, den 15. Juli 1935.

Bad. Geheimes Staatspolizeiamt

(R.G.)

Für die Richtigkeit:
Berthold
(Name und Dienststellung)
 in dem Landrat - Polizeidirektor, oder dessen Stellvertreter, für Amt zu unterzeichnen.

Hamburg, den 4.2.69

Geschäfts-Nr.: 156 Gf 367/69
Bitte bei allen Schreiben angeben!
Geschäfts-Nr. der Staatsanwaltschaft:

Fernsprecher
Behördennetz

Einzelhaft = nicht erforderlich

Strafsache gegen Schmiedel

Haftbefehl

Gegen

Familienname und Vorname: Schmiedel, Günther
(bei Frauen auch Mädchenname)
Beruf: z.Zt. unständiger Arbeiter

Zeit und Ort der Geburt: 15.2.41 in Kassel

Ständiger Wohnort und feste Wohnung:

Ort des letzten Aufenthalts in der Freiheit: Schwarzenbek
(bei Fehlen von ständigem Wohnort und fester Wohnung)

Staatsangehörigkeit: deutsch

wird die Untersuchungshaft angeordnet.
Er/Sie ist auf Grund

seines Teilgeständnisses und seiner sonstigen Angaben und der polizeilichen Ermittlungen

dringend verdächtig, in Hamburg am 31.1.69 als Rädelsführer, tateinheitlich
a) an einer öffentlichen Zusammenrottung teilgenommen zu haben,
aus der heraus Beamte, welche zur Vollstreckung von Gesetzen, von
Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden berufen sind,
während der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes mit vereinten Kräften
tätlich angegriffen worden sind, wenden

Verbrechen / Vergehen / Übertretung nach § 115II, 125II, 73 StGB
Die Untersuchungshaft wird verhängt, weil

Fluchtgefahr und Verdunkelungsgefahr besteht.
Der Besch. ist zur Zeit arbeitslos. Der Besch. wohnt in Schwarzenbek
hält sich jedoch nahezu in Hamburg auf. Der Besch. muß gegebenenfalls
mit einer sehr empfindlichen Strafe rechnen. Der Besch. gehört der
APO an. Wie gerichtlich bekannt ist, wird das Untertauchen, von dieser als
angemessenes Mittel angesehen, sich dem Verfahren zu entziehen,
wenden.

Gegen diesen Haftbefehl kann Beschwerde eingelegt oder eine Haftprüfung beantragt werden.



(Vogt)
Amtsgerichts-~~direktor~~rat

Ausgefertigt

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

AG 29 SIP - 8.48 - 20.000 - 1
Haftbefehl (§§ 112, 115 StPO) Zum Durchschreiben - nur hinsichtlich des Kopfes
und der Angaben zur Person - mit Vordruck AG 61 a SIP

WER IST NAZI? , FASCHIST? , STALINIST?

Gewiß vertritt heute kaum jemand die inhaltlichen Ideen von Hitler, Stalin oder Mussolini, aber wir müssen annehmen, daß die Menschen, die sich für diese Ideologien hergaben, in jeder Generation neu unter uns sind. Wer aber von uns ist ein potentieller Nazi, Faschist oder Stalinist? Die Frage ist nicht der Art zu lösen, daß wir uns diese Bezeichnungen als Schlagworte an den Kopf werfen. Warum sollten wir nicht versuchen, diese Frage besser zu lösen?

Wir müssen fragen, welches waren die charakteristischen Verhaltensweisen, Methoden und Praktiken der Nazis. Dann müssen wir beobachten, wer heute wiederum in unserer Bevölkerung diese Verhaltensweisen, Methoden und Praktiken realisiert.

Folgende Verhaltensweisen, Methoden und Praktiken scheinen mir charakteristisch für Nazismus, Faschismus und Stalinismus:

Verletzung individueller Freiheit, Würde und Selbstbestimmung anderer Menschen – öffentliche Beschimpfungen und Demütigungen – Verhaftungen ohne Gerichtsurteil – Schädigung und Vernichtung von Leben – Rücksichtslosigkeit gegenüber Gefühlen anderer Menschen

Elitäres Denken einer Minderheit (Herrenrasse), Sondergerichtsbarkeit.

Totalitaristische Ideologie (sich über alles erstreckende Weltanschauung, alles Heil für die Zukunft versprechend, 1000jähriges Reich)

In Verfolgung der totalitaristischen Ideologie: Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, psychische Gewaltanwendung, Zwang, Aggressionen, manipulative Taktiken und Täuschungen, Arroganz, Unfehlbarkeit, Unfähigkeit zum Eingeständnis eigener Fehler, Unfairneß gegenüber politischem Gegner.

Unpräzise, nebelhafte Ideologie (Rosenberg), demagogische Parolen (z.B. Monopolkapitalismus), Weltjudentum, Quasselbude Parlament.

Führerkult, Sprüche des Führers als Handlungsrichtschnur, Kritiklosigkeit gegenüber der eigenen Ideologie, Belohnungen für ideologiekonformes Verhalten.

Uniformierung von Kleidung, gemeinsame Abzeichen, Haarschnitt; – Fahnen, Symbole zur gefühlsmäßigen Erregung von Massen.

Imperative des Handelns statt individuelles Gewissen, Ausführung von Funktionärrollen statt Verantwortung als individuelle Person.

Deklaration der eigenen Ziele als Fortschritt. Beschimpfung Andersdenkender als Reaktionär. Weigerung, die eigenen Ideologien und das eigene Verhalten frei erforschen zu lassen – Rigidität, Kompromißlosigkeit.

Dies sind typische Verhaltensformen von Nazisten, Stalinisten, Diktatoren. Entscheidende Frage: Werden diese Verhaltensformen heute von einzelnen Personen oder von Gruppen in überwiegendem Ausmaß realisiert? Jeder von uns kann durch Beobachtung unseres sozialen Zusammenlebens zur Klärung dieser Frage beitragen.

gez. Reinhard Tausch

2 + 2 = 3

Ausbildungsnotstand in der Bundesrepublik

Das ist Ausbildungsnotstand:

Anteil der Abiturienten eines entsprechenden Altersjahrganges, die 1968/69 (1970) ein Hochschulstudium aufnehmen werden:

USA	40 Prozent (70 Prozent)
UdSSR	23 Prozent (50 Prozent)
Frankreich	11 Prozent (19 Prozent)
Bundesrepublik	9 Prozent

Anteil der Arbeiterkinder an der Studentenschaft:

DDR	50 Prozent
USA	30 Prozent
England	25 Prozent
Bundesrepublik	5 Prozent

Ein bundeseinheitliches

Ausbildungsförderungsgesetz

muß deshalb allen jungen Menschen ermöglichen, weiterführende Schulen und Hochschulen zu besuchen.

Dieses Gesetz gibt es bisher nicht.

Obwohl ein solches Gesetz nicht nur von den deutschen Studentenschaften seit acht Jahren gefordert wird, hat der Gesetzgeber bis heute noch keine gleichen Ausbildungschancen für alle Bevölkerungsgruppen geschaffen.

Gleiche Chancen für alle führen zu mehr und besser Ausgebildeten; sie sind Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit unseres Staates.

Der Gesetzgeber muß an seine Pflicht erinnert werden, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Deshalb rufen die deutschen Studentenschaften wieder auf zur

Aktion 1. Juli

gegen Ausbildungsnotstand für Chancengleichheit.

Unter 2 + 2 = 3 erreichen Sie bis zum 1. Juli weitere Veröffentlichungen durch Presse, Rundfunk und Fernsehen zum Ausbildungsförderungsgesetz.

FACHSCHAFT GESCHICHTE – Universität Hamburg
Von-Melle-Park 6/IX

15. Mai 1968

NOTSTANDSDEBATTE = POLITISCHE PROPAGANDA

Die Fachschaft Geschichte dankt dem Geschäftsführenden Direktor des Historischen Seminars, Herrn Professor Dr. Buisson für seine heute abgegebene entschiedene und klare Stellungnahme zum Thema „Notstandsgesetze“.

Herr Professor Dr. Buisson erklärte, „politische Propaganda“ könne er nicht dulden und untersagte die Aufstellung eines Fernsehgerätes im Historischen Seminar, um die Verfolgung der Notstandsdebatte zu unterbinden. Einen schon aufgestellten Apparat transportierte er eigenhändig vor Beginn der Übertragung ab. Erst energische Proteste und Verhandlungen konnten ihn dazu bewegen, entgegen seiner politischen Überzeugung der Aufstellung des Gerätes dann doch zuzustimmen.

Diese Bundestagsdebatte als „politische Propaganda“ zu bezeichnen, ist wahrhaft ein offenes, kämpferisches Wort.

Wir stellen fest, daß Herr Professor Dr. Buisson den Bundestag in prägnanter Kürze als das entlarvt hat, was er in dieser Notstandsdebatte zweifellos sein wird: eine Institution politischer Propaganda.

wir gratulieren herrn professor Dr. buisson zu seiner mutigen Solidarisierung mit dem SDS!!

Fachschaftsrat der
Fachschaft Geschichte

2. Auflage (der großen Nachfrage wegen)

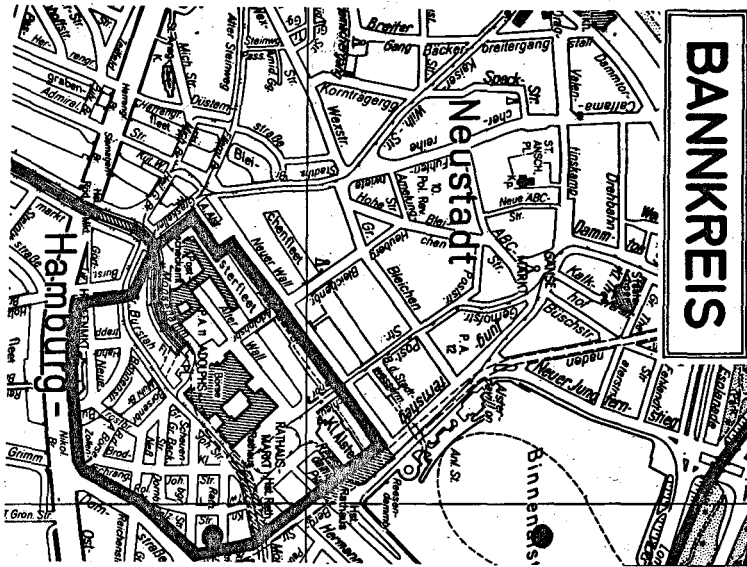
Ein Jahr danach

Am 2. Juni 1967 wurde Benno Ohnesorg erschossen. Er konnte nicht glauben, dass Presse und Rundfunk falsche Meldungen brachten. Er wollte das selbst nachprüfen; aber dass er demokratisch war, kostete ihn das Leben. Sein Tod hat viele Menschen aufgerüttelt. Das Unrecht brachte den Berliner Senat zu Fall und den Polizeipräsidenten um das Amt. Am 2. Juni 1967 wurde aus Protest und Kritik die „Revolte der Studenten“.

Benno Ohnesorg gehörte keiner Partei und keiner Studentengruppe an. Er diskutierte aber manchmal bei der ESG mit. In ihrem Gottesdienst am 2. Juni wird die Evangelische Studentengemeinde Benno Ohnesorg's gedenken und über das System diskutieren, das in solcher Weise Recht zu Unrecht machen kann. Die ESG lädt deshalb ein:

Kommen Sie am 2. Juni (Pfingsten) um 18 Uhr
zum Studentischen Gottesdienst in der
Hauptkirche St. Katharinen (U-Bahn Messberg)
Predigt über Lukas 6, 49: Studentenpfarrer
Finckh. Anschliessend Diskussion.

ESG, Hamburg 36, Asplanade 15 und Hamburg 26, Jungestraße/Kirchturm



Bei Nacht und Nebel

(genau um 1.45 Uhr in der Nacht vom Montag auf den Dienstag) kamen die Polizisten im Kampfanzug mit Berliner Helmen. 300 Mann und einige Frauen. Planmäßig wurde das Gebiet um den Phil-Turm abgeriegelt. Ergebnis: 16 Personen wurden in Handschellen abgeführt, später einer in den Räumen des AstA von ziviler Polizei verhaftet. Auf die Frage des AstA-Vorsitzenden Folker Malin nach einer Legitimation, – nach seinem Hinweis auf das Hausrecht, schob Herr Opitz (Polizeikommissariat 4) Malin zur Seite und meinte nur, „Ach, das interessiert uns alles nicht, wir haben hier zu tun. . .“

Die Zeitungen hatten diese Aktion am Montag durch Pogromhetze systematisch vorbereitet.

Ungeachtet der Tatsache, daß eine von 3000 Studenten besuchte Vollversammlung, der AstA, das Studentenparlament, die Fachschaft der Psychologen, die Vollversammlung der Philosophen und der Psychologen die Besetzung des Psychologischen Instituts gebilligt hatten, lautete der Vorwand: 3 Tage sind genug.

Der von der autoritären Universitätsbürokratie zugebilligte Spielraum von 3 Tagen war abgelaufen. WARUM GERADE JETZT der massive Einsatz der polizeilichen Staatsorgane? DER STREIK ZEIGTE POSITIVE ANSÄTZE:

- * Die erste Räumung des „Wilhelm-Reich-Instituts“ durch Polizeikräfte am Mittwoch morgen zeigte keine abschreckende Wirkung auf die Studenten (im Gegenteil);
- ** Eine Spaltung der hochschulpolitisch engagierten Studentenschaft wurde nicht erreicht;
- *** Die konkreten Forderungen der Studenten gegenüber (auch liberaler) Professoren wurden kompromißlos aufrecht erhalten;
- **** Die in dieser Zeit durchgeführte Selbstorganisation mit kritischen Seminaren zeigte Möglichkeiten der Überwindung positivistischer Wissenschaft.

Die illegitime Fakultätssitzung der Phil.Fak. (die ohne Studentenvertreter stattfand) drohte am Montag abend: Schließung des Psychologischen Institutes, Einstellung des Lehrbetriebes an der Philosophischen Fakultät.

**ARGUMENTE ÜBERZEUGEN
... NICHT GEWALT**

- Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Art. 5 Grundgesetz
 - Sie demonstrieren für Ihre politischen Anschauungen und Forderungen
 - Das Recht dazu verbirgt Ihnen in unserem Rechtsstaat das Grundgesetz.
 - Art. 8 (1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.
 - Bitte beachten Sie die Hinweise auf der nächsten Seite!
 - Identifizieren Sie sich nicht mit jenen, die von Demokratie reden, aber Anarchie meinen!
- STEINE SIND KEINE ARGUMENTE!**

WIR FORDERN:

Das Psychologische Institut bleibt weiter Arbeitsplatz der Studenten!
Der Lehrbetrieb wird fortgeführt, notfalls von uns.

Finden wir keine Arbeitsmöglichkeit im Psychologischen Institut, werden wir die technischen Voraussetzungen zur Weiterführung unserer Arbeit innerhalb der Universität suchen
UND SIE AUCH FINDEN!

HEUTE:

Dienstag, 4.2.1969 15 Uhr

Vollversammlung

im Auditorium Maximum

HSU SHB SDS LSD

verantwortlich: I.Jahnke Hamburg 13

Dokument 49

Die Schließung des Philosophentums und die ihr vorausgegangenen Ereignisse veranlassen uns zu einer Stellungnahme. Wir sind der Ansicht, daß der Einsatz der Polizei im Bereich der Universität nur von der Universitätsleitung und nur im Einvernehmen mit den betroffenen Instituten veranlaßt werden darf.

Die Erfahrungen im Germanischen und Literaturwissenschaftlichen Seminar am 5. Februar haben uns gezeigt, daß am ehesten die unmittelbar Beteiligten die Situation und ihre möglichen Gefahren richtig einschätzen können. Die unverständliche, von der Universitätsleitung offensichtlich nicht gebilligte Schließung des Auditorium Maximum hatte, zusammen mit dem Einsatz der Polizei, im Philosophenturm eine verschärfte Konfliktsituation geschaffen. Trotzdem waren Dozenten und Studenten beider Seminare von sich aus den aktuellen Bedrängnissen gewachsen.

Im gemeinsamen Handeln scheint uns auch die einzige Möglichkeit zu liegen, bestehende Konflikte auszutragen und die notwendigen Reformen zu verwirklichen. „Besetzungen“ mit ihrem fatalen Mechanismus von Gewalt und Gegengewalt tragen hierzu nicht bei und führen zu unkontrollierbaren Ausweitungen. Wir lehnen sie daher ab.

Die gegenwärtigen Konflikte gehen aus der Reformbedürftigkeit der Universität hervor. Sie werden durch Radikalismus nicht bewältigt und durch unnötige polizeiliche Maßnahmen nur verdeckt.

Hamburg, den 7.2.1969

Die Professoren und wissenschaftlichen
Mitarbeiter des Germanischen und des
Literaturwissenschaftlichen Seminars der
Universität Hamburg

Verantwortlich: Prof. Dr. Karl Ludwig Schneider
Dr. Franz Josef Worstbrock

Dokument 50

Die Vorstände der WBA und
der Wissenschaftlichen Assistenten
Das Studentenparlament der
Universität Hamburg

Hamburg, am 6.2.1969

Einstimmig beschlossene Resolution

Die Wissenschaftlichen Beamten, Angestellten und Assistenten und das Studentenparlament der Universität Hamburg protestieren gegen den sinnlosen Eingriff staatlichen Instanzen in das Selbstbestimmungsrecht der Universität am 5.2.1969.

Sie protestieren gegen die staatliche Gewaltanwendung und die Mißachtung des Willens der Universitäts-Organe, die die Gefahr weiterer

Eskalation und in ihrem Gefolge die der Schließung der Universität heraufbeschwört.

Sie halten daher zur Vermeidung derartiger Akte die Bildung eines
PARITÄTISCHEN AUSSCHUSSES

für geboten.

Der Ausschuss sollte wie folgt zusammengesetzt werden:

Rektor

Dr. Bley als Vertreter der WBA

Dr. Wagner als Vertreter der Assistenten

ein AStA-Vorsitzender

der Präsident des Studentenparlaments

Herr Ebach als gewählter Studentenvertreter

Die Ausschussmitglieder können sich vertreten lassen.

Der Ausschuss berät sofort darüber, wie die Freigabe der von der Polizei besetzten Einrichtungen erreicht werden kann.

Die Hauptaufgabe des Ausschuss soll es sein, die Freiheit für die Durchführung des Wissenschaftsprozesses für alle daran Beteiligten sicherzustellen und auf deren Sicherung für die Zukunft hinzuarbeiten.

Beschlossen von den Vorständen der Vereinigung der WBA und der Wissenschaftlichen Assistenten am 6.2.1969

Einstimmig vom Studentenparlament am 6.2. angenommen.

Verantwortlich: Dr. Bachhofer, Dr. Wagner, König

Dokument 51

**KOMITEE ZUR GRÜNDUNG
EINER SPD-BETRIEBSGRUPPE
AN HAMBURGER HOCHSCHULEN
UND FORSCHUNGSINSTITUTEN**

Die unterzeichneten Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei rufen zur Bildung einer SPD-Betriebsgruppe an Hamburger Hochschulen und Forschungsinstituten.

Durch diese Betriebsgruppe sollen die Kontakte der SPD-Mitglieder untereinander verstärkt, deren Interesse innerhalb der SPD gewichtiger vertreten und die Meinung der SPD im Hochschulbereich verdeutlicht

werden. Diese SPD-Betriebsgruppe steht allen Angehörigen der Hochschulen und Forschungsinstitute — Arbeitern, Angestellten, Beamten, Wissenschaftlern und Studenten — offen, wenn sie Mitglied der SPD sind.

Wir laden ein zur Konstituierung der SPD-Betriebsgruppe

am Montag, 18. November 1968, 18.00 Uhr,
WiSo-Gebäude der Universität, Von Melle Park 9, Raum 08.

Bitte vergessen Sie Ihr Mitgliedsbuch nicht!

Den Satzungsentwurf und Auskünfte erhalten Sie bei
Hans-Joachim Winkler per Telefon 44 197 2516, priv. 45 44 27.

Das Gründungskomitee

Hamburg, 30.10.1968

Helga Bauer, Universität WiSoFak

Michael Berent, Hochschule für bildende Künste

Helmut Bilstein, Akademie für Wirtschaft und Politik

Reinhard Crusius, Akademie für Wirtschaft und Politik

Klaus Geldmacher, Hochschule für bildende Künste

Walter Knauer, Sozialpädagogisches Institut

Rainer Kock, Universität, WiSoFak

Hans Detlev Lass, Universität, Rektorat

Friedrich Mühlenberg, Universität, WiSoFak

Friedhelm Neidhardt, Akademie für Wirtschaft u. Politik

Friedrich-Karl Proehl, Universität, Historisches Seminar

Peter Rabels, Max-Planck-Institut f. ausl. u. intern. Privatrecht

Martha Reusch, Universität, Psychologisches Institut

Reinhard Richter, Universität, WiSoFak

Hans-Helmut Röhring, Universität, Seminar f. Sozialwissensch.

Lothar Wilker, Universität, Seminar f. Sozialwissenschaften

Hans-Joachim Winkler, Akademie für Wirtschaft u. Politik

Wolfgang Ziolkowski, Hochschule für Musik

Tagesordnung für die konstituierende Sitzung

1. Begrüßung

2. Beratung und Beschluß über die Satzung

3. Wahl des Vorstandes

4. Verschiedenes

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
Schulbehörde – Hochschulabteilung

PRÄSES

Hamburg 13, den 25. April 1969
Moorweidenstraße 18

An

alle Bediensteten des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv
Betrifft: Verhalten der Bediensteten der Hochschul-
abteilung bei Störungen und Unruhen

Es sind Zweifel aufgetreten, wie die Bediensteten der Hochschul-
abteilungen sich bei Störungen und Unruhen verhalten sollen. Zur Klärung
hebe ich daher das Wesentliche hervor:

Droht während des Dienstes eine Gefahr für die Bediensteten, für den
Betrieb in den Instituten, Seminaren, Hörsälen oder für andere Dienst-
räume und ihre Einrichtungen, oder ist eine solche Gefahr schon
eingetreten, bitte ich alle Bediensteten sich folgendermaßen zu verhalten:

So bald als möglich benachrichtigen:

Den zuständigen Hauptabteilungsleiter

Herrn Dr. Schmahl App. 1614
Herrn Dr. Michalski App. 1616
Herrn Wagner App. 1596

oder den Verwaltungsleiter App. 1609
Herrn Martens

Zunächst tut jeder Bedienstete – insbesondere der als Pförtner oder
Hauspersonal Tätige – das ihm Mögliche, um Personen- und Sachschaden
zu verhindern. Dazu gehört – nach Lage des Falles – das Verschließen von
Türen, das Verschließen von Behältnissen, das Sicherstellen von Schlüsseln,
das Sicherstellen von Geräten, Büchern und Akten.

Alle Bediensteten enthalten sich – natürlich außer im Falle der Notwehr –
jeder Handgreiflichkeiten gegenüber den störenden Personen.

Kein Bediensteter ist verpflichtet, Leben oder Gesundheit einzusetzen.
Besteht jedoch dafür eine unmittelbare Gefahr – und nur dann – ist auch
der Einzelne befugt, selbständig die Polizei zu rufen.

Bei jedem Körper- oder Sachschaden, den ein Bediensteter infolge solcher
Unruhen erleidet, handelt es sich um einen Dienstanfall bzw. Arbeits-
unfall.

gez. Drexelius
(Dr. Drexelius)
Bürgermeister

Dokument 53

Unbehagen contra Wohlstand

Statt Totalintegration Absage an das System!

In dieser Situation, wo das bestehende System den offenen Terror seit dem
2. Juni probt und mit den Notstandsgesetzen, Vorbeugehaft und NPD
„legalisiert“,

in dieser Situation, wo die Konsumentenideologie des Systems die Massen
zur totalen Entmenschlichung hin aufbereitet,

in dieser Situation, wo die „Links“liberalen in ihre Elfenbeintürme
emigrieren,

in dieser Situation, wo die Solidarität mit der neuen Linken von den
Traditionalisten zugunsten des status quo verschachert wird,

in dieser Situation, wo die junge Bewegung mit einem politischen
Bewußtsein ohnegleichen das gesamte Ausbeutungsgefüge in seinen Grund-
festen erschüttert und durch die internationale Solidarität permanent
angreift,

wird die Linke dem System die politische Absage zur Wahl erteilen, die es verdient hat

für den Mord an Benno Ohnesorg,
für den Mordanschlag auf Rudi Dutschke,
für die fortwährenden Verhaftungen und
den Justizterror
und vor allem für die permanente Unterdrückung der Selbstbestimmung der lohnabhängigen Massen.

Die Linke wählt ungültig mit politischer Begründung.

AK Wahl im RC Hamburg

Dokument 54

AStA-INFO

Informationen des Allgemeinen Studentenausschusses
der Universität Hamburg

Sonderinfo
1. Juli 69

Scherbengericht

Nach Bayern und Schleswig-Holstein jetzt auch in Hamburg: die Auflösung des Studentenparlaments wird vorbereitet.

Solange Mauerbau und Ungarnaufstand Objekte studentischer Kritik waren, wurden Studentenparlamente als Aushängeschild „lebendiger Demokratie“ benutzt.

Als die Kritik im Zusammenhang mit Vietnam, Notstandsgesetzgebung und Hochschulreform als nicht mehr „staatstragend“ empfunden wurde, suchte man nach Wegen, die studentische Opposition mundtot zu machen. Die Hamburger SPD und ihre Exponenten innerhalb der Studentenschaft glauben es sich leisten zu können, die Methoden der bayrischen CSU zu übernehmen.

Wählt!

Ein starkes Studentenparlament wird die Entschlossenheit der Hamburger Studenten demonstrieren, eine Zerschlagung ihrer Organisation nicht hinzunehmen!

Wahlfristen bis Mittwoch, den 2.7., 15.00 Uhr verlängert!

Verantwortlich: Wolfgang Homfeld
Margret Johannsen
Werner Loewe
Heilwig Meyer-Christian

Am 15. Oktober 1969 erscheint in diesem Verlag die erste Ausgabe der Zeitschrift

BLICK IN DIE OSTPRESSE.

Diese Zeitschrift wird ausschließlich deutsche Übersetzungen aktueller Berichte aus den Zentralzeitungen der Sowjetunion über alle Lebensbereiche dieses Landes – jedoch vordringlich über Politik, Wirtschaft, Recht und Kultur – bringen und soll nichts anderes sein, als eine Informationsquelle für alle, die an verständiger Erkenntnis über das Verhältnis zwischen der östlichen und der westlichen Welt interessiert sind.

Es ist nicht zuletzt das in allen Bevölkerungsschichten anzutreffende erschütternde Ausmaß an irrigen Vorstellungen über die Entwicklung und die heutigen Daseins- und Ordnungsformen der Völker der Sowjetunion, das den Gedanken an die Herausgabe dieser Zeitschrift ins Leben gerufen hat, einer Zeitschrift, in der die wesentlichen Züge dessen wiedergegeben werden sollen, was der Sowjetbürger täglich liest.

Und es ist schließlich einfach und oft – wenn nicht meistens – gefährlich, in Berichten über sowjetische Zeitungsnachrichten mit sprachlich problemlos zu übersetzenden Wörtern wie Freiheit, Demokratie, Eigentum, Planwirtschaft, sozialistischem Realismus usw. zu arbeiten, ohne eine Vorstellung davon zu haben, welche Begriffsbildungen und welche Wertvorstellungen drüben sich im Verlaufe von Jahrzehnten entwickelt haben und weiterentwickeln.

Wir werden uns bemühen, die Auszüge so auszuwählen, daß die Zusammenstellung sowohl nach ihrem Umfang als auch nach ihrem Inhalt der der sowjetischen Zeitungen entspricht und hoffen, mit zu der wichtigsten Aufgabe unserer Zeit, der Verständigung zwischen Ost und West, beitragen zu können.

